136

FLORIAN KÜHRER-WIELACH/
MICHAELA NOWOTNICK (HGG.)

Aus den Giftschränken des Kommunismus

Methodische Fragen zum Umgang mit Überwachungsakten in Zentral- und Südosteuropa

CONSILIUL SECURITATII STATULUI
- DIRECTIA a XII-a -
Serviciul 4
Nr.1242/oo264o53 din 18 MAI 1971

Către,
- DIRECTIA I -

La adresa dv. nr. 143/PG/oo112o5o din 12.V.1971,

vă trimitem:

N o t a

privind filajul numitului [redacted] poreclit "SAMB", cu domiciliul în str. nr. efectuat în ziua de 17.V.1971, de la ora 14,3o până la ora 1,oo din ziua de 18.V.1971

Recunoaşterea obiectivului s-a făcut prin predare de către organul informativ.

La ora 15,1o "SAMB" a ieşit de la serviciu (având în mînă o servietă tip diplomat şi o mapă mare galbenă) îm-

IKGS | Verlag Friedrich Pustet

Aus den Giftschränken des Kommunismus

Veröffentlichungen des Instituts
für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas
an der Ludwig-Maximilians-Universität München (IKGS)

Band 136

Herausgegeben von
Florian Kührer-Wielach und Konrad Gündisch

FLORIAN KÜHRER-WIELACH
UND
MICHAELA NOWOTNICK (HGG.)

Aus den Giftschränken des Kommunismus

Methodische Fragen zum Umgang mit Überwachungsakten in Zentral- und Südosteuropa

Verlag Friedrich Pustet
Regensburg

Gefördert von Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.dnb.de abrufbar.

ISBN 978-3-7917-2817-9
© 2018 by Verlag Friedrich Pustet, Regensburg
Reihen-/Umschlaggestaltung und Layout: Martin Veicht, Regensburg
Umschlagmotiv: Aktennotiz der Securitate zu Paul Schuster (1971), IKGS-Archiv
Satz: Martin Vollnhals, Neustadt a. d. Donau
Druck und Bindung: Friedrich Pustet, Regensburg
Printed in Germany 2018

Diese Publikation ist auch als eBook erhältlich:
eISBN 978-3-7917-7181-6 (pdf)

Weitere Publikationen aus unserem Programm
finden Sie auf www.verlag-pustet.de
Kontakt und Bestellungen unter verlag@pustet.de

Inhalt

Einführung 9

Grußworte
ROLAND BERBIG 17
MATTHIAS WEBER 19
BJÖRN DEICKE 21

Länderberichte

HUBERTUS KNABE — Die Aufarbeitung des Kommunismus in Deutschland 25

DRAGOȘ PETRESCU — Dealing with the Securitate Files in Post-Communist Romania. Legal and Institutional Aspects 43

PETER JAŠEK — State Security Documents and their Role in the Process of Coming to Terms with the Totalitarian Past in Slovakia 61

MARTIN PRAŽÁK — Access to Fonds of the Security Services Archive, Archival Processing and Research Options for Minority Issues in the Czech Republic 79

KRISZTIÁN UNGVÁRY — Der Umgang mit den Akten der Staatssicherheit und der kommunistischen Vergangenheit in der heutigen ungarischen Erinnerungspolitik 97

Akten auf dem Prüfstand – Das Beispiel der Securitate

CORNELIU PINTILESCU — The Production of the Securitate's "Truth". Dealing with the Institutional Practices and Encapsulated Discourses of the Romanian Secret Police 125

GABRIEL ANDREESCU — The Manipulation of the Political Police Archive – Why and How? 149

STEFAN SIENERTH — Zuverlässige literaturhistorische Informationsquelle oder bloßes Lügengespinst? Zur Authentizität der Securitate-Akten über rumäniendeutsche Schriftsteller 175

CORINA L. PETRESCU — Beim Lesen einer Akte. Securitate-Unterlagen als Geschichte und Geschichten 191

LAURA G. LAZA — Die Übersetzung als Mittel der Manipulation. Eine Analyse der Briefe aus dem Nachlass Wolf von Aichelburgs 205

Lesarten – Die Akte als Quelle

MATTHIAS BRAUN — Stasi-Akten und Literaturgeschichtsschreibung 219

ÁGNES KISS — Censorship Revisited 233

ÁGNES TÓTH — Gesichtspunkte der Überwachung und überwachte Personen in einer multinationalen Gemeinde. Waschkut/Vaskút 1950–1957 271

TOMÁŠ VILÍMEK — Keine Überraschung zulassen! Einige Bemerkungen zur staatssicherheitlichen Absicherung der Volkswahlen in der Tschechoslowakei in den 1970er- und 1980er-Jahren . . 295

GEORG HERBSTRITT — Von Verbündeten zu Gegnern? Die Beziehungen zwischen Stasi und Securitate in den Jahren 1950 bis 1989 319

KRISZTINA SLACHTA — Banalität der Bürokratie? Überwachung ungarndeutscher „Verwandtschaftsbesuche". Eine Fallstudie: János Tőfalvi 337

WILLIAM TOTOK — Geschichtspolitische Beeinflussung des Auslands durch die Securitate 359

STEFANO BOTTONI — Between Constraint and Community Service. Transylvanian Intellectual Imre Mikó and the Securitate 387

BARBARA WALLBRAUN — „Mein liebes kleines Ungeheuer!“ Berliner Lesben im Visier der Staatssicherheit. Ein Werkstattbericht 411

ANDRA-OCTAVIA CIOLTAN-DRĂGHICIU — Jugendliche im Visier der Securitate. Die Dokumentationsakten der kommunistischen Sicherheitsbehörde als historische Quelle . . . 439

Akten literarisieren

SUSANNE SCHÄDLICH — Erinnere dich, erinnere uns 453

Autorinnen und Autoren 461

Herausgeberin und Herausgeber 466

Personenregister 467

Einführung

Geheimdienste haben in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in den Ländern Ostmittel- und Südosteuropas einen engmaschigen Überwachungs- und Repressionsapparat geschaffen. Als Instrument zur Machtkonstitution und -konsolidierung der herrschenden Parteien überwachten und bespitzelten sie zahlreiche Personen, drangen in Privatsphären ein und säten Zwietracht innerhalb von Gemeinschaften. Menschen wurden verfolgt, verhaftet und drangsaliert. Einrichtungen wie das Ministerium für Staatssicherheit der DDR, die rumänische Abteilung für Staatssicherheit (rum. Departamentul Securității Statului, kurz: Securitate) oder die tschechoslowakische Staatssicherheit (cz. Státní bezpečnost) wie auch ihre offiziellen und inoffiziellen Mitarbeiter wurden von der Landesbevölkerung mit Unterdrückung und Einschränkung, mit unmoralischem und unrechtem Handeln gleichgesetzt. Folgerichtig wurde im Zuge der europäischen Umbrüche ab 1989 auch eine Freigabe der gesammelten Informationen gefordert, in der DDR gar die Geheimdienstzentrale von Demonstrierenden gestürmt. Verlangt wurde und wird auch weiterhin ein Recht darauf zu erfahren, inwieweit der Staat in das private Leben vorgedrungen war. Aus dieser Forderung erwuchs in vielen Ländern der Anspruch, jene Akten einzusehen, die das eigene Leben betreffen. Den Mitarbeitern der sich 1989/1990 in Auflösung oder Umstrukturierung befindlichen Geheimdienste war die Brisanz ihrer Akten überdeutlich bewusst. Was bis dahin in sorgfältig verschlossenen „Giftschränken" verwahrt wurde, sollte nun an die Öffentlichkeit gelangen. Man begann, Bestände zu vernichten oder zumindest deren Freigabe zu verhindern.

Neben der Einsicht in die sogenannten Opferakten, jener vom Geheimdienst geführten Dokumente über eine bespitzelte Person, entstand rasch auch ein Interesse an der wissenschaftlichen Aufarbeitung von Vorgängen und Mechanismen, die mithilfe der Akten rekonstruierbar wurden. Eines der ersten Archive, die geöffnet wurden, war jenes des Staatssicherheitsdienstes der DDR im Herbst 1990. Als eines der letzten europäischen Länder beschloss 2015 das albanische Parlament ein Gesetz zur Öffnung der Akten der ehemaligen albanischen Geheimpolizei Sigurimi.

Vielfach gegen starke Widerstände, zumeist aus den Reihen der früheren politischen Eliten, konnten sich in den Ländern Zentral- und Südosteuropas Institutionen etablieren, die sich der Aufarbeitung dieser Aktenbestände widmeten. Die Überführung des Aktenmaterials aus dem Gebrauchszusammen-

hang in eigens dafür geschaffene Archive markiert einen Meilenstein der historischen und gesellschaftlichen Aufarbeitung kommunistischer Regime. Auch wenn die Zugänglichmachung der Akten in der Regel nur schleppend voranschritt, war es nun möglich, Opfer der Regime zu rehabilitieren und ihnen dadurch ein Stück der eigenen Vergangenheit zurückzugeben. Dieser Prozess brachte allerdings auch viele Biografien ins Wanken, erschütterte Freundschaften und spaltete Familien. Personen des öffentlichen Lebens gerieten und geraten weiterhin unter Rechtfertigungsdruck für ihr einstiges Handeln, wie es sich in den Akten widerspiegelt. Versuche, die „Aktenperspektive" glaubwürdig zu widerlegen, scheitern jedoch oft; Motive der Zusammenarbeit mit den Sicherheitsdiensten lassen sich vielfach nur mit Mühe rekonstruieren oder gar nicht mehr nachvollziehen. Vielfach bleibt auch der Entstehungskontext einer Akte unterbelichtet, insbesondere die von den offiziellen strategischen Zielen der Dienste divergierenden individuellen Interessen der hauptberuflichen wie der inoffiziellen Geheimdienstmitarbeiter und die damit verbundenen Berichts- und Dokumentationsstrategien. Auf diese Weise öffnet sich zwischen dem prekären Aktenwissen und dem nachvollziehbaren Bedürfnis nach Aufarbeitung eine moralische Grauzone, die die Geheimdienstarchive erneut zu „Giftschränken" und die Akten zu einem wirksamen Mittel für persönliche und politische Abrechnungen werden lassen. Infolgedessen wirken die Verheerungen, die der real existierende Sozialismus in den Ländern des sogenannten Ostblocks angerichtet hat, bis in die Gegenwart hinein. In diesem Zusammenhang lassen sich das Private und das Politische kaum voneinander trennen.

Nachdem die schrittweise Öffnung der Archive begonnen hatte, erschienen vor allem die Entlarvung von Tätern und die Genugtuung für Opfer als treibende Kraft der Aufarbeitung. Schädigende auf der einen, Leidtragende auf der anderen Seite – diese aus der Dynamik der Nachwendezeit nachvollziehbare, jedoch höchst brisante Polarisierung birgt für Wissenschaft wie Gesellschaft die Gefahr der Vereinfachung. Im Unterschied zu anderen Archivalien werden Geheimdienstakten auch in einer breiteren Öffentlichkeit diskutiert. Wer einmal als Täter dargestellt wurde, trägt daran nicht selten ein Leben lang, gar über den Tod hinaus, unabhängig davon, ob ein „Fall" tatsächlich ausreichend ausgeleuchtet wurde, um ihn einem breiteren Publikum bekannt zu machen. Aus dieser Perspektive stellen Geheimdienstakten, zumal Überwachungsakten, nicht nur eine unerlässliche Basis für den Versuch dar, zur Heilung von Wunden beizutragen, die der Gesellschaft von der totalitären Herrschaft beigebracht wurden, sondern können unter veränderten Vorzeichen auch instrumentalisiert werden. Die Wissenschaft sieht sich in diesem Kontext oft genug mit Entscheidungen moralischer Natur konfrontiert, die mit dem ihr eigenen handwerklichen Repertoire kaum zu treffen sind.

Wie treten wir heute, bald dreißig Jahre nach dem Ende des Kommunismus als Staatsform in Europa, diesem Phänomen gegenüber? Der verstorbene, renommierte ungarische Schriftsteller Péter Esterházy veröffentlichte im Jahr 2000 seinen wohl wichtigsten Roman, *Harmonia Caelestis*, in dem er auch die Geschichte seiner eigenen Familie erzählt. Kurz nach Drucklegung erfuhr Esterházy, dass sein Vater Informant des ungarischen Geheimdienstes gewesen war. Es folgte die *Verbesserte Ausgabe* (ung. *Javított kiadás – melléklet a Harmonia caelestishez*), in der er sich mit den schmerzhaften Erkenntnissen durch die Einsicht in Geheimdienstakten auseinandersetzt. Der Schriftsteller Hans Joachim Schädlich musste 1992 aus Dokumenten der Stasi erfahren, dass sein eigener Bruder jahrelang über Schriftstellerfreunde und über die eigene Familie berichtet hatte. Er verarbeitete diese Erfahrung in der Erzählung *Die Sache mit B.*, und Susanne Schädlich, Tochter von Hans Joachim Schädlich und Nichte des inoffiziellen Mitarbeiters, schrieb 2009 die autobiografische Erzählung *Immer wieder Dezember. Der Westen, die Stasi, der Onkel und ich*.

Was bleibt vom Vater, vom Onkel und Bruder? Die persönlichen, aber auch gesellschaftlichen Auswirkungen solcher Informationen in Gegenwart und Zukunft lassen sich im besten Fall erahnen. Der Wissenschaft kommt bei solchen Ereignissen und Prozessen eine bedeutende flankierende Funktion zu. Die Aktenbestände der einschlägigen Archive bilden für diese Aufgabe aber lediglich ein brüchiges Fundament, stellt doch die Überlieferungssituation eine Momentaufnahme der Geheimdienste zum Zeitpunkt des Systemwechsels dar. Viele Akten sind zudem nach wie vor unauffindbar, von anderen Beständen weiß man um ihre Vernichtung. Die Aufarbeitungsstellen übernahmen die Bestände so, wie sie von den Geheimdiensten hinterlassen worden waren. Ordnungs- und Bedeutungszusammenhänge, wie sie für Aufarbeitung und Erforschung vonnöten sind, müssen in oft mühevoller Detailarbeit rekonstruiert und kontextualisiert werden. Die lagernden Akten sind somit nicht nur historische Quellen, sondern auch das verzerrte Gedächtnis einer Erlebnisgeneration. Gleichzeitig stellen sie einen unverzichtbaren Teil der Dokumentation der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dar. Trotzdem hegen viele Akteure, insbesondere Zeitzeugen, Zweifel daran, dass der Nutzen der Aufarbeitung dieses Quellenmaterials den Schaden, der damit fortgesetzt angerichtet wird, übertrifft. So antwortete Günter Grass, als man ihn einst fragte, warum er die ihn betreffenden Dokumente aus den Archiven des Staatssicherheitsdienstes nicht einsehen wolle, mit der Feststellung, dass die Stasi-Akten „wie ein Gift" gewirkt hätten, weil sie „wie gültige Dokumente" gewertet würden.[1]

1 Zitiert nach: Kai Schlüter: Günter Grass im Visier. Die Stasi-Akte. Berlin 2010.

Vielfach fehlte und fehlt die quellenkritische Lesart, die hilft, diese Art von Dokumenten zu verstehen. Es stellen sich Fragen danach, was der Inhalt einer Überwachungsakte tatsächlich über die kommunistische Epoche und ihre Akteure aussagt. Lassen sich Opfer- und Täterrollen immer eindeutig zuordnen? Wo endet die Aufarbeitung zum Wohle der Gesellschaft und wo beginnen persönliche Rachefeldzüge?

Vor dem Hintergrund dieses Spektrums an vorwissenschaftlichen Überlegungen widmete sich die internationale und interdisziplinäre Tagung „Aus den Giftschränken des Kommunismus" den Archiven der kommunistischen Geheimdienste in Zentral- und Südosteuropa anhand von Überblicksdarstellungen und ausgewählten Beispielen. Stattgefunden hat sie im April 2015 in Berlin als Kooperationsveranstaltung des Instituts für deutsche Literatur an der Humboldt-Universität zu Berlin, des Instituts für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas (IKGS) sowie des Europäischen Netzwerks Erinnerung und Solidarität (European Network Remembrance and Solidarity, ENRS). Der vorliegende Tagungsband versammelt die Vorträge, die teilweise erweitert und ergänzt wurden.

Nach den Grußworten der Vertreter unserer wichtigsten Mitwirkenden und Partner der Tagung – Prof. Roland Berbig vom Institut für deutsche Literatur der Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Matthias Weber, Direktor des Europäischen Netzwerks Erinnerung und Solidarität, und Björn Deicke, Direktor beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR – folgen fünf Länderberichte, die sich exemplarisch mit der Geschichte und dem Status quo der vor allem institutionell geprägten Aufarbeitungsprozesse in Deutschland, Rumänien, der Slowakei, Tschechien und Ungarn widmen. In der Zusammenschau wird einerseits deutlich, wie sehr diese Prozesse von der Disposition der jeweiligen Regierung abhängig sind. Andererseits lässt sich nachvollziehen, dass sich das Maß an Dringlichkeit eines verstärkten internationalen Austauschs zwischen den nationalen Aufarbeitungsbehörden und -akteuren bis dato nicht verringert hat.

Die beiden folgenden, empirisch orientierten Kapitel gruppieren sich in weiten Teilen um Fragestellungen zu Minderheiten und Randgruppen. Mit der auf diese Weise implizit und explizit erfolgenden Reflexion des jeweiligen Forschungsstandes wird das Ausmaß des Bedarfs an einer vertieften Auseinandersetzung mit Geheimdienstakten besonders deutlich, nicht zuletzt, weil sie in einer weitgehend durchherrschten und nach Uniformität strebenden Gesellschaft für „das Andere", zumeist auch in besonderem Maße Suspekte stehen. Im Kapitel „Akten auf dem Prüfstand – Das Beispiel der Securitate" wird der rumänische Geheimdienst herangezogen, um seine Arbeitsweise und die Intentionen der Akteure darzustellen sowie die „Fallen", in die der Benut-

zer des CNSAS-Archivs tappen kann, zu erläutern: Corneliu Pintilescus grundlegender Beitrag widmet sich in diesem Zusammenhang den organisatorischen Aspekten der Geheimdienst- und insbesondere der Überwachungsarbeit, Gabriel Andreescu wiederum stellt, gestützt auf ein Lebenswerk an Aufklärungs- und Forschungsarbeit zu dieser Thematik, die wichtigsten Facetten der Manipulation von Überlieferungszusammenhängen am Beispiel rumänischer Schriftsteller und Künstler dar. Stefan Sienerth, langjähriger Direktor des IKGS, stellt die Frage nach der Zuverlässigkeit und Authentizität von Securitate-Akten über deutsche Schriftsteller in Rumänien, die immer wieder ins Visier des Geheimdienstes gerieten. Corina L. Petrescu und Laura G. Laza vertiefen in ihren Aufsätzen, in deren Zentrum die rumäniendeutschen Schriftsteller Eginald Schlattner und Wolf von Aichelburg bzw. ihre Verhör- und Prozessakten stehen, die Darstellung verschiedener zweckgerichteter Manipulationen im Rahmen geheimdienstlicher Dokumentationen.

Im Kapitel „Lesarten – Die Akte als Quelle" werden darauf aufbauend Fallbeispiele dargelegt, die verschiedene Interpretationsvarianten und damit verbundene Forschungspotenziale dieser Quellengattung über Aufarbeitung und „Tätersuche" im engeren Sinne hinaus aufzeigen: Matthias Braun fragt nach dem Mehrwert der Stasi-Akten für die deutsche Literaturgeschichte. Ágnes Kiss plädiert in ihrem Beitrag zur Zensur in Rumänien für einen Perspektivenwechsel weg von der starren Polarität zwischen einem nach Vorschrift agierenden Zensor und einem zur Passivität verurteilten Zensierten. Sie beschreibt Zensurvorgänge als alltägliche Orte der Kommunikation und des Verhandelns, in denen persönliche Beziehungen eine bedeutende Rolle spielten. Ágnes Tóth wiederum beschäftigt sich eingehend mit dem Fallbeispiel der ungarischen Gemeinde Waschkut (ung. Vaskút) und zeigt, wie Minderheitensituationen für die Feindbildproduktion einer gleichzeitig nationalistischen wie Klassenideologie durch den ungarischen Geheimdienst funktionierten. Tomáš Vilímek wiederum untersucht die (Vor-)Arbeit des tschechoslowakischen Geheimdienstes im Rahmen der Volkswahlen in den 1970er- und 1980er-Jahren und eröffnet damit eine weitere Option, Geheimdienstakten heranzuziehen, um der politischen Geschichte der kommunistischen Ära eine wichtige Facette hinzuzufügen. Georg Herbstritt und Krisztina Slachta zeigen in ihren Beiträgen die bislang nur teilweise genutzten Potenziale von Überwachungsakten für die transnationale Geschichte über den Eisernen Vorhang hinweg: Während Herbstritt das Verhältnis der Geheimdienste Rumäniens und der DDR anhand einiger biografischer Beispiele erläutert, fokussiert Slachta auf die Objekte der Überwachung – in diesem Fall die Besuche von Verwandten aus dem „Westen" bei den in Ungarn verbliebenen bzw. dorthin zurückgekehrten Ungarndeutschen. Deutlich wird bei beiden Ansätzen, dass die im Mittelpunkt stehenden

Quellen nicht nur die untersuchten Vorgänge auf die ihnen eigene Art reflektieren, sondern wiederum Schlüsse auf die Arbeitsweise und Absichten der Dienste selbst ermöglichen: „über die Konstruktion von Fällen, Linien, Legenden, Gegnern, Diversionen – und von Feindbildern".[2] Nicht weniger transnational orientiert, jedoch noch stärker biografisch ausgerichtet sind die Beiträge von William Totok, der sich dem Wirken von Friedrich (Fritz) Cloos, einem in Deutschland agierenden ehemaligen Nationalsozialisten in den Diensten der Securitate, widmet, und von Stefano Bottoni, der die Frage nach der Notwendigkeit von Kollaboration als politische Strategie anhand der Biografie des siebenbürgisch-ungarischen Minderheitenpolitikers Imre Mikó stellt. In den letzten beiden Beiträgen rücken im Kommunismus besonders marginalisierte Gruppen in den Fokus: Barbara Wallbraun begibt sich in ihrem „Werkstattbericht" auf die Suche nach „Berliner Lesben im Visier der Staatssicherheit", während Andra-Octavia Cioltan-Drăghiciu einen auf ihrer Dissertation basierenden Überblick über die Thematik „Jugendliche im Visier der Securitate" gibt: Obwohl vordergründig kein „Randgruppenthema", zeigt sie darin auf, wie Marginalität mit der Identifikation von „nichtkonformen" Jugendlichen regelrecht konstruiert wird.

Eine besondere Wechselwirkung stellt die literarische Produktion dar, die die meist sehr schmerzhafte und höchst persönlich motivierte Auseinandersetzung mit bestimmten Aktenbeständen generiert. Wir freuen uns daher besonders, dass Susanne Schädlich einen Text für diesen Band beigesteuert hat: Zwischen Recherche und Literarisierung, als Chronistin und als Betroffene, tritt sie in dem Text „Erinnere dich, erinnere uns" dafür ein, den „Vollstreckern einer Diktatur die Sprache wieder wegzunehmen".[3]

Die enge Verbindung von Literatur und Aktenaufarbeitung wurde einmal mehr während der im Rahmen der Tagung veranstalteten Podiumsdiskussion mit Akteuren und Betroffenen, die sich auf verschiedene Weise der Aufarbeitung widmen, deutlich. Neben dem Autor Uwe Kolbe, 1957 im Ostteil Berlins geboren und zeitweise vom MfS, unter anderem vom eigenen Vater, beobachtet, diskutierten die Bürgerrechtlerin und Oppositionelle Ulrike Poppe, von 2010 bis 2017 Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Radu Preda, rumänischer Theologe und Präsident des Instituts für die Erforschung der Verbrechen des Kommunismus, sowie der ungarische Zeithistoriker Krisztián Ungváry. Kritisch hinterfragt wurde die Öffnung der Geheimdienstarchive als Beitrag zur Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit. Konsens bestand darüber, dass diese Möglichkeit von Betroffenen

2 Slachta, S. 358.
3 Schädlich, S. 459.

dankbar angenommen werde und sie bei Rehabilitierungsverfahren und Opferentschädigung unterstütze: Der „Giftschrank" könne als ein „Medizinschrank" genutzt werden und der „Heilung" dienen. Gleichzeitig aber wurde auch auf die Gefahr hingewiesen, die von den Akten ausgehe, denn, so meinte Ungváry, Akten entsprächen nicht unbedingt der Realität, sie könnten auch eine „Quelle der Unwahrheit" sein, die genau kontextualisiert werden müsse. Uwe Kolbe wiederum betonte, dass die Beschäftigung mit den Geheimdienstakten allzu oft den Blick von den Entscheidungsträgern der politischen Systeme, von den Funktionären und einflussreichen Parteimitgliedern, ablenken würde. Hier seien weitere Quellen zu erschließen, die den Geheimdienstakten entgegengestellt werden müssten. Radu Preda unterstrich in diesem Kontext, dass mithilfe der Akten „das System" zu erfassen sei. In Rumänien höre die Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg auf, denn die kommunistische Propaganda sei nach dem Umbruch von 1989/1990 weitestgehend entfernt worden und habe ein Vakuum hinterlassen, das bis heute nicht gefüllt sei. In dieser Hinsicht sei die Beschäftigung mit den Akten der Securitate für das Entstehen einer demokratischen Gesellschaft von immanenter Bedeutung. Die verspätete Öffnung der rumänischen Geheimdienstarchive 1999 habe jedoch zur Folge, dass die Wahrnehmung der Ergebnisse dieses Aufarbeitungsprozesses eher gering sei und entsprechend wenige Konsequenzen in der Aufarbeitung eingefordert würden.

Um die Diskussion zu vertiefen und zu exemplifizieren, führten die Organisatoren während der Tagung ein öffentliches „Werkstattgespräch" zum Stand der Aufarbeitung innerhalb der rumänischen Forschung. Vertreter verschiedener Generationen und Professionen – die Journalistin und Publizistin Hannelore Baier, der Literaturkritiker und Publizist Gerhardt Csejka, der Historiker Thomas Șindilariu sowie der Schriftsteller und Literaturwissenschaftler Joachim Wittstock – sprachen über persönliche Motivationen und wissenschaftliches Interesse, mit Akten aus den Archiven des rumänischen Geheimdienstes zu arbeiten: Der Forschung zu „überschaubaren" Gemeinschaften wie jene der Rumäniendeutschen wurde im Gespräch einerseits der Vorteil attestiert, dass es eine Reihe weiterer Quellengattungen gäbe, die die Informationen aus den Archiven ergänzten. Andererseits lägen Forschungsgegenstand und persönlicher Erfahrungshorizont bzw. Akteurskreis vielfach nahe beieinander und stellten so den Forscher vor eine besondere Herausforderung. Diese Problematik betrifft die Erlebnisgeneration auch in anderen Forschungszusammenhängen: die Überlagerung von eigenem Wissen und Erleben mit den Vorgängen, die sich in den Geheimdienstakten finden oder in diesen generiert werden.

Die Hinterlassenschaften des Kommunismus erweisen sich, wenngleich mit länderspezifischen Besonderheiten, nicht zuletzt aufgrund des politischen Handelns und der Migrationsprozesse vor und nach 1989 als ein europäisches

Phänomen sui generis, dessen Untersuchung nicht nur ein interdisziplinäres Instrumentarium, sondern auch einen gemeinschaftlichen Dialog über Aufarbeitung und Erforschung erfordert. Tagung und Band „Aus den Giftschränken des Kommunismus" stellen einen Versuch dar, Bedarf und Bedürfnis eines solchen Austausches deutlich zu machen und sowohl dessen Potenziale wie auch dessen Grenzen zu diskutieren.

Die exemplarische Fokussierung auf bestimmte Länder Ostmittel- und Südosteuropas ergab sich aus den wissenschaftlichen Schwerpunkten der drei federführenden Institutionen und der schon begonnen Zusammenarbeit mit Partnern, die mit diesem Projekt gefestigt und fortgesetzt wurde. Das Institut für deutsche Literatur an der Humboldt-Universität zu Berlin ist eine der führenden Forschungseinrichtungen für das, was gemeinhin als DDR-Literatur bezeichnet wird. Sie stellt sich hierbei immer wieder neu der Herausforderung, Autoren und deren Werke in ihrer heutigen Relevanz zu erfassen und in ihrer historischen und gesellschaftlichen Dimension zu verorten. Das Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität in München arbeitet seit vielen Jahren über die Rumäniendeutschen im Spiegel der Geheimdienstakten. Der Erforschung und Vermittlung der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, insbesondere der totalitären Systeme und der Kriege, deren Folgen bis heute gesellschaftlich weiterwirken, wiederum widmet sich das Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität. Es ermöglichte die Durchführung eines Stipendienprogramms während der Tagung und begünstigte somit den Austausch vor allem einer jüngeren Generation von Forschenden. Zu Dank verpflichtet sind wir darüber hinaus unseren weiteren Partnern, dem Nationalen Rat für das Studium der Archive der Securitate in Bukarest, dem Institut für das Nationale Gedächtnis in der Slowakei sowie dem Institut für Geschichte am geisteswissenschaftlichen Forschungszentrum der Ungarischen Akademie der Wissenschaften. Mit großem Anteil eingebracht hat sich in diese Veranstaltung die Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, die in vielerlei Hinsicht beispielgebende Arbeit in Bezug auf Geheimdienstakten leistet. Als Partner fungierten darüber hinaus die Kulturreferentin für Südosteuropa bei der Stiftung Donauschwäbisches Zentralmuseum in Ulm, das Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa sowie das Literaturhaus Berlin. Den Partnern und Förderern, allen voran der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, sei an dieser Stelle ein großer Dank für die großzügige Unterstützung und die gute Zusammenarbeit ausgesprochen.

Florian Kührer-Wielach und Michaela Nowotnick

Grußworte

ROLAND BERBIG

Institut für deutsche Literatur an der
Humboldt-Universität zu Berlin

Wie ist angemessen, methodisch sauber mit Überwachungsakten umzugehen, jener Textform, die aus Ungeheuerlichem kommt, Ungeheuer gebiert und uns aus düsteren Gründen nicht geheuer ist? Die Initiatoren haben dem vorliegenden Band einen griffigen Titel gegeben: „Aus den Giftschränken des Kommunismus". Mit dem Wort „Kommunismus", Sie wissen es, verhält es sich beinahe so wie heute mit dem Wort „Islamismus". Der Begriff hat sich gelöst von ursprünglichen Bedeutungen und ist über die Jahre um- und neu definiert worden. Hier steht er für den Verbund diktatorischer Staaten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Aber auch das Wort „Giftschrank" hat es in sich. Gestatten Sie, nachsichtig, eine kurze persönliche Reminiszenz. Als ich in Jugendzeiten Hilfspfleger in einem Krankenhaus war, bezeichnete man damit einen versiegelten Metallkasten, in dem meist schmerztherapeutische Medikamente aufbewahrt wurden. Einmal wöchentlich wurde, unter Zeugen, die Vollständigkeit geprüft. Während meines Studiums an dieser Universität galt mein ganzes Trachten, selbst an „Giftschränke" heranzukommen. Das Gift, das sie bargen, war geistiger Natur: Bücher und Zeitschriften, von Kafka bis Johnson – sie standen unter dem Verdikt, heile Welten ins Unheil zu stürzen und ihren zufriedenen Lesern den Seelenfrieden zu rauben.

Auch die literaturwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem, was wir hier Kommunismus nennen, offenbart, in welchem Maße das geheimdienstliche Wirken einen Abgrund aufgerissen hat, den keine Zeit der Welt zuschaufelt. Was aus der Büchse der Pandora, was aus den Giftschränken ans Licht kommt, verdunkelt und erhellt in einem. Innovative Energie ist nötig, vor dem raschen Zugriff steht das langsame Begreifen. Die Sprache der Akten ist zu deuten, die Deutung zu erlernen. Eine hohe Kunst für nicht selten niedrigste

Texte. Gut und Böse erweisen sich als verführerische, aber nicht taugliche Zuweisungen. Viele haben diese Erfahrung gesammelt, sind an ihr gewachsen und zuweilen, fürchte ich, daran verzweifelt.

Das Institut für deutsche Literatur unserer Universität weiß sich in einer langen Tradition geschwisterlich der Geschichtswissenschaft verbunden. Ihr verdankt es haltbare Forschungen, die nicht mit dem Tag vergehen und nicht über allem Spektakel die Kraft der Einsichten, von denen sie geprägt sind, einbüßt. Das Interdisziplinäre nicht als plattes Schlagwort, sondern als schlagendes Argument für das Verstehen literarischer Texte und – dies vor allem – ihr Verständlichhalten. Ohne seinen historischen Sinn und dessen Erschließung versinkt, was Wirklichkeit war und stiftete, ins Unwirkliche, ins Abstruse, in Unsinn. Die sie vereinen, sind sich einig in eben dieser Intention, die aller Inquisition fernsteht und doch insistiert auf Unerlässliches: historische, unleugbare Wahrheit.

Der „Giftschrank" als jener Ort, an dem die einst politisch Mächtigen in Osteuropa ihr Geheimmaterial verwahrten und es verwandelten, umschrieben und überschrieben: ein Ort, dessen Zugänglichkeit sich nicht von selbst verstand und zu erobern war – und immer wieder zu erobern ist. Ein Regularium war vonnöten und ist es. Wer darf zugreifen auf das einst Geheime? Das Opfer, der Täter, der Mitwissende? Der neutrale Wissenschaftler, die neue politische Macht? Was ist noch immer geheim und warum? Was hat geheim zu bleiben und warum? Was bedeutet das einst gesammelte und exklusiv verwaltete Wissen heute? Droht erneut Instrumentalisierung? Welches Recht hat der, dem einst mit diesen Dokumenten Unrecht geschah? Wer bewahrt die Erschließenden vor neuem Unrecht, wer schützt redliches Tun vor unredlicher Tat? Diese Fragen stehen im Raum. Ihre Beantwortung steht aus – oder richtig: Sie steht wieder und wieder an. Verlangt wird von uns, die wir uns an „Giftschränke" wagen und auf dieses Wagnis bestehen müssen, wissenschaftliche Redlichkeit und persönliche Integrität.

Das Grußwort ist der Gattung untreu geworden, auf die es doch verpflichtet war. Der grüßen sollte, ist mit zu vielen Fragen angerückt. Der Ihnen die Tür öffnen wollte, er ist gleich selbst begierig, wissbegierig natürlich, hineingestürmt. Da ist, scheint mir, gut, rasch zu enden und den Weg frei zu geben für eine wissensdichte Lektüre, die die Zeit des Lesens überdauert, wie es der Gegenstand dieser Tagung tun wird.

MATTHIAS WEBER

Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität, Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

Das Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE) und das Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität (European Network Remembrance and Solidarity, ENRS) sind Mitförderer, Mitveranstalter und Mitvorbereiter dieses Tagungsbandes sowie der Tagung, die ihm vorausgegangen war. Das Oldenburger Bundesinstitut befasst sich – ähnlich wie der Mitveranstalter und Mitorganisator, das Münchner Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas (IKGS) – regional übergreifend und in etwas anderem Zuschnitt ebenfalls mit der Geschichte und Kultur der historischen deutschen Provinzen und Siedlungsgebiete im östlichen Europa vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Das ENRS hat jedoch eine etwas andere Schwerpunktsetzung und eine spezifisch multilaterale Organisationsform. Ich möchte das Grußwort dazu nutzen, Ihnen das Netzwerk kurz vorzustellen.

Das ENRS wurde 2005 durch eine politische Absichtserklärung der Kulturminister mehrerer Länder gegründet. Gemäß seiner Satzung ist das Ziel des Netzwerks, eine gemeinsame, ausschließlich vom europäischen Geist der Versöhnung getragene Analyse, Dokumentation und Verbreitung der Vergangenheit zu unterstützen und die Geschichte der Nationen Europas miteinander zu verbinden, um zur Entwicklung einer europäischen Erinnerungskultur beizutragen. Gegenstand des ENRS ist die Geschichte des 20. Jahrhunderts, eines Jahrhunderts der Kriege, der totalitären Diktaturen und der Leiden der Zivilbevölkerung als Opfer von Kriegen, Unterdrückung, Eroberung, Zwangsmigrationen sowie als Opfer von nationalistischen, rassistischen und ideologisch motivierten Repressionen. Das Thema dieser Tagung, die sich mit den „Giftschränken des Kommunismus“ auseinandersetzt, trifft somit ins Zentrum der Aufgabenstellung des ENRS. Die Mitglieder des ENRS sind nicht bestimmte Einrichtungen oder Personen, sondern die Staaten selbst. Diese Staaten werden durch die für Kultur und Geschichtsaufarbeitung zuständigen Minister vertreten. Mitglieder sind derzeit Deutschland, Polen, Rumänien, die Slowakei und Ungarn. Beobachterstatus im Europäischen Netzwerk nehmen Alba-

nien, Österreich, Tschechien und Lettland ein. Wir hoffen natürlich, dass diese und weitere Staaten dem Netzwerk bald ganz beitreten werden.

Das Netzwerk hat ein eigenes Sekretariat in Warschau, das für die Projektkoordination und die finanzielle sowie organisatorische Abwicklung zuständig ist. Das Spektrum der vom ENRS durchgeführten Projekte umfasst wissenschaftliche Formate, aber auch kulturelle Bildungsprojekte unterschiedlichster Art, etwa Jugend- und wissenschaftliche Nachwuchsarbeit. Als zentrales Organ wird eine englischsprachige Zeitschrift herausgegeben, die sich mit der Geschichte und Gegenwart Europas beschäftigt: *Remembrance and Solidarity. Studies in 20th Century European History*.

Das Europäische Netzwerk führt darüberhinaus laufend eine Fülle von größeren und kleineren Projekten durch. Jährlich in einer anderen europäischen Stadt werden die European-Remembrance-Symposien organisiert, die insbesondere dem Austausch und der Vernetzung von Geschichtsinstituten und -initiativen dienen, aber auch für individuelle Besucher offen sind. Die hohen Teilnehmerzahlen der bisher in Danzig/Gdánsk, Berlin, Prag, Wien, Budapest, Brüssel und Bukarest veranstalteten Symposien zeigen, dass der internationale Austausch über die Vergangenheit in ganz Europa ein gesellschaftliches Anliegen von hoher Aktualität ist. Die Konferenz und der Tagungsband *Aus den Giftschränken des Kommunismus* legen einen fachlichen Schwerpunkt auf Südost- und Mitteleuropa.

Die Idee zu dieser Tagung entstand in Zusammenarbeit des Instituts für deutsche Literatur an der Humboldt-Universität zu Berlin und des IKGS in München. Wir haben bei der Vorbereitung darüber nachgedacht, ob es nicht ratsam und notwendig wäre, weitere Fallstudien aus vielen anderen Ländern des östlichen Europas, die ebenfalls von Überwachung und staatlicher Kontrolle geprägt waren, hinzuzunehmen. Letztlich haben wir uns entschieden, es beim exemplarischen Charakter zu belassen, da die Tagung und der vorliegende Band lediglich den Auftakt für eine weitere Auseinandersetzung mit der Thematik darstellen. Es sei darauf hingewiesen, dass die Notwendigkeit, diese Fragestellungen auch in anderen Ländern aufzugreifen, unbedingt gegeben ist.

Dem IKGS München und der Humboldt-Universität zu Berlin danke ich für die Initiative zu dieser Konferenz und für die hervorragende Zusammenarbeit bei den Vorbereitungen der Tagung. Wir haben uns sehr gerne dieser Initiative angeschlossen.

BJÖRN DEICKE

Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Ich danke den Initiatoren der Veranstaltern dafür, dass sie die Frage nach dem Umgang mit dem Erbe der Geheimdienstakten im Rahmen der Konferenz *Aus den Giftschränken des Kommunismus*, in einem breiten internationalen Rahmen diskutierten und freue mich, dass die Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) ihr über Jahrzehnte erarbeitetes, spezielles Wissen und Know-how einbringen kann. Ich sehe die Behörde des Bundesbeauftragten in diesem Zusammenhang auch in ihrer Eigenschaft als eine Partnerbehörde von eingeladenen Archiven und Institutionen aus Mittel- und Südosteuropa, mit denen wir in einem eigenständigen fachlichen, behördlichen Netzwerk seit Ende 2008 verbunden sind. Mit unseren Partnereinrichtungen in Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien gründeten wir damals ein europäisches Netzwerk der für die Akten der Geheimpolizei zuständigen Behörden. Deswegen freue ich mich besonders über die persönliche Teilnahme von Dr. Dragoș Petrescu, dem Präsidenten des Rates für das Studium der Archive der Securitate bis 2018.

Ich möchte unterstreichen, dass dieses Netzwerk sich in seiner Arbeit auf einen spezifischen Aspekt der Aufarbeitung jener kommunistischen Diktaturen konzentriert. Voraussetzung ist die Verfügbarkeit der Geheimpolizeiakten und die aktive Aufarbeitung dieser Hinterlassenschaft durch die jeweiligen Einrichtungen. Die Konferenz soll sich mit Fragen zum Umgang mit diesen Akten beschäftigen. Dazu einige wenige Gedanken: Die Besetzung der Stasi-Dienststellen in der DDR durch Demonstranten im Jahr 1989 beendete die Geschichte der ostdeutschen Geheimpolizei. Insbesondere in der DDR und in Rumänien mit seinen blutigen Auseinandersetzungen während der revolutionären Ereignisse war der Fokus der Demonstranten sehr früh auf die Geheimpolizei und deren Akten gerichtet. In anderen Ländern geschah dies nicht so intensiv oder erst später.

Gegen erhebliche Widerstände der alten kommunistischen Eliten und trotz mancher Vorbehalte in der Bundesrepublik konnte nach 1990 erreicht werden, dass die Stasi-Akten nicht weiter vernichtet werden und eine Öffnung grundsätzlich vorgesehen war. Was folgte, war ein parlamentarisches Verfahren zum Erlass des Stasi-Unterlagengesetzes, das den Zugang zu den bisher geheimen Akten des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit und deren Verwendung gesetzlich regelte. Dafür wurde eine eigene Behörde geschaffen, die des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes. Das Stasi-Unterlagengesetz von 1991 regelt bereits, dass die Unterlagen des Ministeriums für die Staatssicherheit sowohl für die historische und politische als auch für die juristische Aufarbeitung genützt werden sollen. Davon wurde von Anfang an reichlich Gebrauch gemacht.

Insgesamt konnte durch die frühe Sicherung ein erheblicher Teil des Bestandes an Stasi-Akten gerettet werden, auch wenn dieser eine nicht klar zu beziffernde Lücke aufweist. Doch standen die Stasi-Akten den ehemaligen Opfern ebenso offen, wie sie für die historische Forschung, die politische Bildungsarbeit und die juristische Aufarbeitung der ostdeutsch-kommunistischen Diktatur genutzt werden konnten. Die strafrechtliche Aufarbeitung für in der DDR begangenes Unrecht erfolgte schwerpunktmäßig in den unmittelbaren Jahren nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. Es gab nun die Möglichkeit, die Aufarbeitung mit den Mitteln des individuellen Strafrechts zu beschreiten. Im Mittelpunkt aller Verfahren stand dementsprechend die Notwendigkeit des Nachweises persönlicher Schuld. Nicht die Funktion im Unrechtssystem der DDR konnte geahndet werden, sondern die persönliche Verantwortlichkeit eines Einzelnen. Darüber hinaus sollte verhindert werden, dass die ehemaligen Eliten, zumindest nicht unerkannt, erneut einflussreiche Positionen besetzen. Zur Gesamtbilanz der Aufarbeitung gehört die Wahrheit über die kommunistische Diktatur, die nicht zuletzt in den vielen Gerichtsverfahren und Medienberichten an die Öffentlichkeit kam, und die letztlich Teil dessen ist, was wir durch die intensive Forschung aus den Akten rekonstruieren können.

Länderberichte

Die Aufarbeitung des Kommunismus in Deutschland

HUBERTUS KNABE

Kommunismus in einem halben Land

Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten stellt Deutschland bei der Aufarbeitung des Kommunismus einen Sonderfall dar. Das sozialistische System existierte nämlich nur in einem relativ kleinen Teil des Landes. Während über 60 Millionen Deutsche zwischen 1949 und 1989 in der westlich orientierten Bundesrepublik Deutschland (BRD) lebten, wuchs lediglich eine Minderheit von etwa 16 Millionen in der dem sowjetischen Block zugehörigen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) auf. Diese Ausgangslage beeinflusste nicht nur die Form des Kommunismus, in dem zum Beispiel – anders als in der Sowjetunion – offiziell mehrere Parteien existierten,[1] sie bestimmte auch die Vergangenheitsbewältigung nach dem Ende des Kommunismus.

Gemeinhin werden nach dem Sturz einer Diktatur wesentliche Entscheidungen über den Umgang mit der Vergangenheit auf der zentralen Ebene des politischen Systems, also in Parlament und Regierung, getroffen. Im seit Oktober 1990 gesamtdeutschen Bundestag bildeten die parlamentarischen Vertreter der ehemaligen DDR-Bürger jedoch nur eine Minderheit. Gleiches gilt für die seitdem amtierenden Bundesregierungen.

Auch die Justiz, ein anderer wichtiger Bereich für die Diktaturaufarbeitung, war in Deutschland stark vom Westteil des Landes geprägt. Zwar untersteht die Justiz im föderalen System der Bundesrepublik den einzelnen Bundesländern, von denen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR insgesamt fünf gegründet wurden.[2] Doch die höchstrichterlichen Entscheidungen werden von Bundesgerichten für alle 16 Bundesländer gemeinsam getroffen. In ihnen gab es lange Zeit keine Richter aus der ehemaligen DDR. Außerdem waren die meis-

1 Gerd-Rüdiger Stephan u. a. (Hgg.): Die Parteien und Organisationen der DDR. Berlin 2002.

2 Deutscher Richterbund (Hg.): Handbuch der Justiz 2014/2015. Die Träger und Organe der rechtsprechenden Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland. Heidelberg 2014.

ten juristischen Entscheidungen aufgrund des Tatortprinzips in Berlin zu treffen, wo im Wesentlichen der West-Berliner Justizapparat seit der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 für den Ostteil der Stadt zuständig wurde.[3]

Ein dritter für die Aufarbeitung der Vergangenheit relevanter Bereich sind die Medien. Auch hier unterschied sich die Situation zum Teil erheblich von der in anderen ehemals sozialistischen Staaten. Die Rundfunk- und Fernsehsender der DDR wurden zum überwiegenden Teil abgewickelt und durch ursprünglich westdeutsche Sender ersetzt. Lediglich auf der Ebene der Bundesländer gab und gibt es spezielle ostdeutsche TV- und Radio-Sender. Im Bereich der Printmedien wurden die ehemaligen Bezirkszeitungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) im Zuge ihrer Privatisierung von westdeutschen Verlagshäusern gekauft. Die wenigen medialen Neugründungen aus der Zeit der friedlichen Revolution konnten der Konkurrenz westlicher Medien nicht lange standhalten.[4]

Der Aufarbeitungsprozess in Deutschland unterschied sich aber noch in einer weiteren Hinsicht von dem in anderen Ländern: Er fand unter wesentlich besseren ökonomischen Bedingungen statt. Auf Veranlassung der Bundesregierungen kam es zu einem gigantischen Finanztransfer von West nach Ost in Höhe von weit über 1.000 Milliarden Euro.[5] Die Ostdeutschen wurden nicht nur in das westdeutsche Renten- und Krankenkassensystem aufgenommen, im Zuge des Programms „Aufbau Ost“ wurden auch enorme Steuererleichterungen, Investitionszulagen und Infrastrukturprogramme finanziert. Entsprechend schnell verbesserten sich die Lebensverhältnisse in der ehemaligen DDR. Andererseits bewirkte die Einführung der D-Mark am 1. Juli 1990, die diesen Wohlstand erst ermöglichte, dass die meisten DDR-Betriebe nicht mehr konkurrenzfähig waren und deshalb schließen mussten. Allein 1991 verloren 1,4 Millionen Menschen in Ostdeutschland ihre Arbeit, die Arbeitslosenquote erhöhte sich danach bis 2004 von zehn auf 20 Prozent.[6] Darüber hinaus verglichen viele Ostdeutsche ihre wirtschaftliche Situation bald nicht mehr mit derjenigen in der DDR, sondern mit der in Westdeutschland – und waren entsprechend unzufrieden.

---

3 Hubertus Knabe: Die Täter sind unter uns. Über das Schönreden der SED-Diktatur. Berlin 2007, S. 92.

4 Jürgen Wilke (Hg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Köln 1999.

5 Oliver Schwinn: Die Finanzierung der deutschen Einheit. Eine Untersuchung aus politisch-institutionalistischer Perspektive. Wiesbaden 1997; Gerhard A. Ritter: Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaates. München 2006.

6 Statistik zu den Arbeitslosenzahlen 1991–2014, <http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIV31.pdf>, 20.10.2017.

Ein weiterer Unterschied zu anderen ehemals sozialistischen Ländern bestand darin, dass es nach der Öffnung der Berliner Mauer zu starken Wanderungsbewegungen zwischen Ost- und Westdeutschland kam.[7] Während vor allem viele jüngere Ostdeutsche auf der Suche nach einer Ausbildung oder Anstellung nach Westdeutschland zogen, kam es in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung zu einem Elitentransfer in umgekehrter Richtung. Selbst Minister und eine Reihe von Regierungschefs in den ostdeutschen Bundesländern kamen aus dem Westen Deutschlands.

Diese hier nur kurz angeschnittenen Besonderheiten des Aufarbeitungsprozesses bedeuteten nicht unbedingt, dass die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit in Deutschland weniger entschlossen verlaufen wäre als in anderen Ländern. Eher ist das Gegenteil der Fall, da die alten sozialistischen Eliten weniger politischen Einfluss hatten als in den meisten anderen postkommunistischen Staaten. Andererseits verhielten sich die westdeutschen Eliten beim Umgang mit der Vergangenheit oft betont zurückhaltend, weil sie befürchteten, in der ehemaligen DDR als Okkupanten zu erscheinen.

Die Tatsache, dass der Kommunismus nur in einer Hälfte Deutschlands existierte, wirkte sich jedenfalls wesentlich auf die Ausgestaltung des Aufarbeitungsprozesses aus. Vor allem führte sie dazu, dass die Debatte über die kommunistische Vergangenheit von den politischen, sozialen und mentalen Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland überlagert wurde. Insbesondere die ehemalige Staatspartei der DDR, die SED, die sich unter ihrem neuen Namen Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) in das wiedervereinigte Deutschland hinüberrettete, deutete die Bemühungen um eine Bestrafung der Verantwortlichen für das kommunistische System und um die personelle Erneuerung des Staatsapparates in Ostdeutschland als Angriff der Westdeutschen auf die „Lebensleistungen der Ostdeutschen“ um.[8] Die Westdeutschen wiederum sahen sich überwiegend als Zuschauer bei einem Prozess, von dem sie meinten, diesen kaum beurteilen zu können.

Die friedliche Revolution und ihre Folgen

Die Form eines Systemwechsels bestimmt naturgemäß in starkem Maße auch den anschließenden Umgang mit dem alten Regime. Ein gleitender, reformerischer Übergang von der Diktatur zur Demokratie führt normalerweise dazu,

7 Statistik zu den Wanderungen zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland von 1950 bis 2011, <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/36711/umfrage/wanderungen-zwischen-westdeutschland-und-ostdeutschland/>, 20.10.2017.

8 Vgl. Hubertus Knabe: Honeckers Erben. Die Wahrheit über DIE LINKE. Berlin 2009.

dass die alten Eliten eher unbehelligt bleiben, während ein gewaltsamer, revolutionärer Umsturz in der Regel eine radikalere Abrechnung mit der Vergangenheit zur Folge hat. Zwischen diesen beiden Polen nimmt Deutschland eine mittlere Position ein. Einerseits wurde die herrschende kommunistische Partei in der DDR durch eine spontane Massenbewegung von der Macht verdrängt.[9] Andererseits waren die Führer der DDR-Opposition eher auf Ausgleich als auf Abrechnung orientiert, denn viele der meist christlich geprägten Bürgerrechtler in Ostdeutschland hingen dem Gedanken der Versöhnung und der Idee eines „demokratischen Sozialismus" an – weshalb sie tendenziell nachsichtig mit den kommunistischen Machthabern umgingen.[10]

Auch der dritte Akteur im Transformationsprozess, die westdeutschen Parteien, die im Zuge des Einigungsprozesses immer wichtiger wurden, waren an einer radikalen Abrechnung mit den DDR-Staatsfunktionären nicht interessiert. Jahrelange persönliche Beziehungen zu ihnen – der Parteichef der SPD, Oskar Lafontaine, war zum Beispiel per Du mit dem Staatschef der DDR, Erich Honecker – sorgten insbesondere bei den Sozialdemokraten für Zurückhaltung. Führende Christdemokraten wie der damalige Innenminister Wolfgang Schäuble strebten dagegen aus Gründen der Staatsraison eine Integration der ostdeutschen Eliten in das wiedervereinigte Deutschland an.[11] Beide Gruppen wollten eine politische Destabilisierung Deutschlands und Europas durch die revolutionären Ereignisse in der DDR unbedingt vermeiden.[12] Sie bemühten sich außerdem dezidiert um gute Beziehungen zur Sowjetunion beziehungsweise zur Russischen Föderation, die bis 1994 noch fast eine halbe Million Soldaten in Ostdeutschland stationiert hatte. Diese Mischung aus Revolution, friedlichem Systemwechsel und rascher Integration der DDR in das westdeutsche System bei bewusster Zurückhaltung gegenüber Moskau prägte naturgemäß auch den Verlauf der Aufarbeitung des Kommunismus in Deutschland.

Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik, die Dominanz der westdeutschen Eliten und der rasche Übergang der Massenproteste in Ostdeutschland in einen von oben gesteuerten Transformationsprozess trugen dazu bei, dass die friedliche Revolution von 1989 in der öffentlichen Erinnerungskultur in

9 Vgl. Ehrhart Neubert: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90. München 2008.

10 Ders.: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. Berlin 1997.

11 Wolfgang Schäuble: Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte. Hrsg. von Dirk Koch, Klaus Wirtgen. Stuttgart 1991; Hanns Jürgen Küsters, Daniel Hofmann: Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. Dokumente zur Deutschlandpolitik. München 1998.

12 Andreas Rödder: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung. München 2009.

Deutschland nur eine relativ geringe Rolle spielt. Während in Frankreich noch immer der Sturm auf die Bastille im Jahr 1789 gefeiert wird und die Französische Revolution das Selbstverständnis der Nation bis heute prägt, hat der unblutige Sturz der kommunistischen Diktatur in Ostdeutschland keinen vergleichbaren Stellenwert erlangt. Weder ein Feiertag noch eine Straße erinnern in Deutschland an die friedliche Revolution von 1989.

Die Aktenlage

Eine wesentliche Voraussetzung für die Aufarbeitung von Vergangenheit ist die Sicherung der Akten des gestürzten Regimes. In ihnen finden sich die Beweismittel für die Verfolgung von Opfern wie für die Aktionen der Täter und für die heimliche Kollaboration mit der Geheimpolizei. Im Zentrum stehen in Deutschland dabei vor allem die Akten der SED und die des Staatssicherheitsdienstes.

Wie in anderen sozialistischen Staaten hat auch in der DDR das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) im Herbst 1989 damit begonnen, Akten systematisch zu vernichten.[13] Betroffen waren davon insbesondere aktuelle Vorgänge, die sich noch in den Arbeits- und Büroräumen der MfS-Mitarbeiter befanden, sowie Unterlagen über strafrechtlich relevante Handlungen. Wie viele Unterlagen damals vernichtet wurden, ist schwer zu sagen.[14] Doch allein die Tatsache, dass über 15.000 große Säcke mit zerrissenen Papieren überliefert sind, zeigt das Ausmaß der Vernichtungsaktion. Außerdem müssen jene Unterlagen, die mit den anfangs noch funktionstüchtigen Aktenvernichtern oder anderweitig unwiederbringlich zerstört wurden, hinzugerechnet werden.

Im Gegensatz zu anderen Staaten standen dem MfS für die Vernichtung der Unterlagen allerdings nur wenige Wochen zur Verfügung. Nach der Ablösung von SED-Parteichef Erich Honecker am 17. Oktober 1989 dauerte es noch bis Anfang November, bis man im MfS dazu überging, die bis dahin streng gehüteten Unterlagen zu vernichten. Zudem wurden die Akten nur selektiv zerstört, da die neue DDR-Führung bis Mitte Januar 1990 den Stasi-Apparat erhalten und deshalb seinen Wissensschatz – die Akten – nicht komplett entsorgen wollte. Seit Dezember 1989 wurde die Aktenvernichtung immer schwieriger, da alarmierte DDR-Bürger nach und nach die regionalen Dienststellen und am 15. Januar 1990 auch die Stasi-Zentrale besetzten. Alles in allem hatte man also nur vier bis zehn Wochen Zeit für die Aktenzerstörung.

13 Anne Worst: Das Ende eines Geheimdienstes. Oder: Wie lebendig ist die Stasi? Berlin 1991.

14 Um genauere Angaben dazu bemüht sich gegenwärtig (2018) ein Forschungsprojekt des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.

Allerdings tolerierten die Bürgerrechtsgruppen, dass die für Spionage zuständige Hauptverwaltung A[15] im Frühjahr 1990 ihr Archiv komplett vernichtete.[16] Dadurch sind die meisten Vorgänge über inoffizielle Mitarbeiter, Verfolgungsopfer oder Institutionen in Westdeutschland nicht überliefert. Bei den übrigen Beständen wurde mehr oder weniger erfolgreich versucht, die Vernichtung zu unterbinden. 41 Millionen Karteikarten und 111 Regalkilometer Akten sind erhalten geblieben. Nach der deutschen Vereinigung im Oktober 1990 kamen sie unter die Obhut eines Sonderbeauftragten der Bundesregierung, des früheren Pfarrers und späteren Bundespräsidenten Joachim Gauck.[17] Insgesamt ist die Überlieferungslage im Bereich der inneren Überwachung in Deutschland vergleichsweise gut, während die Stasi-Auslandsaktivitäten nur mangelhaft dokumentiert sind.[18]

Anders stellt sich die Lage im Bereich der Parteiakten dar. Da die SED 1989 nicht verboten und aufgelöst wurde, blieben ihre Unterlagen weiterhin in ihrem Besitz – auch nach ihrer Umbenennung in SED-PDS (Dezember 1989) beziehungsweise PDS (Februar 1990). Die Funktionäre nutzten dies nicht nur, um die gesamte Mitgliederkartei zu vernichten, sondern auch um besonders relevante Bestände – etwa die Akten der Abteilung Sicherheit des Zentralkomitees oder einzelner Politbüromitglieder – größtenteils zu zerstören.[19] Erst ab dem 1. Juni 1990 unterlagen die Archivbestände der SED und die der anderen Parteien und Massenorganisationen der DDR der eher juristischen als tatsächlichen Kontrolle einer unabhängigen Kommission beim DDR-Ministerpräsidenten. Selbst nach der Wiedervereinigung im Oktober 1990 kamen zunächst lediglich die Unterlagen staatlicher DDR-Stellen ins Bundesarchiv, die Parteidokumente folgten erst 1992. Noch weit mehr Unterlagen als bei der SED dürften in Betrieben, Institutionen und Verbänden vernichtet worden sein, die in der Regel völlig unkontrolliert blieben.[20]

---

15 Die Hauptverwaltung war Teil des Ministeriums für Staatssicherheit und für Auslandsspionage zuständig.

16 Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen. Berlin 1999; ders.: Der diskrete Charme der DDR. Stasi und Westmedien. Berlin, München 2001; ders.: West-Arbeit des MfS. Das Zusammenspiel von „Aufklärung" und „Abwehr". Berlin 1999.

17 Vgl. <http://www.bstu.bund.de/DE/BundesbeauftragterUndBehoerde/BStUZahlen/_node.html>, 20.10.2017; Silke Schumann: Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Eine Dokumentation der öffentlichen Debatte 1990/1991. Hrsg. vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Berlin 1995.

18 Knabe: West-Arbeit des MfS, S. 38–59.

19 Ders.: Honeckers Erben, S. 123–131.

20 Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", 1994, S. 234. Siehe: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/12/078/1207820.pdf>, 20.10.2017.

Strafverfolgung

Eine der wichtigsten Aufgaben nach dem Ende einer Diktatur ist die strafrechtliche Aufarbeitung der begangenen Verbrechen. Bis zur deutschen Vereinigung am 3. Oktober 1990 war dafür die DDR-Justiz zuständig, die paradoxerweise in mancher Beziehung entschlossener zu Werke ging als die später verantwortliche bundesdeutsche Justiz. Bereits Ende November 1989 leitete die Ost-Berliner Generalstaatsanwaltschaft nach Enthüllungen über das Luxusleben der SED-Funktionäre in der Politbürosiedlung Wandlitz mehrere Ermittlungsverfahren ein. Ab Anfang Dezember wurden dann unter anderen der ZK-Sekretär für Wirtschaft Günter Mittag, der Gewerkschaftschef Harry Tisch, der Minister für Staatssicherheit Erich Mielke und der DDR-Ministerpräsident Willi Stoph festgenommen. Insgesamt ordnete die DDR-Justiz gegen 44 Funktionäre Untersuchungshaft an, darunter elf der 21 Politbüromitglieder.[21] Meist wurde den Funktionären vorgeworfen, dass sie sich an staatlichem Vermögen bereichert hätten. Bald kam der Vorwurf der Wahlfälschung hinzu. Bis zum 3. Oktober 1990 wurden mehr als 100 Personen wegen Amtsmissbrauchs, Korruption und Wahlfälschung angeklagt, 27 von ihnen noch zu DDR-Zeiten rechtskräftig verurteilt. Schwerwiegendere Delikte wie Freiheitsberaubung, Gefangenenmisshandlung oder Tötung ignorierte die DDR-Justiz allerdings. Nur einige wenige Volkspolizisten wurden vor Gericht gestellt, weil sie im Oktober 1989 brutal gegen Demonstranten vorgegangen waren.[22]

Nach der deutschen Vereinigung übernahmen die Staatsanwaltschaften in den fünf neuen Bundesländern die Verantwortung für die Strafverfolgung. Sie erhielten dazu unter anderem rund 90.000 Vorermittlungsakten der Zentralen Beweismittel- und Dokumentationsstelle der Landesjustizverwaltung (ZESt) in Salzgitter, die in Westdeutschland jahrzehntelang politisch motivierte Gewaltakte in der DDR erfasst hatte. Allerdings richteten die Staatsanwaltschaften in den neuen Ländern erst ab 1992 sogenannte Schwerpunktabteilungen für die Verfolgung des SED-Unrechts ein. Nur in Berlin wurde bereits am 3. Oktober 1990 eine Arbeitsgruppe Regierungskriminalität beim Kammergericht geschaffen, die sich auf eine ebenfalls neue polizeiliche Zentrale Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität (ZERV) stüt-

21 Ausführlich in: Knabe: Die Täter sind unter uns, S. 87–89; Klaus Marxen, Gerhard Werle: Die strafrechtliche Aufarbeitung von DDR-Unrecht. Eine Bilanz. Berlin 1999; dies.: Strafjustiz und DDR-Unrecht. Dokumentation, Bd. 1–9. Berlin 2000–2009; Klaus Marxen, Gerhard Werle, Petra Schäfter: Die Strafverfolgung von DDR-Unrecht. Fakten und Zahlen. Berlin 2007.

22 Knabe: Die Täter sind unter uns, S. 89.

zen konnte. Alle genannten Einrichtungen waren der Fülle der Verfahren jedoch nicht gewachsen, wodurch sich diese oft sehr in die Länge zogen – was wie eine kalte Amnestie wirkte, da die Verjährungsfristen abliefen und die Täter oft schon hochbetagt waren und aus gesundheitlichen Gründen bald nicht mehr verfolgt werden konnten.[23]

Noch gravierender als der Verzicht auf eine zentrale Ermittlungsbehörde wirkten sich allerdings die Festlegungen im Vertrag über den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik aus. Im sogenannten Einigungsvertrag war 1990 vereinbart worden, dass Straftaten in der DDR nach dem zur Tatzeit gültigen Gesetz geahndet werden sollten – also nach dem Strafgesetzbuch der DDR. Diese Festlegung, die mit dem Rückwirkungsverbot im Grundgesetz begründet wurde, bedeutete, dass ein Großteil der Taten nicht verfolgt werden konnte, da sie in der DDR legal gewesen waren. Lediglich die Tötung von Flüchtlingen an den Grenzen und eine Handvoll Gerichtsurteile, die selbst für DDR-Verhältnisse überzogen waren, konnten laut einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts noch bestraft werden.[24]

Der Einigungsvertrag legte der Strafverfolgung aber nicht nur das Rückwirkungsverbot in den Weg. Da das Strafgesetzbuch der Bundesrepublik mit dem 3. Oktober 1990 auch in Ostdeutschland gültig wurde, mussten die Taten auch noch nach diesem Kodex strafbar sein. Nur wenn eine Handlung nach *beiden* Strafgesetzbüchern verboten war, durfte sie geahndet werden. Dabei musste jeweils der Paragraf mit der milderen Strafe herangezogen werden, einschließlich der dadurch kürzeren Verjährungsfristen. Dadurch konnte auch die Verletzung des Briefgeheimnisses, obwohl sie in beiden deutschen Staaten verboten war, nicht sanktioniert werden, da sie gemäß dem milderen bundesdeutschen Recht nur dann verfolgt wird, wenn der Betroffene spätestens drei Monate nach der Tat einen Antrag auf Strafverfolgung stellt. Verständlicherweise hat dies in der DDR niemand getan.[25]

Der enge rechtliche Rahmen und die restriktive Auslegung durch die Gerichte sowie die unzureichende personelle Ausstattung der Justiz führten dazu, dass am Ende nur sehr wenige Verantwortliche bestraft wurden. Zwar wurden in Deutschland 62.000 Ermittlungsverfahren gegen rund 100.000 Personen eingeleitet, doch nur gut ein Prozent davon kam tatsächlich zur Anklage. In zahlreichen Fällen stellten die Richter dann das Verfahren ein

23 Ebenda, S. 91–94.

24 Anlage I zum Einigungsvertrag: Besondere Bestimmungen zur Überleitung von Bundesrecht, Sachgebiet C, Abschnitt II, Nr. 1, Punkt b. In: Die Verträge zur Einheit Deutschlands. Textausgabe mit Sachverzeichnis und einer Einführung. Hrsg. von Ingo von Münch. München [o. J.], S. 164.

25 Knabe: Die Täter sind unter uns, S. 98f.

oder sprachen die Angeklagten frei. Nur 289 Personen wurden bis Mitte 1998 verurteilt, von denen lediglich 40 ins Gefängnis kamen. In Haft mussten unter anderen der letzte Generalsekretär der SED, Egon Krenz, sowie der Chef der DDR-Grenztruppen, Klaus-Dieter Baumgarten. Nach spätestens dreieinhalb Jahren wurden sie jedoch, zum Teil durch Begnadigung, wieder auf freien Fuß gesetzt. SED-Parteichef Erich Honecker wurde nach Flucht, Wiederauslieferung und Prozess bereits 1993 aus gesundheitlichen Gründen freigelassen.[26]

Personelle Erneuerung

Eine zentrale Aufgabe bei der Aufarbeitung der Vergangenheit ist die personelle Erneuerung der Gesellschaft. Parlament, Regierung und Verwaltung, aber auch Wirtschaft, Medien oder Kirchen sollen nicht länger von den Kadern der gestürzten Diktatur kontrolliert werden. Dazu sind normalerweise Überprüfungsverfahren – die sogenannte Lustration – und gegebenenfalls Entlassungen erforderlich. Diese können in einer Demokratie nur im Rahmen rechtsstaatlicher Verfahren erfolgen.

In Deutschland beschränkte man sich im Wesentlichen auf die Suche nach verdeckten Stasi-Mitarbeitern. Vor allem die Enttarnung oppositioneller Führungsfiguren als Informanten der Geheimpolizei führte zu der Befürchtung, die Demokratie in Ostdeutschland könnte von ehemaligen Stasi-Mitarbeitern unterwandert werden.[27] 1990 hatte das erste frei gewählte und gleichzeitig letzte DDR-Parlament, in dem zahlreiche Ex-Informanten saßen, zunächst ein Gesetz verabschiedet, das nur bei Sicherheitsüberprüfungen erlaubte, personenbezogene Daten der Stasi zu nutzen. Im Einigungsvertrag von 1990 und im Stasi-Unterlagen-Gesetz von 1991 waren dann deutlich umfangreichere Kontrollmöglichkeiten vorgesehen: Abgeordnete, Parteivorstände, Rechtsanwälte, Kirchenmitarbeiter, Wirtschaftsbosse und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sollten auf eine frühere Stasi-Tätigkeit hin durchleuchtet werden können. Die Regelungen sollten vor allem helfen, die im Sozialismus beschädigte Glaubwürdigkeit staatlicher Institutionen in Ostdeutschland wiederherzustellen.[28]

---

26 Marxen, Werle: Die strafrechtliche Aufarbeitung von DDR-Unrecht, S. 156–221; Roman Grafe, Christoph Schaefgen: „Wenig aufbauend ist die zahlenmäßige Bilanz unserer Arbeit". Die Strafverfolgung von SED-Unrecht 1990–1998. In: *Deutschland Archiv* 1 (1999), S. 7.

27 Vgl. Christiane Baumann: Manfred „Ibrahim" Böhme. Das Prinzip Verrat. Berlin 2015; Birgit Lahann: Genosse Judas. Die zwei Leben des Ibrahim Böhme. Berlin 1992; Alexander Kobylinski: Der verratene Verräter. Wolfgang Schnur: Bürgerrechtsanwalt und Spitzenspitzel. Halle 2015.

28 Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) vom 20. Dezember 1991, <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/stug/gesamt.pdf>, 20.10.2017.

Insgesamt fanden mehr als 1,7 Millionen Überprüfungen statt. Zuständig dafür wurde eine eigens geschaffene Institution, die Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), die zeitweise über dreitausend Mitarbeiter beschäftigte und mehr als zwei Milliarden Euro kostete. Die Überprüfungen waren allerdings nicht obligatorisch, auch nicht im Deutschen Bundestag; seit 2006 sind sie nur noch für Führungspositionen möglich.[29]

Wie intensiv der öffentliche Dienst in einem Bundesland geprüft wurde, hing deshalb vor allem von den jeweiligen politischen Mehrheitsverhältnissen ab. Die Faustregel lautete: Je konservativer eine Regierung war, desto mehr wurde geprüft. Viele Bundeseinrichtungen, die ihren Wirkungsbereich auf die ehemalige DDR ausdehnten – zum Beispiel Arbeitsämter –, machten kaum von der Lustration Gebrauch. Die postkommunistische Partei weigerte sich sogar kategorisch, ihre Parlamentsabgeordneten und Parteivorstände überprüfen zu lassen. Auch Rechtsanwälte, unter denen sich rund 300 ehemalige hauptamtliche Stasi-Mitarbeiter befanden, wurden in der Regel nicht überprüft. In Westdeutschland, wo es ebenfalls eine Reihe von Stasi-Informanten gegeben hatte, fanden so gut wie keine Überprüfungen statt. Dasselbe gilt für private Unternehmen, die ohnehin nur Vorstandsmitglieder, Geschäftsführer und leitende Angestellte kontrollieren lassen durften, obwohl sich viele Stasi-Mitarbeiter in die Wirtschaft abgesetzt hatten.

Trotz der großen Zahl von Überprüfungen führte die Lustration nicht zu tatsächlicher Transparenz. Da aus Datenschutzgründen nur der Auftraggeber die Ergebnisse zu sehen bekam, blieben sie in der Regel geheim. Zudem konnten die Kontrollen durch einen Wechsel der Arbeitsstelle umgangen werden. Weder Forscher noch Medien, geschweige denn einzelne Bürger hatten das Recht, verdächtige Personen oder Institutionen durchleuchten zu lassen. Nur Verfolgten des Staatssicherheitsdienstes wurde zugebilligt, die Klarnamen der auf sie angesetzten Spitzel zu erfahren – vorausgesetzt, deren Tätigkeit war eindeutig erwiesen. Das Informantennetz wurde dadurch nur bruchstückhaft und zufällig bekannt und der größte Teil der Stasi-Mitarbeiter öffentlich nie enttarnt.

Das Stasi-Unterlagen-Gesetz sah außerdem keine Sanktionen für den Fall vor, dass eine frühere Stasi-Tätigkeit festgestellt wurde. Eine Unvereinbarkeit zwischen einer Stasi-Tätigkeit und einer bestimmten Position gab es nicht, formal hätte sogar der ehemalige Minister für Staatssicherheit Bundespräsident werden können. Es blieb dem jeweiligen Arbeitgeber überlassen, welche Konse-

29 Ausführlich in: Knabe: Die Täter sind unter uns, S. 138; Hanns-Christian Catenhusen: Die Stasi-Überprüfung im öffentlichen Dienst der neuen Bundesländer. Die arbeits- und beamtenrechtlichen Grundlagen und ihre Umsetzung in der Verwaltungspraxis. Berlin 1999.

quenzen er zog. So fand man in den Bundesländern Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern im öffentlichen Dienst zwar mehr als 28.000 frühere Stasi-Mitarbeiter, was einer „Trefferquote" von etwa fünf Prozent entsprach, aber mehr als die Hälfte von ihnen wurde weiterbeschäftigt. Oft begnügten sich die Arbeitgeber mit einer Aussprache oder versetzten die Mitarbeiter in einen anderen Bereich.[30] Dabei gab es große Unterschiede zwischen einzelnen Bundesländern, Kommunen, Bezirken und Institutionen. So wurden etwa aus der Berliner Polizei die meisten Stasi-Mitarbeiter entfernt, in Sachsen oder Brandenburg jedoch vielfach weiterbeschäftigt. Umgekehrt blieben Ost-Berliner Lehrer, insbesondere wenn sie in einem von der Linkspartei regierten Stadtbezirk tätig waren, meistens weiter im Amt, während sie in Sachsen in der Regel den Schuldienst quittieren mussten. Vor allem das von der SPD regierte Bundesland Brandenburg, dessen sozialdemokratischer Ministerpräsident Manfred Stolpe selbst unter Stasi-Verdacht stand, verzichtete weitgehend auf die Lustration, weshalb es auch den Beinamen „kleine DDR" erhielt.[31]

Die Zeit arbeitete dabei für die ehemaligen Stasi-Mitarbeiter. Laut Einigungsvertrag bestand nur bis Ende 1993 die Möglichkeit, Beschäftigten wegen „mangelnder persönlicher Eignung" ordentlich zu kündigen.[32] Nur wenn ein Festhalten am Arbeitsverhältnis unzumutbar erschien, konnte ehemaligen Stasi-Mitarbeitern auch nach Ablauf der Frist noch außerordentlich gekündigt werden. Die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte sorgte allerdings dafür, dass diese Möglichkeit bald nur noch theoretisch existierte. Nur wenn ein Mitarbeiter bei der Einstellung bewusst die Unwahrheit über seine Vergangenheit gesagt hatte, bestand noch Aussicht auf eine erfolgreiche Kündigung. Selbst diese Möglichkeit wurde inzwischen vom Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg im Fall des Rechtsmediziners und Stasi-Informanten Jürgen Becker verworfen. Der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, konnte vor diesem Hintergrund die über 50 von seinen Vorgängern übernommenen ehemaligen Stasi-Mitarbeiter in seiner Behörde nicht mehr entlassen.[33]

---

30 Knabe: Die Täter sind unter uns, S. 152.

31 Ebenda, S. 153f; Gutachten für die Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg": Personelle Kontinuität und Elitenwandel in Landtag, Landesregierung und -verwaltung des Landes Brandenburg, <http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab_8500/8500_13.pdf>, 20.10.2017.

32 Die Frist lief ursprünglich bis zum 3. Oktober 1992, wurde dann aber bis zum 31. Dezember 1993 verlängert. Vgl. Anlage I zum Einigungsvertrag: Besondere Bestimmungen zur Überleitung von Bundesrecht, dokumentiert in: Die Verträge zur Einheit Deutschlands, S. 471f.

33 Hans H. Klein, Klaus Schroeder, Steffen Alisch: Gutachten über die Beschäftigung ehemaliger MfS-Angehöriger bei der BStU. Berlin 2007. Siehe: <https://wikileaks.org/wiki/Stasi-in-bstu.pdf>, 20.10.2017.

Erschwerend kam hinzu, dass die Stasi-Unterlagen-Behörde die von ihm betreuten Akten erst 1996 so weit erschlossen hatte, dass ihre Auskünfte hinreichend sicher waren. Zu diesem Zeitpunkt war jedoch der Großteil der Anfragen, nämlich mehr als 1,3 Millionen, bereits beantwortet worden.[34] Ab August 1998 durfte die Behörde zudem laut Gesetz nicht mehr über Stasi-Tätigkeiten Auskunft geben, die vor 1976 beendet worden waren. So führten die Stasi-Überprüfungen zwar dazu, dass organisierte Stasi-Seilschaften in Deutschland im Großen und Ganzen nicht fortbestehen konnten, doch gab es zahlreiche Fälle, in denen ehemalige Stasi-Mitarbeiter weiterhin wichtige Funktionen ausübten, etwa als Abgeordnete der Linkspartei.

Die Beschränkung der Überprüfungen auf eine Stasi-Mitarbeit bewirkte zudem, dass nicht die SED-Funktionäre, sondern die kleinen und großen Spitzel im Zentrum der Debatte über die DDR-Vergangenheit standen. Die Medien beschäftigten sich jahrelang mit der Frage, in welcher Form der eine oder andere Prominente mit dem Staatssicherheitsdienst zusammengearbeitet hätte, während die Hauptverantwortlichen für die Diktatur in den Hintergrund rückten. Durch die Ausflüchte der Beschuldigten, zum Beispiel des Fraktionschefs der SED-Nachfolgepartei Die Linke im Bundestag, Gregor Gysi, gewann die Bevölkerung darüber hinaus ein zunehmend unrealistisches Bild von der Arbeitsweise der Stasi – als ob Offiziere die Akten beliebig hätten manipulieren können.[35]

Nur vereinzelt gab es in Deutschland Regelungen, um auch kompromittierte SED-Kader aus staatlichen Institutionen zu entfernen. So stellte die thüringische Landesregierung 1991 fest, bei bestimmten früheren Funktionären müsse vermutet werden, dass sie für den öffentlichen Dienst nicht geeignet seien. Namentlich wurden Mitarbeiter der SED, Mitglieder der Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen und bezahlte Parteisekretäre der bewaffneten Organe für ungeeignet befunden.[36] In Sachsen wurden die Beschäftigten – allerdings erst seit Dezember 1994 – im Personalfragebogen immerhin nach früheren gehobenen Parteifunktionen gefragt.[37] Da es keine zentrale Prüfstelle gab und die Personalakten, wenn sie nicht vernichtet worden waren, zunächst weiter im Parteiarchiv lagerten, gab es jedoch auch in diesen Bundesländern keine systematische Überprüfungen auf eine SED-Funktionärsvergangenheit. Die Ergebnisse wären vermutlich auch unvollständig gewesen, weil die Personalakten 1990 häufig gereinigt worden waren.

34 Vgl. Knabe: Die Täter sind unter uns.
35 Vgl. ders.: Honeckers Erben, S. 123–131.
36 Vgl. ders.: Die Täter sind unter uns.
37 Ebenda.

Nur in wenigen Bereichen fand in Deutschland eine relativ strikte personelle Erneuerung statt: So wurde die Nationale Volksarmee der DDR nicht zuletzt wegen der vereinbarten Truppenbegrenzung für Deutschland fast vollständig aufgelöst. Nur 3.200 Angehörige des zuletzt noch 36.000 Personen zählenden Offizierskaders wurden in die Bundeswehr übernommen.[38] Auch an vielen Universitäten kam es zu einem umfangreichen Personalaustausch, weil die Qualifikation jedes einzelnen Mitarbeiters von speziellen Kommissionen evaluiert wurde. Im Bereich der ostdeutschen Justiz wurde etwa jeder zweite DDR-Richter ausgewechselt.[39]

Opferentschädigung

Nach dem Ende einer Diktatur gehört es zu den zentralen Aufgaben, die Opfer zu rehabilitieren und sie für das an ihnen verübte Unrecht zu entschädigen. Die frei gewählte DDR-Volkskammer verabschiedete deshalb noch im September 1990 ein Rehabilitierungsgesetz, das umfangreiche Wiedergutmachungen vorsah. Aus Angst vor den damit verbundenen Entschädigungsansprüchen lehnte es die Bundesregierung jedoch ab, das Gesetz im Zuge der deutschen Vereinigung in Bundesrecht zu übernehmen. Lediglich die Regelungen zur strafrechtlichen Rehabilitierung galten fort.

Im Juli 1990 einigten sich die DDR und die Bundesrepublik aber darauf, zu DDR-Zeiten enteignetes Vermögen an die Alteigentümer bzw. deren Erben zu übertragen. Im September 1990 erließ die Volkskammer ein entsprechendes Gesetz, das nach der Vereinigung zu Bundesrecht wurde. Allerdings galt es nicht für sowjetische Enteignungen *vor* der Gründung der DDR, wodurch ein großer Teil der Konfiszierungen – vor allem von Ländereien und Betrieben – in Kraft blieb.

Vor allem die Bürgerrechtler forderten nach dem Sturz der SED-Diktatur Einsicht in die über sie geführten Stasi-Vorgänge. Nachdem ein entsprechendes Volkskammergesetz während der Verhandlungen über den Einigungsvertrag nicht in Bundesrecht übernommen worden war, besetzten prominente Oppositionelle die ehemalige Stasi-Zentrale in der Berliner Normannenstraße und begannen einen Hungerstreik.[40] Unter diesem Eindruck verpflichteten

38 Gunnar Digutsch: Das Ende der Nationalen Volksarmee und der Aufbau der Bundeswehr in den neuen Ländern. Frankfurt am Main, Berlin 2004; Dieter Farwick (Hg.): Ein Staat – eine Armee. Von der NVA zur Bundeswehr. Frankfurt am Main 1992.

39 Vgl. Knabe: Die Täter sind unter uns.

40 Vgl. Schumann: Vernichten oder Offenlegen?

sich beide deutsche Staaten, im gesamtdeutschen Bundestag ein ähnliches Gesetz zu verabschieden. Dies erfolgte im Dezember 1991 mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz, sodass bereits im Januar 1992 die ersten Dissidenten Einsicht in ihre Akte nehmen konnten – so früh wie in keinem anderen Land des ehemaligen Ostblocks. Bis Ende 2014 stellten in Deutschland mehr als drei Millionen Menschen einen Antrag auf Akteneinsicht, wobei in dieser Zahl auch Wiederholungsanträge enthalten sind.[41]

1992 beschloss der Bundestag ein erstes Gesetz zur Entschädigung der Opfer der SED-Diktatur. Statt die Wiedergutmachungsregelungen für die Opfer des Nationalsozialismus zu übernehmen, kreierte die CDU-geführte Bundesregierung jedoch ein neues, kostengünstigeres System, weil sie die finanziellen Ressourcen auf den „Aufbau Ost" konzentrieren wollte.[42] Das 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz regelte die Rehabilitierung und Entschädigung strafrechtlich verurteilter Personen.[43] Neben der Aufhebung der Urteile, die aufgrund bestimmter Paragrafen des politischen Strafrechts der DDR ergangen waren, sah es eine Kapitalentschädigung in Höhe von 300 D-Mark pro Haftmonat vor. Das entsprach der Hälfte des damaligen Satzes für zu Unrecht inhaftierte Personen in der Bundesrepublik. Erst 1998 glich die SPD-geführte Bundesregierung die Summe an, sodass sie seitdem 306,78 Euro pro angefangenen Haftmonat beträgt. Politischen Häftlingen aus der NS-Zeit stand nach dem Bundesentschädigungsgesetz umgerechnet fast der doppelte Betrag zu.

1994 wurde das 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz verabschiedet, das die verwaltungsrechtliche und berufliche Rehabilitierung politisch Verfolgter regelte.[44] Der Kreis der Anspruchsberechtigten umfasste jetzt nicht mehr nur ehemalige politische Gefangene, sondern auch anderweitig Verfolgte. Dieses Gesetz sah zum einen die Möglichkeit vor, bestimmte Verwaltungsentscheidungen, wie zum Beispiel eine Enteignung oder Exmatrikulation, aufzuheben. Zum Zweiten konnten Opfer einen Ausgleich für Haftzeiten in der Rentenversicherung beantragen. Zum Dritten durften DDR-Bürger, denen in der DDR eine Ausbildung verweigert worden war, diese nun nachholen und dafür

41 Vgl. <http://www.bstu.bund.de/DE/BundesbeauftragterUndBehoerde/BStUZahlen/_node.html>, 20.10.2017.

42 Ulrike Guckes: Opferentschädigung nach zweierlei Maß? Eine vergleichende Untersuchung der gesetzlichen Grundlagen der Entschädigung für das Unrecht der NS-Diktatur und der SED-Diktatur. Berlin 2008.

43 Vgl. <www.berlin.de/lageso/versorgung/soziales-entschaedigungsrecht/rentenleistungen/opfer-von-sed-unrecht/#strrehag>, 20.10.2017.

44 Vgl. <www.berlin.de/lageso/versorgung/soziales-entschaedigungsrecht/rentenleistungen/opfer-von-sed-unrecht/#berrehag>, 20.10.2017.

eine staatliche Unterstützung in Anspruch nehmen. Schließlich eröffnete das Gesetz die Möglichkeit, sozial Bedürftigen einen monatlichen Zuschuss von zuletzt 184 Euro (Rentner: 123 Euro) zu gewähren. Im Unterschied zu NS-Verfolgten hatten SED-Opfer aber weder einen Rechtsanspruch auf ihren alten Arbeitsplatz, noch bekamen sie eine Kapitalentschädigung für die Zeit, in der sie ihren Beruf nicht ausüben durften.

Trotz der beiden Gesetze lebten viele SED-Verfolgte weiterhin in wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen. Vor allem die beruflichen Diskriminierungen in der DDR führten dazu, dass viele Opfer im Alter nur über Renten von einigen Hundert Euro verfügten. Bei den meisten ehemaligen DDR-Funktionären wurden hingegen nach mehreren einschlägigen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts ihre früheren hohen DDR-Einkommen bei der Berechnung ihrer Rentenansprüche berücksichtigt. 2007 beschloss der Bundestag deshalb eine sogenannte Opferrente, die eine monatliche Zuwendung von 250 Euro (seit 2014: 300 Euro) für Verfolgte vorsieht, wenn sie mehr als 180 Tage in Haft waren und Einkünfte von weniger als 1.035 Euro haben.[45]

Alles in allem hatten die Entschädigungsleistungen für die Opfer der SED-Diktatur – mit Ausnahme der Rückerstattung enteigneten Eigentums – eher symbolische Bedeutung. Ein tatsächlicher Ausgleich der erlittenen Schädigung fand nicht statt. Zudem blieben bestimmte Opfergruppen – wie zum Beispiel in den ehemaligen deutschen Ostgebieten inhaftierte Personen – gänzlich davon ausgenommen. Den meisten Betroffenen war es auch nicht möglich nachzuweisen, dass ihre gesundheitlichen Probleme aus der Zeit der Haft resultierten, sodass sie keine vorzeitige Invalidenrente bekamen.[46] Für Flüchtlinge aus der DDR verschlechterte sich die Situation nach der Vereinigung Deutschlands sogar, weil sie nachträglich wieder zu DDR-Bürgern gemacht und ihre Rentenansprüche entsprechend reduziert wurden.

Gesellschaftliche Aufarbeitung

Nach dem Ende einer Diktatur geht es auch und gerade darum, die Gesellschaft über die Vergangenheit aufzuklären, wozu es unterschiedliche Instru-

45 Vgl. <www.berlin.de/lageso/versorgung/soziales-entschaedigungsrecht/rentenleistungen/opfer-von-sed-unrecht/#opferrente>, 20.10.2017.

46 Zur medizinischen, psychologischen und politischen Beurteilung von Haftfolgeschäden nach 1945 in Deutschland. Fortbildungsveranstaltung am 26. Oktober in Magdeburg. Hrsg. von der Gedenkstätte für die Opfer politischer Gewalt in Sachsen-Anhalt 1945–1989 Magdeburg Moritzplatz u. a. Magdeburg 1995.

mente gibt. In Deutschland wurde zwar keine „Wahrheitskommission", wie zum Beispiel in Südafrika und vielen lateinamerikanischen Staaten, eingesetzt. Doch im März 1992 bildete der Bundestag eine sogenannte Enquete-Kommission zur Untersuchung der DDR-Vergangenheit, der nach den Bundestagswahlen 1994 noch eine zweite, personell nahezu identische folgte. Beide Kommissionen gaben zahlreiche Gutachten in Auftrag, führten diverse Anhörungen durch und veröffentlichten am Ende umfangreiche Materialien.[47] 1998 ging aus ihnen die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hervor, die heute Aufarbeitungsprojekte finanziell unterstützt.

Durch die ersatzlose Auflösung des DDR-Staatssicherheitsdienstes und die Beseitigung der innerdeutschen Grenze wurden auch eine Reihe von Stasi-Gefängnissen sowie Teile der Grenzanlagen zu Zeugnissen der kommunistischen Diktatur. So steht etwa das ehemalige zentrale Stasi-Untersuchungsgefängnis in Berlin-Hohenschönhausen seit 1992 unter Denkmalschutz und ist seit 1994 eine Gedenkstätte, die im Jahr 2000 zu einer Stiftung öffentlichen Rechts wurde. Auch die Reste der Berliner Mauer wurden unter Schutz gestellt und eine Gedenkstätte kümmert sich um ihre Präsentation. Durch die Gründung von Landesstiftungen gibt es in Ostdeutschland noch zahlreiche weitere Gedenkstätten, die an die SED- (und die NS-)Diktatur erinnern. Zu ihrer Unterstützung beschloss die Bundesregierung 1999 eine Gedenkstättenkonzeption, die 2008 fortgeschrieben wurde.[48] Während der Betrieb von Gedenkstätten in Deutschland normalerweise Aufgabe der Bundesländer ist, trägt die Bundesregierung demgemäß bis zu 50 Prozent der Kosten, wenn der Gedenkort von nationaler Bedeutung ist.

Es würde den Rahmen dieser Ausführungen sprengen, alle Formen der gesellschaftlichen Aufarbeitung – etwa in Wissenschaft, Medien, Museen, Schulunterricht etc. – abzuhandeln. Umfragen belegen jedoch, dass das Wissen der Deutschen über die kommunistische Diktatur gering ist. Laut einer Studie der Freien Universität Berlin aus dem Jahr 2012 vermögen zum Beispiel nur etwas mehr als ein Drittel der knapp 7.500 befragten Schüler, die DDR als Diktatur einzuordnen.[49] Neben der eingangs beschriebenen Ausgangslage,

47 Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Baden-Baden 1995.

48 Vgl. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/015/1401569.pdf>; <www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/BKM/2008-06-18-fortschreibung-gedenkstaettenkonzepion-barrierefrei.pdf?__blob=publicationFile>, 20.10.2017.

49 Vgl. <http://www.fu-berlin.de/presse/informationen/fup/2012/fup_12_181/index.html>, 20.10.2017; Monika Deutz-Schroeder, Klaus Schroeder: Soziales Paradies oder Stasi-Staat? Das DDR-Bild von Schülern – ein Ost-West-Vergleich. München 2008.

dass der Sozialismus nur in einem kleinen Teil des Landes existierte, ist dafür vor allem die Tatsache verantwortlich, dass die SED-Diktatur bis heute im Schatten des Nationalsozialismus steht. Im Vergleich dazu erscheint der Kommunismus in den Augen vieler geradezu als harmlos. Dieser Eindruck wurde zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit sogenannten „Ostalgie"-Shows im Fernsehen noch verstärkt und von der SED-Nachfolgepartei Die Linke immer wieder politisch bekräftigt.

Viele in der DDR Verfolgte beklagen deshalb mit einem gewissen Recht, dass sie in Deutschland nur „Opfer zweiter Klasse" seien und sich ihr Widerstand gegen das kommunistische Regime zumindest materiell nicht gelohnt habe. Es spricht wenig dafür, dass sich diese Einschätzung in absehbarer Zeit ändern wird.

Dealing with the Securitate Files in Post-Communist Romania

Legal and Institutional Aspects

DRAGOȘ PETRESCU

Introduction

In post-communist Romania, the process of dealing with the wrongdoings of the former communist secret police, the Securitate, represents a particular case of intra-regional diffusion of the German model of dealing with the files of the former communist Ministry for State Security (Stasi).[1] As Valerie Bunce and Sharon Wolchik argue, diffusion can be defined as: "A process wherein new ideas, institutions, policies, models or repertoires of behavior spread geographically from a core site to other sites, whether within a given state […] or across states."[2] In post-communist East-Central Europe (ECE), intra-regional diffusion of the German model refers to the spread of a specific legal and institutional model from Germany to the former communist states which experienced a regime change in 1989, i.e. Bulgaria, the Czech Republic, Hungary, Poland, Romania, and Slovakia. Furthermore, this author contends that in the Romanian case, due to a series of internal and external factors, the process of dealing with the Securitate files has led primarily to systematic public exposure of the misdeeds of the former communist regime, which in turn has enabled informal lustration. Informal lustration induces institutional and moral change somewhat similar to lustration, but only as a side effect of widespread access to

1 This argument has been developed in Dragoș Petrescu: Repararea nedreptăților comise de fostul regim comunist în România. Un caz special de difuziune intra-regională a modelului german [Reparation of Wrongdoings Committed by the Former Communist Regime in Romania. A Special Case of Intra-Regional Diffussion of the German Model]. In: Augustin Zegrean, Mihaela-Senia Costinescu (eds.): Jurisdicția constituțională după 20 de ani de la căderea cortinei comuniste [Constitutional Jurisdiction 20 Years After the Fall of the Communist Curtain]. București 2014, here: p. 230–253, here: p. 230–232.

2 Valerie J. Bunce, Sharon L. Wolchik: International Diffusion and Postcommunist Electoral Revolutions. In: *Communist and Post-Communist Studies* 39 (2006) 3, pp. 283–304, here: p. 286.

the files of the former secret police, systematic public exposure of the wrongdoings of the defunct communist regime and moral condemnation of the very act of providing the communist secret police with information on someone's fellow citizens. As Cynthia Horne observes, informal lustration can be seen as a process which prompts "preemptive employment vetting by employers, selective voluntary resignations by individuals to avoid disclosure, as well as an increase in citizen engagement with the secret police files."[3]

The present study analyzes the tortuous process of dealing with the Securitate files in post-communist Romania and is structured in four parts. The first part provides a brief overview of the debates concerning the opening of the Securitate files and the introduction of lustration. The second part addresses the legal framework regarding the opening and administration of the Securitate files, from the passing of the "Law regarding access to personal files and the disclosure of the Securitate as political police" in December 1999 (Law 187/1999) and the establishment of a new institution, Consiliul Național pentru Studierea Arhivelor Securității (CNSAS; the National Council for the Study of the Securitate Archives), up to the present. This part also discusses the legal and institutional changes provoked by the January 2008 decision of Curtea Constituțională a României (CCR; the Romanian Constitutional Court). As shown below, in January 2008 the CCR decided that the Law 187/1999 was unconstitutional on several grounds. The CCR Decision No. 51 of 31 January 2008 led to a significant change to the legal framework regarding the functioning of the CNSAS. The third part of this study focuses on the successive attempts to adopt a lustration law in post-1989 Romania, which, as shown below, ended in utter failure. Finally, the fourth part analyzes the process of informal lustration enabled by the 2008 change to the legal framework governing the activity of the CNSAS.

Post-Communist Romania: A Significant Delay in Opening the Securitate Files

The Romanian revolution of December 1989 was brief, violent and controversial. When looking at the 1989 *sequence of collapse* of the communist regimes in ECE, i. e. Poland, Hungary, East Germany, Czechoslovakia, Bulgaria, Romania, one can easily observe that Romania was the last country to exit from communism during that revolutionary year. At the same time, only

3 Cynthia Horne: "Silent Lustration." Public Disclosures as Informal Lustration Mechanisms in Bulgaria and Romania. In: *Problems of Post-Communism* 62 (2015) 3, <http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/10758216.2015.1019799>, 10.10.2017.

Romania experienced bloody regime change in 1989. As many as 1,104 individuals were killed and 3,321 wounded in December 1989, of whom 944 were killed and 2,214 wounded after the official demise of the Ceaușescu regime on 22 December 1989.[4] Although dissatisfaction with the communist regime was high because of daily humiliation and food shortage, the collapse of Ceaușescu's dictatorship took most Romanians by surprise. The popular revolt in the city of Timișoara spread to the rest of the country and eventually brought down the communist regime in December 1989. Because there was no organized opposition under communism to pave the way for the systemic changes of 1989,[5] it was the second- and third-rank communist bureaucrats that eventually filled the power vacuum on 22 December 1989. They organized themselves into an umbrella political organization, Frontul Salvării Naționale (FSN; the National Salvation Front), under the lead of a former nomenklatura member, Ion Iliescu, and subsequently won the first post-communist free elections of May 1990. As one can easily observe, in Romania the break with the communist past was not only non-negotiated, i. e. was not based on the roundtable principle that characterized the Polish or Hungarian regime changes, but was also violent and thus differed from the regime changes in East Germany, Czechoslovakia or Bulgaria.[6] Ironically, in spite of the blood spilled in December 1989, Romania's exit from communism was perceived by many as being the least radical in ECE because of the obvious continuity between the pre- and post-1989 regimes in terms of the recruitment of the political elite.[7]

The unquestionable dominance of former communist officials in the early post-communist power structures prompted various actions by the opposition political parties and the emergent civil society aimed at introducing lustration

4 Stan Stoica: România, 1989–2005. O istorie cronologică [Romania, 1989–2005. A Chronological History]. București 2005, p. 19.

5 For a comprehensive analysis of dissent and opposition under the communist dictatorship in Romania, see Cristina Petrescu: From Robin Hood to Don Quixote. Resistance and Dissent in Communist Romania. Bucharest 2013.

6 For a causal explanation of the collapse of the communist power in Romania, centered on structural, nation-specific and conjunctural factors, see Dragoș Petrescu: Explaining the Romanian Revolution of 1989. Culture, Structure, and Contingency. Bucharest 2010; id: Entangled Revolutions. The Breakdown of the Communist Regimes in East-Central Europe. Bucharest 2014.

7 Garton Ash argued that apparently the Romanian Revolution was the only "genuine revolution" of 1989, since an entire world could see a mass revolt, shootings and bloodshed on TV. Ironically enough, Garton Ash states, it turned out that it was the only one in ECE that was not a revolution at all, since it brought to power the same political elite. Timothy Garton Ash: Conclusions. In: Sorin Antohi, Vladimir Tismăneanu (eds.): Between Past and Future. The Revolutions of 1989 and Their Aftermath. Budapest 2000, pp. 395–402, here: p. 395.

legislation in Romania.[8] It should be mentioned that in principal the political opposition to the FSN was composed of the three "historic" political parties, i.e. the three democratic political parties that epitomized democratic politics in interwar Romania: Partidul Național Țărănesc (PNȚ; National Peasant Party), subsequently named Partidul Național Țărănesc Creștin Democrat (PNȚ–CD; Christian Democratic National Peasant Party); Partidul Național Liberal (PNL; National Liberal Party); and Partidul Social Democrat Român (PSDR; Romanian Social-Democratic Party).[9] Nevertheless, regarding the issue of dealing with the wrongdoings of the defunct communist regime, civil society initiatives proved to be the most radical.

Thus, the first attempt to introduce lustration legislation in Romania originated in Timișoara, the city that sparked the 1989 revolution and thus pointed the way towards regime change in Romania. That moment represented a historic moment, since it was the first time that an articulated appeal by civil society organizations to ban former apparatchiks and Securitate officers from public office was issued in post-1989 Romania. On 11 March 1990 the "Proclamation of Timișoara" was issued, Article 8 of which requested a ban on all former nomenklatura members, party activists, and officers of the former secret police from running in the next three elections.[10] Arguably, Article 8 practically opened the debate on lustration in post-communist Romania. Demonstrations against the FSN and its leader, Ion Iliescu, continued and culminated with the occupation of the center of Bucharest on 22 April 1990. The area occupied by the demonstrators was declared the first "area free of neo-communism" and the round-the-clock protest, which lasted for almost two months, has been known since as the University Square phenomenon.[11] In fact, this event represented a desperate attempt by several independent associations representing the core of

8 With regard to the structures and dynamics of the political elites in post-communist Romania, the authoritative work to this day remains Laurențiu Ștefan: Patterns of Political Elite Recruitment in Post-Communist Romania. Bucharest 2004.

9 For more on the emergence of the political opposition in post-communist Romania see Dragoș Petrescu: The Structuring of Opposition Elites in Post-1989 Romania. 'Historical' Parties, Public Intellectuals, and Anti-Communism. In: Heinrich Best, Ronald Gebauer, Axel Salheiser (eds.): Elites and Social Change. The Socialist and Post Socialist Experience. Hamburg 2009, pp. 99–114.

10 See Annex 2: Proclamația de la Timișoara [Proclamation of Timișoara]. In: Domnița Ștefănescu: Cinci ani din istoria României. O cronologie a evenimentelor decembrie 1989–decembrie 1995 [Five Years of Romania's History. A Chronology of Events December 1989–December 1994]. București 1995, pp. 453–454.

11 On the meaning of the University Square phenomenon, see Alexandru Gussi: Construction et usage politique d'un lieu de mémoire. La place de l'Université de Bucarest [Construction and Political Usage of a Realm of Memory. The University Square in Bucharest]. In: *Studia Politica* 4 (2002) 2, pp. 1060–1075.

civil society in post-communist Romania to warn against the seizure of the anti-communist revolution of 1989 by Ion Iliescu and the FSN. One of the University Square demonstrators' demands was the introduction of lustration, a principle formulated, as shown above, on 11 March in Timișoara. Time and again, the protesters requested the application of Article 8 of the "Proclamation of Timișoara." The University Square phenomenon ended sadly, in violence and bloodshed, on 13–15 June 1990. Beginning with 13 June, the police and special troops, as well as workers from Bucharest's industrial platform and Jiu Valley miners, brought to Bucharest by train, brutally attacked the remaining demonstrators to the astonishment of the entire country and the Western press gathered in the nearby Intercontinental Hotel. The headquarters of the historical parties, those of the newspapers supporting the opposition, such as the daily *România liberă* or the weekly *Revista 22*, and the main building of the University of Bucharest were severely damaged.

All in all, the period 1990–96 was characterized by the efforts of Ion Iliescu and the FSN to legitimate their political power by emphasizing their role in the downfall of the Ceaușescu regime and by manipulating a confused and frustrated population's fear of "capitalism". While the emerging civil society, historical political parties in opposition and public intellectuals called for the unmasking of the crimes of the defunct communist regime and the introduction of lustration legislation, the Iliescu regime confined itself to applying some selective legal sanctions. Thus, criminal punishment was applied selectively against Nicolae Ceaușescu's inner circle of power, as well as against some of those responsible for the bloody repression of the demonstrators in Timișoara and Bucharest in December 1989.

Dealing with the Securitate Files, 1999–2008

Over the period 1996–2004, the political parties and coalitions that opposed Ion Iliescu and his party concentrated on the process of dealing with the wrongdoings of the communist past as a form of political legitimation. Former political prisoners played a leading role in pushing for a complex solution comprising retribution, disqualification and restitution in dealing with the systematic violation of fundamental human rights and freedoms by the defunct communist regime.[12] It should also be noted that throughout the 1990s, for-

12 These concepts are employed in the sense given to them by Offe. See Chapter 5: Disqualification, Retribution, Restitution. Dilemmas of Justice in Post-Communist Transitions. In: Claus Offe: Varieties of Transition. The East European and East German Experience. Cambridge, MA 1997, pp. 82–104.

mer political prisoners were prominent in all three "historic" parties.[13] The former political prisoners organized themselves from the very first days of the 1989 revolution in an association of survivors of the Romanian Gulag. Asociația Foștilor Deținuți Politici din România (AFDPR; the Association of Former Political Prisoners in Romania) worked in close association with the "historic" parties, especially with the National Peasant Party, and other civil society organizations. It also promoted a specific agenda related to restitution for all those who had been politically persecuted under communism.[14] To the former political prisoners, the "trial of communism" meant not only bringing the perpetrators to justice, but also restituting to the victims their proper place in society by acknowledging the injustice done to them by the communist regime.

From a legal point of view, one of the greatest victories of the AFDPR was the passing of Law 187/1999 or the "Law regarding access to personal files and the disclosure of the Securitate as political police" by the Romanian Parliament in December 1999. Law 187/1999 was known to almost everyone as the Ticu Law, after its main proponent, the former senator of the National Peasant Party and president of the AFDPR, the late Constantin Ticu Dumitrescu (1928–2008). It is also true that the Ticu Law was passed only after years of heated debate and repeated modifications aimed at changing its essence, which deeply frustrated the main author of the bill. From its very title, one can see that the law grants both Romanian citizens and present-day foreign citizens that were citizens of Romania after 1945 the right to access their Securitate files. Furthermore, Law 187/1999 created for the first time a legal framework for the study of the Securitate archives by any citizen interested in assessing "the political police activities of the former secret police in order to offer to society as correct a picture as possible of the communist period."

In order to achieve such an ambitious goal, a new institution was established, the CNSAS, which was destined to take over the files of the former

13 The prominence of the former political prisoners diminished dramatically after 2000, when the party of Ion Iliescu, re-named the Social-Democratic Party, returned to power, while the hitherto most powerful historic party, the National Peasant Party, lost all seats in Parliament after its defeat in elections.

14 The AFDPR was established on 2 January 1990 and by the end of the year some 98,700 members had enrolled. The AFDPR was an exemplary case of self-organization of interests, being the first group that succeeded in legalizing its existence and publicly advocating the interests of its members. The Decree-Law No. 118 of 1990 granted special rights to former political prisoners, including: medical care and local transport free of charge, subventions for medicines, limited free railroad transport, etc. For the Decree-Law No. 118 regarding the rights of persons politically persecuted by the dictatorship established on 6 March 1945, see *Monitorul Oficial al României* [Official Bulletin of Romania, henceforth: MO] 118 (18 April 1998), pp. 5–7.

secret police. The CNSAS is led by a Collegium composed of eleven persons. Of them, nine are nominated by the political parties – in accordance with their representation in the Parliament, one is nominated by the President, and one by the Prime Minister.[15] The major function of the CNSAS is to provide evidence for unmasking the former employees (agents) and informal collaborators of the secret police, thus enabling lustration. In this respect, the Collegium was empowered to check holders of, and candidates for, public offices and assess if they were involved in the activities of the Securitate as "political police." The concept of *poliție politică* [political police] was defined by Law 187/1999 in order to apply lustration – understood as making appointment to public offices conditional on certificates of morality based on the archives of the former secret police. The Romanian Parliament decided that the pivotal idea at the basis of Law 187 had to be that of individual responsibility and by no means that of collective guilt – based on simple association with the Securitate. Thus, the Romanian law focuses on individual deeds and on proof "beyond any reasonable doubt" similar to the German legislation, and not on the position the respective people occupied.

Law 187/1999 stipulated that political police included "all those structures of the secret police created in order to establish and maintain the communist totalitarian power, and to suppress and restrict fundamental human rights and liberties." In short, this law has been conceived to be as consistent as possible with the principles of rule-of-law. According to Article 3 of Law 187/1999, people seeking or occupying public office had to fill out a special form in which they had to state whether they had or had not been agents or collaborators of the former communist secret police. Individuals proven by the CNSAS to have been agents or collaborators of the Securitate were only disqualified if they did not acknowledge their position within, or their collaboration with, the Securitate apparatus when completing the form. If collaboration was proved and had not been acknowledged, the individual in question was charged with providing false statements in a public document. Nonetheless, until 2006 the application of Law 187/1999 proved to be very difficult, and it may be argued that a major hindrance in this respect was the lack of political will on the part of the Constantinescu (1996–2000) and the second Iliescu (2000–2004) regimes to push for the transfer of the Securitate archives to the CNSAS. Moreover, the verification of individuals based on what they did represents a difficult operation that requires the work of many people over a very long period of time. Compared to the Federal Agency for the Administration of the Stasi Files (BStU; Die

15 Law No. 187 of 7 December 1999 was published in MO 603 (9 December 1999), pp. 1–5. For more on the CNSAS, visit its website at <www.cnsas.ro>, 17.10.2017.

Behörde des Beauftragten für die Stasiunterlagen), which employed some 3,300 people over the first fifteen years of its existence, or the Polish Institute of National Remembrance (IPN), which has employed a maximum of 2,100 people, the Romanian CNSAS's personnel structure contains 300 posts, of which only 223 are actually occupied.[16] As far as the legal framework governing the functioning of the CNSAS is concerned, one can identify two main periods in the history of the institution: (1) 2000–2008; and (2) 2008 to the present. The first period, 2000–2008, can be divided into two subperiods, 2000–2005 and 2005–2008. During these subperiods, the legal framework did not change fundamentally but major differences existed nevertheless with regard to the political will to transfer the Securitate files to the organization.

Let us briefly examine the first period, spanning from 2000 to 2008, by concentrating on the two subperiods mentioned above. Over the subperiod 2000–2005, CNSAS was confronted with major problems related to the transfer to its archive of the files of the former Securitate – hosted mainly by Serviciul Român de Informații (SRI; Romanian Intelligence Service), Serviciul de Informații Externe (SIE; Foreign Intelligence Service) and Ministerul Apărării Naționale (MApN; Ministry of National Defense). In fact, since its establishment in 2000, the CNSAS has constantly struggled with the above-mentioned institutions over custody of the documents produced by the former Securitate. Indeed, up to December 2005 such documents were transferred to the CNSAS very selectively. After the general elections of 2004, however, things changed tremendously. The second subperiod, 2005–2008, was inaugurated in December 2005 when the SRI transferred over 1 million files to the CNSAS, which had to find a new building for their preservation. A Government Ordinance (No. 149 of 10 November 2005) extended the application of the law for another six years under a new Collegium. Also, the functioning of the CNSAS was improved by Government Ordinance No. 16 of 27 February 2006 and Government Decision No. 731 of 7 June 2006.[17] Furthermore, over the period April–August 2006

16 Regarding the mission and structure of the official institutions in ECE in charge of the files of the former communist secret police agencies in Bulgaria, the Czech Republic, East Germany, Hungary, Poland, Romania and Slovakia, see: The European Network of Official Authorities in Charge of the Secret Police Files. A Reader on their Legal Foundations, Structures and Activities. Compiled, edited and published by BStU. Berlin, 2009. Full details regarding the activity of the CNSAS are provided in Rapoartele Anuale ale CNSAS [CNSAS Annual Reports, henceforth: RA–CNSAS], <http://www.cnsas.ro/rapoarte.html>. CNSAS's personnel structure as of 31 December 2016. See RA–CNSAS 2016, p. 51, <http://www.cnsas.ro/documente/rapoarte/Raport%20CNSAS%202016.pdf>, 17.12.2017.

17 Law 187/1999 underwent some modifications. In this respect, see MO 182 (27 February 2006), pp. 1–8. For the extension of the activity of CNSAS, see MO 1008 (14 November 2005), pp. 7–8.

Consiliul Suprem de Apărare a Țării (CSAT; Supreme Council of National Defense) issued four resolutions in order to ensure continuation of the transfer to the CNSAS Archive of documents produced by the former Securitate and hosted by other institutions or public bodies. By the end of 2006, the CNSAS Archive already contained 1,555,905 files, comprising 1,894,076 volumes, which amounted to some 24 kilomter of archives. As a result, the activity of the CNSAS gained momentum. For instance, during 2006 alone the institution disclosed, at the direct request of their victims, the real names of 270 individuals who informed on their fellow citizens, which represented more than the number of informers unmasked during the entire period 2000–2005.[18]

As the activity of CNSAS gained momentum from early 2006 onwards, more and more public figures – from politicians to the higher clergy and from all fields of activity, ranging from the judiciary to academia – were gradually disclosed as former collaborators. At the same time, the insufficient personnel could not do wonders with a huge archive that had to be investigated and put in order at the same time. Time and again, the media raised questions about the destruction of relevant files after 1989. Indeed, the collaboration of prominent politicians was revealed not by their personal files, which were not preserved in many cases, but by the files of their victims, in which evidence of collaboration (usually copies of informers' notes) was found. In other words, even though some files of former collaborators are now missing, their informer's notes can still be found in the files of those on whom the respective individuals provided information, with the result that the process of revealing acts of collaboration is neither totally irrelevant nor useless.

The second major period in the activity of the CNSAS was inaugurated in January 2008, when the Romanian Constitutional Court (CCR) decided on several grounds that Law 187/1999 was in fact unconstitutional. The CCR decision (Decision No. 51 of 31 January 2008) was highly contested and considered another attempt of the neo-communist camp to stop a process that was finally beginning to look promising.[19] The sole genuine problem however was the simultaneous function of prosecutor and judge performed by the CNSAS Collegium, which was empowered by the law of 1999 not only to search for proof of collaboration with the Securitate as "political police", but also to

18 RA–CNSAS 2006, p. 17.

19 For a radical critique of the CCR decision, see Corneliu-Liviu Popescu: Uzurparea de putere comisă de Curtea Constituțională în cazul cenzurii dispozițiilor legale privind deconspirarea poliției politice comuniste [The Usurpation of Authority by the Constitutional Court in the Case of Censoring the Legal Dispositions Regarding the Unmasking of the Communist Political Police]. In: *Noua Revistă de Drepturile Omului* [New Human Rights Review] 4 (2008) 1, pp. 3–14.

formulate a first judgment on the collaboration of the persons under verification. At the time, many believed that the CCR decision of 31 January 2008 would actually terminate the functioning of the CNSAS. However, a governmental ordinance (Emergency Governmental Ordinance 24/2008) was issued in due time and enabled the functioning of the institution until November 2008, when a new law (Law 293/2008) was passed.[20]

The new legislation, however, is more restrictive than the previous with regard to disqualification. At the same time, as discussed below, the new legal framework ultimately allows more transparency in the process of unmasking former collaborators and agents, and publicly exposing the wrongdoings of the Securitate. As mentioned above, the initial law was based on the concept of "political police", according to which an act of collaboration meant any denunciation that implied an infringement of the rights guaranteed by the communist Constitution. The new law defines collaboration with the Securitate as those acts that not only violated fundamental rights of individuals, but also "denounced activities or attitudes adverse to the communist state."[21] Initially, it was believed that this *principle of simultaneity* – infringement of fundamental rights *and* denunciation of anti-regime attitudes and activities – would reduce the number of cases that can be brought before the administrative court of justice on the grounds of collaboration with the Securitate. In spite of the initial reservations and criticism coming especially from civil society organizations, the new legislation has unleashed a multifaceted process of unmasking and exposing the repressive actions of the Securitate. For instance, the number of cases brought before the administrative court of justice in order to officially assess the status of collaborator or officer of the former communist secret police by individuals has increased significantly. Thus, during the period spanning from the change in legislation (March 2008) and up to the end of 2012, the total number of cases brought before the Administrative Court of Justice amounted to 1,932 (797 to assess the status of collaborator and 1,135 to assess the status of officer). In 2016, the number of cases brought before the court amounted to 144 (70 to assess the status of collaborator and 74 to assess the status of officer).[22]

20 The CCR decision regarding the non-constitutionality of Law 187/1999 and the Governmental Ordinance of February 2008 that provided a legal basis for prolonging the activity of CNSAS were published together in MO 95 (6 February 2008), pp. 2–8 and pp. 9–10 respectively. A subsequent Governmental Ordinance of March 2008 ensured the functioning of the CNSAS until a new law was passed. See MO 182 (10 March 2008), pp. 2–10.

21 For the text of the law that sanctioned the Emergency Governmental Ordinance of March 2008 (Law 293/2008) and which constitutes the current legal basis for the functioning of the CNSAS see MO 800 (28 November 2008), pp. 1–4.

22 RA–CNSAS 2016, p. 35.

Nevertheless, to function properly, the CNSAS should not cover only one dimension of the intricate process of dealing with the wrongdoings of the defunct communist regime. In communist regimes, the secret police has always been the "iron fist" of the communist party. Therefore, the principle of public exposure and disqualification must be extended to the former nomenklatura members, many of whom gave direct orders to the secret police. In this respect, information brought to light after 1989 indicates that in order to recruit party members occupying relatively important posts the Securitate officers were compelled to ask first for the approval of the party officials. Only after securing the approval of the party officials could the recruitment procedures be pursued. This is just one example of the need for a second dimension to the process of dealing with the past wrongdoings, which should focus on the high-ranking officials of the former Romanian Communist Party. On 18 December 2006, the President of Romania issued before the joint chambers of the Romanian Parliament an official statement which characterized the defunct communist regime in Romania as "illegitimate and criminal." The statement was based on the conclusions of a special presidential commission, Comisia Prezidențială pentru Analiza Dictaturii Comuniste din România (CPADCR; Presidential Commission for the Analysis of the Communist Dictatorship in Romania), which functioned during the period April–December 2006.[23] At the time, many believed that the report devised by the presidential commission, followed by the official statement of the President of Romania, would point the way to adopting a law concerning the lustration of former members of the nomenklatura.

An Impossible Task: the Adoption of a Lustration Law, 2005–2010

After the general elections of 2004, debates over the adoption of lustration legislation in Romania became even more intense. As shown above, Law 187/1999 created the legal framework for the public exposure of the former agents and collaborators of the communist secret police, the infamous Securitate. The joint efforts of the newly elected president, government agencies and civil society organizations led to a massive transfer of Securitate files to the CNSAS. Simultaneously, in 2005 a group of MPs belonging to the National Liberal Party devised the project of a law meant to limit access to public office for persons who held positions in the power structures of the former commu-

23 Comisia Prezidențială pentru Analiza Dictaturii Comuniste din România [Presidential Commission for the Analysis of the Communist Dictatorship in Romania]: Raport final [Final Report]. București 2007.

nist regime.[24] The initiative was based on the principles put forward by the "Proclamation of Timișoara" in its now famous Article 8. The bill was entitled: "Lustration Law regarding temporary limitation of access to public office by persons who held official positions within the power structures and repressive apparatus of the communist regime." One can observe that the principle proposed was that of collective responsibility. In other words, lustration was meant to be applied in relation to the positions the respective individuals occupied within the party or state structures and not in relation to their deeds under the regime. Basically, the bill defined members of the power structures as individuals who held top positions within the central and local organizations of the Romanian Communist Party and the Union of Communist Youth, as well as those who held top positions in state administration (at both central and local levels), the judiciary, diplomacy, internal affairs (Militia), propaganda, foreign trade (heads of commercial offices abroad) or the banking system. In all the cases mentioned by Article 1, the bill proposed an interdiction of ten years for access to public offices such as: president of Romania, senator and deputy, mayor and deputy mayor, member of the government, presidential counselor, director or deputy director of intelligence agencies, director or member of the board of state companies, judge or attorney at law, head of state-sponsored cultural institutions (on both central and local levels) or member of the diplomatic corps. The project was voted through by the upper chamber of the Romanian Parliament (the Senate) on 10 April 2006. In spite of its adoption by the Senate, discussion of the bill by the Chamber of Deputies was systematically postponed.

After years of oblivion, the debate on the theme of lustration was revived in the new Parliament that resulted from the general elections of 2008. The Lustration Law was finally adopted by the lower chamber of the Parliament (the Chamber of Deputies) on 19 May 2010. As mentioned above, the upper chamber (the Senate) had already adopted the law four years before, in April 2006. In the Chamber of Deputies in May 2010, 203 MPs voted for adoption, 40 voted against, and 12 abstained. The Lustration Law was based extensively on the bill devised in 2005. Thus Article 1 provided a brief description of the positions within the power structures and repressive apparatus of the communist regime whose former holders are subject to lustration. These positions included: individuals that held paid jobs within the leading structures of the Romanian Workers Party, the Romanian Communist Party, the Union of Working Youth, the Union of Communist Youth; state administration; local administration;

24 Mona Muscă (deputy), Viorel Oancea (deputy), Eugen Nicolăescu (deputy) and Adrian Cioroianu (senator).

institutions of political education; agents and collaborators of the Securitate; the judiciary; the militia and the penitentiary system; the heads of Romanian diplomatic and consular missions abroad; political and propaganda officers within the Ministry of National Defense, the Ministry of Internal Affairs and the Department of State Security (the Securitate). Article 2 enumerated the positions the individuals covered by Article 1 of the law were temporarily not allowed to occupy. These included positions within: the presidential administration; legislative bodies; state administration; local administration (from county to commune level); the judiciary; state-owned companies; state institutions (including national television and radio as well as the CNSAS); diplomacy; the armed forces; state-funded institutes for researching the communist period and the revolution of 1989; and the European institutions. The period of temporary limitation of access to public office was nevertheless reduced to five consecutive years. Article 3 specified that the individuals covered by Article[2] had to complete a declaration stating whether they occupied one of the positions specified in Article 1 during the period 6 March 1945–22 December 1989. According to the same Article 3, verifications were to be carried out by the CNSAS, which had to devise a document called *notă de constatare* [constative note]. As for the individuals affected by the law, Article 6 made a distinction between individuals elected to their positions and individuals appointed to their posts. The individuals elected to their positions were allowed to fulfill their mandate, while the mandate of individuals appointed to their posts was to be terminated 90 days after the law went into force.[25]

The law, however, did not go into force. Not long after its adoption by the Chamber of Deputies, on 25 and 28 May 2010, some 87 MPs (29 senators and 58 deputies) raised the issue of the unconstitutional character of the Lustration Law before the Romanian Constitutional Court (CCR). On 7 June 2010 the CCR issued Decision No. 820 regarding the unconstitutional character of the Lustration Law. Basically, the most powerful arguments of the CCR were related to: (1) the principle of collective responsibility on which the Lustration Law was based, i. e. on association with the power structures and repressive apparatus and not in relation to the individual deeds of the individuals in question. In other words, the CCR argued, it was about a "collective sanction based on collective responsibility and generic culpability;" and (2) the late adoption of the law: 21 years after the demise of the communist regime in Romania the punitive measures stipulated were considered "disproportionate" in relation to the threat posed to the process of democratic consolidation by the individuals

25 See the complete text of the law at <http://www.avocatnet.ro/UserFiles/articleFiles/lege%20alustratiei_05201244.pdf>, 17.12.2017.

targeted by the law.[26] The CCR decision of June 2010 practically put an end to the debates regarding the adoption of a lustration law in post-communist Romania.

Informal Lustration: Public Exposure, Research and Education

This author contends that, in the particular case of Romania, informal lustration was primarily enabled by the constant interest of the general public in the Securitate files. Informal lustration is rooted in three major processes unleashed after the year 2005 – when the bulk of the Securitate files were transferred to CNSAS, as follows: (1) vetting individuals holding or seeking public office: (2) disclosure of the real names of the individuals who informed on their fellow citizens, at the direct request of the victims; and (3) research and education.[27]

The first two processes represent major objectives of the CNSAS, as defined by the law. Vetting individuals seeking or holding public office is a fundamental task of the institution. Under the current legal framework, vetting is performed ex officio or by request. When relevant information is found, the respective cases are brought before the Administrative Court of Justice. Furthermore, as previously mentioned, individuals seeking or holding public office are requested to fill out a form in which they have to specify whether or not they collaborated with the former Securitate. Since 2015, the CNSAS has opened over 130 legal cases against individuals who received a final verdict of collaboration, but who had officially stated on the forms that they did not collaborate with the Securitate. Under the law, citizens have the right to find out the real names of the individuals who informed on their fellow citizens during the communist period. The CNSAS communicates the real names of such individuals directly to the victims, who in turn decide if they want to make these names public.

As the number of cases brought before the Administrative Court of Justice multiplied, the information related to such cases constantly reached the general public. The main newspapers, online media portals or news agencies in Romania such as Evenimentul zilei (www.evz.ro), Adevărul (www.adevarul.ro),

26 The CCR Decision No. 820 of 7 June 2010 was published in MO 420 (23 June 2010). For the complete text of said decision see <http://lege5.ro/Gratuit/geztkmjugi/decizia-nr-820-2010-referitoare-la-obiectia-de-neconstitutionalitate-a-dispozitiilor-legii-lustratiei-privind-limitarea-temporara-a-accesului-la-unele-functii-si-demnitati-publice>, 17.12.2017.

27 This argument was first developed in Dragoș Petrescu: Public Exposure Without Lustration. In: Lavinia Stan, Lucian Turcescu (eds.): Justice, Memory and Redress in Romania. New Insights. Newcastle upon Tyne 2017, pp. 124–144.

Gândul (www.gandul.info), Hotnews (www.hotnews.ro) or Mediafax (www.mediafax.ro), to name only a few, have constantly kept the general public informed about cases of collaboration with, or violation of fundamental human rights by, the Securitate as brought to light by the CNSAS. Moreover, the process of disclosure of the real names of the individuals who informed on their fellow citizens contributes by raising public awareness with regard to the violation of fundamental human rights under the communist regime.[28]

Another dimension of informal lustration refers to ensuring knowledge transfer to future generations with regard to the role of secret police agencies in supporting the communist dictatorships, the dire consequences of non-democratic politics, as well as to healing fear and trauma associated with past experiences under the dictatorship. Such a goal could be reached only by developing research and education programs in collaboration with universities and schools, and organizing traveling exhibitions, seminars and workshops throughout the country. The CNSAS supports the research activities carried out by its own researchers, as well as by external researchers, both from Romania and abroad. The number of external researchers has grown constantly; currently, some 2,200 external researchers are accredited and working on scientific articles, studies, monographs and collections of documents, as well as on their BA, MA and PhD dissertations.[29] In addition, numerous students (at the BA and MA levels) participate in the internship program offered by the CNSAS (for instance, 327 students participated in the program during 2016).[30]

The CNSAS also publishes a biannual professional journal, *Caietele CNSAS*, which can be accessed free of charge on the CNSAS website.[31] Since 2011, CNSAS has organized in cooperation with a major historical institute in Romania – the Romanian Academy's Nicolae Iorga Institute of History – the National Conference "Romanian Communism", held annually in March, as a reminder of 6 March 1945, when the communists took power in post-war Romania. The conference is organized with the financial support of the Konrad Adenauer Foundation (Germany) and brings together academics, civic

28 On the heated debates regarding the issue of collaboration with the Securitate see Cristina Petrescu: Entangled Stories. On the Meaning of Collaboration with the Securitate. In: Péter Apor, Sándor Horváth, James Mark (eds.): Secret Agents and the Memory of Everyday Collaboration in Communist Eastern Europe. London 2017, pp. 225–246.

29 See the complete list of accredited external researchers, including their research topics, on the official website of the CNSAS, <http://www.cnsas.ro/documente/cercetare/2017.05.25%20-%20Lista%20cercetatorilor%20acreditati.pdf>, 17.12.2017.

30 RA–CNSAS 2016, p. 47.

31 See <http://www.cnsas.ro/caiete.html>, 17.12.2017.

activists, students and lay people interested in the topic of the communist dictatorship in Romania in a regional context.[32]

The Securitate files represent a key source for understanding the repressive policies of the former communist regime. In order to reach a wider audience and make these sources available for all those interested in the communist period in Romania (1945–89), the CNSAS has engaged in a complex process of publishing on its website a great number of documents that can be downloaded free of charge, and which can be divided into the following categories: (1) secret orders, resolutions, decisions, action plans etc. issued by the Ministry of Internal Affairs over the period 1948–89 (over 10,000 documents have been published in digital form so far),[33] as well as other documents, thematically organized (internments in labor camps, the so-called "23 August 1944 Problem," the official party inquiry of 1968 regarding the abuses of the Securitate during the Stalinist period, etc.); (2) the complete collection of the journal Securitatea (1968–89), a journal labelled secret and dedicated solely to the Securitate apparatus, 88 issues published; (3) the complete collection of the Securitate publication *Studii și documente* (Studies and documents), 1969–71, 9 issues published; (4) propaganda brochures, educational materials for the Securitate apparatus and other similar publications; and (5) relevant official documents of the Romanian Workers Party and the Romanian Communist Party covering the period 1945–89. It should be added that, in terms of their relevance for the historical reconstruction of the past, the Securitate files reflect the viewpoint of the repressive apparatus of the former communist regime. In order to give a voice to the victims of the Securitate, an Oral History Center has been established at the CNSAS. The Oral History Center gathers testimonies by the victims of the Securitate who accessed their files and are willing to provide details on their surveillance by the Securitate.

As mentioned at the beginning of this section, systematic public exposure of the wrongdoings of the former communist secret police via the publication of documents, witness accounts and scholarship in electronic form on the CNSAS institutional website enables informal lustration and prompts moral condemnation of acts of violation of fundamental human rights under the communist dictatorship. Such a process is also favoured by the adoption of a more proactive stance by the CNSAS. Rather than simply responding to public demand for disclosure of the misdeeds of the former communist secret police, the institution has established a complex framework of reaching as wide a public as

32 Seven conferences have been organized so far. For details, see <http://www.cnsas.ro/CNCR.html>, 17.12.2017.

33 See <http://www.cnsas.ro/acte_normative.html>, 17.12.2017.

possible. This means figuring out how to help especially the younger generations without their own memories of communism to understand the dictatorial past and develop a democratic political culture.

Concluding Remarks

In the case of Romania, the violent exit from communism was not followed by a rapid process of democratic consolidation. Due to a complex aggregation of factors, the early post-communist period was marked by the dominance of second- and third-rank members of the nomenklatura, great numbers of whom joined the FSN headed by Ion Iliescu. The political legitimacy of Iliescu and the power of his party elites were derived from their involvement in the 1989 events and their removing Nicolae Ceaușescu from power. As a consequence, they allowed a limited application of criminal justice with regard to the bloody repression of the 1989 protesters in Timișoara and Bucharest, but were by no means interested in introducing lustration legislation since they would have been among the first to be affected by it.

Civil society organizations advocated lustration as a means of consolidating democracy. Thus, in March 1990, in Timișoara, the city that sparked the 1989 revolution, the "Proclamation of Timișoara", was issued, Article 8 of which practically demanded the adoption of lustration legislation. After the power shift of 1996 and primarily due to the efforts of former political prisoners, the Romanian Parliament eventually adopted Law 187/1999 or the "Law regarding access to personal files and the disclosure of the Securitate as political police." This law created the legal framework for dealing with those individuals who were either officers or informal collaborators of the Securitate. Effective from the year 2000 onwards, such a process gained momentum beginning in late 2005, when the bulk of the Securitate files were transferred to CNSAS. In January 2008, the CNSAS suffered a major institutional crisis following a decision by the Romanian Constitutional Court which declared Law 187/1999 unconstitutional. That decision prompted a change to the legal framework regarding the activity of the CNSAS. Somewhat paradoxically, this change enabled the process of publically exposing the abuses committed under the communist dictatorship.

As outlined above, while the Administrative Court of Justice is called on to decide whether or not an individual can be officially declared an officer (agent) or collaborator of the Securitate, the CNSAS has been able to concentrate more on research and education, which in turn has prompted informal lustration. This has proved to be all the more important since the initiatives aimed at adopting lustration legislation in Romania utterly failed. The Lustration

Law, eventually adopted in May 2010 by the Parliament that resulted from the general elections of 2008, did not come into force. On 7 June 2010, the Romanian Constitutional Court issued its Decision No. 820 regarding the unconstitutional character of the Lustration Law. As already mentioned, the Constitutional Court emphasized, as the most problematic aspects of the law, the underlying principle of collective responsibility and the fact that it was adopted too late, i. e. 21 years after the fall of the communist regime.

State Security Documents and their Role in the Process of Coming to Terms with the Totalitarian Past in Slovakia

PETER JAŠEK

In this paper I will discuss several key issues regarding the role of the State Security documents, especially within the process of the coming to terms with the totalitarian past in Slovakia. I will present this topic as a historian and from the point of view of the Nation's Memory Institute (Sk. Ústav pamäti národa), which is the key institution in that respect, because documents of the former State Security (Sk. Štátna bezpečnosť) are located in the Archive of the Nation's Memory Institute. I would also like to present the brief "history" of State Security documents from 1989 until the establishment of the Nation's Memory Institute in 2002, including their use/misuse in the 1990s. The examination of the establishment of the Nation's Memory Institute, the creation of their archive and the publishing of the registration protocols of the State Security will also from a part of this paper. I will furthermore focus on the question of how researchers (historians, archivists or political scientists), journalists and general public discussed and considered the reliability of the State Security documents.

The History of the State Security Documents in Slovakia

To evaluate the function of the State Security documents, we also need to examine the position of the State Security within the Czechoslovak communist regime. The State Security was considered the Czechoslovak regime's most prominent collaborator and the institution was responsible for and took part in the vast majority of communist crimes. Throughout its existence, the State Security was a composite of the intelligence service and the political police. Its primary goal was to guarantee the power and dominance of the Communist Party, and indeed, it used all available means to ensure that, espe-

cially intelligence and oppressive measures. The State Security and its counter-intelligence units in particular represented the primary oppressive tool for the suppression of basic human rights and freedom, in order to keep the Czechoslovak Communist Party in power.[1]

Especially during the Stalinist period (1948–1953), the State Security acquired infamy among the population due to their brutal methods of investigation, including physical and psychological torture. After the period of democratization in the 1960s and the occupation by the Warsaw Pact countries in August 1968, the organization once again became an instrument of political repression and its main goal was to control and dominate society, as well as to serve as a source of information for the communist establishment in the 1970s and 1980s. Its extraordinary position within the regime was emphasized by the fact that throughout its existence it reported directly to the leading officials of the Communist Party, which gave orders to the State Security and determined its relationship with the state administration bodies.[2] In general, we can say that the State Security was the "biggest predator in the jungle of the regime".

During the demonstrations of the Velvet Revolution (Sk. Nežná revolúcia) in November and December 1989, documents of the State Security attracted public attention for the first time. Leaked information suggested that State Security units were destroying documents, although nobody in the general public (and even leaders of the democratic opposition during the Velvet Revolution) really knew what was going on. The information came too late, unfortunately. The process of the shredding had started soon after 17 November 1989 and on 1 December 1989, the deputy of the Federal Minister of Interior Gen. Alojz Lorenc, who was in charge of the State Security, issued an order to destroy all so-called "vital" files, meaning "materials that would have a compromising character with regard to the current political arrangement".[3] The real purpose of this extraordinary shredding (we can say destruction) of documents was (most probably) to hide the evidence of misuse of power and crimes

1 Matej Medvecký, Jerguš Sivoš, Peter Jašek: Following the Footsteps of Iron Felix. The State Security in Slovakia 1945–1989. Bratislava 2012, pp. 6–7.

2 Ibid. p. 7. For more information about the activities and history of the State Security see this book. Of course, there are several other publications dealing with the topic; for more details, check the List of Used and Recommended Literature on pages 186–191.

3 Gábor Strešňák: K problematike mimoriadnej skartácie materiálov ŠtB na Slovensku v roku 1989 [On the issue of the extraordinary shredding of State Security documents in Slovakia in 1989]. In: Peter Jašek (ed.): 20. výročie Nežnej revolúcie [The 20th anniversary of the Velvet Revolution]. Bratislava 2010, p. 212.

by both the Communist Party and the State Security. The destruction was officially stopped by an order on 8 December, but that was not fully respected by the State Security units. The destruction of documents caused considerable damage to the archival materials, and subsequently also to the assessment of communism during the 1980s. In fact, the shredding is still shrouded in mystery today. Due to the misuse of these documents in 1990s, this large-scale destruction of documents raises several questions: What was the real purpose of the extraordinary shredding? Why did it take place on such a large scale? Why were personal files (connected to some secret collaborators and dissidents) shredded in particular? Were the documents really destroyed – as marked in the registration records –, or only taken away (stolen) by some State Security members, who were considering misusing it to blackmail future politicians and influential people? If they were not destroyed, is it possible to find them in the future?[4] We should try and answer these questions one day. Now, we can only speculate how it really happened. The only fact is that thousands and thousands of documents are missing from the archive, especially personal files. However, the shredding of the materials in 1989 wasn't the only manipulation of the State Security documents. During the 1990s and later, there were attempts to dispose of some State Security documents, connected with the activities of the Slovak Minister of Interior Vladimír Mečiar. In 1990 he asked some members of the Slovak Ministry of the Interior to dispose of several pages from the registration records located at city of Trenčín.[5] This again raises general questions about the reliability of the whole archive, especially for some journalists and politicians. Later research in the archive shows however that researchers with experience and knowledge about the State Security

4 To some extent, similar cases are the materials revealed in Poland in 2016 regarding the collaboration of the Solidarita leader Lech Wałesa with the Polish Security Service [Służba Bezpieczeństva]. See <http://www.fakt.pl/wydarzenia/polityka/ipn-oficjalnie-walesa-wspolpracowal-z-sb/xe4b9dj> and discussion at URL <https://www.youtube.com/watch?v=fLDYl-Uc1hs>, both 30.12.2017. In Slovakia, the cases were not identical, but some politicians claimed that especially during the 1990s, there were some attempts to blackmail individuals by using State Security documents, especially personal files, which were considered to have been shredded.

5 See Monika Benedikovičová: Ako Mečiar prvýkrát porušil zákon a nechal z Tisovej vily odniesť spisy ŠtB [How Mečiar broke the law for the first time and carried away files of the State Security from the Tiso's villa], see <https://dennikn.sk/47868/ako-meciar-prvykrat-porusil-zakon-nechal-z-tisovej-vily-odniest-spisy-stb/>, 30.12.2017. The incident was investigated later in 1992. See Ján Šimulčík: Dokumenty doby 1990–2000 [Documents of the period 1990–2000]. Bratislava 2002, doc. no. 1, pp. 7–69. The document also included information about the developments within the State Security after the fall of communism in Slovakia, including the fate of the organisation's documents.

are able to provide both technical[6] and meaningful[7] reconstruction of some shredded files via comprehensive research of the preserved documents.

The shredding of the documents paved the way for the misuse of the State Security documents in the 1990s. In the social atmosphere after the fall of the communist regime, where the State Security was considered the most prominent villain, suspicion about secret collaboration with the State Security immediately represented a great threat to anyone. Accusations of collaboration with State Security easily became a "fact" that could compromise and immediately damage the professional career of an accused person. The general public in fact didn't know any details about State Security, their organization and structure, how they worked or even how they registered and recorded secret collaborators or so-called internal enemies. This was also the reason why (real or alleged) collaboration with the State Security could be politically misused. The most visible cases of such misuse were so-called lustration affairs (Sk. lustračná aféra), related to the first free elections after the fall of communism in June 1990. These affairs clearly showed that State Security documents will be a key aspect in the process of coming to terms with the totalitarian past in the former Czechoslovakia. In Slovakia, the best known such lustration affair is that of Jan Budaj, one of the most prominent leaders and spokesmen of the Velvet Revolution in Slovakia, a prominent Slovak dissident and chairman of the Coordination Centre of the Public against Violence (Sk. Koordinačné centrum Verejnosti proti násiliu), at that time the most popular Slovak political party. Days before the elections, all political parties asked (under pressure from general public opinion and some politicians from the Federal Ministry of Interior) for the lustration of their candidates concerning

6 The technical reconstruction were realized by the researchers of the Nation's Memory Institute, see <http://www.upn.gov.sk/rekonstrukcia/>, 30.12.2017. See also Jerguš Sivoš: Pokusy o pozmeňovanie záznamov v registračných protokoloch KS ZNB S ŠtB Bratislava. [The attempts to change the records in the registration records of the KS ZNB S ŠtB Bratislava] In: Peter Jašek (ed.): Interpretácia dokumentov Štátnej bezpečnosti [Interpretation of the State Security documents] Bratislava 2011 pp. 122–128.

7 Comprehensive research can be conducted especially within the missing personal files when the information about a person can be reconstructed via the preserved materials. For instance, collaboration of sector collaborators can be examined through the periodical reports of the State Security units, activity plans, evaluation reports etc. We can also note that the nature of the shredding left some documents preserved. As an example we can mention the order of the State Security to infiltrate structures of the opposition that was forming in 1989. The regional Directorate of State Security in the city of Dunajská Streda didn't destroy this order, while the other State Security directorates and units in Slovakia did. See: Archive of the Nation's Memory Institute, fond Okresná správa ZNB v Dunajskej Strede – oddelenie ŠtB (1968 – 1989) [Regional Unit of the National Security Corps in Dunajská Streda – State Security Unit (1968–1989)], archival unit 23.

collaboration with the State Security. The results of this lustration, published hours before the official elections polls, caused real shock. Several prominent politicians and personalities were outed as State Security secret collaborators. Lustrations were based on the registration protocols (records) of the State Security – if there was evidence identifying someone as an agent or candidate for secret collaboration etc., lustration was positive, if not, it was negative. Nobody called for the opening of the files and checking the real substance of cooperation – whether someone had had meetings with State Security officials, made denunciations, provided information, or how the State Security obtained signatures of secret collaborators etc. What was really scandalous – but at the time unbeknown to most people – is that the lustration of several candidates was blocked by the Federal Ministry of Interior.[8] The results of the affairs were shocking and several candidates had to withdraw their candidatures.[9] Budaj's case was a particularly extraordinary one. At that time, he was a popular and respected figure among society and was in fact one of the leading members of the Slovak (especially environmental) dissent.[10] Nobody believed that he had really secretly collaborated with the State Security, but under pressure he withdrew his candidature for the Public against Violence.

There were of course several interpretations of the affair. Vladimir Ondruš, a member of the Coordination Centre of Public against Violence and deputy to the Prime Minister of the Slovak government in 1990, claims that the purpose of the affair was to eliminate Ján Budaj from the leadership of Public against Violence.[11] Ján Budaj himself shares that opinion.[12] His internal political rivals in the leading body of Public against Violence (like Vladimír Mečiar

8 See Pavel Žáček: "Sachergate": První lustrační aféra. Nesnáze postkomunistické elity (nejen) se svazky Státní bezpečnosti ["Sachergate". The first record affaire. Difficulties of the post-communist elites (not only) concerning the state Security files]. In: *Paměť a dějiny* 1 (2007), no. 1, pp. 50–81.

9 In the Czech Republic, the most prominent lustration affair was case of the chairman of the Czechoslovak People's Party. See ibid., pp. 77–80; Jan Bauer: Aféry jak pro koho [Affair for whom]. Praha 1991.

10 During the 1970s, he published samizdats and organized several exhibitions of the nonconformist artists in Bratislava. In 1987, he was an editor of the publication *Bratislava/out load*, which was considered a "Slovak Charter 77" and criticized the communist regime for the bad environmental and cultural conditions in the Slovak capital Bratislava.

11 See Vladimír Ondruš: Atentát na Nežnú revolúciu [Assassination of the Velvet Revolution]. Bratislava 1999.

12 See Peter Jašek, Ondrej Podolec: „Komunistický svet bol svetom pretvárky a dvojitých hodnôt". Rozhovor s tribúnom Nežnej revolúcie Jánom Budajom ["The Communist World was a World of Masquerade and Double Values". An Interview with the Spokesman of the Velvet Revolution Ján Budaj]. In: *Pamäť národa* [Memory of the Nation] 10 (2014) 3, pp. 134.

or Fedor Gál) saw lustration before the elections in 1990 as an attempt to "clean" lists of candidatures of secret State Security collaborators for the purpose of avoiding blackmail after the elections.[13] But in fact, they did little (or nothing) to verify the allegations and didn't fulfill the promises to investigate individual cases of people affected by lustration.[14]

Budaj's case drew great attention and was hyped by media.[15] In fact, it opened the debate about the State Security documents in Slovakia, which in those days were the number one question in public discussions. Budaj's case was followed by other similar cases of people who as a result had to retire from public life. At the time, the statement of the Board of Public against Violence (Sk. Rada Verejnosti proti násiliu) called the lustration process a "poisonous smell of the dead man of the State Security."[16]

Apart from these affairs and public discussions about alleged and real agents and secret collaborators of the State Security, the fall of the communist regime immediately opened the question of how to deal with its infamous heritage. The process of coming to terms with the totalitarian past was started immediately by the performing of the most urgent duties in this respect – the rehabilitation of former political prisoners, compensation of victims and property restitution.[17] Several laws were adopted in this regard.[18] It is not the aim of this paper to analyze that process in Slovakia, which still divides the opinion of researchers as well as the general public. However, it is important to emphasize that such a process has several levels – legal, economic, and even moral. Especially in early 1990s, the attempts to "draw a thick line" under the period of communism prevailed, which strongly affected this process. Briefly, one can say that the process of coming to terms with the totalitarian past is still ongo-

13 See Fedor Gál: Z prvej ruky [From the First Hand]. Praha 1992.

14 See for instance the opinion of Fedor Gál on his blog <http://www.fedorgal.cz/blog/index.php?itemid=170> (in Slovak), 30.12.2017.

15 See several articles in the magazine of Public against Violence entitled *Public* [Verejnosť] in June and July 1990, such as: Oneskorené vyhlásenie k "prípadu Budaj". Už teraz konečne pohasnú vášne [The late statement on the "Causa Budaj". Did the passions finally fade]. In: *Verejnosť* 2 (1990), 27 July 1990; Viliam Ciklamini pracovníkom ministersvta vnútra [Viliam Ciklamini as an operative at the Ministry of the Interior]. In: ibid. 28 July 1990. For reconstruction of Budaj's case see: Ladislav Švihran: Aféry po novembri [Affaires after November]. Bratislava 1990.

16 <http://www.fedorgal.cz/blog/index.php?itemid=172>, 30.12.2017.

17 Matej Medvecký: Coming to Terms with the Totalitarian Past in Slovakia and the Mission of the Nation's Memory Institute in that Process. In: Matej Medvecký (ed.): Vyrovnávanie sa s totalitnou minulosťou – od trestnoprávnej roviny po vedecký výskum. (Coming to Terms with the Totalitarian Past – from the Level of Criminal Law Aspects to the Scientific Research). Bratislava 2014, p. 98.

18 See for instance Ivan A. Petranský: 10 Years of Nation's Memory Institute. Bratislava 2012, pp. 10–12.

ing in Slovakia and remains unfinished to this day, although some visible successes have been achieved. On the other hand, judicial settlement with the past is very poor, because nobody has been called to account and sentenced for their share in the communist crimes.[19] The Nation's Memory Institute filed several motions to the General Prosecutor Office of the Slovak Republic, but none of these motions has resulted in a court trial. Prosecution either did not commence or was stopped.[20] Other cases (those not initiated by the Nation's Memory Institute) ended in the same results. An especially infamous case is that of Vasil Biľak,[21] who was accused of treason for signing the so-called invitation letter prior to the 1968 occupation, but whose long trial ended without conviction in 2011. The trial commenced in March 1991 and lasted 20 years; the file from the trial runs to over 23,000 pages. The formal reasons for Biľak's acquittal were the impossibility of hearing witnesses (most of whom were dead) and the lack of the original copy of the so-called invitation letter (which Russia refused to release).[22]

We can symbolically consider this (non)judgment the summit of the inconsistency in the process of coming to the terms with the totalitarian history in Slovakia, especially on the level of punishment for the crimes of communism in Slovakia. In the popular narrative, Vasil Biľak was also considered a traitor and one of the main culprits of communist totalitarianism. The decision reprieving Biľak became a springboard for his rehabilitation, which peaked in the unveiling of a memorial plaque in his native village of Krajné Bystré in February 2015.[23]

---

19 The only person sentenced was General Alojz Lorenc. In 2001 a Military District Court in Bratislava ordered a 15 month sentence suspended for three years. See Medvecký: Coming to Terms with the Totalitarian Past, p. 105.

20 Petranský: 10 Years, p. 97.

21 In the course of 1968, Vasil Biľak (1917–2014) slowly joined the ranks of those communist officials who created a hardline wing and later secretly and closely cooperated and collaborated with the Soviet Union, aiming to stop the democratization process of "socialism with a human face" in Czechoslovakia. His collaboration culminated in August 1968 with his signing the so-called letter of invitation, through which the Soviets intended to legitimize the forthcoming invasion to the whole world and the Czechoslovak population. After the occupation, Biľak openly collaborated with the occupying power, thanks to which he was appointed to the highest positions in the Party – he became Secretary for Ideology and Foreign Affairs of the CC CPC, which was the second highest position (after 1st Secretary). He remained in these positions for almost the entire period of "normalization", until 1988.

22 For the reconstruction of the process see Matúš Burčík: Biľaka už súd nevypočuje [The Court does not hear Biľak anymore], available in Slovak on <https://domov.sme.sk/c/5734286/bilaka-uz-sud-nevypocuje.html>, 7.5.2017.

23 For more information about Biľak's case, see Peter Jašek: Memorial of Vasil Biľak: Did the Truth really remained [sic] truth? In: *Ethnologia Actualis*, 15 (2015), 1, pp. 113–125. A bust of Biľak was later damaged by the artists Peter Kalmus and Luboš Lorenz, who expressed

Regarding the State Security documents, the so-called Lustration Act adopted in 1991 was very important, restricting some people, including secret collaborators and members of the State Security, but also other prominent representatives of the regime from obtaining positions in the state bodies and organizations.[24] After the establishment of the independent Slovak republic in 1993, the Lustration Act was still valid in Slovakia but there were no authorities to execute it. A special problem was that many documents from the period of totalitarianism still remained undisclosed in deposits, especially State Security documents, mostly kept by the Slovak Information Service. Even worse, after the lustration affair in 1990 the general public was overwhelmed by the non-official lists of State Security collaborators, and also other documents of the State Security distributed and circulating in the country.[25] This fact caused many problems and false public allegations against various people. These were helped by the fact that not only the general public but even researchers didn't know much about the State Security, how it worked, what kind of documents were held in the archive etc.

Establishing the Nation's Memory Institute

At the same time, many people (including influential journalists and politicians and political prisoners of the communist regime) called for the creation of an institution in Slovakia to come to terms with the communist past, as took place in other post-communist countries such as Germany and Poland. The first step was the foundation of the Department for the Documentation of Crimes of Communism (sk. Úrad pre vyšetrovanie zločinov komunizmu), which was established by the Ministry of Justice of the Slovak Republic. This department was established in December 1999, was operational until 2006 and aimed to analyze an abundance of collected documents pertaining to the activities of the communist regime, as well as to the activities of the anti-communist resistance.[26] However, the department could not be compared to institutions

their protest against the work. The initiators of the bust later sued both artists. The court case is still ongoing. A similar case took place in the small village Veľký Lipník in Eastern Slovakia in 2016, when a small memorial plaque was dedicated to the last communist General Prosecutor Ján Pješčak. Once again, the artists damaged the memorial and were sued by its initiators. This case too is ongoing.

24 According to the law, People's Militias, Military Counter-Intelligence and officials of the Communist Party of Czechoslovakia were also restricted. Medvecký: Coming to terms, p. 99.

25 Ibid. p. 100.

26 Petranský: 10 Years, p. 13.

already existing in Germany (the Federal Commissioner of the Records of the State Security Service of the Former German Democratic Republic) or Poland (the Institute of National Remembrance). The Department was not an independent institution, just a part of the Ministry of Justice, and lacked an archive (including State Security materials). Also, the number of employees and subsequent organizational structure in the archive and research centre was incomparable to the institutions in Poland and Germany.

Finally, on 28 September 2002, the Nation's Memory Institute was established when Act No. 553/2002 Coll. On Disclosure of Documents Regarding the Activity of Security Authorities of the State During the Period 1939–1989 and on Founding the Nation's Memory Institute and on Amending Certain Acts (Nation's Memory Act), was adopted by the National Council of the Slovak Republic.[27] By establishing the Nation's Memory Institute, Slovakia became one of the countries where separate and independent institutions were in charge of administrating secret police files, documenting the crimes and providing the research work on the period defined by law.[28]

The Nation's Memory Act defined the establishment of the Nation's Memory Institute as an institution of public law and also specified tasks to be carried out by the institute. For the purposes of this paper, it is important to note that one of its tasks is – to cite the Act – to "systematically accumulate and expertly process all types of information, records and documents pertaining to the period of oppression". Consequently, the newly established institution obtained part of the former State Security's archive delimited to Slovakia. A large part of the activities of the Nation's Memory Institute is connected to these documents, moved to the Institute from various institutions. The Institute established its archive in order to be able to fulfill the tasks it was assigned by the law, in particular to disclose documents about the persecution of those to whom they relate, to publish information about those who were in charge of persecutions and their activities, and to collect and further process any and all types of information, documents and evidence related to the period of unfreedom.[29]

The most important part of the State Security documents came from the deposits of the Slovak Information Service. The majority of documents consists of the activities of the former State Security regional directorates in Slovakia; there were also so-called files agendas, micro-fiche copies of the first Directorate (intelligence service), personal files of the former State Security members

27 Ibid. p. 15. The Nation's Memory Act has been amended five times in the period of ten years since it was enacted, see ibidem, pp. 22–23.
28 Medvecký: Coming to terms, p. 100.
29 Petranský: 10 Years, p. 73.

and secret collaborators, investigation files and registration protocols of the State Security. The archive also contains collections from the archives of the Slovak Ministry of the Interior as well as some archive collections of the former military counter-intelligence taken over from the Ministry of Defense. Another part of the archival collections is formed by documents collected by the former Department for the Documentation of Crimes of Communism.[30]

Although the Nation's Memory Act stipulates the duty of all state governed and financed institutions to hand over documents created by the activities of security units of the state in the period of unfreedom to the archive of the Nation's Memory Institute, the hand-over process has not yet been completed. Also, delimitation of relevant documents from the Czech Republic seems to be problematic.[31] On the other hand, the Nation's Memory Institute tries to search for private archival collections, especially of former political prisoners or representatives of the Slovak political exile, owned by the people oppressed and persecuted during the time of unfreedom, and takes them over into the collection of archive as a personal collection.

In his speech at the National Assembly regarding the establishing of the Nation's Memory Institute, former dissident, initiator of the law and first chairman of the Board of the Nation's Memory Institute Mr. Ján Langoš explained the necessity to open the archives of the State Security:

> Opening the secret archives of the State Security and its predecessors is a movement towards both collective and individual rights. The collective right of the public to choose the way to approach it, means the right of a nation to choose its own way. There is no real freedom of choice without knowing the past. There is no real knowledge without the access to the secret archives.[32]

This statement clearly showed the interest and focus of the new institute and paved the way for the disclosure of documents. When the Archive of the Nation's Memory Institute took over the materials, the first step was the process of disclosure of these documents for public access and research. The Institute's prevailing activity during its first years was thus disclosing documents, which were made accessible (with some data redacted) to the individual applicants, and later also to researchers and the general public. The interest was huge and hundreds of requests came in every day.[33]

30 Ibid. pp. 73–75. In the book, readers can find a more detailed description of the materials in the Archive of the Nation's Memory Institute.
31 Medvecký: Coming to terms, p. 102.
32 Petranský: 10 years, p. 7.
33 Medvecký: Coming to terms, p. 103.

In fact, disclosing the former State Security files is a way to gain knowledge about the dark part of our history. In accordance with the Nation's Memory Act, the article also anticipates registers to be disclosed and the Nation's Memory Institute fulfilled this task. On the webpage of the Nation's Memory Institute, registration protocols (records) of State Security[34] were disclosed (in November 2004) and drew much attention from the Slovak public, mostly because many major names of public life (in fact from all parts of society – politicians, artists, athletes, scientists, diplomats, clergymen, journalists etc.) were discovered to have been secret collaborators with the Communist State Security.[35] The media response was vocal and "The Lists of State Security People",[36] as the registration protocols were called by the public, became a long-standing symbol of the Nation's Memory Institute.

Publication of the registration protocols was a two-sided coin. On the one hand, the possibility to obtain information included in the files created public pressure, which in some cases resulted in resignations of persons who were registered as State Security collaborators from public office. Disclosures also stopped speculation, pressure and other kinds of (intelligence) games played in those days that traumatized Slovak society. Among the positive results, we should mention that discussion of the "List of Secret Collaborators of the State Security" became clear and spreading of the several non-authorized lists ended. Also, the spreading of allegations of cooperation with the State Security finally stopped. One of the researchers at the Nations Memory Institute summarized the discussion about the registration records with the words: "Records located at the Nations Memory Institute are not complete, but are veritable and truthful."[37]

---

34 Available on URL <http://www.upn.gov.sk/sk/zvazkova-agenda-stb/>, 7.5.2017.

35 Petranský: 10 Years, p. 27.

36 See the discussion between the first chairman of the Board of the Nation's Memory Institute Mr. Ján Langoš and Member of Parliament Mr. Jozef Banáš. Mr. Banáš, for whom there is evidence of secret collaboration with the State Security, considered the appeal to the National Council of the Slovak Republic to withdraw Mr. Ján Langoš as chairman. The discussion and the arguments of both Mr. Langoš and Mr. Banáš (under the name The Truth about the Criminal Organization) are available at <http://www.jozefbanas.sk/index.php/zaujimavosti/245-pravda-zlocineckej-organizacie>, 7.5.2017. On the topic, see also several articles in the Slovak contemporary press, such as: Annamária Dőmeová: Údajní agenti ŠtB na internete – vlna žalôb sa nekoná [Alleged agents of the State Security on the internet – the wave of prosecution didn't happen], available on <186516-udajni-agenti-stb-na-internete-vlna-zalob-sa-nekona>, 7.5.2017.

37 Ján Maco: Evidencie bývalej Štátnej bezpečnosti [Records of the former State Security]. In: Peter Jašek (ed.): Interpretácia dokumentov Štátnej bezpečnosti [Interpretation of the State Security documents]. Bratislava 2011, p. 147.

On the other hand, dozens of people were hurt by the disclosure of information about their being registered as secret collaborators with the State Security despite their having steadfastly refused to collaborate. Some of them sued the Nation's Memory Institute and several long-lasting trials took place in Slovakia with various results. The attention of the general public focused especially on cases when the suitor was a well-known personality, such as Czech businessman, politician and now Prime Minister Andrej Babiš. The Nations Memory Institute later provided the opportunity for those named in the registration records to write a statement about the character of their cooperation, which became part of the personal file located in the Archive of the Nations Memory Institute. Another question unanswered by the publishing of these records is why the Nation's Memory Institute revealed the names of both State Security agents and of the persecuted persons when publishing the records before solidifying the internal structures of the State Security itself and making the names of persons the main task of its public activities.[38] The personal reconstruction of the State Security units (and also the Border Guard), including the publishing of the names of State Security officers and members, took place later and is still a work in progress.[39]

The way the registration records were published raises several other questions, such as: Why did the records include names of the people under surveillance by the State Security and also secret collaborators of the State Security? Many people were confused and considered all people in the registration records to have been secret collaborators. Did everyone mentioned in the records really cooperate with the State Security and denounce friends?

Among these questions, one arose as a crucial one for researchers and I will focus on it in following part of my paper: To what extent are the documents of the former State Security (and in that respect especially registration protocols of the State Security) reliable?

The Reliability of the Former State Security Documents

In general, discussion about the reliability of State Security documents started already in 1990 after the lustration affairs. Taking the publishing of the registration protocols into account, we can clearly identify two different levels to this matter in Slovakia: 1) the reliability of the registration records as the main concern of the general public; 2) the reliability of *all* documents created by the

38 Petranský: 10 Years, p. 28.

39 For the result see the webpage of the Nation's Memory Institute, <http://www.upn.gov.sk/sk/utvary-a-prislusnici-stb-a-ps/>, 7.5.2017.

State Security. The second question is mostly of concern for professional researchers, especially historians.

The first level – the reliability of the registration protocol (records) – caused many concerns for the Nation's Memory Institute. As we have already mentioned, dozens of people were hurt by the disclosure of information about them and sued the Nation's Memory Institute (although the Institute provided the opportunity for everyone whose name is in the protocols to write a statement, which became the part of the files). The majority of them denied the accusations and claimed that the records were faked, that the file was kept without their knowledge and the State Security only fabricated evidence pointing to their collaboration. Later, several people who considered their registration to be false launched court proceedings. Several such trials took place in Slovakia, with various results – some of them were successful for the accuser, and consequently the Nation's Memory Institute was obliged to publish the decision, including more precise details on its webpage that the accused's cooperation was not real, but faked.[40] So far, approximately 50 such trials have taken place, almost half of them with a positive outcome for the Nation's Memory Institute. We must take into consideration that around 24,000 people[41] are registered as agents and secret collaborators and only 50 have sued on the basis of false registration. In recent times, the most well known case is that of Andrej Babiš,[42] who denied the charges and in January 2012 launched court proceedings to clear his name. Finally, in June 2014 a Slovak court decided that Mr. Babiš was put in the registration records without justification and as such his name was to be removed.[43] The Nation's Memory Institute was obliged to publish information about the court's decision on its webpage. The Nation's Memory Institute made only a short statement about the decision[44] and later, in November 2015, appealed to the Supreme Court, which upheld

40 See the list of the judgments available on <http://www.upn.gov.sk/sk/registracne-protokoly-agenturnych-a-operativnych-zvazkov-stb/>, 7.5.2017.

41 Michal Horeličan: Otázka agendy ŠtB z pohľadu zákonov. Pohľad Ústavu pamäti národa [Agenda of the State Security from the legal perspective. View of the Nation's Memory Institute]. In: Peter Jašek (ed.): Interpretácia dokumentov Štátnej bezpečnosti [Interpretation of the State Security documents]. Bratislava 2011, p. 111.

42 For more details about the Babiš case see for instance articles in Slovak <http://spravy.pravda.sk/svet/clanok/360095-krajsky-sud-potvrdil-verdikt-babis-nebol-aktivnym-agentom-stb/>, 30.12.2017; <http://www.sme.sk/c/8012190/upn-rozhodnutie-sudu-o-babisovije-rozporuplne-a-nepresvedcive.html>, 30.12.2017.

43 <http://www.wsj.com/articles/slovak-court-says-andrej-babis-wrongly-labeled-communist-agent-1403787683>, 30.12.2017.

44 See the Slovak version on the official webpage of the UPN <http://www.upn.gov.sk/sk/vyhlasenie-upn-k-rozhodnutiu-sudu-vo-veci---andrej-babis-v-ustav-pamaeti-naroda-krajsky-sud-v-bratislave-sp-zn-5co6352014/>, 1.12.2015.

the previous decision. The Nation's Memory Institute later appealed to the Constitutional Court.[45] The verdict of the Slovak Constitutional Court's senate regarding the case of Mr. Andrej Babiš was announced on 12 October 2017. The Constitutional Court stated that the Nation's Memory Institute's rights were violated by the former verdicts of the courts in this case. In fact the decision returns the Babiš case to the lower court. In general, the decision of the Constitutional court changes the way courts are supposed to deal with other similar cases in the future. The Constitutional Court's reasoning was that the Nation's Memory Institute cannot be sued in such cases because it did not create the State security documents. The court also held that former State Security agents are untrustworthy witnesses by definition. The verdict will also influence the other cases in which people have sued the Nation's Memory Institute claiming that they had been wrongly registered as an agents in State Security registration protocols.[46] The Constitutional Court released the Nation's Memory Institute from all such disputes and claimed the Ministry of the Interior as a legal successor to the former State Security. Another interesting case is that of the lawyer René H., who successfully sued for false registration and won. As a lawyer, he also asked for financial compensation, and the court considered his claim to be just. It resulted in the decision to grant him significant financial compensation for being named in the records. The Nation's Memory Institute once again entered an appeal.[47]

There were also several other cases that drew public attention, especially when the persons with a record in the registration protocol were politicians, artists, journalists, sportsmen or clergymen. At this point, we must point out the role that Slovak media played in that respect. Their role is not glorious by any means,[48] because journalists (mis)used registration protocols searching for sensational unveilings rather than for serious investigations of the individual

45 Information available at <https://www.aktuality.sk/clanok/422929/ustav-pamati-naroda-podal-v-kauze-babis-staznost-na-ustavny-sud-sr/>, 30.12.2017.

46 See <https://uk.reuters.com/article/uk-czech-election-babis-slovakia/court-axes-rulings-clearing-czech-pm-frontrunner-of-past-secret-police-links-idUKKBN1CH1MF>, 2.2.2018.

47 See Veronika Prušová: Prečo musí Ústav pamäti národa platiť advokátovi tisíce eur? [Why the Nation's Memory Institute must pay thousands of euros to the advocate], <https://dennikn.sk/719918/preco-musi-upn-platit-advokatovi-tisice-eur/>, 7.5.2017; Ondrej Krajňák: Foreword. In: Pamäť národa [Memory of Nation] 13 (2017), 1, p. 1.

48 See for instance the comparison of the secret collaborator by the journalist and by the professional researcher in Ján Maco: Evidencie bývalej Štátnej bezpečnosti [Records of the Former State Security]. In: Peter Jašek (ed.): Intereptácia dokumentov Štátnej bezpečnosti [Interpretation of the State Security documents] pp. 147–152.

issues and in several cases this topic was characterized by the quest for sensationalism and shallowness. Only a few journalists consulted the information in the registration protocols with the help of specialists and professional researchers. In fact, when we evaluate the reliability of the registration records, we need to take into account that records describe the formal part of the files and not their content.[49]

Some researchers have also challenged the reliability of the other State Security documents, especially regarding the discussions about the role of the anti-communist resistance in Slovakia. Questions of the reliability of State Security materials are connected especially with scientific research, which we consider extremely important in the process of coming to terms with the totalitarian past. This importance lies particularly in the fact that both directly and indirectly, scientific research on the period of unfreedom helps to create understanding and awareness for future generations. The research potential of the Nation's Memory Institute is naturally focused on the dark side of history, in particular on the activities of the repressive services of the state and various aspects of the persecution of persons and whole social groups, including minorities.[50] Such a focus is only possible with access to State Security documents. The Nation's Memory Institute is, of course, not the only remembrance institution dealing with the communist era in Slovakia. Researchers from the Historical Institute of the Slovak Academy of Sciences, the Institute of Political Science, the Slovak Academy of Sciences, and several Slovak universities also focus on this topic. In general, we can note that historians from beyond the Nation's Memory Institute are focusing on the political, social and economic history of this era. As is typical for historiographies in democratic states, in Slovakia too there are several interpretative models of the communist era. We can say that the most typical is the so-called totalitarian model, which foregrounds persecution and repression of real and alleged opponents.[51] This model has, of course, been challenged by some researchers committed mostly

49 Ibid. pp. 158–159.

50 Medvecký: Coming to terms, p. 109.

51 This approach is typical mostly of the researchers from the Nation's Memory Institute and former political prisoners and dissidents. See especially the volume *Memory of Nation* [Pamäť národa] and other publications of the Nation's Memory Institute. See also the publication František Mikloško, Gabriela Smolíková, Peter Smolík (eds.): Zločiny komunizmu na Slovensku 1948:1989. 1. a 2. diel [The Crimes of the Communism in Slovakia 1948:1989. Part I. and II.]. Prešov 2003.

to cultural history[52] and inspired by the trends coming from Western countries such as Alexej Yurchak or Ben Lewis.[53]

Some researchers have challenged the reliability of the documents and consider them wholly unreliable.[54] They claim that the State Security as a political secret service was influenced by the ideology and created their own world including specific terminology. Other researchers point out that the materials of the State Security include lies and falsehoods, such as forced confessions obtained by torture or various illegal means or by using intelligence methods. Obviously, we can ask what happened during investigations (especially in 1950s) that lasted a whole day when the record from the investigation amounts to one single page. We need to take a very careful and critical approach.[55] Another popular claim questioning the reliability of the documents is that many people lied during contact with the State Security. On the other hand, we need to consider that the organization used to check up and evaluate the majority of the material. In the reports of the secret collaborators, they used information about the reliability of the agent and the source of the information.[56] Hence if we are to use this material in research, we need to check several documents of the State Security and confront it.

52 See the journal and portal for history and related disciplines *Forum historiae*, 2013, no. 1. The issue is named Ako hovoriť o komunizme [How to speak out about communism]. Available on <http://forumhistoriae.sk/01-2013>, 7.5.2017. See especially Adam Hudek: Totalitno-historické rozprávanie ako dedičstvo normalizačnej historiografie [Narratives of totalitarian historiography as a heritage of the Normalization era]. In: *Forum Historiae*, 2013, roč. 7, č. 1. A very influential account in the Slovak environment is also offered by the book by the Czech historian Michal Pullmann: Konec experimentu. Přestavba a pád komunismu v Československu [The End of the experiment. Re-building and the fall of the Communism in Czechoslovakia]. Prague 2011.

53 See for instance: ibidem.

54 These are the same researchers that challenged the question of the anti-communist resistance and consider them not to have existed either. See for instance Peter Dinuš: Vyrovnávanie sa s minulosťou? [Coming to terms with the totalitarian past?]. Bratislava 2011.

55 Jan Kalous: Rizika materiálů Státní bezpečnosti. Několik bodů k práci s dokumenty v České republice [Risks of the materials of the State Security. Several points on working with the documents in the Czech Republic]. In: Peter Jašek (ed.): Interpretácia dokumentov Štátnej bezpečnosti [Interpretation of the State Security documents], p. 57.

56 Such approaches have been used for example in the papers of the Nation's Memory Institute. See Jerguš Sivoš: Rok 1989 na oddelení boja proti pravicovému oportunizmu Správy kontrarozviedky v Bratislave [The year 1989 at the Department of the Struggle against Right-Wing Opportunism at the Directorate of Counter-Intelligence in Bratislava]. In: *Securitas Imperii* 26 (2015), pp. 104–141; Peter Jašek: Marcel Strýko pod dohľadom Štátnej bezpečnosti [Marcel Strýko under the surveillance of the State Security]. In: *Paměť a dějiny* 9 (2015) 3, pp. 71–81.

Of course, such an approach – considering all information contained by the documents as unreliable – is quite extreme. It is important to situate the facts described in the documents within the historical context and to try to confront them with other types of material, such as witness accounts and materials from the other archives. Certainly, the State Security documents represent a unique source of materials relating to the activities not only of the State Security itself, but also to the opponents of the regime. In several cases, State Security documents represent a solitary source for anti-communist activities, which increases their importance and the necessity to work with them. In the archive one can find various types of documents, not only internal State Security records, but also materials obtained through house searches, surveillance, monitoring and phone tapping etc. It is also very important to take into account the time period in which the documents were created. In general, we can say that materials from the 1970s and 1980s are much more reliable than materials from the 1950s, especially investigation files, due to the methods of investigation. Obviously, State Security documents will be shrouded in some mystery. Many researchers try to avoid researching them, but they nevertheless represent an important source for research on the communist period. In the year 2010, the Nation's Memory Institute organized an international scientific conference dealing with interpretation of the State Security documents. During the conference, several speakers repeated their reservations about using these documents, including the (quite extreme) opinion that such documents should be closed and in the archive and not available for general public or even scientific research. In my opinion, such an attitude is wrong and research on these documents represents a unique opportunity to deal with an important part of Slovak history during communism, especially anti-communist resistance and the violation of basic human rights and religious freedoms. Researchers must take a careful and scientific approach to the materials and respect its methodological singularity, which serves as opposition to the "journalistic" approach seeking sensations. I am sure that such an approach, together with the consistent and comprehensive research in the archive would change opinions on the documents of the State Security and the results of such research will also change the opinion of the doubters.

Access to Fonds of the Security Services Archive, Archival Processing and Research Options for Minority Issues in the Czech Republic

MARTIN PRAŽÁK

Introduction

As an archivist who has worked for three years in the Department of Archival records of Operative Dossiers and Investigation Files of the Security Services Archive (SSA) in Prague (Cz. Oddělení archivních fondů operativních svazků a vyšetřovacích spisů, Archiv bezpečnostních složek) I have to state that nothing in the accessible public sector is as "poisoned" as the documents of the Security Services. They are poisoned because of their nature, from the moment they were made and because of their purpose. Seven years of public experience with these files can be shortened to such a brief conclusion. But still, there is much they can tell and much they can teach us. The international discourse is the appropriate context to reflect on this sort of sources. First, I will describe the process of founding today's archival institution by mentioning related legislative norms. I will then describe a case which can have negative influences on research on modern Czech history and finally I wish to touch on several of the most important resources for minorities in the Security Services Archive in Prague. The study of minorities is significantly endangered. In the last third of the text, the most important current knowledge about archival documents of SSA relating to minorities and the framework of the possibilities of studies on them is summarized.

This part of the text tries to summarize the formation of the Security Services Archive with regard to related legislation. It is necessary to explain the genesis of today's situation concerning access to the archival documents of Security Services in the Czech Republic. In this part, I will also present some numbers and information about the SSA capacity, funds processing and an archival overview of the interpretation of records of the Security Services Archive.

The Formation of the SSA

After 17 November 1989[1] it was clear that the Communist regime in Czechoslovakia was on the verge of collapse. For another two months, some agencies of Security Services of the dying regime destroyed many of their unorganized and organized files, but fortunately newly created democratic institutions gradually took control over the preserved archives and also over the undestroyed live documents agenda of the abolished Security Services of the Communist regime. The main agency of the Security Services, the State Security,[2] had to hand over its central archives and all seven territorial archives from each central city of the individual territories of Czechoslovakia.[3] These archives were inaccessible for the public due to their confidentiality based on existing legislation, but their existence was an open secret. Unfortunately, access was abused for example by the employees of democratic security services who had connections to the political parties. Information on a person of public interest was misused for political purposes. Such people were publicly convicted of cooperating with the Security Services prior to 1989, which was practically a form of political witch hunt without deeper knowledge of the issues and circumstances of the cases in question. Quite a few older employees (especially civil employees of the Security Services without a service relationship) were retained as democratic institutions took over. Often they were relatives of dismissed State Security officers. These people caused further losses among the archival records during the 1990s. They stole files, kept them, sold them or destroyed them. Some researchers receive the impression that in some ways the Velvet Revolution was unfortunately toothless. But not even one case was officially published or described. All missing files are considered to have been lost during the revolution.

1 On November 17, 1989, the student demonstrations began in Czechoslovakia. It was the beginning of the fall of the Communist regime. This day is celebrated as National Student Day. There is another reason for this though: on November 17, 1939, the universities in Czechoslovakia were closed by the Nazis.

2 English translation of the Czech term Státní bezpečnost (abbreviated to StB); the State Security ceased its activities on February 15 1990 by the order of new Minister of the Interior JUDr. Richard Sacher (secret order no. 251/90); Před dvaceti lety Sacher zrušil StB, která si zvykala na nové poměry [Twenty years ago Sacher closed the State Security, which was getting used to new rules], <http://zpravy.idnes.cz/pred-dvaceti-lety-sacher-zrusil-stb-ktera-si-zvykala-na-nove-pomery-1p1-/domaci.aspx?c=A100129_141227_domaci_js>, 2.10.2017.

3 Between 1960 and 1989 there were seven regions on the territory of today's Czech Republic with centers in big cities: Ústí nad Labem, Plzeň, České Budějovice, Praha, Hradec Králové, Ostrava and Brno. Act no. 36/1960 Coll. concerning the territorial zoning of Czechoslovakia.

During the 1990s there were several attempts to use the legacy of the Communist Security Services documents for a good purpose. For example, Act no. 119/1990 Coll.[4] of the court vindication tried to deal with a first wave of satisfaction for people who had been persecuted by the Communist regime. This law showed very soon that there was a need for a legal mechanism to isolate people hurt by the regime for political crimes from people who were just trying their luck to erase a verdict for a crime that was not related to the political situation.[5] There was a first attempt to fix this issue the next year by amending the Great Lustration Act no. 451/1991 Coll.[6] which helped to deal with former members and collaborators of the State Security on the field of public matters. Act no. 198/1993 Coll.,[7] which legalized the unlawful Communist regime and defined its crimes, was also important.

Assessment of applications for judicial rehabilitation made the issue of the Security Services of the Communist regime important. This triggered a public debate about their disclosure and the interest in their legalization and insight into them began to increase. The first opportunity to search in the Archives of the Security Services was allowed by Act no. 140/1996 Coll.[8] Due to this law,

4 Zákon o soudní rehabilitaci [Act of the court vindication], <http://www.zakonyprolidi.cz/cs/1990-119>, 26.9.2017.

5 The act returned civil rights to those citizens who were unfairly affected in artificial political trials during the communist regime in Czechoslovakia. This is an ex lege rehabilitation because it automatically abolished all convictions made from 25 February 1948 to 1 January 1990 for specific criminal offenses listed under that law (Section 2 (1)). The person was rehabilitated or his heir was entitled to compensation. The act was used by people affected for political reasons, but also by those who claimed rehabilitation without having any evidence. Due to the huge number of requests, it was not always possible to judge everything correctly. Rehabilitation was granted to all, but the prosecutor was able to appeal in individual cases. Such situations rarely arose.

6 Velký lustrační zákon [The Great Lustration Act] no. 451/1991 Coll., determining some further prerequisites for certain positions in state bodies and organizations of the Czech and Slovak Federative Republics, the Czech Republic and the Slovak Republic, certifies whether the screened person was (not) a member of the State Security or registered in State Security records as a collaborator between February 25, 1948 and November 17, 1989. Citizens born after December 1, 1971 are exempt from this ruling. The Great Lustration Act, <http://www.ustrcr.cz/data/pdf/normy/act451-1991.pdf>, 27.9.2017.

7 Act no. 198/1993 Coll. concerning the irregularity of the Communist regime and resistance to it. This act had a more formal political character. Parliament endorsed it to cope with the Communist regime. The act rejects and condemns all practices of the regime, especially the destruction of traditional values, abuse of human rights and freedoms, judicial crimes and other aspects. The act adjusts new, democratic rules. O protiprávnosti komunistického režimu a o odporu proti němu [Act concerning the irregularity of the Communist regime and resistance to it], <http://www.abscr.cz/data/pdf/normy/zakon198-1993.pdf>, 26.9.2017.

8 Act no. 140/1996 Coll. concerning accessing files incurred by the activity of former State Security. Act no. 140/1996 Coll., <http://www.abscr.cz/data/pdf/normy/zakon140_1996.pdf>, 2.10.2017.

for the first time it was possible to get access to some of the sixty thousand files of the former Counterintelligence Service of the State Security (StB), even if access was granted only to documents with redacted sensitive personal information and only to the files of Czech citizens. Eight years later, the Parliament amended Act number 140/1996 Coll. by Act number 107/2002 Coll.[9] The amended law opened much wider access from February 25 1948 to February 15 1990. Access to the files of Security Services became easier thanks to the possibility to read at least a part of the Intelligence and Military Counterintelligence files, but also some files of the Surveillance Directorate, the Technology Intelligence Directorate, and the Directorate of Passports and Visas, and access was finally granted to files of foreign citizens. As the Security Services records were still split between different local archives in the Czech Republic, research required a certain degree of mobility on the part of those wishing to see the records.[10] The documents were deposited under the protection of the Ministry of the Interior (Cz. ministerstvo vnitra), the Ministry of Justice (Cz. ministerstvo spravedlnosti) and the Ministry of Defense (Cz. ministerstvo obrany). Limited access was granted but scientific research could not start yet, because files with blackened lines make sense only for the people that were registered in such files and who knew the context of such a document.

The actual breakthrough concerning the access to the documents of the Security Services brought Archival Act no. 499/2004 Coll.,[11] which replaced the outdated former archival law from 1974.[12] Paragraph 37, article one[13] of the new archival act allowed general and almost unlimited access to files older than 30 years. Especially in the context of the political institutions and their Security Services, this was a very innovative element to research the early communist period. In the field of public historical institutions, it opened a new debate on the establishment of an institution that would allow research on older Security Services documents under one roof. The only serious limitation of the new archival act was that some files had already been seen before

9 Act no. 107/1996 Coll., which amends Act no. 140/1996 Coll. concerning accessing files created in the course of the activity of former State Security and some another acts. The purpose of the act is the widest detection of practices of the Communist regime during the repression of political rights and freedoms executed by totalitarian state secret services. This act allows access to the Security Services documents for people who were victimized, and the publishing of data about their victimizers. Act no. 107/1996 Coll., <http://www.abscr.cz/data/pdf/normy/zakon107-2002.pdf>, 2.10.2017.

10 For example, the object files (which deal with greater state security interests, for example the nuclear industry etc.) were stored in Pardubice.

11 Zák. č. 499/2004 Sb., o archivnictví a spisové službě ve znění pozdějších předpisů [Act no. 499/2004 Coll., concerning the archival science and register office service, and on amendments to some acts], <http://www.abscr.cz/data/pdf/normy/499-2004.pdf>, 2.10.2017.

approval of Act no. 499/2004 Coll. If such files have records younger than 30 years, they still needed to be accessed under the jurisdiction of Act no. 107/2002 Coll., for this law had yet to be repealed. New departments allowing access to these records were created by the Ministry of the Interior, the Ministry of Justice and the Ministry of Defense. For example, the Ministry of the Interior renewed the activity of the Ministry of the Interior Archive.

On 8 June of 2007 the important Act no. 181/2007 Coll.[14] on the Institute for the Study of Totalitarian Regimes and Security Services Archive was approved, enabling the establishment of the two new institutions that have been empowered by study, administration and interpretation of the documents of the Security Services of the totalitarian regimes between 1938 and 1989. This act also amended other acts, the most important change being to Act no. 499/2004 Coll., as in paragraph 37 a new article 11[15] appears which allowed the study of documents of the Security Services of totalitarian regimes until 1990. The Institute for the Study of Totalitarian Regimes, as a historical institution controlled by a Council appointed by the Senate, manages the activity of the Security Services Archive through the appointment of the director of the archive and through a financial component. The Security Services Archive is subordinated to the Ministry of the Interior as part of the archival network in the Czech Republic and has the same rights and obligations as any other archive in the Czech archival network. The SSA shares the same building with the Institute for the Study of Totalitarian Regimes on Siwiecova street

12 Zák. č. 97/1974 Sb., o archivnictví [Act no. 97/1974 Coll., concerning archival science], <http://www.pravnipredpisy.cz/predpisy/ZAKONY/1974/097974/Sb_097974_------_.php>, 2.10.2017.

13 (1) Only archival records older than 30 years and all published records shall be accessible for looking up information directly in archives, unless stipulated otherwise hereunder. Act no. 499/2004 Coll.

14 The preamble of this act states: those who do not know their past are condemned to repeat it. Zák. č. 181/2007 Sb., o Ústavu pro stadium totalitních režimů a o Archivu bezpečnostních složek, ve znění pozdějších předpisů [Act no. 181/2007 Coll., concerning the Institute for the Study of Totalitarian Regimes and Security Services Archive, and on amendments to some acts], <http://www.ustrcr.cz/data/pdf/normy/act181-2007.pdf>, 13.10.2017.

15 "(11) Provisions of Articles 1 to 3 shall not apply to archival records created prior to 1 January 1990 as a result of activities of military courts and offices of prosecution of all instances, security forces under the Act on the Institute for Studies of Totalitarian Regimes and on the Archives of the Security Forces, special public courts, the State Court, the National Court, civil associations and political parties associated with the National Front, and archival records, created as a result of activities of the German occupying authorities on the territory given up to the German Reich and in the territory of the Protected Lands of Bohemia and Moravia from 1938 to 1945; nor shall it apply to archival records which had been publicly accessible before the request for accession was filed, nor to archival records which had been publicly accessible before they were declared to become archival records." Act no. 499/2004 Coll.

no. 2 in Prague. In Prague, the SSA has two more buildings and another office is located in Brno-Kanice.[16]

The Security Services Archive originated in June 2007, but its actual activity started on 1 February 2008. The preparatory period between the approval of Act no. 181/2007 Coll. and the start of the activity was filled with a huge amount of work assembling the documents and archival records of the Security Services until 1990. Gradually, the archive found suitable buildings and began the collection of archival fonds which originated from the activities of the Security Services of the Communist Party and the National Front organizations between 4 April 1945 and 15 February 1990. Archival Security Services documents were delivered from the Archives of the Ministry of the Interior, the Ministry of Defense, the Military Intelligence, the Ministry of Justice, the Security Information Service and the Office for Foreign Relations and Information. The Security Services Archive took over more than 17 ordinary kilometers[17] of archival documents, including the registers, which partly allow the orientation in these documents. Based on these registers, the SSA is able to seek out the archival documents required. Archival processing is far from perfect, so these registers still represent an important search tool[18].[19]

The research agenda is an important element of the work in the SSA. Registers inherited from the defunct Security Services are based on names and dates of birth of the persons. So first of all, the researcher needs to know this data. Of course, we are able to find much more information, but this is the main way archivists of SSA start to deal with any research request. Another way to search in the Archives of the Security Services is according to the territorial jurisdiction, or according to the kind of agenda pursued. For example, if somebody is looking for the general stance of the Security Services towards the Jewish minority, archivists look for the object files[20] of the Intelligence and

16 In: Act no. 181/2007 Coll.

17 Ordinary kilometer is a specific Czech term for the amount of archival volumes. It represents the height of the binding of archive volumes laid one on top of one another on the shelf.

18 Most of these registers are available on the SSA's website (<https://www.abscr.cz/jmenne-evidence/>, 18.10.2017). It is possible to search for free using the name and date of birth of any person registered by the State Security until 1990.

19 Ladislav Bukovszky: Archiv bezpečnostních složek (základní informace) [The Security Services Archive (organization, tasks and activities)]. In: *Sborník Archivu bezpečnostních složek č* [The Magazine of the Security Services Archive] 10 (2012), here: pp. 7–18 (pp. 7–9).

20 Object files were kept in order to detect the activities of various institutions, especially from capitalist countries, as well as important objects of the national economy, military buildings and objects, border areas and State Security issues for the purpose of gathering intelligence and information on the development of the State Security situation, activities of hostile

Counterintelligence Services, which deal for example with the issue of the Israeli intelligence service etc. On the basis of the traces of the relevant information in these files, we are able to continue to the next search across the fonds. Large amounts of information on broad-ranging issues in a given period were concentrated in the object files. Such an issue can be, for example, correspondence with embassies in foreign countries or Czechoslovak enterprises of national importance, such as the engineering company Škoda Plzeň. For search requests it is possible to contact our Research Room service,[21] which deals with any requests from external researchers. It is currently possible to communicate in English or German. The usual deadline for handling researcher requests is up to six weeks, depending on the degree of complexity of such a request. There are several important conditions for researchers. For example, one request for one month must not contain more than fifteen names to search for in the database, or more than thirty signatures of concrete archival files. There is also one more complication for foreign researchers, as archival documents can't be sent by e-mail, since personal verification is needed. The researcher has to come to our Research Room to personally verify his identity, or he can send someone else to do so (if the Research Room has been informed). It is also possible to send digital copies on DVD by ordinary mail, but this procedure is time-consuming, because the Director of SSA has to grant an exemption for sending copies without the verification of the addressee, and also, the archival documents, which are not digitized yet, have to be sent to the Department of Digitizing first and digitization off plan is of course a paid service.[22]

As of 31 December 2014, the SSA stores 17,340 ordinary meters of archival documents. Only twelve percent of a total of 769 archival fonds can be considered archivally processed. Since its foundation, the archive has been overbur-

---

elements, protection of state secrets etc. The object files could include personal files, in which information on hostile elements and persons was concentrated. Pavel Žáček: Administrativa písemností kontrarozvědné povahy II. Jednotný evidenční, statistický a archivní systém StB v letech 1978–1989 [Administrative documents of the counterintelligence nature II. Uniform evidence, statistical and archival system of the State Security in the years 1978–1989]. In: *Sborník Archivu bezpečnostních složek č* [The Magazine of the Security Services Archive] 11 (2013), p. 179.

21 Contacts available here: <http://www.abscr.cz/cs/kontakty>, 18.10.2017 (e-mail: info@abscr.cz; address: Archiv bezpečnostních složek, Siwiecova 2, 130 00 Praha 3, Czech Republic).

22 Digitizing costs 25 CZK per page. Digitizing requires at least one whole file with its own signature, which can range from one to many thousands of pages. First, the SSA workers send an informational e-mail so the researcher can decide what to do, before the digitizing process starts. Service and price list: <https://www.abscr.cz/jak-zadat/cenik-sluzeb/>, 18.10.2017.

dened by official and also by private research agendas, due to the nature of the materials. It is very difficult to find forces to break out of this trend, especially when the fonds are still mostly unprocessed. The archive has around 130 employees and for last year alone registered over nine thousand submissions (requests) from researchers and authorities. The official agenda has increased significantly since 2012 due to handling requests for listings of archive materials for the Ministry of Defense, which handles requests for admission of persons as participants[23] of the third resistance against the Communist regime.[24] Processing of large funds in the archive is almost in sight, yet we have managed to slowly start processing some small funds like the fonds of regional Shredding Commissions.[25] The archive is also faced with a shortage of qualified and experienced archivists capable of processing the remaining almost 88 percent of our archival documents.[26]

Problematic documents

From the point of view of an archivist, the biggest problem is interpretation of the information from the Archives of the Security Services. This very thorny issue has often been a cause of political and public debates. Generally, it has to be known that what researchers can find in the files of the SSA is always just one side of the coin. Try to imagine that the whole issue is a whole bag of coins

23 "Participant of the third resistance against the Communist regime" is a legal term established in Act no. 262/2011 Coll. concerning participants in the resistance to and the struggle against Communism. To be a participant of the third resistance, candidates have to prove that they fulfil certain legal requirements. For example, they should not have been members of the Communist Party between 1948 and 1989, etc.

24 The act appreciates an individual's active resistance against the Communist totalitarian power. Candidates need to meet the requirements of the law. It has to be proven that the candidate was not a member or collaborator of the State Security etc. Zák. č. 262/2011 Sb., o účastnících odboje a odporu proti komunistmu [Act no. 262/2011 Coll. concerning participants in the resistance to and the struggle against Communism], <https://www.abscr.cz/data/pdf/normy/sb262-2011.pdf>, 18.10.2017.

25 Members of the Shredding Commission were appointed by the regional department of the Ministry of the Interior. The task of the Shredding Commissions was to assess the value of the documents with which the deadlines for depositing had passed. Examined documents were either returned to the regional department and their period of storage in the archives was extended or they were assigned to destruction. In the SSA there is a fond and much more to these commissions: <https://www.abscr.cz/fondy-a-pomucky/pruvodce-po-fondech-sbirkach/pruvodce-po-fondech-a-sbirkach-k/sbirka-navrhu-a-rozhodnuti-skartacnich-komisi/>, 17.10.2017.

26 Majority numerical data is known from the PEvA system – the database of the National Archival Heritage, which is managed and controlled by the Ministry of the Interior. Archive Groups in the Czech Republic, <http://aplikace.mvcr.cz/archivni-fondy-cr/default.aspx?lang=en>, 26.10.2017.

but you can still see just one side of only one coin. The most important authority is of course the researcher, who makes his interpretation and publishes it. The documents should be approached bearing in mind the purpose they were created for. What is written does not necessarily tell the "truth". Many historians failed in their interpretation, since they did not consider this fact consistently.[27] Take for instance the case of a man who was registered in the database as an informant of the State Security. His file contained information about how he was handling the reports to the agent of the State Security. One day this man came to me in the SSA and requested my presence in the reading room. During studies of his file he told me that the agent of the State Security had been his senior at work, but he had had no idea until now that his own secretary was also a collaborator of the State Security. This scenario was invented by the chief of the local department of Public Safety.[28] This man also told me that he did not know that he was registered as a collaborator or was supposed to have cooperated with the State Security, but his children had told him about it based on their search on our website. The man said that at that time said chief of the local Public Safety department was suspected of killing his son while driving drunk. This event had been swept under the carpet, the chief of the local Public Safety was transferred to another post and the man had had a constant problem with the chief ever since. In the man's file there was no self-signed agreement of cooperation and in the evaluation of the file it was eventually written that cooperation was terminated due to failure to perform assigned tasks and because the object was refusing to cooperate. Without the living memory of this man and without verifying that the chief was transferred for disciplinary reasons, we never would have known the whole truth. Out of respect for privacy, I will not mention further details of the case.[29]

---

27 For example, the case of the well-known Czech writer Milan Kundera – from the original document it is not straightforward and clear that Kundera gave the State Security any critical information leading to the arrest of another person, much less so that he was a collaborator. The case resembles a witch hunt: Milan Kundera accused of collaboration with StB, <http://able2know.org/topic/123988-1>, 14.10.2017; The Kundera Conundrum: Kundera, Respekt and Contempt, <http://www.thenation.com/article/kundera-conundrum-kundera-respekt-and-contempt/>, 14.10.2017.

28 Public Safety (Cz. Veřejná bezpečnost) was a uniformed security corps similar to today's police or city police with almost the same responsibilities.

29 The State Security operative files with the categories confidant (D), candidate for secret cooperation (KTS), candidate agent (KA) and candidate informant (KI) are not, based on Constitutional Court ruling sp. zn. Pl. ÚS 1/92, categories of cognizant cooperation under the Great Lustration Act no. 451/1991 Coll. Searching in the Archival Finding Aids on the website of the SSA: <https://www.abscr.cz/fondy-a-pomucky/pruvodce-po-fondech-sbirkach/>, 18.10.2017.

The point is that even when it is publicly known who was (or was not) listed as a collaborator of the State Security (based on database records), the full details of an individual case are not certain. And that is in hands of the interpreting historian.

The menace of restricted access

Now it is necessary to focus on the biggest problem that can threaten the current way of access to archival documents in the SSA, but also in the entire Czech Republic. I would like to outline the possible consequences and currently discussed solutions in the context of the archival network[30] of the country as a whole.

At the moment, a sword of Damocles hangs over the examination of the modern history of the twentieth century in the Czech Republic. The imaginary sword became a case of litigation brought by Vladimír H., which aroused a wide public debate not only among archivists, but especially among students of the humanities, historians, lawyers, members of the Confederation of Political Prisoners and the interested professional and non-professional public: The former political prisoners Vladimír H. and Miroslav L. were sentenced in 1983 to ten and 13 years imprisonment respectively for espionage. They dealt with silver from a Soviet soldier with the American embassy, but supposedly had to provide compromising information about the Soviet soldier to the embassy, which was perceived as espionage. After the Velvet Revolution in 1989 they were released[31] and later rehabilitated at district courts like other political prisoners. In 2008, the broadcaster Czech TV wanted to film an episode of the documentary series *In the Capture of the Iron Curtain* named *Doomed Deal*[32] based on their story. Vladimír H. declined the invitation to tell his story, and so this episode was filmed only from the perspective of Miroslav L. After the episode was broadcasted, however, Vladimír H. became the target of anonymous attacks. The Security Services Archive had provided complete archival material of the case to Czech TV according to article 11 of paragraph 37 of the

30 The basic division of archives in the Czech Republic is available on the website of the Czech Ministry of the Interior. Archives. Introduction, <http://www.mvcr.cz/mvcren/article/introduction.aspx>, 11.10.2017.

31 Sametová revulce 1989 [The Velvet Revolution 1989], <http://www.totalita.cz/1989/1989_1126.php>, 15.10.2017.

32 The series was released with this episode. The episode and a complete playlist of this series are available on the website of Czech TV. In capture of the Iron Curtain, <http://www.ceskatelevize.cz/porady/10121085020-v-zajeti-zelezne-opony/408235100221026-osudovy-kseft/>, 11.10.2017.

Archival Act and so Vladimír H. decided to take legal action against the Security Services Archive. Vladimír H. claims that it is the principle of disclosure of sensitive information that he cares about, but he also demands three hundred thousand Czech crowns from the Security Services Archive. The courts of first and second instance dismissed his suit because the Security Services Archive acted strictly in accordance with the law. In 2012, Vladimír H. lodged an appeal to the Supreme Court, on the basis that paragraph 37 article 11 of the Archival Act contravened the European Convention on Human Rights. On this basis, in 2014 the Supreme Court filed handed assessment of the matter over to the Constitutional Court. But the Constitutional Court finally decided to keep the article without amendments.[33]

Actually, it was because of this issue that the headmistress of the Security Services Archive, Mrs. Mgr. Světlana Ptáčníková, could not visit this conference, *From the Poison Cabinets of Communism*. At the time of the conference, she was participating in the directors' meeting of all archives in the Czech Republic, which discusses, among other issues, the possible consequences of the repeal of this paragraph by the Constitutional Court. This unwanted possibility was very real, since there was no doubt that said paragraph is contrary to the European Convention on Human Rights. The Constitutional Court ruled that viewing archives is a justifiable right and does not reach the intensity of damage to human dignity in this case. At any rate, the archival community has already undertaken some measures that partly minimize the possible consequences of the repeal of this paragraph. In cooperation with the Ministry of the Interior, which is responsible for the entire archival network in the Czech Republic, a debate was launched at the Faculty of Law at Charles University Prague. The debate was attended by participants from the Ministry of the Interior, National Archives, the Security Services Archive, the Institute for the Study of Totalitarian Regimes, the Faculty of Law, the Institute for Contemporary History, the Historical Institute of the Czech Academy of Sciences and others. There were several hours of discussion during which archivists and historians presented possible implications of canceling research on times of non-freedom, and lawyers outlined a possible decision of the Constitutional Court including possibilities to defend the Archival Act in its current form.

33 The details of this case were published in the annex "Orientace" of the newspaper Lidové noviny. See Petr Zídek: Případ Vladimíra H. [Vladimír H. case]. In: Lidové noviny [People's Newspapers], Annex: Orientace [Orientation], 6.9.2014, p. 19. Transcription in Czech language is available on the website of the Institute for the Study of Totalitarian Regimes: Případ Vladimíra H., <http://www.ustrcr.cz/data/pdf/media/2014/clanek007.pdf>, 20.10.2017; the judgement is available on the website of the Constitutional Court: <https://www.usoud.cz/aktualne/na-zpristupneni-archivu-se-nic-nemeni/>, 11.01.2017.

Representatives from the Ministry of the Interior presented several proposals for possible sub-measures, including the possibility of creating new legislation that would tackle the problem. The conclusions of this meeting were not very satisfying. The only way for the institutions concerned to officially comment on the matter is to commission an expert report,[34] but this has no effect on the decision of the Constitutional Court. Archivists and historians initiated a public debate. Several petitions have also been written and publicized.[35]

If paragraph 37, article 11, had been repealed, it would have meant disaster for historians and archivists. Archivists would have had to anonymize personal and sensitive information and also information about third persons before allowing access to archival documents between the years 1938 and 1989 before submitting it to researchers. Information from archival documents which were produced by totalitarian regimes would have become totally distorted and useless.

The Security Services Archive provides access to about thirty thousand archival files each year. The need for redaction of sensitive information mentioned in bundles would have meant absolute paralysis of this institution. In the first half of 2014, the Fourth Department[36] of the National Archives taking care of archival documents of the Communist Party of Czechoslovakia conducted an attempt to prepare archival documents in case paragraph 37 article 11 of the Archival Act were repealed, using a single carton as an example. From the current four steps, which take several tens of minutes, the process was stretched to nine steps that would, on average, take about twenty hours of work for one archivist on one carton containing about 1,200 pages of archival

34 The Institute for the Study of Totalitarian Regimes and the Security Services Archive issued a joint statement on their websites: Stanovisko k návrhu na zrušení § 37 odstavce 11 zákona č. 499/2004 Sb., o archivnictví a spisové službě – dopis adresovaný Ústavnímu soudu [Opinion on a proposal to repeal paragraph 37 article 11 of Act no. 499/2004 Coll., concerning archive science and register office service – a letter addressed to the Constitutional Court], <http://www.abscr.cz/cs/dopis-adresovany-ustavnimu-soudu>, 21.10.2017.

35 For example, the Minister for Human Rights and Equal Opportunities opposed the cancellation: Dientsbier ostře proti Nejvyššímu soudu: Archivy StB a dalších složek musí být neomezeně přístupné [Dientsbier sharply against the Supreme Court: Archives of State Security and other services have to stay unreservedly accessible], <http://www.ceska-justice.cz/2015/08/dientsbier-ostre-proti-nejvyssimu-soudu-archivy-stb-a-dalsich-slozek-musi-byt-neomezene-pristupne/>, 21.10.2017.

36 Department of Fonds of the State Administration from the Years 1945–1992. This department maintains an extensive archive collection of unitary central authorities of government from the years 1945–1968 and also the Czech federal offices from the years 1969–1992: Organizace archivu [Divisions of the National archive], <http://www.nacr.cz/english/departments.aspx>, 20.10.2017.

documents. After this process the researcher would have received the anonymized copy, which would have been very low on information, almost worthless. Historians and archivists working in the state institutions could still have inspected the materials without restrictions, but they could not have published such information or they would have risked criminalization of their work as well as the archivist who may have missed something during the preparation of archival documents. Of course, those most affected would have been students of the humanities. Fortunately, the decision of the Constitutional Court was positive for all concerned.

Minorities report

What interesting information can one find in the Security Services Archives related to the issue of minorities? A lot of things, but more of them remain undiscovered. Unfortunately, minorities are not a very popular research topic in the Security Services Archive. Yet there have been many attempts to process this issue on the part of historians and archivists.[37]

The most interesting and also the oldest archive documents are those of the former Study Institute of the Ministry of the Interior.[38] A large part of these fonds consists of documents which were the prey of the Czechoslovak Security Services after the Second World War. Here are files (including filing cabinets) confiscated from archives of important persons, organizations and political parties from the time of the Protectorate.[39] For example, you can find documents of the Curatorium for the education of youth in Bohemia and Moravia,[40] Opera-

37 For example: Helena Nosková: K problémům menšin v Československu v letech 1945–1989 [On the minorities issue in Czechoslovakia in the years 1945–1989]. In: Ústav pro soudobé dějiny Akademie věd ČR [Institute for Contemporary History of the Academy of Science of the Czech Republic]. Praha 2005; Matěj Spurný: Nejsou jako my. Česká společnost a menšiny v pohraničí (1945–1960) [They are not like us. Czech society and minorities in the border area (1945–1960)]. Praha 2011.

38 Jan Frolík: Osud fondů Studijního ústavu MV [Destiny of the fonds of the Study Institute of the Ministry of the Interior]. In: *Archivní časopis* [Archival magazine] 48 (1998) 1, pp. 4–17.

39 After World War II, the Security Services of Czechoslovakia confiscated the documents that were left by Germans in Czechoslovakia or were found in houses of personalities of the Protectorate (collaborators or resistance).

40 Archival fond (sign. 59): Kuratorium pro výchovu mládeže v Čechách a na Moravě [Curatorium for the upbringing of youth in Bohemia and Moravia]; Studijní ústav ministerstva vnitra [The Study Institute of the Ministry of the Interior], <https://www.abscr.cz/data/pdf/inventar/inventar-59.pdf>, 20.10.2017.

tion R,[41] the Ukrainian Insurgent Army,[42] documents of the NSDAP,[43] the Freikorps, German courts in the Reich[44] that judged members of the Protectorate, and we can also find one whole fond on the Jewish minority.[45]

On 9 May 2011 an agreement on cooperation between the Security Services Archive and the Jewish Museum was signed in Prague.[46] The aim is mutual assistance and exchange of information on the persecution of the Jews during the Second World War and during the Communist era. Within the framework of this cooperation a complete digitization of the fond no. 425 of the former Study Institute of the Ministry of the Interior was initiated in 2013. Fond (record group) 425 has 56 ordinary meters and contains records on several Jewish and Zionist organizations between the years 1945 and 1953, mainly the American Jewish Joint Distribution Committee. The records were collected and used by the State Security after 1950. The materials include information about the activities of Jewish communities in Czechoslovakia and also the American Jewish Joint Distribution Committee Emigration Service case files of Jewish survivors for the years 1948–1949 who sought to emigrate from Czechoslovakia. The records include summary accounts of what happened to the applicants during the war, which means that there is information on internment in ghettos and concentration camps. The files of cases contain Czechs,

41 Archival fond (sign. 551): Akce R – Majetkové nároky rakouských občanů vůči ČSR [Operation R – Property claims of Austrian citizens against the Czech Socialist Republic (ČSR)]; The Study Institute of the Ministry of the Interior, <https://www.abscr.cz/data/pdf/abs/inventar-551.pdf>, 20.10.2017.

42 Archival fond (sign. 307): Banderovci [The Ukrainian Insurgent Army (UPA) in Czechoslovakia (also known as Bandera followers)]; The Study Institute of the Ministry of the Interior, <https://www.abscr.cz/data/pdf/abs/inventar-307.pdf>, 20.10.2017.

43 Archival fond (sign. 305): Ústředna Státní bezpečnosti [State Security Service Central Office]; The Study Institute of the Ministry of the Interior, <https://www.abscr.cz/data/pdf/inventar/inventar-305.pdf>, 20.10.2017; or archival fond (sign. 301): Vyšetřovací komise pro národní a lidový soud při MV [Investigation commission for the national and people's court at the Ministry of the Interior]; The Study Institute of the Ministry of the Interior, <https://www.abscr.cz/data/pdf/abs/inventar-301.pdf>, 20.10.2017.

44 Archival fond (sign. 141): Německé soudy v říši [German courts in the Reich]; The Study Institute of the Ministry of the Interior, <https://www.abscr.cz/data/pdf/abs/inventar-141.pdf>, 20.10.2017.

45 Archival fond (sign. 425): Židovské organizace [Jewish organizations]; The Study Institute of the Ministry of the Interior, <https://www.abscr.cz/data/pdf/abs/inventar-425.pdf>, 20.10.2017.

46 Byla podepsána smlouva o spolupráci mezi Ústavem, Archivem a Židovským museem [An agreement on cooperation between the Institute, the Archives and the Jewish Museum in Prague was signed], <http://www.abscr.cz/cs/byla-podepsana-smlouva-o-spolupraci-mezi-ustavem-archivem-a-zmp>, 23.10.2016.

Slovaks, Austrians, and Polish Jews.[47] The predecessor of the SSA, the Archive of Ministry of Interior, also researched the subject of Judaica and the results were presented in The Magazine of Archive of Ministry of the Interior.[48]

Another interesting archival fond concerns the detention, internment, work and forced labor camps for political prisoners (archival fond with signature E). In May of 1945 almost 500 different camps emerged in a number of places in Czechoslovakia. Germans or other individuals[49] suspected or accused of acts against Czechoslovakia were held there. There were three types of camps:

- Internment camps – for people who were to be tried by exceptional people's courts for acts pursuant to the retribution decree no. 16/1945 Coll.[50]
- Detention camps – for Germans before their expulsion, including Jewish people who subscribed to the German nationality
- Work camps – for those who were assigned to work pursuant to decree no. 71/1945 Coll.[51]

The collections are organized not only according to camps, but also thematically.[52] Nonetheless, information on individual camps is very important (for example records drawn up towards their dissolution often summarize the entire history of a given center).[53]

Many archival materials in the SSA relate to churches and sect issues. Archival documents on this topic can be found primarily in personal files of Coun-

47 Archiv bezpečnostních složek [The Security Services Archive]: Prozatímní inventář k archivnímu fondu 425, Židovské organizace [Tentative inventory of archival fond 425, Jewish organizations]. Praha 2008.

48 Světlana Ptáčníková: Judaika v archivu Ministerstva vnitra [Judaica in Archive of Ministry of Interior]. In: *Sborník Archivu Ministerstva vnitra č* [The Magazine of Archive of Ministry of Interior] 3 (2005), pp. 321–342.

49 People who were considered collaborators – protectorate politicians, actors, high-ranking state and regional officials etc.

50 The so-called Beneš decrees. Přepis 16/1945 Sb., dekret presidenta republiky o potrestání nacistických zločinců, zrádců a jejich pomahačů a o mimořádných soudech [Transcript of Act no. 16/1945 Coll., decree of the president of the Republic concerning punishing the Nazi criminals, traitors and their helpers and the exceptional people's courts], <http://www.psp.cz/sqw/sbirka.sqw?cz=16&r=1945>, 23.10.2017.

51 Decree no. 16/1945 Coll., dekret presidenta republiky o pracovní povinnosti osob, které pozbyly československého státního občanství [Decree of the president of the Republic about labor obligations for those who lost Czechoslovakian citizenship], <https://www.psp.cz/docs/laws/dek/161945.html>, 17.10.2017.

52 For example: according to the character of the documents – annual reports from camps, CVs of persons imprisoned in the camp, their files, also situation reports for each day, questionnaires of camp prisoners, camp staff files, filing cabinets etc.; according to the theme of the documents – Germans, Jews, Ukrainians (Banderists) etc.

53 More information on the website of the SSA (in English): Detention, internment, work camps and forced labor camps, <https://www.abscr.cz/data/pdf/inventar/inventar-e1.pdf>, 17.10.2017.

terintelligence,[54] but also in the object files of Intelligence – for example under issues with the code name "Vatican". The best way to look for a specific archival file is to ask for a specific person, as mentioned above. Especially in the case of counterintelligence files, the researcher needs to know a specific name of the person he wants to find. The counterintelligence files were stored under the code of various kinds of files, which depended on the purpose for which the file was kept. The so-called Operative Agendas[55] are the most requested, but also the most complex archival fonds. Searching in them depends on the experience of particular archivists and of course also on lustration based on take-over databases (containing names and dates of birth).[56] The most frequented archival fond on the churches is The Tenth Directorate of the SNB,[57] which has the persecution of Church members in its job description.

The archival documents of the Operative Agenda are divided solely on the basis of their creator. For example, Jehovah's Witnesses were persecuted mainly in the context of military service because they refused to serve in the army due to their religious beliefs. For this reason they were repeatedly imprisoned, usually for a few days. Therefore, major materials on these church members are located in the writings of the Military Counterintelligence Service.[58] In contrast, materials on members of the Catholic Church are spread almost across all fonds of the archive.

The Security Services' view on the Roma minority in the period 1945–1989 went through several changes. The postwar years were characterized by a number of smaller, local approaches. The Ministry of Interior had no comprehensive policy towards Roma returning to the Czech lands. Problems were solved by current needs and local conditions. This is why most of the archival material on Roma people is in the collections of various local Security Services. In contrast, in the 1950s, the Ministry of the Interior was at the heart of the formation of the state policy towards the Roma minority. It actively pre-

54 Also known as The Second Directorate of the SNB (National Security Corps, Cz. II. správa SNB).

55 The SSA's operative agenda is divided into several more archival fonds. A description of the operative agenda is available in English on the SSA's website: Description of the Collections, <https://www.abscr.cz/fondy-a-pomucky/pruvodce-po-fondech-sbirkach/>, 18.10.2017.

56 More about this issue is available in English on the SSA's website: How to request archive materials, <https://www.abscr.cz/fondy-a-pomucky/pruvodce-po-fondech-sbirkach/>, 18.10.2017.

57 Counterintelligence Directorate for the Struggle against the Internal Adversary, < https://www.abscr.cz/fondy-a-pomucky/pruvodce-po-fondech-sbirkach/pruvodce-po-fondech-a-sbirkach-c/pruvodce-po-fondech-a-sbirkach-c6/>, 18.10.2017.

58 Czech shortcut VKR. Archival collections of territorial Military Counterintelligence units, <https://www.abscr.cz/data/pdf/abs/inventar-302.pdf>, 17.10.2017.

pared documents, created legal standards, managed the implementation of the ordinance, implemented in practice, and thereby fundamentally changed the life of Roma society. Interventions by the security forces were strong and their effect can be felt to this day. In the 1960s, and especially during the summer of "Normalization",[59] the Roma were increasingly criminalized by the laws and faced growing repressive measures. Interventions against the Roma were theoretically supported by the orders, regulations and guidelines governing security service procedures that actually ascribed to them the status of a criminalized minority. The measures, carried out by the Security Services, even in their most enduring form – in the form of repression – are however unstable and often go hand in hand with the measures of the state administration of a similar nature that are not able to achieve any positive effects.[60]

It is not known whether the issues of gays and lesbians was a focus of the Security Services. Sometimes we can find an occasional reference in the files to sexual orientation, but it is more or less random. When such information was detected, it could be used by the Security Services as incriminating material of a non-public nature. However, there is no evidence of a systematic search for or recording of such information.

Even the search for information about minorities is not dependent on first contact with the archival fonds of the SSA. The first step of all research at the SSA begins with the database and without knowing specific names and dates of birth there is much less of a chance to find anything useful, although archivists will try. If historians or anybody else are searching for information of a general nature, it is better to contact our colleagues in the Institute for the Study of Totalitarian Regimes, who are specialists in various aspects of the period of two totalitarian regimes (Nazism and Communism) and also know the SSA archival fonds.[61] They will be able to help best and they can say where to start research.

---

59 This is the established term in the Czech Republic for the peak period of so-called normalization, the period of personnel, organizational and legislative changes after the intervention of the Red Army (21 August 1968). The period of normalization began at the end of 1968 and ended with the Velvet Revolution in 1989.

60 Tomáš Zapletal: Přístup totalitního státu a jeho bezpečnostních složek k romské menšině v Československu (1945–1989) [Attitude of the totalitarian state and its Security Services to Roma ethnics in Czechoslovakia (1945–1989)]. In: Sborník Archivu bezpečnostních složek č [The Magazine of the Security Services Archive] 10 (2012), pp. 13–84. More information about sources available here (article in Czech): <http://www.abscr.cz/data/pdf/sbornik/sbornik10-2012/kap03.pdf>, 4.01.2018.

61 The Institute for the Study of Totalitarian Regimes (address: Siwiecova 2, Prague 3, 1335000, Czech Republic; e-mail: info@ustrcr.cz). Contacts, <http://old.ustrcr.cz/en/contacts>, 18.10.2017.

In addition to several exceptions, the Communist Security Services were not instructed to approach to the issues of national minorities with a special interest. The Communist regime principally had no need to deal with national minority issues. An exception to this was especially the period of the 1950s, when the Soviet Union ordered its satellites to deal with the Jewish elites in the parties. A very good example is the case of the general Secretary of the Communist Party, Rudolf Slansky,[62] who was of Jewish origin and despite his long loyalty during the hardest times for the Communist Party was sentenced to death in 1952. With him were sentenced another eleven persons, mostly of Jewish origin.[63]

Conclusion

The legacy of Communist Security services in Security Services Archive is largely unexplored, but that was not the biggest problem we faced with. If the Constitutional Court had decided negatively, it would have meant the end of research on the modern history of the Czech Republic to the extent we know today.

In the conference it was obvious that the experiences of the SSA with the Security Services' archival documents were similar to experiences of colleagues from other countries. One question has been indirectly posed by the title of the conference and was also mentioned during the panel discussion. What is so poisoned in these documents? Why are they so poisoned? I think that the poison itself is in the mind of the person who is handling these documents. The documents contain sensitive information and that is the reason why they were once classified. With the annulment of their classification, the sensitive information was released to the public. The first intent was, as almost always, stout-hearted – to allow this information to be used as an object of study and reflection of the past. But of course, there is the undisputed danger of misuse of such information. The poison must be within us then. In our way of interpreting the files of the Security Services in the wider social context. In our effort to catch the information and the purpose for which we do it. Although we thought we can learn something from the files, we just learned something about ourselves again. After all – those who do not know their past are condemned to repeat it.

62 Rudolf Slánský was sentenced to death in the trail of the Jewish members of the Communist Party. ABS, fond Ministerstvo národní bezpečnosti [Ministry of National Security], archival code number MNB 1.

63 More details about this trial can be found here: Artur London: Confession. New York 1970. Or in Karel Kaplan: Report on the Murder of the General Secretary. London 1990.

Der Umgang mit den Akten der Staatssicherheit und der kommunistischen Vergangenheit in der heutigen ungarischen Erinnerungspolitik

KRISZTIÁN UNGVÁRY

Einleitung

Die Akten der Staatssicherheit sorgten in allen Staaten Osteuropas für andauernde politische Skandale. Allerdings ist der Umgang damit in diesen Staaten durchaus unterschiedlich, was sowohl durch die Art des Systemwechsels als auch durch die Verschiedenartigkeit des Parteistaates bedingt wird.

Ungarn nimmt in der Reihe der Staaten des ehemaligen Ostblocks eine Sonderrolle ein. Die demokratische Machtübernahme 1989 erfolgte friedlich, wodurch es jedoch zu einer nicht unbeträchtlichen, bis heute währenden Elitenkontinuität kam.[1] Lediglich in Ungarn konnte die frühere Staatspartei die Transformation in die Demokratie schon wesentlich vor der Wende federführend leiten und mitbestimmen.[2] Wenn in Deutschland nach 1945 jahrzehntelang eine

1 Als Einführung empfehlen sich folgende Arbeiten: Árpád von Klimó: Ungarn seit 1945 (Europäische Zeitgeschichte, Band 2). Göttingen 2006; Umbruch in Ungarn 1985–1990 (Bearbeiter: Andreas Schmidt-Schweizer). In: Dokumente und Materialien zur Ostmitteleuropäischen Geschichte. Online Quellenedition, <https://www.herder-institut.de/go/n2-82f590>, 25.5.2018.
Zur Erinnerungskultur sind folgende Werke empfohlen: Thomas Großbölting, Dirk Hoffmann (Hgg.): Vergangenheit der Gegenwart. Vom Umgang mit Diktaturerfahrungen in Ost- und Westeuropa. Genshagener Gespräche Band XII. Göttingen 2008; Bernd Faulenbach, Franz-Josef Jelich (Hgg.): „Transformation der Erinnerungskulturen in Europa nach 1989". Geschichte und Erwachsenenbildung Band 21. Essen 2006; Zsuzsa Breier, Adolf Muschg (Hgg.): Freiheit, ach Freiheit … Vereintes Europa, geteiltes Gedächnis. Göttingen 2011.

2 Als Vergleichsfall bietet sich Rumänien an, weil nach 1990 auch dort die frühere kommunistische Elite das politische Leben des Landes bestimmen konnte. Allerdings verlief dort die politische Transformation 1989/1990 nicht nach einem vorsorglich geplanten Muster und der Parteivorsitzende wurde in einem sehr fragwürdigen Verfahren zusammen mit seiner Ehegattin füsiliert.

Kontinuität der NS-Elite feststellbar war, dann gilt dies für die Kontinuität der kommunistischen Elite in Ungarn in noch viel größerem Maße. Verantwortliche Personen des kommunistischen Unrechtsstaates sind auch heute maßgebliche Akteure der ungarischen Politik und Gesellschaft. Dieses Phänomen ist parteiübergreifend: Imre Pozsgay, einer der Autoren der neuen, seit 2011 gültigen Verfassung Ungarns, war vor 1989 Mitglied des ZK und des Politbüros und zwischen 1976 und 1982 mehrfach Minister für Kultur und Bildung.[3] Andererseits gibt es seit 1989 Bestrebungen, die Verantwortung der kommunistischen Machthaber für Verbrechen gegenüber dem ungarischen Volk zu thematisieren. Es formierten sich verschiedene Opferverbände.[4] Ihre gesellschaftliche Verankerung und ihr politisches Gewicht blieben jedoch minimal.

Die Verbrechen der kommunistischen Diktatur begannen schon im Jahr 1945, als Ungarn formal noch eine Demokratie war. Die politische Polizei stand bereits damals vollständig im Dienste der kommunistischen Partei und schon die ersten Kriegsverbrecherprozesse waren von Rechtsbrüchen und politischer Instrumentalisierung gekennzeichnet. Die offene kommunistische Diktatur dauerte 41 Jahre lang, und auch wenn man lediglich von einigen Tausend Todesopfern ausgeht,[5] waren doch sehr viel mehr Einzelpersonen und Familien von Bespitzelung, Zwangsabgaben und Verfolgung betroffen.[6] Die

3 Trotzdem pflegte Fidesz sogar einen besonderen Kult um Pozsgay, der im Jahr 1989 als Kandidat bei der Initiative zur Direktwahl des Staatspräsidenten scheiterte. Ein Gesprächsband mit ihm ist 2011 im Fidesz-nahen Verlag Kairosz in Budapest unter dem Titel *Der ehrenamtliche Staatspräsident* erschienen. Pozsgay starb 2016.

4 Die bedeutendsten darunter sind: SZÓRAKESZ [Landesverband der in die Sowjetunion inhaftierten Personen], Politikai Foglyok Országos Szövetsége [Landesverband der politischen Häftlinge (POFOSZ)], Recski Szövetség [Verband der Recsker – in Recsk existierte zwischen 1950 und 1953 ein besonders grausames Lager nach dem Prinzip „Vernichtung durch Arbeit"].

5 Etwa 300 politische Todesurteile während der Rákosi-Zeit, 2.500 Tote während der Revolution 1956 und 300 politische Hinrichtungen in der Kádár-Diktatur. Vgl. dazu: Ignác Romsics: Magyarország története a XX. században [Geschichte Ungarns im XX. Jahrhundert]. Budapest 1999, S. 343, S. 394 und S. 404. Zur Funktionsweise des Terrors in Ungarn vgl. auch: Krisztián Ungváry: Repressionen in der „lustigsten Baracke" des Ostblocks. Der Funktionswandel des Terrors in Ungarn. In: Jörg Baberowski, Robert Kindler (Hgg.): Macht ohne Grenzen. Herrschaft und Terror im Stalinismus. Frankfurt am Main, New York 2014, S. 73–192, hier S. 173–175; János M. Rainer: The Crimes of the Communist Regime in Hungary, National Report. In: David Svoboda, Cóílín O'Connor (Hgg.): Crimes of the Communist Regimes. International Conference. An Assessment by Historians and Legal Experts. Prague 2011, S. 157–192.

6 Allein zwischen 1950 und 1953 sind 390.000 Personen verurteilt worden, davon kamen 44.000 in Zwangsarbeitslager. Nach 1956 wurden 22.000 Personen verurteilt, 13.000 interniert und Zehntausende aus ihren Stellen entfernt. Über 1,5 Millionen Menschen wurden in den Geheimdienstkarteien aufgrund von Spitzelmeldungen geführt. Vgl. Ignác Romsics: Magyarország története, S. 343; ferner Kriszrián Ungváry: Repressionen, S. 173–175.

Phänomene der „lustigsten Baracke“ und des „Gulaschkommunismus“ mögen aus gewisser Sicht für die letzten zwei Jahrzehnte bestimmend gewesen sein,[7] aber davor kann die Machtausübung der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (ung. Magyar Szocialista Munkáspárt, im Folgenden USAP) selbst im Vergleich mit anderen Staaten des Ostblocks nicht als mild bezeichnet werden. Der Umgang mit Diktaturerfahrungen in den Staaten Europas und die sich voneinander unterscheidenden Erinnerungskulturen in Bezug auf die kommunistischen Regime waren wiederholt Gegenstand historischer Forschungen. Innerhalb der Diktaturaufarbeitung stellt die Erinnerung an die Tätigkeiten der Staatssicherheit bzw. Geheimpolizei ein Sonderkapitel dar. Dieses kann in zwei große thematische Blöcke geteilt werden: Die Forschungsmöglichkeit und die Lustration bzw. die Benennung oder/und Bestrafung der Täter des Unrechtsstaates sind eng miteinander verknüpfte, jedoch gesondert zu behandelnde Themen. Im Folgenden werde ich versuchen, einen historischen Abriss der Entwicklungen in diesen Bereichen in Ungarn nachzuzeichnen.

Aktenfreigabe

Die Zugangsmöglichkeit zu den Akten der Staatssicherheit kann als eine Art Messlatte für die Vergangenheitsbewältigung angesehen werden. Hier hinkte Ungarn jahrelang weit hinter vielen anderen Ländern der Region her. Die Frage der Aktenfreigabe ist selbst nach 25 Jahren nicht gelöst.

Im ungarischen Parlament gab es nach 1989 mehrere Versuche, Gesetze über die Freigabe der Staatssicherheitsakten (in der ungarischen Debatte: „Állambiztonsági iratok“, Schriften der Staatssicherheit) zu verabschieden, die aus verschiedenen Gründen bis 1996 alle scheiterten. Zu operativen Akten hatte die Forschung zehn Jahre lang grundsätzlich keinen Zugang. Im Jahr 1995 reichte die sozialliberale Regierung ein Gesetz über den Zugang zu den Akten ein. Schon der Titel des Gesetzes ist für die Haltung der Gesetzgeber bezeichnend: „Über die geheimdienstlichen Aktivitäten des vergangenen Systems“ (ung. „a múlt rendszer titkosszolgálati tevékenységéről“). In dieser bewusst sehr neutral formulierten Bezeichnung findet man keinen Hinweis darauf, dass es sich hierbei um die Schriftensammlungen eines Unrechtsstaates handelt. In der damaligen Gesetzesvorlage stand, dass Angaben zu Personen bis zum Jahr 2086 nur in anonymisierter Form freigegeben werden dürften. Das hätte bedeutet, dass ein Forscher weder Führungsoffiziere bzw. IM

7 Diese beiden Begriffe dienten in der westlichen Presse nach 1968 dazu, die Besonderheit des „Kádárismus“ zu definieren bzw. umschreiben.

(inoffizielle Mitarbeiter) noch Opfer mit Klarnamen nennen darf. Nach langen Verhandlungen wurde am 3. Juni 1996 das Gesetz LXVII/1996 verabschiedet. Es begründete das heutige Archiv der Akten der Staatsicherheiten.[8] Ihm wurden in den nächsten Jahren etwa drei Kilometer Akten überstellt. Hierbei handelte es sich jedoch mehrheitlich nur um Untersuchungsakten, die noch dazu ungeordnet und ohne Hilfsmittel übergeben worden sind.

In der Praxis brachte das neue Gesetz viele Schwierigkeiten mit sich, denn in ihm steht, dass Forscher keine Angaben bekommen dürfen, die die Identifizierung einer Person ermöglichen. Diese Anonymisierungsverordnung führte zu absurden Ergebnissen. Dazu soll hier ein fiktives Gespräch als Beispiel dienen: Hallo, hier ist Margit. Ich möchte mit Eva sprechen. – Servus Margit, ich bin Eva. – Ich habe für morgen zwei Karten für die Maria-Callas-Vorführung. Kommst du mit? – Das ist seit Jahren mein Wunsch, gerne!

Laut Gesetz müsste für den Fall, dass Margit eine Akteneinsicht verlangte, der Name Eva entfernt, und wenn Eva Akteneinsicht verlangte, der Name Margit sowie in beiden Fällen zusätzlich der Hinweis auf die Vorführung von Maria Callas gestrichen werden.

Die erste Fidesz-Legislaturperiode (ung. Fiatal Demokraták Szövetsége, Verband Junger Demokraten) von 1998 bis 2002 brachte kaum Erleichterungen mit sich, wenngleich das neue Archivgesetz aus dem Jahr 2001 einige Anomalien abschaffte. Angaben zu den Führungsoffizieren und Agenten konnten danach beschränkt erforscht, jedoch frühestens 30 Jahre nach dem Tod der Betroffenen oder 90 Jahre nach deren Geburt publiziert werden.

2002 kam die sozialliberale Koalition wieder an die Macht, worauf es einen Skandal gab, denn es wurde bekannt, dass der sozialistische Ministerpräsident Péter Medgyessy vor der Wende[9] bei der Spionageabwehr Offizier im besonderen Einsatz gewesen war. Demzufolge versprachen die Sozialisten die Offenlegung aller Staatssicherheitsakten. Auch das bis heute gültige Gesetz III/2003 bekam wieder eine neutrale und daher verharmlosende Bezeichnung („Über die Aufdeckung der geheimdienstlichen Aktivitäten des vergangenen Systems")[10],

8 Die Bezeichnung hieß im Gesetz noch „Historisches Archiv der Staatssicherheiten". Beide Bezeichnungen suggerieren allerdings, dass das Archiv auch von den heutigen Staatssicherheitsorganen verwaltet wäre. Die Mehrzahl ist deshalb angebracht, weil dieses Archiv die Hinterlassenschaften von fünf Verwaltungen des Innenministeriums (III/I. = Aufklärung, III/II. = Spionageabwehr, III/III. = innere Abwehr, III/IV. = Militärabwehr, III/V. = operativ-technische Dienste) und die Akten der zweiten Verwaltung des Generalstabs der Ungarischen Volksarmee (Militäraufklärung) sammelt.

9 Der Begriff ist in Ungarn nicht geläufig. Man spricht von „Systemveränderung" (rendszerváltás) oder von „absichtlicher Systemveränderung" (rendszerváltoztatás).

10 Ung. 2003. évi III. Törvény az elmúlt rendszer titkosszolgálati tevékenységének feltárásáról és az Állambiztonsági Szolgálatok Történelmi Levéltára létrehozásáról.

verordnete aber weitgehende Aktenfreigaben für das zuständige Archiv und traf noch weitere, allerdings einschränkende Regelungen: Namen von Agenten können weiterhin erforscht, aber praktisch nicht publiziert werden. Direktanfragen zu Einzelpersonen sind nicht möglich. Nur zwei Ausnahmen sind erlaubt: wenn der Betroffene seine Einwilligung erteilt oder wenn der Betroffene sich als „Person des öffentlichen Lebens" bezeichnet. Das bedeutet jedoch in der Praxis: Ist jemand Präsident des Ungarischen Rundfunks, weigert sich aber, sich als „Person des öffentlichen Lebens" zu bezeichnen, dürfen Angaben über seine Tätigkeit für die Staatssicherheit nicht publiziert werden.[11]

Die Begründung der Publikationsbeschränkungen ist besonders heuchlerisch. Selbst wenn anhand der Akten eindeutig feststellbar ist, dass jemand als inoffizieller Mitarbeiter tätig war, zum Beispiel weil Hunderte eigenhändig verfasste Spitzelmeldungen vorliegen, kann sein Name nicht rechtmäßig publiziert werden, wenn zwei von drei Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Nur wenn eine eigenhändige Unterschrift über die Entgegennahme von materiellen Vergünstigungen oder eine Erklärung der Mitarbeit bei der Staatssicherheit vorliegt, ist es erlaubt, jemanden als inoffiziellen Mitarbeiter zu bezeichnen. Nach diesen Prinzipien sind ca. 0,01 Prozent aller Agenten identifizierbar. Über 95 Prozent von ihnen erhielten gar keine materiellen Vergünstigungen, und wenn es psychologisch begründbar war, hat die Staatssicherheit von schriftlichen Mitarbeitserklärungen abgesehen. Vorhandene Mitarbeitserklärungen wurden mit eventuellen Vergünstigungsnachweisen und Beurteilungen in einer Sondermappe des jeweiligen Agenten aufbewahrt. Diese Sondermappen sind aber bis zu 90 Prozent vernichtet worden, wogegen die Arbeitsakten, die die verschiedenen Spitzelmeldungen beinhalten, in wesentlich größerem Umfang verschont blieben. Andere Nachweismöglichkeiten wie Karteien, Berichte aus den Arbeitsakten, Tonbandaufnahmen oder mit zeitgenössischen Hinweisen versehene Fotos können nicht verwendet werden. Das hatte zur Folge, dass bis heute alle Personen, die in einer Publikation als IM bezeichnet worden sind und die Mühe einer Anklage wegen Verleumdung auf sich nahmen, restlos alle Prozesse gewinnen konnten – auch dann, wenn die Aktenlage ganz eindeutig ihre Spitzeltätigkeit bewies.

Nach der Gesetzesverordnung dürfen Forscher nur dann eine Forschungserlaubnis bekommen, wenn sie eine Empfehlung von einem Lehrstuhl oder

11 Der Präsident des Ungarischen Rundfunks, Katalin Kondor, benutzte im Jahr 2003 diese Argumentation. In einem anderen Fall prozessierte der Journalist Előd Juhász gegen eine Zeitungsredaktion, die seinen IM-Namen publiziert hatte, wobei Juhász den Wahrheitsgehalt der Publikation nicht bestritt, sondern „nur" gegen die unzulässige Publikation klagte. Eine ähnliche Klage reichte ein Politiker des Fidesz, Károly Szita, im Jahr 2006 ein.

wissenschaftlichen Institut sowie eine Publikationsliste beifügen, aus der hervorgeht, dass die betreffende Person bereits Arbeiten in diesem Sachgebiet veröffentlicht hat.[12] Glücklicherweise wird diese Vorschrift nicht sehr streng gehandhabt, ansonsten wäre Forschung zu den Überwachungsakten wahrscheinlich überhaupt nicht möglich. Ist man erst einmal ins Archiv gelangt, wird die Forschung durch die Art der Aktenfreigabe weiter behindert. Die Findmittel im Archiv waren lange Zeit mehr als dürftig, weil das Innenministerium nicht alle Findbücher abgegeben hatte und das Archiv selbst seine eigenen Findmittel den Forschern lange vorenthielt. Seit 2009 ist allerdings ein gut brauchbares elektronisches Findbuch per Internet auch für diejenigen zugänglich, die eine Forschungsgenehmigung erhalten haben. Die Forschung ist aber nicht leicht, pro Woche können theoretisch fünf, praktisch meistens weniger Archiveinheiten bestellt werden, manchmal dauert es jedoch drei Wochen, bis man die bestellten Archivalien bekommt, wobei sich die Situation in den letzten drei Jahren wesentlich verbessert hat.

Erst nach 2003 wurden operative Akten der Spionage, der Spionageabwehr und andere wichtige operative Akten für die Forschung freigegeben. Momentan beherbergt das Archiv etwa vier laufende Kilometer an Akten, die Nachfolgedienste[13] der früheren Staatssicherheit besitzen einige hundert Meter noch immer klassifizierte Akten und argumentieren damit, dass 93 Prozent aller Dokumente bereits dem Archiv übergeben worden seien. Diese Angabe ist aber nur dann zutreffend, wenn die elektronischen Datenträger – darunter die komplette Registratur – nicht mitgezählt werden. Denn aus den elektronischen Beständen hatten die Nachfolgedienste gar nichts übergegeben. Die Forschung wird auch dadurch erschwert, dass viele Akten vor der Übergabe zerschnitten worden sind, um der Forschung Informationen vorzuenthalten. Die quantitative Aussage über die Menge der übergebenen Akten lässt deshalb kein Urteil über den Informationswert der Dokumente zu. Die Nachfolgedienste horten auch heute wichtige Bestände, darunter zum Beispiel die sowjetisch-ungarischen Jahresabmachungen[14] über die Kooperation auf dem Gebiet der Staatssicherheit.

12 Zu Fragen der Akteneinsicht, Gesetzvorgebung und Publikation siehe das Jahrbuch des Historischen Archivs der Staatssicherheitsdienste: György Gyarmati (Hg.): Trezor 3. Az átmenet évkönyve [Jahrbuch des Übergangs]. Budapest 2003.

13 Die Geheimdienste sind seit 1990 mehrmals umstrukturiert worden. Gegenwärtig existieren vier voneinander unabhängige Dienste, die alle weiterhin Akten aus der Zeit vor 1990 besitzen.

14 Die sowjetische Staatssicherheit hatte mit ihrer ungarischen „Bruderorganisation" Fünfjahrespläne und Jahrespläne bzw. Vereinbarungen über die gemeinsam auszuführenden Tätigkeiten, insbesondere über die gemeinsamen Operationen auf dem Gebiet der militärischen und zivilen Aufklärung geschlossen. Diese Vereinbarungen beinhalten u. a. auch die Decknamen der gemeinsam geführten inoffiziellen Mitarbeiter der Staatsicherheit.

Lustration der Gesellschaft

Aus politischer Sicht besteht der Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit seit der Wende aus einer Kette von politischen Skandalen, die von Legislaturperiode zu Legislaturperiode differierten. Die ersten drei Regierungsperioden (die christlich-konservative Regierung József Antall, bzw. Péter Boross 1990–1994, die sozialliberale Koalition von Gyula Horn 1994–1998, die konservative Regierung von Viktor Orbán 1998–2002 und die danach folgenden acht Jahre sozialliberale Koalitionszeit) unterscheiden sich deutlich voneinander. Fast alle Gesetze, die die Aktenfreigabe betrafen, beinhalten auch Passagen über die Lustration. Aktenfreigabe und Lustration hängen zusammen, sind aber aus mehreren Gründen getrennt voneinander zu betrachten.

Die Antall-Ära von 1990 bis 1994 gilt als Aufbruchszeit des neuen Ungarns. József Antall, selbst Historiker und Spross einer traditionsreichen Familie,[15] war ein Politiker, der seine Rolle besonders ernst nahm. Während seiner Legislaturperiode wurden bestimmte, von vielen schon als vergessen betrachtete Traditionen des Königreichs Ungarn wiederbelebt. In puncto Erinnerungskultur ging er mit großem Engagement ans Werk. Allerdings wurden seinen Bemühungen schnell objektive und subjektive Grenzen gesetzt. Antalls Tätigkeiten auf dem Gebiet der Vergangenheitsbewältigung waren zudem von Anfang an der scharfen Kritik der überwiegend linksliberalen Budapester Intelligenz ausgesetzt.

„Hier drin steht deine Fraktion", hatte angeblich der abdankende sozialistische Premier Miklós Németh zu Antall gesagt, als er ein Dossier mit der Liste der ehemaligen IM in Antalls Partei MDF[16] am Tag ihrer Regierungsübernahme übergab. Dementsprechend wurde im Hinblick auf die Aktenfreigabe nichts mehr getan. Antall selbst wurde von den in der Liste befindlichen Infor-

15 Die Kleinadelsfamilie Antall stammt aus Transdanubien. Antalls Vater war im Zweiten Weltkrieg Staatssekretär und rettete zahlreiche Juden. Außerdem organisierte er die polnische Flüchtlingshilfe in Ungarn nach 1939. Er ist wahrscheinlich der Einzige, der für seine humanitäre Haltung neben dem Titel „Gerechter unter den Völkern" [ung. Világ Igaza] auch eine hohe NS-Auszeichnung verliehen bekam: Für sein Engagement bei der Kinderlandverschickung (deutsche Kinder kamen nach 1942 auch nach Ungarn) wurde ihm das Kommandeurskreuz des Deutschen Adlerordens verliehen. Zwischen 1945 und 1947 wurde Antall als Vertreter der Kleinlandwirte-Partei Minister für den Wiederaufbau. Sein Sohn, József Antall jun., bereitete sich schon vor 1956 auf das politische Leben in einem freien Land vor. Während der Revolution wurde er Wiederbegründer der Kleinlandwirte-Partei, zwischen 1957 und 1961 hielt er sich als Lehrer an einem Gymnasium über Wasser. Auf Druck der Staatssicherheit musste er das Lehramt jedoch verlassen. Bis 1989 arbeitete er im Museum für Medizingeschichte, zuletzt als Direktor dieser Institution.

16 Magyar Demokrata Fórum (Ungarisches Demokratisches Forum), christlich-konservative Partei, von 1990 bis 1994 und 1998 bis 2002 regierend. Die Partei verlor danach an Bedeutung und stellte ihre Tätigkeit schließlich im Jahr 2011 ein.

mationen schwer getroffen, stellte sich doch heraus, dass sein bester Freund 30 Jahre lang Berichte über ihn verfasst hatte. Allerdings wurde diese Tatsache damals noch nicht öffentlich gemacht.[17] Ministerpräsident Antall reagierte mit einer großzügigen Geste der Vergebung und ernannte die betreffende Person sogar zum Staatssekretär in seiner Regierung. Doch innerhalb seiner Partei und seiner Koalitionspartner[18] gärte es. Das Parlament behandelte mehrere Entwürfe zum Thema Vergangenheitsbewältigung. Ein Teil der Gesetzentwürfe zielte auf die Bestrafung der Täter, ein anderer Teil wollte die Gesellschaft von den früheren Machthabern säubern. Beide Versuche scheiterten kläglich, denn eine umfassende Offenlegung der Akten war zu jener Zeit von fast niemandem gewollt.

Der im Jahr 1990 von der MDF-Fraktion vorgelegte sogenannte „Justitia-Plan“[19] forderte „die totale Lustration[20] der politischen und kulturellen Elite“ mit dem Ziel, dass „diejenigen, die für die katastrophale Lage des Staates verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen werden“.[21] Allerdings waren damit nicht die inoffiziellen Mitarbeiter der Staatssicherheit gemeint, sondern die kommunistischen Machthaber. Der Plan konnte jedoch nicht verwirklicht werden, weil sowohl die Opposition als auch Antall selbst sich dagegen aussprachen. Die Regierung war primär daran interessiert, die höchste Parteiführung der Sozialisten auf die Anklagebank zu bringen, wogegen die IM als „kleine Fische“ angesehen wurden und deshalb nicht im Visier der Gesetzesvorlage standen. Der Vorschlag der Liberalen[22] zum Ausschluss von IM aus der Politik wurde von der Regierungspartei verworfen, weil diese Maßnahme damals den Liberalen – die aus der demokratischen Opposition kommend von der IM-Frage in geringerem Maße betroffen waren – am wenigsten geschadet,

17 Siehe dazu Rainer M. János: Jelentések hálójában. Antall József és az állambiztonság emberei [Im Netz von Meldungen. József Antall und die Gestalten der Staatsicherheit]. Budapest 2008.

18 Die Antall-Regierung bestand aus einer Koalition des Ungarischen Demokratischen Forums, der Kleinlandwirte-Partei und der Christlich-Demokratischen Volkspartei.

19 Der Plan war eine interne Schrift der Fraktion und beinhaltete 11 Punkte (Bestandsaufnahme der kommunistischen Verbrechen, Verfahren gegen die Verantwortlichen, Streichung der Pensionszahlungen für Parteibonzen, Einzug der kommunistischen Parteivermögen etc. Siehe dazu auch: Imre Kónya: … és az ünnep mindig elmarad? Történetek a rendszerváltástól napjainkig [… und die Feier bleibt aus? Geschichten vom Systemwechsel bis heute]. Budapest 2016, S. 427–429.

20 Lustration meint Durchleuchtung, also die Prüfung von Personen im Hinblick auf Geheimdienstkontakte.

21 Kónya: … és az ünnep mindig elmarad? […und die Feier bleibt aus?], S. 428.

22 Die Partei Szabad Demokraták Szövetsége [Verband Freier Demokraten], ursprünglich radikal antikommunistisch, ging aus der früheren demokratischen Opposition hervor und war von 1994 bis 1998 bzw. 2002 bis 2010 zusammen mit der Sozialistischen Partei an der Regierung. Sie löste sich im Jahr 2010 auf.

die Regierungspartei selbst dagegen sehr geschwächt hätte. Vertreter konservativer politischer Strömungen wurden nämlich vor 1989 in besonderem Maße von der Staatssicherheit heimgesucht, die Führungsebenen in den größeren Religionsgemeinschaften – in Ungarn seit 1990 immer wichtigste politische Partner der konservativen Regierungen – waren fast vollständig mit willigen Spitzeln durchsetzt, die auch nach 1990 ungehindert weiter dienen konnten.[23]

Doch nicht nur die Politik, auch die Wissenschaft widersetzte sich den Versuchen der Abrechnung: Der neu ernannte Präsident der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Domokos Kosáry,[24] wies auf die katastrophalen Folgen der Säuberungwellen in der Wissenschaft hin, die er allzu oft selbst erleiden musste. Ungarn habe, so Kosáry, zwischen 1919 und 1920, dann erneut von 1944 bis 1945 und nach 1956 wegen solcher Abrechnungsversuche schreckliche wissenschaftliche Verluste erleiden müssen.[25] Antall selbst sagte denjenigen, die gegen eine juristische Aufarbeitung optierten, „hättet ihr doch eine Revolution organisiert“,[26] was ein zynischer Hinweis darauf war, dass die überwiegende Zahl der politischen Akteure bis 1990 im Konsens mit der Staatspartei die Wende herbeiführen wollten[27] und nun erst nachträglich die Lustration und eine eventuell damit verbundene Säuberung forderten.

Am 5. April 1994 wurde das Gesetz XXIII/1994 „über die Überprüfung der Personen, die wichtige und vertrauenswürdige und die Gemeinschaft beein-

23 Siehe dazu meine Arbeit: Krisztián Ungváry: The Kádár-Regime and the Subduing oft he Roman Catholic Hierarchy. In: Sabrina P. Ramet (Hg.): Religion and Politics in Post-Socialist Central and Southeastern Europe. Challenges since 1989. London 2014, S. 86–114.

24 Domokos Kosáry (geb. 1913), Historiker, bis 1949 Direktor eines wissenschaftlichen Instituts, während der Revolution 1956 Präsident des Revolutionsausschusses der ungarischen Historiker, zwischen 1956 und 1960 im Gefängnis, zwischen 1990 und 1996 Präsident der Akademie der Wissenschaften, Mitglied der britischen, österreichischen, kroatischen, rumänischen Akademie, Inhaber zahlreicher Auszeichnungen.

25 Ignác Romsics: Clio bűvöletében. Magyar történetírás a 19–20. században [Im Zauber von Clio. Ungarische Geschichtsschreibung im 20. Jahrhundert]. Budapest 2011, S. 482; Domokos Kosáry: Hat év a tudománypolitika szolgálatában [Sechs Jahre im Dienst der Wissenschaftspolitik]. Budapest 1996, S. 21–25 und S. 99–101.

26 Zitat aus János Kenedi: K. belügyi iratfelmérő jelentése a kastélyból [Observierung des Aktenprüfers der Inneren Angelegenheiten K. aus dem Schloss – „K“ ist eine Anspielung auf Franz Kafka, Anm. K. K.]. Budapest 2000, S. 10.

27 Die Führungsmitglieder der Kleinlandwirte-Partei boten sich sowohl während der Konsolidierung der Kádár-Ära wie auch später als Koalitionspartner für die Regierung an. Viele führende Politiker der MDF waren vor 1989 in der „Patriotischen Volksfront“, einem Dachverband der gleichgeschalteten gesellschaftlichen Organisationen, tätig. Die Führung der katholischen Kirche war weitgehend williger Vollstrecker des Parteistaates. Zu Einzelheiten siehe Krisztián Ungváry (Hg.): Búvópatakok. A jobboldal és az állambiztonság 1945–1989 [Versteckte Rinnenflüsse. Die Rechte und die Staatssicherheit]. Budapest 2013; ders.: The Kádár-Regime and the Subduing of the Roman Catholic Hierarchy, S. 86–114.

flussende Aemter bekleiden“ verabschiedet. Laut Gesetz waren die meisten Journalisten und alle mittleren und höheren Würdenträger des Staates verpflichtet, sich einer Kontrolle zu unterziehen, ob sie offizielle oder inoffizielle Mitarbeiter der inneren Abwehr des Staatssicherheitsdienstes waren, ob sie Mitglieder der sogenannten Brachialtruppen oder der Pfeilkreuzlerpartei waren oder ob sie als politische Würdenträger Informationen von der Staatssicherheit erhielten. Personen der Militärabwehr, der Militäraufklärung, der Spionageabwehr und der Zivilaufklärung waren von vornherein von der Lustration ausgenommen, obwohl auch diese Hauptverwaltungen politische Unterdrückungsfunktionen ausübten. Die einzige Sanktion des Gesetzes erfolgte im Fall der positiven Prüfung einer Publikation der Tatsachen im staatlichen Verordnungsblatt bzw. in der ungarischen Nachrichtenagentur. Das Gesetz lief im Jahr 2005 aus, danach wurden die Lustrationsgerichte offiziell aufgelöst. Insgesamt verließen etwa hundert Personen freiwillig ihre Posten, um die Publikation der negativen Beschlüsse der Lustrationsgerichte zu vermeiden – aber auch aus diesem Kreis wurden die Belasteten in untergeordneten Stellen weiterhin beschäftigt.[28] Als Bilanz einer blutigen Diktatur muten diese Zahlen seltsam an.

Ein Umstand, der den Lustrationsbestrebungen besonders geschadet hat bzw. bis heute schadet, muss hier noch erwähnt werden: Die wichtigsten Täter des kommunistischen Unrechtsstaates waren diejenigen, die offen als Führungsfiguren der Partei auftraten. Diese Tatsache war in der ganzen ungarischen Gesellschaft bekannt, schließlich standen diese Personen als Parteibonzen im Rampenlicht der Öffentlichkeit. Das hinderte aber viele Wähler nicht daran, auch nach der Wende wieder für sie zu stimmen. Ein Lustrationsprozess hätte bei diesen Personen keine Überraschungen gebracht, denn ihre Verbundenheit mit dem Unrechtsstaat war von vornherein offenkundig. Demgegenüber waren die inoffiziellen Mitarbeiter der Staatssicherheitsdienste – und bis zu einem gewissen Maß auch die hauptamtlichen Beamten der Sicherheitsdienste – überhaupt nicht sichtbar. Ihre Verantwortung für die Taten des Unrechtsstaates war auch wesentlich geringer als jene derer, die diesen Staat geleitet hatten. Die Lustrationsversuche hatten die unerwünschte Nebenwirkung, dass damit auch die politische Verantwortung auf solche Personen gelenkt wurde, die nur die letzten Glieder in der Verantwortungskette des Unterdrückungsapparats gewesen waren. Auch deshalb traten die Gegner der

28 Laut Jahresbericht der ÁBTL 2007, S. 6, <http://www.abtl.hu/sites/default/files/beszamolok/2007_eves_beszamolo.pdf.>, 14.10.2017 waren es weniger als hundert. Der Direktor des Archivs nannte auf einer Konferenz ein Jahr später 12.000 lustrierte und 112 abgedankte Personen.

Lustration immer mit dem Argument auf, dass es ungerecht sei, die politischen Folgen auf jene Personen abzuwälzen, die nur als „kleine Fische" in der Diktatur tätig gewesen seien, wogegen die wichtigsten Nutznießer des Unrechtsstaates weiterhin ungeschoren davonkämen.

Bestrafung der Täter

Der bereits erwähnte „Justitia-Plan" verwies auch auf die Notwendigkeit der Bestrafung der Täter im kommunistischen Unrechtsstaat. Davor wurde dieses Thema politisch nicht diskutiert und während der Verhandlungen am „Runden Tisch" bildete sich ein ungeschriebenes, jedoch von den Vertretern der Opposition später auch anerkanntes „Gentlemen's Agreement"[29] heraus, wonach die Vertreter der Staatspartei als legitime Verhandlungspartner anzusehen seien und dementsprechend ihre eventuelle Strafverfolgung nicht infrage komme. Die Auslegung dieser ungeschriebenen Abmachung kann naturgemäß sehr verschieden sein, jedenfalls legt die Interpretation auch nahe, dass sie nicht als kollektiver Freibrief für alle Täter des kommunistischen Unrechtsstaates aufgefasst werden dürfe.

Die politischen Parteien und auch die Opfer der politischen Verfolgungen vertraten sehr gemischte Positionen hinsichtlich der Notwendigkeit einer Bestrafung. Alajos Dornbach, Rechtsberater der TIB[30], verfasste am 10. Januar 1990 eine Ausarbeitung über die Möglichkeit der Strafverfolgung. Diese Ausarbeitung warnte vor juristischen Maßnahmen und verwies auf die Problematik der Verjährung.[31] Dornbach sah auch eine große – und wie sich herausstellte unbegründete – Gefahr darin, dass diese Angelegenheit in eine Hexenjagd ausarten könnte. Als einzig mögliche Maßnahme sah Dornbach die Benennung der Hauptverantwortlichen: „Für einen bestimmten Kreis der Verantwortlichen wird es notwendig sein, ihre Verantwortung zu benennen und die Forderung zu erheben, dass sie sich aus dem öffentlichen Leben zurückziehen."[32]

Zsolt Zétényi, ein Politiker der MDF, reichte im Jahr 1991 selbstständig, ohne ihn mit seiner Partei abgestimmt haben, einen Gesetzentwurf ein, der die Verjährung der aus politischen Gründen zwischen 1944 und 1990 nicht

29 Frigyes Kahler: Az igazság Canossa-járása, avagy a rendszerváltoztatás és az igazságtétel történetéhez [Canossa-Gang der Gerechtigkeit oder Beiträge zum Systemwechsel und zur Gerichtsbarkeit]. Lakitelek 2014, S. 159f.

30 TIB: Történeti Igazságtételi Bizottság (Komitee für historische Rechtsprechung), eine im Frühjahr 1988 gegründete zivile Institution.

31 Kahler: Az igazság Canossa-járása [Canossa-Gang der Gerechtigkeit], S. 106–108.

32 Ebenda, S. 108.

verfolgten, jedoch theoretisch strafbaren schwersten Verbrechen wie Mord, Totschlag und Landesverrat neu regeln und wieder strafbar machen sollte. Der Gesetzesvorschlag hätte also nur die schwerwiegendsten Verbrechen geahndet und sah auch eine unbeschränkte Möglichkeit der Strafmilderung vor. Der Gesetzentwurf hatte den Hintergrund, dass bei willkürlichen Erschießungsaktionen im Jahr 1956 mindestens 300 Personen ermordet worden waren. Das Gesetz wurde im Parlament zwar angenommen, Staatspräsident Árpád Göncz unterschrieb es aber nicht, sondern reichte es zur Normenkontrolle ein – diese Handlung entsprach dem Verhalten der Liberalen und Sozialisten, die kein Rechtsverfahren in Gang setzen wollten. Das Verfassungsgericht erklärte den Gesetzentwurf letztlich für verfassungswidrig. Hierbei handelte es sich aber weder aus moralischer noch aus juristischer Sicht um eine zwingend notwendige Entscheidung, denn ähnliche Gesetze sind sowohl in Deutschland als auch in Tschechien angenommen worden, obwohl die Verfassungen dieser Staaten der ungarischen Verfassung sehr ähnlich sind. Theoretisch hätte also auch aus der ungarischen Verfassung die Gerichtsbarkeit des erwähnten Gesetzes abgeleitet werden können.[33] Das Urteil des Verfassungsgerichtshofes war deshalb eindeutig Teil eines politischen Kampfes.

Im Jahr 1992 reichte Zétényi einen neuen Gesetzentwurf ein, der die Verjährungsfrage regeln sollte. Das Schauspiel wiederholte sich: Das Gesetz wurde im Parlament angenommen, der Staatspräsident schickte es zur Normenkontrolle und das Verfassungsgericht erklärte es als verfassungswidrig. Die Regierung reichte parallel dazu ein Gesetz ein, das nur die Fälle jener, die während der Revolution und ihrer Niederschlagung verfolgt wurden, betreffen sollte. Dieses Gesetz wurde 1993 angenommen, die Mehrheit der Opposition blieb der Abstimmung fern. Der Staatspräsident schickte das Gesetz wieder zur Normenkontrolle und das Verfassungsgericht entschied, dass der erste Paragraf[34] des Gesetzes verfassungswidrig sei, beim zweiten Paragrafen[35] schrieb es konkrete Veränderungen vor. Daraufhin wurde der erste Paragraf gestrichen und das Gesetz unverändert angenommen. Der Staatspräsident musste zwar wissen, dass damit nur ein Teil der Vorgaben des Verfassungsgerichts erfüllt waren, unterschrieb jedoch das Gesetz, das damit rechtskräftig wurde.

33 Siehe dazu Zétényi Zsolt: Néhány adalék az igazságtétel kérdéséhez [Einige Beiträge zur Frage der Rechtsprechung]. In: *Valóság* 11 (1999), S. 59–78.

34 Der erste Paragraf des Gesetzes setzte die Verjährung der Verbrechen des kommunistischen Unrechtstaates aus.

35 Der zweite Paragraf des Gesetzes definierte die Verbrechen, die aufgrund des Gesetzes geahndet werden können, bzw. verwies auf verschiedene internationale Abkommen.

Aufgrund des Gesetzes wurden im Jahr 1994 verschiedene Prozesse in Gang gesetzt. Strategisch durchkalkuliert traten die Gegner des Gesetzes erst nach den ersten sich hieraus ergebenden Urteilen auf. Der oberste Prokurist und der Präsident des Obersten Landesgerichts wandten sich an den Verfassungsgerichtshof, um das Gesetz zu annullieren, weil die früher festgelegten Vorgaben nicht erfüllt worden seien. Das Verfassungsgericht annullierte daraufhin auch dieses Gesetz, hielt aber fest, dass eine Bestrafung in diesen Fällen aufgrund der Genfer Konvention von 1949 auch ohne weitere Gesetze möglich sei. Das Landesgericht entschied jedoch, dass die Ereignisse der Revolution nicht unter die Regelungen der Genfer Konvention fallen. Nach einem Protest eines Opferverbandes und der Intervention der Obersten Militärstaatsanwaltschaft im Jahr 1999 wurde diese Entscheidung zurückgezogen.[36] Die Urteile sprachen für sich: Oberst József Dudás, der 1956 in Mosonmagyaróvár (dt. Wieselburg-Ungarisch Altenburg) den Feuerbefehl auf eine friedlich demonstrierende Menge gegeben hatte, wodurch mindestens 50 Menschen starben und 200 weitere verwundet wurden, bekam wegen Verbrechen an der Menschlichkeit durch Mord an mehreren Personen drei Jahre Gefängnis, die Strafe wurde jedoch wegen einer Amnestieverordnung als „nicht durchführbar" außer Kraft gesetzt. Die Untergebenen von Dudás bekamen noch mildere Strafen. Zu diesen Minimalstrafen – die Mindeststrafe bei Mord liegt bei fünf Jahren Freiheitsentzug – kam es dadurch, dass – so argumentierte das Gericht – die Täter sich durch die Öffentlichkeit bedroht fühlten. Da Dudás 2001 starb, verfolgte das Oberste Landesgericht den Fall nicht weiter. Bis 2003 gab es insgesamt acht Prozesse wegen Massenerschießungen. In zwei Fällen sind die Täter zu fünf und zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt worden, der Strafvollzug wurde jedoch wegen der Amnestieverordnung bzw. „Undurchführbarkeit" ausgesetzt.

Es ist ein besonderes Phänomen der Vergangenheitsbewältigung in Ungarn, dass die Offenlegung der Staatssicherheitsakten und die Benennung bzw. Bestrafung der kommunistischen Machthaber getrennte Wege gingen. Diejenigen, die die erste Maßnahme forderten, waren nicht bereit, die Notwendigkeit der zweiten anzuerkennen, und diejenigen, die die zweite Maßnahme wollten, sabotierten die erste, wo sie nur konnten. Diese Arbeitsteilung ist interessant, denn sie war nicht zwangsläufig und sie ist eigentlich auch widersinnig, weil beide Maßnahmen nur zusammen einen Sinn ergeben, wobei man über das Strafmaß durchaus geteilter Meinung sein kann. Wären nicht alle Seiten von aktuellen politischen Erwägungen geleitet worden bzw. hätten charismatische und ver-

36 <http://www.origo.hu/itthon/19990629ujraindulnak.html>, 24.10.2017.

antwortungsvolle Führungspersonen den Verlauf der Ereignisse bestimmt, dann hätte diese Diskussion auch einen anderen Ausgang nehmen können.

Skandale

Das Thema Staatssicherheitsakten wurde während der Ära Antall diskret behandelt. József Antall selbst wiederum versuchte, seine politischen Widersacher durch Lustration auszuschalten. Die Ergebnisse der Lustrationen, sofern sie als „belastend" eingestuft wurden, sollten den Betroffenen in verschlossenen Briefumschlägen übergeben werden. Diese Nachricht war aber gleichbedeutend mit der Erklärung, dass der Lustrierte zugleich als IM der Staatssicherheit anzusehen sei. József Torgyán, Chef der Kleinlandwirte-Partei, weigerte sich gerade deshalb, den Umschlag entgegenzunehmen. Ein anderer Widersacher, der bekannte populistische Autor und spätere rechtsradikale Parteigründer István Csurka, trat die Flucht nach vorn an und enttarnte sich selbst in einer von ihm herausgegebenen Wochenzeitschrift – allerdings mit der Einschränkung, dass er lediglich erpresst worden sei und keinen einzigen Spitzelbericht verfasst habe.[37] Es zeigte sich schon von Anfang an, dass die Frage, wer als „belastet" angesehen werden sollte, nicht geklärt war. Ohne das konkrete Verhalten der Betroffenen vor 1989 zu prüfen, entschieden diejenigen, die die Lustration leiteten, lediglich nach den Agentenkarteien. War jemand auch nur sehr kurze Zeit als Mitarbeiter der Staatssicherheit registriert, ohne Berichte verfasst zu haben, galt er als „belastet" – selbst dann, wenn er sein IM-Verhältnis aus eigenem Entschluss schnell aufgekündigt hatte. Mangels Einsichtsmöglichkeit in die Originalunterlagen konnte niemand Aufschluss über das tatsächliche Verhalten der Betroffenen erhalten.

Die Ära Horn von 1994 bis 1998 markierte in mehrfacher Hinsicht einen Wendepunkt in der Erinnerungskultur. Zum einen zeigte sich, dass die Sozialisten offensichtlich kein Konzept für die kommunistische Vergangenheitsbewältigung hatten. Die stalinistische Zeit und die Repressalien nach 1956 wurden zwar verurteilt, doch bezüglich der Kádár-Periode (1956–1989) hatten die Machthaber nach 1994 kein Schuldgefühl – wohl deshalb, weil sie während dieser Diktatur selbst bereits Ministerämter oder andere hohe Funktionen bekleidet hatten.[38] Die Gesellschaft war wegen der Dysfunktionen der politi-

37 Die Version von Csurka ist inzwischen auch durch Dokumente erhärtet worden. Siehe dazu ÁBTL O-18655.

38 Einige Beispiele: Péter Medgyessy war von 1982 bis 1990 stellvertretender Finanzminister und zuletzt Stellvertreter des Ministerpräsidenten, nach 1998 Ministerpräsident. Judit Csehák war von 1984 bis 1987 Stellvertreterin des Ministerpräsidenten, danach Ministerin für Sozialfragen und Gesundheit und nach 1994 Vizepräsidentin der Sozialistischen Partei.

schen Transformation enttäuscht, weshalb landesweit auch kein Bedürfnis nach einer kritischen Konfrontation mit der Kádár-Diktatur aufkam. Daher konnten die kommunistischen Verbrechen auch seitens der Sozialisten offen verharmlost werden.

Seltsamerweise veränderte sich die Haltung aller neuen Parteien im Hinblick auf die Vergangenheitsbewältigung nach 1989. Die konservativen Parteien – MDF und Kleinlandwirte-Partei – zeigten sich am Anfang zwar gemäßigt, radikalisierten sich aber zunehmend in ihrem verbalen Antikommunismus. Allerdings waren sie weiterhin gegen die Öffnung der Akten, weil sie sich damit nicht selbst belasten wollten. Die Partei der Liberalen war anfänglich radikal antikommunistisch eingestellt, ging aber trotzdem im Jahr 1994 eine Koalition mit den Sozialisten ein und opferte dabei auch ihre Forderung nach Aktenöffnung. Der neu aufkommende Antisemitismus und dessen stillschweigende Duldung von einigen konservativen Politikern gab den Liberalen die dazu notwendige Motivation. Aus historisch-soziologischen Gründen war die Empfindlichkeit gegenüber dem Antisemitismus in dieser Partei am größten, wozu beitrug, dass viele ihrer führenden Personen auch jüdische Wurzeln hatten. Die Partei der Jungen Demokraten (Fidesz[39]) war anfangs radikal antikommunistisch und behielt diese Haltung auch später bei, allerdings mit verändertem Inhalt. Von der Öffnung der Akten sah die Partei schnell ab, als sie nach neuen Verbündeten in der rechten Szene suchte, und begnügte sich fortan mit einem verbalen Antikommunismus.

Für die Haltung der Sozialisten in der Ära des Ministerpräsidenten Gyula Horn zwischen 1994 und 1998 kann die Erinnerungskultur um die Revolution 1956 als typisch bezeichnet werden. Die der Partei nahestehende größte ungarische Tageszeitung *Népszabadság* (vor 1989 unter demselben Namen die Parteizeitung der USAP) brachte am 23. Oktober 1994 einen doppelseitigen Artikel über die Revolution.[40] Darin wurden die Verbrechen verharmlost[41] und es

39 Zwischen 1998 und 2002 und seit 2010 Regierungspartei.

40 Ötvenhat szócikk 1956-ról. In: *Népszabadság*, 22. Oktober 1994 (248), S. 25–30.

41 Im Zusammenhang mit der Massenerschießung wird der kommunistische Politiker László Földes zitiert, dem zufolge „wir seit sieben Uhr morgens nicht auf die Demonstranten schießen". Die Zahl der 200 Toten und 400 Verwundeten, die einen Tag davor Opfer des Schießbefehls waren, wird dadurch verschleiert. Bei den Tätern der Niederschlagung der Revolution wird ausführlich beschrieben, wie sie nach der Wende gelitten haben, ihre Verbrechen werden hingegen verharmlosend dargestellt. Ein Beispiel: Im Fall des früheren Komitats-Parteisekretärs und Innenministers János Pap fand der Autor erwähnenswert, dass bei ihm im Jahr 1991 eingebrochen und das Mobiliar zertrümmert wurde, wogegen die Hinrichtungen, die Pap zu verantworten hatte, unerwähnt blieben. Siehe Ötvenhat szócikk 1956-ról, S. 29, ferner <http://server2001.rev.hu/oha/oha_display.asp?id=188&lang=h>, 11.12.2017.

wurde suggeriert, dass der Aufstand von 1956 als „Bürgerkrieg" zu bewerten sei. Gyula Horn befürwortete dieser Interpretation, verwickelte sich jedoch in offene Widersprüche: Einerseits legte er zusammen mit der Tochter von Imre Nagy auf einem Friedhof an der Parzelle von Nagy und seinen Kameraden einen Kranz für die Opfer von 1956 nieder, andererseits stellte er seinen eigenen Bruder, Géza Horn, der ein Organisator der USAP war, als Opfer der „anderen Seite" dar. Seiner Interpretation nach sei sein Bruder von Revolutionären gelyncht worden – was eine klare Erfindung ist, denn er starb infolge eines von sowjetischen Fahrzeugen verursachten Verkehrsunfalls.

Die Spitze des Eisbergs der gespaltenen Erinnerung kam 1995 in der sogenannten „Császárné-Affäre" an die Öffentlichkeit. In Australien erkannte eine ungarische Emigrantin Tibor Vajda wieder,[42] der sie in den Jahren vor 1956 in der Untersuchungsabteilung der berüchtigten ÁVH (ung. Államvédelmi Hatóság, Amt für Staatsschutz) gefoltert hatte, und machte den Fall öffentlich. Vajda klagte die Frau wegen Verleumdung an und präsentierte vor Gericht eine Bescheinigung aus dem ungarischen Innenministerium, die gleich zwei Lügen enthielt: zum einen, dass es in der kommunistischen Zeit bei der ÁVH „verboten war, Menschen zu foltern",[43] zum anderen, dass Vajda stets auf die Einhaltung dieses „Verbots" geachtet habe. Die Bescheinigung hatte József Császárné[44] ausgestellt, dessen Person die Kontinuität der Rákosi- und der Kádár-Zeit im neuen Ungarn repräsentiert. Vajda wurde von einer Budapester Rechtsanwaltskanzlei vertreten, der ein Politiker der SZDSZ angehörte und

42 Tibor Vajda (geb. 1924) war Anfang 1945 zwei Wochen lang in einem zionistischen Verein, ab August desselben Jahres Mitglied der MKP, ab 1946 bei der politischen Polizei. Wegen seiner aktiven Teilnahme bei verschiedenen Schauprozessen (Rajk, Grősz, Pálffy, Sólyom, Magyar Közösség) wurde er mehrfach ausgezeichnet. Vajda war einer der brutalsten Verhörer, in mindestens einem Fall hat er einen Verhafteten zu Tode geprügelt. 1953 wurde er zum stellvertretenden Leiter der Untersuchungsabteilung ernannt, aber bald selbst als „zionistischer Verschwörer" verhaftet. Nach dem Tod Stalins wurde diese Anklage fallen gelassen, Vajda jedoch wegen Totschlag, Meineid, Urkundenfälschung und Diebstahl zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Sommer 1956 begnadigt, wanderte er nach der ungarischen Revolution 1956 als angeblich „politischer Flüchtling" nach Australien aus. Dort gab er sich als Zahntechniker aus, obwohl er kein entsprechendes Diplom vorweisen konnte. Zum Fall Vajda siehe Kenedi: K. belügyi, S. 182–188; Tibor Zinner u. a. (Hgg.): A Tényfeltáró Bizottság jelentése [Meldung der Enquetenkomission]. Budapest 1993, S. 237–239.

43 Gy. László Tőth: Részországgyűlés, részbizottságok, részigazságok [Teilparlament, Teilausschüsse, Teilwahrheiten]. In: *Magyar Nemzet Online*, 6. September 2001, <http://mno.hu/velemeny/reszorszaggyules-reszbizottsagok-reszigazsagok-832433>, 14.10.2017.

44 József Császárné, geb. Jolán Lábass, arbeitete seit 1948 jahrzehntelang als Leiter der Personalabteilung im Innenministerium und bekam noch zu Kádárs Zeiten den Titel eines Obersten der Polizei.

in der außerdem mehrere frühere Staatssicherheitsoffiziere[45] als Anwälte gearbeitet hatten. Als der Skandal aufflog, kam Császárné mit einer leisen Rüge davon. Die Tageszeitung *Népszabadság* brachte später den verharmlosenden Artikel *Ungarische Tragödie in australischem Film*, in dem Vajda als Opfer einer Verleumdung dargestellt wurde.[46]

Die Fidesz-Regierung von 1998 bis 2002 und erneut seit 2010 sorgte für eine radikale Veränderung der Erinnerungskultur. Die Fidesz-Partei war zur Zeit ihrer Gründung eine linksliberale und alternative Gruppierung. Nach 1994 merkte die Parteiführung, dass die Nachfrage des rechten Spektrums nicht abgedeckt war, linke Wählerstimmen hingegen gegenüber der SZDSZ und der MSZP schwer zu gewinnen waren. Dementsprechend erfolgte eine bewusste Umorientierung des Parteiprogramms, das bereits 1998 traditionelle und konservative Werte propagierte. Die Ideologen von Fidesz hatten eine neue und – wie sich erweisen sollte – populäre Vision zur Deutung der Geschichte anzubieten. Im Rahmen der Erinnerungskultur kommunistischer Verbrechen wurde im Jahr 2000 der „Tag der Opfer des Kommunismus"[47] eingeführt. Dabei erstaunt, dass – obwohl in Ungarn eigentlich schon seit der Wende ein berechtigter Bedarf eines solchen Gedenktages bestand – neun Jahre bis zur Verwirklichung notwendig waren. Dass es nicht schon während der Regierung József Antalls dazu kam, ist eigentlich schwer zu erklären.

Der „Tag der Opfer des Kommunismus" steht in einem kausalen Verhältnis mit dem Holocaust-Erinnerungstag.[48] Der gesetzlichen Verankerung des zweiten wurde nur unter der Bedingung zugestimmt, dass auch ein „Tag der Opfer des Kommunismus" in die Liturgie der staatlichen Erinnerungskultur aufgenommen wird. An diesem Beispiel sieht man ganz eindeutig, wie Erinnerungskulturen in einer Sackgasse enden können, wenn sie absichlich als politische Konkurrenten aufgezogen werden. Anstatt darauf hinzuweisen, dass die Würde der Menschen unveräußerlich und beide totalitären Diktaturen in glei-

45 Es handelt sich um die Rechtsanwaltskanzlei Eörsi und Partner. Der „Partner", Dr. Miklós Bauer, früher Oberstleutnant der ÁVH (Leiter der Personalabteilung, später der westlichen Aufklärung), war ein bekannter Offizier der ÁVH und folterte den früheren Justizminister István Ries derart, dass dieser dabei umkam. Neben Bauer arbeiteten weitere Mitglieder der ÁVH bzw. ihre Söhne in der Kanzlei.

46 Árpád Pünkösti: Magyar tragédia Ausztrál filmen [ungarische Tragödie auf australischem Film], *Népszabadság*, 10. Januar 1998. Vajda verlor im Jahre 2002 den Prozess in allen Instanzen.

47 Kommunizmus Áldozatainak Emléknapja. Als Tag wurde der 25. Februar 1947 bestimmt, der Tag der Verhaftung des Generalsekretärs der Kleinlandwirte-Partei, Béla Kovács, der bis 1955 in NKVD-Haft war. Im Zuge dessen wurde auch ein Denkmal für Kovács auf dem Parlamentsplatz in Budapest eingeweiht.

48 Holokauszt Áldozatainak Emléknapja.

chem Maße zu verurteilen sind, zeigte sich keine der Parteien bereit, ehrlich denselben Maßstab anzulegen, und begünstigte damit das Aufkommen selektiver Erinnerungskulturen innerhalb der ungarischen Gesellschaft. Eine logische Folge dessen war, dass die Erinnerungen an kommunistische und an NS-Verbrechen gegeneinander ausgespielt wurden. Diese Situation trägt bis heute maßgeblich dazu bei, die gegenseitige Solidarität der verschiedenen Opfergruppen zu zerstören.

Der größte Agentenskandal ist im Jahr 2002 mit der bereits erwähnten Medgyessy-Affäre öffentlich geworden. Die Fidesz-nahe Zeitung *Magyar Nemzet* publizierte ein Dokument, aus dem ersichtlich wurde, dass der frisch gewählte Ministerpräsident Péter Medgyessy im Jahr 1978 unter dem Codenamen D-209 als Oberleutnant in der Funktion eines Offiziers im besonderem Einsatz der Spionageabwehr registriert worden war.[49] Medgyessy versprach daraufhin die weitgehende Offenlegung der Akten. Er kam jedoch relativ glimpflich davon, denn außer der Tatsache seiner Ernennung sind seitdem keine weiteren Beweise einer tatsächlichen Spitzeltätigkeit bekannt geworden und alles deutet darauf hin, dass seine Verpflichtung einen weitgehend formalen Charakter hatte.

Die Opposition stand dieser Offenlegung mit gemischten Gefühlen gegenüber. Bald nach der Medgyessy-Affäre wurde bekannt, dass der Vater des Fraktionsvorsitzenden von Fidesz jahrzehntelang aktiv als Spitzel der Staatssicherheit tätig gewesen war und besonders schädliche Berichte geliefert hatte. Der Fraktionsvorsitzende, obwohl selbst in keiner Weise betroffen, dankte daraufhin ab. Im selben Jahr 2002 publizierte der bekannte Autor Péter Esterházy sein Buch *Verbesserte Ausgabe*, das er auch als Ergänzung zu seinem 2001 erschienenen Familienroman *Harmonia Caelestis* verstand. Esterházys Vater war langjähriger, allerdings wenig aktiver und sich auf banale Berichte beschränkender Informant der Staatssicherheit gewesen.

Im Jahr 2005 ist auf einer Internetseite, die ohne genauere Hinweise auf Quellen und Urheber auskommt, ein Dokument über IM der Staatssicherheit publiziert worden. Angeblich handelte es sich hierbei um jene Liste, die im Jahr 1990 im Auftrag von József Antall zu den prominentesten Personen mit IM-Vergangenheit zusammengestellt worden war. Die Liste, die in mehrere Kategorien unterteilt ist (Presse, Kirche, Parteien, Kultur), enthält 219 Namen und löste den bisher größten Skandal aus. Einige Betroffene gaben ihre inoffizielle Tätigkeit für den ungarischen Geheimdienst zu, aber die meisten dementierten empört. Sie konnten sich relativ sicher fühlen, denn das bereits

49 <http://szigoruantitkos.hu/szt-tisztek/medgyessy-peter-dr-124.html>, 24.10.2017.

erwähnte Gesetz IIII/2003 beinhaltet eine IM-Definition, die in der Praxis nie zu erfüllen war. Infolge dieser Gesetzgebung gewannen alle IM, die sich die Mühe gemacht hatten, vor Gericht zu gehen und gegen diejenigen zu klagen, die über sie die Wahrheit geschrieben hatten, ihre jeweiligen Verfahren.

2006 setzte sich die Reihe der Agentenskandale fort. Größtes Aufsehen erregte dabei der Fall des weltberühmten Regisseurs István Szabó.[50] Ein Historiker wies nach, dass Szabó von 1957 bis 1963 als IM tätig gewesen war und sehr diskreditierende Meldungen über seine Kollegen und Freunde erstattet hatte. Die Reaktion der Politik und der Intelligenz war sehr seltsam: Führende Personen der Regierung wie auch der Opposition bekundeten gleichermaßen ihre Hochschätzung für Szabó. Dabei war Szabó ein Sonderfall, denn er war die erste Person von wesentlicher Bedeutung mit einer als „linksliberal" geltenden Gesinnung. Unter der linksliberalen Intelligenz formierten sich entsprechend schnell Kreise der Solidaritätsbekundung,[51] die das Bedürfnis hatten zu verkünden, dass Szabó trotz allem ein großer Regisseur sei, was allerdings niemand bezweifelt hatte, „und wir ihn lieben". Szabó selbst bezeichnete seine IM-Tätigkeit als die mutigste Tat (sic!) seines Lebens und sah keinen Grund zur Reue.[52] Wer aber denken würde, dass diese kritiklose Haltung die Treuekundgebungen erschwert hätte, wird eines Besseren belehrt. Obwohl Szabó offensichtlich in Bezug auf seine Rolle innerhalb des ungarischen Geheimdienstes log, gratulierten ihm anlässlich des gerade damals stattfindenden Filmwettbewerbs, wo auch Szabó mit einem Film vertreten war, sowohl die Politiker der rechten Opposition (Fidesz) als auch jene der Sozialistischen Partei.

Hier sei ein kleiner persönlicher Exkurs erlaubt. Der Verfasser dieser Zeilen saß wegen Publikationen über IM-Tätigkeiten nicht weniger als 15 Mal auf der Anklagebank.[53] Einer dieser Prozesse ging bis vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Auslöser war eine Publikation von 2007 über die Zerschlagung einer unabhängigen Friedensinitiative im Jahr 1983 an der Universität Pécs (dt. Fünfkirchen).[54] Dieser Fall ist vor allem deshalb

50 István Szabó (geb. 1938), Filmregisseur, mit *Mephisto* gewann er in der Kategorie bester ausländischer Film im Jahr 1982 den Oscar. Szabó war nach der Abdankung von Árpád Göncz zeitweise inoffizieller Kandidat der Liberalen für den Posten des Staatspräsidenten.

51 Mehr als hundert namhafte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterschrieben eine Solidaritätsbekundung mit Szabó.

52 István Szabó: Szembesítés, <http://nol.hu/archivum/archiv-392171-204416>, 24.10.2017.

53 Ankläger waren der römisch-katholische Bischof László Kiss-Rigó, der frühere Hauptverwaltungsleiter des Innenministeriums, György Kolláth, sowie der Verfassungsrichter László Kiss.

54 Krisztián Ungváry: Egy eljárás genezise: a Dialógus Pécsett [Genese eines Verfahrens. Der Dialogus in Pécs]. In: Élet és Irodalom, 16. Mai 2007.

besonders interessant, weil bei den operativen Maßnahmen der Staatssicherheit hier nicht die IM, sondern die sogenannte „offizielle Verbindung", also die Vertreter der örtlichen Partei- und Komsomolführung, die wichtigste Rolle spielten. Sie übernahmen die Zersetzungsaufgaben, die Zensur, die Abschreckung und führten auch Strafmaßnahmen durch. Alle diese Handlungen erfolgten in enger Kooperation mit der Staatssicherheit. In diesem Aufsatz habe ich versucht, die Spielräume der verschiedenen Parteifunktionäre aufzuzeigen, und kam zum Ergebnis, dass der stellvertretende Parteisekretär der Universität, László Kiss, ein besonders strenger und treuer Gehilfe der Staatssicherheit war. Kiss, seit 1998 ständiges Mitglied des ungarischen Verfassungsgerichtshofes, klagte mich daraufhin sowohl als Privatperson wegen Verletzung persönlicher Rechte wie auch als Ersatzprivatkläger wegen Verleumdung in einem Strafprozess an. Er bestritt zwar keine der ihm vorgeworfenen Handlungen, sagte aber aus, dass er diese aus eigenem Ermessen und ohne Anweisung getan habe, und bestritt jeglichen Kontakt zur Staatssicherheit. Seine „geheimen Lageberichte" qualifizierte er nachträglich als Papierfetzen, die er für eine Kugel Eis von Kindern schreiben ließ. Die Arbeit der Partei bezeichnete er als Wohltätigkeit und seine eigene Funktion dabei als die eines Witzboldes – wobei seltsamerweise gerade dieses „Wohltätigkeitskapitel" aus seinem offiziellen Lebenslauf beim ungarischen Verfassungsgerichtshof fehlte.[55] Er verlor die Strafprozesse, gewann jedoch die Prozesse wegen Verletzung der Persönlichkeitsrechte, weil die ungarischen Gerichte der Meinung waren, die implizite Ableitung der Beweisführung sei für den Nachweis einer Tätigkeit zugunsten der Staatssicherheit nicht ausreichend. Ich bin anschließend zur Zahlung von 10.000 Euro Schmerzensgeld verurteilt worden. Dieses Urteil ist vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte für rechtswidrig erklärt worden.

Die neue Fidesz-Legislaturperiode

Seit 2010 ist in Ungarn vieles umgestaltet worden, die Geschichtswissenschaft inbegriffen. Zu den bereits bestehenden diesbezüglichen Fidesz-Einrichtungen kamen weitere hinzu: das Veritas-Institut für Geschichtsforschung[56], das Molnár Tamás Forschungszentrum[57], das Institut für die Erforschung des Sys-

55 Pesti Központi Kerületi Bíróság (Zentrales Kreisgericht Pest), Urteil 20.B.25.036/2009/14, S. 4.

56 Vgl. <www.veritas.hu/>, 19.10.2017.

57 Tamás Molnár (1921–2010), konservativer katholischer Philosoph, Historiker, Politologe. Das Institut hat keine Homepage und es gibt auch keine Informationen über seine Tätigkeit.

temwechsels[58], das Komitee der nationalen Erinnerung[59] sowie das Nationalstrategische Forschungsinstitut[60]. Insgesamt waren für diese Institutionen über zwei Milliarden Forint im Haushaltsplan für das Jahr 2014 vorgesehen.

Diese Institutionen haben viele Gemeisamkeiten: Historiker sind in keinem Fall zur Beratung hinzugezogen worden und die Stiftungsräte der Neugründungen – soweit überhaupt bekannt – bestehen fast ausschließlich aus Fidesz-Anhängern. Die Forschungsthemen dieser Institutionen wurden bis dato von andere Einrichtungen bearbeitet, diese sind jedoch entweder aufgelöst[61] oder verkleinert worden[62]. Keine der erwähnten Einrichtungen hat bisher wissenschaftlich international Nennenswertes publiziert.

Das Institut für die Erforschung des Systemwechsels wird von Zoltán Bíró, einem Günstling des Ministerpräsidenten Viktor Orbán, geleitet. Bíró war nach 1971 ein kommunistischer Ministerialbürokrat des sozialistischen Systems und enger Freund von Imre Pozsgay. 1987 wurde er provisorischer Vorsitzender des Ungarischen Demokratischen Forums. Er wurde aber abgewählt, unter anderem weil er nicht in Opposition zur Ungarischen Sozialistischen Arbeiter- und Bauernpartei gehen wollte, sondern sich als Juniorpartner der „national" gesinnten Kommunisten verstand, der nach eigener Definition einen dauernden Kampf mit den „Liberal-Kommunisten"[63] geführt hatte. Diese Meinung vertritt er noch heute. Ihm zufolge ist die politische Systemtransformation eine von dunklen Kräften künstlich herbeigeführte Verknechtung der ungarischen Nation. Ähnlich wie das polnische Istitut für Nationales Gedenken hat sein Institut das Recht, Originaldokumente von verschiedenen Institutionen anzufordern.

Das im September 2013 gegründete Veritas-Institut für Geschichtsforschung, das direkt dem Ministerpräsidialamt unterstellt ist (!), beschäftigt sich laut Regierungsverordnung mit der „Förderung des nationalen Zusammenhalts" und mit der „würdige[n] Darstellung der ungarischen Traditionen". Das Institut habe „fachpolitische Untersuchungen über die erfolgreichen, vorbild-

58 Vgl. <www.retorki.hu/>, 24.10.2017.
59 Vgl. <www.neb.hu/>, 24.10.2017.
60 Vgl. <www.nski.hu/>, 24.10.2017.
61 Das Institut für die Erforschung der 1956er-Revolution, das eigentlich als Institut für Zeitgeschichte tätig war, ist im Jahr 2011 ohne Begründung aufgelöst worden. Ein Teil der Mitarbeiter wurden von der Staatsbibliothek in Budapest übernommen.
62 Dem Institut für Politikgeschichte wurden das Archiv weggenommen, die staatliche Unterstützung vollkommen gestrichen und die Räumlichkeiten entzogen.
63 Den Begriff „Liberal-Kommunisten" gibt es aber in der Politologie nicht. Bíró versteht darunter offensichtlich Personen mit einem jüdischen Hintergrund. Vgl. Zoltán Bíró: Országkép [Landesbild] 2010–2013. Budapest 2014, S. 37, S. 47f. und S. 53f.

haften Regierungsbestrebungen der letzten 150 Jahre“ zu publizieren.[64] Wie diese Vorgaben mit der Unabhängigkeit der Geschichtswissenschaft vereinbar sind, bleibt im Dunkeln. Es muss hervorgehoben werden, dass eine solche Konstruktion, also die Unterstellung einer wissenschaftlichen Institution unter das jeweilige Regierungsorgan, sowohl historisch als auch geografisch ihresgleichen sucht. Selbst im Parteistaat war das Institut für Parteigeschichte nicht direkt der Regierung unterstellt und so eine Gliederung ist nicht einmal in Weißrussland oder in Kasachstan zu finden. Man soll sich aber nicht wundern: Schon der Name Veritas zeigt, dass die Macher dieser Institution davon ausgingen, es sei möglich, ein einziges historisches Narrativ als allgemein verbindende Wahrheit zu verkaufen.

In einem Punkt allerdings hat das „System der nationalen Zusammenarbeit“ einen progressiven Schritt getan, wenn auch nur mit symbolischem Wert. Im Jahr 2011 ist das Gesetz 2011/CCX verabschiedet worden, das die Verjährung der kommunistischen Verbrechen (Mord, Totschlag, Folter, schwere Körperverletzung, Landesverrat und Unterstützung dieser Tätigkeiten) außer Kraft setzte. Das Gesetz wurde auch „Lex Biszku“ genannt, weil es praktisch nur auf den früheren Innenminister Béla Biszku[65] anzuwenden war, da mittlerweile alle anderen Hauptverantwortlichen gestorben waren. Hierbei muss auch erwähnt werden, dass sich zwischen 1990 und 2013 mehrere Personen wegen Kriegsverbrechen bzw. Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Gericht verantworten mussten – allerdings für Taten, die vor 1945 begangen wurden.[66]

Die Frage der IM-Vergangenheit ist seit 2010 mehrmals in der Politik erörtert worden, obwohl Fidesz immer versucht hat, das Thema zu marginalisieren. 2010 versprach ein zuständiger Staatssekretär, dass laut einer neuen Gesetzesvorlage jeder Betroffene seine eigene Akte aus dem Archiv im Origi-

64 Regierungsverordnung 373/2013.(X.25.), <http://www.veritasintezet.hu/images/Kozerdeku-informaciok/373-2013X25Korm-rendelet.pdf>, 14.10.2017.

65 Béla Biszku (1921–2016) war seit 1944 Kommunist, bis 1956 Parteibürokrat, von 1957 bis 1961 Innenminister, bis 1980 Mitglied des Politbüros. Als Politiker zählte er zum linksradikalen Flügel der Partei und war für die Repressalien nach 1956 persönlich verantwortlich, bei denen er „mehr physische Vernichtung“ von den Gerichten forderte. 1989 ging er in Pension und lebte zurückgezogen, bis 2008 zwei Journalisten einen Film mit ihm drehten. 2010 wurden mehrere Verfahren gegen ihn eingeleitet, die jedoch alle abgewiesen worden sind. Aufgrund des neuen Gesetzes kam er 2013 wieder auf die Anklagebank. In wiederholter erster Instanz wurde er zu zwei Jahren Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Er verstarb während der Berufungsverhandlungen.

66 Die zwei bekanntesten Fälle sind László Csatáry, Polizist im Ghetto von Kassa/Kosice im Jahr 1944, und Sándor Képíró, Hauptmann der Gendarmerie, der wegen eines Massakers in Újvidék/Novi Sad im Jahr 1942 angeklagt worden war. Beide starben während der Verhandlungen.

nal (!)als Eigenbesitz mit nach Hause nehmen könne. Auf die Frage, was mit den Akten, die mehrere Personen betreffen, bzw. mit den IM geschehen solle, gab man keine Antwort. Frühere Forschungen über die IM-Registratur und über die Magnetbänder, die diese Registratur komplett beinhalten und auch heute noch lesbar sind, wurden eingestellt. 2013 wurde schließlich das bereits erwähnte Komitee der nationalen Erinnerung gegründet und das Thema in seinen alleinigen Zuständigkeitsbereich delegiert. Dieses Institut darf laut des Gesetzes CCXLI/2013 sogar Aussagen treffen, die mit juristischen Mitteln nicht angefochten werden können. Die Leiterin des Instituts verkündete mehrmals, dass sie die IM-Angelegenheiten für unwichtig betrachte und sich deshalb vorläufig nicht damit beschäftigen wolle. Die Partei „Politik kann anders sein" reichte im Parlament seit 2010 nicht weniger als neun Mal eine Gesetzesvorlage über die Freigabe der Staatssicherheitsakten ein. Doch die von Fidesz dominierte Mehrheit ließ nicht einmal zu, dass diese Gesetzesvorlage überhaupt auf die Tagesordnung gesetzt werden konnte.

Welches Geschichtsbild durch die Fidesz-Institutionen generiert werden sollte, kann aufgrund vieler Indizien zwar vermutet werden, aber konkrete Aussagen sind mangels wissenschaftlicher Forschungsergebnisse noch nicht möglich. Die von Fidesz-Günstlingen betriebene Akademie der Ungarischen Künste[67] (ung. Magyar Művészeti Akadémia, im Folgenden MMA) veranstaltete im August 2013 eine Konferenz über ungarische Autoren, die während der sozialistischen Diktatur verboten waren und vergessen wurden. Keine Geringere als Katalin Mezey, Leiterin der literarischen Abteilung der MMA, stellte die These auf, dass die literarischen Erfolge der in Deutschland gut bekannten Autoren Péter Nádas und Péter Esterházy das Produkt einer „geheimen Abmachung" der Staatssicherheit mit diesen Autoren seien.

Laut dieser Verschwörungstheorie habe sich die eine – postmoderne – Gruppe frei entfalten können, wogegen die andere, dem „wahren Inhalt" eher verpflichtete, die auch politisch unbequem war, an die Peripherie abgedrängt worden sei. Das Programm von Aczél, [vormals Leiter der Kulturpolitik der USAP, Anm. d. Autors] aus dem Jahr 1970 sei somit vollzogen worden: Statt

67 Die Akademie der Ungarischen Künste (ung. Magyar Művészeti Akadémia, MMA) ist 1992 als privater Verein von sich als „rechtskonservativ" bekennenden Personen gegründet worden (darum in Anführungszeichen, weil diese Art Konservativismus im Grunde nichts mit dem Konservativismus im westlichen Ausland zu tun hat). Ihre Leitung liegt ausschließlich in den Händen von Fidesz-Anhängern. Die Träger der freien Künste waren staatlicherseits seit 1992 von der Akademie der Wissenschaften in der Széchenyi-Kunstakademie (ung. Széchenyi István Művészeti Akadémia, SZIMA) organisiert (ähnlich wie die Akademie der Künste in Deutschland). 2011 wurden die Rechte der MMA in der Verfassung verankert und die Organisation damit zur alleinigen Vertreterin der freien Künste. Ihre Mitglieder beziehen auch hohe monatliche Apanagen.

einer Literatur, die Ästhetik mit Ethik verbinde, sich mit den Anliegen der Gesellschaft beschäftige, habe sich die farb- und geruchlose, aber gut übersetzbare Textliteratur behauptet. All das sei mit Universitätslehrstühlen und durch Soros-Spenden[68] aus den Vereinigten Staaten belohnt worden, um den Prozess fast irreversibel zu machen.[69] Das Ziel, den Prozess der Liberalisierung [sic!] unter Kontrolle zu halten, sei mit dieser Methode vollständig erreicht worden – resümiert der bekannte Kolumnist der damals noch Fidesznahen[70] Tageszeitung *Magyar Nemzet*.[71]

Für Außenstehende mögen solche infamen Unterstellungen als Hirngespinst von Verrückten erscheinen, denn Esterházy und Nádas zählten bis 1990 nicht zu den geförderten Autoren – im Gegensatz zu vielen Mitgliedern der MMA, die auch im Parteistaat hohe Auszeichnungen erhalten hatten.[72] Die Verleumdungskampagne hat den Zweck, die Grenze zwischen Kollaboration und Widerstand zu verwischen bzw. die früheren Oppositionellen, die sich an den westlichen Demokratien orientiert und mit ihrem öffentlichen Auftreten ihre Existenz riskiert hatten, als Handlanger der Diktatur darzustellen.

Diese Wahnideen verfolgen mehrere Ziele. Einmal dienen sie primär der Tagespolitik, weil bekannterweise weder Esterházy noch Nádas jemals Anhänger des „Systems der nationalen Zusammenarbeit" waren. Auch die fehlende internationale Anerkennung jener Autoren, die Anhänger des „Systems der nationalen Zusammenarbeit" sind, lässt sich so erklären. Und „verständlicherweise" können nur jene Opfer der früheren Unterdrückung nun auf Wiedergutmachung hoffen, die „nationstreu" sind. Der neue „nationale Kanon",[73] der von der MMA und den neu geschaffenen Institutionen vertreten wird, fördert auf diese Weise eine Geschichtsschreibung, mit deren Hilfe heutige politische Konflikte bis 1945 rückwirkend eine Erklärung finden.

---

68 Der Verfasser meint damit offensichtlich die György-Soros-Stipendien. Hätte er jedoch recherchiert, dann hätte er festgestellt, dass weder Nádas noch Esterházy Soros-Stipendien erhalten haben – im Gegensatz zu Viktor Orbán und seinen Genossen, die alle in den Genuss dieser Stipendien gekommen sind.

69 János Csontos: Eltilva és elfelejtve. A tokaji írótábor a cenzúráról és a rendszereken átívelő aczéli háttéralkukról [Die Tokajer Autorenversammlung über Zensur und über die Aczél'schen Hinterabmachungen, die sich durch Systeme hinziehen]. In: Magyar Nemzet, 19. August 2013.

70 Seit 2015 ist die Zeitung oppositionell eingestellt, weil ihr Besitzer, der Oligarch Lajos Simicska, sich mit dem Ministerpräsidenten zerstritten hat.

71 Csontos: Eltilva és elfelejtve [Verboten und vergessen].

72 Eine der Führungsfiguren der MMA, István Nemeskürty, war von 1959 bis 1987 Leiter der staatlichen Filmproduktion und in dieser Eigenschaft auch verantwortlich für Filmzensur.

73 Ágnes Huszár: Kormányzati könyvajánló [Buchempfehlung der Regierung] <http://www.es.hu/cikk/2012-11-16/huszar-agnes/kormanyzati-konyvajanlo.html>, 24.10.2017.

Zusammenfassung

Die Erinnerungskultur in Ungarn besteht aus der gegenseitigen Aufrechnung der Verbrechen von ungarischen „Faschisten“[74] und Kommunisten, wobei der Prozess der Aufrechnung immer einseitiger in die Aufzählung der „kommunistisch“ deutbaren Verbrechen mündet. Erkennbar wird dies besonders an Gedenktagen, die zu öffentlichen Ritualen geronnen sind. Der „Tag der Befreiung“ Budapests am 13. Februar 1945[75] durch die Sowjets ist beispielsweise ein Anlass für die immer kleiner werdende Sozialistische Partei, an die „rechte Gefahr“ zu erinnern. Für die Rechtsradikalen ist dasselbe Datum der „Tag der Treue“, nämlich zu Hitlerdeutschand. Der Fidesz-nahe Sender Echo-TV feierte 2013 den 13. Februar 1945 als einen heldenhaften Tag. Für die Regierung ist der „Tag der Opfer des Kommunismus“ der zentrale „Erinnerungsort“. Mangels linker Opposition dominieren in der heutigen Erinnerungslandschaft nur die rechts bzw. rechtskonservativ nutzbaren historischen Themen.

Ein Merkmal der nationalen Erinnerungskultur ist die Suche nach einem politisch nutzbaren und deshalb „gültigen“ Narrativ. Die Politik versucht überall, einen alleinigen Anspruch auf das nationale Erbe zu erheben, um es für die eigenen Ziele zu verwenden. Nach 1945 und insbesondere nach 1956 legitimierte sich die kommunistische Partei (auch) damit, dass sie die wahre Negation des Faschismus und Erbin der Räterevolution von 1919 sei. Nach 1989 bauten die links stehenden Kreise eine ähnliche Legitimierung auf, indem sie sich selbst als Negation des Bösen darstellten. In diesen Legitimierungsmustern findet die wirkliche Erinnerung an die Opfer des Kommunismus nur schwer einen Platz. Erfreulicherweise wird jedoch in Bezug auf die Erinnerung an die NS-Verbrechen in der wissenschaftlichen Diskussion gerade in jüngster Zeit auch die Verantwortung der ungarischen Täter betont, wogegen vor der Wende das Gewicht auf die Verantwortung NS-Deutschlands gelegt und eine ungarische Mittäterschaft verneint wurde. Die Fidesznahen Kräfte führen jedoch die Geschichtsinterpretation des Parteistaates weiter, indem sie die Verantwortung der außerhalb Ungarns stehenden Kräfte betonen: Die Täter seien meistens von außen gekommen, die Entwicklung seit 1945 habe keine ungarischen Wurzeln, Faschismus und Kommunismus seien von außen dirigierte geistige Strömungen.[76]

74 Unter diesen Begriff werden Pfeilkreuzler, Nationalsozialisten und rechte Antisemiten subsumiert.

75 Am 13. Februar 1945 eroberte die Rote Armee auch die letzten Häuser von Budapest. Vgl. Krisztián Ungváry: Die Schlacht um Budapest. Stalingrad an der Donau. München 1999.

76 Siehe dazu die Debatten über das deutsche Besatzungsdenkmal sowie die Publikation von Mária Schmidt: Das Budapester Museum „Haus des Terrors“ – Museum der modernen Zeitgeschichte und lebendige Gedenkstätte. In: Volkhard Knigge, Ulrich Mählert (Hgg.):

Die hier genannten Probleme speisen sich aus einer veralteten Auffassung der nationalen Geschichte, die einseitig lediglich der Identifizierung dienen soll. Selbstkritische Ansichten sind dabei Störfaktoren. Dadurch entsteht der Mythos einer „unschuldigen" Nation, denn alle negativen Erscheinungen werden auf äußere Einflüsse zurückgeführt. Neben dem Mythos von der nationalen Unschuld existieren jedoch noch weitere. Zu diesen gehört die scharfe Trennung des Kádár-Regimes von der Rákosi-Zeit, als ob beide Perioden nichts gemeinsam hätten. Der Konstruktcharakter dieses Mythos lässt sich jedoch bereits dadurch entlarven, wenn man sich vor Augen hält, dass Kádár unter Rákosi Innenminister war und in dieser Funktion mehrere Schauprozesse durchführen ließ. Ein weiterer Mythos besteht in der Mystifizierung der Arbeit des Staatssicherheitsdienstes, dessen Mitarbeiter „guten Glaubens gewesen" wären und „nur für Ihr Vaterland gekämpft" hätten – solche Statements gaben sowohl Politiker der Fidesz als auch Politiker der Sozialisten ab.[77]

Die Erinnerungskultur und ihre Rituale werden in der ungarischen Politik stark instrumentalisiert. Die Akten der früheren Staatssicherheitsdienste vergiften auch heute die Gesellschaft, weil die Machthaber ihre Inhalte für eigene Zwecke missbrauchen. Die Wege der gesellschaftlichen Diskussion und Aufarbeitung werden mit Lügen über die Akten verbaut. Die Unmöglichkeit der Benennung der Spitzel ist eine groteske, schädliche Wiederholung der Unterdrückungspraktiken der Diktatur.

Der Kommunismus im Museum. Formen der Auseinandersetzung in Deutschland und Ostmitteleuropa. Köln, Weimar, Wien 2005 (Europäische Diktaturen und ihre Überwindung. Schriften der Stiftung Ettersberg, 6), S. 161–171; und als Erwiderung: Krisztián Ungváry: Momentaufnahme. Aktuelle Fragen der Erinnerungskultur in Ungarn. Debatten außerhalb der Geschichtswissenschaft. In: Ulrich Mählert u. a. (Hgg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2011. Berlin 2011, S. 299–306.

77 Beispiele dafür in: János Kenedi: K. belügyi iratfelmérő jelentése a kastélyból [Observierungen des Aktenprüfers des Inneren K. aus dem Schloss]. Budapest 2000, S. 26–41.

Akten auf dem Prüfstand – Das Beispiel der Securitate

The Production of the Securitate's "Truth"

Dealing with the Institutional Practices and Encapsulated Discourses of the Romanian Secret Police

CORNELIU PINTILESCU

In December 1957, the Regional Directorate of Securitate for Braşov (then officially named Stalin[1]) sent a report to the leadership of the Ministry of Internal Affairs on surveillance activity concerning a group of young Transylvanian Saxons from Orașul Stalin (Ro. Brașov, Ger. Kronstadt).[2] They had met regularly during the autumn of 1956 in the house of one of their number named Horst-Peter Depner.[3] During several private meetings that took place that autumn, aside from topics stirring the interest of youth, this group discussed political topics considered taboo at the time, such as the Hungarian Revolution and its effects on Romania, comparisons between the Western and Eastern Bloc etc. Based on the Securitate's interpretation, the investigating officers labelled these intellectuals "a group with a counter-revolutionary, German nationalist character".[4] These labels had dramatic consequences for the lives of those targeted, most of them being sentenced to harsh punish-

1 Brașov (Kronstadt in German, Brassó in Hungarian), a city located in the center of Romania, was re-named Orașul Stalin (Stalin Town) in 1950. Between 1950 and 1960 the Braşov region was named Regiunea Stalin (Stalin Region).

2 National Council for the Study of the Securitate Archives (o. Arhiva Consiliului Național pentru Studierea Arhivelor Securității, henceforth ACNSAS), Fond Informativ (henceforth FI), dossier 153 639, vol. 1–2, f. 1. Beside this main group, other persons were later involved in the trial, the most important being the Black Church minister, Konrad Möckel.

3 ACNSAS, FI, dos. no. 153 639, vol.1–2, f. 1. See also Horst-Peter Depner: Auch ohne Zukunft ging es weiter. Erinnerungen. Edited by Georg Aescht. München 1998.

4 ACNSAS, FI, dos. no. 153 639, vol.1–2, ff. 1–2. All quotations in Romanian are translated into English by the author unless stated otherwise.

ments by a military court in December 1958.[5] The case – a perfect example of the Securitate's politicization of everyday activities – should be understood in the context of a harsh wave of political repression carried out by the Romanian communist regime during the period 1957–1962 in order to avoid similar rebellions to those that happened in Hungary in the autumn of 1956.[6]

This process of politicizing the everyday life of those involved in the aforementioned group was carried out by three institutional echelons of the Securitate. In a first stage, the informers delivered notes which were collected, interpreted and then sent to the regional level. The Regional Directorate processed the information and sent a synthesis containing its own interpretation to the General Directorate in Bucharest that answered with specific instructions about developing the surveillance activity on the local level.[7] After the members were placed under arrest in late 1957 and early 1958, the communication between the local-regional-central layers concerning the evolution of the inquest was concluded with a final report delivered by the leadership of the Ministry of Internal Affairs to the Central Committee (Ro. Comitet Central, C.C.) of the Romanian Workers' Party (Ro. Partidul Muncitoresc Român) in March 1958, on which some members of the Political Bureau of the C.C., including the General Secretary Gheorghe Gheorghiu-Dej, made cynical comments.[8]

The investigation file for this case illustrates in a suggestive manner how important the bureaucratic aspects of the Securitate activity are in understanding the documents it issued. It also highlights the importance of the discursive practices of the Securitate, especially the meaning the Securitate officers assigned to various ideological concepts and categories in the course of their daily activity. Consequently, this article first focuses on the following questions: how did the Securitate bureaucracy work? What were its main functioning principles? What effects did these principles have on its activity? While delivering papers on the topic of the history of political trials in Roma-

5 Among them was the Lutheran theologian Konrad Möckel, convicted of high treason for allegedly sending statistical information concerning the Transylvanian Saxons to Western Europe and influencing the aforementioned group of young people to conspire against the state security. ACNSAS, Fond Penal (thereafter FP), cota SRI Cluj 5348, vol. 12, ff. 1537–1538.

6 For the effects of the Hungarian revolution on Romania see: Dennis Deletant: Impactul revoltei maghiare în România [The Impact of the 1956 Hungarian Revolution on Romania]. In: Romulus Rusan (ed.): Anii 1954–1960. Fluxurile și refluxurile stalinismului. Analele Sighet 8 [The Years 1954–1960: The Fluxes and Refluxes of Stalinism]. Sighet Yearbook 8. Bucharest 2000, pp. 236–267, here: pp. 242–267.

7 ACNSAS, FI, dossier no. I 153639, vol. 1–2, f. 1.

8 ACNSAS, Fond Documentar (henceforth FD) Bucharest, dossier 000 196, vol. 1, ff. 40–48.

nia during the 1950s, the author of this article was asked by the audience if the facts depicted in the Securitate files were "true". In this case, as in many others, the details concerning the meetings were accurate. The Securitate did not invent the facts but simply selected them and gave them new meanings in accordance with its ideological perspective. The Securitate managed to support its accusations through an elaborate work of ideological interpretation. In this way, the Securitate issued a specific discourse by which it created its own "truth" and produced a specific kind of "knowledge", if we adopt a foucauldian approach.[9] In order to understand the discourse specific to the Securitate, one should first comprehend the rules behind it. The premise of my inquiry is the fact that the Securitate files are first of all reliable sources for how the Securitate and the communist regime perceived social groups and individuals, or, in other words, for a "constructivist" approach.[10] In this respect, one should mention four other scholars who proposed "constructivist" approaches to the Securitate's files: Cristina Vatulescu and Cristina Anisescu, who focused on the "rhetoric" of the Securitate files,[11] Katherine Verdery, whose research is based on an ethnographic approach to the activity of the Securitate,[12] and Florin Poenaru, who studied the archives of the repressive institution "as a form of knowledge".[13] This study owes a lot to the contributions to the topic by the latter two scholars. On this matter, Florin Poenaru pointed out in a suggestive manner that:

9 See Michel Foucault: Truth and Power. In: id. Power/knowledge. Selected Interviews and Other Writings, 1972–1977 (Edited by Colin Gordon). New York 1980, pp. 109–133, here: pp. 131–133.

10 Acording to Jonathon W. Moses and Torbjørn L. Knutsen, the epistemological debate within the social sciences is dominated by the competition between so-called "scientific realism" and "constructivism". The first is founded on the premise that social phenomena can be researched similarly to natural phenomena, and thus the theoretical models created by social scientists are able to reflect the social reality. In contrast, "constructivism" in the social sciences focuses on the premise that social research should concentrate on the discursive manifestation of individuals and groups. See: Jonathon W. Moses, Torbjørn L. Knutsen: Ways of Knowing. Competing Methodologies in Social and Political Research. New York 2007, pp. 4–7.

11 Cristina Vatulescu: Police Aesthetics: Literature, Film, and the Secret Police in Soviet Times. Stanford 2010, p. 12; Cristina Anisescu: Partiturile Securității: limbajul textelor din casa de fier [The Musical Scores of the Securitate's Red Tape: The Language of the Files from the Iron House]. In: Silviu B. Moldovan (ed.): Partiturile Securității. Directive, ordine, instrucțiuni (1947–1987) [The Musical Scores of the Securitate's Red Tape: Directives, Orders, Instructions (1947–1987)] București 2007, pp. 82–92.

12 Katherine Verdery: Secrets and Truths. Ethnography in the Archive of Romania's Secret Police. Budapest 2014.

13 Florin Poenaru: Contesting Illusions: History and Intellectual Class Struggle in Post-Communist Romania. PhD thesis submitted to Central European University, Budapest, Department of Sociology and Social Anthropology, June 2013, p. 113.

> The secret police is then a large social laboratory established by the state, in which social facts are transformed into scientific facts through processes of recording (testimonies, conversations, meetings and so on), observation, codification, taxonomy, cartography, reading, and above all, writing for the use of the political power.[14]

Poenaru rightly noted this characteristic of the Securitate apparatus in which practices of producing knowledge about society are intertwined with practices of transforming it.

In conducting this research, I drew mainly on the theoretical perspective proposed by Michel Foucault when dealing with the relationship between knowledge and power. According to Foucault, "truth" should be approached "as a system of ordered procedures for the production, regulation, distribution, circulation and operation of statements."[15] Concerning the process of producing the "truth", Foucault argued that:

> Each society has its regime of truth, its 'general politics' of truth: that is, the types of discourse which it accepts and makes function as true; the mechanisms and instances which enable one to distinguish true and false statements, the means by which each is sanctioned; the techniques and procedures accorded value in the acquisition of truth; the status of those who are charged with saying what counts as true.[16]

Foucault offers an appropriate methodological approach because the Securitate was an institution in which practices of producing knowledge and asserting social control were strongly intertwined. By looking from this perspective, we might apprehend aspects of the Securitate's activity which have yet to benefit from the attention of scholarship. Most of the research already conducted on the functioning of the Securitate focuses on the repressive aspects of its activity due to the fact that the organization's main goal was to manage the real or potential threats to state security.[17] Yet the institution was also the main source of information for the political leadership regarding social phenomena considered to be of interest. The Securitate assisted various state institutions in implementing complex policies of transforming society, such as collectivization and industrialization.

---

14 Id. p. 117.
15 Foucault: Truth, p. 133.
16 Id. p. 131.
17 Among the most important contributions to the topic are those authored by Marius Oprea: Bastionul cruzimii. O istorie a Securității (1948–1964) [The Bastion of Cruelty: A History of the Securitate (1948–1964)]. Iași 2008; Dennis Deletant: Communist Terror in Romania. Gheorghiu-Dej and the Police State, 1948–1965. London 1999.

The most eloquent example is the activity of the Securitate during the collectivization process.[18] From 1949 up to 1962, the local branches of the Securitate sent a huge number of reports to the headquarters in Bucharest regarding not only the mood of the rural communities and the repressive policies dealing with the "chiaburi" (Romanian kulaks),[19] but also agricultural production on the local level.[20] The Securitate was a key institutional tool in implementing social engineering policies[21] and in this respect it used a variety of techniques in order to produce knowledge about individuals and groups and to influence them by persuasive or coercive means.

As for the sources of my research, I should mention that, although I had the occasion during my doctoral and postdoctoral research to deal with a broad variety of documents issued by the Securitate, my research experience was connected mainly with a few specific areas of the activities of this repressive institution. This partially explains my choice to illustrate the argument of this study with files concerning three fields of the Securitate activity: collectivization, the German minority in Romania and the Greek Catholic Church. My study will also focus more on the first two decades in the history of the Securitate because it was during this period that the Securitate's institutional structure and everyday practices were shaped.

Thus, in the first part of this study I shall offer a general overview of the Securitate's bureaucratic apparatus by paying special attention to a few main principles which structured its activity during the period 1948–1968. In the

18 For more details about the collectivization process in communist Romania see: Gail Kligman, Katherine Verdery: Peasants under Siege. The Collectivization of Romanian Agriculture, 1949–1962. Princeton 2011; Constantin Iordachi, Dorin Dobrincu (eds.): Transforming Peasants, Property and Power. The Collectivization of Agriculture in Romania, 1949–1962. Budapest 2009.

19 "Kulaks" were wealthy peasants in Soviet Russia and the early Soviet Union labelled them as such according to variable standards defined by the Communist Party. They were perceived as "class enemies" and under Stalin they became the target of a mass repression policy entitled "Dekulakization". For more details see: Robert Conquest: The Harvest of Sorrow. Soviet Collectivization and the Terror-Famine. New York 1986.

20 For instance, the reports delivered by the Cluj or Constanța regional directorates of the Securitate in the period 1949–1952 contain a lot of details regarding how many potatoes had been collected in various collective or state farms or which obstacles the local authorities encountered in their effort to meet the requirements of the central authorities. See ACNSAS, FD Bucharest, dossier no. 7, vol. 2, ff. 167–168, 169–170, 174–175; vol. 10, f. 69. One explanation for this practice is the fact that the Party leadership did not fully trust the official reports delivered by the local branches of the administrative and economic state institutions.

21 See in this respect Christopher R. Browning, Lewis H. Siegelbaum: Frameworks for Social Engineering. Stalinist Schema of Identification and the Nazi *Volksgemeinschaft*. In: Michael Geyer, Sheila Fitzpatrick (eds): Beyond Totalitarianism. Stalinism and Nazism Compared. Cambridge 2009, pp. 231–265.

second part, I shall focus on three kinds of documents or files issued by the Securitate illustrating how the institution produced "knowledge": "the personal data sheet" (Ro. fișa personală), the type of file dealing with a specific field of Securitate activity which was later included in the Documentary Fond (Ro. Fond Documentar), and the so-called investigation file (Ro. dosar de anchetă).

The Labyrinthine Bureaucratic System of the Securitate

The Securitate, just like its Soviet model, underwent a few reorganizations during its existence and was assigned different names, the word "securitate" (security) being part of all its official titles.[22] Despite these various reorganizations, during the period 1948–1968 the Securitate preserved a few key principles in the way its apparatus worked. The institution had a three-level structure during this period: first, the central level (the General Directorate in Bucharest); second, the regional level (regional directorates for each regional administrative unit in the period 1950–1968); and third, the local level (the Securitate's services for all rayons[23] and towns). Later, in February 1968, the Securitate received a new territorial division, the regional directorates being replaced by county inspectorates[24] and the rayon level being removed.[25]

Before 1968, both the General Directorate and the regional directorates had branches in charge of different areas such as Domestic Intelligence and Counter-Espionage etc. Each specialist department on the regional level was subordinated to its similar department within the General Directorate, the latter supervising its activity.[26] For example, the departments within the regional directorates in charge of domestic intelligence were subordinated to the similar one in the General Directorate named "Direcția I-a Informativă".[27]

22 The first official name of the institution was the General Directorate for the People's Security (Ro. Direcția Generală a Securității Poporului). For more details concerning the several institutional reorganizations see Dennis Deletant: The Securitate and the Police State in Romania. 1948–64. In: *Intelligence and National Security* 8 (1993) 4, pp. 1–25, here: pp. 18–19.

23 An administrative and territorial unit imported into Romania from the Soviet Union in September 1950 by an administrative reform imposing division into regions and rayons, instead of counties. The rayon was a territorial and administrative unit equivalent to a township.

24 The so-called "inspectorate județene de Securitate" in Romanian.

25 See for details Florica Dobre, Elis Neagoe-Pleșa, Liviu Pleșa: Introducere [Introduction]. In: Florica Dobre (ed.): Securitatea: structuri-cadre: obiective și metode [The Securitate: Organisational Structures-Cadres: Goals and Methods]. București 2006, vol. 1, p. xii.

26 Oprea: Bastionul, pp. 56–57.

27 Ibid.

Within the Domestic Intelligence departments, on both the central and local level, there were other offices which dealt with different sub-fields. For instance, within the Domestic Intelligence Central Department there were offices in charge of the surveillance of the national and religious minorities entitled Nationalists, Cults and Sects (Ro. Naționaliști, Culte și Secte).[28] On the regional level, there were similar offices responsible for the same issue. In general, the departments of the Securitate were defined according to two criteria: fields of activity and geographic segmentation following the administrative divisions of the country (regions and rayons in the period 1950–1968).

The organizational principles had a strong impact on the everyday activity of the Securitate. One main principle which dominated its activity was the extreme centralization of its multilayered apparatus. The flow of information went from the local level to the headquarters and vice-versa, while the regional directorates acted as a filter between these levels. The reports were synthesized at the regional level and sent on to Bucharest. From the headquarters, the information was redistributed to different regions according to what the centre considered to be their needs. So the Securitate reproduced the practice of what Katherine Verdery called "paternalistic redistribution", whereby the communist state institutions "accumulated resources" and redistributed them.[29] In this case, the information condensed in the headquarters was an instrument with which to exercise strong control over the activity of the regional and local units.[30] As Florin Poenaru notes, "only the top echelon of the Securitate had access to the *entire* file: the rest of the employees just contributed with only parts or pieces."[31] This system maintained the centre's control over the local level and protected the top secret character of the flow of information but it had the disadvantage of making the bureaucratic apparatus work slower and produced a lack of effective communication among the units belonging the same echelon.[32] Thus the most important surveillance activities and the criminal investigations were carried out under the supervision and strict instructions of the General Directorate. The General Directorate sent instructions concerning which questions were to be asked during interrogations and which answers were to be obtained, or concerning the specific places to look for evidence.

28 Id. pp. 51–53, p. 67.
29 Katherine Verdery: What Was Socialism, and What Comes Next? Princeton 1996, pp. 24 and 26.
30 Id. pp. 24–26.
31 Poenaru: Contesting, p. 136. Emphasis in the original.
32 The fact that the extreme centralization and the so-called "conspirativity" sometimes caused a lack of effectiveness in the Securitate apparatus is also noted by Verdery: Secrets, pp. 138–140.

One striking example is the extreme centralization of the criminal investigations conducted by the Securitate. Following the Soviet practices in this field of activity, the Securitate used typified questionnaires produced by the General Directorate for conducting interrogations on the regional or local level.[33] These lists of questions local Securitate employees were to ask during the interrogation of defendants or witnesses were produced by department of the General Directorate dealing with criminal investigations involving crimes threatening state security. Florian Banu, a Romanian historian specializing in the history of the Securitate, argues that this practice was introduced in 1951 at the suggestion of the Soviet advisers working within the Securitate headquarters.[34] Yet this kind of questionnaire is contained by an investigation file sent to the Sibiu Military Court (Ro. Tribunalul Militar Sibiu) as early as 1949.[35] This suggests that the practice existed earlier and was later generalized when the Soviet advisers asked for it.

One reason for using these questionnaires was the lack of professional training of the local Securitate staff.[36] During its first decade, the repressive institution suffered from a lack of trained personnel, especially in those positions requiring a high level of legal or ideological training, such as the departments in charge of criminal investigations.[37] The military courts were not able to convict the defendants or to pass severe sentences if the investigation files did not include sufficient evidence. Hence the headquarters in Bucharest frequently imposed not only the questions to be asked on the regional or local level but also the answers they should get. In some instructions given by the Securitate officers during the 1950s and discovered by Florian Banu, the centre clarified how the interrogation should be conducted:

> We will not allow the defendant to write down what he wants, but during the interrogation the answer should be formulated beforehand and then it should be written in the statement under dictation. The answer should be as close as possible to the issue we want to prove.[38]

In a criminal investigation from July and August 1951 dealing with the Greek Catholic religious activity of Valer Boeriu, the Bucharest Securitate headquar-

33 Florian Banu: Anchetele Securității – strategie și tactică în "demascarea dușmanilor poporului" [The Securitate's Criminal Inquiries – Strategies and Tactics in "Unmasking the Enemies of the People"]. In: Arhivele Securității. București 2004, p. 85 (anon.).
34 Id. p. 66.
35 ACNSAS, FP, dossier 961, vol. 1, f. 40.
36 Cristian Troncotă: Istoria serviciilor secrete românești. De la Cuza la Ceauşescu [History of the Romanian Secret Services: From Cuza to Ceaușescu]. București 1999, p. 369.
37 The so-called Directorate of Criminal Investigations (Ro. Direcția de Anchete Penale).
38 Banu: Anchetele, p. 66.

ters sent a questionnaire and asked the Cluj regional directorate "to establish" during the criminal investigation the "counter-revolutionary activity in the field of religion" of those involved and "the high-level links" with the Vatican.[39] The Romanian Greek Catholic Church had been suppressed by the communist authorities in December 1948 following instructions from Moscow and their priests were subjected to harsh repression from the autumn of 1948 onwards.[40] Another explanation for these institutional practices is the wish of the Securitate headquarters to preserve their strict control of the activity of the regional and local units. The use of questionnaires was also meant to make the results of the Securitate criminal investigations more homogenous across the country. A more bureaucratic process meant that the centre was able to direct the repression towards specific social groups.

The strong control over the flow of the information also had disadvantages, the central departments being overburdened with a huge quantity of reports to read and instructions to give, some of them containing hilarious details. In one case, the Securitate headquarters asked the Prahova Regional Directorate on 22 May 1951 to confiscate some manifestos and a printing machine, the headquarters in Bucharest providing not only the precise address but also the observation that this machine is to be found "in the attic of the house (under the floor), with a box of flour over it".[41] The multilayered system and its centralization are some of the causes for the huge number of files the Securitate produced (approximately 35 linear kilometres of files).[42] Thus, the statement made by Bellu Zilber[43] that in socialism the most important industry was producing files makes perfect sense.[44] Although the files were produced in order

39 ACNSAS, FP, dossier. 389, vol. 2, ff. 441, 423.

40 Cristian Vasile: Comunismul și Biserica: represiune, compromitere și instrumentalizare [Communism and Church: Repression, Discreditation and Instrumentalization]. In: Ruxandra Cesereanu (ed.): Comunism și represiune în România. Istoria tematică a unui fratricid național [Communism and Repression in Romania: The history of a National Fratricide]. Iași 2006, pp. 173–189, here: pp. 179–181.

41 ACNSAS, FP, dossier 165, vol. 2, f. 81.

42 Lavinia Stan: Romania. In: id. (ed.): Transitional Justice in Eastern Europe and the Former Soviet Union. Reckoning with the Communist Past. London, New York 2009, pp. 128–151, here: p. 131.

43 Belu Zilber, born on October 14, 1901, was a communist active in interwar Romania when the Party was illegal. Later, he was sentenced in the Lucrețiu Pătrășcanu trial of 1954. See G. Brătescu: Prefață [Foreword]. In: Andrei Șerbulescu [Belu Zilber] (ed.): Monarhia de drept dialectic [The Monarchy Based on Marxist Dialectics]. București 1991, pp. 7–17; Lavinia Betea: Lucrețiu Pătrășcanu. Moartea unui lider comunist. Studiu de caz [Lucrețiu Pătrășcanu: The Death of a Communist Leader: A Case Study]. București 2001, pp. 41, 51, 100 and 180–191.

44 Șerbulescu: Monarhia, pp. 136 and 138.

to increase knowledge about and control over those targeted, in fact the huge quantity of paper hampered the operations of the security apparatus.

Producing Knowledge

The modern police forces in the Western countries have specific techniques of knowledge, such as those of identifying individuals, and specific rules for defining what was true and false when dealing with crimes.[45] When the modern "bureaucratic police force" emerged during the 18th and 19th centuries in Western Europe, the institution was also responsible for surveillance of the political opposition.[46] During the 19th and the first half of the 20th century, many European states also created special police institutions in order to keep under surveillance and investigate the opponents of the political order, generally named secret polices or political polices.[47] Thus, many techniques used by secret police forces such as the tsarist Okhrana in the Russian Empire[48] or later by the Cheka, originally abbreviated to VCHEKA (Ru. Vserossiyskaya Chrezvychaynaya Komissiya po Bor'bye s Kontrrevolyutsiyei i Sabotazhem, the All-Russian Extraordinary Commission for Combating Counter-revolution and Sabotage)[49] have their origin in the common practices of modern police institutions. The Cheka, which had various other names, and the similar institutions in the Eastern Bloc inspired by the Soviet model had specific features developed during the formative experiences of the Soviet secret police such as War Communism, collectivization and the Great Terror. The enemies of the regime were defined according to Stalinist ideological concepts such as "kulaks", "counter-revolutionary saboteurs" etc. During the 1930s, the institutional successors of the Cheka, the OGPU (Ru. Obyedinyonnoye Gosudarstvennoye Politiches-

45 Anne M. Joseph: Anthropometry, the Police Expert, and the Deptford Murders. The Contested Introduction of Fingerprinting for the Identification of Criminals in Late Victorian and Edwardian Britain. In: Jane Caplan, John C. Torpey (eds.): Documenting Individual Identity. The Development of State Practices in the Modern World. Princeton 2001, pp. 164–183, here: pp. 164–167.

46 Clive Emsley: Introduction. Political Police and the European Nation-State in the Nineteenth Century. In: Mark Mazower (ed.): The Policing of Politics in the Twentieth Century. Historical Perspectives. Oxford 1997, pp. 1–25, here: p. 1.

47 Id. pp. 6–9.

48 Id. p. 15. Sections of the Protection of Public Security (or shortly Okhrana) were created in 1882; Robert W. Pringle (ed.): Historical Dictionary of Russian and Soviet Intelligence. Lanham 2015, p. 218.

49 The institution would bear various names during the 20th century: GPU, OGPU, NKVD, NKGB, MGB, MVD, KGB. See for further details: George Leggett: The Cheka. Lenin's Political Police. The All-Russian Extraordinary Commission for Combating Counter-Revolution and Sabotage, December 1917 to February 1922. Oxford 1981.

koye Upravleniye, the Joint State Political Directorate), which later became the GUGB (Ru. Glavnoe Upravlenie Gosudarstvennoye Bezopasnosti, Main Directorate of State Security) had been strongly involved in the great Stalinist policies of social engineering such as the collectivization of agriculture.[50]

In the case of the Securitate, its institutional practices originated from two sources: the former Siguranța and the Cheka tradition. Direcția Poliției de Siguranță (The Directorate of the State Security Police) or Siguranța for short was the secret police in interwar Romania and the successive far-right dictatorships in the period from 1938 to 1944. The Siguranța was the institutional foundation on which the Securitate was built in August 1948 and so it was not unusual that some practices were preserved by the latter. The Cheka's methods were imported by Soviet spies involved in the leadership of the Securitate, such as Gheorghe Pintilie,[51] or by Soviet advisers assigned to each of its departments.[52] Today, it is difficult to make a clear distinction between the methods pertaining to the local tradition and the influences of the Soviet model. Nevertheless, some technical concepts such as "marșrutizare" or "legendă" can certainly be identified as having been imported from the Soviet institutional model.[53] Indeed, "marșrutizare" was a technical term borrowed from Russian. According to Vasili Mitrokhin, in the use of the KGB officers "Proverochnyy marshrut" meant "test itinerary", "a section of the route being taken to the place where an operation is to be carried out which an intelligence officer (or agent) has specially selected in order to establish whether he is under surveillance by the adversary."[54] In the Securitate's technical vocabulary, "marșrutizare" meant to direct an informer towards a specific social milieu in order to provide more information about specific issues or persons.[55] A "legenda" was a situa-

50 For further details see Robert Conquest: The Harvest of Sorrow. Soviet Collectivization and the Terror-Famine. Oxford 1986.

51 Pintilie Bodnarenko (also known as Gheorghe Pintilie or Pantiusha; born in Tiraspol/Russian Empire in 1902, died in Bucharest in 1985) was the first chief of the Securitate, the institution which was created in August 1948 under the official name General Directorate for the People's Security (Ro. Direcția Generală a Securității Poporului). Deletant: Communist, pp. 153 and 170.

52 Deletant: The Securitate, pp. 7–8.

53 See F. Beck, W. Godin: Russian Purge and the Extraction of Confession. London 1951, pp. 46–47.

54 See Vasili Mitrokhin (ed.). KGB Lexicon. The Soviet Intelligence Officer's Handbook. London 2002, p. 106.

55 See National Council for the Study of the Securitate Archives (CNSAS): Index de termeni și abrevieri cu utilizare frecventă în documentele Securității [Index of Terms and Abbreviations Frequently Used within the Securitate Files], p. 6, <http://www.cnsas.ro/documente/arhiva/Dictionar%20termeni.pdf>, 12.10.2017.

tion artificially created by the Securitate in order to obtain advantages, such as the collaboration of a person or pieces of information.[56]

Concerning the typology of the operative files of the Securitate, Vatulescu divides them into two significant types: "surveillance file" and "investigation files" (Ro. dosare de anchetă).[57] The origin of both these types can be traced back to the Cheka/OGPU institutional practices.[58] Individuals and groups could become subjects of the Securitate in various ways. However, the three main categories were targets of Securitate surveillance, sources of information (mainly the informers) and those under arrest/in prison. For the first category, the Securitate used the term "Baza Operativă" (Operative Field of Work) and for the second "Agentura".[59] Belonging to one category did not exclude belonging to another. Some people were simultaneously targets of surveillance, informers, and political detainees. Accordingly, we have Securitate files recording surveillance activity with a focus on the target, named either verification files (Ro. dosare de verificare) or "dosare de urmărire informativă" (the latter translated by Cristina Vatulescu as "heightened surveillance files"),[60] files recording the collaboration with the Securitate with a focus on the informer, named network files (Ro. dosare de rețea),[61] and files gathering documents on the Securitate investigations and the criminal procedures of those tried by a court for political crimes, entitled investigation files (dosare de anchetă).[62] The orders, reports and the internal communication on specific key issues of the Securitate activity such as collectivization were archived in special files pertaining to the Documentary Fond.

As Katherine Verdery notes, "the Securitate was a kind of information machine whose job was to serve national security by collecting information and processing it".[63] In order to achieve these goals, the institution developed special techniques. In the following part of the study I shall illustrate the way this institution produced knowledge about persons and groups, using three

56 See Mihai Albu: Informatorul. Studiu asupra colaborarii cu Securitatea [The Informer: Study on the Phenomenon of Collaboration with the Securitate]. Iași 2008, p. 50–51; NCSSA: Index, p. 6.
57 Vatulescu: Police, pp. 36–37.
58 Id. p. 36.
59 NCSSA: Index, p. 1–3; see also: Carmen Chivu-Duta, Mihai Albu: Dosarele Securității. Studii de caz [The Securitate Files: Case Studies]. Iași 2007, pp. 39–40.
60 Vatulescu: Police, p. 36. As she notes, these technical terms were part of the Securitate's wooden language, a language dominated by stereotypical phrases and expressions originating in the Stalinist political discourse.
61 Duta, Albu: Dosarele, pp. 9–10 and 35.
62 Also named criminal files (Ro. dosare penale).
63 Verdery: Secrets, p. 158.

kinds of documents or files issued by the Securitate. The first example – "the personal data sheet" – shows how the Securitate used ideological categories to evaluate and label people. The second kind of document – the file of the Documentary Fond – illustrates how the organization used quantitative instruments of knowledge. The third type – the investigation file – demonstrates how the Securitate practiced its own "hermeneutics" in order to legitimize repressive acts when dealing with the discourses issued by those under investigation or by witnesses.

"The Personal Data Sheet"

"The personal data sheet" was an instrument of identification and characterization specific to all modern police institutions. This document was a key tool in identifying, evaluating and labelling persons considered by police forces to be a danger to public order and safety. In the same category of documents we could include the so-called "personal data sheet" (Ro. fișa personală), one of the main bureaucratic tools of the Securitate.[64] "The personal data sheet" was structured as a form in order to make the work more effective. For instance, the "personal data sheets" issued by the Timișoara regional directorate of Securitate in the period 1949–1952 had the following structure: the first part gathered personal data such as place and date of birth, marital status, religion, education, profession and social origin. The second part included former political activity. The third part contained current political activity and stance. The last part, named "characterization" (Ro. caracterizare), contained a short psychological profile and an evaluation of the vulnerabilities of its subject with further concluding proposals.[65]

"The personal data sheet" was a basic tool for assigning ideological labels and classifying persons into specific ideological categories. It had various structures depending on the period when it was issued and its final aims, for instance conducting surveillance or criminal investigation. This document was a key tool in evaluating the dangerousness of one individual to state security based on his stance towards the communist regime, his social origin and his current social network. By using this tool, a person could be included in various fields of activity called "issues" (Ro. probleme), thus becoming a subject of Securitate surveillance. These issues had an identification number noted on "the personal data sheet" assigning the person to that field of activity. With the help of these instruments of categorization the Securitate was able to evaluate

64 Albu: Informatorul, p. 33.
65 ACNSAS, FD Timiș, dossier. 8834, vol. 1, ff. 222–223.

in a quantitative manner the persons involved in a given field of activity and define policies to improve its activity in that area.

In comparison to other, similar forms, for example with those used by the former Siguranța, the form used by the Securitate distinguishes itself by the sheer quantity of information regarding the subject's social origin and the political activities and by the complexity of the section dealing with the psychological profile. These sections became more and more complex during the 1950s. The size of the last three sections of the document underlines the pecurilarity of the Soviet-inspired secret police forces. These institutions manifested a strong interest in the inner beliefs and the psychological profile of (potentially) all citizens, a phenomenon which can be understood within the conceptual framework provided by the concept of totalitarianism.[66] In this respect, although it was in fact impossible for the institution to know everything and control the entire population, its inner logic had a tendency towards exhaustivity.

This tendency can be perceived in the way the Securitate's interest in those under surveillance or under arrest was extended permanently to the social network of those who were already a subject of the institution. As Katherine Verdery notes, the Securitate perceived and manipulated individuals through their social network.[67] Also, the potential of people to be useful as informers was evaluated by taking into account the complexity of their social network. For instance, in the case of a Catholic priest from the Timişoara regional directorate, the Securitate concluded after evaluating his potential as an informer that "He cannot be used" because he is "a withdrawn person", without a propensity to socialize and hence his social network was very limited.[68] The characterization section contained, as already mentioned, an analysis of vulnerabilities, with special attention paid to the opportunities to influence, manipulate or press the person to serve the Securitate interests as an informer.[69] The analysis of his or her weaknesses was a grounds for obtaining the collaboration agreement of an informer by using either positive or negative tools (incentives or, for instance, blackmail). On the basis of the psychological pro-

66 See: Hannah Arendt: The Origins of Totalitarianism. Orlando 1973; Carl J. Friedrich, Zbigniew K. Brzezinski: Totalitarian Dictatorship and Autocracy. Cambridge 1956; Juan Linz: Totalitarian and Authoritarian Regimes. Boulder 2000.

67 Verdery: Secrets, p. 187; Albu: Informatorul, pp. 86–87. The latter observed that one of the most common kinds of notes was the so-called "Nota de relații" in which the infomer produced a list of the persons on whom he could provide information. See Albu: Informatorul, p. 86.

68 ACNSAS, FD Timiș, dossier 8834, vol. 1, f. 313.

69 Ibid.

file, the Securitate officers were also able to decide if a person had the necessary qualities to be a useful informer.

"The personal data sheet" synthesized information from various sources, such as notes provided by informers. The Securitate used also quotations from those documents and sometimes mentioned the sources in an accurate manner and made an evaluation of their reliability. When the "source" (the informer) was labelled "reliable", the information provided was considered to be more truthful. In this respect, the rules for making the distinction between what was considered true and false by a Securitate officer were similar to some extent to rules used in other fields, such as judicial practice.

The Files of the Documentary Fond

"The personal data sheet" was an instrument of transforming people into subjects of the Securitate by including them in a field of activity or issue. On this matter, this form was an important tool for carrying out further complex activities and a component piece for assembling various files. The activity of the Securitate on each issue is illustrated by the so-called files of the Documentary Fond produced by the General and regional (later county) directorates. These files reflect the general policies implemented by the Securitate, or how the Securitate "governed" the groups potentially dangerous to state security, and performed other key tasks assigned by the political leadership.

The Securitate functioned as a part of the larger repressive institutional system.[70] The latter included, besides the Securitate, the Militia, the judiciary and the penitentiary system. The main goals of the Securitate were to conduct surveillance of those considered dangerous for the political order and to render them harmless, to prevent any acts of opposition against the regime by using coercive or persuasive means, and to provide useful information for implementing various state policies. Within the logic of the Securitate, two aspects endlessly enlarged its field of activity: those perceived by the Securitate as potential enemies due to their social origin or other motivations, and the preventive measures to be taken in order to make them harmless. In order to achieve these goals, the Securitate had to define and implement informative and repressive policies on a large social scale. The Securitate would not have been able to implement these policies without using complex tools of gathering and analyzing quantitative data about individuals and social groups. In this

70 The communist regime also used positive tools in order to assert power, such as social policies, propaganda etc.

respect, the Securitate used a broad variety of quantitative methods which are very well illustrated by the Documentary Fond.

The complexity of these quantitative methods increased significantly during the late 1960s and 1970s, when the Securitate started to use computers extensively.[71] Nevertheless, the quantitative methods are noticeable from the 1950s onwards. The reports and working plans of the regional directorates of the Securitate on the issue called "German Nationalists" (Ro. Naționaliști Germani) during the late 1950s and 1960s are a good example due to the huge number of persons included in this area. All former members of the Nazi political organizations of the German minority in Romania in the period from 1940 to 1944 and their social network were considered possible targets.[72] Special offices within the regional directorates with a German minority living under their territorial jurisdiction were responsible for managing this field of activity. One of the main tasks of these offices was to regularly inform the higher echelons about the evolution of the activity in their field of work and to propose new working plans with further quotas to be met during a given period such as a month, a semester or a year.

The biannuak reports on the issue of "German Nationalists" from the late 1950s and early 1960s had the following structure: a short introduction describing the statistical situation of the German minority living in the region with its geographical distribution; the evolution of the so-called operative field (Ro. Baza Operativă); the evolution of the so-called "Agentura"; and the analysis of the most important operations pertaining to the aforementioned issue.[73] If the operative field included all the people mentioned in Securitate evidence surveillance in relation to so-called German nationalism, the "Agentura" was composed of all persons providing the Securitate officers with information on the issue. Taking into account that some of the persons included in the opera-

71 Ion Rizea, Flavian Moldoveanu: Baza de date de interes operativ referitoare la străini. Organizarea și exploatarea datelor și materialelor informative privind străinii și legăturile lor neoficiale din rândul cetățenilor români [The Operative Field Concerning Foreign Citizens: The Organisation and Exploitation of the Data and Operative Materials Concerning Foreign Citizens and their Unofficial Contacts with Romanian Citizens]. In: *Securitatea* 3 (1981), pp. 51–52, here: p. 51; <http://www.cnsas.ro/securitatea>, 28.12.2017; Teodor Bogdan, Mihai Andronic: Unele aspecte privind procesul de raționalizare a datelor și informațiilor din cartoteca generală documentară [Some Aspects Concerning the Processing of Information from the Securitate Databases]. In: *Securitatea* 2 (1983), pp. 67–71, here: pp. 68–70, <http://www.cnsas.ro/securitatea>, 28.12.2017.

72 Report on the domestic surveillance activity of the Brașov Regional Directorate of Securitate concerning the issue "German Nationalists" in the Brașov Region from January 1964. ACNSAS, FD Brașov, dossier 1837, vol. 2, ff. 20–22.

73 Id. ff. 20–41.

tive field were also informers, we can visualize both areas as overlapping circles. If "Agentura" had more precise boundaries, the operative field of work had vaguer and more flexible ones. Due to the fact that all members of the entire German minority living in Romania were suspected of having the intention to emigrate or of having contacts with Western citizens, the issue of "German Nationalists" had a tendency to cover almost the entire community.

These reports contained, in the introduction, a short analysis of the German population living in the region, dividing it into urban and rural population and making some general observations about its former political orientation. In the analysis of the operative field and the "Agentura", the Securitate officers stated how many new people from the local German minority were under surveillance and how many surveillance operations had been started and what the structure of the "Agentura" was. The analysis of the informers was conducted considering the distribution of the population across territorial-administrative units and institutions (operation targets), and the relationship between the density of the informers and the density of the German population in each region and rayon. There were three dimensions to Securitate quantification of a field of activity: territorial units (regions, rayons, towns, and villages); the size of the German population; and units of time (year, semester, trimester, and month). Using these quantitative analyses as a starting point, the regional directorates issued working plans for the next trimester, semester or year in which they proposed quotas of new targets of surveillance activities (or a number of surveillance operations) or of new informers to be recruited in each territorial unit over a precise period of time. These working plans defined the priorities of the regional directorate on the issue and were meant to outline what categories, institutions or groups were to be the main targets.

Other files of the Documentary Fond illustrating these quantitative methods are those pertaining to the collectivization process. This process took place between 1949 and 1962, with two periods of intensification: 1949–1953 and 1957–1962.[74] During the process, the Securitate assisted the state institutions by providing information on how collectivization evolved on the local level and how the population reacted to it. It also made a decisive contribution to breaking the resistance to forced collectivization in many rural communities. As in the Soviet Union, the Securitate defined quotas for the number of

74 Dorin Dobrincu, Constantin Iordachi: Introducere [Introduction]. In: Dorin Dobrincu, Constantin Iordachi (eds.): Țărănimea și puterea. Procesul de colectivizare a agriculturii în România (1949–1962) [The Peasantry and Political Power: The Process of the Collectivization of Agriculture in Romania (1949–1962)]. Iași 2005, p. 21–44, here: pp. 21–30.

wealthy peasants (Ro. chiaburi) to be arrested in each Regional Directorate.[75] During the period 1951–1952, the regional directorates of the Securitate received the task to create statistics on the number of persons arrested in connection with the collection of agricultural products by mentioning social categories. One of these statistics asked all the regional directorates to focus on the social origin of those people opposing the state agricultural policies, by paying special attention to "chiaburi"/kulaks.[76] In fact, the statistics in question focused on the resistance of those defined as "chiaburi"[77] to the high quota for agricultural production which had to be sold to the state at undervalued prices.[78] Other reports concentrated on the measures taken against persons opposing the regime's agricultural policies (labelled "counterrevolutionary activities"): how many were arrested? How many were tried by courts of law? And how many were administratively sent to work camps (without a trial)?[79] The General Directorate asked that all information about these categories be sent under the form of statistics for each item, taking into account the social origins of those committing political crimes against the agricultural policies of the communist state, the crimes and their gravity, as well as the measures taken by the Securitate. These measures consisted mostly of sending the cases to military courts for sentencing, sending the offenders to labour camps (Ro. Unități de Muncă), or deporting them to other regions.[80]

These quantitative methods were not only helpful for gaining an understanding of the local social realities, but also to implement repressive policies on the national and regional level by defining the targets and the intensity of the repression. These methods were essential in quantifying and directing the repression towards specific social categories defined in ideological terms, and in evaluating how effective these policies were in order to improve them.

---

75 Roberta T. Manning: The Great Purges in a Rural District. Belyi Raion Revisited. In: J. Arch Getty, Roberta T. Manning (eds.): Stalinist Terror. New Perspectives. Cambridge, 1993, pp. 170–197, here: pp. 191–194. Concerning the Securitate policies on the local level during collectivization see Virgiliu Țârău: Strategii în politica de colectivizare în regiunea Cluj. Studiu de caz: raioanele Aiud și Turda [Strategies in the Policy of Collectivization in the Cluj Region: Case Studies: Aiud and Turda Rayons]. In: Dobrincu, Iordachi: Țărănimea și puterea, pp. 258–280, here: pp. 273–274.

76 ACNSAS, FD București, dossier 7, vol. 2, ff. 167–168, 174–175, 257–258, 266.

77 See Katherine Verdery: Chiaburii vechi și noi: închiaburirea și deschiburirea țăranilor din Aurel Vlacu [Old and New Kulaks: Making and Un-making Kulaks in the Village of Aurel Vlaicu]. In: Dobrincu, Iordachi: Țărănimea și puterea.

78 Octavian Roske: Colectivizarea și mecanismul colectărilor istorii paralele [Collectivization and the Mechanisms of State Collecting Agricultural Products: Parallel Histories]. In: Dobrincu, Iordachi: Țărănimea și puterea, pp. 113–135, here: pp. 123–126.

79 ACNSAS, FD București, dossier 7, vol. 2, ff. 167–168, 169–170, 174–175, 257.

80 Id. ff. 169–170, 174–175, 257–258.

Encapsulating Discourses within the Investigation File

In the last section of this study, I shall deal with one of the most complex types of Securitate files containing documents issued not only by the Securitate but by various institutions involved in the investigation, prosecution and trial of a political case. The specific feature of the investigation file in comparison with other files is defined by two aspects: 1. its main aims were to legitimize the repressive measures taken by the communist state against the enemies of the regime and to re-educate those involved in the case as the defendants, witnesses or audience of the trial; 2. due to the fact that various institutions and persons from outside the Securitate were involved in the procedures, the file was a piece of work merging various narratives.

During the 1950s, the investigation files assembled by the Securitate mainly incorporated the following elements: documents gathered or issued during the criminal investigation (such as interrogation minutes, statements of the defendants and witnesses, arrest warrants), documents issued by the procuracy office in charge of prosecuting the case, and documents issued by the courts and penitentiaries regarding the sentence and its execution. Other documents were issued by institutions providing special expertise, such as engineers when the case involved charges of sabotage, or philologists when the case included accusations against writers. Until the late 1940s and early 1950s, in many cases the files also comprised duplicates of documents from the Informative File used in the criminal investigation.

Each kind of document pertaining to the criminal investigation of the Securitate displays a specific narrative. Some pieces still contain elements of various discourses from beyond the official communist discursive field. This is the case for statements of the defendants or witnesses. One might sense in these documents the pressure the Securitate officers exerted on those under investigation to adjust their language to the Securitate goals, and the inner contradictions of the Securitate activity. According to Florin Poenaru, there is a contradiction within the logic of the Securitate since "the secret police was called simultaneously to acquire factual knowledge (through surveillance, recordings, etc.) while subordinating it to the truth of ideology (which entailed deciding who is a spy, a traitor, etc. based on theory and ideology)."[81]

In this context, the Securitate officers had to make the facts described in their narrative correspond with the official discourse, defining some categories as enemies of the regime. In many cases, although the person under investigation was an enemy of the regime based on his or her social origin or other

81 Poenaru: Contesting, p. 117.

"objective" characteristics, it was impossible for the Securitate to prove that the person committed wrongdoings or had the intention to oppose the communist regime. So the communist repressive institutions used a theory of the Soviet penal system and made a clear distinction between so-called "subjective [political] guilt" and "objective [political] guilt".[82] The former meant the intention to undermine state security, while the latter meant unintentionally undermining state security, as expressed by the syntagma "to facilitate the actions of a state enemy", sometimes only by being part of the same social network.[83]

On this point Florin Poenaru rightly emphasizes the fact that "in the Soviet system, the individual is never guilty as such, as an isolated human being, but always part of a 'guilty' wider set of social relations."[84] Consequently, the Securitate officers adjusted the narratives of those involved in a criminal case to the ideological framework of the discourse of repressive institutions by "translating" the related facts into the Securitate's "wooden language". This phase took place during the interrogation when the Securitate officers obtained statements by force, or pressured those under investigation to sign minutes supporting the accusation.

The narratives of those under investigation and the witnesses were later encapsulated into the Securitate's reports. During this process of encapsulation, the Securitate officers selected facts, brought to the fore what they considered relevant, and put everything into the agency's officialese. This "translation" meant not only expressing the facts in the statements in new words, but also constructing a new narrative around a few main ideological and legal concepts structuring the Securitate discourse, such as "class struggle", "conspiracy against the state order", "high treason", "the spread of banned publications", "sabotage", "public instigation" etc. These ideological and legal concepts shaped the narrative of the Securitate investigation files because the main goal of the discourse was to legitimize legal repressive measures against those under investigation or, in other words, to integrate the political repression into the legal framework of the day. At the same time, these narratives were supposed to reshape the social reality by imposing on those involved a new meaning of the social values and hierarchies. For example, in the case of collectivization

82 See S. Feller: Intenția și culpa în dreptul penal [Intention and Guilt in Criminal Law]. In: *Justiția nouă* 9 (1949), pp. 1002–1003, here: p. 1002.

83 Ibid.; Evghénia Guinzbourg: Le vertige. Chronique des temps du culte de la personnalité [Vertigo: Testimonies from the Times of Personality Cult]. Paris 1967, pp. 37–38.

84 Poenaru: Contesting, p. 132.

the people with a former positive image in the village became the "black sheep" of the local community via a narrative of the repressive state institutions which turned them into enemies of the new social order.

The institutional rules for "the production of truth" during the Securitate's criminal investigations were in fact imported from the Soviet judicial system. One specific rule was a legal principle defined by Andrey Vyshinsky, the mastermind of Stalin's Great Purge in the 1930s, as being specific to the criminal investigation of "counter-revolutionary crimes"; the statements of the defendant became the main evidence due to the fact that – taking into account the conspirative character of these actions – the members of the plot usually left no traces and there were no witnesses.[85] This way of conducting criminal investigations in political cases encouraged the heavy use of tools of violence by the Securitate in order to get the confession of those charged with such crimes. It also made the Securitate officers focus on constructing complex narratives of confession and not on finding evidence to support their accusations. The main skills needed by the Securitate officers in conducting criminal investigation were the capacity to get the assent of those charged, either by coercive or persuasive means, and the ability to transform the narratives of the defendant or the witnesses into one coherent narrative proving the guilt of the former. In this respect, the interrogation minutes were, as Cristina Vatulescu argues following Isaac Babel, pieces of "literary work", expressed the Securitate's "police aesthetics".[86] The investigation files within the NKVD and similar institutions in the Eastern Bloc are a curious piece of literature in which real facts and fiction are intertwined.[87] The full success of this operation was assured only by the intense collaboration of those under criminal investigation. They had to sign the final documents of the investigation, but also to agree to play the role of the "counter-revolutionary" enemy at the trial by confessing their crimes before the audience. From this point of view, the political trials were characterized by a strong theatricality.[88]

In order to illustrate the way the Securitate constructed a criminal case, we shall analyze two examples. The first one – that of the Greek Catholic priest Gheorghe Neamțu – shows how the Securitate turned what was considered to be intolerable religious activity into political guilt. In the context of the prepa-

85 A.I. Vîșinski: Teoria probelor judiciare în dreptul sovietic [The Theory of Judicial Evidence in Soviet Law]. București 1949, pp. 243–244.
86 Vatulescu: Police, pp. 20–22, 43–44.
87 Id. p. 17.
88 See Elizabeth Wood: Performing Justice. Agitation Trials in Early Soviet Russia. Ithaca, London 2005.

rations for the suppression of the Romanian Greek Catholic Church, which took place at the end of 1948, the Securitate intensified its surveillance of Greek Catholic priests. An informer's note from June 1948 registered the fact that in the religious service conducted in the Greek Catholic Chapel of the University Hospital in Cluj, Gheorghe Neamțu had taken a critical stance on the religious policies of the regime by saying to those present that they "should not give up their religious faith even if they might die" and that "the leaders of people's democracies set out on the wrong path".[89] During the verification process of the first informers' notes, the Securitate officer confirmed the suspicion by stating in a report dated June 26, 1948, that the priest "delivered religious sermons with an 'antidemocratic subtext'".[90] Later on, in October 1948, the priest was arrested and charged with "public instigation".[91] In the statements signed by Gheorghe Neamțu during his interrogation he admitted that he had encouraged people not to give up their religious faith.[92] He also labelled the Greek Catholic priests supporting the so-called "reunification" with the Orthodox Church "traitors".[93] In one of his statements he asserted, at the end of the text, that "I do not confirm my statement because I wrote it under pressure".[94] But later he gave up his position and signed another statement with the note: "This is the statement that I stand by and sign without being forced by anyone".[95] Here the tension between the defendant and the Securitate officer can be perceived. The case also epitomizes the power relations defining the interrogations carried out by the Securitate.

In the end, the events related by the priest melted into the narrative concluding the Securitate's criminal investigation (Ro. concluziile anchetei penale). The facts were translated into the language of the Securitate and received new meanings.[96] The religious activity of the priest was presented in the Securitate narrative and later in the Military Prosecutor's accusatory document as a political act against the regime that dissolved the Greek Catholic Church in December 1948. The sentence, dated November 10, 1948, encapsulated all narratives from the investigation file and put them in the legal framework of the time; more

89 ACNSAS, FI, dossier 221447, vol.1, f. 19.
90 Id. ff. 4, 7.
91 ACNSAS, FP, SRI Cj dossier 106, vol. 1, ff. 1, 4.
92 Id. f. 3.
93 Ibid. Interview with Gheorghe Neamțu; May 28, 2009. The communist authorities tried to force a merger of the Greek Catholic Church with the Orthodox Church in October 1948.
94 Id. f. 4.
95 Id. f. 5.
96 Interview with Gheorghe Neamțu, May 28. 2009.

precisely, the case was placed under a section of the Criminal Code punishing "public instigation" (Ro. instigare publică) against the state. Finally, the priest was sentenced in November 1948 to two years of correctionary confinement for "public instigation".[97] The narrative of the institutions involved in the case transformed the repressive act into a legal and legitimate one.

To legitimize its "truth" the Securitate not only used the confession of the defendants but also mobilized experts in cases when their "scientific" authority was necessary. This is the case in a trial in 1959 involving a group of Romanian German writers.[98] As the conclusion to the criminal investigation from August 15, 1959, illustrates, the Securitate tried to prove that their literary work had an anti-communist political meaning, more precisely that they tried to undermine the regime by sending to the state publishing houses literary work with subversive subtexts.[99] During the interrogation the Securitate forced those under investigation to confess that their literary work had a "counter-revolutionary" political meaning. During the interrogation of Wolf von Aichelburg, the Securitate officer asked him in February 1959: "But this state of mind that you express in the poem conveyed no political message?"[100] In order to give authority to the Securitate's accusatory assertions the institution asked a group of literary experts specializing in German literature in Romania to produce a "scientific appraisal". The commission of literary experts drew up a text supporting the Securitate's "truth" by saying about one of the literary works under investigation, written by Hans Bergel: "it has a double meaning and promotes openly anti-Marxist ideas".[101] In the end, the Securitate proposed that the activity of the writers involved be interpreted according to section 209 of the Criminal Code punishing the crime of conspiracy against the social order, a crime for which they received harsh sentences ranging from ten to 25 years of hard labour in September 1959.[102]

97 ACNSAS, FP, SRI Cluj dossier no. 106, vol. 1, ff. 22–24.

98 Wolf v. Aichelburg, Hans Bergel, Andreas Birkner, Georg Scherg, and Harald Siegmund.

99 Codul Penal (cu modificările făcute până la 1 iunie 1959) [The Romanian Criminal Code with modifications until June 1, 1959]. București 1959. ACNSAS, FP, dossier 331, vol. 1, ff. 448–449.

100 Id. f. 124.

101 Id. ff. 407–408.

102 Id. ff. 448–449; See for details: Peter Motzan, Stefan Sienerth (eds.): Worte als Gefahr und Gefährung. Fünf deutsche Schriftsteller vor Gericht (15. September 1959 – Kronstadt, Rumänien), Zusammenhänge und Hintergründe, Selbstzeugnisse und Dokumente. München 1993; Sven Pauling: Wir werden sie einkerkern, weil es sie gibt. Studie, Zeitzeugenberichte und Securitate-Akten zum Kronstädter Schriftstellerprozess 1959. Berlin 2012; Michaela Nowotnick: Die Unentrinnbarkeit der Biographie. Eginald Schlattners Roman „Rote Handschuhe" als Fallstudie zur rumäniendeutschen Literatur. Wien u. a. 2016.

Conclusions

The Securitate files are, first of all, a better source for understanding how the Securitate perceived individuals and groups and how the institution worked than for what historians usually consider to be their main task: reconstructing events. For a better understanding of the Securitate files, two aspects of the Securitate activity require more detailed research: the bureaucratic rules which regulated the functioning of the Securitate apparatus and the rules defining how its discourse was issued. Regarding the first aspect, the extreme centralization of the Securitate's three-level apparatus (two-level after 1968) marked its everyday activity. The local level collected information, while the regional level synthesized and gave meaning to it and sent it forward to the central headquarters, acting as a filter. From the centre, the information was redistributed to the Securitate regional directorates, according to what the centre considered to be the needs of the former. The extreme centralization also meant that the Securitate headquarters were directly involved in taking all significant decisions regarding the development of the local operations, although many times the centre had an incomplete image of the local context.

Concerning the second aspect, the Securitate was not only a repressive institution but also an institution meant to produce "knowledge" about individuals and social groups in the foucauldian sense. In this respect, the Securitate used various techniques to identify, characterize and label individuals according to a specific terminology. It developed its own rules for defining what was true and false about a person who became the subject of the Securitate. By using specific criteria, the Securitate evaluated pieces of information and placed persons into categories. This process of categorization was the procedure by which individuals were integrated into fields of activity, or "issues" in the wooden language of the Securitate. The fields of activities were tools for carrying out surveillance or repressive policies regarding large social groups defined on the basis of their "social origin", former political affiliation, ethnicity or religion. Many of these Securitate policies were part of larger social engineering policies (such as collectivization), involving various state institutions, carried out in order to transform society following the Stalinist model. The Securitate transformed individuals into subjects by politicizing everyday life. The hermeneutics of narratives from beyond the official discursive field were translated, encapsulated and used by the Securitate in order to legitimize its actions, either gathering information or carrying out repression. A perfect example is the investigation file, in which various narratives are integrated in order to legitimize repressive measures against those labelled "enemies" of the state.

The Manipulation of the Political Police Archive – Why and How?

GABRIEL ANDREESCU

I. How extensive was the Securitate's surveillance of writers and artists?

Public cultural figures, writers, artists, TV and film people, were of maximum importance to the Securitate. It can be said that the surveillance they were subject to was almost total. Most well-known cultural figures were scrutinized or had surveillance files. The key to this type of control was the fact that, when observing a person, the Securitate gained access to the private life of all of those with whom that person was connected. We often find plans like one from 1984, for investigating the writer Gabriel Chifu, who "considers himself the representative of a group of young poets."[1] All the "young poets" that were in contact with him were to be placed under the surveillance of the Securitate.

The targets were controlled by having their phones tapped or by having their space bugged: their home, office, hotel rooms, restaurants. Friends, coworkers, work or private contacts came under the watchful eye of the Securitate. When we look at a list of conversations of one cultural figure we can identify dozens of names of people whose opinions were recorded. One such list for the literary critic Mircea Iorgulescu includes: Zigu Ornea (literary historian); Dorin Tudoran (poet); Mircea Dinescu (poet); Nicolae Manolescu (literary critic); Bujor Nedelcovici (novelist); Szász János (Hungarian writer); Dan Deșliu (poet); D. R. Popescu (president of the Writers' Union); Romulus Rusan (writer); Georgeta Dimisianu (book editor); George Bălăiță (manager of a publishing house); Norman Manea (writer); Octavian Paler (writer); Roger Câmpeanu (editor); Florin Mugur (literary critic); Dinu Săraru (theater manager, protochronist); Mircea Ciobanu (writer); Petru Romoșan (young poet); Ion Bogdan Lefter (young literary critic); Liviu Ioan Stoiciu (young poet); Valeriu Râpeanu (manager of a publishing house), Gabriel Dimisianu (literary critic) and Dinu Flămând (poet). For the Romanian intellectual, these

1 DUI [Surveillance Files of Targets] Gabriel Chifu, "Chirilă", ACNSAS, File I 160197, f. 2.

names are of great significance. Iorgulescu's correspondence was also searched, so other people's thoughts passed through the hands of the Securitate officers. If one of the people listed was not under surveillance at the time, by sending Mircea Iorgulescu a message deemed dangerous by the officers, she or he would immediately become a target of surveillance. If necessary, plans would be made to influence, defame, or sanction.

Therefore, through the surveillance of a single socially active cultural figure, the Securitate would gather information on an entire network of people. On the other hand, a very large number of collaborators were involved in gathering information on a cultural personality followed for some time. In the case of, for example, Géza Pálfi, a confidant of Catholic bishop Áron Márton, the information on him comes from no fewer than 84 different sources.[2]

Along with individual files, the Securitate also kept documentary files. Some were concerned with groups of people. The file "Cosașu Radu et al." tells us that the writer's home was a meeting place for editors, writers and film people who gathered to play bridge.[3] There, according to the Securitate officers, "they criticized the policy of our Party and State and peddled negative rumors."[4]

The Securitate's vigorously pursued mission was the prevention and dissolution of any collective action not under its control. In 1975, it took steps to break up Radu Cosașu's group. It discredited Mirel Ilieșu (a director with Al. Sahia Studios, author of the film *The Earth is Thirsty* (Ro. *Setea pământului*), by suggesting to his bridge partners that he was responsible for the attention they received from the Securitate. At the same time, it sent an anonymous letter to the director of Al. Sahia Studios "to inform him of Mirel Ilieșu's interest in plagiarizing, including real, verifiable data."[5]

Another example is group no. 252, called "the Intellectuals", composed of cultural figures meeting at the home of Ion Crișan: Iosif Bujes, Ovid Crohmălniceanu, Henry Wald and others. The Securitate was unhappy because they were discussing "with hostility the policy of our Party and gov-

2 I chose this example to show that other categories of well-known people, not just cultural figures, were also repressed and under hyper-surveillance, and that ethnic Hungarians, Germans and Jews had to suffer the claustrophobic regime along with ethnic Romanians. (From Novák Csaba Zoltán: "We Serve and We Collaborate". The Issue of Agent-Type Collaboration in Respect to the Relations Between Church and State in Romania. Case Study of the Pálfi Géza Files, presented at the Conference "Memory of Everyday Collaboration with the Communist Regimes in Eastern Europe". Budapest 23–26 October 2013).

3 Radu Albala (editor for publishing house "Litera"), Felicia Antip, Mirel Ilieșu, Ion Ianoși Maximilian, Gelu Ionescu, Cornel Răducanu and Roger Câmpeanu (chief editor for the weekly *România literară*).

4 Cosașu Radu et al., ACNSAS, Group file I 017981 vol. 1, f. 1.

5 Ibid., f. 5, v. 5.

ernment, launching the theory that Jews are actively persecuted, and the state leadership promotes a nationalist, anti-Semitic stance."[6] In order to break up this group, Crișan was fired from the Library of the Romanian Academy, and was excluded from the Romanian Workers' Party.

Even holding a reunion like a small literary circle without supervision was not permitted. Dan C. Mihăilescu held two meetings with friends interested in literature at his home in December 1980. He called them the "White Rider" (Ro. Călărețul nins) literary circle. In 1983, he was investigated by the Securitate because "founding a literary circle is an endeavor that requires official approvals." He had to give up this idea.

Ioana Diaconescu has documented the control exercised in the cultural field. The Securitate divided cultural figures into three categories: 1) intellectuals with hostile activities; 2) intellectuals with adverse activities; 3) intellectuals with political or criminal antecedents, "reactionaries" and their descendants.[7] A note from 20 October 1982 tells us how many people were included in the last category: "In the area of literary-artistic creation we identified 190 descendants of persons with political or criminal antecedents." The further note demonstrates the extent of the surveillance of the cultural world:

> Organizationally, the intelligence activity on this issue takes place within the Council for Socialist Culture and Education, Creative Unions and Associations (members and working personnel), publishing houses, newsrooms, literary-artistic publications, fine arts institutions, theaters, musical and dance institutions, the State Circus, the Romanian Association of Managers in the Arts, museums, regional restoration labs, offices for the national cultural patrimony, restoration sites, houses of culture, community centers, libraries, literary-artistic circles and clubs, amateur artistic groups, as well as among self-employed artists and other persons with literary-artistic interests. The surveillance duties within libraries, literary circles and clubs and artistic groups belonging to enterprises or institutions under surveillance by other intelligence departments shall be performed by the latter, while the documentary officers are still responsible for staying informed at all times on the main points of interest in the area of literary-artistic creation and for involving themselves in solving the more important information in the field.[8]

6 File no. 252 (Bujes Iosif, Bujes Sandală, Ovid Chrohmălniceanu, Wald Elena, Solomon Ozias, Oproiu Ecaterina), ACNSAS, Group file I 000027, vol. 1, f. 175.

7 Ioana Diaconescu: Scriitori în Arhiva CNSAS – un documentar [Writers within the CNSAS Archive – a documentary]. In: *România literară* 18 (2011). All translations in this paper by the author.

8 Ibid.

In the late 1980s manifestations critical of the cultural policy of the Ceaușescu regime grew exponentially. Correspondingly, surveillance was strengthened. The report on intelligence activities in 1988 on the issues of arts/culture and mass media/publishing mentions a plan for 1989 to

> recruit according to needs and to systematically aim to recruit in exactly the places and cases that had been set. Infiltration within publishing enterprises shall be strengthened in order to create an invulnerable apparatus.[9]

Ioana Diaconescu's documentary proves the direct involvement of the Securitate in the marginalization of an entire literary movement, the 80s generation comprising Florin Iaru, Mircea Cărtărescu, Mariana Marin, Elena Ştefoi and Radu Călin Cristea. The "Monday literary circle" (Ro. Cenaclul de luni) hosted by its coordinator literary critic Nicolae Manolescu, was dismantled in 1983. The number of literary events decreased drastically. The leader of the Securitate, General Iulian Vlad, condemned the organization in Târgu Neamț of a "Young Poetry" (Ro. Poezia tânără) seminar with the title "Postmodernism" (14–15 November 1988) in which, according to Securitate officers, the participants were writers "known for their hostile attitude, praised by RadioFree Europe for refusing to write poems with a political message."[10] Iulian Vlad's respective order shows the pressure put on the responsible subordinates:

> Comrade Colonel Rațiu, 1. I informed Comrade Constantin Olteanu. 2. Why, after what happened previously at both the Mass Culture Department within the Council for Socialist Culture and Education and that County Council, does it still organize such activities? Don't you think such things should be clarified further? 13 X 1988.[11]

Surveillance of exiles

The surveillance of Romanian cultural personalities in the West, exiles criticizing the regime, or who could be used by it, was accomplished with the help of dozens of collaborators, intelligence agents and sources back in Romania. Some Romanian intellectuals made repeated trips abroad for this very purpose, which were denied to other citizens. They met cultural figures in exile and reported about them upon their return to Romania. One representative source, "T. Costică", travelled to Italy, France, Belgium, West Germany, and

9 Ibid.
10 Ibid.
11 Ibid.

Poland in 1984 in order to meet Camilian Demetrescu (painter), Eugen Ciucă (sculptor), Livio Zanolini (doctor), George Apostu (sculptor), Paul Barbăneagră (film director) and Alexandru Niculescu (philologist).[12] Earler, in 1982, "T. Costică" had travelled to Italy, Switzerland, France, West Germany, Belgium, and Poland. He contacted personalities such as Livio Zanolini, Valentin Th. Ionescu, Alexandru Tîrziu, Victor Teodorov, Pusztai Peter, Valentin Popa, Paul Barbăneagră, Vlad Stolojan, Virgil Ierunca (writers) and Monica Lovinescu (a literary critic), and others. In 1981, he travelled to Italy, Switzerland, France, West Germany, and Belgium, where he met Virgil Ierunca, Monica Lovinescu, Barbăneagră, Radu Stoica, Peter Pusztai and Edmund Pollak. Some of those he contacted suggested that "T. Costică" should stay in the West.[13]

The archive lists of cultural figures making annual trips to the West with tasks concerning the employees or collaborators of foreign radio stations include over 30 names.[14] If we multiply this number by the assumable number of contacts of each, we can see how the Romanian exile could have been largely controlled by the intelligence services back home.

I have not been able to find an exhaustive study of the means available to Romanian foreign intelligence services. We can form an opinion based on some specific cases represented in the archive. An attempt was made to recruit Ion Bălu, a literary historian engaged in rich correspondence with Mircea Eliade. The authorities in Bucharest were trying to convince Eliade to return home as a way to legitimize the communist regime. Bălu could have been useful, but he had to be used for other purposes as well. In 1988, two years after Eliade's death, he was visited at the school in Câmpina (Prahova County) by several officers from Bucharest. They suggested a trip to Lausanne, home city to the poet Ion Caraion, with the purpose of impeding the latter's participation in a reunion of Romanian immigrants in London; he was going to protest the policy of destroying Romanian villages. Bălu was asked to leave immediately, and he was promised an invitation to the conference from one of the 30 people on the Securitate's list. He was going to receive a passport, travelling funds and a daily allowance, and would be allowed to take along his wife and daughter, as a prolonged stay would be

12 Document from the operation "the Ether", (surveillance of Radio Free Europe) (ACNSAS, File D21, vol. 28, ff. 117–119).

13 Ibid. ff. 119–120.

14 Gabriel Andreescu: Cărturari, opozanți și documente. Manipularea Arhivei Securității [Scholars, dissidents and documents. The manipulation of the Securitate archives]. Iași 2013, pp. 138–139.

subsidized for them all. Ion Bălu refused, and the officers returned periodically for three months, trying to change his mind. They did not succeed.[15] This example shows that the Romanian foreign intelligence services spared no expense, at a time when the general population suffered from a dearth of the most basic consumer goods.

The artist community

The Securitate was interested in all categories of people with symbolic value, including of course artists: the 1,526 members of the Artists' Union (Uniunile Artiștilor);[16] the 451 members of the Visual Arts Fund (Fondul Plastic); 150 young artists *and* graduates of art colleges, grouped in the youth art circle "Atelier" (Atelier); over 2,200 amateur artists, members of the 101 art circles that were part of the Amateur Artists' Association (Asociația Artiștilor Amateri).[17] The Securitate also kept under surveillance the personnel working for the Union, the Fund, the art supplies factory and the magazine *Art* (*Arta*) (around 750 people), as a note from 21 August 1985 shows.

An analysis of the intelligence situation in the artist community, from 1 January 1984 until today, led to the following conclusions: intensified acts from foreign reactionary propaganda agencies and foreign intelligence agencies, for the purpose of fomenting hostile activities, negatively influencing or inciting people in the field to unsuitable activities.[18]

The officers showed concern about art works with mystical or religious content (by the painters Horia Bernea and Mihaela Isac Crișan from Bucharest, Flondor Constantin, Iulian Văcărescu, Cornelia Mateș and Paul Vereș from Timișoara, Eugen Barău from Tulcea) or including symbols of Freemasonry (e. g. Sever Frențiu, Sorin Dumitrescu and Florin Ciubotaru).

The Securitate was alerted regarding cartoonists who "create art works with politically unsuitable or debatable content" (Mihai Stănescu and Matty Aslan from Bucharest, Crăiță-Mândra from Bacău). These artists circulated their work among their acquaintances and submitted "tendentious" cartoons for publication. Mihai Stănescu is "unhappy because he faces difficulties in pub-

15 Bujor Nedelcovici (ed.): Scriitorul, Cenzura și Securitatea. Bujor Nedelcovici și invitații săi [The Writer, the Censorship and the Securitate. Bujor Nedelcovici and his guests]. București 2009, pp. 44–45.

16 The Securitate was interested in every detail. We discover that of all professional artists, 702 were employed, 188 were retired, and 636 were self-employed (556 in Bucharest).

17 Mihai Pelin: Cartea Albă a Securității [The White Book of the Securitate] vol. V. București 1995, p. 334.

18 Ibid.

lishing a cartoon album (his previous album, published in 1982, was removed from bookstores because of the debatable content of some of his work)". The cartoonist threatened "to publish his book on his own, without approval, and to request to leave the country permanently."[19]

In conclusion, archive materials show that the Securitate closely followed the entire Romanian cultural sphere. There were some differences between more and less sensitive fields. Television, radio and film belonged to the former category.[20]

II. Difficulties, dangers, opportunities in using the Securitate Archives

In 2000, after the Romanian Parliament passed a law demanding the Securitate Archives be made available, the CNSAS (National Council for the Study of Securitate Archive) received around 3,600 files,[21] and a few hundred more each year thereafter until 2005. As a consequence of the decision taken by the Supreme Council of National Defense, 1,555,905 files (1,894,076 volumes) were transferred to the CNSAS in 2006.[22] The CNSAS now holds the vast majority of said files and the transfer is still ongoing. Access to the Archives is very permissive. People can study their own personal file and researchers can study relevant files without prior anonymization. Researchers have to go through a procedure for protection of personal data and receive the approval of the CNSAS Board for their research. But this approval is easy to obtain. The CNSAS archives are a valuable and generous resource for researchers. Related to this problem, I believe that more should be done to prevent the improper use of private data.

19 Ibid.

20 Research by Bujor T. Rîpeanu shows that a large number of "film people" were involved in intelligence gathering/collaboration activities. For some suggestions, rather discreet since the book is an encyclopedia, see: Bujor T. Rîpeanu: Cinematografiștii. 2345 cineaști, actori, critici și istorici de film și alte persoane care au avut de-a face cu cinematograful din România sau care sunt originare de pe aceste meleaguri [Cinema people. 2345 filmmakers, actors, critics and film historians and other people involved in Romanian cinema or who were born in these parts]. București 2013.

21 Mircea Stănescu: Consiliul Național pentru Studierea Arhivelor Securității și problema moștenirii comunismului [The National Council for the Study of the Security Archives and the Communist Legacy Problem]. In: *Revista Română de Drepturile Omului* 11 (2003) 25, pp. 37–63, here: p. 59.

22 Dragoș Petrescu: The Resistence that Wasn't. Romanian Intellectuals, the Securitate, and "Resistance through Culture". In: Joachim von Puttkamer, Stefan Sienerth, Ulrich A. Wien (eds.): Die Securitate in Siebenbürgen. [The Securitate in Transylvania] Köln, Weimar, Wien 2014, p. 26. See also Petrescu's chapter in this volume.

Continuity of intelligence services

At first glance, access to Securitate data seems excellent: researchers can study the original files, and it is rather easy to obtain approval for investigations. However, despite the large number of files and the ease of access, for researchers interested in the recent past, the Securitate Archives are in many ways a source of frustration. The topics of maximum interest to the public have to do with the past and the present of political and cultural figures. And, to this extent, the CNSAS archive is "lacking". The most sensitive and therefore most relevant files have not been made available to the public. Several factors are behind this situation, among them the fact that the current intelligence services (SRI, SIE and the others) were formed by the personnel of the former Securitate. In collusion with the post-revolution leaders, the intelligence services used their archives in political battles. For example, files would "float up" to the surface when needed to discredit a political opponent. They tampered with the content of the archives, they provided information for public use, and withheld documents that should have been made public. Gelu Voican Voiculescu, vice-prime minister and the first chief of the intelligence unit (UM 0215) that took the place of the Bucharest branch of the Securitate in early 1990, confirmed that at the time he was able to dispose of any files he didn't like.[23] One well-known example involves the file of Gheorghe Ursu, a dissident killed in 1985 for writing an anti-Ceaușescu diary. It was removed from the Securitate Archives in 1990 for a criminal investigation, sent back to the Archives and then destroyed.[24]

One-sidedness of the Mixed Commission

One effect of the continuity of the intelligence services after 2000, when the CNSAS was created, is the perturbation of the activity of the SRI-CNSAS Mixed Commission. The commission can declassify files before transferring them to the CNSAS. In fact, the decision on classifying the documents or not is taken by the representative of the SRI,[25] as the following example illus-

23 Emil Berdeli: Dacă aș fi avut ceva de ascuns, dosarul meu nu s-ar mai fi găsit niciodată. [If I had something to hide, my file would never have been found]. In: *Puterea*, 15.6.2010.

24 SRI officer Eugen Grigorescu was sentenced to three years in prison for destroying the file (Gabriel Andreescu: Deconspirarea poliției politice comuniste. Evoluții [Unmasking the Communist Political Police. Latest Developments]. In: *Noua Revistă de Drepturile Omului* 2 (2006) 3, pp. 34–55).

25 Aurel I. Rogojan: Fereastra serviciilor secrete. România în strategia jocurilor globale [The window of the intelligence services. Romania within the strategy of global games]. București 2011, p. 307.

trates: Aurel I. Rogojan, former chief of staff to Iulian Vlad, the chief of the Securitate in the last years of the Ceaușescu regime, was, according to his own testimony, a member of such a mixed commission.[26] Would Rogojan have approved supplying the CNSAS of any documents proving his own guilt? Or the guilt of his boss? Or the guilt of those receiving his orders? Or any documents that would have a negative impact on the nationalist, anti-Hungarian, anti-Western positions he promotes in his books and the media? It is impossible, given his leadership position in the Securitate, for Aurel I. Rogojan not to have been responsible for violations of human rights and freedoms. Therefore, according to the law, he should not have been hired by the SRI, but this rule seems to have always been ignored. For years, someone like Aurel I. Rogojan has made decisions on which sensitive files are passed from the SRI to the CNSAS.

Disappearance and burning of files, and tampering with files by the intelligence services

One of the most frequent explanations for the absence of sensitive surveillance and intelligence files is that they disappeared or were burned. President Ion Iliescu's file has disappeared too.[27] The file of Patriarch Daniel was "burned". Public opinion is primed for this kind of response: in 1990, the SRI burned a truck full of files at Berevoești. The event enjoyed maximum visibility, as the discovery of the operation and the miraculous rescue of many documents became a famous saga in Romania. The reporters sent by the oppositional newspaper *România liberă* became the main witnesses of this spectacular operation. I think it is convenient that such a simple operation of destruction nonetheless left behind so many clues. No order to destroy the documents ever surfaced. The Berevoești case is similar to other "oddities". Silviu Brucan, who was in charge of the "new" intelligence services after the Revolution, maintained that his Securitate file was found somewhere in the country by a worker among the ashes of a fire started by the Securitate. – This story seems childish.

The systematic attempts of people from the intelligence services to introduce the idea of the absence or disappearance of files to the public discussion are also noteworthy. Cristian Troncotă, a sort of "official historian" of the Romanian intelligence services, Securitate captain and pensioned by the SRI

26 Ibid.

27 Virgil Magureanu: Dosarul Iliescu a fost făcut dispărut [The Iliescu file was vanished]. In: *Evenimentul zilei*, 17.2.2007.

as a colonel, maintained in an interview in 2008 that during the Revolution a campaign to destroy files took place across the country, followed by the removal of some documents from the remaining files.[28] He further maintained that the files of informers that had become Party members no longer existed: "Both their files and the microfiches were destroyed when they became party members."[29] He claimed the documentary files were not available either because they were not "microfiched", and that the central archives did not include files on "front organizations", like "Dunărea", a covert company.

It is important to note that a specialist in the Securitate Archives who has worked with them before and after the Revolution is deceiving the public by suggesting the files have disappeared. There are many files with the CNSAS on former Party members with informer files. I have seen several, among them those of cultural figures like Zigu Ornea and Mihail Golu. In 2014, the CNSAS announced it had received documents from the "Special Currency Operations" fund (O.V.S.) – the foreign trade company "Dunărea".[30]

Our research suggests the opposite: the loss (destruction) of files was an exceptional event, probably involving the files open at the end of 1989. Cultural figures and dissidents had prior files that had been microfiched before 1985. However, Ana Blandiana's file was not found "because it was destroyed upon the Revolution" even though she had been under surveillance since the 60s. In the case of other cultural figures, the SRI transferred only loose documents, as a part of a file created after 1990. Documents regarding Octavian Paler, well known for his leading position in the communist press and as a novelist, take up only 23 sheets of paper.[31] Only 19 pages on the dissident Mihai Botez were transferred, although he undertook activities against the regime for a long period of time (1979–1987), and after his departure from the country in 1987 his file should have been archived. And there are many other examples.

28 Interview with Cristian Troncotă in Lavinia Betea: În Arhiva Securității au rămas documentele inofensive [Only harmless documents are left in the Securitate Archives]. In: *Jurnalul Național*, 7.2.2008.

29 Ibidem.

30 Dosarul Dunărea Operativ, desecretizat – CNSAS a dat liber la studierea documentelor [The file Dunărea declassified – CNSAS allows the study of the documents] < http://www.ziare.com/stiri/cnsas/dosarul-dunarea-operativ-desecretizat-cnsas-a-dat-liber-la-studierea-documentelor-1290037 >, 11.07.2017.

31 ACNSAS, File I 1812 on Paler Octavian, no codename.

Filtering out politically significant files

In the case of some cultural figures involved in politics, the CNSAS and the public only received some of the files held by the SRI. A researcher can use his experience with the archives and public information to arrive at this conclusion, as the case of the linguist George Pruteanu proves. His surveillance files show he had been close to a group of intellectuals from Iași (the writers Dan Petrescu, Liviu Antonesei, Luca Pițu, Sorin Antohi, Alexandru Călinescu, the sociologist Mihai Dinu-Gheorghiu, and others) which was under intense Securitate surveillance. Each member had activities that were considered to be hostile to the regime, and especially Dan Petrescu was a well-known dissident. As a person close to the group from Iași, George Pruteanu became the subject of a surveillance file. In 1976 George Pruteanu was sentenced to prison for criminal acts: he broke into cars and homes and stole things, and he took money from the briefcases of writers working for the magazine *Convorbiri literare*. Following his conviction on 4 March 1976, his surveillance file was closed.

Upon his release from prison, the linguist was in a position of maximum vulnerability. The Securitate's past practice suggests they would have used Pruteanu to keep an eye on the group from Iași. And yet the files on George Pruteanu end with the year 1976. At the same time, he is referenced in surveillance files from the 1980s on his co-workers.[32] Therefore files on him should exist for the period between 1976 and 1989. Why has SRI refused to send these files to the CNSAS? The answer probably has something to do with the linguist's incongruous political career. George Pruteanu enjoyed much media success with his TV show at the beginning of the 1990s. He joined the PNȚCD, an anti-communist party, and was elected senator on the party list in 1996. Later he became a member of the PSD, the party of the former nomenklatura, and a PSD senator. Three years later he chose the PRM, Corneliu Vadim Tudor's party, an anti-Semitic and anti-Hungarian organization created by the former Securitate.

This intricate political history suggests the linguist collaborated with the Securitate after being released from jail. It suggests that after 1989 he was used by political forces with privileged access to the intelligence services. The absence of a surveillance or collaboration file on George Pruteanu covering the time after 1976 strengthens (instead of weakening) the assumption about his special relationship with the Securitate.

32 As well as in the group file labeled "Cameleonii" [Chameleons].

Structural problems with the Securitate archives

Some difficulties in discovering the history of collaboration with the communist regime, and in particular the relationship of cultural figures with the Securitate, stem from the manner in which the archives were collected, beginning in 1970. As part of the measures meant to enforce the authority of the PCR over the Securitate, Party members could only be recruited with the approval of county Party secretaries, initially for a period of six months. Their files were supposed to be destroyed at the end of the six months, and only the summaries were to be kept, while some documents were to be transferred to other individual or documentary surveillance files. Therefore, a dearth of collaboration files on former Party members is to be expected. This asymmetry of proof of collaboration by Party members vs. non-members raises ethical questions: after the fall of communist totalitarianism, those who tried to take advantage of the former regime have been protected from the eyes of public opprobrium. At the same time, "traces" of collaboration by Party members can be found in the form of informers' notes in other parts of the archives. Documentation of collaboration is difficult but not impossible.

Issues with the content of Securitate documents

The biggest difficulties involve the content of the files: the falsification of reality, the attempts to prove the existence of anti-communist acts, the superficiality of the information collected. In other words: the information in archive documents should not be taken as solid fact. I have found that some officers systematically took information from one file to move it to others. When the information was contradictory, the documents were adjusted to create a coherent timeline. Securitate agents were bureaucrats who wanted to take care of their work in the easiest manner available.

The most significant distortion created by the Securitate was to bureaucratically assign an informer status and open collaboration files on people who would have never agreed to become collaborators. The practice of using the number of recruited informers as a measure of Securitate officers' efficiency led to an inflation of collaboration files.[33] It got to the point where such files were opened for people in exile, leaders of the opposition against the Ceaușescu regime: Neculai C. Munteanu, who worked for Radio Free Europe, or Mihnea Berindei, vice-president of the League for the Defence of Human Rights in Romania, from Paris.

33 Liviu Turcu: Colaboraționismul la români [Romanian Collaborationism] in: *Revista Română de Drepturile Omului* 13 (2005) 28, pp. 26–39, here: p. 35.

But, as problematic as it is, the material in the archives remains essential for an understanding of recent history. The researcher gradually finds out how to separate the valuable from the dregs. Just like a biologist can reconstruct an animal from a bone, the archives researcher can reconstruct his subject from limited sources. I wish to stress the value of the archives and, in doing so, support the conclusion of William Totok:

> The information, at one time used by the intelligence services, is useful material for everyone, be it a researcher or a private individual who wants to reconstruct aspects of a chapter of the recent past.[34]

Similar statements can be found in the literature on secret police files from other former communist countries. I will only quote here the Polish researcher Joanna Siedlecka, who wrote on finding within the (Polish) Intelligence Service Archives information sources "that are priceless. They contain an immense quantity of information on the life of writers."[35]

III. Manipulation of the public based on the Securitate Archives

The early history of manipulation

The use of documents from the Securitate Archives for the purpose of manipulation started right after the Revolution. Documents from the files were sent to newspapers and magazines. The latter used them without always understanding the political implications of publishing that unverified information. One example is the publication of an "informer agreement" of a priest active

34 William Totok: Lustrație de catifea. Politica de reconsiderare critică a comunismului în Germania [Velvet Lustration. The Policy of Critical Reassessment of the Communism in Germany]. In: *Noua Revistă de Drepturile omuluiI* 11 (2013) 3, pp. 23–35, here: p. 26.
see also William Totok: Mit tückischer Durchtriebenheit. Durchsetzung der offiziellen Geschichts-und Kulturpolitik im national-kommunistischen Rumänien mit nachrichtendienstlicher Unterstützung (I). In: *Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik* 25 (2013) pp. 1–2. Many of his studies on the subject are published in the journal *Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik*. He is the editor of several books (and was co-editor with Detlef Stein of Die Kirchen in Osteuropa im Kommunismus. Berlin 2011), and the author of several others, including Episcopul, Hitler și Securitatea. Procesul stalinist impotriva "spionilor Vaticanului" din România [The bishop, Hitler and the Securitate. The Stalinist trial against the "spies of the Vatican" in Romania]. Iași 2008.

35 Apud. Krzysztof Brzechczyn: The Issue of the Reliability of "Files" in Discussions on Collaboration with the Security Service (SB) in Poland. Some Methodological Remarks. Paper presented at the Conference "Memory of Everyday Collaboration with the Communist Regimes in Eastern Europe". Budapest 23–26.10.2013.

in the political opposition. Two days after the "document" was published, it was discovered that the graphics were new – they were not the type used in Securitate documents.

A significant act of manipulation was the attempt to convince public opinion that it would be better not to open the archives to the public. The argument was that the archives contained "ugly things" and it would therefore be better to keep these documents away from the public eye. After the former Securitate officer and first director of the Romanian Intelligence Service (SRI) Virgil Măgureanu drew attention to the possible negative consequences, in 1992 the names of two former informers were made public. The people in question, Florin Mărculescu and Sorin Roșca Stănescu, were working for the main opposition newspaper, *România liberă*, and were known for the fervor of their criticism of President Ion Iliescu and his allies.

The only people who had access to the Securitate Archives were the political forces who controlled the intelligence services. Hence public opinion was skeptical towards those documents that were made public. A more sophisticated method of manipulation was the publication of carefully selected materials. Mihai Pelin published 5 volumes of documents with the title *Cartea Albă a Securității* [The Securitate White Book, 1996–1997], at the invitation of the SRI Director, Virgil Măgureanu. Mihai Pelin would later publish *Operațiunile Melița și Eterul. Istoria Europei Libere prin documente de Securitate* [Operations Melița and Eterul. The history of Radio Free Europe through Securitate documents, 1999], a volume describing the Securitate's perspective on the radio station. His work proved that a partial truth can do more damage than no truth at all. Filtering the Securitate files, Pelin highlighted the small dissatisfactions of some public personalities who served the Communist regime and, simultaneously, he brought to light the little lashes of the true victims.

Manipulation after the opening of the Securitate Archives. The years 2000–2001

The manipulation based on documents from the Securitate Archives changed its purpose after the creation of the CNSAS and the opening of access to personal files, when it became possible for researchers to work with the CNSAS archive. The manipulation became extensive, manifold and indeed effective. The first series of manipulations involved the CNSAS itself and was essentially political. The Council was responsible for verifying previous collaboration with the Securitate by officials and candidates in local and state elections. During the year 2000, an election year, the CNSAS Council and the press extensively publicized the informer's pledges signed by former political detainees, now members of the historical parties, who had spent

many years in communist prisons. They had written notes for the Securitate and some of them had been paid – Alexandru Paleologu, Mircea Ionescu-Quintus, Dan Amadeo Lăzărescu. But the names of former Securitate agents like Ristea Priboi were not made public. The latter had been deputy chief of the Center for Foreign Intelligence (CIE) while it was involved in attacks in France and West Germany. There are documents that support his involvement in the repression of the Brașov revolt.[36] In 1990, Ristea Priboi joined the Foreign Intelligence Service (SIE). He later became an advisor to the President of the Chamber of Deputies, Adrian Năstase. In 2000, he was elected deputy on PSD lists without the CNSAS ever making his past public. The first revelations about his former life were published by the press only when he became a candidate for the presidency of the Parliamentary Commission for the Control of the SIE. For a while, the CNSAS Council defended him against these accusations.

Another example of political bias was the absence among the list of "deconspired" codenames belonging to President Ion Iliescu. Since he had held important positions within the Communist Party and, in particular, had been a county PCR Secretary (in Iași), Ion Iliescu was entitled to give orders to the Securitate. Therefore, according to the law, he should have been on the list of collaborators involved in secret police activities. This did not happen, even though in his involvement was rather obvious. Finally, in 2000, the CNSAS Council failed to complete its investigation of candidates from the Greater Romania Party (PRM), the party known to be at the service of a branch of the Securitate. In this manner, the CNSAS became directly involved in the electoral competition.

Manifold manipulation. Turning cultural figures into scapegoats

I will begin with the manipulations involving members of the CNSAS Council because under the current law such behavior is punishable by imprisonment. In November 2003, four members of the CNSAS Council, Mircea Dinescu, Andrei Pleşu, Horia-Roman Patapievici and Council president Gheorghe Onișoru,[37] attended a public meeting in order to state that a well-known poet and former political detainee, Ștefan Aug. Doinaș, had authoritiy a Securitate

36 On 15 November 1987, over 20,000 workers from the Brașov Steagu Roșu truck manufacturing plant, Tractor Plant, and the Hidromecanica factory declared the strike and marched toward the Communist headquarters in the city center, shouting slogans like "Down with Ceaușescu!", "Down with Communism!". Till the evening of the same day, the forces of the political police and the military surrounded the city center, forcing the revolt to disband.

37 Together with the director of the Department of Investigations, Germina Nagâț.

informer.[38] To quote Mircea Dinescu, "[…] the moral standard, your old friend and mine, informed profusely on his co-workers […]".[39]

In the public perspective, the accusations were significant because they came from an institution in charge of the Securitate Archives, and because three members of the CNSAS Council were rather high-profile intellectuals. But the possible collaboration of Doinaș should have been discussed by a researcher, and not by the members of the CNSAS Council. Doinaş was not among those about whom the CNSAS was supposed to inform the public. Had he been one of this group, his status as an informer should have been established through a vote of Council members, in a meeting, and not through the expression of personal opinions. Nevertheless, a thorough analysis of documents on Doinaș in the CNSAS archive had not taken place. Some of Doinaș' declarations did not constitute proof, because they had been given during an investigation or had been misattributed. My extensive analysis of the Doinaș case shows that the accusations of collaboration leveled at this important cultural figure are wrong.[40] But the involvement of members of the CNSAS Council in the defamation of Doinaş in 2003 led to a campaign to destroy the public image of the poet, a campaign still ongoing today.

Dinescu, Marino – The Noica School

One of the members of the CNSAS Council, Mircea Dinescu, was involved in accusations made against another cultural figure, Adrian Marino. The latter was above suspicion: he had spent eight years in a political prison, he had made no compromises under the communist regime, he was respected as "the scholar", "our last Renaissance man".[41] He was a liberal thinker and therefore, after 1990, he expressed his criticism of nationalist philosopher Constantin Noica.[42] According to Marino, Constantin Noica was not inclined toward democracy, showed anti-Western impulses and was detached from reality. Hence Noica had become "an objective ally of the regime".

Marino's remarks attracted the antipathy of the group of intellectuals whose cultural prestige depended on their connection to Noica – the so-called

38 The event took place on 26 November 2003, at Club Prometheus, as part of the *România literară* Meeting Series.

39 Their accusations were meant to support the declarations made by the poet and senator Adrian Păunescu in October 2003.

40 Gabriel Andreescu: Responsabilitatea Uniunii Scriitorilor față de Ștefan Aug. Doinaș [The Responsibility of the Writers' Union towards Ștefan Aug. Doinaș]. In: *Observator Cultural*, 11.7.2014.

41 Sorin Antohi: Lecția lui Adrian Marino [Adrian Marindo's Lesson]. In: *Observator cultural*, 24.3.2005.

Păltiniș School. In 2004, Gabriel Liiceanu, one of Noica's disciples, accused Marino of writing two "compromising" dedications to Dumitru Popescu, Secretary of the Central Committee of the PCR. In the same diatribe, he described Marino as frustrated, culturally impotent, ready to "spit over the fence" and "to shriek for all to hear, a neurotic and lecherous megalomaniac", and so on.[43] The dedications featured in Marino's book about the Hermeneutics of Mircea Eliade, which could only be published with the support of Popescu. This is part of a pattern: for personal reasons, Liiceanu invented the collaborationism of an anti-communist figure like Marino on the basis of harmless documents.

This pattern was highlighted in 2010, after the publishing house Polirom posthumously published Marino's memoirs,[44] which included some unfavorable portraits of public figures. For instance, Marino wrote that the poet Mircea Dinescu was feral, illiterate, aggressive and impertinent. That time, Dinescu was still a member of the CNSAS Council. The access records for the SIE file on Adrian Marino shows that Dinescu asked the director of the Department of Investigations to look through Marino's files and later consulted them himself. As in the Doinaș case, the CNSAS transgressed its jurisdiction in studying the file on Marino and discussing it publicly. Yet Dinescu accused the scholar publicly: "There are documents at the CNSAS that prove that Adrian Marino was an informer for the 3rd Directorate". By law, for this behavior Dinescu should have been sentenced to prison.

Not only was he never indicted, but the supporters of the Păltiniș School relaunched their campaign against Marino. I will restrict myself to just one example of the insults leveled at the scholar: "The posthumous destiny of Adrian Marino is dark, schizophrenic, twisted and sad. [Marino] was an informer. He accepted tasks for the Securitate as its delegate."[45] The files, however, completely disprove these statements.[46] Also, with the exception of one journalist with no particular qualification, none of those accusing Marino

42 Adrian Marino: Cazul Constantin Noica [The case Constantin Noica]. In: Adrian Marino, Politică și cultură. Pentru o nouă cultură română [Politics and culture. For a new Romanian culture]. Iași 1996. His point of view is not unique – see Katherine Verdery: National Ideology under Socialism. Identity and Cultural Politics in Ceauşescu's Romania. Berkeley 1991.

43 Gabriel Liiceanu: Singura răfuială care contează [The only revenge that matter]. In: *Dilema veche*, 25.6–1.7.2004.

44 Five years after the death of: Adrian Marino: Viața unui om singur [The life of a single man]. Iași 2010.

45 Vladimir Tismăneanu: Cazul Adrian Marino. Un intelectual erudit, chinuit și agent de influență [The case Adrian Marino. An erudite, tortured intellectual and agent of influence]. In: *22 Magazine*, 13.7.2010.

46 Andreescu: Cărturari.

had studied his files. The case of Adrian Marino is a dramatic example of the manner in which the Securitate documents are used as weapons in a symbolic-cultural competition.

Manipulation against former dissidents. Other actors of the manipulation. Mihnea Berindei, Mihai Botez

If one could possibly have reasons for suspicion in the case of Adrian Marino, in the case of Mihnea Berindei and Mihai Botez any accusations are absurd. Berindei escaped to France when he was a student and became one of the most effective critics of the Ceaușescu regime in the West. Mihai Botez was a "solitary dissident" from 1979 to 1987, when he was forced to seek political asylum in the US. He has been called "a Romanian Saharov". I would argue that he is the only Romanian dissident with an elaborate philosophy comparable to that of Czech, Polish or Hungarian dissidents.

Both had to face a defamation campaign labeling them former Securitate informers. The accusations against Mihnea Berindei started in 2006, and were made by a journalist, Victor Roncea. The latter is close to neo-Legionnaire groups and the former leadership of the Securitate. He took advantage of the investigation and the collaboration file on Berindei created by the Securitate prior to Berindei's visit to Turkey on a scholarship (from where he left to France). All Securitate documents point to the file being a fake.

In Mihai Botez's case, there is no collaboration file. But his declarations during investigations were found. In 2010, his former friend, poet Dorin Tudoran, published a selection of documents from his personal Securitate file, and the declarations became public. They prove Botez was protecting his friends whom he was aiding at the time. Yet sociologist Radu Ioanid, from the Holocaust Memorial in Washington, interpreted these documents against common sense and added falsifying statements. Ioanid's version even suggested that Botez was one of the horrible informers comparable to the authors of the worst kind of collaborationism, like Corneliu Vadim Tudor, or Securitate officers.

The attack initiated by journalist Victor Roncea against Mihnea Berindei can be seen as the revenge of former agents of the Securitate and former Legionnaires. But the carefully premeditated defamation campaign conducted by Radu Ioanid is harder to explain. One can only speculate. Ioanid is a professional when it comes to archives, so a misunderstanding of documents is not possible. It should be noted that over time Ioanid was also involved in the defamation of other Romanian dissidents. At the same time, he was involved in promoting a positive image of the former communist leader Silviu Brucan.

Persistent politically motivated manipulation. The case of Mona Muscă

In 2006, the liberal politician Mona Muscă was climbing in the polls and was catching up with president Traian Băsescu, at the time the most popular Romanian politician. She seemed to be on her way to surpassing him. She had become Minister of Culture and her approach to her work impressed the public. Another asset was the intense civic society support she enjoyed due to her successful support for some laws fundamental to democracy. But at this time something unexpected happened. In September, the CNSAS Council maintained that Mona Muscă had collaborated with the communist secret police. She had signed a pledge for the Securitate and had provided 15 information notes under her codename mentioning foreign students and some professors. But the pledge was limited and technical "regarding information on foreign students". In Romania, this was required by law. Of the alleged 15 notes, only two were found in the files, and they were entirely positive: (1) "[The classmate] is well intentioned, works hard …" and (2) "[Puts] above all else the fulfillment of work tasks". These notes would not have allowed, according to the letter and the spirit of the law, the accusation of collaboration.

Just before the decision of the CNSAS Council, heated attacks were published in the Romanian press mentioning her "collaboration" with the Securitate. The National Council of the National Liberal Party (PNL) gathered and decided to exclude Mona Muscă from the party. It is interesting that informers paid by the Securitate and authors of hostile notes (Alexandru Paleologu, Mircea Ionescu-Quintus, Constantin Bălăceanu-Stolnici etc.) who were in the PNL leadership did not suffer the same treatment. The Council that made this decision included Teodor Meleșcanu who, according to Mircea Răceanu, a former member of the Romanian diplomatic corps, had been a covert Securitate officer within the Ministry for Foreign Affairs.[47] All available information points to this allegation being true. The absurdity of the history of "deconspiration" in Romania is that Teodor Meleșcanu helped to exclude from the PNL an author of harmless information notes like Mona Muscă. And although Meleșcanu was a member of Parliament, a member of the Constitutional Court, and finally a director of the SIE, and hence under investigation by the CNSAS, the Council never found any proof of his collaboration with the former secret police.

47 Mircea Răceanu: Infern '89. Poveste unei condamnări la moarte [Inferno '89. The Story of a Death Sentence]. București 2009, pp. 50–52. Teodor Melescanu's positions before the revolution, his career after 1990, the information spread by word of mouth, the fact that in 2012 he was appointed director of the Romanian Foreign Intelligence Service, all converge to confirm Răceanu's testimony.

Although the campaign against Monei Muscă has also involved cultural figures (Gabriel Liiceanu), in her case the manipulation of the Securitate archives has essentially been politically motivated.

IV. Institutions of Memory

The institutions of memory are many and include, for example, museums. Here we will use this name for two bodies focused on studying the past and treating it within the paradigm of the ethics of memory. Here I will not discuss a similar institution, the Institute for the Study of the Holocaust in Romania, the means, agenda and goals of which are essentially different from the other two.

The National Council for the Study of Securitate Archive (CNSAS)

At the beginning of its activity, the CNSAS was already compromised because some of the Council members were incompatible with the provisions of the law. In its first years, the CNSAS (i) was politically biased, (ii) protected Securitate agents and (iii) made several professional blunders. Some members of the CNSAS Council broke the law that defined their responsibilities.

Over time, the activity of the CNSAS has improved, in terms of its own research, its providing access to the archives under its management and its "uncovering" activity. One clear improvement has been ceasing to send notifications labeling well-known cultural figures "informers" in the absence of an official decision from the CNSAS Council and the courts – see the aforementioned cases of Mircea Iorgulescu and Ștefan Aug. Doinaș in 2003.[48] Since 2010, notifications have no longer used the term prior to official ascertainment. In this context, I wish to stress once again the exceptional value of the CNSAS archive and the activity of the institution, and the need to defend it against requests to dismantle it.

At the same time, the Council remains open to criticism to this day: (a) some acts of ascertainment show a clear lack of professional expertise; (b) some members of the Council and some employees make public statements unsuitable given their positions and compromise the institution, (c) collaboration with external researchers could be better.

(a) To this day, there are acts of ascertainment by the CNSAS that raise doubts about the professional expertise within the institution. One example is

48 Gabriel Andreescu: Greșeli ale CNSAS care au făcut victime. Cazul Ștefan. Aug. Doinaș [Mistakes of the CNSAS that have made victims. The case of Ștefan. Aug. Doinaș]. In: 25 *Contemporanul* 4 (2014), pp. 19–21.

that of historian Sorin Antohi. CNSAS "ascertained" on 12 June 2014 that Antohi had collaborated with the Securitate. As a high-school student, Antohi had edited a magazine that, according to the Securitate, had "pro-Western content" and discussed "issues of a mystical nature".[49] He was threatened with expulsion from school and with prison, and hence a collaboration pledge was obtained in 1976. Since his pledge was signed while under investigation, by law Antohi should be exonerated. None of the notes provided by Antohi between 1976 and 1982 includes even a suggestion of anyone being involved in activities against the communist regime. But the CNSAS chose to use a strange argument: Antohi is proven to have had secret police activities by the fact that a foreign lecturer suspected him of collaborating with the Securitate and hence avoided discussing sensitive topics in his presence.

Another strange notion is that Antohi, simply by writing notes for the Securitate, intended to violate the rights of those he wrote about. Furthermore, the historian is responsible for engaging in secret police activities because he "was not careful of the interests" of those he wrote about, and his texts were incompatible with "the principles of public morality". This interpretation of documents goes against the law and, moreover, doesn't make any sense.

(b) There are more recent examples of serious abuse of the access to archives for the purpose of manipulating public opinion. George Enache, then a researcher at the CNSAS, participated in a seminar in Sibiu on 8 December 2009, organized by the Evangelische Akademie Siebenbürgen, on the topic of "Resistance, Opposition and Dissidence in Communist Romania". Before a predominantly German audience, George Enache stated that a yoga instructor, at the time under an abusive investigation by the SRI, had been a collaborator with the Securitate. According to his own recent research in the CNSAS archive, the instructor had been involved in shady deals to obtain foreign currency for the Securitate. But the Archives contain no evidence supporting these assertions. The yoga instructor had been jailed by the Securitate, tortured and finally sent to a psychiatric hospital, which he only escaped because of the Revolution. As a witness to this seminar, I wrote about it in the cultural press. But the CNSAS Council never asked for a criminal investigation against George Enache, as required by law.

(c) Today the CNSAS leadership denies researchers access to CNSAS acts of ascertainment, even when the issue under review is the topic of their research. I think cooperation between researchers and the CNSAS would be to the ben-

49 ACNSAS, "Informer file", Sorin Antohi, I 2698, Vol. 1, f. 21.

efit of both, and ultimately to the benefit of the truth. Sometimes advice from a researcher could prevent the Council from making mistakes punishable by the courts – see the cases of Nicolae Breban and Mircea Iorgulescu.[50]

Another issue is the involvement of the CNSAS in the distortion of the history of the relationship between the Orthodox Church (Ro. Biserică ortodoxă română, henceforth: BOR) and the communist regime. This could be noticed from the institution's very inception: the pressure suffered by some employees who wrote negative statements about the BOR hierarchy; the slowness with which the public was informed about the collaboration of members of the clergy during the time in which this was within the purview of the CNSAS; and the religious bias of some works published by CNSAS researchers. As an example, I return again to George Enache, a collaborator of the neo-Legionnaire magazine *Rost* (Sense), who states that the behavior of the communist Patriarchs was meant to serve the Church and the faithful. This issue, which is an open and complex one, was dealt with in a schematic and apologetic fashion.

The Institute for the Investigation of Communist Crimes and the Memory of the Romanian Exile (IICCMER)

The Institute for the Investigation of Communist Crimes and the Memory of the Romanian Exile (Ro. Institutul de Investigare a Crimelor Comunismului și Memoria Exilului Românesc, IICCMER) was established due to the constant efforts of the historian Marius Oprea. After the creation of the Institute, Oprea channeled its activity toward research with "practical value", mainly field investigations of communist crimes. Since it is under the authority of the Prime Minister, IICCMER has always been influenced by the political interests of the government. In 2008, the IICCMER leadership was replaced with a group supported by president Traian Băsescu. Their activities were perceived as formal and biased. The latest political intervention took place in 2014 when Radu Preda, a theologian with no expertise in the field, a long-time supporter of BOR interests and of the privileged relationship between the BOR and the Romanian state, was named as the president of IICCMER. He is also a sympathizer with the neo-Legionnaire movement. In 2011, he publicly welcomed the creation of the magazine *Rost*, the founders of which were known for their right-wing ideology platform.[51]

50 See Gabriel Andreescu, Existența prin cultură. Represiune, colaboraționism și rezistență intelectuală sub regimul comunist [Existence through culture. Repression, collaboration and intellectual resistance under the communist regime]. Iași, 2015 (pp. 152–155 and pp. 174–191).

51 Radu Preda: Rostul revistei Rost [The Purpose of the "Purpose" magazine]. In: *Rost* 100 (2011).

Preda was a disciple of one of the most powerful metropolitans in Romania, Bartolomeu Anania, and has become one of his apologists. Recently, he was still describing Anania as an enlightened member of the Orthodox hierarchy, "open to the universal", who "was not Romanian through exclusion, but through inclusion." But the facts completely contradict this characterization. Anania was a constant enemy of the rule of law. On 20 March 1998, Bartolomeu Anania organized a march of approximately 2,500 priests and seminarians who opposed the retrocession of the Schimbarea la față (The Transfiguration) Episcopal Church to the Greek-Catholic Church following a court's decision. He threatened the public authorities that dared to humiliate the Orthodox Church.[52]

The Metropolitan Bartolomeu Anania was well known for his Legionnaire past, for his collaboration with the communist regime, and for his anti-European and anti-democratic statements. He strongly opposed accession to the European Union, arguing that

> Romania has always been in Europe historically, geographically, culturally and spiritually. Moreover, from the point of view of culture and civilization, we have long outrun Europe. […] we are proposed accession to a Europe founded exclusively on the economic and the political where there is no trace of spirituality, of culture, not to mention religion. A Europe impoverished, spiritless, which is more than awful.[53]

An ICCMER president who denies facts to such an extent slowly turns the issue of the communist past into a project of historical reconstruction adapted to his own purposes. One result of this change, among others, is a focus on the issue of the "martyrdom of Orthodox clergy", the "prison saints", those who "survived prisons and exited them due to their religious faith".[54] The Romanian communist gulag, experienced by hundreds of thousands of victims of different origins and identities, is given an Orthodox tone.[55]

---

52 Gabriel Andreescu, The Romanian Church United with Rome (Greek-Catholic) under Pressure. The ROC'S Bad Behaviour as Good Politics. In: *Journal for the Study of Religions and Ideologies* 11 (2012) 32.

53 Lucian Dobrater: In viziunea IPS Bartolomeu Anania, Europa ne propune sa acceptam homosexualitate, electronica, droguri, avorturi, inginerie genetica [The opinion of His Beatitude Bartolomeu Anania, Europe proposes that we accept homosexuality, drugs, abortion, genetic engineering]. In: *Evenimentul zilei*, 16.4.1998.

54 Interview with Radu Preda, director of IICMER – by Cristian Curtei <http://www.cuvantul-ortodox.ro/recomandari/2014/04/26/radu-preda-iiccmer-sfintii-inchisorilor/>, 10.12.2017.

55 I highlight that the interpretation of the past should be an endeavor of great delicacy and responsibility, not a whitewash.

The manipulation of the Securitate Archives or of institutions like the IICCMER shows how what is practiced is rather a pseudo-ethics of memory. A final example on this point: in the book *Martiri pentru Hristos din România, în perioada regimului communist* [Martyrs for Christ in Romania during the communist regime],[56] one of the names mentioned is Ilie Imbrescu, a former Legionnaire leader, and between 1940 and 1941 an *inspector-general* in the National Legionnaire government. He was one of the Orthodox priests who legitimized the murder of Jews when, as a student leader in 1930 he accused Professor Constantin Rădulescu of the Cernăuți Law School of giving a "humiliating" speech before the grave of "the Jewish student Falik". Falik had been shot for slapping a Romanian professor in Cernăuți during an exam:

> All of Bucovina shuddered in shock on hearing this damned outrage. Three days after this event […] I strongly but in an academic manner indicted the treason of the Romanian professor.[57]

Imbrescu also argued for the murder of Jews in theological terms:

> 'Therefore, … do I approve of murder?' he asked himself. And he answered 'the priest should have the courage to be truthful!' Because God stops us from committing murder, but he punishes folly fearsomely. Jesus said to his disciples: Things that cause people to stumble are bound to come, but woe to anyone through whom they come! It would be better for them to be thrown into the sea with a millstone tied around their neck than to cause one of these little ones to stumble. (Luke 17, 1–2)[58]

The above quotation not only approves of, but also promotes murder. Imbrescu was also a victim of the Romanian Gulag. He died because of the inhuman conditions in communist prisons and hence his name has a place among the list of victims of the communist regime. To count him among the "saints" however (along with the chief of the Legionnaire Police, Valeriu Gafencu, as is suggested in the magazine *Rost* so welcomed by Radu Preda)[59] or among the martyrs for faith distorts the meaning of the ethics of memory and, therefore, the purpose of an institution dedicated to it like IICMER.

56 Edited by Institutului Biblic și de Misiune – Publishing House of the Romanian Orthodox Church, 2007.

57 Pastor Ilie I. Imbrescu: Biserica și Mișcarea Legionară [The Church and the Biserica și Legionnaire Movement]. București 1940, p. 37.

58 Ibid.

59 Claudiu Târziu: Ortodoxie și legionarism. De la stînga la dreapta [Orthodoxy and Legionarism. From the Left to the Right]. In: *Rost* 97 (2011), pp. 3–10.

The process of turning the suffering of vast numbers of people, victims of the communist regimes, into religious capital can also be observed within the Russian Federation. Butovo, one of the mass graves of the Stalinist Great Terror of 1937–1938, where around 21,000 prisoners sentenced to death were executed, was taken over at the beginning of the 1990s by the Russian Orthodox Church (ROC). The ROC erected a church there in memory of the several hundred members of the clergy killed during the Terror. The leadership of the Church was silent about the efforts of the Memorial Association that had led to the discovery of the mass grave, as well as about the fact that tens of thousands of other people, besides the clergy, lost their lives there. In time, Butovo became a symbol of the tragedy that had stricken the Russian Orthodox Church, and the only memorial visited by officials of the Russian state. To all intents and purposes, Butovo diverted the responsibility for the crimes of the gulag, and turned it into a celebration of the "new martyrs of faith".[60]

The "local" conclusion of all this is the urgent need for a depoliticization of IICCMER and for bringing in as its leader a professional dedicated to knowledge of the communist past. More generally, the examples above show the strong connection between the ideological and political issues faced by current post-communist societies and the institutions managing the memory of the past. In spite of some unfortunate failures, confusion and intoxication, the institutions set up to study the past within the paradigm of the ethics of memory were essential for establishing knowledge of the underground of communist power. 27 years after the anti-communist revolution, they are equally necessary. But what is also equally necessary is their reform.

60 Nicolas Werth: La Route de Kolyma [The Road of Kolima]. Paris 2012.

Zuverlässige literaturhistorische Informationsquelle oder bloßes Lügengespinst?

Zur Authentizität der Securitate-Akten über rumäniendeutsche Schriftsteller

STEFAN SIENERTH

I.

Im von Papieren überquellenden Archiv des Nationalen Rates für das Studium der Securitate-Archive (rum. Consiliul Național pentru Studierea Arhivelor Securității, CNSAS) in Bukarest (rum. București), dem rumänischen Äquivalent zur Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), auch bekannt als „Gauck-Behörde", gibt es eine Akte, die, obschon sie bloß drei Blatt (rum. „file") umfasst, als Einzelstück aufbewahrt wird. Sie wurde am 8. Juni 1949, nicht lange nach der Gründung des rumänischen kommunistischen Geheimdienstes Securitate angelegt und mit einer eigenen Signatur (R-134377) versehen. Obwohl über die betreffende Person – es handelt sich um den rumäniendeutschen Autor Erwin Neustädter – auch weitere Bestände im Archiv des CNSAS vorhanden sind,[1] hat sie ihre Selbstständigkeit bewahrt und ist keinem dieser Bände zugeordnet worden. Selbst als die schmale Akte am 9. Dezember 1975 als Mikrofilm gesichert wurde, büßte sie ihre Eigenständigkeit nicht ein.

Diese Merkwürdigkeit ist einem Offizier bereits vier Jahre nach der Entstehung der Akte aufgefallen, möglicherweise bei einer Durchsicht oder einer erneuten Archivierung. Am 5. November 1953 begutachtet ein Unterleutnant, dessen Unterschrift sich nicht entziffern lässt, in einem Feststellungsbe-

1 Vgl. beispielsweise ACNSAS [Archiv des Nationalen Rates für das Studium der Unterlagen des kommunistischen Geheimdienstes] P 1110, Bd. 2–4; die weiteren von der Securitate gesammelten Materialien über Erwin Neustädter sind für diesen Beitrag nicht ausgewertet worden. Dies soll in einer künftigen Studie geschehen.

richt, einem sogenannten „raport de constatare“, den Inhalt der Akte. Er notiert, die Akte enthalte bloß eine kurze, handschriftlich verfasste „Autobiografie“ – sie erstreckt sich in breiter, weit ausholender Schrift auf anderthalb Seiten – und eine nicht als solche betitelte „Verpflichtungserklärung“, bestehend aus sieben Zeilen.

In zehn Punkten führt der dienstbeflissene Offizier danach aus, was die Akte laut den Richtlinien des kommunistischen Geheimdienstes noch alles hätte beinhalten müssen. Unter anderem, betont er, gäbe es keine Unterlagen, die den Anlass zu einer Anwerbung als inoffizieller Mitarbeiter (IM) belegen würden. Außerdem fehlten die Liste der Führungsoffiziere des Angeworbenen, ebenso die Berichte über die Art und Weise, wie die Rekrutierung verlaufen sei, und die periodischen Bewertungen seiner informellen Tätigkeit. Es gäbe auch keine Hinweise auf Aufzeichnungen, die der Agent über Personen verfasst habe, auf die er angesetzt worden sei, sowie auf Vergünstigungen, mit denen er für seine Dienste belohnt wurde. Und es müsste – sollte er entpflichtet worden sein – zumindest eine Anmerkung des verantwortlichen Offiziers darüber vorhanden sein, die die Schilderung der Gründe sowie die Genehmigung durch die übergeordnete Behörde festhalte. Und nicht zuletzt müsste in dem Fall in der Akte auch eine Verpflichtung des gekündigten IM, mit niemandem über seine geheimdienstliche Zusammenarbeit zu reden, vorliegen.

Die „Autobiografie“ und der daran angeschlossene kurze Text der Bereitschaftserklärung stammen vom siebenbürgisch-deutschen Romanschriftsteller, Lyriker und Essayisten Erwin Neustädter, geboren 1897 in Tartlau (rum. Prejmer) bei Kronstadt (rum. Braşov), gestorben 1992 in Kaufbeuren im Allgäu, einem der bedeutenderen deutschsprachigen Schriftsteller Siebenbürgens in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen.[2]

2 Vgl. über ihn vor allem Hermann A. Hienz: Erwin Neustädter. In: Schriftsteller-Lexikon der Siebenbürger Deutschen. Bio-bibliographisches Handbuch für Wissenschaft, Dichtung und Publizistik. Begründet von Joseph Trausch, fortgeführt von Friedrich Schuller und Hermann A. Hienz. Bd. IX. M–P. Köln u. a. 2004, S. 268–274; Dorothea Götz: Erwin Neustädter. In: Die rumäniendeutsche Literatur in den Jahren 1918–1944. Redigiert von Joachim Wittstock und Stefan Sienerth. Bukarest 1992, S. 248–257; Hans Bergel: Erwin Neustädter. Beredte Briefe und Begegnungen. In: ders.: Gesichter einer Landschaft. Südosteuropäische Porträts aus Literatur, Kunst, Politik und Sport. München 1999, S. 36–49; Joachim Wittstock: Vertrauen? Kollegialität? Erwin Neustädters Beziehungen zu Erwin Wittstock. In: „Bitte um baldige Nachricht“. Alltag, Politik und Kultur im Spiegel südostdeutscher Korrespondenz des ausgehenden 19. und des 20. Jahrhunderts. Herausgegeben und kommentiert von Joachim Wittstock und Stefan Sienerth. München 2003, S. 181–192; Horst Schuller: Erwin Neustädter und die Schrifttumskammer der „Deutschen Volksgruppe in Rumänien“. In: Michael Markel, Peter Motzan (Hgg.): Deutsche Literatur in Rumänien und das „Dritte Reich“. Vereinnahmung – Verstrickung – Ausgrenzung. München 2003, S. 167–192.

Besonders seine beiden Romane *Der Jüngling im Panzer* (1938) und *Mohn im Ährenfeld* (1943) brachten ihm eine gewisse Reputation ein. Nach dem Besuch des Gymnasiums in Kronstadt nahm er im österreichisch-ungarischen Heer am Ersten Weltkrieg teil, danach studierte er Philologie, Kunstgeschichte, Theologie unter anderem in München und Freiburg im Breisgau, wo er auch promovierte. Er war zeitweilig Deutschlehrer am Honterus-Gymnasium in Kronstadt und Kulturredakteur der „Kronstädter Zeitung". In den frühen 1940er-Jahren geriet er in den Sog der NS-Ideologie, war einer ihrer aktivsten Sympathisanten und engagierte sich nachhaltiger für deren Umsetzung, besonders ab 1941, als er zum „Amtsleiter" der von der Deutschen Volksgruppe nach nationalsozialistischem Vorbild in Rumänien gegründeten Schrifttumskammer ernannt wurde.[3]

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist Neustädter zweimal verhaftet worden. Das erste Mal, schreibt Horst Schuller, der sich mit seiner Biografie näher befasst hat, von 1944 bis 1946, weil er mit dem „nationalsozialistisch engagierten Publizisten Emil Neugeboren verwechselt worden sei", und zum zweiten Mal 1961 bis 1963 wegen seiner „West-Kontakte zu Heinrich Zillich".[4] Diese Begründung durch Horst Schuller scheint mir etwas verkürzt, es gab bestimmt auch andere Gründe, was aber erst nach der Einsichtnahme der gesamten Neustädter-Akte festgestellt werden kann.

In seiner in der Akte aufgehobenen „Autobiografie", die in einem schlichten, ja geradezu schlechten Rumänisch verfasst worden ist – offenbar war er dieser Sprache nicht mächtig genug, weil vor 1918, als er die Schule besuchte, Ungarisch als Staatssprache erlernt werden musste –, versucht Neustädter, wohl auch um sich zu schützen, die Rolle, die er in den frühen 1940er-Jahren im Kulturleben der Deutschen in Rumänien gespielt hatte, zu minimaliseren. Er sei als Lehrer aufgrund der Tatsache, dass sich das siebenbürgisch-sächsische Schulwesen aus der Obhut der Evangelischen Kirche in die der Deutschen Volksgruppe begeben habe, zu Vorträgen aus seinem Aufgabenbereich „Deutsche Literaturgeschichte" verpflichtet und zur Mitgliedschaft in der NSDAP sowie zur Übernahme der Leitung der Schrifttumskammer regelrecht gedrängt worden. Doch weder in seinen Vorträgen noch in seinen Zeitungsaufsätzen

3 Vgl. Schuller: Erwin Neustädter, S. 167.

4 Ebenda, S. 175. Über die Jahre in der Untersuchungshaft in Kronstadt sowie über die Zeit im Gefängnis in Zeiden (rum. Codlea) hat Neustädter einen Erlebnisbericht verfasst, der von Klaus-Ortwin Galter aus dem Nachlass des Schriftstellers herausgegeben wurde. Vgl.: Aus dem Nachlass Erwin Neustädters. Neuerscheinung über das Leben in kommunistischem Gefängnis. In: *Siebenbürgische Zeitung*, 20. Dezember 2015. Siehe auch die Rezension von Gudrun Schuster: Erwin Neustädter: „Nichts ist erfunden, alles ist erlebt …". In: ebenda, 19. Januar 2016.

habe er jemals der Politik das Wort geredet („n-am făcut politică niciodată în nici un fel"). Weil er sich nicht schuldig gefühlt habe, habe er nach dem 23. August 1944 Rumänien nicht verlassen, im Unterschied zu den Schuldbewussten, die geflohen seien („n-am părăsit țara cu ceilalți care se simțeau vinovați"). Und dennoch habe man ihn – lediglich aufgrund der Tatsache, dass er als Vortragender oft öffentlich in Erscheinung getreten sei – im September 1944 in ein Lager gesteckt und erst am 15. März 1946 aus diesem entlassen. Danach sei er vom Schulunterricht zunächst suspendiert, anschließend vorübergehend wieder übernommen und nach der Schulreform des Jahres 1948 erneut entlassen worden. Nun sei er ohne Arbeitsstelle und Beschäftigung.

Aus dieser persönlichen Not heraus, so kann heute geschlussfolgert werden, und möglicherweise, weil ihm mit einer neuen Verhaftung gedroht wurde, hat er sich in dem siebenzeiligen Zusatz, der seiner „Autobiografie" beigegeben wurde, wohl zur Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Geheimdienst bereit erklärt. In ungelenkem, schwer verständlichem, archaischem Rumänisch schreibt er in der Einverständniserklärung: „[…] declar prin aceasta că preiau angajament ca cetățean conștiincios de a furniza cu informațiuni direcțiunea regională de securitate Brașov, ce ar interesa securitatea poporului". Er verpflichte sich, bedeutet dies wohl, als gewissenhafter Staatsbürger, die Regionaldirektion der Kronstädter Securitate mit Informationen zu beliefern, die die Sicherheit des Landes beträfen. Dabei bedingt er sich aus, diesen Informationen nicht hinterher sein zu müssen, diese also nicht selbst zu suchen, sondern bloß jene an seine Auftraggeber weiterzureichen, die er zufällig erfahre, die ihm sozusagen „zufliegen" würden („fără a fi silit de a le căuta, numai cînd ajung la cunoștința lor").

II.

Ich habe diese schmale Akte mit ihren etwas seltsamen Komponenten als Einstieg *ge*wählt und zum Fallbeispiel *er*wählt, weil sie mir in mehrfacher Hinsicht aufschlussreich scheint. Zunächst gibt sie Aufschluss über das oft laxe Vorgehen der Securitate bei der Aufbewahrung und Archivierung ihrer Unterlagen. Tatsächlich ist einer der ersten Eindrücke, den man beim Einblick in die Konvolute bekommt, der eines heillosen Durcheinanders. Man erkennt auf den ersten Blick kaum ein ordnendes Prinzip, geschweige denn eine thematische, chronologische oder andersgeartete bzw. konzipierte Gliederung. So drängt sich einem die Vermutung auf, dass beim Zustandekommen so mancher Akte, vor allem bei den schmalen, nicht selten der Zufall mitgespielt hat, dass in die Dossiers, die über eine Einzelperson, eine Gruppe, eine Institution, einen Themenbereich usw. angelegt worden sind, einfach alles an Papieren abgelegt

worden ist, was den Offizieren und Angestellten von Relevanz erschien, ohne sich um eine bestimmte Ordnung zu bemühen. Sich darin zurechtzufinden, in den Hunderten und Tausenden von Seiten, bereitet dem Forscher nicht wenig Mühe. Diese Mappen sind immer wieder in die Hand genommen worden, wenn sich die Offiziere über eine Person, einen Vorgang etc. informieren wollten bzw. mussten. Dabei sind einzelne Seiten aus den Dossiers herausgenommen und, wenn überhaupt, in andere eingegliedert worden. Erkennbar wird dieses Vorgehen unter anderem an den Seitenangaben, die danach neu vergeben wurden. So kommt es, dass auf einer Seite zwei, drei oder mehrere Zahlen in mitunter verschiedenen Farben anzutreffen sind: ein deutlicher Hinweis auf unterschiedliche Bearbeiter. Zieht man noch in Betracht, dass es zeitweilig Bestimmungen gab, nach gewissen Zeitabständen einzelne Papiere oder gar ganze Mappen – beispielsweise die von IMs, die zwischenzeitlich in die Kommunistische Partei Rumäniens aufgenommen worden waren – zu vernichten, so wirft das ein zweifelhaftes Licht auf diese sonderbare Überlieferung.

Außerdem muss sich jeder, der sich mit diesen Akten auseinandersetzt, darüber im Klaren sein, dass in den Dossiers unterschiedliche Textsorten gesammelt worden sind, ohne als solche gekennzeichnet worden zu sein. Da gibt es zunächst die Texte der Führungsoffiziere: Treffberichte, Maßnahmenpläne, Einschätzungen und Charakterisierungen, Zusammenfassungen, Briefe und erarbeitete Richtlinien der oberen Behörde. Die Sprache der Securitate-Offiziere war, wie auch jene der Offiziere des Staatssicherheitsdienstes der DDR sowie des gesamten Ostblocks, laut Joachim Walther – ich zitiere aus seinem immer noch äußerst lesenswerten Buch *Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik* – keine „abgehobene Spezialsprache" innerhalb der Landessprache, in diesem Fall Rumänisch, „sondern lediglich eine geheimdienstlich spezialisierte Ausprägung der […] offiziellen Parteisprache".[5] Die von den Offizieren notierten Informationen sind, laut Walther, „durch den sprachlichen und gedanklichen Filter des operativen Mitarbeiters gegangen und erhielten somit durch Verkürzung und Verdichtung" eine geheimdienstlich-spezifische „Einfärbung".[6] Das sollte man sich als Forscher stets vor Augen halten.

Aber auch eine weitere Textsorte – sie ist vor allem in den Berichten der IMs anzutreffen – muss hinterfragt werden, wobei unterschieden werden muss zwischen handschriftlich verfassten Beiträgen der IMs, die wohl am ehesten deren Meinungen und Einschätzungen wiedergeben, und den sogenannten

5 Joachim Walther: Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1996, S. 21.

6 Ebenda, S. 17.

Treffberichten (rum. „notă informativă"), die in der Regel getippt sind und in die, durch geleistete Formulierungshilfe, oft auch die Sicht der Führungsoffiziere mit eingeflossen ist.

Ebenso können die Inhalte einer weiteren Textsorte – und das wäre die der Betroffenen, der Verhörten, Befragten und im Hinblick auf eine mögliche Mitarbeit Einbestellten – nicht ohne Weiteres als bare Münze genommen werden. Ihr Wahrheitsgehalt variiert von Fall zu Fall, die Aussagen sind anlassbedingt, situations- und absichtsgebunden, was bei der Interpretation und Bewertung mitberücksichtigt werden muss.

Auch anhand der von Erwin Neustädter verfassten „Autobiografie" lässt sich dieser Sachverhalt verdeutlichen. Um seinen Kopf aus der Schlinge zu ziehen, behauptet Neustädter, er habe nie Politik betrieben, obwohl er über Jahre der Leiter der Schrifttumskammer der Deutschen Volksgruppe in Rumänien war. Auch sei er zur NS-Parteimitgliedschaft, die er bloß nebenbei erwähnt, eher gezwungen worden, als dass er sie selbst angestrebt hätte. Und – um bei unserem Beispiel zu bleiben – was ist von dieser sonderbaren Verpflichtungserklärung zu halten, die weder als solche aufgesetzt worden ist noch eine eindeutige Zusage zur Zusammenarbeit beinhaltet, sondern eher Ausflüchte einer unter Druck gesetzten Person dokumentiert?

Dürfen wir, sollten diesbezüglich keine weiteren eindeutigen Belege und Indizien auftauchen, nur aufgrund dieser sonderbaren sieben Zeilen mit Fug und Recht behaupten, Erwin Neustädter sei ein Mitarbeiter der Securitate, im Fachjargon ein IM, gewesen? Ich auf alle Fälle werde mich hüten, dies angesichts der prekären Aktenlage zu tun.

Wer kann schon sagen, wie es eigentlich gewesen ist?, könnte man in Anlehnung an Joachim Walther fragen. Auch die Geschichtsschreibung vermag es nicht, denn diese Akten geben kein objektives Bild des wirklich gelebten, sondern lediglich den Reflex selektiv wahrgenommenen und zweckbestimmt verschrifteten Lebens.[7] Aber tun dies nicht alle Verschriftlichungen?, könnte man die Gedanken Walthers weiterführen. Begegnen wir in jedem beliebigen Text tatsächlich der „Wahrheit", oder sind Texte letztendlich doch nur Konstrukte, versprachlichte Gebilde, die zwar viel beinhalten und offenbaren, hinter denen sich aber auch viel verbergen kann und verbergen lässt – das nur dann zum Vorschein kommt, wenn es entschlüsselt und gedeutet wird?

So muss auch mit diesen verstörenden Zeugnissen obrigkeitlicher „Ausschnüffelung" verfahren werden, man sollte sie einfach als einen Textkorpus, als eine Ansammlung von archivalischen Materialien wahrnehmen, die es nun

7 Ebenda, S. 16.

mal gibt und in denen eine Fülle von Informationen über eine geschichtliche Periode gespeichert worden ist. Wie jedes schriftliche Dokument bedürfen sie der Hinterfragung, der Auslegung, der Bewertung, in einem Wort: der Interpretation. Wie in der geschichtlichen bzw. literaturhistorischen Exegese allgemein üblich, muss jedes einzelne dieser Zeugnisse auf seinen Aussagewert und seinen Wahrheitsgehalt geprüft werden. Das kann nur geschehen, wenn es in Zusammenhänge biografischer, geschichtlicher und methodischer Kontexte gestellt wird. Dabei sollte zur Deutung erst nach eingehender Dokumentation geschritten werden, was für das Studium der Securitate-Akten sehr gute Kenntnisse des Rumänischen und der auch in dieser Sprache verfassten umfangreichen Fachliteratur voraussetzt.

Wer sich unter solchen Prämissen und Voraussetzungen diesen Archivalien zu nähern versucht, dem bieten die Papiere eine bisher unbekannte Fülle an Informationen über eine der finstersten Perioden der neuesten Geschichte. Das haben mehrere Forscher erkannt und stellvertretend sei hier erneut Joachim Walther angeführt, der trotz seiner berechtigten Zweifel an der sprachlich kodifizierten Wirklichkeitsdarstellung in diesen Unterlagen vom zeitgenössischen Aussagewert dieses Textfundus regelrecht schwärmt: „Von allen hinterlassenen DDR-Dokumenten kommen die MfS-Akten der DDR-Wirklichkeit am nahesten", sie waren dem „Zwang zum Schönfärben nicht in dem Maße unterworfen" wie die anderen Informationssysteme des kommunistischen Staates.[8] Das gilt auch für die anderen Länder des Ostblocks und nicht zuletzt für Rumänien.

III.

Es war archivalische und wissenschaftliche Neugierde und nicht Rachegelüste, wie sie uns zuweilen unterstellt worden sind, die Peter Motzan[9] und mich Ende des ersten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts – nachdem wir nach der Öffnung der Securitate-Archive unsere eigenen Akten eingesehen hatten – veranlasste, Einblick auch in die Hinterlassenschaften anderer zu nehmen.[10] Neben verstörenden und enttäuschenden Nachrichten, mit denen wir uns konfrontiert sahen, war es die Fülle an zeitgenössischen und literaturgeschichtlichen Informationen, die diese oft auf seltsame Weise zustande gekommenen Doku-

8 Ebenda, S. 17.
9 Damals wissenschaftlicher Mitarbeiter am IKGS.
10 Über Anlass und Planung unseres wissenschaftlichen Anliegens vgl. Stefan Sienerth: Im Spiegel- und Zerrbild der „Securitate". Forschungsvorhaben des IKGS zur Geschichte der deutschen Literatur im kommunistischen Rumänien (1948–1989). In: *Spiegelungen* 4 (58) (2009) H. 1, S. 3–4.

mentationen beinhalteten und uns als Forscher regelrecht faszinierten. Es gelang uns, rumäniendeutsche Autoren zur Einsicht ihrer Unterlagen zu animieren und Ende 2009 in München eine Tagung zu organisieren,[11] die auch überregional große mediale Aufmerksamkeit erlangte[12] und deren Ertrag in einem von Gerhardt Csejka und mir herausgegebenen Band vorliegt.[13]

Eines unserer Ziele war es, die einzelnen Autoren dazu anzuhalten, über ihre Erfahrungen mit der Securitate nur anhand und in der Konfrontation mit der eigenen Akte zu referieren. Deshalb wurden nur jene zum Vortrag im Rahmen unserer wissenschaftlichen Veranstaltung eingeladen, die davor die über sie vom rumänischen kommunistischen Geheimdienst gehorteten Unterlagen zur Kenntnis genommen hatten. Es kam zu interessanten, aber auch schmerzlichen

11 Vgl. dazu auch Christian Schoger: Aufklären ist ein Beitrag zur Versöhnung. Münchner Fachtagung über deutsche Literatur im (Zerr)Spiegel der Securitate-Akten. Tagungsleiter Stefan Sienerth im Gespräch. In*: Siebenbürgische Zeitung*, 30. November 2009.

12 Es würde zu weit führen, hier alle in den regionalen und überregionalen Medien erschienenen Berichte zu dieser Tagung aufzulisten. Von den zahlreichen Beiträgen in bekannten deutschsprachigen Tages- und Wochenzeitungen seien hier bloß einige genannt. Vgl. u. a. Alex Rühle: Im Schatten der Securitate. Wie die rumäniendeutschen Autoren überwacht wurden. In: *Süddeutsche Zeitung*, 10. Dezember 2009; Hubert Spiegel: Mitteilungen eines Privatmannes. Ein Sack voll alter Wunden. In München wollen deutsche Autoren aus Rumänien über ihre Securitate-Akte reden. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10. Dezember 2009; Markus Bauer: Das üble Geschäft der Securitate. Rumäniendeutsche Schriftsteller haben eine erste Akteneinsicht erhalten und berichten darüber irritiert an einer Münchner Tagung. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 11. Dezember 2009; Hans-Peter Kunisch: Schuldbekenntnis in Versen. Der rumäniendeutsche Lyriker Werner Söllner hat für die Securitate gearbeitet. In: *Die Zeit*, 17. Dezember 2009. Vgl. zusammenfassend: Klaus Hübner: Rumänische Sümpfe. In: *Fachdienst Germanistik. Sprache und Literatur in der Kritik deutschsprachiger Zeitungen* 28 (2010) H. 2, S. 1–3; sowie: Presseschau zur Münchner Securitate-Tagung. In: *Siebenbürgische Zeitung*, 20. Januar 2010. Große Aufmerksamkeit wurde der Veranstaltung auch in den Zeitungen der Verbände der Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen in Deutschland wie auch in jenen der deutschen Minderheit in Rumänien geschenkt. Vgl. u. a.: Walter Wolf: Ein Blick in den Abgrund. Zur Tagung „Deutsche Literatur im Spiegel und Zerrspiegel der ‚Securitate'-Akten". In: *Banater Post*, 20. Januar 2010; Olivia Spiridon: „Untote" Securitate. Wie rumäniendeutsche Autoren in der Ceauşescu-Diktatur bespitzelt wurden. Tagung in München erörtert Erkenntniswert von Securitate-Akten. In: *Siebenbürgische Zeitung*, 20. Januar 2010; „Die Zeit der Verschleierung ist vorbei, es muss – endlich! – Tacheles geredet werden." Teilnehmer über die Tagung in München zum Thema rumäniendeutsche Literatur und Securitate. In: *Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien*, 18. Dezember 2009; Elke Sabiel: „… die Vergangenheit muss reden!" Zur Tagung „Deutsche Literatur in Rumänien im Spiegel und Zerrspiegel der Securitate-Akten". In: *Hermannstädter Zeitung*, 8. und 15. Januar 2010. Einen zusammenfassenden Überblick über den Verlauf des Münchner Symposiums und dessen Präsenz in den Medien bietet Eduard Schneider: Das Wort im Visier. Zur Internationalen Münchner Tagung „Deutsche Literatur in Rumänien im Spiegel und Zerrspiegel der Securitate-Akten". In: *Spiegelungen* 5 (2010) H. 1, S. 3–8.

13 Gerhardt Csejka, Stefan Sienerth (Hgg.): Vexierspiegel Securitate. Rumäniendeutsche Autoren im Visier des kommunistischen Geheimdienstes. Regensburg 2015.

Erkenntnissen und Entdeckungen. Als Grundtenor stellte sich jedoch heraus, dass sich vieles von dem, was in die Akten eingegangen war, mit den Erinnerungen, gelegentlich auch mit den Aufzeichnungen der Betroffenen deckte. Und das war für uns der wohl offenkundigste Beweis, dass wir es im Falle dieser Überlieferungen nicht mit Lügengespinsten zu tun haben, wie es einige der Täter gern gehabt hätten, sondern mit gezielt angelegten Operativen Vorgängen, die während einer in der Geschichte wohl einmaligen geheimdienstlichen Verschriftungswut in zahlreichen Zeugnissen ihren Niederschlag gefunden haben.

Denselben Grundgedanken haben wir auch mit den anderen, danach veranstalteten Tagungen verfolgt. Zunächst mit jener aus dem Jahr 2010 an der Universität Jena, die ebenfalls in einem Studienband dokumentiert wurde[14] und medial eine ebenso große, auch überregionale Beachtung fand[15] – nicht zuletzt, weil im Vorfeld der Tagung und detaillierter in ihrem Verlauf die Verstrickungen des Dichters Oskar Pastior (1927–2006) zur Sprache gebracht worden waren.[16]

---

14 Vgl. Joachim von Puttkammer, Stefan Sienerth, Ulrich A. Wien (Hgg.): Die Securitate in Siebenbürgen. Wien, Köln, Weimar 2014.

15 Siehe u. a. Christopher Schmidt, Lothar Müller: Der verstrickte Gefährte. Herta Müllers Freund Oskar Pastior war der Securitate verpflichtet. In: *Süddeutsche Zeitung*, 17. September 2010; Oskar Pastior war IM der Securitate. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17. September 2010; Susanne Beyer, Nikolaus von Festenberg, Elke Schmitter: Auch du, mein Freund. Oskar Pastior, Vorbild für den Roman „Atemschaukel" der Nobelpreisträgerin Herta Müller, wurde als Spitzel enttarnt. In: *Der Spiegel*, 20. September 2010, S. 176; Lothar Müller: Die Mondlandung. Eine unerfundene Geschichte: Die Securitate-Akte des rumäniendeutschen Schriftstellers Oskar Pastior. In: *Süddeutsche Zeitung*, 18. September 2010; Burkhard Müller: Einfach in die Arme schließen. Die Taten der Securitate und die Zwangslage des Dichters Oskar Pastior. In Jena tagten die Siebenbürger Sachsen. In: *Süddeutsche Zeitung*, 28. September 2010; Hubert Spiegel: Die Angst war der wichtigste Rohstoff. Erst raubt die Diktatur den Opfern ihre Zukunft, dann die Vergangenheit: In Jena wurde über die Verbrechen der Securitate und Oscars Pastiors Enttarnung diskutiert. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29. September 2010; Michaela Nowotnick: Akten erforschen statt vorverurteilen. Tagung in Jena setzt sich mit der Securitate in Siebenbürgen und dem Fall Oskar Pastior auseinander. In: *Siebenbürgische Zeitung*, 15. Oktober 2010; Katharina Kilzer: Balkanischer Narr oder Folterknecht? Jenaer Tagung „Die Securitate in Siebenbürgen". In: *Banater Post*, 20. Oktober 2010; Joachim Güntner: Oskars Pastiors Spitzeldienste. Ehemaliger Freund belegt Denunziation. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 17. November 2010; Hannelore Baier: Notwendigkeit der Aufarbeitung. Anmerkungen zu der Tagung „Die Securitate in Siebenbürgen" in Jena. In: *Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien*, 5. und 6. Oktober 2010; Georg Aescht: Genugtuung kann schwer wiegen und schwer sein. „Die Securitate in Siebenbürgen" – eine Tagung in Jena vor dem Hintergrund der Frage, ob man „untot" steigern kann. In: *Kulturpolitische Korrespondenz*, 20. Oktober 2010, S. 3–6.

16 Den Ausgang der Debatte bildete meine in Auszügen in Jena vorgetragene Studie *Ich habe Angst vor unerfundenen Geschichten. Zur „Securitate"-Akte Oskars Pastiors*, die kurz zuvor in den *Spiegelungen* 5 (2010) H. 3, S. 236–271, erschienen war. Siehe dazu außer den in Fußnote 15 zu dieser Thematik bereits aufgeführten Beiträgen u. a.: E.[duard] Sch.[neider]: Der Fall Oskar Pastior nach der Enthüllung seiner IM-Tätigkeit in den *Spiegelungen*. In: *Spiegelungen* 5 (2010) H. 4, S. 404–407; Walter Mayr: Gift im Gepäck. Die Enthüllungen

In demselben Jahr, im November 2010, gab es eine kleinere Veranstaltung an der Universität in Hermannstadt (rum. Sibiu)[17] und anderthalb Jahre später, im April 2012, in Temeswar (rum. Timișoara) ein in der rumäniendeutschen und rumänischen Presse ebenfalls Aufmerksamkeit erregendes Symposium aus Anlass der 40-jährigen Gründung der regimekritischen „Aktionsgruppe Banat", die bekanntlich mit der Securitate – milde ausgedrückt – „so ihre Probleme" hatte.[18] Dass diese Aufarbeitung und Vorgehensweise nicht in allen rumäniendeutschen Kreisen auf Zustimmung stieß, dass mitunter dagegen gemauert wurde und dass es in einem Einzelfall sogar zu gerichtlichen Verhandlungen gekommen ist, war zu erwarten.[19]

Interessant scheint mir das Vorgehen einer Gruppe fast ausschließlich siebenbürgisch-sächsischer Theologen zu sein, die sozusagen als Parallelaktion zu unseren Recherchen ein Vorhaben begonnen hat mit dem Ziel, über die eigenen Erfahrungen mit der Securitate zu berichten, ohne – und wenn, nur in Einzelfällen – zumindest als Korrektiv die über sie gehorteten Materialien einzusehen, geschweige denn sich damit auseinanderzusetzen. Man will, wie es in dem *Rundschreiben* des Herausgebers an die „lieben Schwestern und Brüder" und die „lieben Freunde" heißt, die „Deutungskompetenz der zurückliegenden Jahrzehnte unter nationalsozialistischer und nationalkommunistischer Diktatur nicht anderen überlassen".[20] Dazu werden die „Gesinnungsgenos-

---

über Spitzeleien des Dichters Oskar Pastior haben Streit ausgelöst unter den rumäniendeutschen Schriftstellern. In: *Der Spiegel*, 17. Januar 2011, S. 129; vgl. zusammenfassend dazu auch Ernest Wichner (Hg.): Versuchte Rekonstruktion – Die Securitate und Oskar Pastior. Sonderband XII/12 von *Text + Kritik. Zeitschrift für Literatur*. München 2012; sowie Edith Ottschofski: Wie gerät ein rumäniendeutsches Thema in die Schlagzeilen? Der Fall Oskar Pastior. In: Maren Huberty, Michèle Mattusch, Valeriu Stancu (Hgg.): Rumänien. Medialität und Inszenierung. Berlin 2013, S. 83–117.

17 Siehe darüber vor allem Hannelore Baier: Vom Aufdecken angemaßter Masken. Tagung der Germanisten in Hermannstadt war Dr. Horst Schuller gewidmet. In: *Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien*, 26. November 2010.

18 Siehe darüber u. a. B[althazar] W[aitz]: 40 Jahre „Aktionsgruppe Banat". Internationale Tagung in der Westuniversität Temeswar. In: *Banater Zeitung*, 18. April 2012; Elke Sabiel: Einen Nachruf auf die Rumäniendeutsche Literatur gibt es nicht, denn sie schreiben noch heute … In: *Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien*, 16. Mai 2012; Peter Kottler: Vierzig Jahre „Aktionsgruppe Banat". Eine aufschlussreiche internationale Tagung in Temeswar. In: *Banater Post*, 5. Juni 2012; Delia S. Barbu: Grupul de acțiune Banat – 40 de ani de la înființare. Sesiune internațională la Timișoara [Aktionsgruppe Banat – 40 Jahre seit der Gründung. Internationale Tagung in Temeswar]. In: *Agenda*, 27. April 2012; „Aktionsgruppe Banat". După 40 de ani „Grupul de acțiune Banat" revine la Timișoara [„Aktionsgruppe Banat". Nach 40 Jahren kehrt die Gruppe nach Temeswar zurück]. In: *Timișoara*, 26. April bis 2. Mai 2012.

19 Vgl. Anna Steinbauer: Methoden der Securitate? Warum ein rumäniendeutscher Autor gegen „Sinn und Form" klagt. In: *Süddeutsche Zeitung*, 21. Oktober 2014.

20 Siehe: Hermann Schuller (Hg.): Aus dem Schweigen der Vergangenheit. Erfahrungen und Berichte aus der siebenbürgischen Evangelischen Kirche A. B. in der Zeit des Kommunismus. Hermannstadt, Bonn 2013, S. 9.

sen“ aufgefordert, „ohne zu verdrängen oder zu verharmlosen“ niederzuschreiben, „wie es gewesen war“, auch wenn dabei „zuweilen eine innere Unsicherheit oder gar Zerrissenheit“ ausgehalten werden müsse.[21] Was mit Letzterem, also der „innere[n] Unsicherheit oder gar Zerrissenheit“, gemeint ist, entzieht sich meinem Verständnis. Ich vermute, man will damit wohl vor allem Nichtbefugten – und dazu gehören in erster Linie neutral urteilende Wissenschaftler – abraten, sich mit dieser Zeit zu beschäftigen, da sie nicht „dabei waren“ und über diese Jahre und Probleme weder urteilen könnten noch dürften. Da fällt mir ein Ausspruch des Zeithistorikers Götz Aly ein, der im Vorwort seines Buches *Unser Kampf. 1968 – ein irritierter Blick zurück* (2007) aus einer ähnlichen Gefühlslage heraus schreibt: „Es ist höchste Zeit, […] anhand möglichst vielfältiger Quellen [einen historischen Sachverhalt] zu dokumentieren, anstatt sich auf Selbstbespiegelungen sogenannter Zeitzeugen zu verlassen.“[22] Alys Forderung sollte meiner Meinung nach auch zur Leitlinie für die Auseinandersetzung mit der jüngeren und jüngsten Geschichte der Evangelischen Kirche A. B. in Rumänien erhoben werden.

IV.

Ich freue mich, dass wir mit der Aufarbeitung dieses Kapitels der rumäniendeutschen Literaturgeschichte etwas weiter gekommen sind und neben den Selbstauskünften zahlreicher rumäniendeutscher Schriftsteller – Herta Müller,[23] Richard Wagner,[24] Johann Lippet,[25] William Totok,[26] Franz Hodjak,[27] Joachim

21 Ebenda.

22 Götz Aly: Unser Kampf. 1968 – ein irritierter Blick zurück. Frankfurt a. M. ²2009, S. IX.

23 Siehe außer ihren Aufsätzen und zahlreichen Äußerungen in den Medien, auf die hier aus Raumgründen nicht verwiesen werden kann, vor allem ihr Buch *Cristina und ihre Attrappe oder Was (nicht) in den Akten der Securitate steht*, Göttingen 2009, in dem sich Herta Müller mit ihrer eigenen Akte auseinandersetzt.

24 Auch im Falle Richard Wagners, der sich in seinen Büchern, Aufsätzen und Interviews immer wieder mit dem Themenkomplex Securitate befasst hat, kann hier bloß jener Beitrag angeführt werden, in dem der Schriftsteller Stellung zu seiner Akte nimmt. Vgl. Richard Wagner: Kontaktaufnahme. In: Csejka, Sienerth (Hgg.): Vexierspiegel Securitate, S. 163–174.

25 Johann Lippet hat über die Unterlagen, die der rumänische kommunistische Geheimdienst über ihn gesammelt und gehortet hat, ein Buch verfasst, *Das Leben einer Akte. Chronologie einer Bespitzelung durch die Securitate* (2009), und sich auch sonst als Betroffener zu dieser Thematik immer wieder geäußert. Siehe von ihm u. a. auch: Versuch eines Exposés zu einem Thriller nebst fünf Gedichten in der Interpretation eines Denunzianten. In: Csejka, Sienerth (Hgg.): Vexierspiegel Securitate, S. 219–228.

26 William Totoks zahlreiche Bücher, Studien und Aufsätze zu diesem Fragenkreis können hier nicht aufgelistet werden. Wir begnügen uns, wie auch im Falle der anderen Autoren, mit dem Hinweis auf einen Beitrag, in dem er auf seine eigene Akte eingeht. Vgl. William Totok: „Es werden andere Zeiten kommen.“ Zwanzig Jahre lang im Visier der Securitate. In: Csejka, Sienerth (Hgg.): Vexierspiegel Securitate, S. 193–218.

Wittstock,[28] Anton Sterbling,[29] Horst Samson,[30] Helmuth Frauendorfer,[31] Hellmut Seiler[32] – und Literaturwissenschaftler[33] zu den Securitate-Akten heute über neue Erkenntnisse zur Biografie und zum Werk bereits verstorbener rumäniendeutscher Schriftsteller verfügen. So wissen wir dank einer ausgezeichneten Studie von Peter Motzan[34] mehr über die Schwierigkeiten, die der bedeutende Bukowiner Dichter Alfred Margul-Sperber (1898–1967) – obwohl er in den 1950er-Jahren als Parteibarde in den rumäniendeutschen Zeitungen und Zeitschriften omnipräsent war – mit der Securitate hatte, die ihn zur Mitarbeit anheuern wollte, was ihr letztendlich nicht gelang. Dank der Recherchen von

27 Vgl. Franz Hodjak: Ein Spatz und etliche Kanonen. Ein Staatsfeind blickt mich ungläubig aus meiner Securitate-Akte an. In: Csejka, Sienerth (Hgg.): Vexierspiegel Securitate, S. 139–150.

28 Joachim Wittstock: Sicherheitsbeauftragte und Sicherheitsbeflissene. Securitate-Dokumentationen aus den 1960er, 1970er und 1980er Jahren. In: Csejka, Sienerth (Hgg.): Vexierspiegel Securitate, S. 107–122.

29 Anton Sterbling hat in seinen zahlreichen wissenschaftlichen Veröffentlichungen zu den kommunistischen Diktaturen in Ostmittel- und Südosteuropa immer auch die Rolle, die die Geheimdienste in der Kontrolle und Steuerung der totalitären Gesellschaften gespielt haben, thematisiert und analysiert. All diese Arbeiten hier aufzuführen ist nicht möglich. Deshalb wird hier bloß auf jenen Beitrag hingewiesen, in dem Sterbling seine eigenen Erfahrungen mit der Securitate aufarbeitet: Vgl. Anton Sterbling: Die Reschitzaer Akten und Fragen der Aktenlücken. In: Csejka, Sienerth (Hgg.): Vexierspiegel Securitate, S. 175–192.

30 Horst Samson: Dichter und Wahrheit. Ein arabisches Märchen vom Balkan. In: Csejka, Sienerth (Hgg.): Vexierspiegel Securitate, S. 229–242. Über seinen Umgang mit der eigenen Akte sowie die unerfreulichen Erlebnisse mit dem rumänischen kommunistischen Geheimdienst und dessen Helfershelfern berichtet Samson ausführlich auch in dem mit mir geführten Interview. Vgl. Horst Samson: „Ich suche mein Leben von heute im Gestrigen". In: Stefan Sienerth (Hg.): „Immer die Angst im Nacken, meine Erinnerung könnte versagen". Interviews mit deutschen Schriftstellern und Literaturwissenschaftlern aus Südosteuropa. Regensburg 2015, S. 135–150.

31 Auch von Helmuth Frauendorfer, der sich in vielen Buch-, Zeitungs- und Fernsehbeiträgen intensiv mit der Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Rumänien und in der DDR befasst, wird hier bloß sein auf die eigene Biografie bezogener Aufsatz erwähnt. Vgl. Helmuth Frauendorfer: „Was wissen wir darüber, was er zu Hause macht?" Die versuchte Nähe der Securitate. In: Csejka, Sienerth (Hgg.): Vexierspiegel Securitate, S. 243–256.

32 Siehe Hellmut Seiler: Eine Wanze namens Boris. Absurditäten der Überwachung und der geheime Streudienst. In: Csejka, Sienerth (Hgg.): Vexierspiegel Securitate, S. 151–159. Wie auch Samson hat Seiler nach der Einsichtnahme in seine Akte darüber in einem Interview mit mir Auskunft erteilt. Vgl. Hellmut Seiler: „Ich gehöre nicht zu den Produktivsten der Branche". In: Sienerth (Hg.): „Immer die Angst im Nacken", S. 151–159.

33 Siehe u. a. Michael Markel: Im Fadenkreuz der Verleumdung. Aspekte der Klausenburger Germanistik im Spiegel von Securitate-Akten. In: von Puttkammer, Sienerth, Wien (Hgg.): Die Securitate in Siebenbürgen, S. 374–398; Horst Schuller: Geheime Fratzenbilder. Securitate-Agenten der Literatur auf der Spur. In: Csejka, Sienerth (Hgg.): Vexierspiegel Securitate, S. 123–138; Gerhardt Csejka: Ich habe den Klassenfeind erkannt. Was meine Akte tatsächlich dokumentiert. In: ebenda, S. 257–264.

34 Peter Motzan: Die vereitelte Anwerbung Alfred Margul-Sperbers als Informant des rumänischen Geheimdienstes Securitate im operativen Vorgang Hermine Pilder-Klein. In: Csejka, Sienerth (Hgg.): Vexierspiegel Securitate, S. 89–106.

William Totok wissen wir von dem Druck, der auf Alfred Kittner (1906–1991), einen anderen Bukowiner, ausgeübt worden ist, dem der nach Transnistrien deportierte Dichter schließlich doch nicht widerstanden hat. Wir wissen aber auch von dessen Unbehagen, solch eine Arbeit leisten zu müssen, und nicht zuletzt von dessen Absicht, seinem Leben deshalb ein Ende setzen zu wollen.[35] Eine längere Studie von mir widmet sich der geheimdienstlichen Überwachung des siebenbürgischen Romanciers Paul Schuster (1930–2004) und mit ihm im Zusammenhang auch jener von Moses Rosenkranz (1904–2003), dem bukowinischen Dichter, der Anfang der 1950er-Jahre vom KGB nach Sibirien verschleppt worden war. Es wird darin aufgezeigt, wie die Securitate versuchte, an Rosenkranz' Gedichte heranzukommen, in denen er seinen Aufenthalt in einem sowjetischen Gefangenenlager thematisierte.[36] Wir wissen nun viel Konkretes über die bedeutende Übersetzerin Hermine Pilder-Klein (1901–1998), die aufgrund einer Bagatelle verhaftet worden war und sechs Jahre einsitzen musste, ohne bei den Verhören einzuknicken oder gar andere zu belasten.[37] Über Oskar Pastior ist seit dem Bekanntwerden seiner Akte viel geschrieben und auch getagt worden,[38] der Fall ist durch die Berichterstattung in den Medien vielfach bekannt geworden. Für sein lädiertes Image war es regelrecht ein Glück – so paradox es scheint –, dass auch die Akte des Pastior-Freundes Georg Hoprich (1938–1969) gefunden und ausgewertet worden ist.[39] So konnte der Verdacht, Pastior sei an Hoprichs Freitod mitverantwortlich gewesen, ein für alle Mal ausgeräumt werden.[40] Auch über äußerst aktive Täter, wie beispielsweise über den Hermannstädter Historiker und langjährigen Leiter der dortigen Zweigstelle der Rumänischen Akademie, Carl Göllner (1911–1995),[41] den Bukarester Hochschullehrer der Germa-

35 Vgl. William Totok: Drama scriitorului Alfred Kittner [Das Drama des Schriftstellers Alfred Kittner]. In: *Focus. Media Center*, 16. Oktober 2010.

36 Vgl. Stefan Sienerth: Der siebenbürgisch-deutsche Schriftsteller Paul Schuster im Visier des rumänischen Geheimdienstes „Securitate". In: Peter Motzan, Stefan Sienerth (Hgg.): Wahrnehmung der deutsch(sprachig)en Literatur aus Ostmittel- und Südosteuropa – ein Paradigmenwechsel? Neue Lesarten und Fallbeispiele. München 2009, S. 145–191.

37 Vgl. Stefan Sienerth: Eine Festrede und ihre Folgen. Die Übersetzerin Hermine Pilder-Klein im Sichtfeld der Securitate. In: Maria Sass, Doris Sava, Stefan Sienerth (Hgg.): Schriftsteller versus Übersetzer. Begegnungen im deutsch-rumänischen Kulturfeld. Frankfurt am Main 2013, S. 61–80.

38 Vgl. Anm. 15 und 16.

39 Siehe darüber Stefan Sienerth: „Die Wirrnis wurde Lebenslauf". Zur Securitate-Akte des Dichters Georg Hoprich. In: *Spiegelungen* 6 (2011) H. 3, S. 231–263.

40 Vgl. dazu auch Klaus Ramm: Zu diesem Band. In: Wichner (Hg.): Versuchte Rekonstruktion, S. 5–6.

41 Stefan Sienerth: In den Fängen der Geheimdienste. Ein Beitrag zur Biografie des Historikers Carl Göllner. In: Rudolf Gräf, Gerald Volkmer (Hgg.): Zwischen Tauwettersozialismus und Neostalinismus. Deutsche und andere Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa 1953–1964. München 2011, S. 157–207.

nistik Heinz Stănescu (1921–1994)[42] sowie über Fritz Cloos (1909–2004), den ehemaligen Geschäftsführer der Deutschen Volkspartei Rumäniens (DVR) und Verbandsfunktionär,[43] ist nicht wenig bekannt geworden.

V.

Dennoch bleibt noch viel zu forschen. Beispielsweise über den Literatur- und Kunsthistoriker Harald Krasser (1906–1981),[44] zeitweilig Professor an der Universität in Klausenburg (rum. Cluj), gerade zu der Zeit, als der Student der Hydrologie Eginald Schlattner dort seinen Literaturkreis der deutschen Studenten gegründet und dessen Leitung übernommen hatte. Ursprünglich sollte Krasser mit den anderen fünf Schriftstellern Andreas Birkner (1911–1998), Wolf von Aichelburg (1912–1994), Georg Scherg (1917–2002), Hans Bergel (geb. 1925) und Harald Siegmund (1930–2012) als deren ideologischer Anführer verhaftet werden. Warum es anders gekommen und Krasser nicht belangt worden ist, habe ich in einem längeren Aufsatz[45] ausführlich beschrieben. In den Unterlagen von Harald Krasser bei der CNSAS taucht auch das überaus lange Protokoll des Verhörs von Eginald Schlattner auf, der als späterer Hauptzeuge der Anklage den von ihm geschätzten Hochschulprofessor schwer zu belasten hatte.

Wie dem Verhörprotokoll und den diesem beigegebenen Materialien zu entnehmen ist[46] und wie Schlattner dies vor allem in *Rote Handschuhe* (2001) in einer Mischung aus biografischer Authentizität und künstlerischer Fiktion beschrieb, hat er sich anfangs – er wurde im Dezember 1957 verhaftet – und über Monate

42 Stefan Sienerth: Zielstrebig, leidenschaftlich, übereifrig. Zur Securitate-Akte des Literaturhistorikers Heinz Stănescu. In: von Puttkammer, Sienerth, Wien (Hgg.): Die Securitate in Siebenbürgen, S. 308–341.

43 Vgl. vor allem: Vom SD zur Securitate – de la SD la Securitate. Teil I und II. In: *Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik*, Online-Ausgabe, aktualisiert am 25. Oktober bzw. 7. Dezember 2013.

44 Vgl. ACNSAS, P 1110, Bd. 4, 317 file (Blatt).

45 Vgl. Stefan Sienerth: Interkulturelle Vermittlungstätigkeit im Zeichen zweier Diktaturen. Neue Erkenntnisse zur Biografie und zum Werk von Harald Krasser. In: Sunhild Galter, Maria Sass, Ellen Tichy (Hgg.): Wechselwirkungen im deutsch-rumänischen Kulturfeld. Beiträge zu Sprach- und Literaturkontakten aus interkultureller Perspektive. Frankfurt am Main 2015, S. 73–112.

46 Siehe Proces verbal de interogatoriu. Invinuit (martor) Schlattner, Eginald [Verhörprotokoll. Beschuldigter (Zeuge) Schlattner, Eginald]. In: ACNSAS [Archiv des Nationalen Rates für das Studium der Unterlagen des kommunistischen Geheimdienstes], Bl. 126–144, rund 20 handgeschriebene Seiten. Ebenda, Bl. 172–182, befindet sich auch eine getippte Fassung dieses Protokolls mit einem Umfang von elf Seiten. Außer Schlattner hat das Protokoll, das auf den 4. Mai 1958 datiert ist, auch Oberleutnant Nicolicioiu unterzeichnet. Der getippten Version des Protokolls liegt eine als solche bezeichnete Kopie eines Auszuges (Bl. 183–184) aus der am 4. Mai 1958 abgegebenen Erklärung Schlattners bei (Extras din declarația arestatului Schlattner, Eginald din 4. mai 1958).

danach gesträubt, belastende Aussagen über siebenbürgisch-sächsische Schriftsteller zu machen. Doch gerade im Zusammenhang mit seiner Befragung über Krasser dürfte sich ein Wandel in Schlattners Verhalten, ja in seinem Weltbild vollzogen haben.[47] Die psychologisch geschulten Offiziere dürften ihm die Perspektive eröffnet haben, wenn er sich von den ideologischen Positionen seiner Schriftstellergenossen nicht nur distanziere, sondern diese auch als falsch und sozial gefährlich verurteile, werde ihm alles verziehen und er könne – hinfort geläutert – als nützliches Element im sozialistischen Staat seinen Platz finden.[48]

47 Der Auszug aus der Erklärung des Verhafteten vom 4. Mai 1958 (vgl. Anm. 46, Bl. 184) dokumentiert Schlattners ideologischen Gesinnungswandel. Der Schriftsteller Georg Scherg habe ihm vom Treffen der rumäniendeutschen Autoren des Kreises um Erwin Wittstock und Harald Krasser („din blocul lui Wittstock – Krasser") im Sommer 1956 bei Astrid Connerth (Wiesenmayer) erzählt und ihn über ihren gemeinsam gefassten Plan, die rumäniendeutschen Zeitungen, Zeitschriften, Literaturkreise, Verlage usw. mit ihren eigenen ideologisch unbotmäßigen Werken regelrecht zu „überschwemmen", unterrichtet („unde au căzut de acord să pună mîna pe toate publicațiile în lîmba germană, apoi cercurile literare, editurile de stat etc., pentru a le ‚inunda' cu operele lor"). In diesem Augenblick habe er sich Rechenschaft gegeben, dass es sich um eine gezielte Unterwanderung handele („deabia în momentul acesta mi-am dat seama că aici [este vorba de] o subminare conștientă"). Das habe ihn veranlasst, hinfort eine konsequent marxistische Position zu beziehen, den Sozialismus unabdingbar zu akzeptieren und einen neuen Kampfgeist zu entwickeln („adoptarea unei poziții consecvent marxiste și acceptarea absolută a socialismului este un pas definitiv. Aceasta îmi impune o atitudine nouă de luptă"). Ebenda.

48 Die, die ihm bislang Freunde gewesen seien und ihm nahe gestanden hätten und die er immer noch liebe, seien ihm ab jetzt Feinde, denen gegenüber er sich hinfort schonungslos verhalten werde („cei care pînă azi îmi erau prieteni și apropiați și care îmi sînt încă dragi, astăzi au devenit pentru mine dușmanii față de care trebuie să fie [fiu] necruțător"). Dieselbe unbeugsame Haltung nehme er auch gegen sich selbst ein („aceiași atitudine mi-o impun și față de mine"). Es könne nicht sein, dass er der Gesellschaft politisch stigmatisiert zurückgegeben werde als einer, dem es verboten ist, am Aufbau des neuen Systems teilzunehmen („eu nu pot admite să fiu redat societății ca un stigmatizat politic, care nu mai are voie să puie [pună] umărul să contribuie la făurirea societății noi"). Der Lektüre der Romantrilogie *Der Leidensweg* von Alexei Nikolajewitsch Tolstoi (1883–1945), in dem ehemalige Weißgardisten nach dem Eingeständnis ihrer Schuld Posten als Kommandeure in der Roten Armee bekommen hätten, sowie Personen, die in subversiven Verbänden tätig gewesen wären und den alleinigen Auftrag gehabt hätten, Lenin zu töten, danach als positive Elemente in die Gesellschaft der Revolutionäre aufgenommen werden, habe er entnommen, dass das kommunistische Regime auch verzeihen könne („Citind cartea ‚Calvarul' de Tolstoi A., unde gardienii albi primesc după căința lor posturi de comandanți în Armata roșie, unde persoane care au acționat în organizații subversive și au avut doar misiunea să împuște pe Lenin, sînt primite ulterior ca elemente pozitive, eu mi-am dat seama că regimul nostru și iartă"). Nachdem er zu dieser Einsicht gelangt sei, habe er alle Brücken zu früher abgebrochen („prin acest pas eu am ars toate corăbile"). Nun hänge es bloß davon ab, ob ihn das Regime annehme („depinde dacă regimul mă primește"). Vorerst könne er seine Anhänglichkeit diesem gegenüber nur unter Beweis stellen, indem er alles, was er wisse und woran er sich erinnere, im scharfen und harten Licht dieser Erkenntnis darstelle, ganz gleich mit welchen Folgen für sich und für andere. Er sei jederzeit bereit, diese Loyalität durch Taten unter Beweis zu stellen, jedwelchen Auftrag, der ihm erteilt werde, zu erfüllen, was immer von ihm verlangt werde („În prezent nu pot dovedi atașamentul meu decît în a prezenta tot în

Dieser fatale Irrtum, wie ihn Schlattner nach der Wende selbst nennt, dem der junge, damals 25-jährige Student unterlag und der gravierende Folgen für sein weiteres Leben haben sollte, ermöglichte ihm, geradezu ungehemmt Krasser zu belasten. Es würde zu weit führen, all die Beschuldigungen anzuführen, die in der Aussage gipfelten, das Profil Krassers sei das eines (religiösen) Nationalisten, ja Nationalsozialisten, Antikommunisten und erklärten Gegners des politischen Regimes in Rumänien („în prezent Harald Krasser este un element naționalist religios. Faptul că este naționalist rezultă din ideologia sa național socialistă" […]. Er sei „anticomunist fiind net împotriva regimului de stat din R[epublica] P[opulară] R[omână]. De la el nu am auzit niciodată un cuvînt bun despre regimul din RPR").[49]

Aus den von der Securitate gehorteten Materialien geht nicht hervor, ob Schlattner während der oft stundenlangen Verhöre zu diesen Aussagen gezwungen worden ist. Die auf Krasser ausgerichtete Befragung dauerte laut Eintrag des ihn interviewenden Offiziers von 8 Uhr morgens bis 17:50 Uhr, also rund zehn Stunden, und es gibt im Protokoll keine Hinweise, die auf eine Unterbrechung, beispielsweise während der Mittagszeit, hindeuten würden.[50]

Ohne ihm deshalb Vorwürfe zu machen, im Gegenteil, er signalisierte innere Anteilnahme am Schicksal des Verhafteten, brachte Krasser mehr als ein Jahr später – der Schriftstellerprozess war schon im Gange – gegenüber dem IM „Otto Krauss", einem Kronstädter Lehrer für Geschichte, der auch auf ihn angesetzt worden war, seine Bedenken bezüglich Schlattners Lebensführung nach der Entlassung aus dem Gefängnis zum Ausdruck. Er habe erfahren, Schlattner sei während der Haft „umgedreht", vom Angeklagten zum Hauptzeugen der Anklage „umgewandelt" worden. Das werde diesen jungen Mann, der oft in seinem Hause gewesen und von den sächsischen Studenten in Klausenburg zu ihrem Idol erkoren worden sei, ein Leben lang seelisch ungemein belasten. Wahrscheinlich bliebe ihm nach dem Verlassen des Gefängnisses nichts anders übrig, als den Freitod zu wählen („Eginald Schlattner care din rolul de acuzat a evaluat în rolul de martor principal al acuzării. Băiatul acesta a fost des în casa mea, considerat de tineretul universitar săsesc din Cluj idolul lor. Este posibil dacă își va da seama de rolul ce l-a avut în proces se va sinucide – după ce va fi pus în libertate")[51].

Gott sei Dank ist es anders gekommen.

---

această îumină strictă și dură, indiferent de consecințe pentru mine și alții, de a spune tot ce știu sau îmi amintesc. Dar eu sînt gata oricînd să dovedesc acest atașament prin fapte, orice misiuni mi se vor incredința, orice mi s-ar cere").

49 Proces verbal de interogatoriu (vgl. Anm. 46), ohne Seitenangabe.

50 Ebenda.

51 Siehe Notă informativă, Agent: „Otto Kraus" [Bericht des Agenten „Otto Kraus"] vom 1. Oktober 1959. Ebenda (vgl. Anm. 46), Bl. 125.

Beim Lesen einer Akte

Securitate-Unterlagen als Geschichte und Geschichten

CORINA L. PETRESCU

Kinder müssen lesen lernen.[1] Im selben Maße müssen auch Forscherinnen und Forscher das Lesen von Akten der ehemaligen Geheimdienste des Ostblocks erlernen. Es handelt sich hierbei um eine keineswegs einfache Aufgabe, denn es gibt weder genaue Regeln noch Richtlinien für das Lesen von Geheimdienstakten. Worüber man sich von vornherein im Klaren sein muss, ist die Tatsache, dass, wie Mădălin Hodor es in Bezug auf den rumänischen Geheimdienst Securitate formuliert hat,

> der dokumentarische Wert einer Akte immer in Verbindung mit ihrem Ursprung gebracht werden muss. Man darf nicht vergessen, dass sie das Werk einer politischen Polizei und eines Regimes ist, das die Wahrheit mit Lügen und die Wirklichkeit mit Illusionen vermischt hat.[2]

Jedoch ist Wahrheit im Hinblick auf eine politische Ordnung, wie bereits von Michel Foucault beschrieben, „zirkulär an Machtsysteme gebunden, die sie

1 Dieser Artikel beruht auf einer umfassenderen Studie. Vgl. Corina L. Petrescu: Witness for the Prosecution: Eginald Schlattner in the Files of the Securitate. In: Valentina Glajar, Alison Lewis, Corina L. Petrescu (Hgg.): Secret Police Files from the Eastern Bloc between Surveillance and Life Writing. Rochester, NY 2016, S. 84–111. Für den vorliegenden Text hatte die Verfasserin zu zwei Dokumenten Zugang, die ihr bei der oben genannten Studie nur indirekt aus Stefan Sienerths Forschung bekannt waren. Die Verfasserin bedankt sich beim Nationalen Rat für das Studium der Securitate-Archive (Consiliul Național pentru Studierea Arhivelor Securității/CNSAS), der ihr Zugang zu den hier verwendeten Aktenkonvoluten gewährt hat. Ein besonderer Dank gilt Herrn Silviu B. Moldovan.

2 „[V]aloarea documentară a dosarului trebuie pusă mereu în raport cu proveniența sa. Nu trebuie uitat faptul că el este creația unei poliții politice și a unui regim care a amestecat minciuna cu adevărul și realitatea cu iluzia.“ Vgl. Mădălin Hodor: Ce nu cuprinde un dosar de Securitate [Was eine Securitate-Akte nicht enthält]. In: CNSAS (Hg.): Totalitarism și rezistență, teroare și represiune în România comunistă [Totalitarismus und Widerstand, Terror und Unterdrückung im kommunistischen Rumänien]. București 2001, S. 187–197, hier: S. 197. Alle Übersetzungen, falls nicht anders vermerkt, von der Verfasserin.

produzieren und stützen, und an Machtwirkungen, die von ihr ausgehen und sie reproduzieren".[3] Deshalb „ist [Wahrheit] zu verstehen als ein Ensemble von geregelten Verfahren für Produktion, Gesetz, Verteilung, Zirkulation und Wirkungsweise der Aussagen".[4] So enthält auch jede Akte eines Geheimdienstes sicherlich *eine* Wahrheit – jene, der sie herstellenden geheimen Staatsdienste –, aber auf keinen Fall *die* Wahrheit.

Darüber hinaus enthält jede individuelle Akte auch einen Ausschnitt einer Lebensbeschreibung, jedoch „unlike most biographies" hat „the secret police file also […] the enormous power to radically alter the course of that life, and even to put a full stop to it".[5] In ihrem 2010 erschienenen Buch *Police Aesthetics: Literature, Film, and the Secret Police in Soviet Times*, in dem sie Überwachungsakten der Geheimdienste in der Sowjetunion und Rumänien analysiert, prägte Cristina Vatulescu hierfür den Begriff „fesselnde Biografien" (arresting biographies). Alison Lewis spricht von der Stasi-Akte als einer „feindlichen" (hostile) Biografie[6] im selben Maße, wie die darin beschriebenen Personen dem DDR-Staat gegenüber angeblich feindlich eingestellt waren. Je kritischer jemand dem Staat gegenüberstand – das heißt aus der Sicht des Staates, je feindlicher die Einstellung eines Individuums war –, desto feindseliger war seine vom Geheimdienst für den Staat verfasste Biografie. Deshalb ist jede Akte auch eine „unautorisierte" (unauthorized) Biografie.[7] Wie man die Akten auch definiert, sie sind bürokratische Produkte, trockene Aufzeichnungen meist sachlich erfasster Vorkommnisse, in denen das Leben der Betroffenen zu Texten verarbeitet wird. Diese Texte werden aus einer Vielfalt von Quellen generiert und vereinigen eine Vielzahl erzählender Stimmen: die der Offiziere der Geheimpolizei, der Informanten, der Vernehmungsbeamten und – durch ihre abgefangene Korrespondenz oder aufgenommenen Privatgespräche – die der Untersuchten selbst. Doch die Geschichte, die die Summe dieser Stimmen ergibt, verleiht nicht nur Einblick ins Leben eines Menschen zu einem gegebenen Zeitpunkt, in einen Lebensabschnitt, sondern ordnet diesen Abschnitt künstlich und strukturiert ihn auf ein bestimmtes Ziel hin. Denn letztendlich geht es in jeder Akte vor allem darum, das darin enthaltene Material umzuge-

3 Michel Foucault: Wahrheit und Macht. Interview mit Michel Foucault von Alessandro Fontana und Pasquale Pasquino. Aus dem Italienischen von Elke Wehr. In: ders.: Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Berlin 1978, S. 21–54, hier: S. 54.
4 Ebenda, S. 53.
5 Cristina Vatulescu: Police Aesthetics. Literature, Film, and the Secret Police in Soviet Times. Stanford 2010, S. 13.
6 Alison Lewis: Reading and Writing the Stasi File. On the Uses and Abuses of the File as (Auto)Biography. In: *German Life and Letters* 56 (2003) H. 4, S. 377–397, hier: S. 377.
7 Ebenda, S. 383.

stalten „in a synthetic characterization, a characterization ideally reduced down to one incriminating sentence".[8] Das führt dazu, dass Geheimdienstakten – dem Kontext ihrer Entstehung entsprechend – als *corpora delicti* gesehen werden sollten und der darin enthaltene Diskurs primär als ein juristischer gelesen werden muss.[9] Nachdem man sich als Forscherin ein System des Aktenlesens erarbeitet hat, kann man aber einer Akte immer noch nicht *die* Wahrheit, sondern höchstens eine „Aktengeschichte" (file story) entnehmen. Dieser Begriff wurde von Valentina Glajar geprägt, die ihn wie folgt definiert:

> pieces of information […] [which] resemble a shattered mirror, whose scattered pieces reflect and refract life fragments, re-establishing an undesired symbiosis of informers, victims, and secret police officers.[10]

In den folgenden Ausführungen wird anhand der Securitate-Akte von Eginald Schlattner gezeigt, wie der rumänische Geheimdienst einen Abschnitt aus dem Leben des rumäniendeutschen Schriftstellers zu einer kohärenten Darstellung umgeschrieben und umgedeutet hat, um Schlattner im sogenannten Schriftstellerprozess (1959) als Hauptzeuge der Anklage zu instrumentalisieren. Die Verfasserin verfolgt Schlattners von der Securitate verfassten Geschichte nicht nur anhand der Akte, die speziell für diesen Prozess entstand,[11] sondern auch anhand von drei weiteren Akten, die gegen eine Gruppe Siebenbürger Sachsen zusammengetragen worden waren, die sich in der Zeit nach der ungarischen Revolution von 1956 zu organisieren versucht hatte und im sogenannten Schwarze-Kirche-Prozess (1958) verurteilt wurde.[12] Darüber hinaus bezieht sich die Verfasserin auf ein Verhörprotokoll und einen Auszug aus einer Erklärung Schlattners, die in der Akte des Kulturhistorikers Harald Krasser zu finden sind.[13] Letztere enthält ein Verhörprotokoll zu Krassers Tätigkeiten in Hermannstadt (rum. Sibiu) und Klausenburg (rum. Cluj) vom 13. Juni 1958[14] und eine Kopie eines Auszugs aus einer Erklärung Schlattners,

8 Vatulescu: Police Aesthetics, S. 192.
9 Lavinia Stan: Transitional Justice in Post-Communist Romania. The Politics of Memory. Cambridge 2013, S. 82.
10 Valentina Glajar: "You'll Never Make a Spy Out of Me". The File Story of "Fink Susanne". In: Glajar, Lewis, Petrescu (Hgg.): Secret Police Files from the Eastern Bloc, S. 56–83, hier: S. 57.
11 Die Akte findet sich in den Archiven des CNSAS unter ACNSAS, FP, Akte 331.
12 Die Akte findet sich in den Archiven des CNSAS unter ACNSAS, FD, Akte 8851; FI, Akte 153639; und FP, Akte 742.
13 Die Akte findet sich in den Archiven der CNSAS unter ACNSAS, MFI Sibiu, Akte 8999/2. Die Verfasserin hatte gemäß ihrer eigenen Akkreditierung beim CNSAS nur Zugang zu den Schlattner betreffenden Materialien und nicht zu der gesamten Krasser-Akte.
14 Ebenda, Bl. 126–135.

datiert auf den 4. Mai 1958, in der deutlich wird, warum Schlattner als Zeuge der Anklage auftreten konnte.[15]

Um eine von einem Geheimdienst umgeformte Wirklichkeit wiederherzustellen, muss man detektivische Aufdeckungsarbeit leisten und mit größter Sorgfalt an verschiedenen Stellen der Aktenkonvolute suchen. Es ist, als ob man ein Puzzle legen würde, aber aus Teilen, die anfangs nicht zur Verfügung stehen, sondern erst aufgefunden werden müssen. Und auch wenn man die Teile findet, passen sie oft nicht zueinander, sind entweder zu groß oder zu klein. Bei den zu großen Teilen entstehen Überlappungen, die die Informationen in den Akten wie absurde Szenarien von Spionage und Verrat erscheinen lassen. Bei den zu kleinen Teilen bleiben Freiräume, die die Informationslücken in jeder Akte offenlegen. In beiden Fällen ist das sich ergebene Bild verformt: Die Ränder der Puzzleteile sind sichtbar und das Bild ist verzerrt – wie auch die in den Akten erhaltenen Geschichten und deren Geschichte.

Eginald Schlattners *file story* setzt am 22. Mai 1957 ein, als die Securitate beginnt, ihn als ehemaligen Freund von Marianne Siegmund, der wegen ihrer Beziehung zu dem westdeutschen Studenten Heinz Hahn das eigentliche Interesse des Geheimdienstes galt, zu überprüfen.[16] Der zu Schlattner von der Securitate zusammengetragenen Dokumentation – der Begriff bezieht sich auf die gesamte Information über Schlattner, die aus den Unterlagen der Securitate zu erschließen ist, egal welchen spezifischen Akten sie entstammt – kann man entnehmen, dass der am 13. September 1933 in Arad geborene Schlattner zur Zeit seiner Verhaftung am 28. Dezember 1957 Student der Hydrologie an der Victor-Babeș-Universität in Klausenburg und nicht vorbestraft war.[17] Verhaftet wurde er wegen seiner Bekanntschaft mit Horst Depner – einem jungen Arbeiter siebenbürgisch-sächsischer Abstammung aus Stalinstadt (rum. Orașul Stalin), wie Kronstadt (rum. Brașov) damals hieß –, der Abendtreffen für einen Kreis von Freunden organisierte.[18] Bei einem dieser Treffen im Juli 1956 hatte Schlattner aus der von ihm verfassten Novelle *Gediegenes Erz* gelesen, für die er von der staatlichen deutschsprachigen Zeitung *Neuer Weg* einen Preis erhalten hatte.[19] Nach der Lesung gab es Diskussionen über die Zukunft der

15 Ebenda, Bl. 183–184.

16 ACNSAS, FI, Akte 153639/1, Bl. 33–36. In jeder Akte sind die Blätter meistens auf beiden Seiten beschrieben. Die Verfasserin merkt an, ob die Information auf der Vorderseite (v) oder auf der Rückseite (r) eines Blattes zu finden ist. Außerdem werden Zitate aus den Securitate-Akten so wiedergegeben, wie sie in den Originaltexten erscheinen, auch wenn diese Schreibweise nicht der korrekten Rechtschreibung der Zeit entspricht.

17 Protokoll vom 30. Dezember 1957. In: ACNSAS, FP, Akte 742/11, Bl. 56–59.

18 Anklageschrift vom 16. September 1959. In: ACNSAS, FD, Akte 8851/3, Bl. 11–13v.

19 Der rumänische Staatsverlag für Literatur und Kunst (rum. Editura de Stat pentru Literatură și Artă – ESPLA) hatte diesen Text unter dem Titel „Und um alle deine Söhne"

Siebenbürger Sachsen im neuen rumänischen Staat, in denen man zu dem Schluss kam, dass das Thema momentan nicht abschließend behandelt werden könne und man bei anderen Treffen weiter darüber diskutieren wolle. Die Securitate hat dieses und weitere Treffen des von ihr Depner/Volkmer-Gruppe benannten Kreises als subversiv erachtet, weil sie die ethnische Einheit der siebenbürgisch-sächsischen Jugend bestärkten und deren nationalistische Werte betonten.[20] Die Gruppe wurde im sogenannten Schwarze-Kirche-Prozess strafrechtlich verfolgt.[21]

Schlattner wurde wegen „Nichtanzeige" (rum. omisiune de denunț) der Depner/Volkmer-Gruppe verurteilt und zusätzlich als Zeuge der Anklage in einem Prozess gegen fünf deutschsprachige Autoren – Andreas Birkner, Georg Scherg, Hans Bergel, Wolf von Aichelburg und Harald Siegmund – benutzt. Wenn jede individuelle Akte dazu dient, Deckungsungleichheiten einer geheimdienstlichen Untersuchung zu löschen und eine beweiskräftige, belastende *file story* hervorzubringen,[22] dann galt es in Bezug auf Schlattner, alle Unstimmigkeiten zwischen seinen Aussagen als Angeklagter und als Zeuge zu tilgen, um das Geschehen als eine zusammenhängende Geschichte festzuhalten. Liest man die Akte textimmanent, indem man auf die rhetorischen Stilmittel, den Ton sowie die grammatikalische und lexikalische Auswahl in den Verhörprotokollen eingeht, fallen einem Hinweise auf Drangsalierung des Verhörten auf. So führt zum Beispiel ein Vergleich der Länge eines Verhörs und der daraufhin niedergeschriebenen Seiten des Protokolls zu überraschenden Ergebnissen: Vier bis sechs Verhörstunden ergeben vier bis acht Protokollseiten, das heißt für jede Verhörstunde entstanden nur eine bis anderthalb handgeschriebene Textseiten. Womit die restliche Zeit verbracht wurde, wird in den Akten nicht vermerkt.[23] Die standardisierte Sprache in den Protokol-

gedruckt. Vgl. Protokoll vom 30. Dezember 1957. In: ACNSAS, FP, Akte 742/11, Bl. 56–59, hier: Bl. 57v).

20 Anklageschrift vom 16. Oktober 1958. In: ACNSAS, FP, Akte 742/4, Bl. 186–246v. In der ganzen Dokumentation um Horst Depner und Günther Volkmer wird entweder von der Depner/Volkmer-Gruppe oder von der Organisation um Depner und Volkmer oder von der Depner-Gruppe gesprochen. In diesem Beitrag werden alle Namen so wiedergegeben, wie sie in den Akten erscheinen.

21 Die Bezeichnung „Schwarze-Kirche-Prozess" wurde nicht von der Securitate geprägt, die während der Untersuchungen ihre Unterlagen „Mokel Konrad s.a." [Möckel Konrad u. a.] betitelt hat. Vgl. ACNSAS, FP, Akte 742. Dieser Prozess war der erste von einer Reihe inszenierter politischer Prozesse gegen die deutsche Minderheit Rumäniens in den späten 1950er-Jahren. Der Stadtpfarrer von Kronstadt, Dr. Konrad Möckel, wurde zusammen mit 19 anderen, meist jüngeren Siebenbürger Sachsen zu sehr hohen Strafen verurteilt. Vgl. Corneliu Pintilescu: Procesul Biserica Neagră 1958 [Schwarze-Kirche-Prozess 1958]. Brașov 2008.

22 Vgl. Vatulescu: Police Aesthetics, S. 192.

23 Vgl. Pintilescu: Procesul Biserica Neagră, S. 99–102.

len, die die Satzstruktur und das Vokabular des offiziellen Securitate-Jargons wiedergibt, ebenso wie die kohärenten, zusammenfassenden Erzählungsstränge, die keine Kennzeichen von Oralität aufweisen, legen nahe, dass die Aussagen in den Protokollen nicht direkt jene des Verhörten sind. So wurde Schlattner beispielsweise aufgefordert, sich über das „politische Profil" Harald Krassers zu äußern. In seiner Antwort gibt Schlattner an: „Sein politisches Profil ist nationalsozialistisch, eine Tatsache, die mir durch seine Beteiligung neben Zillich an der Zeitschrift ‚Klingsor' bekannt ist."[24]

Die Anzahl der attributiv gebrauchten Adjektive mit inkriminierendem Charakter, zum Beispiel „subversiv", „religiös", „nationalistisch", „faschistisch", fällt sowohl in den Fragen der Vernehmer als auch in den Antworten des Verhörten auf. Auf der einen Seite ist das ein Verweis auf die Betonsprache der Securitate, in der neben solchen Adjektiven auch Ausdrücke benutzt wurden wie „am ridicat problema" (ich habe das Problem aufgebracht), „pot arata că" (ich kann zeigen, dass), „nu mai pot fixa in timp" (ich kann das zeitlich nicht mehr festmachen), ohne sich Gedanken über ihren Wahrheitsgehalt zu machen. Andererseits verweist dieser Sprachgebrauch darauf, dass die Aussagen in den Protokollen nicht wortgetreu vermerkt, sondern nach etablierten Mustern zusammengefasst wurden. So erscheint in Schlattners Verhörprotokoll vom 13. Juni 1958 am Ende mehrerer Antworten der Ausdruck „discuție la care nu a mai participat nimeni" (Gespräch, dem niemand mehr beigewohnt hat). Dies wäre nicht auffällig, wenn der Ausdruck als direkte Antwort auf eine Frage nach der Anwesenheit anderer Personen bei einem Gespräch oder einer Beratung erscheinen würde, doch erscheint er als letzte, abschließende Information am Ende verschiedener Antworten, in denen die Anwesenheit anderer gar nicht angesprochen wurde. Dadurch wird der Ausdruck zum Automatismus.

Der Schriftstellerprozess war zweifelsohne ein politischer Prozess. Er war kein Schauprozess sowjetischer Prägung, da er hinter verschlossenen Türen stattfand und keiner der Angeklagten gezwungen wurde, sich selbst vor seiner Verurteilung öffentlich zu beschuldigen. Da nicht die Wahrheitsfindung, sondern der Wille des Staates, sich unangefochten durchzusetzen und Angst unter der Bevölkerung zu verbreiten, den Prozess einleitete, kann man ihn als Einschüchterungsprozess bezeichnen. Für diesen Prozess hat die Securitate einen Leseabend, der im Haus der Dichterin Astrid Wiesenmayer im Juli oder

24 Rum. „Intrebare: Arată acum care este profilul politic a lui H. Krasser? Raspuns: Profilul sau politic este național socialist, fapt pe care il cunosc din participarea sa alaturi de Zillich la revista ‚Klingsor'." Vgl. Protokoll vom 13. Juni 1958. In: ACNSAS, MFI Sibiu, Akte 8999/2, Bl. 126–135r, hier: Bl. 130v–130r.

August 1956[25] stattgefunden hatte, als eine Verschwörung gegen den rumänischen Staat interpretiert.[26] Laut der Securitate hatte Andreas Birkner im Sommer 1956 anlässlich Wolf von Aichelburgs Rückkehr nach Hermannstadt aus seinem Zwangsexil in dem moldauischen Dorf Măicănești in Wiesenmayers Haus ein inoffizielles Treffen veranstaltet, um eine gemeinsame Strategie zur ideologischen und kulturellen Hinterfragung der neuen sozialen Ordnung Rumäniens zu formulieren.[27] Bei dem Treffen soll Birkner eine Resolution verfasst haben, in der alle anwesenden Schriftsteller[28] den deutschsprachigen Literaturbetrieb mit apolitischen, mystischen und nationalistischen Schriften belasten sollten, um die Volksdemokratie in Rumänien zu kompromittieren.[29]

25 Protokoll vom 24. Juli 1958 um 17 Uhr. In: Ebenda, Bl. 98–100, hier: Bl. 98.

26 Es ist unklar, wie die Securitate über das Treffen erfahren hat. Ein undatiertes Dokument [„Sinteza cu rezultatul cercetărilor efectuate pînă în prezent în problema naționaliștilor germani" (Synthese mit dem Ergebnis der derzeitigen Untersuchungen bezüglich des Problems der deutschen Nationalisten)] erwähnt es zum ersten Mal in Bezug auf eine Aussage Eginald Schlattners über Georg Scherg (In: ACNSAS, FP, Akte 742/12, S. 375–380v, hier: S. 377–378v).

27 Urteil Nr. 342 vom 19. September 1959. In: ACNSAS, FP, Akte 331/3, Bl. 137–153v.

28 Laut verschiedenen Quellen haben folgende Personen an dem Treffen teilgenommen: Astrid Wiesenmayer und ihr Mann Ioan, Harald Krasser, Bernard Capesius und seine Frau Hilda, Ernst Jekelius, Gisela Székely, Ernest Irtl, Wolf von Aichelburg, Andreas Birkner und seine Frau Irene, Georg Scherg (vgl. Sinteza cu rezultatul cercetărilor efectuate pînă în prezent în problema naționaliștilor germani [Synthese mit dem Ergebnis der derzeitigen Untersuchungen bezüglich des Problems der deutschen Nationalisten], ohne Datum. In: ACNSAS, FP, Akte 742/12, Bl. 375–380v), Schergs Frau, Ursula Bedners, Klaus und Martha Kessler, Hans Schuschnig, Oskar Pastior und seine Frau (vgl. Protokoll vom 1. Oktober 1958. In: ACNSAS, FP, Akte 331/1, Bl. 191–196v, hier: Bl. 192v), Herman Roth und Trude Kast (Aussage Astrid Wiesenmayers vom 18. März 1959. In: ACNSAS, FP, Akte 331/1, Bl. 327–333v, hier: Bl. 329v). Wenn man sich die Liste genau anschaut, überrascht es, dass Krasser, Roth oder Pastior nicht in den Prozess gegen die Autoren mit einbezogen wurden. Sowohl Krasser als auch Roth waren führende Vertreter des literarischen Lebens in Hermannstadt und ihre Namen erscheinen in Aussagen während des Prozesses. Hatte die Securitate andere Absichten mit ihnen? Oder beweist ihre Abwesenheit, wie arbiträr die Securitate ihre Wahl getroffen hat? Zu Harald Krasser vgl. auch Stefan Sienerth: Interkulturelle Vermittlungstätigkeit im Zeichen zweier Diktaturen. Neue Erkenntnisse zur Biografie und zum Werk von Harald Krasse. In: Maria Sass, Sunhild Galter, Ellen Tichy (Hgg.): Wechselwirkungen im deutsch-rumänischen Kulturfeld. Beiträge zu Sprach- und Literaturkontakten aus interkultureller Sicht. Frankfurt am Main 2015, S. 73–112; und der Beitrag Stefan Sienerths Zuverlässige literaturhistorische Informationsquelle oder bloßes Lügengespinst? Zur Authentizität der Securitate-Akten über rumäniendeutsche Schriftsteller in diesem Band (S. 175–190).

29 Urteil Nr. 342 vom 19. September 1959. In: ACNSAS, FP, Akte 331/3, Bl. 137–153v. Georg Scherg erinnerte sich 1991 an den Sommer 1956 folgendermaßen: „Eines Tages im Sommer 1956 […] [lud] Astrid Connerth-Wiesenmayer uns für den nächsten Tag (Sonntag) in ihre Wohnung [ein], [um die Heimkehr Wolf von Aichelburgs aus seinem Zwangsexil in dem moldauischen Dorf Măicănești zu feiern]. Aber: Kurz vorher war die Zeitschrift *Banater Blätter* in *Neue Literatur* umbenannt worden. Von nun an sollte sie nicht auf das Banat beschränkt bleiben, sondern alle rumäniendeutschen Autoren ‚aufnehmen' und den durch die Proletkultisten profanierten Begriff ‚Literatur' wieder aufwerten. Der neue

Deshalb wurden Birkner, von Aichelburg und drei weitere Autoren – Georg Scherg, Hans Bergel und Harald Siegmund – angeklagt und wegen „Hetze zur Verschwörung gegen die soziale Ordnung" (crima de uneltire contra ordinei sociale prin agitație) zu 25 (Birkner und von Aichelburg), 20 (Scherg), 15 (Bergel) und zehn (Siegmund) Jahren Zwangsarbeit verurteilt.[30]

Die Verfasserin hatte Zugang zu 22 Verhörprotokollen von Eginald Schlattner, die der Securitate dazu dienten, ihn in die Rolle des Zeugen der Anklage hineinzuschreiben.[31] Die Unterlagen beziehen sich auf die Tätigkeiten des Klausenburger Literaturkreises, den Schlattner im Studienjahr 1956/1957 ab Februar geleitet hatte, auf jene der Gruppe um Horst Depner und Günther Volkmer sowie auf Schlattners Beziehungen zu Harald Krasser und den fünf oben erwähnten Autoren. Ein Bericht, betitelt „Synthese mit dem Ergebnis der derzeitigen Untersuchung bezüglich des Problems der deutschen Nationalisten", zeigt, dass Schlattner wegen seiner „Berührung" (tangență) mit der „subversiven Gruppe" (grupul subversiv) um Depner und Volkmer festgenommen wurde. Daraufhin hatte die Securitate seine Wohnung durchsucht und Briefe gefunden, in denen stand, dass der Autor Hans Bergel bei einem Treffen des Klausenburger Literaturkreises aus seinem Werk *Fürst und Lautenschläger* lesen wollte.[32] Dies scheint das Bindeglied zu sein, das die Securitate zwischen

---

Schriftleiter [Andreas A. Lillin, Anmerkung der Verfasserin] bat durch ein Rundschreiben um Mitarbeit. Astrid Connerth stellte nun die (später inkriminierende) Frage: ‚Habt ihr den Brief von Lillin auch bekommen? Was sagt ihr: Machen wir mit?' Alle zeigten sich bereit, Birkner aber brachte die Meinung aller auf den Punkt, angesichts der Befürchtung, daß die Proletkultisten, die in Schlüsselstellungen saßen, uns nicht vorbehaltlos zu Wort kommen lassen würden: ‚Sie werden es nicht wollen, aber sie werden uns zur Kenntnis nehmen *müssen*, wir schreiben sie an die Wand'." Vgl. Georg Scherg: Das literarische Hermannstadt. In: Wilhelm Bruckner, Konrad Gündisch, Georg Scherg (Hgg.): 800 Jahre Hermannstadt 1191–1991. Heilbronn 1991, S. 29–47, hier: S 42–43.

30 Urteil Nr. 342 vom 19. September 1959. In: ACNSAS, FP, Akte 331/3, Bl. 137–153v, hier: Bl. 152–153v.

31 Die Protokolle sind vom 30. und 31. Dezember 1957; vom 3., 5. und 13. Januar; 29. März; 2., 3., 4., 11., 23., 25. und 26. April; 29. Mai; 16., 19. und 21. Juni; 2., 15. und 17. Juli 1958; vom 8. August und 14. November 1959. Das Protokoll eines Verhörs vom 10. April 1958 wird im Protokoll vom 11. April 1958 erwähnt aber bislang konnte es nicht gefunden werden (Eginald Schlattner: Protokoll vom 11. April 1958. In: ACNSAS, FD, Akte 8851/3, S. 34, hier S. 34v). Valentina Glajar verweist auf ein weiteres Protokoll vom 14. August 1958 (ACNSAS, FI, Akte 264512/1, S. 58–59), das aber der Verfasserin nicht zugänglich war (Glajar: You'll Never, S. 64). Als letztes Dokument muss man Schlattners Zeugenaussage vom 15. September 1959 (ACNSAS, FP, Akte 331/3, Bl. 75–80) nennen, obwohl sie kein Verhörprotokoll ist.

32 „Sinteza cu rezultatul cercetărilor efectuate pînă în prezent în problema naționaliștilor germani" [Synthese mit dem Ergebnis der derzeitigen Untersuchungen bezüglich des Problems der deutschen Nationalisten], ohne Datum. In: ACNSAS, FP, Akte 742/12, Bl. 375–380v, hier: Bl. 377v.

Schlattner und Bergel herstellte, sodass man Schlattner am 25. April 1958, nachdem er bereits seit dem 28. Dezember 1957 in Untersuchungshaft war, über Bergel – und überhaupt über die später verurteilten Autoren – ausfragte. Laut Protokoll nannte Schlattner Bergels Namen, als man ihn fragte, wen er außer Depner in Stalinstadt kenne. Das Protokoll dokumentiert danach Schlattners Versuch, während eines Verhörs, das zwischen 9:20 Uhr und 14:45 Uhr verlief, Bergel als einen vertrauenswürdigen Staatsbürger Rumäniens darzustellen. Der Befragte betonte, dass Bergel sich für die Eingliederung der Siebenbürger Sachsen in die neue politische Ordnung einsetze, was nicht nur das Überleben der Gruppe sichern, sondern auch das Minderheitenproblem im Land lösen würde. Er hob Bergels Loyalität dem Staat gegenüber hervor und bekräftigte seine Aussagen mit einem Zitat aus der Zeitung *Neuer Weg*, in der man Bergel als „einen Mann, auf den die Republik stolz sein kann" (un om cu care se poate mindri Republica) beschrieben hatte. Aber der Vernehmer beschuldigte Schlattner der Lüge und forderte ihn auf, die Wahrheit zu sagen. Auch wenn Schlattner darauf bestand, getreu berichtet zu haben,[33] hat man als Aktenleser das Gefühl, dass die Vernehmer ihm nicht glaubten. Dem Protokoll vom 26. April 1958 kann der Leser entnehmen, dass Schlattner Bergel erneut als regimetreu beschrieb.[34] Erst im Protokoll vom 21. Juni 1958 während eines Verhörs, das von 8:00 Uhr bis 15:30 Uhr dauerte, verändert sich dieses Bild. Darin wird Bergels „gegenrevolutionäre Tätigkeit" (activitatea contrarevolutionară) angesprochen und er wird als ein nationalsozialistischer Antisemit beschrieben, der die Beschlüsse des Treffens bei Astrid Wiesenmayer im Sommer 1956 konsequent durchführen würde.[35]

Was hatte diese radikale Veränderung in Schlattners Aussagen verursacht? Es gibt keine Protokolle, anhand derer man diese Frage beantworten könnte. Überhaupt gibt es keine Protokolle zwischen dem 26. April und dem 29. Mai 1958. Im Konvolut „Informativer Gruppenvorgang Krasser Harald und andere" gibt es jedoch den früher erwähnten Auszug aus einer Erklärung Schlattners vom 4. Mai 1958. Darin finden sich Argumente für den Gesinnungswandel Schlattners und ein Bekenntnis zum sozialistischen Regime Rumäniens.[36] Ob dieser Wandel aufrichtig oder ein strategischer Zug seitens Schlatters war, von dem er sich eine Strafmilderung oder gar die Freilassung

33 Protokoll vom 25. April 1958. In: ACNSAS, FP, Akte 331/1, Bl. 303–306.
34 Protokoll vom 26. April 1958. In: ACNSAS, FD, Akte 8851/3, Bl. 37.
35 Protokoll vom 21. Juni 1958. In: ACNSAS, FP, Akte 331/1, Bl. 314–325.
36 „Extras din declaratia arestatului Schlattner Eginald din 4 mai 1958" [Auszug aus der Erklärung des Häftlings Schlattner Eginald vom 4. Mai 1958]. In: ACNSAS, MFI Sibiu, Akte 8999/2 Acțiune informativă de grup Krasser Harald si alții [Informativer Vorgang zur Gruppe Krasser Harald und andere], Bl. 183–184.

erhoffte, kann den Unterlagen nicht entnommen werden. In dem Dokument ist vermerkt, dass Schlattners Erklärung eine Ergänzung zu einer Aussage bezüglich eines Briefes des ebenfalls angeklagten Autors Georg Scherg war, mit dem man ihn konfrontiert hatte. Er habe sich erinnert, dass Scherg ihn im Sommer 1956 „benachrichtigt hatte" (m-a instiintat), dass sich alle Schriftsteller um Erwin Wittstock und Krasser bei Wiesenmayer versammelt hatten und sich dort einigten, den deutschsprachigen Literaturbetrieb in Rumänien unter ihren Einfluss zu bringen, indem sie ihn mit ihren Werken „überfluten" (inunda) würden. Schlattner gab an, ihm sei erst „zu diesem Zeitpunkt" (deabea [sic!] in momentul acesta) – gemeint ist der Zeitpunkt der Erklärung am 4. Mai 1958 – bewusst geworden, dass es sich bei diesem Treffen um „ein vorbedachtes Abkommen" (invoiala prealabila) und „eine bewusste Untergrabung" (subminare constienta) des rumänischen Staates handle. Der nächste Abschnitt des Auszugs folgt nicht unmittelbar logisch aus dem vorigen und man fragt sich deshalb, wie die Securitate-Beamten bei der Verfassung dieses Auszugs mit Schlattners Originalaussagen umgegangen sind. Auch die zeitliche Einbettung der Erkenntnis Schlattners, dass bei Wiesenmayer staatswidrig verfahren worden sei, wirft Fragen bezüglich der Aufrichtigkeit des Geständnisses auf. Dokumentiert wird in dem Auszug Schlattners Konversion zum Regimetreuen, die als ein „endgültiger Schritt" (pas definitiv) in seinem Leben erscheint, sowie seine Bereitschaft, dem Staat zu dienen. Er engagiert sich, alle seine früheren Beziehungen, sowohl in der Familie als auch unter Freunden, einzig aus der marxistischen Sichtweise zu betrachten und alle Menschen, die seinem neuen Ideal fremd sind, zu Feinden zu erklären. Er wolle sich von jeder Art von Sentimentalität lossagen und auch seine eigenen Taten verurteilen, insofern sie der marxistischen Ideologie nicht entsprechen. Sein Ziel sei es nun, sich in der Gesellschaft wieder einzugliedern, aber als ein nützliches Element und nicht „als ein politisch Stigmatisierter" (ca un stigmatizat politic). Die Lektüre von Tolstois *Leidensweg* habe es ihm ermöglicht einzusehen, dass das Regime – zu dem er sich durch die Verwendung des Possessivpronomen „unser" (nostri [sic!]) bekennt – „auch verzeiht" (si iarta), wenn man „Reue" (căința) zeigt. Seinen Tagebüchern, so heißt es im Protokoll weiter, könnten die Vernehmer entnehmen, wie ernst er eine „Überzeugung" (conceptie) nehme. In diesem Fall habe er „alle Brücken hinter sich abgebrochen" (am ars toate corabiile) und sich der neuen Überzeugung hingegeben. Die Frage, die ihn plage, sei nur, ob das Regime ihn aufnehmen würde als Mitglied, das „mit anpacken [könne], um die neue Gesellschaft aufzubauen" (sa puie umarul, sa contribuie la faurirea societații noui). Weil er seine Verbundenheit zum Regime nicht anders beweisen könne, würde er ab sofort alles aussagen, wovon er Kenntnis habe und woran er sich erinnern könne. Er sei aber auch „jeder-

zeit“ (oricind) bereit, seine Verbundenheit mit dem Regime auch durch Taten unter Beweis zu stellen, „egal welche Aufgaben man mir anvertrauen wird, egal was man von mir verlangen würde“ (orice misiuni mi se vor incredința, orice mi s-ar cere). Darauf folgt ein neuer Absatz, der genau wie der vorherige aus dem Kontext gelöst ist. In diesem preist Schlattner deutschstämmige Bauernfamilien, die den staatlichen Kolchosen beigetreten waren, als „Garantie einer angemessenen Einstellung“ (garantia unei orientari juste) der Siebenbürger Sachsen gegenüber dem neuen rumänischen Staat. Er beklagt die Tatsache, dass er trotz seiner sehr guten gesellschaftlichen Vernetzung innerhalb der Gemeinschaft von ihnen keine Kenntnis gehabt habe. Es ist unklar, was mit diesen Aussagen beabsichtigt wurde oder auch präzise ausgesagt werden sollte. Ein neuer Absatz im selben Stil wie zuvor beendet den Auszug mit einem Bekenntnis: „Das Prinzip dieser Erklärung war das einer absoluten Aufrichtigkeit. Es wird bestehen, soweit ich über meine intellektuellen Kräfte verfüge und ihrer Herr bin“.[37] Wenn man sich das erste Verhörprotokoll, in dem Schlattner zu Hans Bergel befragt wurde, in Erinnerung ruft, lesen sich diese Aussagen wie die Produkte eines Menschen, der einer Manipulation unterzogen wurde. Sie klingen wie ein Gelöbnis der ewigen Treue, ja fast wie eine Bewerbung, um in den Dienst des Staates rekrutiert zu werden.

Laut Schlattners retrospektiven Aussagen gegenüber der Verfasserin hatte er sich im Mai 1958 „am Ende [der] seelischen und physischen Kräfte“ wegen der Bedingungen in dem Gefängnis, der täglichen und nächtlichen Verhöre und der Isolation freiwillig zum Verhör gemeldet und angeboten, alle Fragen „wahrheitsgemäß“ zu beantworten.[38] Nicht etwa wegen eines „Zusammenbruches“, sondern aus einer bewussten, persönlichen Entscheidung, die auf „eine[m] radikalen Umbruch in meinem Verhalten“ basierte. Da er sich für die Studenten seines Literaturkreises in Klausenburg, die er in Gefahr glaubte, verantwortlich fühlte und nach langem Überlegen einsehen musste, dass er nicht sowohl die Autoren als auch die Studenten beschützen konnte, entschied er sich dafür, die Studenten zu retten.[39] Er sagte gegen die Autoren aus und ließ sich von der Securitate instrumentalisieren, um aus seiner Sicht ein größeres Ziel zu erreichen: die Nichtanklage der Studenten. Doch wenn man sich alle nach dem 4. Mai 1958 datierten Protokolle ansieht, lässt sich diese Deu-

37 Rum. „Principiul acestei declaratii, a fost acel al unei sinceritati absolute. El va ramine in masura in care dispun si imi stapanesc fortele intelectuale“ („Extras din declaratia arestatului Schlattner Eginald din 4 mai 1958“/ Auszug aus der Erklärung des Häftlings Schlattner Eginald vom 4. Mai 1958). In: Ebenda, S. 183–184, hier: S. 184.

38 Eginald Schlattner an Corina L. Petrescu vom 2. September 2013 (E-Mail). Irrtümlicherweise gibt Schlattner den 5. statt den 4. Mai 1958 an.

39 Eginald Schlattner an Corina L. Petrescu vom 7. Juli 2014 (E-Mail).

tung nicht immer nachvollziehen. Die Protokolle zeugen von Schlattners Bereitschaft, mit den Vernehmern zusammenzuarbeiten, aber nicht in einer bedachten, konspirativen Art, da das Thema Literaturkreis Klausenburg kein einziges Mal erwähnt wird. Mit dieser Entscheidung auszusagen, gibt Schlattner in gewisser Weise auch sich selbst auf. Am 29. Mai wird er erneut über Konrad Möckel, den Stadtpfarrer von Kronstadt und angeblichen Anstifter der Depner/Volkmer-Gruppe, zu dem er bereits am 3. Januar 1958 vernommen wurde,[40] ausgefragt. Das Bild, das Schlattner von Möckel zeichnet, ist durchaus negativ: Er behauptet, dass der Stadtpfarrer Stoßtrupps (im Protokoll auf Deutsch als zwei Wörter „STOSS TRUPPS" geschrieben) bilden wolle, um die deutschstämmige Jugend um die lutheranische Kirche zu versammeln, da er darin die einzige Überlebenschance der Deutschen in Rumänien sähe.[41] Am 16. Juni beschuldigt er zudem Harald Krasser, indem er ihn als einen dem Nationalsozialismus verfallenen, religiösen Antisemiten beschreibt.[42] Am 19. Juni sagt Schlattner gegen Andreas Birkner aus und stellt ihn als nationalistischen Schriftsteller mit bürgerlichen Ansichten dar.[43] Darauf folgt die bereits angesprochene negative Bewertung Hans Bergels vom 21. Juni und ähnliche Aussagen zu Georg Scherg (am 2. Juli), Andreas Birkner (am 15. Juli) und Wolf von Aichelburg (am 17. Juli).[44] Indem Schlattner Ausdrücke wie „es ist wichtig zu bemerken, dass …" (important de reținut este faptul că …), „ich erinnere mich trotzdem, dass …" (îmi aduc totuși aminte că), „ich kann weiterhin zeigen, dass …" (mai pot arăta) verwendet, erscheint der Ton seiner Aussagen den Vernehmungsbeamten entgegenzukommen, vor allem, da man solche Ausdrücke in den Protokollen der anderen Angeklagten oder Zeugen nicht findet. Dass manche Wendungen, wie zum Beispiel „niemand anders war anwesend" (n-a mai fost nimeni de fata), Automatismen des Securitate-Jargons sind, ist evident. Genauso vielsagend ist die den Aussagen zu entnehmende Einstellung, die gegenüber den Vernehmern gefällig und gegenüber den Menschen, über die er aussagt, distanziert scheint.

Der Urteilsspruch Nr. 1416 vom 14. November 1959 im sogenannten Schwarze-Kirche-Prozess fügt dieser *file story* die letzte Information hinzu. Schlattner wurde verurteilt, erhielt aber eine Strafmilderung. Folgende Gründe werden dafür angegeben: Er soll sowohl während der Haft als auch

40 Protokoll vom 3. Januar 1958. In: ACNSAS, FD, Akte 8851/3, Bl. 22–24.
41 Eginald Schlattner: Protokoll vom 29. Mai 1958. In: Ebenda, S. 14–16, hier: S. 14r.
42 Protokoll vom 13. Juni 1958. In: ACNSAS, MFI Sibiu, Akte 8999/2, Bl. 126–135.
43 Protokoll vom 19. Juni 1958. In: ACNSAS, FP, Akte 331/1, Bl. 286–291.
44 Eginald Schlattner: Protokoll vom 2. Juli 1958. In: Ebenda, S. 297–300; Ders.: Protokoll vom 15. Juli 1958. In: ACNSAS, FD, Akte 8851/3, S. 36; Ders.: Protokoll vom 17. Juli 1958. In: ACNSAS, FP, Akte 331/1, S. 294–296.

während der Prozesszeit eine aufrichtige Einstellung gezeigt haben, die zur Wahrheitsfindung in diesem und in einem anderen Prozess, d. h. im Schriftstellerprozess, beigetragen haben soll. Seine Tätigkeit als Leiter des Literaturkreises in Klausenburg wird positiv bewertet. Dieser Umstand überrascht, da in seinem ersten Verhör im Dezember 1957 Fragen über die Tätigkeit des Literaturkreises und seine ethnisch-nationalistische Prägung, die angeblich dem rumänischen Staat schaden sollte, gestellt wurden und Schlattners Angst um die Gruppe ihn laut eigener Aussagen dazu bewegt hatte, sich der Staatsordnung zuzuwenden und auszusagen. Es kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden, ob die positive Bewertung seiner Tätigkeit im Literaturkreis dahingehend zu deuten ist, dass die Securitate diesen Kreis nie als Bedrohung gesehen hat oder dies bloß so dargestellt wurde, um Schlattners Freilassung zu rechtfertigen. Es wird auch angedeutet, dass man Schlattner wegen seines jungen Alters – er war bei seiner Verhaftung 23 Jahre alt – im Sinne des Regimes für wiedererziehbar hielt. Er wurde zu zwei Jahren Haft verurteilt, aber man rechnete ihm die Untersuchungshaft an,[45] sodass er am 28. Dezember 1959 entlassen wurde.

Was lässt sich dieser Akte über die darin von der Securitate festgehaltenen Informationen hinaus entnehmen? Die Tatsache, dass die fünf Autoren zu unterschiedlichen Zeiten verhaftet wurden, dass die Zeugen mit Ausnahme von Schlattner – der als Einziger verhaftet war – zu verschiedenen Zeitpunkten zu Befragungen bestellt wurden, die sich über Monate hinzogen, legt nahe, dass die Securitate ihre Geschichte gegen die Autoren über einen langen Zeitraum entwickelt hat. Die Beweise konnten nicht einfach aufgeführt, sondern mussten zusammengefügt werden, um die Forderungen des Prozesses glaubhaft erscheinen zu lassen.[46] Die Anklageschrift gibt mit der Hervorhebung, dass die Strafe die allgemeinen Praktiken des juristischen Systems des Landes befolge – ein System, das jeden bestrafte, der ungeachtet seiner Methoden regimewidrige Handlungen durchführe –, auch die tatsächlichen Gründe des Prozesses an: Er diente als Rechtfertigung für das brutale Vorgehen der Securitate gegen die deutschsprachigen Autoren und gleichzeitig als Mahnung für andere Schriftsteller und die gesamte deutsche Minderheit. Jedoch bietet Schlattners Akte keine Erklärung bezüglich seiner Bedeutung für die Securitate vor Mai 1958 und seine Wahl als Hauptzeugen der Staatsanwaltschaft in

45 Urteil Nr. 1416 vom 14. November 1959. In: ACNSAS, FP, Akte 742/11, Bl. 105–110v.

46 Peter Motzan spricht davon, dass man das Beweismaterial „zusammengeflickt" habe (Peter Motzan: Risikofaktor Schriftsteller. Ein Beispielsfall von Repression und Rechtswillkür. In: Peter Motzan, Stefan Sienerth (Hgg.): Worte als Gefahr und Gefährdung. Fünf Schriftsteller vor Gericht. Kronstadt 1959. München 1993, S. 51–81, hier: S. 63).

dem Prozess gegen die Autoren. Dass man ihn genötigt und drangsaliert hat, liegt aufgrund dessen, was man heute über die Methoden der Securitate in den 1950er- und 1960er-Jahren weiß,[47] auf der Hand. Da sich das erste Verhör vom 30. Dezember 1957 auf den Literaturkreis in Klausenburg und dessen gesellschaftliche Rechtsstellung konzentriert und da die Depner/Volkmer-Gruppe im Mittelpunkt von 13 der Protokolle stand, kann man davon ausgehen, dass die Securitate an beiden Jugendkreisen interessiert war, die Depner/Volkmer-Gruppe allerdings schnell an Bedeutung gewann. Fragen über die Autoren erscheinen erst ab Ende April 1958 in den Akten. Die darauffolgenden Protokolle enthalten nur noch zwei Informationen über die Tätigkeiten der Depner/Volkmer-Gruppe, während alle anderen sich ausschließlich mit den Autoren und ihrem Umfeld befassen.

Wie kann man diese *file story* heute deuten? Rumäniens Gesetz Nr. 293 aus dem Jahr 2008[48] besagt, dass Zeugen in politischen Prozessen nicht als „Mitarbeiter" (colaborator) der Securitate betrachtet werden sollten, da die Securitate immer physische oder psychische Folter angewendet hat, um die gewünschte Information von ihnen zu erhalten. Doch diese offizielle Festsetzung hat den Diskussionen um Schlattner und seine Rolle im Schriftstellerprozess – die seit der Veröffentlichung seines Romans *Rote Handschuhe*[49] im Jahr 2001 periodisch in der deutschsprachigen und rumänischen Presse wieder aufgegriffen werden – kein Ende gesetzt.[50] Schlattner hat zwischen Mai 1958 und Dezember 1959 mit der Securitate zusammengearbeitet, indem er Aussagen gegen die Depner/Volkmer-Gruppe, Harald Krasser und die Autoren gemacht hat. Er hat aber weder seine Mithäftlinge während der Gefangenschaft noch sein Umfeld nach seiner Haft bespitzelt. Das bezeugen andere von der CNSAS aufbewahrte Unterlagen, die fehlgelaufene Versuche, ihn als IM anzuwerben, beinhalten.[51]

47 Vgl. Dennis Deletant: Communist Terror in Romania. Gheorghiu-Dej and the Police State, 1948–1965. New York 1999.

48 Legea [Gesetz] 293/2008, http://www.cnsas.ro/documente/cadru_legal/LEGE%20293_2008.pdf, 16.4.2017.

49 Eginald Schlattner: Rote Handschuhe. Wien 2001.

50 Vgl. u. a.: Lucia Hossu Longin: „Dreptatea nu are putere" (Gerechtigkeit hat keine Macht), <http://www.romaniaculturala.ro/articol.php?cod=14303>, 8.5.2017; Markus Bauer: Eine zum Albtraum gewordene Schwäche, <http://www.nzz.ch/nachrichten/kultur/aktuell/eine_zum_albtraum_g_ewordene_schwaeche_1.4512583.html>, 8.5.2017; Werner Kremm: Rufmord, <http://www.adz.ro/artikel/artikel/rufmord/>, 18.5.2017.

51 Vgl. ACNSAS, FR, Akte 7381 Sibiu, Rolle 139; und FI, Akte 124376.

Die Übersetzung als Mittel der Manipulation

Eine Analyse der Briefe aus dem Nachlass Wolf von Aichelburgs

LAURA G. LAZA

Der folgende Beitrag untersucht den Teilnachlass des rumäniendeutschen Autors Wolf von Aichelburg,[1] der sich im Archiv des CNSAS, des Nationalen Rats für das Studium der Archive der Securitate, ACNSAS, befindet. Im Vordergrund steht die am 19. Mai 1959 beschlagnahmte Korrespondenz[2] mit den befreundeten Schriftstellern Georg Scherg und Andreas Birkner aus der Akte P 331, Bd. 1. Die Akte besteht aus neun Bänden und beinhaltet die Unterlagen des politischen Prozesses gegen die fünf deutschsprachigen siebenbürgischen Schriftsteller Andreas Birkner, Wolf von Aichelburg, Georg Scherg, Hans Bergel und Harald Siegmund. In der vorliegenden Kurzanalyse werden die Briefe[3] und die von der Securitate angefertigten Übersetzungen sowie Verhörprotokolle, in denen von Aichelburg zu den Inhalten der Briefe befragt wurde, gegenübergestellt. Durch den Vergleich soll das Vorgehen der Securitate offengelegt werden, beschlagnahmtes Material den eigenen Interessen entsprechend einzusetzen.

Der siebenbürgische Schriftsteller Wolf von Aichelburg wurde am 3. Januar 1912 in der damals unter österreichischer Herrschaft befindlichen istrischen Hafenstadt Pola (kroat. Pula) geboren, wo er seine Kindheit verbrachte.[4] Die

1 Der Autor hat seinen letzten Band mit „Wolf von Aichelburg" unterzeichnet. (Vgl. Wolf von Aichelburg: Der Brand des Tempels. Dramen. München 1993). Somit übernimmt auch die Autorin des vorliegenden Beitrags diese Schreibweise des Namens. Von Aichelburg stammte aus einer österreichischen Adelsfamilie und durfte im kommunistischen Rumänien seinen Adelstitel nicht tragen.

2 Vgl. Proces verbal de perchiziție. In: ACNSAS, Fond Penal, P 331, Bd. 1, Bl. 32.

3 Die Briefe waren auf Deutsch verfasst, die Amtssprache hingegen war Rumänisch. Daraus ergab sich die Notwendigkeit der Übersetzung.

4 Zu von Aichelburgs Biographie vgl. Wolf von Aichelburg: „Das Gefeiertwerden ist mir, wie Sie ja wissen, ... ein Greuel." In: *Siebenbürgische Zeitung*, 20. Januar 1992, S. 5; Peter

Familie zog 1918 nach Hermannstadt (rum. Sibiu, ung. Nagyszeben), wo von Aichelburg eine enge Beziehung zur alten sächsischen Stadt und ihren Bewohnern entwickelte. Er studierte Philologie in Klausenburg (rum. Cluj, ung. Kolosvár) und Dijon und lebte anschließend zwei Jahre in Berlin. Als junger Schriftsteller bereiste er große Teile Europas. Zwischen 1941 und 1944 war er in Bukarest (rum. București) im Propagandaministerium angestellt.[5] Nach 1944 kehrte er nach Hermannstadt zurück, wo er als Privatlehrer seinen Lebensunterhalt verdiente.

1948 – der Regimewechsel war bereits vollzogen – versuchte Wolf von Aichelburg, aus Rumänien zu fliehen, scheiterte aber und wurde wegen versuchter Landesflucht verurteilt. Bis 1952 war er in verschiedenen Haftanstalten und Arbeitslagern inhaftiert, unter anderem in Poarta Albă,[6] anschließend befand er sich ab 1952 im Zwangsaufenthalt in Măicănești im Kreis Galați. 1956 durfte er schließlich nach Hermannstadt zurückkehren, wo er am 19. Mai 1959 erneut verhaftet und am 19. September desselben Jahres zu 25 Jahren Zwangsarbeit und zehn Jahren Aberkennung der bürgerlichen Rechte verurteilt wurde.

Bis 1962 blieb von Aichelburg in Haft, unter anderem in Armenierstadt (dt. auch Neuschloss, rum. Gherla, ung. Szamosújvár). Zwischen 1962 und 1964 folgte ein zweiter Zwangsaufenthalt in Rubla im Kreis Brăila. Von 1964 bis zu seiner Ausreise nach Deutschland im Jahr 1981 lebte er in Hermannstadt und wirkte als freischaffender Schriftsteller. Im Dezember 1974 unterschrieb von Aichelburg laut Aktenlage eine Verpflichtungserklärung gegenüber dem rumänischen Geheimdienst Securitate. Allerdings fehlen in den gesichteten Unterlagen jegliche Beweise einer eventuellen Kollaboration. Ab 1982 lebte er bis zu seinem Tod 1994 in Freiburg im Breisgau und auf Mallorca. Er wirkte als Komponist, Maler, Dichter, Essayist und Übersetzer.

Motzan, Stefan Sienerth (Hgg.): Worte als Gefahr und Gefährdung. Fünf deutsche Schriftsteller vor Gericht. München 1993, S. 408.

5 Als rumänischer Staatsbürger österreichischer Abstammung vermittelte er zwischen den Sprachen. Weder aus den vorhandenen biografischen oder autobiografischen Daten noch aus den CNSAS-Unterlagen geht hervor, welchen konkreten Tätigkeiten er nachging. Es ist anzunehmen, dass seine Rolle keine bedeutende war, da dieser Aspekt sonst wohl in den CNSAS-Unterlagen mindestens marginal Erwähnung gefunden hätte, wie es bei anderen der Fall war.

6 Die Arbeiten am Kanal Poarta Albă-Capul Midia (Kreis Constanța) im Süden Rumäniens wurden 1949 begonnen und bis in die 1960er-Jahre hauptsächlich von politischen Häftlingen aus dem Arbeitslager Capul Midia durchgeführt. Vgl. Monica Grigore, Oana Ionel: Colonia de muncă Capul Midia: punct terminus al Canalului suferinței. (Die Arbeitskolonie Midia: Der Terminuspunkt des Kanals des Leidens). In: Arhivele Securității, Bd. 1. București 2004, S. 94–115.

Wie bereits ausgeführt, verurteilte die Militärjustiz von Aichelburg 1948 zu drei Jahren Haft.[7] Er durchlief die Gefängnisse und Arbeitslager Caransebeș (dt. Karansebesch, ung. Karánsebes), Aiud (dt. Straßburg am Mieresch, ung. Nagyenyed) und Poarta Albă-Capul Midia.[8] 1953 stellte die Regierung die Arbeiten am Donau-Schwarzmeer-Kanal ein[9] und die Insassen des Arbeitslagers Poarta Albă wurden in andere Lager geschickt. So kam Wolf von Aichelburg nach Măicănești.

Am 19. Februar 1992, anlässlich des 80. Geburtstags Wolf von Aichelburgs, verfasste sein Freund Georg Scherg eine Festschrift, in der er beschreibt, unter welchen Umständen sich die siebenbürgischen Schriftsteller 1954 kennengelernt hatten. Scherg berichtet in der Festschrift, wie er durch einen gemeinsamen Freund mit von Aichelburg bekannt gemacht worden war - und zwar aus der Ferne, da sich von Aichelburg damals in der Moldau befand. In der Folgezeit entwickelte sich eine umfangreiche Korrespondenz, „wobei wir", so Scherg,

> Gedanken, Meinungen, Entwürfe austauschten und ich eine Sammlung von Gedichten in Aichelburgs Handschrift anlegen konnte (darunter etwa die „Richterin"[10]: „Da steht sie, groß und rot, / Die Herrscherin der Welt, die Lüge."). Leider wurde diese Sammlung bei der Durchsuchung meiner Wohnung später beschlagnahmt […]. Gegenüber Leistung und Meisterschaft waren wir weder blind noch taub. Wir fühlten uns bereichert, statt daß wir uns in Trotz und Ablehnung oder Besserwisserei versperrt hätten. Für uns galt noch das Wort „Mit Euch, Herr Doktor zu spazieren, / ist ehrenhaft und ist Gewinn."[11]

Dieselbe Zeitspanne scheint auch in dem Verhörprotokoll von Georg Scherg vom 26. Februar 1959 auf. Laut der Protokolle habe Scherg dort Wolf von Aichelburg angeblich als kleinbürgerliches Element mit feindlicher Haltung gegenüber dem Regime und der damaligen literarischen Produktion bezeichnet.[12] Dies ist schon ein Beispiel der Dualität „eigene Perspektive versus Fremdperspektive". Denn in der Festschrift erscheint von Aichelburg als Freund und Mentor, in dem Protokoll dagegen als Korrumpierer und Verbrecher.

Offensichtlich kollidieren die beiden Schriften miteinander. Es handelt sich dabei um zwei Perspektiven auf die Geschehnisse, nämlich jene der Securitate und jene Schergs. Hier prallen zwei Erzählmodi aufeinander: auf der einen

7 Dokumente über die erste Haftstrafe: ACNSAS, Fond Penal, P 331, Bd. 7, Bl. 52–53.
8 Ebenda, Bd. 1, Bl. 178.
9 Vgl. Grigore, Ionel: Colonia de muncă Capul Midia, S. 115.
10 Gedicht von Wolf von Aichelburg.
11 Literaturarchiv Marbach, A:Scherg/K. 9 M3.
12 ACNSAS, Fond Penal, P 331, Bd. 1, Bl. 150–155.

Seite ein Text, der administrativ motiviert ist und eine bestimmte Funktion zu erfüllen hat, auf der anderen Seite Erinnerungen eines Schriftstellers, die dem autobiografischen Pakt im Sinne Philippe Lejeunes[13] unterliegen. Beide Texte beanspruchen für sich die Wahrheit und stellen die damaligen Ereignisse auf eigene Art und Weise dar. Es gilt dies zu erschließen und zu ermessen.

Die von der Securitate beschlagnahmte Korrespondenz zwischen Scherg und von Aichelburg bildete den Ausgangspunkt der Anklage im politischen Prozess von 1959 gegen die Schriftstellergruppe Andreas Birkner, Georg Scherg, Wolf von Aichelburg, Hans Bergel und Harald Siegmund. Die besagten Briefe werden in den Beschlagnahmungsprotokollen[14] aus den Akten Schergs und Birkners erwähnt.[15] Es handelte sich im Falle Schergs laut Protokoll um insgesamt 196 Briefe, von denen 71 Briefseiten vermutlich von Aichelburg verfasst hatte. Diese Informationen verdanken wir der Anordnung des Untersuchungsleiters Traian Urzică, einen Schriftvergleich durchzuführen, um zu prüfen, ob von Aichelburg wirklich der Urheber dieser Seiten war. In der Akte sind des Weiteren fünf Briefe an Scherg[16] sowie drei Briefe an Andreas Birkner[17] zu finden.[18] Die insgesamt 71 Seiten beinhalten über die Korrespondenz hinaus eine Gedichtsammlung von Aichelburgs, die in Schergs Festschrift ebenfalls Erwähnung findet.[19] Im Bestand des Scherg-Nachlasses im Deutschen Literaturarchiv Marbach befinden sich weitere Gedichte von Aichelburgs,[20] die entweder von den Offizieren bei der Hausdurchsuchung übersehen oder Scherg bei seiner Entlassung aus der Gefangenschaft zurückgegeben worden waren.[21] Dass von Aichelburg seinen Briefen Gedichte beige-

13 Philippe Lejeune: Der autobiographische Pakt [frz. 1975]. Aus dem Französischen von Wolfram Bayer und Dieter Hornig. Frankfurt am Main 1994.

14 Proces verbal de perchiziție. In: ACNSAS, Fond Penal, P 331, Bd. 1, Bl. 43f. Am 3. August 1959 ordnete der Untersuchungsführer Traian Urzică einen Schriftvergleich an, damit festgestellt werden konnte, ob die literarischen Texte, die auf 71 Briefseiten enthalten sind, von Wolf von Aichelburg stammen. Ebenda, Bl. 91.

15 Protokoll der Hausdurchsuchung bei der Verhaftung Birkners. In: ACNSAS, Fond Penal, P 331, Bd. 1, Bl. 7–8.

16 Brief vom 3. Dezember 1954, ACNSAS, Fond Penal, P 331, Bd. 1, Bl. 151–152; Brief vom 21. Dezember (o. J.), ebenda, Bl. 167; Brief vom 19. November 1954, ebenda, Bl. 169; Brief vom 19. Januar (o. J., vermutlich 1954), ebenda, Bl. 171–173; Brief vom 25. Dezember 1955, ebenda, Bl. 187.

17 Brief vom 25. Januar 1953 (nur als Übersetzung erhalten), ebenda, Bl. 155; Brief vom 17. September 1955, ebenda, Bl. 160–161; Brief vom 19. Februar 1958, ebenda, Bl. 176.

18 Die Sichtung der Unterlagen lässt darauf schließen, dass mehrere Briefseiten fehlen. Auf die Unvollständigekeit der Akten ist die Autorin an anderer Stelle ausführlich eingegangen. Vgl. Laura Gabriela Laza: Die politischen Prozesse rumänischer und deutschsprachiger Schriftsteller aus Rumänien nach dem Ungarnaufstand von 1956. Jena 2014, S. 18–25.

19 Vgl. Fußnote 11.

20 Deutsches Literaturarchiv Marbach. Nachlass Scherg. Signatur: A:Scherg.

21 Punkt 29 im Rückgabeprotokoll. In: ACNSAS, P 331, Bd. 8, Bl. 80–81.

legt hatte, wird auch von ihm selbst erwähnt: In einem Brief vom 19. Januar (ohne Jahresangabe, vermutlich 1954) an Scherg heißt es: „Nun lege ich – da das Eis geschmolzen und das ‚Echo' gerufen hat – einige Gedichte bei."[22]

409 Blätter der Akte P 331, Bd. 2, aus dem Archiv der CNSAS bezeugen die intensive literarische Tätigkeit von Aichelburgs in den Jahren des Haft- und Zwangsaufenthalts. Die Unterlagen belegen, dass der Autor während der Zeit in Măicănești eine Vielzahl von Gedichten niederschrieb, die er während der Haft in Aiud, Caransebeș und Poarta Albă konzipiert hatte.[23] Manche dieser Manuskripte schickte von Aichelburg an Scherg, andere aber auch an Birkner.[24] Diese Gedichte gehörten ebenfalls zum Beweismaterial gegen von Aichelburg.[25] Die Tatsache, dass manche während der Haft entstanden waren, spielte jedoch keine zentrale Rolle,[26] obwohl das Verfassen von Gedichten in Haft als Verbrechen eingestuft werden konnte.[27] Die Ankläger konzentrierten sich eher auf die Inhalte und versuchten, in den Verhören[28] und in der Anklage[29] hervorzuheben, dass von Aichelburg darin oppositionelle Ideen artikuliert habe. Die Gedichte waren, wie schon geschildert, Anhänge der Briefe, die den eigentlichen Gegenstand des vorliegenden Beitrags darstellen.

Bei der Analyse der vorhandenen Unterlagen konnten durch den Vergleich der Briefübersetzungen mit den Vernehmungsprotokollen mehrere Methoden der Securitate identifiziert werden, um die beschlagnahmte Korrespondenz situationsbedingt einzusetzen. In erster Linie muss bedacht werden, dass die acht vorhandenen Briefe aus einer viel größeren Zahl ausgewählt wurden, somit haben die Untersuchungsoffiziere mithilfe der Übersetzer schon eine erste, ihren Interessen entsprechende Selektion des Schriftmaterials vorgenommen. Wenn sich die beiden Schriftsteller tatsächlich zweimal im Monat schrieben, wie von Aichelburg in einem Brief an Scherg äußert,[30] müssten zwischen Januar 1954 und August 1956 über 30 Briefe entstanden sein. Auch in einigen Verhör- und Beschlagnahmungsprotokollen wird von mehr Material gesprochen, als heute überliefert ist. Nicht alle Briefe wurden also als Beweisstücke herangezogen und

22 Ebenda, Bd. 1, Bl. 173 verso.
23 Auf den Gedichten ist vermerkt, wo sie entstanden sind, manchmal auch das ungefähre Datum.
24 Protokoll der Hausdurchsuchung bei der Verhaftung Birkners. In: Rückgabeprotokoll, Bl. 7–8.
25 Einband, ACNSAS, Fond Penal, P 331, Bd. 2.
26 Verhörprotokoll vom 27. Mai 1959, ebenda, Bd. 1, Bl. 178–180.
27 Siehe auch das Todesurteil 1958 des Schriftstellers Radu Gyr wegen eines oppositionellen Gedichts, das in der Haft entstand.
28 Verhörprotokoll vom 27. Mai 1959. In: ACNSAS, Fond Penal, P 331, Bd. 1, Bl. 178–180.
29 Anklageschrift vom 15. August 1959, ebenda, Bl. 445.
30 Brief vom 19. Januar (o. J., vermutlich 1954), ebenda, Bl. 171.

selbst die acht Briefe, die im Rahmen der Anklage zum Einsatz kamen, wurden nicht in voller Länge übersetzt. Es kann hiermit eine erste Stufe der Manipulierung des Schriftmaterials ausgemacht werden: Selektion bzw. Auslassung.

Neben der bewussten Auslassung spielte aber die manipulative Übersetzung offensichtlich eine noch wichtigere Rolle. Sie bot nämlich den Rahmen, Inhalte zu bearbeiten und neues, manipuliertes „Beweismaterial" vorzulegen, um eine angeblich rechtmäßige Verurteilung zu legitimieren. Die Autoren der Übersetzungen zu ermitteln, gestaltet sich als eine schwierige Aufgabe und bleibt Gegenstand weiterer Untersuchungen. Anders als im Falle von Fachgutachten sind nämlich keine Belege für Auszahlungen oder schriftliche Aufträge der Untersuchungsoffiziere für Übersetzungen zu finden.

Laut den vorliegenden Protokollen forderten die Offiziere die Angeklagten Scherg und von Aichelburg während der Verhöre auf, auch selber zu übersetzen und zusammenzufassen. Ein Beispiel hierfür ist das Verhörprotokoll vom 27. Mai 1959,[31] in dem von Aichelburg drei seiner eigenen Briefe zur Übersetzung vorgelegt wurden. Die Formulierung, mit der er zur Zusammenfassung eines Briefes aufgefordert wird, ist jeweils ähnlich:

> Die Strafverfolgungsorgane legen Ihnen einen Brief vor, den Sie am 25. Januar 1953 an Andreas Birkner geschickt haben. Der Brief ist auf weißem, liniertem Papier verfasst und vier Seiten lang. Lesen Sie, übersetzen Sie und erklären Sie den Inhalt dieses Briefes![32]

Ebenfalls in der Akte befinden sich aber auch Übersetzungen aus den Briefen. Es liegen demnach zwei Analyseebenen vor: zum einen die sogenannte Zusammenfassung vom Angeklagten selbst, die er de facto nicht eigenhändig niederschrieb, da der Vernehmungsoffizier das Verhörprotokoll verfasste; zum anderen die Übersetzung von einer nicht genannten Person. Hierbei handelte es sich wahrscheinlich um einen amtlichen Übersetzer oder einen Beamten, der die deutsche Sprache beherrschte. Die vorliegende Untersuchung konzentriert sich auf letztere Art von Dokumenten, die anonym übersetzt wurden.

In diesen konnten zwei Arten von Manipulationen festgestellt werden. Es gab die Praxis, eine Zusammenfassung der deutsch geschriebenen Briefe in rumänischer Sprache anzufertigen.[33] Beim Verhör allerdings wurde – so kann dem entsprechenden Protokoll entnommen werden – der vollständige Inhalt

31 Ebenda, Bl. 162–164.

32 „Organele de anchetă vă prezintă o scrisoare pe care Dta ai trimiso [sic!] la 25 ian 1953 lui Andreias [sic!] Birkner, scrisoarea fiind redactată pe hîrtie albă liniată avînd patru pagini. Citiți, traduceți și dați explicații asupra conținutului acestei scrisori!". Verhörprotokoll vom 26. Mai 1959, ebenda, Bl. 153 verso. Übersetzung der Autorin.

33 Ebenda, Bl. 159.

des Briefes thematisiert.[34] Die Zusammenfassung ist demnach als eine Vorstufe zu verstehen, denn darüber hinaus wurde eine deklariert wortwörtliche Übersetzung[35] von einzelnen Abschnitten vorgenommen – wobei auch hier differenziert werden muss, da in erster Linie Informationen mit Anklagepotenzial im Sinne der Anklagepunkte herausgesucht wurden, wie beispielsweise aus dem Brief von Aichelburgs an Andreas Birkner vom 17. September 1955:

> Wir leben heute unter einer Herrschaft, wo der Dichter Werke der rechten und Werke der linken Hand aufpreisen kann. Die Uneigenen werden ganz linkshändig, das heisst, sie haben nichts zu verbergen. Ganz selten ist der Fall, wo ein Werk rechter Hand einfach in die linke übergehen kann, auch wo ein Werk linker Hand sich der rechten nicht zu schämen braucht. Dies Thema ist jedoch zu vielfältig[,] um brieflich ausgehoben zu werden. Obwohl die Dinge im Grunde sehr einfach liegen, ist in den wenigsten Fällen ein untrügerischer Instinkt zu finden.[36]

In der Übersetzung, die laut Protokoll von Aichelburg geliefert hatte, heißt es dann:

> Trăim astăzi sub un regim, în care un scriitor poate prezenta opere de mîna dreaptă și opere de mîna stîngă. Cei neoriginali vor de acum cu totul de mîna stîngă adică că n-au nimic de ascuns. Toate vorbește cazul unde o operă de mîna dreaptă poate trece pur și simplu în cea de mîna stîngă, iar o operă de mîna stîngă nu trebuie să se rușineze de cea dreptă. Dar această temă este prea multiplă pentru a putea fi epuizată într-o scrisoare. Deși în fond lucrurile stau foarte simple, totuși iar se găsește un instinct de neînșelat.[37]

Von den grammatikalischen und stilistischen Fehlern abgesehen, wurde hier eine fast wort- und satzgenaue Übersetzung einer Stelle mit Anklagepotenzial durchgeführt. Aus dem Brief wurden also genau jene Zeilen herausgesucht, die für die Ankläger von Interesse waren.

Eine wortwörtliche Übersetzung bot jedoch auch die Möglichkeit der Manipulation durch die Auslassung von Inhalten mit Anklagepotenzial. Damit ist das absichtliche Weglassen von Stellen gemeint, die für den Untersuchungsoffizier ebenfalls von Interesse hätten sein können. Diese Stellen hatten zwar Anklagepotenzial, allerdings nicht im Sinne der vorformulierten Anklage. So ist zum Beispiel ein Thema, das mehrmals in den acht vorhandenen Briefen

34 Ebenda, Bl. 156 verso.
35 Rum. „traducere din scrisoare“, wie z. B. ebenda, Bl. 155.
36 Ebenda, Bl. 161.
37 Ebenda, Bd. 1, Bl. 159.

angesprochen wird, Schergs Drama *Ovid*.[38] Es behandelt die Verbannung des römischen Dichters nach Tomis, dem heutigen an der Schwarzmeerküste Rumäniens gelegenen Constanța. Die Parallelen zu von Aichelburgs Schicksal sind offensichtlich, wie sich der Betroffene selbst am 19. Januar (ohne Jahresangabe, vermutlich 1954) gegenüber Scherg äußert:

> Viel aufregender und sensationeller ist die Sache mit „Ovid". Was Sie über die Zugeständnisbereitwilligkeit schreiben, ist erstaunlich, ein allerdings im Bereich des Erwarteten liegendes Rückzugmanöver, im dialektischen Sinne die „Anti-These". Wie wir diese erstaunliche [unleserlich] erörtern wollen[,] ist gleichgültig. Wenn es Ovid gelingt[,] durch diese Skylla und Caribdys [sic!][39] von Fragezeichen hindurchzuschiffen und im Hafen der Druckbogen zu landen, unbeschadet, so ist ein Kunstwerk, im „äußerlichen Sinne in der Welt" und hat die Möglichkeit sich durchzusetzen, seis früh, seis spät. Es steht. Es ist dem fürchterlichen Schubladenkerkerschicksal entronnen. Wer die Kerkertüren sprengt, bleibt gleichgültig, bleibt wenigstens aufs Grössere, Weitere besehen gleichgültig. „Der Ovid" wäre eine Sensation. Urplötzlich in ödester Zeit eine Dichtung, die mit ihren [unleserlich] siebenbürgischer Literatur überschattet. Sie machen natürlich keine Zugeständnisse.[40]

An dieser Stelle spricht Wolf von Aichelburg mehrere bedeutende Aspekte des damaligen Literaturbetriebs an. Einerseits verweist er auf eine gewisse Kompromissbereitschaft der zeitgenössischen Autoren: Um veröffentlicht zu werden, mussten literarische Werke die Zensur passieren und erlitten dabei nicht selten schwere Einbußen. Parabelartig deutet von Aichelburg auf die heikle Situation hin, indem er die Veröffentlichung von Schergs Drama mit Odysseus' Schifffahrt vergleicht, wobei die Wendung „zwischen Skylla und Charybdis" für die Zwickmühle Veröffentlichung mittels Kooperationsbereitschaft versus Anonymität steht. Würde das Drama also unversehrt im „Hafen der Druckbogen" ankommen, wäre das eine „Sensation". Von Aichelburg versteht die schwierige Situation, in der sich Scherg befindet, und hebt die große Bedeutung der Veröffentlichung einer „unbeschadeten" Version des Dramas hervor. An dieser Stelle kommt er auch auf ein weiteres Phänomen zu sprechen, auf die sogenannte Schubladenliteratur.[41] Das für diesen Begriff von ihm verwendete Wort „Schubladenkerkerschicksal" veranschaulicht auf schon fast

38 Georg Scherg: Ovid. Trauerspiel. Bukarest 1955.

39 Gestalten der griechischen Mythologie. Redewendung „zwischen Skylla und Charybdis": sich in einer schwierigen Entscheidungssituation befinden.

40 ACNSAS, Fond Penal, P 331, Bd. 1, Bl. 171 verso.

41 Literarische Werke, die wegen einer regimekritischen Darstellung oder nonkonformen Ausdrucksweise nicht veröffentlicht wurden. Manche wurden für die Schublade geschrieben, manche landeten dort, nachdem sie von der Zensur abgelehnt worden waren.

plastische Weise ein tragisches Faktum der Epoche: Viele literarische Texte, wie auch die Gedichte von Aichelburgs, konnten diesem „Schubladenkerkerschicksal" nicht mehr entkommen und sind für die literarische Nachwelt schwer erreichbar, da unveröffentlicht.

Eine weitere Methode der Manipulierung ist die Auslassung von Inhalten, die Zeugnis über die Haft ablegen. Berichte von Aichelburgs, die sich auf die Haftbedingungen bzw. auf die Zeit des Zwangsaufenthalts beziehen, wurden entweder ignoriert oder in den Protokollen nur marginal erwähnt, obwohl sie einen zentralen Raum in den Briefen einnehmen. Im Brief vom 19. November 1954 beispielsweise schreibt von Aichelburg:

> Da gibt es einen Staatsverlag,[42] der auch deutsche Bücher druckt und bei dem sich was verdienen lässt. Ich falle materiell – wenn ich von hier loskomme – in eine Grube.[43] Der Staatsverlag brachte bisher fast nichts als einschlägige „Gedichte", realistische Romane und Geschichtsklitterungen.[44]

In der Übersetzung wird die hier markierte Stelle nicht übernommen, sondern durch Auslassungspunkte markiert:

> Există o editură de stat care tipărește și cărți germane și la care s-ar putea câștiga ceva ... Editura a publicat pînă acuma aproape nimic decît, poezii tendențioasă [sic!], romane realiste și indescifrabile.[45]

In einem weiteren Brief beschreibt der Schriftsteller seine Erfahrungen während der Haftzeit und des Zwangsaufenthalts, wie zum Beispiel im Brief vom 21. Dezember (ohne Jahr):

> Jetzt muss ich nur mal von hier fortkommen. [unleserlich] Mitteilungen zufolge sollte das grosse Ereignis vor Weihnachten eintreffen. Nun, wir haben den 21., es ist noch immer „vor Weihnachten" [unleserlich] das Ereignis morgen oder übermorgen ein, so verbringe ich auf jeden Falle Weihnachten hier. Ich habe Erinnerungs [unleserlich] an Weihnachtsabende in kalten, dunklen Kellern mit quiekenden Ratten, in verrauchten, dämmrigen, hässlichen Baracken, im Arrest ohne Lampe, wo ich, ganz auf meinen Tastsinn verlassen, das letzte Viertel Brot mit einer abzuschabenden Speckschwarte verze[h]rte, dass ich, bei Gott[,] nicht noch die Erfahrung von Weihnachten in kalten, halbdunklen Wartesälen hinzufügen möchte. Also Weihnachten habe ich schon

42 Gemeint ist die ESPLA (rum. Editura de Stat pentru Literatură și Artă), der rumänische Staatsverlag für Literatur und Kunst.
43 Hervorhebung im Original.
44 ACNSAS, Fond Penal, P 331, Bd. 1, Bl. 169 verso.
45 Ebenda, Bl. 168.

> abgeschrieben, das siebente Weihnachten unter dem Zeichen des Teufels! Jetzt hoffe ich noch ganz zart auf Neujahr. Ich sage mir, man kann nicht wissen, vielleicht werde ich sogar frei.[46]

Die Stelle erscheint, wie angenommen, in der Übersetzung nicht, obwohl auch aus diesem Brief ein anderer Abschnitt übersetzt wurde. Die Haftbedingungen waren also tabu, sie wurden sogar in den internen Unterlagen durch Auslassung verschwiegen. Das hohe Maß an Willkür, der man als politischer Häftling ausgesetzt war, schildert von Aichelburg Scherg in seinem Brief vom 3. Dezember 1954:

> Es bleibt, wie Sie sehen[,] [be]im Planen und Spinnen, weil – vorläufig – ich selbst vor „bleibe". Ich habe zwar die Hoffnung nicht aufgegeben, wie man so sagt, und ich meine die kleine, praktische Hoffnung auf ein ganz baldiges „Fortkommen". Aber – auch der 7. November, brachte eine Reihe von „Befreiungen" und ich war nicht dabei. […] Also in der Annahme einer Heimkehr wäre das Folgende gesagt: C'est Dieu qui dispose[47].[48]

Die zitierte Passage wurde ebenfalls nicht übersetzt, obwohl auch aus diesem Schreiben eine Stelle ausgewählt wurde, die erneut im Sinne der Anklagepunkte war.[49] Interessant ist bei diesem Brief die Umschreibung bestimmter Fakten,[50] wodurch der Text schon fast ironisch klingt. Man versteht, was eigentlich mit „Fortkommen", „Befreiungen" oder „bleiben" gemeint ist, denn weder in diesem noch in den anderen überlieferten Briefen handelt es sich um eine verdeckte Schreib- oder Ausdrucksweise. Von Aichelburg schildert mitunter sehr genau seine augenblickliche Situation. Es waren demnach persönliche Briefe, wobei von Aichelburg anscheinend davon ausging, dass diese nicht von Dritten gelesen werden. Die Akte P 331 legt auch nicht Zeugnis von einer Überwachung der Gruppe im Vorfeld der Verhaftungen ab, denn anders als im Falle weiterer Schriftstellergruppen[51] sind darin keine Beweise in Form von abgefangenen Briefen oder dergleichen zu finden.

Man kann anhand der Beispiele also verfolgen, wie die Umdeutung von Beschreibungen, Ausführungen usw., die für den *privaten* Gebrauch gedacht waren, funktionierte. Das Ergebnis war eine Mischung aus *Intentionalität* und *Zufall.* Die Übersetzer wurden einerseits sicherlich beauftragt, nach bestimm-

46 Ebenda, Bl. 167.
47 Dt.: Gott bestimmt.
48 Ebenda, Bl. 151.
49 Ebenda, Bl. 150.
50 Das Wort „bleiben" steht für „inhaftiert sein",„fortkommen" steht für „freikommen".
51 Z. B. die Gruppe um den Philosophen Constantin Noica oder die Klausenburger Gruppe um den Literaturkritiker Ion Negoițescu.

ten Stellen zu suchen und vor allem diese zu übersetzen, wenn wir analog dazu ans Verfahren der Werkbegutachtung denken. Andererseits hing der Inhalt der Übersetzungen auch davon ab, wie gut oder schlecht - fachlich gesehen –, bösartig oder gutmütig – menschlich gesehen – der Übersetzer war. Die Annahme, der Angeklagte selbst hätte die Übersetzungen angefertigt, so wie uns die Protokolle der Verhöre manchmal glauben lassen, entspricht nicht den tatsächlichen Vorgängen: Die Notwendigkeit der Übersetzung nahmen die Untersuchungsoffiziere zum Anlass, Inhalte umzudeuten.

Die Vergleiche zeigen, wie die Securitate-Offiziere Beweismaterial manipulativ bearbeiteten. Es handelt sich hierbei um eine konkrete Form von Repression und Willkür, denn die Übersetzung als Teil des strafrechtlichen Untersuchungsverfahrens bot einen Handlungsraum für die Securitate-Ermittler, den sie nutzten, um zu ihrem Ziel zu gelangen.

Lesearten – Die Akte als Quelle

Stasi-Akten und Literaturgeschichtsschreibung

MATTHIAS BRAUN

Forschungsstand

Das Thema Staatssicherheit und Literatur gehörte im Osten Deutschlands bis 1989 zu den großen Tabus im öffentlichen Diskurs. Im Westen stand dieses Thema wegen mangelnden Interesses nicht auf der Tagesordnung. Eine öffentliche Auseinandersetzung mit diesem brisanten Kapitel neuester deutscher Kulturgeschichte setzte erst Anfang der 1990er-Jahre ein, als umfangreiches Aktenmaterial der politischen Geheimpolizei der DDR (MfS) zum literarischen Leben vornehmlich im Osten, aber auch im Westen Deutschlands auftauchte. Dieses klandestine Material wurde durch das Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (StUG) vom Dezember 1991 allgemein zugänglich.[1] Mit der Öffnung der Stasi-Akten fand die Tabuisierung der ostdeutschen Geheimpolizei ihr Ende. Zeitgleich setzte eine geradezu inflationäre Thematisierung der Stasi, ihrer Aufgaben, Tätigkeiten, Verbrechen, Erfolge wie auch ihres Versagens in der deutschen Öffentlichkeit ein.[2] Dabei wurde allzu rasch aus der Institution Stasi ein allseits beliebig verwendbares Klischee. Auf den ersten Blick offenbarten die für den Literaturbetrieb relevanten Stasi-Unterlagen sowohl eine gezielte Observierung von Schriftstellern durch Schriftsteller als auch diverse Zersetzungsszenarien des Literaturbetriebes durch die Stasi. Es kam eine vornehmlich in den Medien ausgetragene Kontroverse in Gang, die als Teil des berüchtigten deutsch-deutschen Literaturstreits der frühen 1990er-Jahre in die Literaturgeschichte Eingang fand.[3] Dabei ging es vornehmlich um

1 Vgl. Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG), <www.bstu.bund.de>, 25.10.2017.

2 Wie in anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks die Auseinandersetzung mit den Akten der Geheimpolizeien verlaufen ist, lässt sich am Beispiel der rumänischen Securitate nachlesen bei Dietmar Müller: Strategien des öffentlichen Erinnerns in Rumänien nach 1989. Postkommunisten und postkommunistische Antikommunisten. In: Ulf Brunnbauer, Stefan Troebst (Hgg.): Zwischen Amnesie und Nostalgie. Die Erinnerung an den Kommunismus in Südosteuropa. Köln 2007 (Visuelle Geschichtskultur, 2), S. 47–69.

3 Vgl. Michael Opitz, Michael Hofmann (Hgg.): Metzler Lexikon DDR-Literatur. Stuttgart, Weimar 2009, S. 78–81.

das jeweilige Werk und Leben bekannter Autorinnen und Autoren wie Christa Wolf, Monika Maron, Heiner Müller, Günter de Bruyn, Fritz Rudolf Fries oder Paul Wiens und um die Rolle eines Sascha Anderson oder Rainer Schedlinski aus der Ostberliner Prenzlauer-Berg-Szene.

Vornehmlich im Feuilleton der großen Tageszeitungen und Magazine wurde nun die Geschichte der DDR-Literatur bzw. der DDR-Literaturbetrieb auf die Tätigkeit der Stasi reduziert. Schriftsteller wurden nach dem Muster Dissident oder Kollaborateur eingeordnet. Schlagzeilen wie „Die ängstliche Margarete" (*Der Spiegel*)[4], „Ende eines Mythos" (*Der Freitag*)[5] oder „Aufstieg und Fall der Schriftsteller in der DDR" (*taz*)[6] waren an der Tagesordnung. Eine breite wissenschaftliche Erforschung des Themas Literatur und Staatssicherheit erfolgte erst seit Mitte der 1990er-Jahre. Inzwischen blicken wir auf zwei Jahrzehnte intensiver Grundlagenforschung[7] zurück, die einen Quantensprung in der Geheimdienstforschung ermöglichte. Solide wissenschaftliche Standards bestimmen seit Jahren den aktuellen wissenschaftlichen Diskurs.[8]

Hartmut Böhme zufolge können literarische Texte als „ausgezeichnete Form der Selbstbeobachtung von Gesellschaften" angesehen werden.[9] Literatur kann also zu einem Medium von gesellschaftlicher Selbstverständigung werden, weil Autoren in ihren Texten das subversive Unterlaufen von normativen Grenzen gestalten und diskursive Randphänomene auf irritierende Weise ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken können. Insofern besteht, mit Jürgen Link gesprochen, eine Hauptfunktion von Literatur in offenen und geschlossenen Gesellschaften in der „Bereitstellung von Applikations-Vorlagen für Denormalisierungen".[10] Auch Heiner Müller war dieser Ansicht: „Wenn Literatur eine Funktion hat, dann ist es eine Störfunktion".[11] Das Überschreiten der Toleranzgrenzen – für Müller das Aufzeigen der Wider-

4 In: Der Spiegel, 47 (1993) H. 4, S. 158.
5 In: Der Freitag, 22.11.1993.
6 Zitiert nach: Karl Deiritz, Hannes Krauss (Hgg.): Verrat an der Kunst? Rückblicke auf die DDR-Literatur. Berlin 1993, S. 11.
7 Siehe hierzu die von der Stasi-Unterlagen-Behörde herausgegebenen Reihen *Analysen und Dokumente* und *Anatomie der Staatssicherheit. MfS-Handbuch*, die seit 1995 fortlaufend erscheinen. Außerdem sei hier auf das *MfS-Lexikon* hingewiesen: Roger Engelmann u. a. (Hgg.): Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR. Berlin²2012.
8 Siehe: <www.bstu.bund.de/DE/Wissen/Bibliothek/Auswahl-Bibliographie>, 25.10.2017.
9 Hartmut Böhme: Gegenstandsfrage der Germanistik und Kulturwissenschaft. In: *Jahrbuch der Deutschen Schillergesellschaft* 42 (1998), S. 476–485, hier: S. 480.
10 Vgl. Jürgen Link: Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird. Göttingen 2006, S. 41.
11 Heiner Müller: Gespräche. Bd. I. Frankfurt am Main 2008, S. 135.

sprüche zwischen oben und unten – wird in geschlossenen Gesellschaften als Störung von Normalität und Destabilisierung wahrgenommen.[12]

In diesem Sinne stufte die SED-Staatspartei solche Vorgänge regelmäßig als Angriffe auf ihre Definitionsmacht ein, die sie zwecks eigener Herrschaftssicherung mittels Sanktionen vielfältigster Art zu unterbinden versuchte. Die SED und ihr Sicherheitsapparat wandten viel Energie auf, um das sogenannte Grundrauschen in der Literatur- und Kunstszene argwöhnisch zu registrieren, obwohl die große Mehrheit der Künstler grundsätzlich mit den Vorstellungen und Zielen von Partei und Regierung übereinstimmten. Allenfalls von ihrem Selbstverständnis her sahen sie sich als systemloyale Kritiker.

Im Unterschied zur Partei- und Staatsführung der DDR, für die Literatur und Kunst von Anfang an als „politisch-ideologische Waffe im Klassenkampf" von Belang war, interessierte sich die ostdeutsche politische Geheimpolizei nicht für Literatur und Kunst. Ihr ging es nicht darum,

> ob ein künstlerisches Produkt vom Inhalt und der Form, von der Themenwahl und der Gestaltung her gefällt oder nicht – es geht in der Untersuchungstätigkeit ausschließlich um die objektive Einschätzung der rechtlichen Relevanz eines Textes, eines Gedichtes, eines Bildes usw. […] Das MfS ist kein Kulturinstitut und die Mitarbeiter seines Untersuchungsorgans sind keine Kunstkritiker.[13]

Angesichts dieser Aussage erscheint es zunächst einmal als Widerspruch, dass die Stasi im Verlauf von knapp vier Jahrzehnten zu insgesamt rund 1.000 deutschen Autoren, Verlegern, Lektoren, Kulturpolitikern, Verbandsfunktionären und Literaturwissenschaftlern operative Unterlagen angelegt hat, die bis zu 70 Aktenordner umfassen. Von Bruno Apitz über Wolf Biermann, Franz Fühmann, Günter Grass, Wolfgang Hilbig, Uwe Johnson, Sarah Kirsch, Erich Loest und Irmtraud Morgner bis Brigitte Reimann und Christa Wolf.

Die SED und ihr Sicherheitsapparat, an vorderster Front die Stasi, unterstellten dem geschriebenen oder auch gesprochenen Wort eine vollkommen überzogene Wirkungskraft im gesellschaftlichen Raum. Geradezu jeder Satz wurde beim Wort genommen. Folglich konnte das gedruckte, gesprochene oder auch gesendete Wort ein „aufstörendes" Potenzial besitzen. Somit standen literarische Texte, die gegen die vorgegebenen Regeln der marxistischen

12 Vgl. Carsten Gansel: Zu Aspekten einer Bestimmung der Kategorie „Störung" – Möglichkeiten der Anwendung für Analysen des Handlungs- und Symbolsystems Literatur. In: ders., Norman Ächtler (Hgg.): Das „Prinzip Störung" in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Berlin, Boston 2013, S. 31–56.

13 HA IX: Ausgewählte Grundsätze der Untersuchungsarbeit der Linie IX zur vorbeugenden Aufdeckung, Verhinderung und Bekämpfung des feindlichen Missbrauchs künstlerischer und kultureller Ausdrucksmittel. In: BStU, MfS, HA IX 327, Bl. 1–57, hier: Bl. 9.

Ästhetik bzw. Kulturpolitik der Staatspartei verstießen, in der Lesart der Stasi stets unter dem Generalverdacht, dem gesellschaftlichen Stabilisierungsprozess entgegenzustehen. Das konnte in Anbetracht der breiten Palette von Tabus sehr schnell geschehen, gehörten doch kritische Äußerungen zur Partei, Armee, Volksbildung, Sowjetunion, Stasi, in den 1980er-Jahren auch zur Friedens- und Umweltpolitik der SED zu den großen Tabus. In einer Gesellschaft, die weitgehend ohne philosophische, soziologische, politische und auch ohne ernst zu nehmende journalistische Debatten existierte, fielen der Kunst und Literatur Ersatzaufgaben zu, die zur Entwicklung einer begrenzten Ersatzöffentlichkeit in der DDR führten.[14]

Erst in diesem Kontext gelangten Autoren und ihre Texte „als Element[e] des Klassenkampfes, als wichtiger Bestandteil der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Klassenfeind“[15] in den Fokus der politischen Geheimpolizei. Diese betrachtete es als ihre zentrale Aufgabe, die Frage „Wer ist wer?“ zu klären. Diese geheimpolizeiliche Klärung bedeutete für den Mielke-Apparat,

> eine Antwort darauf zu geben, wer der Feind ist, wer eine feindlich-negative Haltung hat, wer aufgrund des Wirkens feindlich-negativer und anderer Einflüsse zum Feind werden kann, wer den Feindeinflüssen unterliegt und sich vom Feind missbrauchen lassen könnte, wer eine schwankende Position einnimmt und auf wen sich Partei und Staat jederzeit verlassen und zuverlässig stützen können.[16]

Auf dieser Grundlage erarbeitete die Stasi mit einem ganzen Heer von reichlich 90.000[17] hauptamtlichen und etwa 170.000[18] inoffiziellen Mitarbeitern (IM) eine schier unüberblickbare Masse von operativem Material zu allen erdenklichen Bereichen der Gesellschaft, darunter auch jede Menge Akten mit

14 Andreas G. Graf spricht von drei sich gegenseitig bedingenden und beeinflussenden Öffentlichkeit(en): 1. die offizielle Öffentlichkeit unter Parteikontrolle, 2. die durch westliche Medien (besonders das Fernsehen) geschaffene Öffentlichkeit und 3. eine sub- und gegenöffentliche, teilautonome Öffentlichkeit. Vgl. Andreas G. Graf: Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit in der geschlossenen Gesellschaft der DDR. Eine Annäherung. In: Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“. Bd. IV.2. Frankfurt am Main 1999, S. 1689–1744.

15 HA XX/AKG: Grundaufgaben des MfS. In: BStU, MfS, HA XX/AKG 098, Bl. 160.

16 Erich Mielke: Zu Problemen und Aufgaben der weiteren Qualifizierung v. 3.4.1981. In: BStU, MfS, BdL 7385.

17 Die MfS-Mitarbeiterstatistik weist für den Oktober 1989 91.015 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus. Siehe MfS-Mitarbeiterstatistik in: Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS. Anatomie der Staatssicherheit. In: MfS-Handbuch. Berlin 1995, S. 101f.

18 Vgl. Helmut Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 3: Statistiken. Berlin 2008, S. 36.

Bezug zum ostdeutschen und westdeutschen Literaturbetrieb, einschließlich der deutsch-deutschen Literaturbeziehungen. Für die „Bearbeitung" des „Sicherungsbereiches Literatur" war innerhalb des geheimpolizeilichen Apparates eine spezielle Diensteinheit der Linie XX zuständig.[19] In der Summe spiegelt das von den „Kulturoffizieren" dieser Diensteinheit und den unter ihrer Anleitung tätigen inoffiziellen Mitarbeitern überlieferte Material den interessengeleiteten Blick des MfS auf Literatur als Handlungs- und Symbolsystem[20] wider. Mit der Erschließung und Erforschung der einschlägigen Stasi-Akten wird für eine ganze Reihe wichtiger Themenfelder der Literaturgeschichtsschreibung ein erkenntnisfördernder Perspektivenwechsel möglich. Genannt seien hier etwa Zensurfälle, die Rekonstruktion von Werkgeschichten und Biografien von Autoren, die Rezeptionsgeschichte von literarischen Texten, die Rolle und Geschichte einzelner Verlage und staatlicher Institutionen etc. Dieser Perspektivenwechsel ergibt sich primär aus dem Alleinstellungsmerkmal des MfS, welches darauf beruhte, sämtliche Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ausschließlich auf Normabweichungen als Quelle für potenzielle bzw. bereits existierende Störungen zu überprüfen. Zu dieser Aufklärungstätigkeit setzte die Stasi in einem ersten Schritt alle gängigen geheimpolizeilichen Mittel und Methoden ein. In einem zweiten Schritt versuchte sie dann, die von ihr aufgedeckten Sicherheitsdefizite jeglicher Art mittels „Zersetzungs-, Differenzierungs- und Verunsicherungsmaßnahmen" bis hin zu Ermittlungsverfahren und Verhaftungen zu beseitigen.

Für die Stasi waren Schriftsteller so etwas wie Multiplikatoren der Ideologie, nonkonformistische Schriftsteller demzufolge Multiplikatoren der ideologischen „Infiltration" durch den Gegner. Unter Berücksichtigung der europäischen Entspannungspolitik der 1970er-Jahre (KSZE-Prozess)[21] gewannen subtilere Formen der Einflussnahme und differenziertere Zersetzungsmethoden in der operativen Arbeit an Bedeutung. Konkret konnte das heißen, einen

19 Zur Entwicklung des „Sicherungssystems Literatur" siehe Matthias Braun: Staatssicherheit und Literatur. In: Ulrich von Bülow, Sabine Wolf (Hgg.): DDR-Literatur. Eine Archivexpedition. Berlin 2014, S. 53–61, hier: S. 54–59; Thomas Auerbach u. a.: Hauptabteilung XX. Staatsapparat, Blockparteien, Kirche, Kultur, „politischer Untergrund". MfS-Handbuch. Berlin 2008.

20 Vgl. Siegfried J. Schmidt: Grundriß der empirischen Literaturwissenschaft. Frankfurt am Main 1991.

21 Die KSZE wurde 1973 als Gesprächsforum ost- und westeuropäischer Staaten, Kanadas und der USA mit dem Ziel gegründet, gemeinsame Projekte in den Bereichen Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft, Umweltschutz und Abrüstung durchzuführen und zur Sicherheit und Durchsetzung der Menschenrechte in Europa beizutragen (Schlussakte von Helsinki, 1975). Die vielfältigen Kooperationen und Beziehungen trugen wesentlich zur Vertrauensbildung zwischen den politisch-ideologischen Blöcken bei und beendeten letztlich den Ost-West-Konflikt.

auffälligen Schriftsteller zu verhaften, lediglich zu überwachen oder im „politisch-operativen Zusammenwirken“[22] mit anderen Institutionen zu schikanieren, im Bedarfsfall auch aktiv zu stören, beispielsweise indem systematisch Misserfolge für den observierten Autor organisiert wurden.

Im Prozess der hier skizzierten operativen Tätigkeit der Stasi entstanden einzigartige selektive Tiefenbohrungen zu sicherheitsrelevanten Ereignissen, Anlässen, Zuständen und Reaktionen im Land, wie sie in keiner anderen Berichtsquelle eines anderen staatlichen Organs bzw. einer anderen staatlichen Institution der DDR dokumentiert wurden. Unabhängig von der besonderen Informations- und Berichtsqualität der MfS-Unterlagen sind auch diese selbstverständlich quellenkritisch zu lesen – schon allein deshalb, weil historische Quellen, egal ob als sogenannte „Überreste“ oder „Berichte“,[23] stets nur Teilausschnitte vergangener Handlungszusammenhänge überliefern. In diesem Kontext gilt es bei der Einordnung und Auswertung der in den Stasi-Materialien notierten Fakten und Einschätzungen, grundsätzlich den interessengeleiteten Blick der Geheimdienstmitarbeiter zu beachten. Dieser beruhte auf einem festgefügten Feindbild und einer besonderen Parteiergebenheit. So werden Störfälle und Schwachstellen in allen Bereichen der Gesellschaft zwar benannt, die ihnen zugrunde liegenden Entscheidungen der Staatspartei bzw. ihrer Vertreter aber nur in Ausnahmefällen kritisiert oder gar infrage gestellt.

Beispielsweise können auf der Basis von Stasi-Unterlagen Interaktionen zwischen den Literaturproduzenten und den Organen und Medien der Literaturvermittlung bzw. -steuerung fundiert beschrieben werden. Auch für die Analyse und Beschreibung der institutionalisierten Prozesse zwischen demjenigen, der Zensur ausübt, und demjenigen, der zensiert wird, eignen sich die Stasi-Unterlagen in mehrfacher Hinsicht. Erstens können die Phänomene der informellen Zensur in ihren sozialen, wirtschaftlichen und politischen Facetten sichtbar gemacht werden. Zweitens kann das Thema Selbstzensur, das in der Regel schwer zu fassen ist, durch IM-Berichte besser belegt werden,[24] und drittens können Erscheinungsformen der Vor- und Nachzensur durch operative Materialien wie Operative Personenkontrollen (OPK) und Operative

22 Zum politisch-operativen Zusammenwirken siehe Engelmann u. a. (Hgg.): MfS-Lexikon, S. 393.

23 Vgl. Peter Hüttenberger: Überlegungen zur Theorie der Quelle. In: Bernd-A. Rusinek, Volker Ackermann, Jörg Engelbrecht (Hgg.): Einführung in die Interpretation historischer Quellen. Paderborn u. a. 1992, S. 260.

24 Grundlegend zu Fragen der Zensur siehe: Matthias Braun: Zensur in Kunst und Kultur der DDR. In: Anne Barnert (Hg.): Filme für die Zukunft. Die Staatliche Filmdokumentation am Filmarchiv der DDR. Berlin 2015, S. 193–223.

Vorgänge (OV) besser als mit anderen herkömmlichen Quellen dokumentiert werden. Darüber hinaus lässt sich auf der Grundlage von MfS-Quellen die Vernetzung der Entscheidungsinstanzen im Handlungssystem Literatur einschließlich ihrer Probleme (Konkurrenzen) aufzeigen.

Insgesamt können wir durch die Hinzuziehung der einschlägigen Akten einen vertieften Einblick in das Verhältnis des MfS zur SED wie auch zu anderen staatlichen Institutionen (Verlage, Ministerium für Kultur, Hauptverwaltung Verlage im Ministerium für Kultur, Büro für Urheberrechte usw.) gewinnen.

Das politisch-operative Zusammenwirken (POZW)[25], eine zentrale Methode des MfS, hatte dem sogenannten Schwerpunktprinzip[26] zu folgen. Gemäß diesem organisatorischen Grundprinzip der operativen Tätigkeit sollten

> die geheimdienstlichen Kräfte und Mittel nicht gleichmäßig, sondern in Schwerpunktbereichen (z. B. dem Sicherungsbereich Literatur) je nach Einschätzung der Lage in der entsprechenden Region konzentriert eingesetzt werden.[27]

Dieses Prinzip wurde unter der faktischen Federführung des MfS mittels seiner inoffiziellen Mitarbeiter durchgesetzt. Im Unterschied zum tradierten Tätigkeitsfeld des landläufigen Spitzels konnten dabei die IM der Stasi neben ihrer Informantentätigkeit auch zu Ausführenden aktiver Maßnahmen, etwa „Zersetzungsmaßnahmen", werden. Durch die Nutzung der Möglichkeiten anderer staatlicher Institutionen (vornehmlich durch IM und Kontaktpersonen) gewährleistete das POZW in unterschiedlichen Graden die Optimierung von Überwachungs-, Steuerungs- und Verfolgungsmaßnahmen. Diese komplexen Prozesse lassen sich erst durch die Öffnung der Stasi-Unterlagen mit Namen und Adressen konkret beschreiben.

Aus und mit den Quellen: Der Fall Wolfgang Hilbig

Die Staatssicherheit als eine Art Generalauftragnehmer für Sicherheitsfragen hatte zu Wolfgang Hilbig eine Operative Personenkontrolle (OPK „Literat") eingeleitet, weil er „literarische Arbeiten mit politisch-feindlicher Aussage verfasst und ohne Genehmigung des Büros für Urheberrecht der DDR in der BRD veröffentlicht"[28] hatte. MfS-intern bestand die „Ausgangszielstellung" in

25 Vgl. Engelmann u. a. (Hgg.): MfS-Lexikon, S. 393.
26 Ebenda, S. 294f.
27 Ebenda.
28 HA XX/7: Übersichtsbogen zur operativen Personenkontrolle v. 22.12.1981. In: BStU, MfS, Lpz. AOPK 302/88, Bd. 1, Bl. 5.

der „Verhinderung öffentlichkeitswirksamer, feindlich-negativer Aktivitäten“[29] von Wolfgang Hilbig.

In der Regel war die politische Geheimpolizei in solchen Fällen bestrebt, durch den Einsatz inoffizieller Mitarbeiter, laut Minister Mielke ihrer „schärfsten Waffe am Feind“[30], weitere Aktivitäten der observierten Person zu verhindern. Da die SED jedoch Anfang der 1980er-Jahre einen sogenannten Differenzierungsprozess in der literarischen Untergrundszene anstrebte, sah sich das MfS im Fall Wolfgang Hilbig dazu veranlasst, die taktisch motivierte staatliche Förderung des Nachwuchsschriftstellers durch einen ihr zur Verfügung stehenden hoch qualifizierten IM „nur“ zu überwachen. Dahinter stand die Überlegung der Stasi, einerseits durch die Anwendung von sogenannten operativen Differenzierungsmaßnahmen die Herausbildung „feindlicher Gruppierungen“ zu verhindern und andererseits gemeinsam mit staatlichen Institutionen „günstige Ansatzpunkte für [die] Integrierung [Wolfgang Hilbigs] in die DDR-Literatur“[31] zu entwickeln. Zu dieser Vorgehensweise gehörte es, in enger Abstimmung mit der Hauptverwaltung Verlage, hier vornehmlich mit deren Leiter, die von der Partei vorgegebene Linie möglichst störungsfrei durchzusetzen.[32]

Angesichts der immer konzeptionsloser werdenden SED-Kulturpolitik in den 1980er-Jahren[33] war auch der Fall Hilbig durch widersprüchliche Entscheidungen der Parteiführung gekennzeichnet, die zu Irritationen im Apparat der Stasi führten. Auf der Basis ihrer ureigenen Interessenlage waren sich 1982/1983 die Hauptverwaltung Verlage und das MfS in Sachen Hilbig darin einig, seine ursprünglich aus kulturpolitischen Gründen abgelehnten Texte nun durch eine Veröffentlichung in der DDR zu unterstützen wie auch mit der gleichen Entschiedenheit die Verleihung des Brüder-Grimm-Preises der Stadt Hanau an den Autor, einschließlich der persönlichen Entgegennahme des Preises in der Bundesrepublik, zu verhindern. Nur durch eine sogenannte zentrale Entscheidung in letzter Minute konnte der ostdeutsche Nachwuchsschriftsteller Wolfgang Hilbig zum ersten Mal einen westdeutschen Literatur-

29 BV Leipzig, Abt. XX/7: Maßnahmenplan v. 21.01.1983. In: BStU, MfS, Lpz. AOPK 302/88, Bd. 4, Bl. 121.

30 Vgl. Richtlinie 1/79 für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) und Gesellschaftlichen Mitarbeitern für Sicherheit (GMS) v. 8.12.1979. In: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 003278, Bl. 1.

31 Vgl. BV Leipzig, Abt. XX/7: Einschätzung zur OPK „Literat“ v. 23.3.1983. In: BStU, MfS, Lpz. AOPK 302/88, Bd. 4, Bl. 147.

32 Ausführlicher zum Fall Hilbig siehe Matthias Braun: Wolfgang Hilbigs *Stimme Stimme* im Reclam-Verlag Leipzig. Thesen zur Editionsgeschichte. In: *Wirkendes Wort* 64 (2014) H. 2, S. 263–269.

33 Vgl. Manfred Jäger: Kultur und Politik in der DDR. Köln 1994, S. 187–263.

preis vor Ort entgegennehmen. Fraglos war das eine kultur- und deutschlandpolitisch brisante Weichenstellung, in deren Folge der SED-Machtapparat, vornehmlich die Ministerien für Kultur, Inneres und Staatssicherheit, noch öfter in Zugzwang geraten sollten.

Trotz aller Bemühungen und mancher Zugeständnisse gelang es jedoch weder der SED-Kulturbürokratie noch dem MfS, den aus der Arbeiterklasse kommenden Schriftsteller Wolfgang Hilbig in der DDR zu halten.

Der OV „Filou“[34]

Stellvertretend für viele andere prominente Schriftsteller der DDR sei hier der Fall Franz Fühmann vorgestellt. Fühmann gehörte zu den Erstunterzeichnern der Protestresolution gegen die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann im November 1976. Das nahm die Stasi zum Anlass, gegen ihn einen Operativen Vorgang mit dem Decknamen „Filou“ einzuleiten.

Im Zuge dieses OV wurde Fühmann im Jahr 1977 von offiziellen Vertretern staatlicher Institutionen und inoffiziellen Mitarbeitern der Stasi operativ eingekreist: in seinem Wohnhaus in Berlin, auf dem Wochenendgrundstück in Märkisch-Buchholz, in seinen Verlagen – dem Reclam-Verlag Leipzig (Verlagsleiter Hans Marquardt) und dem Hinstorff-Verlag Rostock (Verlagsleiter Konrad Reich und Harry Fauth bzw. Cheflektor Horst Simon) –, in der Akademie der Künste (Sekretär der Sektion Dichtkunst Günter Rücker), durch das Ministerium für Kultur (Staatssekretär Kurt Löffler), durch den Schriftstellerverband der DDR (Erster Sekretär Gerhard Henninger), durch die Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel (Klaus Höpcke) sowie durch die Literaturwissenschaftlerin Anneliese Löffler. Dazu kamen Maßnahmen der Postzollfahndung, Briefkontrolle, Telefonüberwachung und die Kontrolle der Ausreisen Franz Fühmanns in den Westen wie auch seiner Wiedereinreisen in die DDR. Im Rahmen eines OV, so auch bei Fühmann, wurden zusätzlich Erkundigungen zum familiären Umfeld einschließlich des Freundes- und Kollegenkreises der „bearbeiteten“ Person durchgeführt.

Sogenannte IM in Schlüsselpositionen – im Fall von Franz Fühmann u. a. der Leiter des Reclam-Verlages Leipzig sowie die Verlagsleiter und der Cheflektor des Hinstorff-Verlages – waren für das MfS die wichtigsten Quellen, um über literarische Vorhaben Fühmanns erstens informiert zu sein und zweitens „vorbeugend“ Einfluss auf Inhalte und Veröffentlichungen zu nehmen. Verlagsleiter Marquardt gab zum Beispiel Briefe Franz Fühmanns an den Reclam-

34 Der vom MfS zu Franz Fühmann angelegte OV „Filou“ umfasst rund 3.600 Seiten. Vgl. BStU, MfS, AOP 3764/89, Bd. 1–11.

Verlag nicht nur an das MfS, sondern auch an den „Buchminister" Höpcke weiter, die dieser wiederum in Kopien an den für Kultur zuständigen ZK-Sekretär Hager übergab. So entstand, von einem hochkarätigen IM ausgelöst, eine ganze Verratskette.

Über die konkreten Aufträge des IM „Hans" (alias Hans Marquardt) heißt es in einer Stasi-Unterlage von 1981 beispielsweise:

> Unter Ausnutzung verlegerischer Projekte wird der IM „Hans" in der Zeit der Vorbereitung auf den X. Parteitag der SED Fühmann auf seinem Sommersitz aufsuchen und dabei die konkrete politisch-ideologische Haltung sowie geplante Aktivitäten und Vorhaben von F. [Fühmann, M. B.] ermitteln. Bei Hinweisen auf mögliche feindlich-negative Aktivitäten ist durch den IM „Hans" sowie durch kurzfristig zu organisierende Aussprachen leitender Genossen des MfK [Ministerium für Kultur der DDR] mit F. [Fühmann, M. B.] dieser zu gesellschaftsgemäßem Verhalten zu veranlassen.[35]

Insgesamt erhalten wir aus diesem umfangreichen OV wie aus keiner anderen Quelle viele Informationen über Franz Fühmanns Leben und seine schriftstellerischen Absichten, es werden die Hintergründe staatlicher Entscheidungen sichtbar und kulturpolitische Kontexte verständlich. Das angestrebte POZW der Stasi mit der SED und anderen staatlichen Einrichtungen, hier vornehmlich der Hauptverwaltung Verlage, wird mehr als deutlich.

Das im Fall Fühmann vom MfS anvisierte Ziel, auf die Literaturszene der DDR Einfluss zu nehmen, gelegentlich sogar die Entstehung und Verbreitung von Literatur aus sicherheitspolitischen Aspekten heraus verdeckt steuern und regulieren zu wollen, lässt sich mit diesem Material geradezu modellhaft beschreiben. Für die Forschung eine Fundgrube, deren wissenschaftliche Benutzung unter Berücksichtigung der schutzwürdigen Interessen der betroffenen Personen (Opfer) durch das Stasi-Unterlagen-Gesetz geregelt ist.[36]

Gutachtertätigkeit von inoffiziellen Mitarbeitern

Durch die von der Stasi in Auftrag gegebenen Gutachten zu Manuskripten erhalten wir wichtige Informationen darüber, worin das vermeintlich negative Potenzial, die „Gefährlichkeit" der Texte für den SED-Machtapparat bestand. Auf der Grundlage eines dogmatischen Feindbildes fallen in der Regel die Bewertungen der Texte („feindlich-negativ") unabhängig von der aktuellen

35 HA XX/7: Auskunft vom 2.4.1981. In: BStU, MfS, AOP 3764/89, Bd. 4, Bl. 295.
36 Siehe Fußnote 1.

kulturpolitischen Linie aus. Bei dem nachfolgenden Beispiel handelt es sich um ein extrem ideologisiertes Gutachten zu Erich Loests nur im Westen veröffentlichtem Buch *Durch die Erde ein Riß*. Das klassenkämpferische Pamphlet eines der Stasi als IM dienenden promovierten Literaturwissenschaftlers entstand im Rahmen einer flächendeckenden Überwachung von Erich Loest durch das MfS mit der Zielrichtung, den Autor zu „zersetzen". Durch die 1981 erfolgte Übersiedlung in die Bundesrepublik entging Loest schließlich weiteren Repressalien. In dem als „Einschätzung" betitelten Text des IM lesen wir:

> (Auch die objektivste Bemühung um Inhalt und textliche Gestaltung seitens des Gutachters kann hier nicht umhin, die Frage zu stellen, ob die *Dummheit* oder die *Infamie* dieses sogenannten Autors größer ist oder beides übereinstimmt). Der ganze Inhalt dieser Niederschrift belegt jedenfalls, dass die These, es handle sich bei E. Loest höchstens um einen der DDR-„fremden", aber nicht feindlichen Autor (J. Nowotny 17.1.1979 im Präsidium des DSV) *nicht* den Tatsachen entspricht. Loest stellt sich mit seinem Text (wenn auch formal-gestalterisch auf niedrigstem Niveau) eindeutig in die Reihe der antikommunistischen Verräter/Verleumder/Renegaten-„Memoiren". […] Loests Manuskript ist seinem ganzen Inhalt nach feindlich-verleumderisch; es zeigt, daß L. keinerlei Lehren aus seinen vergeblichen Umtrieben gegen den Sozialismus in der DDR gezogen hat, sondern erneut Partei der Arbeiterklasse und Staat der DDR zum Gegenstand seiner in literarischer Form gehüllten Angriffe macht. Das Pamphlet Loests zählt jetzt mit zu den gehässigsten und aggressivsten Publikationen im Dienste des Antikommunismus/Antisowjetismus, die seit ca. einem Jahrzehnt in der BRD verlegt worden sind.[37]

Wer wohin reisen darf, entscheidet die Partei

Wie abhängig die Einflussmöglichkeiten der Staatssicherheit von den konkreten örtlichen Bedingungen, der aktuellen SED-Kulturpolitik und der Prominenz des jeweils bearbeiteten Schriftstellers waren, veranschaulicht folgender IM-Bericht:

> Der IM erklärte, dass er die vom ZK geforderte Befürwortung der Reise von Heym abgelehnt habe und dem ZK gegenüber die Meinung vertreten hat, wenn es das ZK der SED für notwendig erachtet, dass Stefan Heym in die SU fährt, dann soll die Reise auch vom ZK der SED befürwortet werden. […] Anruf der Kulturabteilung: Gen. Hager habe die Kulturabteilung sowie die Abtei-

37 HA XX/7: Einschätzung des Buches „Durch die Erde ein Riß. Ein Lebenslauf" von Erich Loest im Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg (BRD) 1981 vom 10.11.1981. In: BStU, MfS, AIM 123/76, Bd. 5, Bl. 180 und Bl. 183.

lung Sicherheit im ZK der SED und alle anderen notwendigen Institutionen angewiesen die Reise von Heym zu genehmigen.
Entsprechend dieser Weisung wird der IM dafür Sorge tragen, dass Heym nach Eingang der Reisedokumente im DSV diese erhält.[38]

Ohne strategisches Konzept: Die SED- Kulturpolitik in den 1980er-Jahren

Die nachfolgende Einschätzung der Rede Christa Wolfs anlässlich der Entgegennahme des Georg-Büchner-Preises der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt im Jahr 1980 durch den IM „Wolfgang Köhler"[39] illustriert nicht nur deutlicher als etwa Dokumente aus dem DDR-Kulturministerium, welche Probleme für die Genossen in der Kulturadministration durch die undurchsichtige Verteilung von Privilegien seitens der Parteiführung an einzelne Autorinnen und Autoren – einschließlich der Sonderbehandlung von SED-Mitgliedern wie beispielsweise Christa Wolf – entstanden. Aus dem Dokument erfahren wir darüber hinaus, gewissermaßen stellvertretend für viele leitende Kulturfunktionäre, einiges über deren Denk- und Handlungshorizont wie auch ihre Hilflosigkeit bei der Durchsetzung der SED-Kulturpolitik der 1980er-Jahre. Außerdem markiert dieses Dokument die politisch-ideologischen Erosionserscheinungen in einem gesellschaftlichen System, welche auch die Stasi mit ihren IM im letzten Jahrzehnt der Existenz der DDR nicht mehr aufhalten kann:

I. Zum Grundinhalt der Rede
Chr. Wolf hat mit dieser Rede ihre vollständige Integration in das System der gegenwärtigen bürgerlichen (BRD)-Ideologie vollzogen. Dabei ist zu beachten, dass sie in diesem Akt, der ideologisch seit 1965/66 von ihr vorbereitet worden ist, von sich aus jegliche offen-verbalen Angriffe auf die DDR, die Politik von Partei und Regierung ausspart. […] Gewissermaßen leitmotivisch setzt sie für ihre „Kulturkritik" am „Weltzustand" die Figuren aus dem Werk Büchners ein und konfrontiert deren Ängste/Sehnsüchte/Anklagen mit der Problematik der Selbstverwirklichung des Individuums heute, der Freiheit und Humanität, der atomaren Rüstungsspirale, der Zukunft der Menschheit.
Die realen Klassenkräfte, die für die Gefährdung der Welt verantwortlich sind, werden mit keinem Wort genannt, ebenso auch nicht die historische Alternative, wie sie der Sozialismus/Kommunismus verkörpert. Dafür wird als zentrale *Empfindung* die Angst gesetzt. […]

38 Treffbericht v. 27.8.1970. In: BStU, MfS, AIM 123/76, Bd. 1, Bl. 6.
39 Das MfS hat den Literaturwissenschaftler und langjährigen Chefredakteur der *Neuen Deutschen Literatur*, Werner Neubert, von 1969 bis1989 als IM „Wolfgang Köhler" geführt.

> Generell muss festgestellt werden, dass diese Form und Art der allgemeinen Welt- und Kulturkritik für den Antikommunismus absolut *akzeptabel* ist […].
>
> II. Fragepunkte/Überlegungen
> Entscheidungen persönlicher Art liegen eindeutig im Bereich weitgefasster politischer Überlegungen, was jedoch nicht ausschließen kann, dass innerhalb der Leitungsgremien des Schriftstellerverbandes (Präsidium, Vorstand, Parteigruppe) ein Minimum an Klarheit über diese negativ-programmatische Rede von Chr. Wolf zu schaffen ist, zumal es dazu auch in der weiteren Öffentlichkeit viele Fragen gibt. *Objektiv* enthält das Auftreten Chr. Wolfs bei der Annahme des Büchner-Preises kaum noch Elemente, die auf die staatbürgerliche Haltung einer DDR-Autorin (und immer noch eines Parteimitglieds) hinweisen.[40]

Zusammenfassung

An die Stelle von Mutmaßungen über die Stasi sind gesicherte Erkenntnisse getreten. Als zentrales Instrument der Optimierung von Überwachungs- und Verfolgungsmaßnahmen des Machtapparates kam der politischen Geheimpolizei der DDR auch im Bereich von Literatur und Kunst eine besondere Rolle zu. Vornehmlich nahm sie diese im Rahmen des politisch-operativen Zusammenwirkens wahr. Durch die Nutzung der Möglichkeiten anderer staatlicher Organe bzw. Institutionen gewährleistete das POZW die Optimierung von Überwachungs-, Steuerungs- und Verfolgungsmaßnahmen.[41] Dabei waren die Einflussmöglichkeiten der Staatssicherheit bzw. die Durchsetzung ihrer Interessen sehr stark von den lokalen Gegebenheiten, der aktuellen politischen bzw. kulturpolitischen Linie der SED und der Prominenz des jeweils bearbeiteten Schriftstellers abhängig.

Erst durch die Öffnung der Stasi-Akten wissen wir, wer im Literaturbetrieb des geteilten Landes wann und wie lange mit der Stasi zusammengearbeitet bzw. sich einer Zusammenarbeit verweigert hat oder auch vom Bespitzelten zum Spitzel respektive vom Spitzel zum Bespitzelten der Stasi wurde.

Im Rahmen der geheimpolizeilichen Tätigkeit der Stasi entstanden auch zu zahlreichen sicherheitsrelevanten Ereignissen, Anlässen, Zuständen und Reaktionen des Literaturbetriebes im geteilten Deutschland einzigartige selektive Tiefenbohrungen, wie sie in keiner anderen Berichtsquelle dokumentiert sind.

---

40 HA XX: Einschätzung der Rede Christa Wolfs anlässlich der Entgegennahme des Georg-Büchner-Preises 1980 am 18.10.1980 in Darmstadt/BRD. Nach dem Text der *Süddeutschen Zeitung* Nr. 242 vom 6.12.1980. In: BStU, MfS, AIM 123/76, Bd. 4, Bl. 331–332. Hervorhebungen im Original.

41 Vgl. Engelmann u. a. (Hgg): MfS-Lexikon, S. 393.

Die Auswertung dieser Quellen ermöglicht der Literaturgeschichtsschreibung eine Vielzahl neuer Einsichten und Perspektiven auf die Existenz der Literatur als Handlungs- und Symbolsystem des geteilten Landes. Beschreibungen komplexer literaturgeschichtlicher Prozesse – etwa der Interaktionen zwischen den Literaturproduzenten und den Organen und Medien der Literaturvermittlung bzw. -steuerung wie auch die Vernetzung der Entscheidungsinstanzen im literarischen Feld oder die institutionalisierten Prozesse der Zensurausübung – sind mit der Öffnung der Stasi-Akten auf erheblich erweiterter Quellengrundlage möglich geworden.

Zwei Jahrzehnte der Erforschung der Arbeits- und Wirkungsweise des MfS im „Sicherungsbereich Literatur" bestätigen immer wieder aufs Neue, dass bereits die bloße Existenz der politischen Geheimpolizei als solcher und die damit verbundene Tatsache geheimer Überwachung bis hin zu Repressionsmaßnahmen die Angst förderte, zu verstärkter Selbstzensur bei den Schriftstellern führte, Öffentlichkeit verhinderte und die künstlerische Potenz und gesellschaftliche Wirkungsmöglichkeit von Kunst behinderte.

Censorship Revisited

ÁGNES KISS

Introduction

This study invites the reader to witness interactions between people playing various formal roles in the censorship system under the state socialist regime. The aim is to explore everyday practices that constituted fundamental components of that censorship system. More specifically, the focus is set on mapping and evaluating the impact of various informal practices on the effectiveness of censorship. The empirical analysis is based on a single case, the system of censorship in the state socialist period in Romania (1949–1989).

The present analysis seeks to provoke the reader to adopt a rather unconventional perspective on the story of censorship. This angle involves the following: understanding the ambiguous wording of censorship norms as an administrative challenge besides representing an opportunity for political intervention; observing the main actors at work instead of focusing merely on the outputs of the censorship process; concentrating on the information processing and coordination issues within the system; and, last but not least, considering instances of good interpersonal ties and cooperation between the producers of culture and its controllers alongside what were frequently asseverated as tense relationships.

The analysis proceeds in three sections employing the following logic: first, I identify ambiguity as an inherent feature of censorship norms, a fact that eventually leads me to conclude that implementing vaguely worded censorship norms might represent an administrative challenge for regimes resting upon severe censorship. Second, I present certain characteristics of the prevailing censorship narratives, that is, a dichotomous approach in which the parties in question are rated among the members of two hostile camps. Next, in the same section, I also provide empirical counterexamples to this narrative, namely good interpersonal ties and voluntarist cooperation between the censors and censored persons, events that occurred in different state socialist countries. The third section is dedicated to in-depth analysis of the informal ties and practices occurring in the Romanian censorship system, which I consider can

be safely dealt with as a typical case of Soviet-type censorship. These practices emerged as a consequence of the uncertainties relating to the implementation of the ambiguous censorship norms. Furthermore – alongside the formal organizational solutions, discussion of which is beyond the scope of this paper – several types of informal practices contributed to the spread and clarification of censorship norms and hence to their shared understanding and coordinated implementation.[1] They belong to the domain of self-censorship, which governed public communication as much as the formal censorship, and considerably contributed to the effective implementation of the censorship policy.

The ambiguity of censorship norms. Political opportunity and administrative challenge

One of the general public and scholarly concerns with regard to censorship is related to the formulations of circumstances of legitimate intervention. Expressions such as protecting "national security", "public order", "public morals" or "reputation", combined with terms such as "offensive", "harmful", "objectionable" content or "necessary" conditions, are quite general in nature. Regardless of the era and the type of political regime, these conditions are invariably underspecified. Literally the same general and vague expressions were reflected in almost all nineteenth-century European censorship regulations, in the relevant documents of the Soviet-type state socialist countries and various authoritarian regimes of the last century, as well as in international legal documents and national legislations currently in force.[2] These extremely broad concepts are very hard, if not entirely impossible to define, and there ultimately remains a lack of clarity about what it is actually being protected and what the instances of violation look like.[3] As neither the protected inter-

1 On formal organizational solutions see Ágnes Kiss: Formal Coordination and Control Mechanisms within the Censors' Office in Romania [1949–1965]. In: Attila Gábor Hunyadi (ed.): State and Minority in Transylvania, 1918–1989. Studies on the History of the Hungarian Community. New York 2012 [Atlantic Studies on Society in Change, no. 142], pp. 499–520, Ágnes Kiss: Censorship between Ambiguity and Effectiveness: Rules, Trust and Informal Practices in Romania (1949–1989), <http://stage1.ceu.edu/sites/pds.ceu.hu/files/attachment/basicpage/478/agneskiss.pdf>, 1.10.2017.

2 On the reappearance of this phenomenon see Kevin Boyle (ed.): World Report 1988. Article 19. Information, Freedom, and Censorship. 1988, pp. 293–302; Robert Justin Goldstein: Introduction. In: id. (ed.): The War for the Public Mind. Political Censorship in Nineteenth-Century Europe. Westport, Connecticut, London 2000, pp. 1–34, here: p. 12–14; Article 19: The Article 19 Freedom of Expression Handbook. International and Comparative Law, Standards and Procedures. London 1993.

3 See Toby Mendel: Restricting Freedom of Expression: Standards and Principles. Background Paper for Meetings Hosted by the UN Special Rapporteur on Freedom of Opinion

ests nor the indicators of violation can be narrowly defined and enacted, the margins of appreciation always remain rather wide.

This inherent feature of censorship norms creates the risk and possibility of arbitrary interpretation by state regulators, which is not rare in democratic systems either, but it is more than welcomed by regimes that practice extensive censorship for the protection of the political *status quo*, and hence for the protection of the particular institutional configuration, leadership or ideology. Indeed, as the Soviet "chief censor" Vladimir Solodin (who served for about 30 years at *Glavnoe upravlenie po delam literatury i izdatel'stva*, or Glavlit[4]) blatantly admitted in an interview after the regime change, in 1993, the vagueness of the regulation was a key factor in censoring any information the authorities deemed harmful to their political or economic interests:

> When they write about us abroad, they love to claim that we had massive lists of what was allowed and forbidden, of off-limit themes. There was nothing of the kind. In the charter of Glavlit it was written that "Glavlit is required not to allow into print matter which consists of state secrets or other secrets protected by law, as well as matter which disinforms [sic!] public opinion." This formula of "disinforms public opinion" allowed us to put any material in this category and, when it was necessary, to forbid it. Therefore we never had any lists of forbidden themes.[5]

As well as being considered a strategy of the state socialist political power to leave margins of appreciations exploited for its own aims, vague censorship norms are interpreted to be an effective means to induce uncertainty and fear and to thereby encourage people to censor themselves.[6] Broadly tailored rules,

---

and Expression, <http://www.law-democracy.org/wp-content/uploads/2010/07/10.03.Paper-on-Restrictions-on-FOE.pdf>, 1.6.2017.

4 Glavlit was one of the state censorship organs in the Soviet Union established in 1922 as the Main Administration for Literary and Publishing Affairs. Although the name changed several times, the abbreviation Glavlit continued to be used until 1991. See Herman Ermolaev: Censorship in Soviet Literature, 1917–1991. Lanham, Boulder, New York 1997, pp. 3, 101, 182, 229.

5 Steven Richmond, Vladimir Solodin: "The Eye of the State". An Interview with Soviet Chief Censor Vladimir Solodin. In: *Russian Review*, 4 (1997) 56, pp. 581–590, here: p. 584. For the sake of accuracy, one can note that actually the censors received large, periodically revised lists with general and more elaborate directives concerning "off-limit" topics. This observation, however, does not refute the point for which Solodin's account was cited here. (Ermolaev: Censorship in Soviet Literature, pp. 6, 55–56, 143–144.)

6 See this argument reoccurring in Ermolaev: Censorship in Soviet Literature; Róbert Takács: Sajtóirányítás és újságírói öncenzúra az 1980-as években [Press control and journalistic self-censorship in the 1980s], <http://www.mediakutato.hu/cikk/2005_01_tavasz/04_sajtoiranyitas>, 17.6.2017; Judith Devlin: A Case Study in Censorship. Stalin's Early Film Image. In: Olaf Mertelsmann (ed.): Central and Eastern European Media under Dictatorial

combined with an unpredictable enforcement regime and the possibility of harsh sanctions promote self-censorship because authors will tend to err on the side of caution and alter questionable terms during the process of creation.[7]

However, what constitutes an opportunity for limitless political intervention on the one hand, might represent an administrative challenge on the other. This is because the same nebulously worded censorship norms are supposed to guide the work of the censorship apparatus too. Note Solodin's reference to Glavlit's provision of censoring information that could "misinform public opinion"! Similarly ambiguous guidelines were included in the top-secret instructions provided to Romanian censors in the 1950s: they are to erase "manifestations of the class enemy", for instance, and content that "would advocate or popularize imperialist scientific and artistic manifestations."[8] The Romanian Press Law of 1974 that established the personal responsibility of journalists and editors-in-chief for the content of published materials abandoned the jargon of the 1950s, yet the enacted censorship norms remained similarly vague.[9] But the Czechoslovak Press Law of 1967 is no clearer in pointing to the suspension of "materials in conflict with the interests

Rule and in the Early Cold War, Frankfurt am Main 2011, pp. 27–48; Dominic Boyer: Censorship as a Vocation. The Institutions, Practices, and Cultural Logic of Media Control in the German Democratic Republic. In: *Comparative Studies in Society and History*, 3 (2003) 45, pp. 511–545; Jane Leftwich Curry: The Media and Intra-Elite Cooperation in Poland. The System of Censorship. 1980 (RAND Corporation note series, N-1514/2).

7 Vague wording and more or less hefty sanctions invariably result in self-censorship. See in this sense the analyses concerning the 2005 media legislation in China, the 2010 media low in Hungary, or the Federal Communications Commission's regulation of broadcast "indecency" in the USA after 2003. Article 19: The Mechanics of Censorship. A report on the regulations for print media of the People's Republic of China. London 2007; Political Capital – Policy Research and Consulting Institute: The New Hungarian Media Law: Evaluation and Summary, <http://www.riskandforecast.com/post/hungary/the-new-hungarian-media-law-evaluation-and-summary_645.html#>, 16.5.2017; Lili Levi: The FCC's Regulation of Indecency, <http://www.firstamendmentcenter.org/madison/wp-content/uploads/2011/03/FirstReport.Indecency.Levi.final.pdf>, 16.5.2017.

8 Central Historical National Archives, Bucharest, Fond Press and Printing Committee (Comitetul pentru Presă și Tipărituri), Dossier no. 17/1952, ff. 1–7.

9 According to the Press Law, the media organs had to stop the publishing or broadcasting of any materials that, for instance, "[…] contain attacks on the socialist order, against the principles of foreign and domestic policy of the Romanian Communist Party and the Socialist Republic of Romania; […] defame the leadership of the state and the party; communicate secret information, data or documents […];[…] contain false or alarming information that threaten or disturb public peace or represent a danger to the state security; […] propagate fascist, obscurantist, anti-humanitarian concepts; chauvinistic propaganda, instigate to racial or national hatred, violence […]; […] harm public morals […]" Law no. 3/1974, art. 67–68, 73–74. (All texts in Romanian or Hungarian original were translated by the author of this paper.)

of society", a provision that had to be jointly observed by editors and censors.[10] The standards of censorship were not just vaguely defined, but also contained both proscriptive and prescriptive elements, that is, issues which could not be expressed on the one hand, and issues which concerned the qualities (content and style) expected in a written or creative work on the other.[11] Moreover, expectations concerning their implementation were inconstant and inconsistent over time.[12]

In order to see the administrative challenge in the implementation of these instructions, one must first consider the size of the Soviet-type censorship apparatus, that is, the very large number of persons working at different organizations involved in censorship (central and local departments of the ruling party, state organs – among which the censors' office, editorial offices, publishing houses and other cultural institutions). Second, it seems safe to argue that these people were supposed to share a common understanding of the censorship norms, because this is an indispensable condition for achieving high performance of the whole censorship system. In other words, the smooth and effective operation of the system required that each employee be able to implement censorship guidelines in the most precise manner, otherwise diverging interpretations would have resulted in severe inconsistencies and thus ineffective functioning.

Notwithstanding the persistent interest in the study of censorship, the aspect that certain levels of coordination had to occur under the circumstances of vague regulations is surprisingly neglected in discussions of censorship in general and the Soviet type in particular.[13] Yet, given the role played by cen-

10 George Schöpflin (ed.): Censorship and Political Communication in Eastern Europe. A Collection of Documents. New York 1983, p. 18.

11 On the guidelines of the Soviet-type prescriptions – "scientific socialism" and "socialist realism" (or Zhdanovism) – and the related stylistic requirements see Sue Curry Jansen: Censorship. The Knot That Binds Power and Knowledge. New York 1991, pp. 108–119; Ermolaev: Censorship in Soviet Literature, p. 53.

12 To illustrate the changes in the censorship norms with a classical example, one might recall the sudden changes related to the "thaw" of the Khrushchev era and the reverse processes in the subsequent years under Brezhnev, and the impact of these shifts in censorship norms on the fate of Solzhenitsyn's career. For the most comprehensive analysis of the changes in censorship norms concerning Soviet literature, see Ermolaev: Censorship in Soviet Literature.

13 There are a few exceptions to this observation. One must certainly mention two monographs in this context, one about the Soviet and the other about the Polish media control system, by Dzirkalis *et al.* and Leftwich Curry respectively. (Lilita Dzirkals, Thane Gustafson, A. Ross Johnson: The Media and Intra-Elite Communication in the USSR. 1982 (Rand Corporation note series, R-2869); Jane Leftwich Curry: The Media and Intra-Elite Cooperation in Poland: The Organization and Control of the Media. 1980 (Rand Corporation note series, N-1514/1); Jane Leftwich Curry: The System of Censorship.)

sorship in sustaining the regime, how the system managed to deal internally with uncertainties concerning censorship norms and how the main actors coped with it is surely a pertinent question. Such an analysis, however, implies a shift in perspective concerning the ambiguity of censorship norms: the focus is not on how censorship rules were manipulated to serve the interests of the regime, but rather on how challenges associated with ambiguity were met on the organizational level and how ambiguity affected the activity of the individuals involved in the censorship process.

The present analysis aims precisely to shed light on the fine-grained mechanisms through which the effectiveness of the Soviet-type censorship systems was maintained under the circumstances of vaguely defined censorship norms. The focus is narrowed down from two interrelated aspects: first, the analysis deals only with the "social fabric" of censorship made up of informal relationships and interactions between individuals involved in the censorship process, and the impact of these practices on the functioning of the censorship system. Second, only those informal practices are considered that emerge out of good interpersonal relationships. Except for a few aspects, this domain has received even less attention in the literature than the formal mechanisms underpinning the high performance of the censorship system, even though it can certainly provide new insights into the story of self-censorship, which is claimed to represent one of the key elements serving the effectiveness of the Soviet-type censorship systems.[14]

The two monographs were completed within the framework of a comprehensive project carried out by the Rand Corporation in the late 1970s. This project purposefully shifted the attention "from the *message* to the *medium*", that is from the study of media output to the study of control processes. (Emphasis in the original. Dzirkals, Gustafson, Johnson: The Media and Intra-Elite Communication in the USSR, p. 4.) To the best of my knowledge, these are the sole studies to specifically approach censorship as a problem of information processing across different organizations. Moreover, these early analyses continue to represent the most detailed accounts that can be utilized if one is interested in internal coordination and control mechanisms put to work in various elements of the Soviet-type censorship systems.

Though less comprehensive than the Rand project studies, one has to mention here Wilke's research focused on identifying various forms of "press instructions" directed to the editorial offices in the GDR. (Jürgen Wilke: Press Instructions as a Device of Media Control in the German Democratic Republic. In: Olaf Mertelsmann (ed.): Central and Eastern European Media under Dictatorial Rule and in the Early Cold War. Frankfurt am Main 2011, pp. 155–170.) For a study also containing a theoretical perspective on the appropriateness of the organizational design of censorship see Kiss on the Romanian censorship system. [Ágnes Kiss: Coordination and control within the Censors' Office in Romania (1949–1965)].

14 Explanations concerning the performance of the Soviet-type censorship systems usually encompass references to three interrelated components: 1. the particular institutional configuration of the state socialist regimes (state ownership, centralized command, agencies in charge of monitoring mass media and cultural production, and harsh sanctions for defying

Narratives of censorship. Fight and cooperation

There is a dichotomous approach prevailing in the literature, namely, censorship stories discussed in the "oppressors" vs. "victims" framework. This framework marks and considerably narrows interpretations concerning the interpersonal ties and interactions between these two "hostile troops". Although tense relationships between censoring authorities and people engaged in various creative processes is a positive fact, one of the problems with this polarized approach is that it invites further similar narratives, which eventually result in simplistic views about both their relationships and their activities.

According to the enlightening introductory analysis performed by Jiřina Šmejkalová in her research on Czechoslovak state-controlled book production, the study of state socialist regimes is heavily shaped by the Cold War era scholarship that was based on the pro- and anti-Soviet ideology, resulting in dichotomous constructions such as "oppressors" vs. "oppressed", "oppression" vs. "resistance".[15] Though this binary approach characterizes the examination of all state socialist institutions, in the study of censorship, drawing a clear demarcation line between the group of censoring officials and the authors is particularly appealing.[16] As Darnton also observes, "[t]he trouble with the history of censorship is that it looks so simple: it pits the children of light against the children of darkness".[17] That is, there is almost an automatic predisposition to adopt the 'censor' vs. 'author' perspective, because nobody would take a sympathetic view of someone defacing art or literary products,[18] let alone assume a cordial relationship between them. To twirl this picture a little according to the spirit of the dominant narrative, it is "the stupid (or sometimes hyper-intelligent, but mischievous), destructive, almighty censor"

censorship rules); 2. the very dense network of control (the multitude of organs, including their internal hierarchical levels, that were designed to form a web of interlocking structures), and 3. self-censorship. See the components of the institutional configuration most fully listed by Šmejkalová. (Jiřina Šmejkalová: Cold War Books in the 'Other' Europe and what Came After. Leiden, Boston 2011, pp. 116–159.) For the most comprehensive lists of the organizational components constituting the network of control see Dzirkalis *et al.* on the Soviet Union, and Takács on the Hungarian system. (Dzirkals, Gustafson, Johnson: The Media and Intra-Elite Communication in the USSR, Róbert Takács: A sajtóirányítás szervezete a Kádár-korszakban [The organization of press control in the Kádár era], <http://www.mediakutato.hu/cikk/2009_03_osz/07_sajtoiranyitas_kadar>, 3.10.2017)

15 Šmejkalová: Cold War Books, pp. 85–116.

16 Ibid. p. 85.

17 Robert Darnton: Censorship, a Comparative View: France, 1789 – East Germany, 1989. In: *Representations* (1995) 49 (Special Issue: Identifying Histories: Eastern Europe Before and After 1989), pp. 40–60, here: p. 40.

18 Ibid.

against "the bright, inventive, constructive, persecuted author", and their interaction is reduced to a persistent fight.[19]

The collection of interviews entitled *Censorship in Romania*, conducted by Lidia Vianu with Romanian authors, illustrates this approach well.[20] She repeatedly and explicitly asks respondents to reflect on their 'fight' with the censors, as well as the tricks used to 'cheat' them, especially by the method of using metaphors and coded language (called 'lizards' in the Romanian cultural sphere), and she insists on this conceptual framework even when interviewees point to rather contradicting issues, such as good personal relationships and good experiences alongside the bad ones.[21]

Let us not forget however that informants also have their share in propagating censorship stories expressed in black-and-white terms. Interviewees are often motivated to conceal or deny proscribed behavior or depict them as accidental situations, in this case, for instance, the cooperative attitude between the editorial offices and censorship forums. Issues of "collaboration" were (and in some countries are still) hotly debated after the regime change, ranking people within the exclusive categories of "resistant" and "collaborator". Furthermore, being a "censored author", a victim of the regime, qualifies the author both professionally and morally. A piece of work disliked by the Communist authorities must have been something "good", and the censored work is conceived as a clear indicator that the author did not conform to the

19 See also Šmejkalová: Cold War Books, p. 86.

20 Lidia Vianu (ed.): Censorship in Romania. Budapest 1998.

21 See, for example, a short passage from the interview with Ion Negoițescu, a literary critic, historian, poet and novelist subject to repeated political persecutions for his political views and sexual orientation:
L.V.: What tricks did you use to cheat the censors?
I.N.: Speaking of the censors from the so-called Press Direction, *I did know two persons who valued good books*; they have been educated in the bourgeois society. *I do not remember having too many difficulties* because of the Press Direction, which was in fact official censorship. I did get in trouble with the Council of Culture, though. *They hated me* because of my nonconformism, and they tried to find fault with everything in order to delay or prevent the publication of my books. There, *I was taught lessons of righteousness and false advice*. A *few heads of publishing houses liked me; others rejected me*. One of them even did both, depending on the "ideological breeze" coming from the Council of Culture. […]
L.V.: Is censorship one of the reasons why you left the country?"
Emphasis added by Á. K. Ion Negoițescu: The Freedom of Expression is the Salt of Culture. In: Vianu (ed.): Censorship in Romania, p. 19–24, here: p. 22.
For other examples in the same volume see interviews with Marin Sorescu, Ileana Mălăncioiu, and Ana Blandiana. Marin Sorescu: This Age Belongs to Primitive Energies. In: Vianu (ed.): Censorship in Romania, pp. 86–93, here: pp. 86–87; Ileana Mălăncioiu: The Only Obstacle was Myself. In: Vianu (ed.): Censorship in Romania, pp. 105–111, here: p. 105; Ana Blandiana: Nobody Exists in Vain. In: Vianu (ed.): Censorship in Romania, pp. 132–146, here: p. 137.

standards imposed by the regime, which is another merit for the author.[22] Consequently, there is a tendency to emphasize the bad experiences.

Turning back to the literature, in what concerns informal practices, the focus rests almost exclusively on the role and activities of the editor-in-chief, while the remainder of the interest is centered on the overzealous deeds of the state censors and Party officials and their *ad hoc* interferences. Apparently, the personalities and personal relationships of the editors-in-chief were of the utmost importance in tailoring the content of their publication, and also in negotiating allowances for the paper and staff they managed.[23] Directly or through friends, editors-in-chief could appeal to their Party connections to broaden the journal's latitude, alter or completely reverse censors' decisions, and protect their staff. Conversely, editors-in-chief lacking such ambitions acted as the harshest political censors of their publications.

But a careful reading of various accounts on censorship practices, especially testimonies of first-hand experiences, results in the identification of a plethora of other activities that can be deemed informal. Starting with personal relationships, along with tense relations and hostile reactions, interactions that

22 This "glamorizing" effect of censorship can be deduced from self-assessments concerning literary life in Romania. As the poet Marta Petreu said: "This was my period of glory, when I was censored, and I could prove with my mutilated, yet published texts that I existed – as a *poet*, and as a *censored* poet." (Emphasis in original.) Or poet Ana Blandiana put it in more general terms: "[…] the totalitarian society and its ubiquitous censorship had this effect too: it created a certain relationship between the reader and the writer, and conferred a certain aura to the latter, which, later on, was to vanish." (Marta Petreu: "Carne, cutremur al memoriei". In: Rad (ed.): Cenzura în România [Censorship in Romania]. Cluj-Napoca 2012, pp. 39–44, here: p. 43. Ana Blandiana: De la cenzura ca formă de libertate, la libertatea ca formă de cenzură [From Censorship as a Form of Liberty to Liberty as a Form of Censorship]. In: Rad (ed.): Cenzura în România, pp. 19–35, here: p. 30
The same phenomenon is discussed by Mădălina Brașoveanu in her study dealing with the Romanian secret services' monitoring of the domain of the visual arts. She observed that the lack of individual surveillance files compiled by the Securitate frequently represents a source of dissapointment among the artists, because this absence is conceived as a "proof of 'insufficiency': insufficient detachment from the regime, insufficient liberty, insufficient significance." Mădălina Brașoveanu: Gânduri pentru o expoziție documentară: urme ale rețelei artistice Oradea – Târgu Mureș – Sfântu Gheorghe în Arhiva fostei Securități [Thoughts for a documentary exhibition: Traces of the Oradea – Târgu Mureș – Sfântu Gheorghe network of artists in the Securitate Archives]. In: *Caietele CNSAS* (2014) 14, pp. 85–166, here: p. 165.

23 Dzirkals, Gustafson, Johnson: The Media and Intra-Elite Communication in the USSR, pp. 43–59; Boyer: Censorship as a Vocation, p. 529; András Bozóki: Censorship and the Structure of Public Sphere in Hungary in the 1980's. In: *Leipziger Jahrbuch zur Buchgeschichte* (1996) 6, pp. 437–447, here: pp. 441–443; István Hegedűs: Sajtó és irányítás a Kádár-korszak végén [Press and control at the end of the Kádár era], <http://www.mediakutato.hu/cikk/2001_01_tavasz/04_sajto_es_iranyitas/?q=Heged%C5%B1s#Heged%C5%B1s>, 5.1.2018; Jane Leftwich Curry: Poland's journalists. Professionalism and politics. Cambridge 1990, pp. 98–103.

"were hard for anyone but a martyr or a humorist to endure", there are plenty references to the various kinds of persons composing the censoring body, "some embittered, some mild, some intelligent, some dull", including "courteous and modest officials", "eager and very agreeable fellows", "mild and not terribly nasty", "very liberal and hardworking" persons, and "good people" representing the "hand of providence".[24]

As for informal practices, analyst Leftwich Curry mentions, for instance, that Polish journalists used to check informally in advance with their editors whether a topic or approach was publishable, yet apparently they also influenced their colleagues' work by giving them private counsel in the spirit of the "unspoken ethical code" of protecting each other from censorial harassment.[25] It seems however that enquiring in advance about the acceptability of a piece of work was not reduced to the branch of publishers, but crossed organizational boundaries too. As former Polish and Soviet censors consonantly testify, authors used to contact them too with this end in mind, although according to the formal control procedure, censors had no direct contact with authors, for between the two parties lay the editorial offices or publishing houses.[26] It is also documented that some Polish, Hungarian and Soviet authors contacted censors with the request to endorse the publication of their work against the decision of the editor-in-chief or other controlling forums, or just to expedite

24 Quotations are from Dušan Hamšik's account, editor-in-chief at *Literární novinyi*, concerning Czechoslovak censors. Schöpflin: Czechoslovakia. In: Schöpflin (ed.): Censorship and Political Communication, pp. 7–31, here: p. 14; the estimation of Soviet censorship by Leonid Finkelstein, writer, member of editorial board of the journal *Znanie-sila*, and Boris Zaks, journalist, member of the editorial bord of *Novyi mir* [Marianna Tax Choldin, Maurice Friedberg: Soviet Censorship. Discussion. In: idem: The Red Pencil. Artists, Scholars, and Censors in the USSR. Boston 1989, pp. 53–67 (p. 63); Boris Zaks: Censorship at the Editorial Desk. In: Choldin, Friedberg (eds.): The Red Pencil, pp. 155–162, here: p. 158]; or the opinion of Constantin Cubleșan, writer, editor at various literary journals, editor at the Dacia Publishing House, about several Romanian censors [Constantin Cubleșan: Cenzura după cenzură. [Censorship after Censorship]. In: Ilie Rad (ed.): Cenzura în România, pp. 65–74, here: p. 67].

25 Leftwich Curry: Poland's journalists, p. 115.

26 Solodin (a Glavlit censor cited above) is quite eloquent in this sense: "Concerning relations, as a rule I had very nice relations with the major writers, which continue to this day. Many would consult with me during their work. I would tell them what would pass and what wouldn't. I was often the first unofficial censor." (Richmond, Solodin: The Eye of the State, pp. 583f.)
Polish censor K-62 also mentions a case in which after receiving the first official feedback, the author contacted the office and rewrote the text together with the censor. The story ends with the remark: "In general, towards the more renowned citizens, the attitude of the censors was, how shall I put it, more elegant." (Schöpflin (ed.): Censorship and Political Communication, p. 109).

the control and publication process.[27] Positive appreciation and sincere apologies for rejection addressed by Czechoslovak censors to the editors again lead us to suspect them to have slipped onto the terrain of informality.[28]

Concerning the origins of these positive ties we have the most detailed picture of the relationships evolving between Polish journalists and the political elites, information that can be subtracted from a comprehensive analysis performed by Leftwich Curry with the aim to show how despite constant political interference Polish journalists managed to practice their profession, and act as independent forces in their society.[29] From the perspective of the present review, the relevant information is that referring to the multitude of contexts in which journalists and professional officials dealt with political leaders. According to her analysis, many editors and journalists had family or childhood connections with political leaders, and repeated professional interactions could over time take on private overtones.[30] Besides public and confidential formal meetings, journalists met "censors and other political figures" at various social events, including those organized by journalists, to which they were invited in order to "lobby with them."[31] These were the informal ties through which journalists managed to protect their professional interests, that is, gathering information, influencing agenda setting, as well as protecting their own and each other's writings from censorial interventions.

Although most of the information presented previously features only as incidental remarks in the works cited, they suffice for substantiating systematic scrutiny of informal relationships and related censorship practices. One can observe that, on the one hand, references to positive personal relationships and voluntary interactions clearly counterpoint accounts born in the spirit of the prevailing dichotomist approach to the functioning of censorship. On the other hand, they nuance our understanding of self-censorship mechanisms.

27 On Polish editors activating their contacts to political elites with this aim, see the analysis by Leftwich Curry, while for Hungarian authors contacting Party officials in charge of censorship of editorial decisions, see Schöpflin. [Leftwich Curry: Poland's journalists, pp. 156, 167–168; Schöpflin (ed.): Censorship and Political Communication, pp. 154–156] For Soviet authors using their personal contacts to Glavlit censors in order to speed up the control procedure, see Igor Birman's (economist, researcher) testimony in the volume edited by Choldin and Friedberg. His contact from Glavlit was a censor in charge of controlling the Ekonomika publishing house who happened to be one of his former students at the Economics Institute. (Choldin, Friedberg: Soviet Censorship. Discussion, p. 65).

28 Information provided by Dušan Hamšik, editor-in-chief at *Literární novinyi*, Czechoslovakia. Hamšik mentions that in one of the cases the censor was a former high school colleague. [Schöpflin (ed.): Censorship and Political Communication, pp. 12–13].

29 Leftwich Curry: Poland's journalists.

30 Ibid. pp. 21, 174–178.

31 Ibid. p. 149.

Different practices in different countries point to the fact that self-censorship of authors and editorial offices was not only based on knowledge accumulated through personal experiences and guesses about the vague censorship norms, but it also implied a more active search for information, which was realized through informal information exchange between peers and censoring officials.[32] Although not interpreted in the conceptual framework of coordination and control, one can safely assume that the journalists' "unspoken ethical code" urging them to counsel each other, as well as informal talks between censors and authors also contributed to the coordinated understanding of censorship norms, and eventually to self-censorship.

Informal practices in the Romanian censorship system

In order to analyze informal practices, I employed a historical ethnographic approach, and I processed a wide variety of subjective (private or unofficial) sources that constitute personal reflections, written or oral accounts of those who witnessed the events related to the censorship process. These texts belong to different genres, such as the diary, personal correspondence, memoir and interview.[33] In this rich and still expanding pool of subjective sources, I traced

32 Although "self-censorship" explicitly refers to the act of someone censoring his/her own work, the term also frequently appears in the context of editorial censorship, especially when it comes to discuss the censoring responsibilities of editorial offices. Next to the duty of departmental editors or the editor-in-chief to get the paper in line with official expectations, where "self-censorship" practically implies intervening in other people's writings, the umbrella term "self-censorship" is frequently used by analysts to characterize a censorship system lacking a specialized censors' office, such as in Hungary, or even Romania after 1977, when the Committee of Press and Printing was abolished. (See Hegedűs: Sajtó és irányítás a Kádár-korszak végén; Bogdan Ficeac: Cenzura comunistă şi formarea "omului nou" [Communist Censorship and the Formation of the "New Man"]. Bucureşti 1999, p. 36; Takács: Sajtóirányítás és újságírói öncenzúra az 1980-as években; Leftwich Curry: The System of Censorship, pp. 25–29.)

33 For the purposes of this analysis, I processed more than 50 interviews, a corpus of autobiographical materials comprising memoirs and other personal accounts with an autobiographical orientation by 25 persons, four diaries and the personal correspondence of two persons. Part of the interviews was conducted by myself (nine former employees of the censors' office, the *Direcția Generală a Presei și Tipăriturilor* (General Directorate of Press and Printing), later *Comitetul pentru Presă și Tipărituri* (Committee of Press and Printing), and 13 representatives of the mass media and different cultural institutions from the provinces), whereas the other were published in collections of interviews conducted by Bányai, Boboc, and Vianu. I also included in the section of autobiographical materials shorter writings, studies and published conference proceedings by authors and editorial personnel about their own experiences. Éva Bányai (ed.): Sikertörténet kudarcokkal. Bukaresti életutak. Beszélgetések bukaresti magyar értelmiségiekkel [Success Story with Failures. Conversations with Hungarian Intellectuals from Bucharest]. Kolozsvár 2006; Alina D. Boboc: Interviuri cu foşti reporteri ai ziarului "Scânteia" [Interviews with Former Reporters of the

the personal relationships between the actors of the censorship system, the properties of these relationships, and the emerging informal practices.

With regards to the quality of the primary sources, a few remarks seem warranted here. First of all, these testimonials create a valuable evidentiary basis for claims concerning the sphere of informality and everyday activities, the study of which is usually hindered precisely by the paucity of proper sources. Second, combining sources of information created *post facto* (interviews and memoirs) and simultaneously with the events (personal diaries and contemporary correspondence) counterbalances problems of recall, but it also corrects *post hoc* rationalization biases and those derived from the pressures of current political and mainstream academic discourse prone to stigmatizing the "censors" and collaboration with them. And finally, the informants cover the whole spectrum of the actors involved in the censorship process: employees of editorial offices, publishing houses and other cultural institutions, Party and state officials, and (freelance) authors.

At the outset of the analysis, it seems useful to outline how the emergence of various informal practices was related to the formal structural features of the censorship system. First, censorship norms were vaguely worded and left a great deal of room for interpretation, which ultimately rested upon the decision of high-ranking Party officials. Second, the formal institutional design included pre-publishing and post-publishing control brought into effect by several agencies, each having a hierarchical structure that functioned as a multi-level filter. Imitating the Soviet model, the Romanian censorship system included a specialized censors' office too. It was named Direcția Generală a Presei și Tipăriturilor (General Directorate of Press and Printing, henceforth GDPP) between 1949 and 1975, and Comitetul pentru Presă și Tipărituri (Committee of Press and Printing, henceforth CPP) between 1975 and 1977. The CPP was abolished in 1977; nevertheless, its former tasks were shared between the Consiliul Culturii și Educației Socialiste (Council of Socialist Culture and Education, henceforth CSCE) and the Romanian Communist Party, one of the relevant departments being the Propaganda and Agitation Department (under various names). Shadowing these institutions, the secret police (Departamentul Securității Statului, commonly called Securitate) also monitored cultural production and administration,

Scânteia Newspaper], <http://aliceboboc.wordpress.com/2010/02/15/>, 13.1.2018, Vianu (ed.): Censorship in Romania; Ilie Rad (ed.): Cenzura în România.

34 See Brașoveanu: Thoughts for a documentary exhibition, pp. 153–162. Brașoveanu's analysis is focused on the 1980s, and hence the "censorship institution" here is represented by the CSCE. The Securitate's monitoring of cultural production was completed through personal surveillance files (dosar de urmărire informativă), as well as documentary files on particular

including the "censors' office".[34] A third important characteristic of the formal system was that many decisions were confidential both with regards to concrete censorship dispositions and the control process of particular works, which generated a sense of unpredictability and arbitrariness. Finally, transgressing the border between the domains of forbidden and permitted topics could be severely penalized by sanctions such as temporarily suspending the right to sign articles, demotion, firing, withdrawing the professional license, not issuing foreign travel permits, "blacklisting" the author etc. To alleviate uncertainty and avoid possible retaliation, as well as to increase the chances of acceptance for publication, people used personal networks to obtain information and influence decision making.

The presentation of the empirical evidence proceeds in three sections.[35] In order to capture as many details as it is possible, I draw first the profile of the main actors involved in the censorship process, more precisely, the profile of the "good editor-in-chief" and the "good censor" as conceived by the editorial personnel. These traits contain emphatic marks that indicate engagement in informal practices. I include here a brief description of the "good report" too, a strategic tool used by editors-in-chief and editors in their dealings with controlling forums. In the second subsection some characteristics of the informal information exchange and informal nexuses harnessed by the main actors are presented, ties that span formal organizations and fostered informal practices. In the third subsection further examples of informal practices are provided, this time however grouped according to their impact on the functioning of formal censorship.

The "good editor-in-chief", the "good report" and the "good censor"

Publishing under censorship resulted in some peculiar images of the main actors involved. Editors-in-chief were rated as "good" by the editorial staff and individual authors according to certain abilities and skills necessary to run smoothly a paper under censorship restrictions.

"problems" (dosar de problemă), which gathered information on specific groups/institutions. The "Arts and Culture" (Artă-cultură) problem files, for instance, targeted professional and amateur writers and artists, the employees of the CSCE and its subordinate institutions, such as editorial offices, institutions of visual arts and music, theatres, museums etc. (Brașoveanu: Thoughts for a documentary exhibition, p. 159.)

35 An earlier version of the analysis was published in Ágnes Kiss: Informális gyakorlatok a romániai kommunista cenzúrarendszerben [Informal Practices within the Romanian Communist Censorship System]. In: *Magyar Kisebbség* [Hungarian Minority] 1–2 (2012) 63–64, pp. 185–221.

From the official viewpoint, editors-in-chief were supposed to translate overall Party guidelines into specific decisions.[36] However, according to the expectations of the editorial staff and authors, "good editors-in-chief" were not mindless marionettes of the Party, but capitalized all their measures of latitude. For this, they did not avoid but consciously took on the role of "administrator-politician", and had "a good nose" for maneuvering between overt and hidden political sensibilities and for identifying windows of political opportunity.[37] This ability presumed that they were well informed about current political issues, and to further their aims they nurtured proper contacts and spoke the language expected by their political partners. By capitalizing their nexuses related to their high social and political status, "good editors-in-chief" fought for their journal and staff, and guarded their employees against reprimands and prosecution. Furthermore, "good editors-in-chief" were responsive to their staff's professional interests and did not intervene too much in the everyday work of the editors and journalists.[38]

Although in their characterization political abilities prevail over writing talents, and usually editors-in-chief indeed had a clean history from the point

36 On the political-ideological role of the mass media, and the responsibilities of the editor-in-chief see, for instance, the press law (Law no. 3/1974) discussed in the first section of this article.

37 In a descriptive sense, the term "administrator-politician" applied to the role played by editors-in-chief was used by. Dzirkals, Gustafson, Johnson: The Media and Intra-Elite Communication in the USSR, p. 43. It must be added that one can observe remarkable similarities between the characterization of the Soviet editors-in-chief and that of their Romanian counterparts.

38 For instance, according to his fellow workers, Sándor Huszár, editor-in-chief of the Hungarian weekly newspaper *A Hét* [The Week] (1970–1983), was not a very agreeable person, but he was considered a "good editor-in-chief". He had a very good cadre file, and with the intervention of his friends and through his own contacts, he managed to recruit a good team, and at the start of the newspaper, in 1970, he even managed to appoint a formerly banned journalist (László Földes) to the position of the deputy editor-in-chief. He organized the work in a way that hired a previous editor-in-chief from a Party newspaper (András Kovács, *Igazság* [Truth]), who wrote impeccable political editorials, and two deputy editors-in-chief (Zsolt Gálfalvi and Andor Horváth, the first having a very good cadre file, a solid, wide-ranging network of acquaintances, and a "smooth" style in his dealings) who were also talented in keeping contacts with controlling officials. By and large, "Huszár fully undertook the 'policy' of the newspaper, carried the can, stood on the defensive and fought." (Interview with Ágoston Hugó in Bányai (ed.): Sikertörténet kudarcokkal, p. 23.) He was willing to take risks and was inventive in diverting attacks on the paper. Reasoning with the catchphrase of "atheist propaganda", Huszár succeeded in obtaining the license for a quarterly supplement with a focus on popular science, which implied getting extra money, paper and jobs in 1977, in times when economic austerity measures were already imposed. The journalists and editors felt trusted and protected, and thought that he managed to create proper conditions for them to develop their skills and talents. (See interviews with Ágodton Hugó, Andor Horváth, Zoltán Rostás and Anna Halász in Bányai (ed.): Sikertörténet kudarcokkal, pp. 23, 24, 203–205, 224, 230, 290, 295.)

of view of the Party, implying that some of them had important Party positions and professional statuses, it is worthwhile mentioning that many of them, especially the editors of cultural journals and publishing houses, used to publish and were indeed appreciated for their scientific or literary work. To mention selectively a few names: Ernő Gáll, editor-in-chief at *Korunk* (Our Age, social-scientific/cultural/literary journal in Hungarian language) between 1957 and 1984 was appreciated for his sociological-philosophical work published home and abroad. Nikolaus Berwanger was the editor-in-chief of the *Neue Banater Zeitung* (the official German regional Party newspaper) between 1968 and 1984, a member of the County Committee of the Party, secretary of the Romanian Writer's Union, vice-president of the Council of Working People of German Nationality of Romania, a writer and a poet, a central figure of German literary life. Likewise, in the 1980s Dumitru Radu Popescu was editor-in-chief of the literary magazine *Contemporanul* (The Contemporary), chairman of the Romanian Writers' Union, member of the Central Committee of the Romanian Communist Party, as well as an appreciated novelist, poet, dramatist etc. Outsiders to journalism and publishing could be considered "good editors-in-chief" as long as they did not encroach too much on creative work, but rather did their administrative-political job.[39]

Let me turn now to the topic of the "good report". It was practiced as early as the 1970s, and it became a requirement in the 1980s to attach reports issued by external specialists on certain manuscripts submitted for control. The specialist was sometimes appointed by the controlling forums, but most of the time was chosen by the editor/publisher. To increase the chances of passing

39 After Huszár's demotion in 1983, based on made-up charges, the editor-in-chief's position was given to Edit Lázár, transferred from *Előre* (Forward, the central Hungarian Party newspaper). According to the journal's team, she was not remotely comparable to Huszár, yet they recognized the fact and considered it as one of her virtues that she did not hinder them in their professional work. Interview with Zoltán Rostás in Bányai (ed.): Sikertörténet kudarcokkal, p. 95.
Interview data about the profile of the "good editor-in-chief" are nicely confirmed by contemporary documents such as Gábor Cseke's "professional-managerial codex" compiled for his successor in 1978, who was parachuted by the Union of Communist Youth into the chief editor's position at *Ifjúmunkás* (Young Worker, the Hungarian journal of the Union of Communist Youth) without any prior journalistic credentials. (Gábor Cseke: Jelentések magamról. Emlékezések ellenfényben [Reports on myself. Remembering in backlight]. Kolozsvár 2009, pp. 24–27.) According to Cseke's memoir, this codex included: "warding off malevolent attacks", "knowing the Hungarian and Romanian mass media, being informed on all current events", "solving the problems in-house, not with the help of external powers", "focusing on the substantive, existential problems of the newspaper […] distribution, extension […] relationship with guiding organs, control, representation, protection of interests", because "the rest is done by the members of the editorial office." (Ibid. pp. 25–26).

the manuscript, some strategic thinking was required on the side of the editor-in-chief (or editor) in order to obtain a favorable report. A "good report" was authored by a person who was recognized in party circles as obedient to the regime. At the same time the referee must had to recognize the "true value" of the work he/she analyzed, in other words, he/she wrote a positive report even if the text contained ideas at odds with the prevailing ideological expectations. Finally, the analyst was able to argue in favor of the publication in the expected ideological jargon, and eventually the final product did not indicate any dissension compared to the current political-ideological stance of the Party.[40] One can add that similar qualities were also expected of inside reports issued by editors, who (after checking and modifying the text) forwarded the manuscript to the controlling forums accompanied by their own report.[41]

Finally, I present the characterization of the "good censor". Censors, irrespective of whether they were members of the GDPP/CPP, CSCE or the Party, earned the qualifier "good" from the editorial staff if they fulfilled the following conditions.[42] "Good censors" had a respect for creative work and

40 This "trick" is mentioned, for instance, by Géza Domokos, general director of the Kriterion Publishing House between 1970 and 1990 (Interview with Géza Domokos in Bányai (ed.): Sikertörténet kudarcokkal, pp. 154–155; Géza Domokos: Mese a vörös plajbászról [A story about the red pencil]. In: *Látó*, 1 (2000), <http://lato.adatbank.transindex.ro/?cid=13>, 17.1.2018.) The strategy is illustrated in Ianoși's (2012) memoir too. (Ion Ianoși: Internaționala mea. Cronica unei vieți. [My Internationale. The chronicle of a life]. Iași 2012.) Ianoși is a well-known esthetician in Romania, who happened to work for some years at one of the Central Committee's departments of the Party charged with censorship (1956–1965, Department for Science and Arts), but he remained in contact with censorship as an author, as well as an expert issuing reports on manuscripts at the request of publishing houses. Ianoși claims that he was a "referee liked by the parties," and hence writing reports became almost his "third job" in the 1970s and especially in the 1980s. (Ibid., pp. 319–433, 589–590, 632, 678, 721).

41 See Dan Verona's or Ana Blandiana's accounts of their own experiences with censorship. Dan Verona: The Nightmare. In: Vianu (ed.): Censorship in Romania, pp. 169–187, here: p. 173–175; Ana Blandiana: De la cenzura ca formă de libertate, la libertatea ca formă de cenzură [From Censorship as a Form of Liberty to Liberty as a Form of Censorship]. In: Rad (ed.): Cenzura în România, pp. 19–35, here: p. 22.

42 When I asked in the interviews about local GDPP censors (both in general and by specifying their names), they were only sporadically characterized in depreciating terms. (Interviews with Gyula Jámbor 2010, Mária Pongrácz 2009, Gyula Keszthelyi 2009, Lázár Madaras 2010, Waldemar Kühn 2010, Ivo Muncian 2009, Ion Marin Almăjan 2009.) Even more importantly, in their professional relationships, according to journalists, GDPP censors were "ingenuous" and "harmless". But one can consult published subjective accounts too in this sense. Besides negative evaluations such as "exigent politrucks, faithful to the regime", "body of torturers" (Nicolae Melinescu's account), "shallow, uncultivated activist" (Adriana Bittel), "people alien to culture, who acted randomly, not governed by criteria, but whimsically and out of instinct" (Simona Popescu), subjective accounts of censorship contain many positive assessments concerning censors (GDPP, CSCE and Party officials) such as "he [talking about censors in general] was affiliated not just with evil" (Dumitru Radu Popescu),

"knew their own place", meaning that they approached the journalist/editor with a certain esteem. They were not subject to the whims and fancies of their own opinion or state, but could point to a specific censorship disposition, and were willing to communicate the reason for their interventions.[43] "Good censors" were aware of the interpretability of propagandistic guidelines and were open to debates. These debates were not at all about contesting current ideological issues or dispositions, rather they were discussions of a political-ideological nature with the purpose to reach an ideologically tenable decision that would shield both the censor and the editorial office from later criticism. The censor open to debate expected to obtain from the editor:

> […] persuasive literary or political-scientific arguments, precedents – possibly the most recent ones, – themes singled out from the speeches of the general secretary of the Party, newly issued Party documents or simply from *Scânteia* [The Spark] that could be applied *pro domo* and would ideologically support his/her decision.[44]

So "good censors" did not exaggerate in their job, yet they judiciously and accurately executed censoring work. In other words, "good censors" neither deleted in excess nor did they leave issues in the paper that could endanger its

"a person who loved and really fought for good books" (Ileana Mălăncioiu), "normal people" (Dan Verona), "a very nice lady" (Daniela Crăsnaru), "really cultivated people", "they were human after all: some would negotiate, others could even close an eye" (Denisa Comănescu) etc. Cited in Nicolae Melinescu: Cenzura: atentat la dreptul de informare corectă [Censorship: Plot Against the Right to Information]. In: Rad (ed.): Cenzura în România, pp. 87–94, here: p. 87; Adriana Bittel: Evil Sieve. In: Vianu (ed.), Censorship in Romania, pp. 162–164, here: p. 163; Simona Popescu: The Black Holes. In: Vianu (ed.), Censorship in Romania, pp. 225–228, here: p. 225; Dumitru Radu Popescu: Burdened With the Censorship of Freedom. In: Vianu (ed.), Censorship in Romania, pp. 83–85, here: p. 84; Mălăncioiu: The Only Obstacle was Myself, p. 105; Verona: The Nightmare, p. 186; Daniela Crăsnaru: Recuperating Our Freedom. In: Vianu (ed.), Censorship in Romania, pp. 205–214, here: p. 207; Denisa Comănescu: Our Father Only at Home. In: Vianu (ed.), Censorship in Romania, pp. 219–221, here: p. 220.

43 Among examples for "[…] moments when one could find a way of collaboration with the censors too […]", Pál Bodor (editor-in-chief at the Hungarian TV editorial office) mentions a case when the censor finally told him what the problem was with a program: "He criticized a sentence in the TV recordings of a *Korunk* meeting in Oradea. Then he cited another sentence to be cut. Finally he said between him and me '[…] I don't want to search for a third pretext. Edgár Balogh cannot appear on the screen, that's our strictly confidential order. But I cannot play with you any longer; this is the real reason I have to take out this material'." (Interview with Pál Bodor in Bányai (ed.): Sikertörténet kudarcokkal, p. 54.) The material was not released, but from the narrative it seems that the editor-in-chief was partly contented. This was probably because the censor could provide a justification; he shifted the blame to some other, higher forum, and confidentially disclosed a piece of classified information, all this indicating his cooperative attitude.

44 Domokos: Mese a vörös plajbászról.

future appearance or could result in sanctions against the editorial personnel.[45] In addition, "good censors" facilitated editorial work by informing the editorial staff of classified dispositions in advance, by warning or counseling them even before the control procedure started.[46] Finally, in the event that something slipped through, "good controllers" were expected to somehow hush up the incident.[47]

To be sure, there were also more rigid and watchful, as well as categorically "bad censors", names that appear more frequently in stereotype-like accounts of censorship compared to the names of "good censors".[48] From the point of view of editorial offices, "bad censors" were those who out of simple self-interest (such as avoiding potential criticism) were excessively zealous in fulfilling

45 Former editor-in-chief at *Fáklya* (Torch, Hungarian local Party newspaper, Arad) Rozália Péterfi recalls in appreciative terms the accurate work executed by the head of the local GDPP collective: "I worked mostly with Mannheim, and I would like to note that he was a very reliable and decent man, and very cultivated too. He was completely deaf; therefore, he read the newspaper without being disturbed by external conditions. […] He read the paper very carefully, then went to the issue responsible and said uneasily, 'I have found a couple of errors, if you want to, correct it.' Of course, everybody wanted to correct it, and immediately jumped to make the change." (Interview with Rozália Péterfi 2010.)

46 Deputy editor-in-chief of the same newspaper (*Fáklya*), Tibor Mórocz, emphasized the helpful gestures of local censors: "They knew the journalists, some were even friends. Though they were not really erudite people […] But to facilitate our work, they let us know certain issues. They came to the editorial office once a month and told us about their new dispositions. We knew what could be done." (Interview with Tibor Mórocz 2010.) Interestingly, using almost the same words, a journalist of the *Banatske Novine* (Banat Newspaper, the Serbian local Party newspaper, Timișoara), Ivo Muncian, mentioned that "working with censors was in general a matter of trust, after all we were colleagues", and more specifically, "He [the censor] used to tell us what topics to avoid in the articles, for instance, economic and technical issues, in order not to waste our time and spend the whole night at the press house." (Interview with Ivo Muncian 2009.) The same thing is recalled by Waldemar Kühn working at the German radio broadcast in Timișoara. (Interview with Waldemar Kühn 2010.)

47 Regarding the monitoring activity of the Party officials, Mihai Milca, journalist at *Scînteia Tineretului* (Youth's Spark, newspaper of the UCY, Bucharest), pinpoints their protective undertaking: "The supervision was not done in a militaristic manner, in the sense that there was somebody who watched us all the time. There were discussions on the leaders' level of the editorial office with the 'tutor' from the press section about a series of headings for a longer time period, two or three months, if there were certain campaigns. Our attention was directed towards some accents that had to be placed, […] and, *of course*, *in certain situations they made sure they recommended protecting an author who made a mistake*, *taking him/her out of the spotlight a bit*. […] *There were not just forms of reprisal; sometimes there were forms of protection for the journalist concerned*." (Emphasis added by Á. K. Interview with Mihai Milca in Boboc: Interviuri cu foşti reporteri ai ziarului "Scânteia".)

48 Names most frequently associated with an evil reputation: Mihai Dulea (deputy president CSCE), Suzana Gîdea (president CSCE), Sándor Koppándi (CC RCP), and Sándor Pezderka (CSCE). One of the "star" Hungarian censors was Viktor Fülesi (GDPP, CSCE), but the name of Elena Docsănescu (GDPP, CSCE), Júlia Rădulescu (CSCE), and Radu Constantinescu (CSCE) regularly appear among the good censors too. (See also Ilie Rad: Postfață [Afterword]. In Rad (ed.): Cenzura în România, pp. 7–15, here: p. 15.

their tasks, persons who were vicious towards particular authors or publications, did not explain the reasons for interventions, or gave "impertinent" answers, such as "I don't like it!" or a concise: "No."[49]

To summarize, a "good editor-in-chief" was required to maneuver on the line between the permitted and forbidden topics and to extend the possibilities of publication, and to this end he/she was expected to make use of his/her professional and personal contacts too. Likewise, there are a few elements among the characteristics of the "good censor" that indicate activities of an informal nature: negotiating on manuscripts, leaking confidential information, counseling or protecting the editorial staff.

Informal information exchange, informal ties

When reading contemporary records and recollections, one encounters a striking amount of references to "it is said", "it is whispered" or "I have heard from …", thus to information circulating through informal channels. It seems safe to argue that people looked for alternative and reliable sources of information as a counter-reaction to censorship and propaganda, as well as to the secretive nature of decision processes and outcomes.

Information circulating through informal channels covered a wide domain: from natural calamities and anomalies in the functioning of the industry and education system to the activity of the secret services (concerning informers, inquiries by the *Securitate*, search and seize events), the relationship with Party officials and their activity (calls to account, dispositions), the personal qualities and attitudes of leading officials, classified provisions or provisions under preparation, the everyday life of editorial offices and censorship practices (prohibitions, deletions, and so on). Some of this information could not be released at all, or could not be discussed in a critical tone in the official media. Yet it could not be informally debated with random people either.

Consequently, most of the information exchange took place through personal affiliations based on mutual confidence, via face to face encounters, phone calls and correspondence among members of the press, publishing intellectuals, and other personal acquaintances who were not members of the guild. Meetings took place in entirely informal situations (such as personal

49 See Ernő Gáll on the "cynical and impertinent" new CSCE censor of 1984. (Ernő Gáll Dávid Gyula, Éva Gáll (eds.): Napló. I. 1977–1990 [Diary I. (1977–1990)]. Kolozsvár 2003, p. 128) Unfortunately, shortly after Gáll received this CSCE official, another "totally incompetent" person was assigned to supervise his journal at the level of the local Party, which moved Gáll to request the return of his former censors, whom he regarded able to analyze his journal. (Ibid., pp. 126, 134).

visits, bumping into people in the street), but officially organized events (for instance, central meetings of the writers or editors-in-chief, or events in which writers "met their readers") also offered the possibility for gatherings where people could receive and share information not circulated through official channels. Larger-scale meetings convoked by central organs offered an opportunity for editors working in the provinces to meet colleagues from Bucharest and employees of the central organs, events that were capitalized on by editors to collect information about their paper, their own situation and general issues of concern, as well as to "arrange stuff". On the whole, informal links draw professionals together outside their workplace, allowing them to discuss their problems and options, to counsel each other on proper strategies, which included proposals of whom to contact from higher circles in the event of problems.

It is very important to observe that personal relationships overlapped with formal relationships spaning formal organizations, namely, those existing between editorial offices, the censors' offices and the Party. In a sense, this was already given by the norm of interlocking memberships, the fact that editors-in-chief usually bore nomenclatural positions. Although one might have engaged in carefully planned networking and nurturing nexuses out of sheer opportunism, a significant part of these relationships were based on sincere professional appreciation or personal sympathy. It is a fact that even a superficial personal contact was preferred to a mere formal, bureaucratic nexus.[50]

50 In 1971, József Méliusz (writer, vice president of the Romanian Writers' Union) warned Gáll that he should no longer delay introducing his assistant in the "most important places" in order to avoid the first encounter taking place when he was called in to be rebuked. He proposed visits to Dumitru Popescu (chief ideologist, secretary of the Central Committee (CC), president of the CSCE), Dumitru Ghișe (vice president of the CSCE), Pavel Nicolescu, Gheorghe Stroia (instructor at the CC), Paul Niculescu-Mizil (member of the CC Secretariat and the CC Executive Committee), Andrei Vela (deputy chief of the Press Department of CC), Miron Constantinescu (member of the CC Secretariat and deputy member of the CC Executive Committee), Mircea Malița (minister of education), yet Méliusz suggested to Gáll that he also consult János Szász (their common friend, then secretary of the Romanian Writers' Union) in this respect. (Letter of József Méliusz to Ernő Gáll on 7th December, 1971 in Ernő Gáll, Dávid Gyula, Éva Gáll (eds.): Levelek 1949–2000 [Letters 1949–2000]. Kolozsvár, Budapest 2009).
To cite another example, former editor-in-chief Lázár Madaras explained that he could continue his predecessor's work at *Brassói Lapok* (Brassó Magazine, the regional Hungarian Party weekly) due to the contacts nurtured by the previous editor-in-chief with CC people. "These contacts lasted. Sándor Albert [former editor-in-chief] retired, and a short time later he passed away. I took over these contacts. He [S. Albert] introduced and recommended me to everybody. With this background, he too managed to make a good newspaper …" (Interview with Lázár Madaras 2010).

So, due to their formal scope of duties and political positions, editors-in-chief were in constant contact with party and state officials even at the highest levels of the hierarchy. Through years of joint work and social contacts, formal professional nexuses could evolve to personal acquaintances, even friendships. Frequent encounters, closely located offices, and common objectives (like avoiding sanctions meted out by the Party or a genuine concern to publish a piece of work) made some "good censors" appreciated partners of editorial offices.[51] It was also a possible scenario that personal contacts preceded the appearance of the formal nexus in the censorship system, for instance, acquaintance from high school or university days or membership in similar academic or political organizations. Turns and shifts in professional careers, rotation and multiple memberships meant that personal and professional networks grew, as well did cross-organizational informal networks.[52]

It can be added that changing the role of the controlled to that of controller does not imply radical shifts in personal allegiances. Many officials who monitored publishing used to work in the media and continued to nurture cordial relationships with their former colleagues.[53]

---

51 The importance of meeting face-to-face is explicitly mentioned in Cseke's memoir too. He notes that during his job as editor-in-chief at *Ifjúmunkás* they had no problems with censors in general, "tiny rashes were always cleared in a joint agreement by phone call" (Cseke: Jelentések magamról, p. 221). Nevertheless, already working at *Előre*, he shared his office with "one of the most experienced media controllers from Bucharest", who was hired in 1977 (when the CPP was abolished) specifically with the purpose to continue his job as a censor. Cseke writes about his new colleague as follows: "[…] the living censor I came to know was more gentle and more humane than the bogey-man we imagined and which we sometimes used to depict. […] The censor was a quiet fellow worker. Sometimes, when we had nothing to do, he gladly spoke about his family, youth, professional experiences, the beginnings of the young workers' movement. He confessed that he knew Hungarian just on reading level, […] we introduced together, with accord, incidental corrections to the typographic pages." (Ibidem, pp. 252–253).

52 These relationships are illustrated with exceptional details in Ianoși's memoir, which includes short biographies, a focus on personal traits of persons mentioned, as well as observations concerning professional and personal relationships among them. (Ianoși: Internaționala mea).

53 Here is another example from Cseke's experience. (Cseke: Jelentések magamról, pp. 281–289.) He published a reportage in *A Hét* that outraged local readers and Party officials alike. Complaints were made to the editor-in-chief of *A Hét* (Sándor Huszár), the editor-in-chief of *Előre* (where Cseke was employed) and to the CC Press Department requesting that Cseke be sanctioned. The two editors-in-chief were rather irritated, but took no measures against him. Moreover, at the same time the head of CC Press department protected him too. On this official and their nexus Cseke writes: "[…] *for many years he led the Romanian youth journal, and we had our apartments in the same tower block, similar stairwell: he lived on the fourth floor, me above, on the fifth, and often he came up or I went down to him to discuss our shared concerns. Formerly we were both leaders of the youth organization, and our editorial offices were located close to each other at the Press House* [*Complexul Casa Scânteii*]. He was a circumspect and

Naturally, the depth of these relationships depended to a large degree on the personal habitus of the actors involved. Yet apparently all editors-in-chief had a number of useful contacts, friends and "protectors" among politically influential persons, while the same official could be more or less hostile to others.[54]

These nexuses could be activated with different purposes. Perhaps the most frequently mentioned phenomena is that due to their networks editors-in-chief and other leaders of cultural institutions managed to intervene on behalf of their acquaintances in issues of employment, averting or attenuating sanctions, acquiring passports, recommendations, gaining and delivering medica-

---

master person of the press, later a member of Ceaușescu's entourage, prime secretary of the party – president of the state, press correspondent on his [Ceaușescu's] trips abroad, there he was noticed, and soon he became the press head of the Party." (Emphasis added by Á. K. Ibidem, pp. 288–289) Regarding the problematic issue, "He asked me with the *familiar tenor of old companionship*, with no swaggering at all, what to do with me, because he could not cope anymore with local complaints and pressures." (Emphasis added by Á. K. Ibid., p. 289.) Eventually nothing happened. In an attempt to calm them, editor-in-chief Huszár visited local officials and a slightly critical article appeared in the newspaper against the reportage. The CC press department received a new head, who dropped the issue.

54 For instance, Sándor Koppándi (CC Press Department), who in general was considered by his contemporaries to be the biggest enemy of Hungarian cultural life, was a close friend of Győző Hajdú (editor-in-chief of *Igaz Szó*, True Word), who, for that matter, was considered the biggest traitor. (Jakabffy Elemér Foundation Dossier K571, Cluj-Napoca) However, Koppándi kept close contacts with a couple of editors-in-chief (Sándor Dali, Antal Albert, Sándor Albert), his former journalist colleagues at *Előre*, who managed to run decent local newspapers in the 1970s by benefiting from Koppándi's support. (Interview with Lázár Madaras 2010, József Rebendics 2010, István Koszta 2010).

Let me present some further examples: Gáll maintained close contacts with Miklós Kallós, who was in charge of cultural and press matters for a long period at the local party apparatus in Cluj, being a "special lector" after 1977. In parallel, both were professors at the Faculty of Philosophy in Cluj. He considered Kallós competent to analyze his journal and remarked his willingness to help in critical times such as issues related to the journal and Gáll's retirement. (Gáll: Napló, pp. 102, 106.) In his diary he literally mentions two names as his "contacts to higher circles": Valter Roman and Miron Constantinescu. (Ibid., p. 117.) Old ties linked him to Dumitru Ghișe too, who was also a former colleague teaching at the university, secretary of propaganda for the region, vice chairman of the CSCE in the 1970s, and who worked in the central party apparatus in the 1980s. (See also the editors' footnote 31/1983 in Gáll: Napló, p. 427).

Huszár mentions two names as his main "supporters": János Fazekas (vice-prime minister of Romania from 1975 to 1989; Huszár wrote his speeches) and Dumitru Popescu (who was known not without good reason as "Popescu the God" in media circles). Huszár was demoted in 1983 on the basis of trumped up charges, and he links this event to the fact that Popescu was no longer there to protect him. "In '83, he [D. Popescu] could not protect me anymore, he had already been removed, despite the fact that till then he had written Ceaușescu's speeches." Interview with Sándor Huszár in Bányai (ed.): Sikertörténet kudarcokkal, p. 241.

Pál Bodor, journalist and director of the TV Hungarian department, had as a contact Mihály Gere, his brother-in-law who was a CC member; Andrei Vela was his former classmate from high-school, and deputy of the Press Section of CC. Interview with Pál Bodor in Bányai (ed.): Sikertörténet kudarcokkal, pp. 77–78.

tion, and so on. These networks were equally important from the point of managing everyday work of editorial offices, like securing the proper amount of paper supplies and other raw materials used in the typographic industry, solving bureaucratic impasses and pressing the pace of the approval process or in protecting their staff.

Nevertheless, personal ties were of paramount importance in the flow of information regarding the functioning of the censorship system, and had also an important impact in this regard. Géza Domokos, general director of the Kriterion publishing house[55] between 1970 and 1990, and perhaps the most important chain in the relationship between editors from the provinces and cultural life from the capital city within the Hungarian cultural sphere, said that a particularly important aspect of staying close, for instance, to the Writers' Union was that

> one could receive important information: what laws and party decisions are being taken, what expectations are being formulated in party circles, what is to be paid special attention, regarding censorship for instance, what is the news within the literary circles in the capital city […].[56]

Before turning to the deeper analysis of informal practices however, I wish to nuance the picture previously painted concerning informal ties between media people and controlling forums by pointing out the fact that neither the media people nor the controlling forums can be considered a unified camp. Professional rivalry but also political intrigues were frequent between editorial offices as well as within the staff, and restructuring the censorship system in 1977 produced even more new conflicts.[57] The obvious discrepancy between the declared policy of censorship (that is, no more pre-publishing censorship) and the actual practice in the 1980s gave birth to dilemmas regarding the acceptance of external intervention in the publication process. The main tormenting questions were whether, if they defended their position strenuously enough against the intervention of controlling forums, the compromises would pay off or not, and so on.[58] This was a recurrent topic of disputes between more

55 The Kriterion publishing house was established in 1969 as a publishing company for minority languages, and its editorial activity encompassed publication in Hungarian, German, Ukrainian, Serbian, Yiddish, Slovak, Russian, Turk and Tatar.

56 Interview with Géza Domokos in Bányai (ed.): Sikertörténet kudarcokkal, p. 151.

57 For exmple, within the Hungarian media the permanent denouncers were considered to be editors-in-chief Dezső Szilágy (*Előre*) and Győző Hajdú (*Igaz Szó*). On inside struggles see the example of Ernő Gáll and the deputy editor-in-chief Győző Rácz at *Korunk*. (Gáll: Napló.)

58 Gáll: Napló, p. 60.

cautious and rebellious staff, and although there was virtually no editor-in-chief who was not involved in making compromises, all were quick to point to the "cowards".[59]

Furthermore, there was always a strain between the state officials and the party functionaries in charge of supervision. On the one hand, this was due to the status of the Party as the supreme forum of control that meted out the penalties too. As a result of the post-publishing control, both the editorial offices and the censors could be sanctioned for not properly applying censorship norms. On the other hand, forceful interventions of the Central Committee (CC) in pre-publishing control after 1977 also gave rise to tensions and rivalry between the two controlling forums. This is primarily due to the fact that parallel reading did not always produce similar opinions on the text. The CC supervision was a sensitive issue for the employees of the CSCE, *inter alia* because they felt their professional competence was being called into question.

For an incident that occurred between CSCE and CC RCP officials, see the letter of Sándor Huszár to Ernő Gáll on 25th October, 1982.[60] Since this letter mirrors several phenomena discussed so far (for instance, informal information exchange between the controllers and the controlled, grapevine communication between peers, "good censors"), I shall cite nearly the entire text:

> Ernő!
> You should know the followings: Tamási [Gáll's article on the writer Áron Tamási] was removed (a month now) from the journal because of Koppándi [Sándor Koppándi, official of the CC press department]. A kind of justification [was] that the Council [CSCE] (Júlia Rădulescu, Radu Constantinescu) should inform itself better. As a consequence, these people – because they were also humiliated by Koppándi's methods – translated your writing and presented it to I. T. Ștefănescu, first deputy president [at CSCE], who regarded it as good. Júlia called me on Friday, saying she had been called by Radu from the Central

59 After experiencing extensive censorship at *Korunk* (60 articles (240 pages) removed mostly on CC level in 1983) and after his retirement (in 1984) due precisely to his incapability to cope with the general conditions of editorial life, Gáll is extremely offended by the refusal to publish his article in *Utunk* (Our Way, Hungarian literary journal), and in his diary calls the editor-in-chief Lajos Létay a "coward and opportunist" for accepting the newly issued CC disposition, according to which *Utunk* was entitled to publish only belletristic. (Gáll: Napló, pp. 121, 150) In his letter to Létay on 15th April, 1985, Gáll urges him to deploy all his influence as a CC member and the secretary of the Writers' Union to abolish this provision. As Gáll summarizes his main point at the end of the letter, "I know very well what this means in terms of stress, responsibility and nerves. Nevertheless, you have considerable political capital and credibility in official circles, and you could/should capitalize on it better." (Gáll: Levelek).

60 Gáll: Levelek. Names appearing in square brackets were included by the editors of the volume, the other explanations were added by Á. K.

> Committee, and asked me to go to the Council, because he would soon be arriving there too. That was the time when we discussed your manuscript. This means that he discussed it at the White House too. He didn't tell me with whom, but it seems that it was with Vincze (as a participant), because the observations […] indicate that. If this is true, then it means that they challenge Koppándi. When I was up there I was told several times that K's methods are humiliating. So there is an issue that can be used as the occasion serves: the Council rebelled against Koppándi. Of course, we have to be careful because this thin footbridge can collapse in no time. The moral strength of these guys is, unfortunately, low.
> By the way, I have also heard from them that Florescu [Eugen Florescu] leaves the [CC] press department (according to some, he is going to be editor-in-chief at Scânteia, TV-director according to others). It is also said that Mitea [Constantin Mitea] would replace him, which is good, because M. is a straight person. Naturally, in a new situation, we should immediately bring up the Koppándi issue.
> We should talk indeed.
> Doing something would be even better.
> Greetings:
> Huszárúr [Mister Huszár]

Having clarified this, in what follows I shall discuss specifically the informal practices. The presentation proceeds in two subsections according to their impact on the workings of the formal system: informal practices that stretch the borders of censorship and informal practices that reinforce these norms, that is, informal practices that undermine (competing informal practices) and those that contribute to the effectiveness of censorship (complementary, substitutive and accommodating practices).[61]

Four types of informal practices. Competing informal practices. Stretching the borders of censorship

As Mircea Bunea, a former reporter at *Scânteia* [The Spark] succinctly worded the essence of this practice: "You looked for proper persons in proper positions to promote materials you believed in."[62] Sometimes, due to informal contacts and practices, the norms of censorship could be favorably interpreted, and as a consequence certain manuscripts could be published or were protected from interdiction. On the one hand, this implies discussions, negotiations between

61 The conceptual typology of informal institutions/practices is developed in Ágnes Kiss: Censorship.

62 Interview with Mircea Bunea in Boboc: Interviuri cu foști reporteri ai ziarului "Scânteia".

the "good editors" and the "good censors", the "good censor" turning a blind eye before or after publication, and on the other hand the commonly known activity of pulling strings, that is, targeting the proper persons who could intervene (directly or through their own contacts) on behalf of the texts.[63] Acquiring information on secretly prepared decisions was equally important, because countermeasures could be taken before the final verdict was given. These practices qualify for the competing category of informal practices, as they imply resisting formal rules and procedures in a clear attempt to divert expected formal outcomes. Hence, one can consider that the effectiveness of censorship was reduced.

The following examples of personalized networks used for influencing pre-publishing and post-publishing control illustrate these well. Actually, the first story to be presented here ended in a complete fiasco. However, most probably precisely because of the failure it was preserved both in the correspondence and diary notes of the editor-in-chief involved, Ernő Gáll; furthermore, it is a proper example of a case in which several people were mobilized on behalf of a single journal article.[64] At stake was a series of interviews conducted by Gusztáv Molnár (editor at Kriterion) with the "elderly generation" of (mostly) Hungarian intellectuals and politicians concerning their activities in the period from 1940–1944, and the activity of the Hungarian parties after 1945, the Hungarian Popular Alliance (Magyar Népi Szövetség) and the Union of Hungarian Workers (Magyar Dolgozók Szövetsége).[65] It was planned to be published in *Korunk* [Our Age] in 1980 with the title "Historical Dialogue". According to the Party dispositions in force, this topic required special approvals, implying a report issued by the Party History Institute. The "terrible tug of war" (as Gáll puts it) played out as follows: the editor-in-chief agreed with the employees of the CSCE (László Hegedűs and Béla Szász) that instead of

63 It also happened that the weakest chain in the censorship apparatus was targeted. "Try to make your manuscript reach Z [CSCE employee]. He is not too smart and you will reach an agreement with him. He doesn't usually change much in a book", editor Mugur advises the author Verona concerning a problematic volume of poems. (Explanation added Á. K. Verona, p. 180.) The contact person Verona finds is one of his colleagues at the broadcasting corporation, who was in the same faculty cohort with the head of the directorate dealing with publishing houses at CSCE. The argument transmitted to the CSCE official is that Verona prefers Z. because he is quick. "The book reaches Z. indeed, and it returns intact to the publishing house." (Ibid.).

64 See the letter by József Méliusz to Ernő Gáll on 4th February, 1980, and Gáll's response on 27th February, 1980. (Gáll: Levelek.) See also Gáll's diary. (Gáll: Napló, pp. 60–62.) Information presented in this story was checked and completed by an interview with József Aradi, former editor at *Korunk*, who edited and submitted the article in question. (Interview with József Aradi 2012).

65 The interviewees were József Méliusz, Sándor Kacsó, Tudor Bugnariu and István Lakatos.

contacting the Institute from Bucharest the editorial office would approach an employee of the local branch of the Institute, who – according to the calculus of the editor – could have written a proper report, a "good" one in the sense presented in the first section of this chapter. Besides the editor-in-chief, the CSCE instructors were contacted by one of the still influential interviewees (József Méliusz) and a journalist who had been a high-ranking official of the CSCE (Zsolt Gálfalvi), both relatively close friends of the editor-in-chief. All agreed that the local report would suffice to cover the CSCE. Apparently, the CC official in charge of checking the journal (Sándor Koppándi) was also informed about this decision. After all settled, the editor-in-chief was still hesitant (among other reasons because of an approaching party control) and contacted the CSCE again, who eventually decided to pursue the safer course: they proposed requesting the approval of the central Institute. This hesitation resulted in the CSCE officials starting to suspect that the article was hiding some "terrible bomb" and that the editor-in-chief was trying to shift the responsibility for it to the CSCE.[66] In the end, the editor-in-chief decided not to challenge the CSCE, but wait for the report issued by the central Institute. Typically, withholding the article from printing stirred a storm of indignation on the part of the persons endorsing the publication. The verdict of the Institute arrived a couple of months later, and was showed to the editor-in-chief by one of the officials contacted previously (Béla Szász). In Gáll's interpretation: "There are qualifiers marking the good old 50s. It is not about Romania, does not follow the Party line, moreover, as it [the conversation] would suggest that the period after the 23rd of August [1944] was worse than Horthy's fascism. Otherwise, it is not permitted to write about Stalinism, Trotskism and the Catholic bishop Áron Márton …"[67]

For a more complete picture of this story one might add that the entire proceedings, including attitudes and emotional reactions, were closely monitored by the Securitate.[68] Information about the internal affairs of the editorial office was obtained through two informers working at *Korunk*, whereas in content-related issues an external expert "source", a recognized Hungarian writer, produced a detailed analysis of the manuscript.[69] For the editorial per-

66 According to József Méliusz.
67 Gáll: Napló, p. 65.
68 National Council for the Study of the Securitate Archives, Bucharest. ACNSAS, Direcția Arhivă Centrală, I 210370, vol. 6, ff. 149–199.
69 The Securitate did not record all steps taken by the editorial office, yet the two pictures largely coincide. In addition, the Securitate knew that Gáll also contacted the author, Molnár, as well as Géza Domokos with regards to the opportunity to publish the interviews. The latter was against it.

sonnel was initially in favor of publication, but the Securitate induced doubts through its informers, and official documents testify that even the idea of contacting the historian from the local branch of the Party History Institute was suggested by the Securitate. Needless to say, this person was their "source" as well, and refused to write a positive report. To all appearances, the Securitate was most contented with all the uncertainty and perplexity caused, as well as with the outcome of delaying publication.

The next example is a success story from the domain of book publishing. More precisely, it is about the monumental project of Attila T. Szabó's *Erdélyi magyar szótörténeti tár* [Historical Thesaurus of Transylvanian Hungarian], the publication of which commenced in 1976 at Kriterion. After severe prepublishing control,[70] the work and the author was repeatedly attacked and saved by chains of interventions that included coincidental and permanent interpersonal links.[71]

In 1980, somebody denounced the second volume of the *Thesaurus*, published in 1978, before the national Ideological Committee.[72] The Ideological Committee was led by the Party's ideological secretary, while the members were the editors-in-chief of the main Party journals, people of the CSCE, the Union of Communist Youth, and so on. The secretary of propaganda of the Central Committee of UCY was also a member of this committee, but he did not speak Hungarian, so he privately asked József Varga, who was formerly his subaltern at the CC UCY, now editor-in-chief at *Ifjúmunkás*, to make a short report on this issue. Having to complete the job but knowing nothing about this lexicon, Varga despairingly contacted Gábor Cseke, the former editor-in-chief of his journal, now deputy editor-in-chief at the central Party daily *Előre*, and under strict confidentiality showed him the text of denunciation and asked him to make the report. Cseke urgently wrote it, arguing with the entire propagandistic arsenal on behalf of the project. Yet, instead of one copy, Cseke wrote three: one for Varga, one for Géza Domokos, general director of Kriterion, and one for Dezső Szilágyi, his own boss, who was also a member of the ideological committee. Domokos, having no previous knowledge about the

70 The *Thesaurus* contained as examples sentences cited from contemporary written sources. According to the editors working at the publishing house, these primary sources could not have been published separately, but entire texts could be reconstituted by matching together sentences included in the *Thesaurus*. The controllers figured it out too, and ordered the rarefaction of examples. Interview with László Csik in Bányai (ed.): Sikertörténet kudarcokkal, pp. 93–94.

71 On intervention on behalf of the author, see the interview with Lajos Demény in Bányai (ed.): Sikertörténet kudarcokkal, p. 123.

72 The upcoming events are described in Cseke's memoir. (Cseke: Jelentések magamról, pp. 27–30).

offence, immediately contacted his trusted friend, Valter Roman, that time director of the Political Publishing house and a member of the ideological committee. The meeting of the ideological committee took place, but the request to stop the circulation of the published volume was rejected. A couple of years later, however, another volume was contested in front of the same committee.[73] Allegedly, this time it was denounced by the previously mentioned Dezső Szilágyi. The already finished condemnatory speech of the CC secretary reached Pál Bodor, the director of the Hungarian department of Romanian television through Mihály Gere, who was a member of the CC, but also his brother in law. Gere's speech was prepared by Bodor, and as a consequence of this intervention the CC secretary recalled his report.

Activating contacts to intervene on behalf of particular texts or the editorial offices was sometimes successful, sometimes not. For instance, when the control of *Korunk* became tighter and more and more chaotic in 1983–1984, after consulting a couple of friends, Gáll tried to obtain the support of a few influential acquaintances, among them Dumitru Ghișe and Constantin Mitea.[74] The first person, Ghişe was approached as an academic, a publishing colleague. Gáll devoted large parts of his letter to praising Ghișe's last university presentation as a guest lecturer and his latest book, and recommended him one of his own freshly published articles. At the end of the letter, Gáll asked Ghișe to inform him about the situation of his journal the "comrade rector" of the "Ștefan Gheorghiu" Academy, Dumitru Popescu, "who always seemed receptive" to their problems.[75] Their political statuses are mentioned nowhere in the letter, yet both were senior party officials, and "Popescu the God" was one of the most influential figures in press issues.

The letter sent to Mitea contained a detailed description of the major problems faced by *Korunk*. Mitea was one of Ceaușescu's counsellors on press issues;[76] however, editors-in-chief regarded him regarded to be a "straight person"[77] who also appreciated Gáll's work, as the latter learned from his acquaintances working in central Party offices.[78] In a face-to-face meeting marked by

73 Interview with Pál Bodor in Bányai (ed.): Sikertörténet kudarcokkal, p. 60.

74 Gáll's letter to Dumitru Ghişe on 3rd January, 1984. Gáll's letter to Constantin Mitea on 26th February, 1984. (Gáll: Levelek.) See also Gáll's diary. (Gáll: Napló, pp. 124–126, 130.)

75 Ibid.

76 On Mitea's carrier see Christian Levant: Mitul lui Mitea [The myth of Mitea], <http://www.adevarul.ro/life/sanatate/Mitul-Mitea_0_48595249.html>, 17.12.2017.

77 See Huszár's letter to Gáll on 25th October, 1982, cited almost integrally at the end of the previous subsection. Some Romanian journalists also recall Mitea as a "brick" (*pâinea lui Dumnezeu*). (Levant: Mitul lui Mitea).

78 József Illés was working at the CC Press Department and he repeatedly assured Gáll that Mitea "earnestly respects" him, which stimulated Gáll to contact Mitea. (Gáll: Napló, p. 119).

Mitea's "complaisant" and "benevolent" attitude, Mitea and Gáll agreed that the latter should put everything on paper, and on that basis Mitea was going to inform Ceaușescu.[79]

Eventually, all these attempts failed, and because of the "stifling mistrust" manifested by the controlling forums, Gáll decided to resign.[80] Nevertheless, this seems to reflect the general tendency of the 1980s: personal contacts became less and less useful, and latitude shrank on every level of the hierarchy.[81]

Complementary, substitutive and accommodating informal practices. Reinforcing the norms of censorship

When formal ties and positive personal relationships overlap, i. e. when the superior and inferior, the controller and the controlled were friends, good acquaintances or just sympathetic to each other, their informal cooperation could also reinforce the norms of censorship. Due to the nature of their relationship, the "command" could be easily transubstantiate into "forewarning", "notifying" or "help" mutually interpreted as benevolent gestures. Moreover, psychological pressures could also play a role in implementing control.[82] Yet in the course of informal personal and professional contacts the editors-in-chief received directions that were entirely in line with those that could have also

79 Gáll: Napló: p. 124.

80 See the letter addressed to Mitea, and diary entries form 1983 and 1984 (Gáll: Napló), and Gáll's letter to János Szász on 11th September 1984. Gáll consulted his friends on this situation, mentioning in his diary Zsolt Gálfalvi, Andor Horváth, and Géza Domokos. (Gáll: Napló, p. 121).

81 As the former deputy editor Andor Horváth put it: "Though this structuring is a bit simplistic, I would say that the very difference between the seventies and eighties was that the previously 'softer' line of the guiding and controlling institutions – the responsible departments of the Central Committee, the Ministry, the Securitate – later hardened in such a fashion that it counted less and less who the person was: all state and Party officers acted more 'soldierly', that is, his/her latitude shrank irrespective of the function he/she bore, to a large degree it was confined to the execution of commands. The director of the ministerial department, even the minister himself was afraid, the functioning principle of offices was over-insurance". Interview with Andor Horváth in Bányai (ed.): Sikertörténet kudarcokkal, pp. 225–226.

82 Marin Sorescu, a well-known poet, writer and translator, recalls: "But the censor often happened to be a friend. He would come to you complaining that his career would be destroyed if you did not get rid of this passage or that one. When an official edited my text, I got terribly angry. But when the same person came begging that he would be ruined if I did not change something, asking me to understand him, saying that those things might be published later, in a better context, then I found it hard not to give in and give up the passage in question." (Sorescu: This Age Belongs to Primitive Energies, p. 92.) For similar arguments coming from censors see Dan Verona's account. (Verona: The Nightmare, p. 187.) Apparently similar considerations occurred on the side of authors towards the staff of editorial offices, to protect editors from possible retaliation. (Bittel: Evil Sieve, p. 161).

been transmitted and enforced through formal channels. In other words, these informal practices simply supplemented or replaced the formal means of censorship; consequently, they can be considered complementary or substitutive informal practices.

These benevolent acts of informing and counseling each other were present among peers too, and it seems safe to argue that all this information could ultimately contribute to the self-censorship of authors and editorial offices. Relying on friends, colleagues and social acquaintances as a source of information and advice was recorded by many persons; however, their contribution to self-censorship is rarely openly acknowledged.[83] Still, as Géza Domokos said about the mechanism of self-censorship: "[…] based on the example of his/her friends or peers, or from rumors, he/she [the author] knew the prevailing winds, what is acceptable now and what rather is not, partly or entirely, what are the topics or style that are allowed." He points to the fact that these information flows also allowed the spread of information about "[…] methods and tricks that make it possible to publish a manuscript […]", and succinctly concludes that "[…] these were taken into account and pondered upon – this is self-censorship".[84]

As already mentioned when constructing the profile of the "good censor", in order to "alleviate" editorial work, that is, to prevent journalists from undertaking fruitless work or to ease the burden of those working at the printing houses, "good censors" told them in advance about forbidden topics, names and works, in spite of the clear commands not to share some of that information. It also happened that censors communicated confidential information during the control procedure. Given that the censor was considered to be carrying out higher orders, and particularly because censors and editors shared a sense of connivance when talking about confidential information, journalists and editors complied more readily or light-heartedly with the norms communicated. These practices involved violating internal working dispositions of the censors' office, yet clearly fostered organizational aims. Hence, these practices qualify for the accommodating category of informal practices.

Let me present an example of gestures considered to be helpful acts coming from a high-ranking CC official in charge of monitoring the local press. This

83 "We talked about this aspect many times. Could this or that text be accepted by the censors?" (Ștefan Augustin Doinaș: Censorship Distorted Consciences. In: Vianu (ed.): Censorship in Romania, pp. 28–34, here: p. 32. Or Ianoși's observation about the meeting of "Muscovite writers" (including Géza Domokos, who attended the Maxim Gorky Institute in Moscow) that implied "[…] exchanging opinions related to their current work, at the CSCE, editorial offices and journals, cinematography and literature." (Ianoși: Internaționala mea, p. 399).

84 Interview with Géza Domokos in Bányai (ed.): Sikertörténet kudarcokkal, p. 153.

person, József Illés, originated from a Transylvanian town and cultivated particularly good relationships with the Hungarian editorial staff of local Party newspapers from Arad, Timiș and Bihor counties, but he also used to collect information and share it with other editors who contacted him for this purpose.[85] Regarding his role in leading Party structures, in a very bitter self-critical article published after 1989 he mentions that he did not leave his job because, however limited, this way he could help in some instances. This is a rather typical excuse formulated by former officials; however, it worth paying attention to the specific acts he lists:

> Oh, that help with which I beguiled myself, it was nothing. Frequently just a more human, sympathetic voice, a well-intentioned piece of advice, a hint, a signature, forcing somebody's assent. Bagatelle.[86]

Yet the former editors and journalists recall his help in more appreciative terms:

> Jóska Illés, a man from Oradea, was a very decent person. He was in charge of Hungarian newspapers. *He took such good care of us* … If he learned about something, something that happened somewhere, he immediately called us. *He called me and Gherasim* [editor-in-chief at *Szabad Szó*, Timișoara] *on his own initiative, and warned us to be careful with this and that*." – emphasized Rozália Péterfi, editor-in-chief of *Vörös Lobogó* [Red Flag] in Arad.[87]
>
> "[Local] Party organs preferred to announce to *Crișana* [the Romanian local Party newspaper in Oradea] the topic of the editorial, they kind of forgot about us [the Hungarian editorial office]. Then, *when F.I.* [Ferenc Illés] *became editor-in-chief we could learn the topic of the day more easily, because his brother* [József Illés namely] *worked at the Party Press Committee in Bucharest. He called his brother there to know what was discussed on that day, and hence we too found out what the topic of the editorial was*", recalls a journalist at *Fáklya* in Oradea.[88]

Besides indicating close cooperation based on informal ties between the controlling forum and the editorial offices, the two quotations point to two diffe-

85 As already mentioned, Illés offered information to Ernő Gáll regarding the situation of *Korunk*, clarified gossip about his retirement and plans to remove one of his editors (Lajos Kántor), or, as mentioned in the previous section, he assured Gáll that Constantin Mitea "earnestly respects" him. (Gáll: Napló, p. 102).

86 József Illés: Én is hibás vagyok! [I am guilty too!]. In: *Romániai Magyar Szó*, 1990, 24th April.

87 Interview with Péterfi 2010.

88 Cited in Zsuzsa Plainer: Controlul presei locale orădene în primii ani ai sistemului ceaușist. Descriere generală și aspecte minoritare [Control of local press from Oradea in the first years of the Ceaușescu-system. General description and minority aspects]. Cluj-Napoca 2012 (Working Paper in Romanian Minority Studies, 44), p. 9. Emphases and explanations by Á. K.

rent, but interrelated phenomena. While the first shows some gestures of the controlling officials gratefully accepted by editorial offices, the second already suggests a preventive strategy employed by editorial offices in order to avoid failure and potential criticism.

A distinctive mark of the preventive strategy is that moves were made before the formal control procedure started, that is, before the manuscript was officially forwarded to the persons in charge of checking it. One can identify two types of action here: consultation with the censors, and trying to obtain advance approval. The second type implies going one step further from consultation, because it resulted in some sort of informal agreement too. Obviously, editorial offices could also obtain information or approval through formal channels, so informal practices had their formal counterparts. This allows them to be evaluated as substitutive informal practices.

So, on their own initiative, editors sometimes contacted trusted censors with their manuscript long before submitting it for checking and adjusted their writing according to the changes proposed by them.[89] As Mihai Milca, a former journalist of *Scînteia Tineretului* [Youth's Spark] noted: "Interventions of the activists from the press department could also occur when the texts were sent by us in order to ensure that their point of view was in line with what we wrote."[90] Or here is a more concrete example that indicates the fact that Ernő Gáll personally talked to a censor whom he considered a "benevolent" and "decent" person, who pointed to the objectionable parts of an article, which Gáll modified accordingly.[91] In a letter sent to the publisher, Gáll emphasized that most of the pieces included in the submitted volume had already been published, and that the new writings, including the article mentioned above, had been carefully edited, and not simply by relying upon personal intuitions, but according to the advice of a professional.[92] The point of the recommendation is that the manuscript is "clear" and the checking procedure should not be problematic, and the request is to start editing as soon as possible.

From the letter to the publisher:

> For your knowledge [Géza Domokos, director of the publishing house], 80–90% percent of the texts from this volume are from the old volume, and except for two writings the new materials have already been published too. A section

89 See Gáll's letter to Géza Domokos on 1st March, 1978. (Gáll: Levelek).
90 Interview with journalist Mihai Milca in Boboc: Interviuri cu foști reporteri ai ziarului "Scânteia".
91 On these appreciative remarks, see Gáll's diary (Gáll: Napló, pp. 95, 124), and the letter sent to J. Szász on 11th September, 1984 (Gáll: Levelek).
92 Gáll's letter to Géza Domokos on 1st March, 1978. (Gáll: Levelek).

> from that about stereotypes was published in *Utunk* [Our Way], and a different version of it in *Valóság* [Reality] in Budapest. *I reworked it, and though there was nothing to object to in that either, I radically deleted everything that could possibly irritate somebody's hypersensitivity. In recent months I have talked about the article with Fülesi, who was the censor of the book at the time, and in that function he notified me that they had revised their stance, and with the price of some modification the article is publishable here* [in Romania] *too. Now the censor does not exist anymore, but I performed the self-mutilation myself* [sic!].[93]

Checking with controllers was also routinely practiced by editors. This consists in approaching the person in charge of checking to obtain advance approval for writing on a questionable topic. Sometimes informal agreements emerged between the controller and the controlled: if while elaborating the topic within the limits they came to an understanding, the controller would not raise objections about the manuscript during the checking procedure. These agreements could be used as a safety net in case the writing was hampered on different levels and in different forums of the formal control procedure.

Although this bargaining could be exploited to bend the borders of censorship in favor of the editorial office, these informal procedures also replicated formal control. Informal advice on what to modify or cut was closely followed because the interaction itself was based on the voluntary involvement of the editors, and they were careful to stick to the agreement and avoid spoiling these relationships.

As former editor-in-chief Lázár Madaras of *Brassói Lapok* [Brassó Magazine] recalled, he and some of his colleagues from other journals routinely visited Sándor Koppándi at home and discussed articles they intended to publish. If local Party officials objected, they could argue that it was already discussed at the CC level. However, they were careful to insure themselves on the side of the local officials too. Even after agreeing on the details, editors were "very attentive not to offend them" and were "all bent to observe [the indications], because this way they could not pick at [the editors]".[94]

As already noted, these insurance schemes could operate through formal channels too. In order to prevent wasting time and energy, editors-in-chief could and indeed did ask controlling officials whether or not they were allowed to publish on certain topics. For instance, before the 40th anniversary of the liberation of Buchenwald concentration camp, Ernő Gáll (himself a survivor of the camp) asked Koppándi "whether or not there was any deportation

93 Emphases and explanations by Á. K.
94 Interview with Lázár Madaras 2010.

according to them", but Koppándi did not consider himself the competent authority to decide on this issue and directed Gáll to the CSCE. So Gáll wrote an official letter to the director of the CSCE proposing this topic for one of the forthcoming issues of his journal.[95]

Having illustrated the three types of informal practices that reinforced the norms of censorship, I will allow myself two final remarks here. First, the examples in this section illustrate that editors-in-chief could obtain information or approval both through formal and informal ways. Hints on acceptable and forbidden topics were transmitted by peers and by controllers, yet most of the relevant information could have been received through formal channels too. Why prefer informal substitutive practices to formal ones? It seems safe to argue that, on the one hand, control was rendered more acceptable and manageable on a psychological level. On the other hand, one of the benefits of communicating off the record with more or less trusted officials was that there were no traces of possible "ideological-political deviations" by the author/editor/editorial office concerned that otherwise could be cited against them later.

Second, one can observe that there are differences in levels of awareness concerning the effects of these pursuits. Informal warnings coming from controlling officials or peers (complementary practices) and leaking confidential information (accommodating practices) were intended to be helpful and definitely not to strengthen censorship. Moreover, it left the players with the impression that it was a felicitous activity performed behind the backs of power-holders. Conversely, consulting and checking with controllers (substitutive practices) may have implied a more conscious alignment with formal expectations. Nevertheless, all these practices were voluntarily employed within the coercive controlling system, and regardless of the intentions they contributed to the effective functioning of the formal system.

Concluding remarks

The present study has uncovered everyday informal mechanisms through which the effectiveness of the Soviet-type communist censorship was maintained. The analysis shifted the conventional perspective on the ambiguity of censorship norms as an opportunity for political intervention to a way of regarding it as an administrative challenge. It also implied breaking with the dichotomous approach prevailing in the literature concerning the relationship and interactions between the "censors" and "authors", and looking beyond the stereotypical "oppressors" vs. "victims" interpretive framework, and their

95 Gáll: Napló, pp. 130–131.

"fight" respectively. Instead of focusing on the strains and conflicts between the controllers and the controlled as the dominant narrative on the functioning of Soviet-type censorship would suggest, or describing their behavior based on the instructions enclosed in official documents, the analysis focused on cooperation, positive relationships and the informal practices emerging out of their personalized ties.

Interview data, memoirs and contemporary documents concerning editorial life and censorship practices in Romania reveal that the administrative structures of censorship were heavily shaped by informal practices; furthermore, people involved in publishing tended to develop similar and rather stable responses to uncertainties and dangers related to formal censorship norms and practices. On the one hand, informal practices built on trust-centered relationships provided extra information about official expectations and the employment of ambiguous censorship norms. In turn, this information contributed to censorship executed by editorial offices or self-censorship proper. Complementary informal practices contributed to the spread of information regarding censorship norms via peers and "good censors". Some of these practices qualify for the accommodative category, because censors might have even infringed formal rules in an attempt to "help" editorial offices by disclosing classified internal information. Similar effects resulted in substitutive informal practices too, such as the preventive strategies employed by editors-in-chief, which worked in parallel to formal control and ultimately doubled official command. On the other hand, good personal relationships were used to collect information about the secretive and intricate censorship process, and to influence particular censorship decisions. The competing informal practices, such as negotiations between the "good censors" and "good editors-in-chief" and intervening through personalized networks on behalf of the manuscripts, could result in expanding the publication possibilities, saving certain texts from interdiction.

By way of conclusion, I wish to highlight the following results of the analysis: first, the personal networks that spanned formal organizational boundaries (editorial offices, censors' office, Party offices) provided fertile ground for the emergence of various informal practices. Second, these informal practices however had double and diametrically opposite outcomes: activating relationships based on mutual respect or trust could slacken the borders between permitted and forbidden topics, but they could also reinforce the censorship norms. Rather than consistently enforcing certain informal rules that would have undermined or strengthened the employment of censorship, actors engaged in informal practices based on practical considerations, and consciously or unconsciously their activities had opposite impacts on censorship

they disliked: sometimes they reinforced, other times they undermined it. Third, the most important and interesting empirical result of the analysis is the very fact that part of the practices that were based on positive interpersonal ties contributed to the effectiveness of censorship. Although one would be inclined to believe that positive nexuses were primarily used to undermine the effective implementation of the censorship policy, actually there were various informal mechanisms that furthered the formal scopes and enhanced the functioning of censorship. To put it sharply, these practices actually had the same effect as the negative relationships and the activity of extremely cautious or devoted censors, or committed leaders of media and cultural institutions for that matter. Of course, it cannot be claimed that cutting too much corresponded to the actual expectations of the Party leaders, yet the grip of censorship was surely sustained by these practices, and were tolerated by the regime in general. Perplexity and playing it safe was a preferred outcome from the point of view of the secret services too, which had a comprehensive knowledge of both formal and informal editorial activities. Finally, one can observe that the instances of informal practices in Hungary, Poland, Czechoslovakia, and the Soviet Union cited in the second section of this study are very much in line with the practices identified in the Romanian case. Hence the present findings confer relevance to the scattered notes regarding the good personal ties and interactions of the controllers and controlled appearing in analyses or personal accounts of other censorship cases.

Having said this, I wish to emphasize that, by putting at the center of my account the positive interpersonal ties between various people involved in censorship, I did not mean to minimize the losses suffered by individual authors, or what the staff of editorial offices and cultural institutions endured because of censorship. Furthermore, my aim was neither to incriminate leaders of cultural institutions as "collaborators", nor was it to absolve "censors" in general. Rather I wanted to nuance the inveterate narrative about censorship, and to stimulate research on micro-level practices in this domain.

Gesichtspunkte der Überwachung und überwachte Personen in einer multinationalen Gemeinde

Waschkut/Vaskút 1950–1957[1]

ÁGNES TÓTH

Historische Rahmenbedingungen

Die Schaffung einer Staatssicherheitsorganisation setzte in Ungarn Anfang 1945 zweigleisig ein.[2] Sie war daher in den ersten Monaten von einer Zweipoligkeit und einer gewissen Planlosigkeit gekennzeichnet. Ende 1944 beauftragte Innenminister Ferenc Erdei im Namen der Provisorischen Nationalregierung (ung. Ideiglenes Nemzeti Kormány) András Tömpe mit der Organisation der Staatspolizei und innerhalb dieser mit der Errichtung der Politischen Ordnungsabteilung (ung. Magyar Államrendőrség Politikai Rendészeti Osztálya). Parallel hierzu beschloss auch die Ungarische Kommunistische Partei (ung. Magyar Kommunista Párt) am Tage der Einnahme der Pester Seite der ungarischen Hauptstadt durch sowjetische Truppen, eine Polizeitruppe aufzustellen, die – wie das entsprechende Protokoll beweist – als eine Organisation angesehen wurde, die in den Kompetenzbereich der Kommunis-

1 Der Beitrag wurde mit Unterstützung des ungarischen Forschungsfonds OTKA (Országos Tudományos Kutatási Alapprogram) K 116209 verfasst und die Forschung vom Bundesministerium für Kultur- und Medien gefördert.

2 An dieser Stelle kann die Errichtung der Staatssicherheitsorganisation in Ungarn lediglich skizziert werden. Näheres siehe György Gyarmati (Hg.): Államvédelem a Rákosi-korszakban. Tanulmányok és dokumentumok a politikai rendőrség második világháború utáni tevékenységéről [Staatssicherheit in der Ära Rákosi. Studien und Dokumente über die Tätigkeit der politischen Polizei nach dem Zweiten Weltkrieg]. Budapest 2000; ders. (Hg.): Trezor I. A Történeti Hivatal Évkönyve [Tresor I. Jahrbuch des Historischen Amts]. Budapest 1999; ders. (Hg.): A politikai rendészeti osztályok 1945–1946. Dokumentumok a Magyar politikai rendőrség történetéből [Die politischen Ordnungsabteilungen 1945–1946. Dokumente aus der Geschichte der Ungarischen Politischen Polizei], Bd. 1. Budapest 2009; Rolf Müller: Politikai rendőrség a Rákosi-korszakban [Politische Polizei in der Ära Rákosi]. Budapest 2012.

tischen Partei gehören sollte. Unter Berufung darauf, dass eine offizielle Ernennung innerhalb der nächsten paar Tage nicht zu erwarten sei, beauftragte die Partei in eigener Kompetenz László Sólyom mit der Organisation und Leitung des Budapester Polizeipräsidiums. János Kádár wurde zu seinem Stellvertreter gewählt und Gábor Péter mit der Organisation und Leitung der Politischen Polizei betraut.

Zu einer ersten rechtlichen Regelung kam es im Mai 1945, nachdem die Provisorische Nationalregierung nach Budapest übersiedelt war. Durch die Regierungsverordnung Nr. 1690/1945 wurde die Gendarmerie aufgelöst und die Organisation der Staatspolizei angekündigt. Im Rahmen dieser wurde ein Polizeipräsidium für Budapest und eines für die Provinz geschaffen. Innerhalb der ihnen unterstellten Komitats- und städtischen Präsidien mussten einheitlich vier Abteilungen (für Strafangelegenheiten, Politik, Verwaltungspolizei und Polizeigerichtsbarkeit) eingerichtet werden. Die Politische Ordnungsabteilung des Budapester Präsidiums wurde von Gábor Péter, die Politische Ordnungsabteilung des Präsidiums für die Provinz von András Tömpe geleitet. Die so entstandenen Rahmenbedingungen verringerten die Rivalitäten und Konflikte der beiden Führungspersonen und der von ihnen geleiteten Organisationen, behoben diese aber nicht vollständig. Nach der Ernennung von László Rajk zum Innenminister wurde die Budapester Politische Polizei durch die Verordnung Nr. 533.900/1946[3] des Innenministers unter dem Namen Staatsschutzabteilung (ung. Államvédelmi Osztály/ÁVO) zu einer selbstständigen Organisation umgewandelt. Die Politischen Ordnungsabteilungen der Präsidien in der Provinz gingen in dieser neuen Staatssicherheitsorganisation auf. Ihre Leitung und die Aufsicht und Kontrolle über sie nahm der Innenminister nunmehr bereits unmittelbar wahr. Mit der Führung der Organisation wurde Gábor Péter betraut. Gegen Ende des Jahres 1946 wurden die organisatorischen Strukturen, Aufgaben und Kompetenzen der Staatsschutzabteilung, also der Staatssicherheitsorganisation, mittels Verordnung Nr. 535.059/1946[4] des Innenministers geregelt.[5] In allen Polizeipräsidien wurden

3 Magyar Közlöny [Amtliches Ungarisches Mitteilungsblatt], 15. Oktober 1946.

4 Ebenda, 15. Dezember 1946.

5 Gemäß dieser Verordnung war die Staatsschutzabteilung für die Durchsetzung von Gesetzen sowie für die Kontrolle und Überwachung des Staates verantwortlich. Folgendes fiel in ihren Aufgabenbereich: Ermittlung und Anzeige von Handlungen, die gegen Gesetz Nr. VII des Jahres 1946 über den Schutz der demokratischen Staatsordnung und der öffentlichen Sicherheit verstießen (<http://net.jogtar.hu/jr/gen/hjegy_doc.cgi?docid=94600007.TV&txtreferer=94500007.TV>, 1.10.2017); Ermittlung und Anzeige von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen das Volk, die in Gesetz Nr. VII des Jahres 1945 über die Volksgerichtsbarkeit festgeschrieben worden waren (<https://1000ev.hu/index.php?a=3&param=8214>, 1.10.2017); Überwachung der Entstehung und Tätigkeit von Vereinigungen und Ermitt-

Staatsschutzabteilungen ins Leben gerufen, die der ÁVO untergeordnet waren. An Orten mit besonderer Bedeutung wurden zudem neben den Abteilungen auch Referenten und Beobachter eingesetzt. Die Staatsschutzabteilungen und -referenten in den Komitaten und Städten waren unabhängig von den zuständigen obersten Polizeibehörden tätig, ihre Mitarbeiter waren dienstlich nicht der Polizeibehörde, sondern dem Leiter der ÁVO unterstellt. Innerhalb der in Unterabteilungen gegliederten Organisation befassten sich einzelne Gruppen mit der Beobachtung des internationalen Zugverkehrs auf österreichischem und westdeutschem Gebiet, mit der Zersetzung der in Italien lebenden ungarischen Emigration sowie mit der Betreibung eines „Personenfilters" im westlichen Grenzgebiet. Nach der Reorganisation im Jahr 1946 wurde die Gesamtzahl der Personen, die in der Organisation tätig waren, auf 1.000 angehoben.

Seit Ende des Jahres 1946 war die kontinuierliche Ausweitung des Tätigkeitsfelds und der Kompetenzen der ÁVO Teil eines Prozesses, bei dem die Ungarische Kommunistische Partei – über ihr politisches Gewicht hinaus – danach strebte, sich Schlüsselpositionen in der Exekutive zu verschaffen. Am 10. September 1948, einen Monat nach der Ernennung von János Kádár zum Innenminister, wurde – mit Verordnung Nr. 288.009/1948[6] des Innenministers – die ÁVH (ung. Államvédelmi Hatóság), Staatsschutzbehörde des Innenministeriums gegründet, die über einen beträchtlich erweiterten Wirkungskreis verfügte. In den Kompetenzbereich der – auch finanziell selbstständigen – ÁVH gelangten die Grenz-, Fluss- und Luftraumbehörden der Staatspolizei sowie die Zentralbehörde zur Ausländerkontrolle (ung. Külföldieket Ellenőrző Központi Hatóság/KEOKH). Außerdem erhielt sie auch das Recht zur Ausstellung von Pässen im gesamten Staatsgebiet. Neben den Bestrebungen, die sich auf die Abriegelung der Landesgrenzen und auf die möglichst vollständige Kontrolle der aus dem Ausland eintreffenden Personen, Waren und Nachrichten richteten, wurden auch die Möglichkeiten der Behörde zum Auftreten gegen den inneren Feind[7] in diesem Jahr ausgeweitet bzw. durch zusätzliche

lung und Anzeige der Urheber und Vertreiber von Flugblättern mit politischen Inhalten; Beobachtung des Ablaufs von angemeldeten und zur Kenntnis genommenen Versammlungen; Sammlung und Erfassung von in- und ausländischen Informationen mit staatspolizeilichem Bezug; Unterbreitung von Vorschlägen zur Ausweisung oder Internierung von für die Staatssicherheit oder die öffentliche Sicherheit schädlichen Personen durch den Leiter der zuständigen Polizeibehörde; Aufdeckung geheimer Radiosendestationen sowie Vorgehen in allen staatspolizeilichen Angelegenheiten, die nicht dem Budapester Polizeipräsidium bzw. dem Leiter des Präsidiums vorbehalten waren.

6 Magyar Közlöny [Amtliches Ungarisches Mitteilungsblatt], 8. September 1948.

7 Als Gegner wurden in erster Linie führende Persönlichkeiten der Verwaltung, der Armee und bestimmter Intellektuellengruppierungen der Ära Horthy sowie Geistliche betrachtet.

Rechtsnormen gestärkt. Von da an konnte sie eine erstinstanzliche behördliche Machtbefugnis ausüben, das heißt, sie konnte Aufenthaltsverbote[8] für Personen verhängen, die hinsichtlich der Interessen des Staates als bedenklich galten, und Untersuchungsverfahren bei ihrer Unterstellung unter polizeibehördliche Aufsicht und Haft durchführen.

Mit Verordnung Nr. 4353/1949[9] des Ministerrats wurde die ÁVH des Innenministeriums abgeschafft und eine dem Ministerrat unmittelbar untergeordnete – und somit vom Innenministerium organisatorisch unabhängige – Staatsschutzbehörde, die seit dem 1. Januar 1950 als Organ mit landesweiten Kompetenzen und eigenem Haushalt tätig war, ins Leben gerufen. Die Oberaufsicht wurde von einem Mitglied des Ministerrats, formal vom Innenminister, ausgeübt. Die neue Oberbehörde vereinigte die frühere ÁVH des Innenministeriums, die Militärpolitische Hauptgruppenleitung des Verteidigungsministeriums sowie die Grenzpolizei.

Am 28. Dezember 1949 wurde Generalleutnant Gábor Péter zum Oberbefehlshaber der ÁVH ernannt. Es dauerte kaum mehr als einen Monat, bis die ÁVH am 1. Februar 1950 ein neues Aufgabengebiet aus dem Verteidigungsministerium an sich riss: Sie verschaffte sich die Aufgabe der militärischen Abwehr, auch wenn die Berichtspflicht beim Verteidigungsminister verblieb. Parallel zum Ausbau der zentralen Organisation erfolgte auch die Einrichtung von Residentensitzen im Ausland.[10]

Nach dem Tode Stalins und der Bildung der ersten Regierung von Imre Nagy fand die Rolle der ÁVH als „Staat im Staate" fast unverzüglich ihr Ende. Am 17. Juli 1953 ordnete der Ministerrat die Rückkehr des Staatsschutzes ins Innenministerium an.[11] Der Verlust der Unabhängigkeit bedeutete allerdings nicht unbedingt einen Verlust von Einfluss, denn

> [i]n der von Ernő Gerő[12] am 22. Juli verkündeten neuen Struktur erhielt die Hälfte der 26 zentralen Organisationseinheiten des Ressorts ein eindeutiges Staatsschutzprofil, aber auch die anderen standen größtenteils unter dem Befehl

8 Dies bedeutete, dass sich die entsprechende Person nicht mehr an ihrem bisherigen Wohnort aufhalten durfte.

9 Magyar Közlöny [Amtliches Ungarisches Mitteilungsblatt], 28. Dezember 1949.

10 Hierbei handelte es sich in erster Linie um westeuropäische Staaten, in denen eine größere Zahl von ungarischen Emigranten lebten (Westdeutschland, Österreich, Italien und Frankreich).

11 Beschluss Nr. 500/6/1953.

12 Ernő Gerő (1898–1980) war ein kommunistischer Politiker, der nach dem Zweiten Weltkrieg mehrere zentrale Funktionen in Staat und Partei wahrnahm. Von 1953 bis 1955 war Gerő stellvertretender Ministerpräsident und zugleich Innenminister (<http://www.rev.hu/sulinet56/online/szerviz/kislex/biograf/gero.htm>, 1.10.2017).

> von Offizieren, die ihre Sozialisierung in der ÁVH erhalten hatten. […] Von den damals ernannten insgesamt 31 hohen Leitern trugen 27 die Bezeichnung ‚áv.' vor ihrem Rang und von den 11 Mitgliedern des obersten Beratungsorgans des Ressorts, des neuen Kollegiums des Innenministeriums, waren 7 […] Personen mit ÁVH-Vergangenheit, wenn auch nicht mit dem obigen Anteil, in großer Zahl auch in der Führungsgarde der Provinz vertreten. Im Jahre 1954 hatten von den Abteilungsleitern in den 19 Komitaten und in der Hauptstadt 11 eine ÁVH-Vergangenheit, von den 125 Bezirksabteilungsleitern waren es 61.[13]

Die im Sommer 1953 auf dem Gebiet des Staatsschutzes begonnenen Reorganisationsmaßnahmen, die Reduzierung von Willküraktionen, die Unterstellung der Kontrolle der Gesetzlichkeit der Staatsschutzaktivitäten unter die Oberste Staatsanwaltschaft, die Überprüfung der Urteile von Personen, die in Internierungslagern gefangen gehalten worden waren, und ihre Freilassung sowie die Auflösung des südlichen Grenzstreifens wurden allerdings bis zum Ausbruch der Revolution vom Herbst 1956 nur teilweise durchgeführt bzw. jene Strukturen, die im vergangenen Jahrzehnt der totalen Kontrolle der ungarischen Gesellschaft dienten, nur teilweise umgestaltet.

Der Fall Waschkut

Im Folgenden werde ich skizzieren, unter welchen Gesichtspunkten zu Beginn der 1950er-Jahre Dörfer bzw. das ländliche Ungarn überwacht wurden.[14] Die Untersuchung erfolgt hierbei im Wesentlichen anhand eines einzigen Dokuments, nämlich des Objektdossiers[15] der Gemeinde Waschkut (ung. Vaskút), wo Personen unterschiedlicher Nationalität lebten. Im Mittelpunkt stehen neben allgemeinen Aussagen zur Beobachtung auch die Konstruktion von Feindbildern sowie persönliche Verbindungen nach Deutschland. Es wird der Frage nachgegangen, ob alleine schon die Tatsache, dass jemand zur deutschen,

13 Rolf Müller: Politikai rendőrség, S. 59.

14 Die Aspekte der Überwachung des ländlichen Raums wurden mit Blick auf die DDR aufgearbeitet von Regina Teske: Staatssicherheit auf dem Dorfe. Zur Überwachung der ländlichen Gesellschaft vor der Vollkollektivierung 1952 bis 1958. In: *BF informiert* 27 (2006). Berlin 2006.

15 Bei einem Objektdossier handelt es sich um ein „Dossier, das sich auf die Sammlung von Informationen über die in Befehlen und Anordnungen festgelegten Objekte (Institutionen, Betriebe usw.) bei den Organen der Spionageabwehr, der Abwehr der inneren Reaktion, des Strafvollzugs, der Grenzschutz-Aufklärung und der militärischen Abwehr der Streitkräfte bzw. von Informationen über einzelne bestimmte Themen (sogenannte Nahtstellen) bezieht.", <http://www.abtl.hu/szakszavak>, 30.8.2013.

bunyewazischen[16] oder serbischen Gemeinschaft gehörte, ihn zu einer „politisch unzuverlässig Person" machte und wie sich die verschiedenen Gesichtspunkte der Feindbildung („Klassenfeind" oder „politischer Feind") mit dem nationalen Aspekt überschneiden.[17]

Waschkut liegt im Komitat Bács-Kiskun, südlich von Baja, 15 Kilometer von der südlichen Landesgrenze entfernt.[18] Vermutlich ist es den günstigen natürlichen Gegebenheiten zu verdanken, dass der Ort seit Jahrhunderten bewohnt ist. Mitte des 18. Jahrhunderts gelangte Waschkut in das Eigentum der Familie Grassalkovich. Im Jahre 1752 wurde eine eigenständige Siedlung gegründet, in der sich auch Deutsche ansiedelten. In den folgenden Jahrhunderten nahm die Einwohnerzahl der Siedlung kontinuierlich zu. Die agrarisch geprägte Gemeinde gewann zunehmend an Wirtschaftskraft und breitete sich räumlich auch in Richtung der Nachbargemeinden und des Komitats Pest aus. Von 1919 bis 1921 geriet sie unter serbische Besatzung. Bis zum Zweiten Weltkrieg waren mehr als 90 Prozent der Dorfbevölkerung Deutsche, sogenannte Schwaben. Bei der Volkszählung 1941 wurden in der Gemeinde insgesamt 4.705 Personen registriert. Von diesen bekannten sich 638 zur ungarischen, 3.846 zur deutschen und 218 zur kroatischen Nationalität. Eine Person war slowakischer Nationalität und zwei Personen bekannten sich zu den „sonstigen Nationalitäten".[19]

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Dorfbevölkerung von der gesamten Bandbreite der Maßnahmen zur Rechtsbeschränkung bzw. Entrechtung, die gegen die deutsche Bevölkerung Ungarns verhängt wurden, betroffen. Im Januar 1945 wurden etwa 160 Personen deutscher Nationalität, darunter auch Frauen, zur Zwangsarbeit (ru. malenkij robot) in die Sowjetunion verschleppt.

16 Die Bunyewazen sind eine in der Batschka lebende kroatische Volksgruppe, die die „i-ző"–Variante der west-herzegowinischen „új-što"-Mundart spricht und lateinische Buchstaben verwenden, obwohl ihre Sprache dem Serbischen nähersteht als dem Kroatischen. In religiöser Hinsicht sind die Bunyewazen den Kroaten verbunden.

17 Zum Mechanismus und den Kategorien der Feind- und Sündenbocksuche während der Ära Rákosi siehe: György Gyarmati: Ellenségek és bűnbakok kavalkádja Magyarországon (1945–1956) [Kavalkaden der Feinde und Sündenböcke in Ungarn (1945–1956)]. In: György Gyarmati, Mária Palasik (Hgg.): A Nagy Testvér szatócsboltja. Tanulmányok a magyar titkosszolgálazok 1945 utáni történetéből [Der Krämerladen des Großen Bruders. Studien zur Geschichte der ungarischen Geheimdienste nach 1945]. Budapest 2012, S. 93–130.

18 Ausführlich zur Geschichte der Gemeinde siehe: Paul Flach: Waschkut. Beitrage zur Geschichte einer überwiegend deutschen Gemeinde in der Batschka/Ungarn. München 1983, S. 1–736; sowie ders.: Vaskút története. Kiadja: Polgármesteri Hivatal [Geschichte von Vaskút. Herausgegeben vom Bürgermeisteramt]. Vaskút 2001, S.1–26.

19 Tibor Iványosi-Szabó: Magyarország történeti statisztikai helységnévtára [Historisch-statistisches Ortsnamenverzeichnis Ungarns]. Bd. 8: Komitat Bács-Kiskun. Budapest 1996, S. 161.

Während der Bodenreform im Frühjahr 1945 kam es zur Beschlagnahme von Ackerboden und im Zuge der Verfahren der sogenannten Ausschüsse zum Nachweis der Nationaltreue zu Internierungen und Konfiszierungen von Haus und Grund. In den Jahren 1946 und 1947 wurden etwa 60 Prozent der ungarndeutschen Bevölkerung nach Deutschland vertrieben.[20] An ihrer Stelle ließen sich ungarische Flüchtlinge aus der „Südprovinz" (ung. Délvidék), die bereits während oder unmittelbar nach dem Krieg nach Ungarn gekommen waren, sowie besitzlose Ungarn aus den ungarischen Ortschaften Mezőtúr und Sarkad, Szekler aus der Bukowina und Csangos aus der Moldau dauerhaft in dem Ort nieder. Im Jahre 1947 wurden im Rahmen des ungarisch-slowakischen Bevölkerungsaustauschs auch Ungarn aus der Südslowakei (Oberungarn) in der Gemeinde angesiedelt. Gemäß der Volkszählung von 1949 betrug die Gesamtbevölkerung von Waschkut 5.086 Personen. Unter diesen waren nun 4.104 Ungarn, 721 Deutsche, ein Rumäne, drei Serben, 211 sonstige Südslawen (Bunjewazen), 37 Roma und vier sonstige Nationalitätenangehörige.[21]

Am 26. August 1950 ersuchte – so die Informationen auf dem Dienstschein – ein Unterabteilungsleiter der Außenstelle Baja die Außenstelle des Innenministeriums in Kecskemét um die Eröffnung des Objektdossiers über Waschkut. Die entsprechende Genehmigung wurde von Károly Rácz, Hauptmann der Staatssicherheit, erteilt.[22] Das Objektdossier, das insgesamt drei

20 Ágnes Tőth: Telepítések Csátalja, Gara és Vaskút községekben 1945–1949 között [An-, Aus- und Umsiedlungen in den Gemeinden Csátalja, Gara und Vaskút zwischen 1945 und 1949]. In: *Aetas* (1987) H. 5, S. 31–57.

21 Tibor Iványosi-Szabó: Magyarország, S. 161.

22 Das Dossier wurde unter der laufenden Nummer 30-1038/1950 eröffnet. Das Objektdossier, das insgesamt drei Bände umfasst, trägt die Archivsignatur O-9555, O-9555/a und 9555/1. Innerhalb der Staatssicherheit wechselte das Dossier bzw. das Objekt Vaskút mehrfach seinen „Herrn". Bis zum 12. Oktober 1951 handelte es sich um den Major der Staatssicherheit Dezső Tőth, ihm folgte der Feldwebel der Staatssicherheit Rezső Bodó und am 27. Mai 1952 übernahm László Szliva das Dossier „zur Aufbewahrung". Ihm folgten der Unterleutnant der Staatssicherheit József Pelsőci und dann der Feldwebel der Staatssicherheit József Molnár (O-9555/a., fol. 8 und O-9555/1., fol. 62.). Vermutlich war die Eröffnung des Dossiers bzw. die – im Vergleich zu früher – kontinuierlichere und systematischere Informationsbeschaffung auch durch die Einrichtung des südlichen Grenzstreifens bzw. genauer gesagt durch die Tatsache, dass die Ortschaft Waschkut innerhalb des Grenzstreifens lag, motiviert. Während des Konflikts zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien war Ungarn nämlich gezwungen, die Position Moskaus zu vertreten; Ungarn verstärkte seit dem 1. Juli 1950 zum Schutz des „sozialistischen Friedenslagers" (ung. szocialista béketábor) seinen südlichen Grenzabschnitt. Dies bedeutete, dass – neben der verstärkten militärisch-technischen Befestigung – in einem 15 Kilometer breiten Streifen entlang der Grenze besondere Maßnahmen angeordnet wurden: Die Bevölkerung mit ständigem Wohnsitz im Grenzstreifen erhielt einen eigenen Personalausweis, Personen, die sich nur vorübergehend dort aufhielten, benötigten eine Sondergenehmigung. Es wurden ständige Patrouillen eingeführt; die Eisenbahn- und Busverbindungen wurden einer verschärften Kontrolle

Bände umfasst, wurde am 10. April 1957 geschlossen.[23] Die Beobachtung des Gemeindelebens begann allerdings nicht erst mit der Einrichtung des Dossiers, wie darin befindliche Protokolle belegen, die zu einem früheren Zeitpunkt angefertigt worden waren.[24] Einer der ersten Berichte, verfasst am 8. März 1948, charakterisiert die sich in der Gemeinde aufhaltenden Angestellten des Grundbuchamts. Von diesem Zeitpunkt an wurden kontinuierlich Berichte zu unterschiedlichen Themen angefertigt, wenngleich sie in dem Dossier nicht chronologisch abgelegt wurden. Bei vielen Quellen handelt es sich um thematische Listen mit Begriffen wie „Kulaken", „schwäbische Kulaken", „Kulaken aus der Slowakei", „Ausländer" und „Südslawen", die weder unterschrieben noch datiert sind. Aus den Dokumenten kann geschlossen werden, dass die Mehrzahl im Jahr 1949 entstand, also noch vor der Einrichtung des Dossiers. Es war genau vorgeschrieben, welche Gruppen beobachtet werden sollten.

Auffällig ist, dass in dem Dossier keine Berichte zu finden sind, die auf wichtige Ereignisse und entscheidende Geschehnisse im Leben der Dorfgemeinschaft verweisen. Es kann beispielsweise nichts darüber in Erfahrung gebracht werden, wie das Echo auf die Verordnung Nr. 84/1950[25] des Ministerrats war, und vor allem nichts darüber, welche praktischen Auswirkung die Verordnung hatte, welche die staatsbürgerliche Rechtsgleichheit der Ungarndeutschen wiederherstellte. Es gibt auch keinen unmittelbaren Bericht darüber, welche konkreten Konsequenzen das sich nach dem Beschluss des Kommunistischen Informationsbüros vom Juni 1948 stark verschlechternde ungarisch-jugoslawische Verhältnis auf die Situation der südslawischen Minderheit hatte. Wir können lediglich einige Hinweise darauf finden, dass im Sommer 1950 und im Jahre 1951 Personen, die in der Gemeinde lebten und als „unzuverlässig" klassifiziert wurden, aus dem südlichen Grenzstreifen aus-

unterzogen. Ausführlich zur Einrichtung des südlichen Grenzstreifens und zu seiner Bewachung siehe: István Orgoványi: Határvédelem Magyarország déli határán 1948 és 1953 között [Grenzschutz an Ungarns Südgrenze zwischen 1948 und 1953]. In: György Gyarmati, Mária Palasik: A Nagy Testvér, S. 153–169; István Orgoványi: A déli határsáv 1948 és 1956 között [Der südliche Grenzstreifen zwischen 1948 und 1956]. In: Ágnes Tőth (Hg.): Bács-Kiskun megye múltjából [Aus der Geschichte des Komitats Bács-Kiskun], Bd. 17. Kecskemét 2001, S. 253–298.

23 Das Schlussblatt unterschrieb Polizeileutnant József Vinek, Leiter einer politischen Abteilung, am 10. April 1957 in Baja (O-9555/1., fol. 221).

24 Dies zeigt sich daran, dass in dem Dossier auch jene Protokolle zu finden sind, die im Herbst 1945 in den Internierungslagern (ung. szűrőállomások) von Zalaegerszeg und Komárom über ungarndeutsche Männer angelegt worden waren, die aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrten. Diese Protokolle wurden in dem Dossier mit der Absicht abgeheftet, diese Personen auch weiterhin zu überwachen.

25 Törvények, törvényerejű rendeletek 1950 [Offizielle Sammlung der Gesetze und Verordnungen 1950]. Budapest 1951, S. 271f.

gesiedelt wurden. Die kontinuierliche Materialsammlung wurde im Sommer/Herbst 1956 unterbrochen. Dementsprechend enthält sie über die Vorgeschichte der Revolution von 1956 und über die damalige Stimmung im Dorf nur wenige Informationen.

Das Dossier weist zahlreiche Wiederholungen auf: In den Berichten zu ähnlichen Themengebieten – so zum Einfluss der Kirche, zur Tätigkeit der Landarbeitergenossenschaft oder der Räte (ungarischer Ausdruck) sowie zu den Aktivitäten der Partei der Ungarischen Werktätigen (ung. Magyar Dolgozók Pártja/MDP) – finden sich Informationen, die bereits zu einem früheren Zeitpunkt übermittelt worden waren. Ähnlich ist die Situation auch im Fall von Studien, die über das gesellschaftliche Umfeld von einzelnen Personen berichten. Der Zwang, der auf den Berichterstattern lastete, ist spürbar: Sie mussten auch dann etwas produzieren, wenn in Wirklichkeit nichts geschehen war.

Aufgrund der Dossiers können hinsichtlich der berichterstattenden Personen und dem Charakter der Datensammlung nur Feststellungen mit sehr beschränkter Allgemeingültigkeit gemacht werden. Es lässt sich allerdings feststellen, dass der Resident der Staatsschutzbehörde von Baja in der Gemeinde durch mehrere hauptberufliche Informanten und informelle Mitarbeiter (ung. társadalmi segítő) unterrichtet wurde. Als die Dossiers angelegt wurden, gab es in der Gemeinde Waschkut – betrachtet man die Anzahl der geheimen Helfer der Staatssicherheitsorgane – ein Ausmaß an Überwachung, das als vollständig bezeichnet werden kann. Es existierten Personen, die über den Kreis der Kulaken, der Gendarmen, der Schwaben, der Personen mit „jugoslawischen Verbindungen", der Südslawen, der Personen mit Westbeziehungen, der ehemaligen Offiziere und der Siedler aus der Slowakei berichteten bzw. über Geschehnisse in der Pfarrei, im Rathaus, in der Landarbeitergenossenschaft, in den Erzeugergruppen, im Demokratischen Jugendverband (ung. Demokratikus Ifjúsági Szövetség/DISZ), im Landesverband der werktätigen Bauern und Landarbeiter (ung. Dolgozó Parasztok és Földmunkások Országos Szövetsége/DÉFOSZ) oder im Demokratischen Verband der Ungarischen Frauen (ung. Magyar Nők Demokratikus Szövetsége/MNDSZ) Meldungen machten.

Alleine schon das in die obigen Organisationen und Gruppen eingebaute Netz von Agenten signalisiert, dass die Repräsentanten der politischen Macht danach strebten, alle Gebiete des Lebens bzw. alle gesellschaftlichen Gruppen zu überwachen und zu kontrollieren. Die Sammlung von Informationen ist hinsichtlich der politischen Äußerungen der Bevölkerung, des Einflusses und der Tätigkeit der Kirche sowie der verschiedenen Wirtschaftseinheiten (Produktionsgenossenschaften, Geschäfte, Apotheke, Kneipe) systematisch.

Besondere Aufmerksamkeit wird den Vollstreckern der Anweisungen von Staat und Partei, also der Tätigkeit des Rates und der MDP-Organe, zuteil. In diesen Organisationen setzte die Staatssicherheit gleich mehrere vertrauliche Informanten ein. Misstrauen herrschte bei allen und gegenüber jedem, auch innerhalb der jeweils eigenen Organisation.

Besondere Aufmerksamkeit wurde den – von Anfang an besonders verdächtigen – nationalen Minderheiten entgegengebracht. Auch diejenigen Ungarn, die aus einem anderen Ort oder Gebiet stammten, wurden als eigene Gemeinschaft oder Gruppe betrachtet. Dementsprechend wurden auch diejenigen Personen, die aus der Slowakei nach Ungarn übersiedelt waren, die Szekler, die ungarischen Flüchtlinge aus Jugoslawien und die Siedler von jenseits der Theiß, die im Zuge der Bodenreform eingetroffen waren, mit besonderer Aufmerksamkeit bedacht.[26] Die gemeinsame Vergangenheit, die ähnliche Sozialisierung und die gemeinsamen kulturellen Erfahrungen halfen diesen Gruppen dabei, sich eine neue Existenz aufzubauen. Allerdings unterschied sich ein mittelloser Erdarbeiter (ungarischer Ausdruck) aus Transdanubien trotz des gemeinsamen „Ungarntums" stärker von einem Ungarn aus der Slowakei als ein seit Jahrhunderten in der Nachbarschaft lebender Bunyewaze oder Schwabe von einem Ungarn aus Waschkut. Die politische Macht betrachtete gerade deshalb die Herkunft aus einem Ort als Element der Kohäsion von Gemeinschaft bzw. als Autonomie schaffenden Faktor und strebte danach, diese aufzulösen bzw. zu zerschlagen. Sie erreichte dies zum einen dadurch, dass sie innerhalb der einzelnen Gruppen Bruchlinien schuf, zum anderen

26 Bereits bei der ersten „Kartographierung" der Situation der Gemeinde wurden eigene Listen über diese Gruppen erstellt und später kontinuierlich aktualisiert bzw. verändert. Ein Bericht vom 2. Juni 1948 zählt diejenigen Personen auf, die aus der Slowakei übersiedelt waren. Die Liste mit Angaben zu 16 Personen ist offensichtlich bruchstückhaft und es gibt keinerlei Hinweise darauf, warum gerade diese Personen in der Liste verzeichnet wurden. Besondere Aufmerksamkeit wurde denjenigen Personen ungarischer Nationalität zuteil, die bei Kriegsende oder unmittelbar danach als Flüchtlinge aus Jugoslawien eintrafen. Diese Personen wurden als „im Ausland beheimatete Personen" (ung. külhonosok) registriert. Die ebenfalls aus Jugoslawien eintreffenden Personen südslawischer oder deutscher Abstammung hingegen wurden als „jugoslawische Staatsbürger" verzeichnet. Auch die örtlichen „Südslawen" wurden mehrfach aufgelistet. Die erste Liste enthält 172 Namen, etwa die Hälfte davon Frauen. Die Mehrzahl der aufgelisteten Personen war älter als 60 Jahre (O-9555, fol. 18–19, 31, 37–40, 41/1.). Gerade bei den Frauen ist schwer vorstellbar, dass sie systemfeindlichen Aktivitäten nachgingen. Gerade für die Frauen war es nämlich bereits in der bäuerlichen Gesellschaft der Zwischenkriegszeit bezeichnend gewesen, dass sie keinerlei politische Aktivitäten verfolgten. Ausführlich mit den jugoslawisch-ungarischen Beziehungen bzw. mit der Situation der Jugoslawien-Ungarn beschäftigte sich János Vékás: Magyarok a Vajdaságban 1955–1959. Kronológia [Ungarn in der Vojvodina 1955–1959. Chronologie]. Zenta 2012.

dadurch, dass sie eine ständige Atmosphäre der Unsicherheit, der Unberechenbarkeit, der Undurchschaubarkeit und der Beklemmung schuf.

Gegen Ende des Krieges wurden – ganz im Sinne der allgemeinen Machtbestrebungen – vor allem die noch im Dorf lebenden oder dorthin zurückkehrenden Ungarndeutschen als gefährliche Feinde bezeichnet. Ein Bericht vom 15. März 1949, der dazu diente, die Gemeinden entlang der Südgrenze zu verzeichnen, traf im Hinblick auf Waschkut folgende Feststellungen: „Es gibt Gegensätze im Kreise der Einwohner, die hiergebliebenen Mitglieder des Schwabentums verhalten sich hasserfüllt gegenüber den ungarischen Siedlern."[27]

Die Prozesse der Zwangsmigration veränderten die nationale und gesellschaftliche Zusammensetzung der Gemeinde praktisch von einem auf den anderen Tag. Der auf örtlicher Ebene erzwungene Elitenwechsel in Wirtschaft und Politik führte zu einer starken Proletarisierung, die mit einer Unzahl von Konflikten und Spannungen einherging. Die Tatsache, dass der Verfasser des Berichts im Jahre 1949 die infolge der Vertreibung stark zusammengeschmolzene, eingeschüchterte und wirtschaftlich marginalisierte ungarndeutsche Bevölkerung für die Spannungen verantwortlich machte, signalisiert, dass die Ungarndeutschen den Hauptfeind verkörperten.

Was mit den ungarndeutschen Männern, die aus westlicher Kriegsgefangenschaft heimkehrten bzw. Mitglieder der SS oder deutscher Militäreinheiten gewesen waren, geschah, gibt einen Einblick in die Art und Weise der Schaffung und Fixierung von Feindbildern. Im Objektdossier der Gemeinde sind 27 Protokolle zu finden, die in ihrer Mehrzahl im Herbst/Winter 1945, teilweise auch 1947, in den Lagern von Zalaegerszeg und Komárom erstellt wurden. Eine der Hauptaufgaben der Überprüfung war es, die frühere politische Einstellung der Heimkehrer zu ergründen. Gemäß dem Fragenkatalog des Protokolls mussten sie – neben den Umständen, unter denen sie Ungarn verlassen hatten, wo sie sich aufgehalten und was sie dort getan hatten – auch darüber berichten, welcher Partei oder politischen Organisation sie früher angehört hatten und ob sie bewaffneten Dienst in der Pfeilkreuzler-Partei[28] oder in der deutschen Wehrmacht geleistet hatten. Es wurde auch erwartet, dass die Befragten diejenigen Personen aus dem Kreise der Heimkehrer, die Mitglieder obiger Organisationen gewesen waren, benannten. Der Ermittler, der die „Durchleuchtung"[29] durchführte, unterbreitete in jedem Fall einen

27 Bericht vom 15. März 1949 (O-9555, fol. 14).

28 Die Pfeilkreuzler-Partei (ung. Nyilaskeresztes Párt), auch Hungaristische Bewegung (ung. Hungarista Mozgalom) genannt, existierte von 1939 bis 1945 und vertrat nationalsozialistisches Ideengut.

29 Die Lager wurden dementsprechend auch als Durchleuchtungsstationen bezeichnet.

Vorschlag über das weitere Vorgehen bezüglich der befragten Person. Laut den Protokollen waren von den 27 befragten Personen neun weder Mitglied des Volksbunds noch Mitglied einer anderen Partei gewesen. In die Reihen des SS waren nur drei Personen freiwillig eingetreten, die übrigen waren im Herbst 1944 zwangsrekrutiert worden.[30] Die Verhörenden brandmarkten auch diejenigen Personen, die im Sinne eines Vertrags zwischen den Deutschen Reich und Ungarn zwangsweise für die SS rekrutiert worden waren, in den Protokollen als „Landesverräter" (ung. hazaáruló), die ihr „Ungarntum verleugnet" bzw. „die deutschen Kriegsanstrengungen unterstützt" hätten.[31] Die Qualifizierungen – und die damit verbundenen Retorsionen – waren also vollkommen willkürlich, die Fakten spielten für die Beurteilung keine Rolle. Die Polizeiermittler beantragten praktisch für alle Befragten eine Internierung und/oder ein Verfahren vor dem Volksgericht. Diejenigen Personen, die keine Volksbundmitglieder gewesen und zwangsweise in die SS eingereiht worden waren, hatten ebenso mit einem Volksgerichtsverfahren zu rechnen wie diejenigen, die eine aktive Rolle im Volksbund[32] gespielt hatten und freiwillig in die SS eingetreten waren. Zugleich konnte bei den Verfahren auch willkürliches Verhalten festgestellt werden. So wurde einerseits – was aus den Akten des Volksgerichts von Baja hervorgeht – auch gegen Personen, die „nur" für eine Internierung vorgesehen waren, in mehreren Fällen ein Gerichtsverfahren eröffnet, andererseits ist das Prozessmaterial von mehreren Personen, die gerichtlich zur Verantwortung gezogen werden sollten, nicht aufzufinden. Überdies sind auch bei den Strafsätzen keine Unterschiede feststellbar. Im Allgemeinen handelte es sich bei der Anklage um ein „Vergehen gegen das Volk" (ungarischer Ausdruck),[33] die diesbezügliche Strafe bewegte sich zwischen sechs Monaten und anderthalb Jahren Gefängnis ohne Bewährung. Als Nebenstrafe wurden die Angeklagten in der Regel für fünf Jahre von der Ausübung ihrer politischen Rechte ausgeschlossen; zudem verhängte das Gericht eine hohe Geldstrafe.

30 Wie bekannt ist, überließ der ungarische Staat – gemäß einem Vertrag zwischen diesem und dem Dritten Reich vom Frühjahr 1944 – seine „zum deutschen Volkstum gehörenden" Staatsbürger, die ihr 17. Lebensjahr vollendet hatten, den deutschen Streitkräften.

31 Archiv des Komitats Bács-Kiskun des Ungarischen Nationalarchivs (MNL BKML), Akten des Volksgerichts von Baja 1945–1950 (XXV.16.) 60/1946. Anklageschrift.

32 Volksbund der Deutschen in Ungarn (1938–1944). Die Organisation setzte sich ursprünglich zum Ziel, die kulturelle und wirtschaftliche Situation der Ungarndeutschen zu verbessern. Anfang der 1940er-Jahre geriet sie allerdings schrittweise unter den Einfluss des nationalsozialistischen Deutschland.

33 MNL BKML, XXVI.16. 60/1946. Anklageschrift.

Fallbeispiel: Pál Péter

Ein Beispiel, das die Art und Weise des Verfahrens beleuchtet, sei hier genauer dargelegt. Pál Péter wurde am 22. Dezember 1945 im Internierungslager von Komárom durchleuchtet. Der damals 46-jährige Mann erklärte der verhörenden Person, er habe sich 1941 zum Volksbund in Waschkut gemeldet. Da er in einem weit vom Dorf entfernten Einzelgehöft lebe, habe er die Veranstaltungen in Waschkut nicht besucht und im Januar 1943, nach der Anhebung des Mitgliedsbeitrags, die Beitragszahlung verweigert. Am 18. September 1944 habe er seine Einberufung zur SS erhalten. Bis Januar 1945 hielt sich Péter in Baja auf, wo er bei seiner Einheit zu verschiedenen Gelegenheitsarbeiten eingeteilt worden war. Am 10. Januar 1945 wurde er an eine andere Einheit überstellt und ausgebildet, anschließend musste er Kampfstellungen ausheben. Am 2. Mai 1945 geriet er in englische Kriegsgefangenschaft und später in ein Stettiner Kriegsgefangenenlager, aus dem er am 7. Dezember 1945 floh. Unter Berufung darauf, dass Péter freiwillig Mitglied des Volksbunds geworden sei, bewaffneten Dienst bei einer deutschen SS-Einheit geleistet „und damit sein Ungarntum verleugnet" habe, schlug der Polizeiermittler „eine Internierung bis zur Untersuchung der Angelegenheit" vor.[34] Gyula Csongor, der führende Staatsanwalt des Volksgerichts von Baja, erhob am 16. Januar 1946 in einer an das Volksgericht von Baja gesendeten Schrift Anklage gegen Pál Péter wegen „Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen das Volk". Die Anklageerhebung begründete er folgendermaßen:

> Da es unbestritten ist, dass der Beschuldigte die äußere Manifestation der Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum aus freiem Willen selbst produzierte, ist er als Person zu betrachten, die freiwillig in die deutsche Wehrmacht bzw. in die Verbände des Sicherheitsdiensts eingetreten ist.[35]

Der Staatsanwalt setzt zum einen die Zugehörigkeit zur deutschen Nationalität mit der Volksbundmitgliedschaft gleich, zum anderen lässt er außer Betracht, dass der Volksbund von 1938 bis 1944 eine vom ungarischen Staat anerkannte, also legal tätige Organisation gewesen war. Darüber hinaus ignoriert er auch die Verantwortung des ungarischen Staats dafür, dass die Behörden des Deutschen Reichs in Ungarn ungehindert ungarische Staatsbürger deutscher Her-

34 Protokoll vom 22. Dezember 1945 (O-9555), fol. 266–267.

35 MNL BKML, XXVI.16. 60/1946. Anklageschrift. Die Masse ähnlicher Anklagen signalisiert, dass es sich bei der Anklageschrift um ein mit der Schreibmaschine vervielfältigtes Dokument handelte, in das jeweils nur die persönlichen Angaben des Betroffenen sowie der Zeitpunkt seines Eintritts in den Volksbund und in die SS eintragen werden mussten bzw. konnten.

kunft zwangsrekrutieren konnten[36], und überträgt letztlich die Verantwortung alleine auf diejenige Person, deren Eintritt in die SS als „freiwillig" ausgewiesen wird. Mit der oben dargelegten Argumentationsweise versucht die Staatsanwaltschaft also, die Tatsache zu verdecken, dass in Ungarn nach dem Zweiten Weltkrieg Menschen massenweise aufgrund ihrer bloßen Zugehörigkeit zu einer Nationalität zu „Kriegsverbrechern" (ung. háborús bűnös) und zu „Verbrechern gegen das Volk" (ung. népellenes bűnözők) erklärt wurden. (Betroffen waren übrigens nicht nur die Ungarndeutschen, sondern – infolge des schlechten politischen Verhältnisses zu Jugoslawien – auch die Südslawen.) Bei der Verhandlung vor dem Volksgericht von Baja am 12. Februar 1946 wurde in der Angelegenheit des sich bereits seit Mitte Januar in Untersuchungshaft befindenden Pál Péter folgendes Urteil gefällt: Das Gericht sah aufgrund der Tatsache, dass der Angeklagte in den Volksbund eingetreten war, den Tatbestand des „Verbrechens gegen das Volk" (ung. népellenes bűncselekmény) für erwiesen an. Es verwarf allerdings die Anklage als „Kriegsverbrecher", weil es die Behauptung der Volksstaatsanwaltschaft für nicht bewiesen ansah, dass der Beschuldigte freiwillig in den Verband der SS eingetreten sei. Pál Péter erhielt vom Gericht als Hauptstrafe eine anzutretende neunmonatige Haftstrafe und wurde – als Nebenstrafe – für fünf Jahre von der Ausübung der politischen Rechte ausgeschlossen. Außerdem wurde er verpflichtet, die Prozesskosten in Höhe von 6.428 Pengő zu zahlen. Da die Staatsanwaltschaft den Freispruch vom Vorwurf des „Kriegsverbrechens" nicht akzeptierte, ging sie in Berufung. Das Gericht bekräftigte allerdings am 12. Mai 1947 in zweiter Instanz das erstinstanzliche Urteil und machte es damit rechtskräftig.[37]

Heimkehrer

Von den Ungarndeutschen, die aus Ungarn vertrieben worden waren, kehrten etwa 15.000 bis 20.000 Personen nach einem kürzeren oder längeren Aufenthalt in Deutschland in ihre Heimat zurück. Diese Personen, die mit ihrer Vertreibung die ungarische Staatsbürgerschaft verloren hatten, lebten dann als Staatenlose ohne offizielle Papiere und damit illegal auf dem Staatsgebiet Ungarns. Um eine dauerhafte Rückkehr bzw. Reintegration zu verhindern, führte der ungarische Staat seit Anfang 1947 Razzien durch, internierte die aufgegriffenen Personen und schob sie aus Ungarn ab. Als es dann seit Juni

36 Zoltán András Kovács, Norbert Számvéber: A Waffen-SS Magyarországon [Die Waffen-SS in Ungarn]. Budapest 2001, S. 68–75.
37 MNL BKML, XXVI.16. 60/1946.

1948 nicht mehr möglich war, Ungarndeutsche abzuschieben, wurden die illegalen Rückkehrer in Volksgerichtsverfahren zur Verantwortung gezogen.

Die Organe des Innenministeriums und der Staatssicherheit gaben in der Regel eine wesentlich größere Zahl von Heimkehrern an, als es der Wirklichkeit entsprach. Dadurch wollten sie der Öffentlichkeit eine besondere Gefährlichkeit sowie die Notwendigkeit eines entschiedenen Auftretens demonstrieren. Der Versuch, die ungarndeutschen Heimkehrer zu kriminalisieren, war ein allgegenwärtiges Phänomen: Es wurde behauptet, sie würden stehlen, die allgemeine Versorgung gefährden, gegen die sogenannten Neusiedler (also gegen diejenigen Personen, die aus anderen Gebieten zugezogen waren) und gegen die kommunistische Partei hetzen. Den Heimkehrern halfen in erster Linie ihre in Ungarn verbliebenen Familienmitglieder, gleichzeitig zeigten sich oft aber auch die lokalen Behörden mit ihnen solidarisch. So wurden zum Beispiel vor Razzien Personen, die sich versteckt hielten, über die vorgesehenen Aktionen informiert, sodass es zu keiner Ergreifung und Abschiebung kommen konnte.[38]

In der Gemeinde Waschkut beschäftigte sich der Staatssicherheitsdienst Anfang 1949 intensiv mit den Heimkehrern. Ein Bericht vom 12. Januar 1949 erwähnt 160 aus dem Westen illegal zurückgekehrte Ungarndeutsche, die sich ohne offizielle Erlaubnis in der Gemeinde niedergelassen hätten. Der Verfasser des Berichts betont, dass stillschweigend jedermann – vom Obernotär über den Kommandanten der Polizeistation bis hin zum Gemeindevorstand – über diesen Sachverhalt Bescheid gewusst hätte:

> Da alle Personen ausländische Staatsbürger sind, gehören sie zur KEOKH [Külföldieket Ellenőrző Központi Hatóság][39] und sind abzuschieben. Ihr Aufenthalt in der Gemeinde ist auch aus Gründen der staatlichen Ordnung nicht erwünscht, weil sie Schreckensnachrichten verbreiten, gegen die Siedler und die Tafelwirtschaft[40] [ung. táblásgazdálkodás] hetzen und ihre Anwesenheit außerdem ermutigend auf die noch hier verbliebenen Schwaben wirkt, weswegen es nicht nur einmal zu Atrozitäten gegen Parteifunktionäre und sonstige demokratische Personen kam.[41]

38 Zum Phänomen der Heimkehrer siehe: Ágnes Tőth: Hazatértek. A németországi kitelepítésből visszatért magyarországi németek megpróbáltatásainak emlékezete [Heimkehrer. Erinnerung an die Heimsuchung der nach Deutschland vertriebenen Ungarndeutschen]. Budapest 2008. Deutsche Ausgabe: Ágnes Tőth: Rückkehr nach Ungarn 1946–1950. Erlebnisberichte ungarndeutscher Vertriebener (= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Bd. 43). München 2012.

39 Zentralbehörde zur Ausländerkontrolle.

40 Die im Zuge der Bodenreform verteilten Ackerböden wurden vom Staat zum Zweck der Produktionssteigerung zu größeren „Tafeln" zusammengefasst. Infolge dieses Schrittes erhielten einzelne Bauern schlechtere Böden, was zu Protesten führte.

41 Bericht vom 12. Januar 1949 (O-9555, fol. 46).

Es ist offensichtlich, dass der Verfasser des Berichts hinsichtlich der Zahl der Heimkehrer weit übertrieb, denn er führte im Protokoll selbst insgesamt nur 26 Personen namentlich auf. Sowohl die übertriebene Gesamtzahl der Gruppe als auch ihre angeblichen Taten – Diebstahl, Hetze, Unterstützung der verbliebenen Ungarndeutschen, Provokation von Konflikten und Wegnahme von Arbeitsmöglichkeiten usw. – dienten dazu, ihre Gefährlichkeit für die Gesellschaft zu betonen und sie zu kriminalisieren. Gleichzeitig war es auch bezeichnend, dass diese schwerwiegenden Beschuldigungen durch keine konkreten Tatsachen gestützt wurden. Der Verfasser des Berichts beanstandete darüber hinaus die Solidarität der örtlichen Behörden bzw. ihr nicht angemessen kraftvolles Auftreten gegen die Heimkehrer. Gerade deshalb hielt er es für notwendig, „mittels Einbeziehung und Lenkung von Ermittlern des Staatsschutzes" die aufgeführten Personen vorzuführen, denn wenn „die Verwaltungsabteilung dies durchführen würde, dann würden die Schwaben zuvor Kenntnis von der geplanten Aktion erhalten."[42]

Die Aktion wurde schließlich durchgeführt, von den betroffenen Personen konnten sich allerdings mehrere der Verhaftung durch Flucht entziehen. Es zeugt von Konflikten innerhalb der einzelnen Organisationen des Innenministeriums, dass die Szegeder Abteilung der Staatsschutzbehörde des Innenministeriums – die der Außenstelle Baja übergeordnete Behörde – am 22. Februar 1949 sofortige Informationen über die entkommenen Personen verlangte. Mit der – allgemein formulierten – Antwort vom 5. März 1949, die lediglich auf die Tatsache der Flucht sowie darauf verwies, dass sich die betreffenden Personen an einem unbekannten Ort aufhalten würden, war die Behörde in Szeged nicht zufrieden. Sie wies den Leiter der Außenstelle Baja an, sofortige Ermittlungen über die geflüchteten Personen einzuleiten und ihre jeweiligen Aufenthaltsorte festzustellen.[43]

Die späteren Berichte rücken in erster Linie die Geflohenen Ferenc Marxer und seine Familie, József Albert sowie Ferenc Rozmanits in den Mittelpunkt. József Ambrusz und István Huber, die ebenfalls zu den vor der Razzia geflohen Personen zählten, wurden von den örtlichen Behörden nicht erwähnt. Wahrscheinlich wurden sie in den Berichten nicht in die Gruppe der Geflüchteten aufgenommen, weil sie und ihre Familien sich der Vertreibung entzogen hatten und so nicht zu den Heimkehrern zählten – sie waren nämlich bereits während der Vertreibung aus den Eisenbahnwaggons geflohen, hatten sich in Pécs (dt. Fünfkirchen) versteckt und waren dann in ihr Heimatdorf zurückgekehrt.

42 Bericht vom 12. Januar 1949 (O-9555, fol. 46).
43 Berichte vom 22. Februar 1949 und vom 5. März 1949 (O-9555 1949, fol. 63–64).

Die Berichte, die später regelmäßig über die Heimkehrer erstellt wurden, bekräftigten die obigen Feststellungen von ihren angeblichen Straftaten bzw. von ihrem Fehlverhalten nicht: Armbrusz und Huber entfalteten keine feindseligen Aktivitäten, wohnten bei Familienmitgliedern oder Verwandten und verschafften sich als Tagelöhner ein Auskommen.

Weitere derartige Beispiele sind die von József Albert und Ferenc Marxer. Albert, ein „etwa 60-jähriger kranker Mann, hält sich ständig zuhause auf und entwickelt keinerlei Aktivitäten. Seine Frau ist in der Gemeinde Bátmonostor beschäftigt, davon leben sie". Ihr Sohn hatte sie aufgenommen.[44] Der ehemalige Richter und Eigentümer von 200 Katastraljoch Boden, Ferenc Marxer, wohnte in Baja und arbeitete bei seinem ehemaligen Pächter als Tagelöhner:

> Er lebt kein Gesellschaftsleben und korrespondiert mit seinem Schwiegersohn Gábor Égi und mit den einstigen Bewohnern von Waschkut Ferenc Herle und József Bohner, die gegenwärtig in der sowjetischen Zone Deutschlands sind. Mein Informant führte mit Marxer ein Gespräch. Dieser beklagte sich darüber, dass das Leben für ihn sehr schwer sei, weil er sich nicht einmal in seiner Wohnung anmelden könne, weil er dann aufgegriffen würde. Und so sei es sehr schwierig, ordentliche Arbeit zu finden. Aber so schwer es auch sei, er werde durchhalten, weil diejenigen Schwaben, die 1947 in die sowjetische Zone ausgesiedelt worden seien, noch in diesem Jahr zurückgebracht und hier in den staatlichen Musterwirtschaften zum Arbeiten angestellt würden.[45]

Die Agenten, die die Realitäten in irgendeiner Weise doch berücksichtigten, stellten fest, dass das „Hauptproblem der Heimkehrer die Frage des Lebensunterhalts" sei. Die Tatsache ihres ungeklärten Schicksals beeinflusste in politischer Hinsicht nicht nur sie selbst, sondern auch ihre Familienmitglieder. Ein Agent weist in einem Bericht darauf hin, dass so bei Wahlen mit ihren Stimmen nicht gerechnet werden könne:

> [Jetzt,] wo alle nicht ausgesiedelten Schwaben das Wahlrecht erhalten haben, betonen sie, dass sie, wenn sie nicht in ewiger Angst leben und sich nicht vor einer Aussiedlung fürchten würden, für die Volksfront stimmen würden. So

44 Bericht vom 19. März 1949 (O-9555 1949, fol. 75).

45 Ebenda; Bericht vom 3. Mai 1949 (O-9555, fol. 91). Der Bericht vom 14. Mai 1949 führt neue Heimkehrer auf: die Frau von Mihály Resch und drei Familienmitglieder, die Frau von István Schopper und ein Familienmitglied, Ferenc Kiling, Mária Krix, die Frau von György Hasztenteufel, Mária Schweipert, József Égi, József Bohner, Jakab Égi und Ede Hiezl (O-9555, fol. 107). Auch wenn es in Wirklichkeit zu keiner Rücksiedlung aus der sowjetischen Zone kam, so kehrten 1949/1950 doch viele Vertriebene nach Ungarn zurück. Unter ihnen befand sich der erwähnte Ferenc Herle und – einigen Angaben nach – auch József Bohner.

aber sei es ihnen völlig egal, für wen sie stimmen. Diese lethargische Stimmung wird von den Heimkehrern verbreitet.[46]

Rechtliche Anerkennung der Ungarndeutschen

Die Strenge der Behörden gegenüber den Heimkehrern milderte sich im Sommer 1949 etwas. Personen, die sich bereits seit Wochen und Monaten in Ungarn aufhielten, wurden nicht verhaftet und abgeschoben. Diejenigen Vertriebenen, die erst jetzt aus dem Ausland zurückkehrten, wurden nicht mehr oder nur vereinzelt konsequent persönlich überwacht. Diese veränderte Art und Weise der Behandlung wurde zum Teil durch die Militärbehörden in Österreich und Deutschland erzwungen, da nach Abschluss der Vertreibungen im Juni 1949 Ungarndeutsche dort nicht mehr aufgenommen wurden und so in die ungarische Gesellschaft reintegriert werden mussten. Die ungarische Regierung begann nun parallel hierzu, grundlegende rechtliche Regelungen bezüglich der Situation der etwa 220.000 sich in Ungarn aufhaltenden Mitglieder der deutschen Minderheit zu treffen. An erster Stelle wurden die freie Wahl des Wohnorts und die Aufnahme von Arbeit sichergestellt. Die Verordnung Nr. 4274/1949 des Ministerrats erklärte hinsichtlich jener Personen, die zwar zur Übersiedlung nach Deutschland verpflichtet worden waren, deren Übersiedlung aber nicht mehr stattgefunden hatte, „dass sie mit Blick auf die Wahl des Wohnorts (Aufenthaltsorts) und die Aufnahme von Arbeit […] mit den ungarischen Staatsbürgern gleichberechtigt“[47] seien. Es ist symptomatisch, dass die am selben Tag veröffentlichte Durchführungsverordnung des Innenministeriums die prinzipielle Aufhebung der früheren kollektiven Benachteiligungen als „bestimmte Begünstigungen“[48] bezeichnet. Die betroffenen Personen mussten sich innerhalb von 15 Tagen bei der Polizeistation melden, die ihrem Aufenthaltsort nächstgelegen war, und dort ihren Wohnort offiziell anmelden. Diejenigen, die die Meldung versäumten, durften nicht in den Genuss der „Begünstigungen“ kommen. Von noch größerer Bedeutung war die Verordnung Nr. 4364/1949 des Ministerrats vom 16. Dezember 1949, die verschiedene Bestimmungen zur Beendigung der Bodenreform und der Aussiedlung enthielt.[49] Diese Rechtsnorm stabilisierte schließlich die sich ein

46 Bericht vom 3. Mai 1949 (O-9555, fol. 91).
47 Magyar Közlöny [Amtliches Ungarisches Mitteilungsblatt], 11. Oktober 1949. Die Durchführung der Verordnung des Ministerrats wurde durch Verordnung Nr. 245.000/1949 BM des Innenministeriums geregelt.
48 Ebenda.
49 Ebenda, 31. Dezember 1949.

halbes Jahrzehnt hindurch ständig ändernden Eigentumsverhältnisse, indem sie die Grundbucheintragung des mobilen und immobilen Vermögens, das den nicht vertriebenen Personen belassen worden war, obligatorisch machte.

Über die Auswirkung der Maßnahmen berichteten die Komitatssekretäre der Ungarischen Partei der Werktätigen (ung. Magyar Dolgozók Pártja) Innenminister János Kádár. Gemäß den Berichten hätten sich die mittellosen Ungarndeutschen gefreut, wieder arbeiten zu dürfen, und sie hätten auch positiv auf den Beginn der Regelung der Besitzfragen reagiert. Gleichzeitig würden sich die Personen, die sich illegal in Ungarn aufhielten, auch weiterhin fürchten und sich deshalb nicht bei den offiziellen Stellen melden. Für das Komitat Baranya beispielsweise wird eine größere Zahl von Personen, die sich gemeldet hätte, erwähnt, wenngleich auch sie keine Erklärungen abgegeben hätten, da „sie bisher nicht politisiert" hätten und dies auch weiterhin nicht wollten.[50]

Die Verordnung Nr. 84/1950 des Ministerrats bestimmte die vollständige Rechtsgleichheit der Bevölkerung deutscher Nationalität in Ungarn. Sie erklärte die Ungarndeutschen, die weiterhin in ihrem Heimatland lebten, zu ungarischen Staatsbürgern:

> Alle Personen, die unter die Rechtswirkung der Umsiedlung fallen, die aber nicht umgesiedelt wurden, und ebenso diejenigen Personen, die zwar umgesiedelt wurden, die sich aber bei Inkrafttreten der vorliegenden Verordnung in Ungarn aufhalten […], sind ungarische Staatsbürger und gegenüber den übrigen Bürgern in jeder Hinsicht gleichberechtigte Bürger der Volksrepublik Ungarn.[51]

Auch wenn die restriktiven Bestimmungen, die in Verbindung mit der Vertreibung erlassen worden waren, nicht weiter angewendet werden konnten, behielten die vor der Veröffentlichung der Verordnung durchgeführten behördlichen Maßnahmen weiterhin ihre Gültigkeit, denn aus den bereits durchgeführten Maßnahmen – so heißt es in der Verordnung weiter – „kann kein Entschädigungs- oder sonstiger Anspruch abgeleitet werden." Obwohl die Vergangenheit im Sinne der Verordnung damit „gestrichen" wurde, musste der eine oder andere Betroffene dann doch am eigenen Leibe erfahren, dass sich die Situation in der Wirklichkeit anders gestaltete.

Die im Objektdossier der Gemeinde abgehefteten Berichte zeigen, dass die politische Macht die Ungarndeutschen bis zum Ende der Ära Rákosi[52] allein

50 Staatsarchiv des Ungarisches Nationalarchivs (MNL OL), Signatur: M-KS 276.f. 54. cs. 90.ö.e.

51 Törvények, törvényerejű rendeletek 1950 [Gesetze und Verordnungen mit Gesetzeskraft 1950]. Budapest 1951, S. 271f.

52 Diese dauerte von 1949 bis 1956.

wegen ihrer Abstammung als „feindliche Gruppe“ betrachtete. Sie strebte aber danach, diesen Sachverhalt zum Teil zu kaschieren bzw. dem aufgrund der Abstammung gezeichneten Feindbild – sozusagen zur Bekräftigung – andere Gesichtspunkte hinzuzufügen. Diejenigen Personen, die während des Krieges in SS-Verbänden gedient hatten oder Mitglieder des Volksbundes gewesen waren, wurden auch Mitte der 1950er-Jahre unter Berufung auf diesen Sachverhalt registriert bzw. beobachtet. Über beide Gruppen wurden mehrmals Aufstellungen angefertigt.

Als „ideologisch unzuverlässig“ galten auch jene Personen, die religiös waren oder Kontakte zu Kirchenpersonen pflegten. Das Attribut „religiös“ wurde synonym für „reaktionär“ oder „klerikal“ verwendet. In der Gemeinde Waschkut wurde sowohl gegen die Übersiedler aus der Slowakei als auch gegen die ortsansässigen Ungarndeutschen der Vorwurf erhoben, sie würden gute Kontakte zum jeweiligen Pfarrer oder Kaplan pflegen und seien mit ihnen solidarisch. Die örtlichen Organisationen der katholischen Kirche (Chor, Jugendgruppe und Lesekreis) hörten 1948/1949 praktisch auf zu bestehen. Die Bevölkerung besuchte aber auch weiterhin in großer Zahl und regelmäßig die Heilige Messe und andere religiöse Veranstaltungen.[53] Im Grenzstreifen wurde die Tätigkeit der Kirche bzw. ihrer Mitglieder durch die Staatssicherheit mit besonders großer Aufmerksamkeit verfolgt. In diesen Gemeinden durften nur jene Pfarrer und Schwestern bleiben, die einen ständigen Wohnsitz auf dem Gebiet des jeweiligen Bezirks hatten und die auch ihre kirchliche Tätigkeit dorthin band.[54]

Noch vor der Einrichtung des Grenzstreifens zogen einige Schwestern der Kongregation der Armen Schulschwestern von Unserer Lieben Frau von Kalocsa, die ihren Lebensunterhalt im Zuge der Verstaatlichung ihrer Schulen in Baja verloren hatten, ins Dorf. Sie mieteten zuerst ein Haus, wurden aber vom Gemeindevorstand aufgefordert, dieses zu verlassen. Daraufhin zogen sie in das Pfarrhaus und verschafften sich teils durch Spenden, teils mit Gelegenheitsarbeit (Nähen, Stricken, Putzen usw.) ein Auskommen. Die Schwestern, die die dortigen Familien regelmäßig besuchten, sowie die Besuchten selbst gelangten nun in den Fokus der Staatssicherheit.[55]

53 O-9555, fol. 45, 65f, 88, 162f, 165–167.
54 István Orgoványi: Déli határsáv, S. 259f.
55 O-9555, fol. 94, 287. Näheres zur Geschichte der Schulen in Baja siehe Mihály Kőhegyi, Zsuzsa Merk: A Miasszonyunkról Nevezett Kalocsai Szegény Iskolanővérek bajai iskoláiban vezetett krónika [Die in den Schulen von Baja geführte Chronik der Kongregation der Armen Schulschwestern von Unserer Lieben Frau von Kalocsa]. Baja 1995.

> Im Zuge der Überwachung habe ich festgestellt, dass die neuerlichen Familienbesuche ohne jegliche Agitationstätigkeit und ohne besondere politische Gespräche verliefen. Ziel ihres Besuchs ist es, sich ein Auskommen zu sichern, wobei sie verschiedene leichtere Arbeiten, z. B. Stricken, Nähen usw., übernehmen. An einigen Orten baten sie die Besuchten sogar, man möge sie – wenn möglich – im Frühjahr bzw. im Laufe des Sommers zu leichteren Tätigkeiten in der Landwirtschaft anstellen bzw. man möge ihnen die Möglichkeit eröffnen, dass sie sich ihr Brot für das nächste Jahr, für die Wintermonate, im Voraus beschaffen können.[56]

Um ihre Existenz völlig unmöglich zu machen, erklärte der Leiter des Polizeikommissariats von Baja Gelegenheitsarbeit als „gewerbeerlaubnispflichtig" bzw. „arbeitserlaubnispflichtig" und forderte sämtliche untergeordnete Polizeiwachen auf, bei Zuwiderhandlung Anzeige zu erstatten. Die örtlichen Wachen leisteten dieser Aufforderung aber nicht Genüge.[57]

Anlass zu Verdacht gab es auch, wenn Familien, die durch die Vertreibung getrennt worden waren, weiterhin Kontakte zueinander pflegten.[58] Wegen der Erfahrungen, die sie in Ungarn gemacht hatten, sowie aufgrund der Tatsache, dass sich die Lebenssituation der Vertriebenen in Deutschland mittlerweile stabilisiert hatte, versuchten mehrere Personen, nach Westdeutschland zu übersiedeln. Dem Antrag, der in der amerikanischen Gesandtschaft einzureichen war, musste eine Bestätigung der örtlichen Räte beigefügt werden, dass die Angehörigen des Antragstellers bzw. der Antragstellerin ausgesiedelt worden waren und in Deutschland lebten. In der Gemeinde Waschkut ersuchten bis Januar 1951 elf Personen um einen derartigen Nachweis.[59]

Gegen Ende der 1940er-Jahre wurden die für den Markt produzierenden Landwirtschaftsbetriebe, die den Familien und örtlichen Gemeinschaften wirtschaftliche Unabhängigkeit garantierten, zum Hauptfeind der kommunistischen Machthaber. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sich die Agrargesellschaft in Ungarn differenziert. Aufgrund der Bodenverteilung wuchs die Zahl

56 Bericht vom 29. März 1949 (O-9555, fol. 77).

57 Bericht vom 9. Mai 1949 (O-9555, fol. 94). Die Arbeit der Schwestern wurde den gesamten Zeitraum lang regelmäßig beobachtet (O-9555, fol. 133, 143–145, 153–154,283–284, 287).

58 Bericht vom 25. April 1951. Ein Grund für die Beobachtung der Frau von János Dobler war, dass sie mit ihren vertriebenen Verwandten Kontakt hielt und von diesen monatlich Briefe und Pakete erhielt (O-9555, fol. 223–224). Aus ähnlichen Gründen wurde auch István Krix beobachtet. „Seine Eltern sind in Westdeutschland und er korrespondiert mit ihnen. Er selbst arbeitet in der Wirtschaft von Vaskút und verrichtet seine Arbeit bereits seit zwei Jahren rechtschaffen. Er war in die UdSSR deportiert worden und kam 1954 nachhause. Im Zuge unserer Gespräche sagte er, er sei mit seinem Schicksal zufrieden, da er gut verdiene und sorglos lebe." (O-9555/1., fol. 195).

59 Berichte vom 5. Januar 1950 sowie vom 16. Januar 1950 (O-9555, fol. 206–208).

der Landwirtschaften, die lediglich zur Selbstversorgung fähig waren. Diejenigen, die diese betrieben, wurden als „arbeitende Bauern" (ung. dolgozó paraszt) bezeichnet, diejenigen, die für den Markt produzierende Betriebe unterhielten, erhielten die Bezeichnung „Kulaken". Im Zuge der Bodenreform kamen viele Personen zu Ackerboden, die sich früher nicht mit Landwirtschaft beschäftigt hatten. Fehlendes Fachwissen, die Qualität des zugeteilten Bodens und die Streulage der Parzellen stellten Hindernisse für eine effektive landwirtschaftliche Produktion dar. Die sich von 1945 bis 1948 – zumeist auf freiwilliger Basis – bildenden Genossenschaften wurden zum Teil zur Überwindung dieser Nachteile gegründet.

Mátyás Rákosi verkündete auf seiner am 20. August 1948 in Kecskemét gehaltenen Rede die Kollektivierung der ungarischen Landwirtschaft, also ihre Neuorganisation im Sinne sozialistischer Großbetriebe. Während die politische Macht zuvor eine allmähliche „Neutralisierung" der Kulaken betrieben hatte, strebte sie nun offen ihre Liquidierung bzw. ihre Entfernung aus dem landwirtschaftlichen Sektor an. Obwohl die Folgen der „Verstaatlichung" des ländlichen Ungarns die Gesamtheit der Dorfbevölkerung negativ betrafen, war das Hauptziel doch, die als „Ausbeuter" qualifizierten Kulaken – auch wegen ihrer Wirtschaftskraft und ihres Fachwissens – auszuschalten. Um dies zu erreichen, wurde ihnen seit 1949/1950 eine Reihe von Beschränkungen auferlegt sowie eine breite Skala von Strafen eingeführt. Nachdem ursprünglich nur Personen, die über mehr als 25 Katastraljoch verfügten, zu „Kulaken" erklärt wurden, änderte man später die Gesichtspunkte der Bewertung derart, dass praktisch jedermann als „Kulak" gebrandmarkt werden konnte.[60]

Alle Personen, die aufgrund der einstigen Größe ihrer Besitzungen – zwischen 25 und 200 Katastraljoch – als „schwäbische Kulaken" angesehen wurden, gelangten auf eine entsprechende Liste. Ihre Bodenflächen, ihr vollständiges Inventar, ihr Vermögen und – in vielen Fällen – auch ihre Häuser waren bereits 1945 in Verbindung mit der Bodenreform enteignet worden. Damals

60 Eine detaillierte Aufarbeitung des Prozesses der Kollektivierung bietet József Ö. Kovács: A paraszti társadalom fölszámolása a kommunista diktatúrában. A vidéki Magyarország politikai társadalomtörténete 1945–1965 [Die Liquidierung der bäuerlichen Gesellschaft während der kommunistischen Diktatur. Politische Gesellschaftsgeschichte des ländlichen Ungarn 1945–1965]. In: Korall. Társadalomtörténeti monográfiák [Korall. Gesellschaftsgeschichtliche Monografien], Bd. 3. Budapest 2012. Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in Waschkut wird – nicht ohne ideologische Befangenheit – in folgenden Studien aufgearbeitet: János Duba u.a.: A Bácska Mezőgazdasági Termelőszövetkezet története [Geschichte der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft Bácska]. Budapest 1976; Károly Glied: Bács-Kiskun Megye Élelmiszergazdaságának 25 éve [25 Jahre Lebensmittelwirtschaft im Komitat Bács-Kiskun]. Kecskemét 1970.

verschafften sie sich als Besitzlose durch Tagelöhnerei oder – in selteneren Fällen – durch Bewirtschaftung der ihnen manchmal belassenen sechs bis acht Katastraljoch ihren Lebensunterhalt. (Auch die Ungarn aus der Slowakei wurden wegen der Größe ihres Besitzes als „Kulaken" bewertet. Da aufgrund des Bodenmangels in Ungarn die Größe der Fläche, die sie erhalten konnten, auf maximal 15 Katastraljoch angesetzt war, mussten sie wegen der 30 bis 60 Joch, die sie in der Zwischenkriegszeit in der Slowakei besessen hatten, sowie wegen der Ausstattung, die sie bei ihrer Umsiedlung zurücklassen mussten – Dreschmaschinen, Traktoren, Mahlwerke usw. –, deutliche Nachteile hinnehmen.[61])

Die politische Macht wollte nicht nur die als unzuverlässig und feindlich gebrandmarkten Personen materiell schwächen und moralisch diskreditieren, sondern strebte auch danach, sie physisch aus ihren Wohnorten zu entfernen. Dazu diente die Methode, die in Ungarn verbliebenen Mitglieder der deutschen Gemeinschaft einzuschüchtern. Bereits vor der Einrichtung des Grenzstreifens und den damit einhergehenden besonderen Maßnahmen war es zu ersten Vertreibungen aus dem Komitat Bács-Kiskun gekommen. Am 23. Juni 1950 wurden Gábor Raile und seine Familie, außerdem die Witwe von Márton Égi, Erzsébet Huber, sowie ihr erwachsener Sohn vertrieben.[62] 1951/1952 wurden mehrere Listen unerwünschter Personen erstellt, die im Grenzstreifen wohnten. Diese Listen enthielten die Namen von jeweils acht bis zehn Familien. Abhängig von der Größe der Familien bedeutete dies, dass schätzungsweise 35 bis 40 Personen entfernt werden sollten. Es scheint sicher, dass nicht alle als unzuverlässig eingestuften Familien tatsächlich vertrieben wurden. Es stehen keine Informationen bezüglich der Frage zur Verfügung, wer über die Vertreibung der einzelnen Personen entschied und welche Kriterien dabei angewendet wurden. Gemäß den uns bislang vorliegenden Informationen wurden István Huber, János Fürjes, Imre Nagy sowie Miklós Zority und seine Familie im Jahre 1951 aus dem

61 Vaskút. Kulaken, ohne Datum (O-9555, fol. 23–31).

62 Ausführlich zu den Geschehnissen bei den Vertreibungen im Komitat Bács-Kiskun siehe Mária Nagy, József Saád: „Péntek volt és 23." Kitelepítések 1950–1953 között a Bács-Kiskun megyei határsávból [„Es war Freitag und der 23." Vertreibungen aus dem Grenzstreifen des Komitats Bács-Kiskun zwischen 1950 und 1953]. Budapest 2013.
Im Bericht vom 27. Juli 1950 steht Folgendes: „Gábor Raile, Vaskút, 1901, Mutter: Erzsébet Kovács, verheiratet, wohnhaft Vaskút, Sándor-Petőfi-Straße 566, ein Kind, Klacke, hatte 100 Katastraljoch Boden und eine Gewürzhandlung. Gegenwärtig hat er 15 Joch und ist ein Feind der Demokratie.
Frau von Márton Égi, Erzsébet Huber, Vaskút, 1902, Mutter: Mária Régeisz, ein Kind, Vaskút, L.-Kossuth-Straße 148, Kulakin, hatte 350 Katastraljoch, gegenwärtig hat sie 20 Joch, sie ist eine Feindin der Demokratie. Gegenwärtiger Aufenthaltsort: Tiszagyenda-Kormópuszta." (O-9555, fol. 170).

Komitat vertrieben.[63] Wahrscheinlich spielte bei der endgültigen Entscheidung auch die Absicht eine Rolle, jede der Gruppen – also die ungarischen Flüchtlinge aus Jugoslawien, die ortsansässigen Ungarn, die Ungarndeutschen usw. – unmittelbar einzuschüchtern, weswegen aus allen Gruppen einige Familien auswählt wurden.

Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass in der Ära Rákosi allein schon die Zugehörigkeit zu einer Nationalitätengemeinschaft in den Augen der politischen Macht mit politischer Unzuverlässigkeit verbunden war. Die „Schuld" dieser so zu „Feinden" erklärten Personen wurde zudem durch weitere Stigmata unterstrichen: „klerikaler Reaktionär", politisch rechts gesinnte Person, ehemaliges Mitglied einer faschistischen Partei oder Organisation, Existenz von Verwandten im Westen, Kontaktpflege zu Personen in Jugoslawien. Diese Verfahrensweise diente einerseits der Verschleierung der Voreingenommenheit, die gegenüber den Nationalitäten bestand, zum anderen der Steigerung der „Schwere der Schuld". Darüber hinaus wurde damit auch bezweckt, die nationale Kohäsion der jeweiligen Gemeinschaft aufzulösen. Bei ihrer Brandmarkung wurde das System der diskriminierenden Argumentation ständig geändert, wobei verschiedene Gesichtspunkte vermischt oder getrennt wurden. Für die betroffene Person war es damit nicht mehr zu durchschauen, warum gerade sie aus diesem oder jenem Grund und zu dieser oder jener Zeit angeklagt wurde. Dementsprechend hatte sie auch nicht die Möglichkeit, sich zu verteidigen. Die politische Macht wandte Beklemmung und Furcht als Mittel der Gesellschaftsorganisation an. Letztendliches Ziel war es, die Autonomie der Gemeinschaft und der betroffenen Person aufzuheben.

Aus dem Ungarischen von Andreas Schmidt-Schweizer

63 István Huber: Vaskút, 1893, Mutter: Anna Dobler, Landarbeiter; Dr. Imre Nagy: Szabadka, 1911, Mutter: Katalin Jung, Gelegenheitsarbeiter, ehemals Anwalt (O-9555, fol. 337–339). János Fürjes: Újvidék, 1889, Mutter: Irén (?) Kovács, Friedhofswärter; Miklós Zority: Vaskút, 1898, Mutter: Ivánka Kricskovics, Landarbeiter (O-9551/1., fol. 160–161 und O-9555, fol. 23). Gleichzeitig wurden in einem Namensverzeichnis vom 9. Dezember 1953 die folgenden Personen als Freigelassene verschiedener Internierungslager aufgeführt: István Arnold: Vaskút, 1915, Mutter: Júlia Marxer; István Krix: Vaskút, 1911, Mutter: Mária Bohner; Péter Dudler: Vaskút, 1918, Mutter: Mária Rapp; Ferenc Genál: Vaskút, 1912, Mutter: Mária Keller; Vendel Grunferd: Vaskút, 1906, Mutter: Júlia Péter (O-9555/1., fol. 36).

Keine Überraschung zulassen!

Einige Bemerkungen zur staatssicherheitlichen Absicherung der Volkswahlen in der Tschechoslowakei in den 1970er- und 1980er-Jahren

TOMÁŠ VILÍMEK

Zu den Funktionen der Wahlen im Staatssozialismus

Die sozialistischen Wahlen wurden von der Propaganda als „Wahlen höheren Typs" gepriesen, deren politisches Wesen darin bestand, „dass die Arbeiterklasse zusammen mit breitesten Schichten der übrigen Werktätigen direkt darüber entscheidet, welche ihrer Vertreter unseren sozialistischen Staat leiten und verwalten sollen." Ihnen wurde auch eine „besondere Berufung" zugeschrieben, nämlich „unter der Führung der Arbeiterklasse alle Werktätigen in dem Bemühen um eine allseitige Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft als Ausdruck der Politik der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei" zu vereinen.[1] Es ging dabei nicht um einen „Kampf um Stimmen", sondern darum, aktive Unterstützung für das alles vereinigende Programm der Nationalen Front zu gewinnen. In den Augen der Parteileitung gab es nichts, was die gesellschaftliche Entwicklung, die mit dem „Siegreichen Februar" im Jahr 1948 begonnen hatte, zurückdrehen konnte. Umso weniger die Wahlen, an deren Ergebnis im zu untersuchenden Zeitraum niemand zweifelte.

Dabei zeigt sich, dass die Wahlen es der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, KPTsch (cz. Komunistická strana Československa, KSČ), und den Machthabern unter anderem ermöglichten, umfangreiche Überprüfungen des politisch-ideologischen und gesellschaftlichen Engagements durchzuführen, Brennpunkte potenziellen Widerstandes aufzudecken, die „sozialistischen Errungenschaften" zu propagieren und nicht zuletzt auch

1 Jaroslav Chovanec: Systém socialistické demokracie a volby v ČSSR [Das System der sozialistischen Demokratie und die Wahlen in der ČSSR]. Praha 1986, S. 138f.

Kritiker in Misskredit zu bringen sowie in der Gesellschaft die Überzeugung zu festigen, jeglicher Widerstand gegen die bestehenden Verhältnisse habe keine Aussicht auf Erfolg. Die Wahlen erfüllten jedoch auch eine „sozioökomische Funktion", mit der die Parteiführung versuchte, kampagnenartig die Arbeitsproduktivität zu steigern und die wachsenden Probleme der regionalen Bautätigkeit und des Umweltschutzes zu lösen. Die Wahlen waren zudem eine willkommene Gelegenheit zu einer Interaktion der Regierenden mit den Regierten, eine Möglichkeit, die sorgfältig eingerichteten Schneckenhäuser, in die sich die Mehrheitsgesellschaft zurückgezogen hatte, zu stören. Mit der Teilnahme an den Wahlen zeigte der Einzelne seine Bereitschaft – wenngleich größtenteils formal –, zu einem Bestandteil des sozialistischen Kollektivs zu werden, was ihn berechtigte, die sich auf diese Weise bietenden vielfältigen Vorteile, die das Alltagsleben erleichterten, in Anspruch zu nehmen. Es scheint, dass die Wahlen ein sehr wirksames Instrument zur Disziplinierung und Belohnung der Gesellschaft waren.

Alle fünf Jahre – 1971, 1976, 1981 und 1986 – bewältigten Partei- und Staatsfunktionäre aller Ebenen, Mitarbeiter des Sicherheitsapparats und Mitglieder der übrigen politischen Parteien und Massenorganisationen der Nationalen Front die nicht leichte Aufgabe, Parteitage durchzuführen und den gewünschten Verlauf der allgemeinen Wahlen zu gewährleisten. Während in den 1970er-Jahren die Wahlen etwa ein halbes Jahr nach einem Parteitag stattfanden, folgten sie in den 1980er-Jahren bereits knapp zwei Monate danach, was unter Berücksichtigung der zweimonatigen Wahlkampagne bedeutete, dass die Partei-, Staats- und Sicherheitsmaschinerie in den entsprechenden Jahren von Frühjahr bis Sommer auf Hochtouren lief. Den Wahlen maß das Machtestablishment außerordentliche Bedeutung bei und deshalb überrascht es nicht, dass sich an der Vorbereitung und Durchführung alle Elemente des Sicherheitsapparats beteiligten. Mit ausreichendem Vorsprung realisierten auch die Volkspolizei (cz. Veřejné bezpečnost, VB) und die Staatssicherheit (cz. Státní bezpečnost, StB) eine Reihe von Maßnahmen gegen tatsächliche Gegner des kommunistischen Systems. Doch sie wurden auch gegen jene angewendet, die mit ihrem bloßen Aussehen bzw. Auftreten – etwa langes Haar oder Alkoholkonsum – den Verlauf des Wahlaktes beeinträchtigen könnten. Es fanden zahlreiche „prophylaktische Gespräche" mit denjenigen statt, die sich beispielsweise an den Demonstrationen im März bzw. August 1969 beteiligt hatten und für die Sicherheitsorgane einen potenziellen Störfaktor darstellten. Die Polizei „säuberte" die großen Städte – Prag (cz. Praha), Brno (dt. Brünn) und Bratislava (dt. Pressburg) – von „kriminell auffälligen Personen" (cz. kriminálně závadové osoby, KZO) und isolierte bekannte Querulanten, manchmal auch durch Einweisung in die Psychiatrie.

Die Wahlen waren auch eine Gelegenheit, um die Wachsamkeit und Leistungsfähigkeit des Sicherheitsapparats zu überprüfen. Diese zu gewährleisten, gehörte zu einer der „gravierendsten politischen Aufgaben" des entsprechenden Jahres.[2] Verschiedenste Aktionen der Volkspolizei und der StB vor den Wahlen erfüllten die Funktion eines spezifischen Lackmuspapiers, das Informationen zur Intensität des kritischen Potenzials in der Gesellschaft bieten sollte. Die Organe konzentrierten sich dabei auf Risikogruppen – Jugendliche, praktizierende Christen, registrierte Regimegegner, ausgeschlossene und gestrichene Mitglieder der KPTsch –, zu denen sie sorgfältig Informationen über ihre Haltung zu den Wahlen sammelten. Die politische Polizei interessierte dabei am meisten, ob die Gefahr eines öffentlichen Boykotts der Wahlen bzw. von Aktionen drohte, die ihren angeblichen demokratischen Charakter anzweifelten.

„Kämpferische Wahlen"[3] am 26. und 27. November 1971

Zur mittelfristigen Gewährleistung des gewünschten Ablaufs der Wahlen in den 1970er- und 1980er-Jahren nahmen die Wahlen im November 1971 eine Schlüsselrolle ein. Das Machtestablishment schuf für die Vorbereitung des eigentlichen Wahlverlaufs auch einen spezifischen Fahrplan von politisch-ideologischen und Sicherheitsmaßnahmen, die anschließend im gesamten Zeitraum der sogenannten Normalisierung Anwendung fanden, auch wenn dieser allmählich perfektioniert und teilweise auch modifiziert wurde. Der Autor eines anonymen Briefs an den leitenden Sekretär der Kreisleitung der KPTsch im mittelböhmischen Nymburk (dt. Nimburg) brachte das Wesen dieser Wahlen auf den Punkt: „Die Wahlen – eine grausame Niederlage für uns alle."[4]

Beginnend mit dem Sommer 1971 waren die höchsten Partei- und Staatsorgane darüber informiert, dass die Sicherheitslage für das Stattfinden von Wahlen günstig sei und nichts darauf hindeute, dass es eine deutlichere „Aktivierung feindlicher Gruppen gegen die Wahlen" gebe.[5] Im Geiste der Losung

2 Die Ausrichtung der Tätigkeit der Volkspolizei in der Wahlkampagne und im Laufe der Wahlen zu den Vertretungscorps, Prag, 15. September 1971. In: Archiv der Sicherheitsorgane der Tschechischen Republik (im Folgenden: ABS), Fonds (F.) H 2-1, Inventareinheit (I. E.) 89, Bl. 1.

3 Dieser Begriff wurde Anfang Oktober auf den Seiten des Parteipresseorgans *Rudé právo* (Rotes Recht) verwendet. Vgl. dazu: Bojové volby [Redaktion]. In: *Rudé právo*, 9. Oktober 1971, S. 1.

4 Zusammenfassende Information vom 20. November Nr. 8, Prag, 20. November 1971. In: ABS, F. B 1/II, I. E. 6, Bl. 4.

5 Operative Lage, Prag, 9. August 1971. In: ABS, F. B 1/II, I. E. 6, Bl. 1.

„Der Feind schläft nie" mussten jedoch alle Maßnahmen zu einer Minimierung der Gefahr einer eventuellen Störung getroffen werden. Innenminister Radko Kaska informierte Anfang September 1971 bei einer Sitzung der Koordinierungskommission, die für die organisatorische Sicherstellung der Wahlen zuständig war, darüber, dass „rechtsgerichtete Elemente" mit kleineren kritischen Äußerungen wie auch mit längerfristig geplanten Aktionen die bereits erreichten Ergebnisse der Konsolidierung unterminierten. Es sei somit anzunehmen, dass einige von ihnen sich bereits bei den Treffen, die den Wahlen vorausgehen, zu Wort melden würden, was eine entsprechende politische Vorbereitung der vorgeschlagenen Kandidaten für ein Abgeordnetenmandat erfordere.[6] Zwei Monate später stellte Kaska fest, dass die „Anzahl der negativen Vorkommnisse etwa auf demselben Niveau ist wie 1964", dem Jahr, in dem die letzten Wahlen stattgefunden hatten. Er beklagte sich jedoch über die steigende Anzahl anonymer Briefe, deren Verfasser er als „Feiglinge, die nicht anders kämpfen können", bezeichnete, denn „zumindest die anonymen Briefe wollen besonders aktive Funktionäre belästigen […]". Der Minister räumte gleichzeitig ein, dass ihm die Studentenwohnheime die größten Sorgen bereiteten. „Dort ist die Situation nicht besonders günstig", konstatierte er, „es gibt immer noch viele Diskussionen darüber, ob man wählen sollte oder nicht."[7] Bei einer Beratung des Gemeinsamen operativen Stabs Mitte November 1971 machte Kaska darauf aufmerksam, dass es im Zusammenhang mit den Wahlen zwar „nicht zu massenhaften, gegen die Gesellschaft gerichteten Auftritten" kommen werde, es jedoch notwendig sei, mit einer weiteren massenhaften Verbreitung feindlicher Flugblätter, die zum Boykott der Wahlen aufrufen, zu rechnen – ausschließen könne man auch keine „brutaleren terroristischen Aktionen, Brände und Diversionen".[8]

Die außerordentliche Sensibilität des Sicherheitsapparats während der ersten Wahlen nach dem „Panzeraugust" 1968 trug jedoch dazu bei, dass viele Anzeichen eines radikaleren Widerstands gegen die Wahlen automatisch den Stempel eines Terroraktes aufgedrückt bekamen. Dies führte bisweilen zu fast absurden Fällen, wie eine Begebenheit vom November 1971 belegt. So hatte der Wach-

6 Protokoll von der Sitzung der Koordinierungskommission zur organisatorischen Sicherstellung der Wahlen zu den Vertretungscorps über die staatliche Linie am 8. September 1971. In: ABS, F. A 2/4, I. E. 124, Bl. 5.

7 Stenografisches Protokoll der dritten Sitzung der Zentralen Wahlkommission der Nationalen Front der ČSSR vom 8. November 1971. In: Nationalarchiv der Tschechischen Republik (im Folgenden: NA), F. ÚV NF (Zentralkomitee der Nationalen Front) ČSSR, nicht verarbeitet, Karton (K.) 59, Bl. 14–15.

8 Protokoll von der Sitzung des Gemeinsamen operativen Stabs am 16. November 1971. In: ABS, F. H 3-2, I. E. 153, Bl. 2–7.

schutz der Villa des Ministers Kaska in Prag drei Jungen im Alter von acht und neun Jahren festgehalten, da einer von ihnen beim Spielen einen Stein geworfen und das Küchenfenster der Ministervilla eingeschlagen hatte. Nach der Feststellung der Personalien waren sie wieder freigelassen worden. Im Laufe der anschließenden Untersuchung stellte sich dann heraus, dass sie aus regimekonformen Arbeiterfamilien stammten und nicht einmal wussten, dass in der Villa der „Genosse Minister" wohnte.[9] Die allgemeine Hysterie des Sicherheitsapparats spielte während der Wahlen ähnlichen Fällen in die Hände, wie eine Überprüfung der Oktoberausgabe der Zeitschrift *Světa v obrazech* belegt, in der unter der Überschrift *Wir gehen wählen* eine Bäuerin abgebildet ist, die eine Kuh führt.[10] Die Absurdität der „außerordentlichen Sicherheitsmaßnahmen" (cz. mimořádné bezpečnostní opatření, MBO) lässt sich auch sehr anschaulich an der Untersuchung der Beschädigung eines Wahlplakats an einer Grundschule in Prag 7 demonstrieren. Dort stellten die entsprechenden Organe fest, dass diese durch Schneebälle beschädigt worden sei, die von Schülern dieser Schule geworfen wurden, was in der Umgebung „festgestellte Spuren von Kinderschuhen und auf dem Gestell [gefundene] Abdrücke von Kinderhänden" belegten.[11]

Die Hauptlast der Umsetzung von Maßnahmen zur Sicherstellung der Wahlen lag dabei auf den Schultern der Volkspolizei, die aktiv von der StB und Organen der Staatsverwaltung, vor allem den Nationalausschüssen (národní výbor, NV), unterstützt wurde. Aus der Ausrichtung der Tätigkeit der VB während der Wahlkampagne und in den Wahltagen des Jahres 1971 geht hervor, dass es sich um ein recht komplexes Ensemble von Maßnahmen handelte. Die Volkspolizei erhielt nicht nur eine Übersicht über Ort und Zeit, an denen im Vorfeld der Wahlen Versammlungen stattfinden sollten, sondern verlangte auch Hintergrundinformationen über die Kandidaten für ein Abgeordnetenmandat, um Provokationen ihnen und ihren Familien gegenüber zu vermeiden bzw. negative Einflüsse auf die Bereitschaft des Kandidaten, sich „gesellschaftlich" im Sinne der Ideologie zu engagieren, zu minimieren. Die gewonnenen Erkenntnisse sollten genutzt werden, um ein Bild über die Stimmung in der Bevölkerung und bei den Werktätigen in den einzelnen Betrieben, über die grundlegenden Tendenzen der öffentlichen Meinung und über Andeutungen „störender Erscheinungen" wie beispielsweise Strom- oder Warmwasserausfälle zu erhalten.

9 Sonderbeilage zu einer Notiz der Ereignisse vom 10. November 1971, Prag, 11. November 1971. In: ABS, F. H 2-1, I. E. 89, Bl. 1.

10 Anlage zur Notiz vom 8. November 1971. In: ABS, F. B 1/II, I. E. 6, Bl. 1–2.

11 Bericht zur sicherheitspolitischen Lage auf dem Gebiet der Hauptstadt Prag in der Zeit der Wahlen zu den Vertretungsorganen innerhalb von 24 Stunden vom 19. November 1971, Prag, 20. November 1971. In: ABS, Zuwachsnummer (ZN) 1266/83, Paket (P.) 9, Bl. 5.

Auch vorbeugende strichprobenartige Kontrollen beim Wachschutz der Betriebe, bei der Einhaltung der Brandschutzmaßnahmen sowie der Sicherstellung von Vervielfältigungstechnik, die zur Herstellung von gegen das System gerichtetem Material verwendet werden könnte, wurden durchgeführt. Dem Kampf gegen „ungesetzliche Schriftstücke", zu denen die Staatssicherheit Flugblätter, anonyme Briefe und Wandparolen zählte, dienten auch verstärkte Kontrollen von Verkehrsmitteln, die zu deren Verbreitung bzw. zum Transport von „Flugblättern, Waffen und terroristischen Mitteln" missbraucht werden könnten. Die Angehörigen der VB sollten auf die Wahldekoration achten und deren Beschädigung verhindern. Bei der strengen Einhaltung der „sozialistischen Gesetzlichkeit" in der Zeit vor den Wahlen wurde empfohlen, „maximal taktvoll gegenüber den Bürgern" und „energisch und schnell" gegenüber Vorbestraften und „Rowdys" aufzutreten. Die Sicherheitsorgane sollten „alle Mittel der Kriminaltaktik und -technik nutzen, das Netz von geheimen Mitarbeitern, Vertrauensleuten, Mitgliedern der Hilfswacht der Volkspolizei (cz. Pomocná stráž Veřejné bezpečnosti, PS VB) und weiteren Bürgern aktivieren und Einflüssen jeglichen Wirkens krimineller, rechtsgerichteter und antisozialistischer Elemente die Stirn bieten".[12]

Nach dem Bericht über die Sicherstellung der Wahlen vom August 1971 wurden in Prag im Rahmen einer Fahndungsaktion zwischen dem 17. und 21. August mehr als 900 „kriminell auffällige Personen" vorgeführt und verhört, von denen 82 in Haft verblieben. Im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen wurde dabei empfohlen, die Liste der KZO um Personen mit Tendenzen zu „Rowdytum" und Provokationen zu erweitern und sich vor allem auf diejenigen zu konzentrieren, die sich in den Jahren 1968 und 1969 an „Massenausschreitungen" beteiligt hatten. In Prag waren zu dieser Zeit bereits mehr als 50 Fälle von „pejorativen Wandparolen mit antisowjetischem bzw. antisozialistischem Inhalt" verzeichnet worden, und die Autoren des Berichtes erwarteten ein „Anwachsen der Aktivität feindlicher und rechtsgerichteter revisionistischer Kräfte einschließlich krimineller Elemente", die „Unruhe in die breite Prager Öffentlichkeit hineintragen" würden.[13] Im Oktober 1971 wurden dann aus diesen Gründen in der Hauptstadt an die 500 Personen vernommen. Ab dem 22. November wurden in den einzelnen Prager Stadtbezirken „Ausrückeinhei-

12 Ausrichtung der Tätigkeit der Volkspolizei in der Wahlkampagne und im Laufe der Wahlen zu den Vertretungscorps, Prag, 1. September 1971. In: ABS, F. H 2-1, I. E. 89, Bl. 2–3.

13 Bericht zu den Maßnahmen im Abschnitt der VB zur Gewährleistung von Ruhe und Ordnung in der Hauptstadt während der Kampagne vor den Wahlen und im Laufe der Wahlen zur den Vertretungscorps, den Nationalausschüssen, dem Tschechischen und dem Slowakischen Nationalrat und der Föderalversammlung, Prag, 23. August 1971. In: ABS, F. H 2-1, I. E. 89, Bl. 3–4.

ten“ eingerichtet „mit der Aufgabe, schnell und konsequent auf alle Fälle zu reagieren, die die öffentliche Meinung in dieser Zeit negativ beeinflussen könnten.“ Einen Tag später wurden auch „Eingriffseinheiten von Angehörigen des Ordnungsdienstes“ geschaffen, die im Falle einer massenhaften Störung der Ruhe und der öffentlichen Ordnung eingesetzt werden sollten. Für den verstärkten Ordnungsdienst standen ab dem gleichen Tag 650 Personen zur Verfügung, in der Nacht dann noch 100 mehr.[14] Die mährische Metropole meldete, im Zusammenhang mit den Novemberwahlen seien 299 Gespräche mit Menschen geführt worden, die an Demonstrationen im August 1969 teilgenommen hatten.[15] Vom 18. bis 19. November 1971 wurden dann in einer in der gesamten Stadt durchgeführten Aktion gegen kriminelle Elemente zwei Dutzend Personen in Haft genommen.[16] Bei einer Sitzung des erweiterten Stabs des Leiters der Bezirksverwaltung des Corps der nationalen Sicherheit (cz. Sbor národní bezpečnosti, SNB) Brno Mitte November wurden die Anwesenden über die „Realisierung“ von Gesprächen mit mehr als 70 Personen informiert, die in der Vergangenheit Wandparolen geschrieben oder Flugblätter verteilt hatten.[17]

Zu ähnlichen Aktionen kam es in allen Kreisen der ČSSR, der Umfang hing dabei sowohl von der Konzentration der bekannten Regimegegner als auch vom konkreten agilen Handeln und dem Arbeitseinsatz der verantwortlichen Funktionäre ab. Die Kreisverwaltung des SNB Tachov (dt. Tachau) in Westböhmen beispielsweise informierte die übergeordneten Organe darüber, dass im Zusammenhang mit den Novemberwahlen mehr als sechzig „feindliche Personen“ sorgfältig überwacht würden.[18] Im Kreis Rokycany (dt. Rokitzan) wiederum wurde bereits in den ersten Septemberwochen 1971 ein Plan zur Sicherstellung der Wahlen mit einer Auflistung der wichtigen Betriebe ausgearbeitet, deren „abwehrdienstlichem Schutz“ erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Darin findet sich auch eine Auflistung „feindlicher Personen“ der einzelnen Gefahrenkategorien und auf der Basis ihrer Tätigkeit in den Jahren

14 Zusammenfassende Information zum Verlauf der außerordentlichen Sicherheitsmaßnahmen bei der Sicherstellung der Zeit vor den Wahlen und der Wahlen zu den Vertretungscorps auf dem Gebiet der Hauptstadt Prag, Prag, 27. November 1971. In: ABS, F. H 3-2, I. E. 153, Bl. 2–4.

15 Mehr zur Problematik der gegen das System gerichteten Demonstrationen anlässlich des ersten Jahrestages der Intervention vgl. Oldřich Tůma: Srpen ’69: Edice dokumentů [August ’69: Edition von Dokumenten]. Prag 1996.

16 Abschließende Bewertung des Verlaufs der Wahlen auf dem Gebiet der Stadt Brünn/Brno, 27. November 1971. In: ABS, F. N 1-1, I. E. 115, Bl. 2.

17 Protokoll von der Sitzung des erweiterten Stabs des Obmanns der Bezirksverwaltung der SNB Brno vom 13. November 1971. In: ABS, F. N 1-1, I. E. 115, Bl. 2.

18 StB-Maßnahmen zur Sicherstellung der Wahlen zu den Vertretungsorganen – Auswertung, Tachov, 9. Dezember 1971. In: ABS, F. B 3-10/II, I. E. 57, Bl. 2–5.

1968 und 1969 auch eine Auswahl derer, mit denen vor den Wahlen ein „prophylaktisches Gespräch" geführt werden müsse. Auch Verwandte von Emigranten, praktizierende Christen und „gestörte junge Leute", die in der Vergangenheit im Kreis strafrechtlich verfolgt worden waren, weil sie Fahnen abgerissen hatten, wurden in diesem Zusammenhang nicht vergessen.[19]

„Unsere ganze Gesellschaft tritt in die Wahlkampagne ein, die in einen Sieg der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und eine Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft im Land münden muss." So lauteten die einleitenden Sätze der Autoren eines ähnlichen Plans für den Bezirk Pilsen (cz. Plzeň) von Anfang September 1971. Die ersten Erfolge der Aktionen „Stíny" (Schatten) und „Centrum" (Zentrum) sollen eine klare Vorstellung von den Absichten des „inneren Feindes" vermittelt haben, von dem man vor allem die folgenden Aktivitäten zu erwarten habe:

- Passiver Widerstand mit dem Ziel einer Nichtteilnahme an den Wahlen oder das Streichen von Kandidaten;
- Durchsetzung eigener Kandidaten, die durch den vergangenen Zeitraum nicht kompromittiert sind;
- Einschüchterung der vorgeschlagenen Kandidaten in Form von anonymen Briefen, Flugblättern und Losungen;
- Versuche, den ruhigen Verlauf der Wahlen durch schädliche oder subversive Tätigkeit zu stören;
- Beeinflussung der Wähler mithilfe ausländischer Druckerzeugnisse, durch einreisende VC [„Visaausländer"], Rundfunk sowie Fernsehstationen;
- Missbrauch der Jugend, vor allem von Hochschulstudenten, zu öffentlichen Auftritten während des internationalen Studententags am 17. November 1971;
- Missbrauch der Feierlichkeiten anlässlich des Jahrestags der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution am 7. November und des Tages der Verstaatlichung am 28. Oktober 1971.[20]

Die Angehörigen der bewaffneten Einheiten erweiterten die ohnehin schon recht umfangreichen Aktivitäten zur ideologischen, organisatorischen und sicherheitstechnischen Vorbereitung der Wahlen. Allein für Sicherheitsmaßnahmen in Prag vom 12. bis 28. November 1971 rechnete man mit 1,2 Millionen Kronen Kosten für den Einsatz der verschiedenen Corps.[21] In den Tagen mit „außerordent-

19 Plan der Sicherheitsorgane zu den Wahlen zu den Nationalausschüssen im November 1971, Rokycany, 11. September 1971. In: ABS, F. B 3-8/II, I. E. 6, 6 Blätter.

20 Plan der Sicherheitsmaßnahmen zum Zeitraum vor und während der Wahlen, Pilsen, 7. September 1971. In: ABS, F. B 3-8/II, I. E. 6, Bl. 1.

21 Veranschlagte Ausgaben (Kosten), die den Angehörigen beim MBO für die Zeit vom 12. November bis 28. November 1971 gezahlt wurden, Prag, 27. November 1971. In: ABS, ZN 1266/83, P. 9, Bl. 1.

lichen Sicherheitsmaßnahmen", die vom föderalen Innenministerium vom 23. bis 28. November 1971 ausgerufen wurden, erhielten alle dienenden Einsatzkräfte eine Sonderzahlung von 15 Kronen pro Stunde. Im Bezirk Nordböhmen wurden dafür 700.000 Kronen, im Bezirk Ostböhmen 370.000 Kronen und im Bezirk Nordmähren 800.000 Kronen bereitgestellt. Der geringste Betrag für Sonderzahlungen entfiel auf den Bezirk Südböhmen – 240.000 Kronen –, der höchste wiederum auf den Bezirk Südmähren, wo die Summe 2,5 Millionen Kronen erreichte.[22] Die Summe hing vorrangig mit der Bezirksgröße zusammen, wenngleich auch Bezirksspezifika eine Rolle spielten. In Nordböhmen und Nordmähren zum Beispiel waren es die vielen Bergarbeiter und Arbeiter in großen Betrieben, die ein kritisches Potenzial darstellten. In Südmähren wiederum hatte die katholische Kirche eine unübersehbare Wirkung.

Neben den Angehörigen der Volkspolizei und der Staatssicherheit wurden im tschechischen Teil der Republik gegen eventuelle Störer der Wahlen für die besagten Novembertage des Jahres 1971 mehr als 2.500 Soldaten, 245 Milizionäre (Volksmilizen, LM, Kampfgruppe) und 1.232 Studenten der Polizeihochschule eingesetzt. Mit der größten Anzahl von benötigten Soldaten rechnete man dabei in Prag (500) und im Bezirk Nordmähren (422). Im Falle einer „negativen Entwicklung der Sicherheitssituation" sollten jedoch weitere fast 3.500 Soldaten sowie „Technik und Kampfmittel" der Tschechoslowakischen Volksarmee (cz. Československá lidová armáda, ČSLA) und der Zivilverteidigung (cz. Civilní obrana, CO) in Bereitschaft versetzt werden.[23]

Aus den Mitteln der ČSLA wurden beispielsweise 40 Transporter des Typs OT-64 ausgegliedert, von denen zehn in den Kasernen der Zivilverteidigung „Jan Roháč z Dubé" in Prag 10 Na Míčánkách stationiert wurden.[24] In der Aufzählung der verfügbaren Technik zur Sicherstellung der Wahlen in der Hauptstadt vom 27. November findet man weitere 20 Lastkraftwagen der Zivilverteidigung des Innenministeriums, 35 GAZ-Fahrzeuge, acht Wasser-

22 Bericht über die Sicherstellung der Wahlen im Bezirk Südböhmen, 28. November 1971. In: ABS, F. H 3-2, I. E. 153, Bl. 2–3; Einschätzung der außerordentlichen Sicherheitsmaßnahmen zum 28. November 1971, Ústí nad Labem, 28. November 1971, ebenda, Bl. 3; Abschlussbericht über den Verlauf der außerordentlichen Sicherheitsmaßnahmen, Hradec Králové, 27. November 1971, ebenda, Bl. 3; Abschlussbericht über die außerordentlichen Sicherheitsmaßnahmen im Bezirk Nordmähren, Ostrava, 28. November 1971, ebenda, Bl. 3.

23 Informationen zu den Unterlagen zur Sitzung des gemeinsamen operativen Stabs vom 16. November 1971 um 14.00 Uhr. In: ABS, F. H 3-2, I. E. 153, 2 Blätter.

24 Außerordentliche Sicherheitsmaßnahmen auf dem Gebiet der Hauptstadt Prag in der Zeit der Wahlen zu den Vertretungsorganen im November 1971 – Antrag auf Zuteilung von Kräften und Mitteln, 7. Oktober 1971. In: ABS, ZN. 1266/83, P. 9, Bl. 3.

spritzen sowie eine ausziehbare Leiter.[25] Im Bezirk Mittelböhmen wurden für den Ordnungs- und Patrouillendienst in den Tagen vom 25. bis 28. November 1971 1.502 Angehörige von VB und StB, 2.975 Mitglieder des PS VB und 125 Dienstfahrzeuge ausgegliedert. Vor allem in den Nachtstunden vom Freitag auf Samstag tauchten in der Nähe der Wahllokale gemischte Patrouillen auf, die von Angehörigen der Armee bzw. der Volksmilizen verstärkt wurden.[26]

Die Uniformierten bildeten zwar den sichtbarsten Teil derjenigen, die den ruhigen Verlauf der Wahlen überwachten, jedoch nicht den zahlenmäßig stärksten. Der Machtapparat kombinierte dafür in geeigneter Weise die Hilfswacht der VB und Zivilstreifen, die von den einzelnen Nationalausschüssen organisiert wurden. Die politische Polizei überwachte die Wahlen zwar sorgfältig, die Sicherung konkreter Wahllokale überließ die jedoch der Volkspolizei – ein Vorgehen, das auch bei allen anschließenden Wahlen eingesetzt wurde. Im November 1971 verzeichnete man sogar einen Fall, in dem es Angehörigen der Staatssicherheit erst beim zweiten Versuch gelang, das Wahllokal, das sie bewachen sollten, zu betreten. Die Stadtbezirksabteilung der VB in Prag-Suchdol erhielt in den Nachmittagsstunden des ersten Wahltages einen Anruf der Sekretärin des Nationalausschusses, die mitteilte, dass ein Mann mit einem StB-Ausweis versuche, sich Zutritt ins Wahllokal zu verschaffen. Die herbeigerufene motorisierte Streife der VB stellte fest, dass es sich um einen Kapitän der StB handelte. Da es nicht angebracht war, die ganze Angelegenheit vor Ort zu untersuchen, brachten ihn die Polizisten aufs Revier, wo sich der vermutete Sachverhalt bestätigte. Der Betreffende wurde anschließend zurück zum Wahllokal gebracht und laut einer Erklärung „wurde Kpt. Slaný ins Kollektiv aufgenommen, mit dem er gemeinsam die auferlegten Aufgaben zur Sicherung des ruhigen Wahlverlaufs erfüllt".[27]

Die Sicherheitseinheiten brachten sich auch aktiv in die Kaderüberprüfung der Kandidaten für die Abgeordnetenmandate ein. Im Oktober 1971 wurde beispielsweise festgestellt, dass ein Kandidat für den Nationalausschuss des Stadtbezirks Prag 10 nach dem Einmarsch der „Bruderarmeen" im August 1968 aktiv am Abreißen von Straßenschildern beteiligt gewesen war, um die Orientierung der „Bruderarmeen" zu erschweren. Die Bürger, die dieses Vorgehen kritisierten, hatte er als Verräter und Kollaborateure bezeichnet, die

25 Zusammenfassende Information zum Verlauf der außerordentlichen Sicherheitsmaßnahmen bei der Sicherstellung des Zeitraums vor den Wahlen und der Wahlen zu den Vertretungscorps auf dem Gebiet der Hauptstadt Prag, Praha, 27. November 1971. In: ABS, F. H 3-2, I. E. 153, Bl. 5.

26 Bericht über den Verlauf der Sicherheitsmaßnahmen zur den Wahlen zu den Vertretungscorps, Prag, 28. November 1971. In: ABS, F. H 3-2, I. E. 153, Bl. 3.

27 Sonderbeilage zum Bericht über die Ereignisse nach Anordnung des Innenministers der ČSSR vom 7. Oktober 1971, Prag, 26. November 1971. In: ABS, F. H 2-1, I. E. 89, Bl. 1–2.

man hängen solle. Als Abgeordnete durchgesetzt wurde allem Anschein nach eine Gruppe Gleichgesinnter, die auch seine Entscheidung begrüßten, die Wahldekoration zu boykottieren, indem man in genossenschaftlichen Wohnungen keine Fahnen der UdSSR aufhängen würde.[28] „Zweifelhafte" Familienverhältnisse wurden manchmal auch von Mitgliedern der Wahlkommissionen bemerkt, wie der Fall von Frau A. aus Prag 8 belegt, deren Tochter 1968 nach Großbritannien emigriert war und von deren Sohn man wusste, dass er einmal an eine Mauer geschrieben hatte: „Es lebe Adenauer!"[29] Der Aufmerksamkeit der politischen Polizei entging auch nicht die Kandidatin für einen Nationalausschuss in Brno, die langjährige Anhängerin der Pfadfinderbewegung war, in deren Geist sie die ihr anvertrauten Kinder zu beeinflussen versuchte.[30] Fakt bleibt leider, dass die Polizei diese Informationen durch Anzeigen oder infolge der aktiven Tätigkeit eines inoffiziellen Mitarbeiters erhielt.

„Prophylaktische" Wahlen am 22. und 23. Oktober 1976

In dem Bericht über die Erfüllung der Hauptaufgaben der Corps der nationalen Sicherheit (SNB) und der Truppen des Innenministeriums informierte im Laufe des Jahres 1976 der föderale Innenminister Jaromír Obzina die Parteileitung darüber, dass „die Sicherheitslage gegenüber 1971 qualitativ anders" sei und deshalb das Augenmerk vor allem „präventiv auf die Zersetzungstätigkeit unter rechtsgerichteten Opportunisten und antisozialistischen Elementen" gelegt werde.[31] Im Grunde jedoch unterschieden sich die Sicherheitsmaßnahmen vor den Wahlen im Oktober 1976 nicht sonderlich von jenen bei den vorherigen Wahlen. Wenngleich die Sicherheitsorgane eine Reihe von Indizien darüber hatten, dass sich die gesellschaftliche Situation beruhigt hatte, wurden ab Anfang Oktober motorisierte Polizeistreifen ausgeschickt, damit man rechtzeitig auf ein eventuelles Auftauchen von Flugblättern oder Wandparolen reagieren konnte. Ähnlich wie im Jahr 1971 wurde der Ordnungsdienst an manchen Stellen mit einer Dislozierung sowjetischer Soldaten verstärkt,

28 Bericht über die sicherheitspolitische Lage auf dem Gebiet der Hauptstadt Prag in der Zeit der Vorbereitungen der Wahlen zu den Vertretungscorps in der Zeit vom 4. bis 10. Oktober 1971. In: Ebenda, Bl. 3.

29 Informationsbericht zu den Wahlen zu den Vertretungsorganen Nr. 7, Prag, 25. Oktober 1971. In: ABS, F. B 1/II, I. E. 6, Bl. 4.

30 Begleitinformation zur sicherheitspolitischen Situation, 6. Oktober 1976. In: ABS, F. N 1-1, I. E. 197, Bl. 3.

31 Sicherheitslage in der Zeit der Vorbereitungen der Wahlen zu den Vertretungscorps, Prag, 9. Oktober 1976. In: ABS, F. AIPO (Analytisch-informativer Ausschuss und Planungsausschuss), I. E. 116, Bl. 13.

außerdem verfolgte man die Bewegung von Ausländern mit Visumspflicht. Im Vordergrund jedoch stand die aktive „Aufarbeitung" von erfassten „feindlichen Personen und KZO", die erneut zu Gesprächen vorgeladen wurden.

Per Befehl des föderalen Innenministers wurden dann vom 1. bis 24. Oktober 1976 außerordentliche Sicherheitsmaßnahmen ausgerufen, die vor den Wahlen und in deren Verlauf verschärft wurden. Eine zusammenfassende Information vom 21. Oktober zur Lage in der Hauptstadt sowie im Bezirk Mittelböhmen kam zu folgendem Schluss: Die Sicherheitslage insgesamt deute darauf hin, dass es in den Tagen der Wahlen zu keiner gravierenden Störung der öffentlichen Ordnung kommen werde. Man könne jedoch einen stillen wie auch einen provokativen Boykott der Wahlen durch Einzelpersonen, vor allem aus den Reihen rechtsgerichteter Opportunisten und antisozialistischer Kräfte erwarten. Es sei allerdings nicht damit zu rechnen, dass ein Wahlboykott an irgendeinem Ort kollektiver Natur wäre. Bei einigen „kriminell auffälligen Personen" und „auffälligen Jugendlichen" müsse man die traditionelle Beschädigung der Wahldekoration oder das Abreißen von Staatsflaggen in Betracht ziehen. Unter Berücksichtigung der möglichen Sicherheitsmaßnahmen ginge man jedoch davon aus, dass „diese Fälle nur äußerst selten auftreten und dass eventuelle Täter rechtzeitig gefasst werden".[32] In den einzelnen Stadtbezirken der Hauptstadt standen beispielsweise 124 „auffällige Personen" aus den Reihen der Jugend unter Beobachtung. Die Polizei lobte die Zusammenarbeit mit dem Sozialistischen Jugendverband (cz. Socialistický svaz mládeže, SSM) und weiteren gesellschaftlichen Organisationen beim Schutz der Jugend vor einem möglichen negativen Einfluss durch Westpropaganda oder einheimische „staatsfeindliche Kräfte" sowie vor Alkoholmissbrauch. Im Bereich „Kampf gegen Jugendkriminalität" wirkten in der Hauptstadt im Oktober 1976 mehr als 110 Agenten.[33]

Erneut wurde das Netzwerk inoffizieller Mitarbeiter aktiviert. Die Termine der Begegnungen und die eigentliche „Aufgabenerteilung" wurden sorgfältig vorbereitet, wie beispielsweise der „Plan der Begegnungstätigkeit" der StB Děčín (dt. Tetschen) für Oktober 1976 belegt, der mit acht Informationsquellen rechnet, die die leitenden Mitarbeiter in der Zeit vor den Wahlen gleich jeweils zweimal „anzapfen" wollten. Während ein Agent mit der Beobachtung

32 Zusammenfassende Information Nr. 21 vom 21. Oktober 1976. In: ABS, ZN. 1264-1266/83, P. 6, Bl. 5–6.

33 Informationen zur Kontrolltätigkeit auf der Linie des OOK zur Sicherstellung der Aufgaben in der Zeit vor und während der Wahlen zu den Vertretungscorps im Bereich Kampf gegen Kriminalität von Jugendlichen bis 18 Jahre, Prag, 14. Oktober 1976. In: ABS, ZN. 1395/84, P. 18, Bl. 2–3.

der Lage bei den Kollegen aus Rechtsanwaltskreisen betraut war, sollte ein weiterer über die „Tätigkeit der frei lebenden Jugend" – also derjenigen, die in keiner gesellschaftlichen Organisation der Nationalen Front organisiert waren – und der Tramperbewegung[34] berichten.[35] Bedacht wurde auch der Bereich der Kulturmitarbeiter und Musikensembles sowie der Ausländer mit Visumspflicht, die im Oktober 1976 im Kreis Děčín auftauchen würden.[36]

Je weniger Aktivitäten von Oppositionellen die politische Polizei erwartete, desto mehr konzentrierte sie sich vor den Wahlen im Jahr 1976 auf die technisch-organisatorische Seite der Sicherung der Wahllokale, auf stichprobenartige Kontrollen von Betrieben, auf präventive Verkehrsaktionen, auf den Kampf gegen Vermögenskriminalität und auf Maßnahmen zur Einschränkung des Alkoholkonsums unter Jugendlichen. Erhöhte Aufmerksamkeit wurde zudem der Lagerung von Sprengstoffen gewidmet, an denen nach Ansicht der Organisatoren der Sicherheitsaktionen „Zbraně" (Waffen) und „Výbušniny" (Sprengstoffe), die Ende September 1976 in ganz Prag liefen, Personen, die schwere Straftaten planten, ein gesteigertes Interesse zeigten. Möglicherweise handelte es sich auch um eine Reaktion auf eine Serie von Explosionen, zu denen es im Februar 1975 in Prag (in der Nähe des Gebäudes der Tageszeitung *Rudé právo*, in einer Passage in der Straße Vodičkova und bei den Garagen des Stadtbezirksausschusses der KPTsch in Prag 9) und in Pilsen (vor der Stadtabteilung der VB) gekommen war. Der Verantwortliche konnte nicht ausfindig gemacht werden.[37] Allein für den Sicherheitsschutz der 456 Wahllokale in den einzelnen Stadtteilen der Hauptstadt wurden 456 Angehörige des Ordnungsdienstes der VB und 321 Mitarbeiter der „operativen Ermittlung" abgestellt.[38]

---

34 In bestimmter Hinsicht lässt sich von einer unabhängigen Bewegung sprechen. Es handelte sich um junge Menschen, die die Städte für das Wochenende verließen, um frei im Grünen leben zu können. Sie fuhren meist mit dem Zug, hatten lange Haare und trugen oft unterschiedliche Westsymbole (USA Flagge, US-Armee) an der Kleidung. Sie bauten provisorische Ortschaften mit einem „Sheriff" an der Spitze.

35 Sieht man von der etwas überraschenden Feststellung ab, dass einer der Agenten – ein ehemaliger Ermittler der Volkspolizei – allem Anschein nach einer Bekannten zur Emigration verholfen und auch selbst die Möglichkeit in Erwägung gezogen hatte, die Republik für immer zu verlassen, war der „staatssicherheitliche" Beitrag der erhaltenen Informationen recht gering. Vgl. ABS, F. Agenturbände, Arch. Nr. 904878 MV und Arch. Nr. 897223 MV.

36 Plan einer Begegnungstätigkeit zur Sicherstellung der Wahlen zu den Vertretungscorps in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 30. Oktober 1976. In: ABS, F. B 4-2/II, I. E. 62, Scans 199–201.

37 ABS, F. Korrespondenteninformation Nr. 10 vom 28. Februar 1975, S. 1, und ABS, F. Korrespondenteninformation, Nr. 10 vom 7. März 1975, S. 3; Plan präventiver Sicherheitsaktionen für die ganze Stadt unter den Bezeichnungen „Zbraně" (Waffen) und „Výbušniny" (Sprengstoffe) – Durchführung, Prag, 20. September 1976. In: ABS, ZN. 1264-1266/83, P. 6, Bl. 1.

38 Übersicht über die Anzahl der Objekte und Abschnitte zur Sicherstellung des physischen Schutzes der Wahlobjekte und -lager auf der Linie des Ordnungsdienstes und der operativen Ermittlung auf dem Gebiet der Hauptstadt Prag. 1976. In: ABS, ZN. 1264-1266/83, P. 6, Bl. 1.

Die folgende Tabelle zeigt die Stärke der Einsatzkräfte, über die der Machtapparat im Oktober 1976 zur unmittelbaren Absicherung der Wahltage im Bezirk Mittelböhmen verfügte. Interessant ist dabei, dass die Armee hintansteht (0,8 Prozent), ebenso die Volksmilizen (5,8 Prozent), deren Angehörige in der Regel bei nächtlichen gemischten Streifen eingesetzt wurden. Die Parteiführung wollte offensichtlich nicht, dass die Uniformen beider Organisationen den Wahlen den Anschein eines Ausnahmezustands verliehen, man bevorzugte also die Hilfswacht der VB (35,8 Prozent), die Parteibasis (23,4 Prozent) und nicht zuletzt auch Funktionäre der Nationalausschüsse (15,9 Prozent). Knapp zwei Drittel der eingesetzten Kräfte der Volkspolizei waren Ordnungseinheiten, während die Untersuchungseinheiten nur zu 5,2 Prozent vertreten waren. In den einzelnen Kreisen des Bezirks Mittelböhmen wurden im Durchschnitt 1.508 Personen eingesetzt.

	VB[39]	PS VB	LM	ČSLA	NV	KPTsch	übrige	gesamt
Benešov	236	708	150	–	402	220	140	1.856
Beroun	119	508	76	–	380	498	284	1.865
Kladno	236	685	116	–	58	71	43	1.209
Kolín	120	318	110	12	192	806	102	1.660
Kutná Hora	178	524	120	20	209	43	189	1.283
Mělník	208	380	56	8	402	174	2	1.230
Mladá Boleslav	214	576	60	–	483	133	85	1.551
Nymburk	204	637	25	–	9	13	–	888
Prag-Ost	98	437	44	28	255	143	28	1.033
Prag-West	160	425	68	18	454	456	143	1.724
Příbram	296	602	93	47	–	1.648	25	2.711
Rakovník	190	690	125	12	45	31	–	1.093
Gesamt	2.259	6.490	1.043	145	2.889	4.236	1.041	18.103

Übersicht über die Anzahl der Einsatzkräfte zur Gewährleistung des ungestörten Verlaufs der Wahlen zu den Vertretungscorps am 22. und 23. Oktober 1976 im Bezirk Mittelböhmen.[40]

39 Abkürzungen: Volkspolizei (Veřejná bezpečnost, VB); Hilfswacht der Volkspolizei (Pomocná stráž Veřejné bezpečnosti, PS VB); Volksmilizen, Kampfgruppe (Lidové milice, LM); Tschechoslowakische Volksarmee (Československá lidová armáda, ČSLA); Nationalausschuss (národní výbor, NV); Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, KPTsch (Komunistická strana Československa, KSČ).

40 Übersicht über die Anzahl der Einsatzkräfte zur Gewährleistung des ungestörten Verlaufs der Wahlen zu den Vertretungscorps, Oktober 1976. In: ABS, ZN. 1264-1266/83, P. 6, Bl. 1.

Während im Bezirk Mittelböhmen für die Wahlen pro Tag im Durchschnitt 95 Angehörige der VB pro Kreis abgestellt wurden, verfügte die Prager VB Stadtverwaltung vom 21. Oktober ab 20:00 Uhr bis zum 24. Oktober 1976 um 8:00 Uhr täglich über 640 Mann, von denen knapp die Hälfte Angehörige der Schulen des Innenministeriums waren, 50 entfielen auf Eingriffstruppen der einzelnen Stadtbezirksabteilungen der VB.[41] Der Bezirksverwaltung der SNB Brno standen zur Sicherstellung der Wahlen im Bezirk Südmähren über 5.000 Mann zur Verfügung, von denen 1.620 sogenannte außerordentliche Kräfte waren. Unmittelbar an den Wahllokalen standen Kräfte in Zivil, ausgestattet mit einer Pistole, einer Taschenlampe, einem Notizblock und Schreibutensilien.[42]

Zustande kamen verschiedene präventive Aktionen. Erwähnenswert sind vor allem drei, die von gesamtstaatlicher Relevanz waren. Die erste, die in der Woche vom 15. bis zum 22. September 1976 durchgeführt wurde, trug die Codebezeichnung „Mládež a alkohol" (cz. Jugend und Alkohol). Festgestellt wurden dabei 1.424 Delikte, die von Personen unter 18 Jahren begangen wurden, des Weiteren knapp 1.700 Delikte, die an Jugendlichen verübt wurden, von denen mehr als ein Viertel den illegalen Verkauf alkoholischer Getränke betrafen. In die Aufzählung der „negativen Erscheinungen" eingerechnet wurden auch 23 Trampertreffen; die Einsatzkräfte konnten auch 75 illegale Waffen beschlagnahmen.[43] In Prag fand die Aktion am 18. und 19. September statt. Sie gehörte zu einer Reihe weiterer Aktionen, die sich beispielsweise auf die Lagerung von Waffen, Giften und Sprengstoffen, den Schutz von Wirtschaftsobjekten und auf stichprobenartige Kontrollen der Sauberkeit der Straßen in der Nähe der Wahllokale konzentrierten.[44]

Die zweite gesamtstaatliche Aktion konzentrierte sich auf die präventive Kontrolle von Personen, die eines „Müßiggängerlebens" oder einer Vermögensstraftat verdächtig waren.[45] Unter der Bezeichnung „Příživníci" (Schma-

41 Plan für Sicherheitsmaßnahmen MS-VB Prag zur Gewährleistung von Ruhe und öffentlicher Ordnung in der Zeit der Wahlen zu den Vertretungscorps der ČSSR in der Hauptstadt Prag, Prag, 14. September 1976. In: ABS, ZN. 1264-1266/83, P. 6, Bl. 5.

42 Übersicht über Einsatzkräfte vom 21. und 22. Oktober 1976. In: ABS, F. N 1-1, I. E. 197, 3 Blätter.

43 Anweisungen Nr. 2 des stellvertretenden Innenministers der ČSSR und des Leiters des Führungsstabs des föderalen Innenministeriums, Prag, 4. Oktober 1976. In: ABS, F. G/N 1-1, I. E. 197, 3 Blätter.

44 Plan für Sicherheitsmaßnahmen zur Gewährleistung von Ruhe und öffentlicher Ordnung in der Zeit der Wahlen zu den Vertretungscorps der ČSSR auf dem Gebiet der Stadtbezirksorganisation der VB Prag 1, Prag, 21. September 1976. In: ABS, ZN. 1264-1266/83, P. 6, Bl. 1–4.

45 Wer im Personalausweis keine Bestätigung seines Arbeitsplatzes hatte, konnte wegen Schmarotzertums (§ 203 Strafgesetzt) zu bis zu zwei Jahren Haft verurteilt werden. Dieser Paragraf wurde oft gegen Regimekritiker oder gegen unangepasste Menschen missbraucht.

rotzer) lief diese Anfang Oktober 1976. Allein in Prag und im Bezirk Mittelböhmen waren bei dieser Aktion an die 3.000 Polizisten eingebunden, die über 2.000 „mangelhafte Wohnungen, Höhlen und ähnliche Objekte" durchsuchten. Dabei führten sie 468 Personen vor, von denen ein Viertel in Haft blieb.[46] Auch die Sicherheitsorgane in Brno standen dem um nichts nach, sie kontrollierten am 13. September 1976 über 150 Wohnungen und führten 231 Personen vor, von denen eine in Haft genommen wurde. In Gottwaldov (dt. Zlin), Jihlava (dt. Iglau) und Prostějov (dt. Proßnitz) wurden 186 Objekte überprüft und 85 Personen vorgeführt. Insgesamt wurden im Rahmen dieser Aktion im Bezirk Südmähren über 1.300 „mangelhafte Wohnungen" durchsucht und 363 Personen vorgeführt, von ihnen landeten knapp 30 in Haft.[47]

In dem Bemühen, einen „Missbrauch" von Vervielfältigungstechnik in Betrieben zu verhindern und gleichzeitig Brände oder Produktionsausfälle zu vermeiden, führte die StB in Zusammenarbeit mit der VB und den örtlichen Organen der Volksverwaltung Kontrollen in mehr als 5.000 „volkswirtschaftlichen Objekten" durch. Bei drei Vierteln handelte es sich um Industriebetriebe, beim Rest um landwirtschaftliche Genossenschaften. Diese dritte Aktion mit dem Decknamen „Objekty" (Objekte) lief vom 25. Februar bis Ende Juni 1976. Dabei wurden mehr als 19.000 Mängel aufgedeckt, vor allem die Nichteinhaltung von Brandschutzvorkehrungen, die Nichtnutzung von Maschineneinrichtungen aus dem Ausland sowie die nicht zufriedenstellende Sicherung von Objekten einschließlich der Räume mit Vervielfältigungstechnik

Unter Berücksichtigung der großen Anzahl präventiver Maßnahmen, vor denen auch visumspflichtige Ausländer im Rahmen der Aktion „Říjen" (Oktober) oder Kraftfahrer im Rahmen der Aktion „X", bei der im Bezirk Mittelböhmen 249 Angehörige der VB an die 4.000 Fahrzeuge kontrollierten und Geldbußen in Höhe von fast 40.000 Kronen verhängten, nicht verschont blieben, könnte man die Oktoberwahlen des Jahres 1976 als „prophylaktische" Wahlen bezeichnen. Weil die Sicherheitsorgane im Zusammenhang mit den Wahlen keine ernsthaften Sorgen mit der Opposition hatten, widmeten sich in diesem Jahr umso mehr der vorbeugenden Kontrolle der Gesellschaft.[48] Ab Ende Oktober kursierten in den großen Städten verstärkt „motorisierte Streifen", die sich auf ein eventuelles Auftauchen von gegen das System gerichteten Flugblättern und Wandparolen konzentrierten, ihre Anzahl war dabei deutlich

46 Zusammenfassende Information Nr. 9 vom 9. Oktober 1976. In: ABS, ZN. 1264-1266/83, P. 6, Bl. 2–3.

47 Wahl zu den Vertretungsorganen im Jahr 1976, Sicherheitsmaßnahmen – Auswertung, Brno, 26. Oktober 1976. In: ABS, F. G/N 1-1, I. E. 197, Bl. 4.

48 Gesamtinformation Nr. 12 vom 12. Oktober 1976. In: ABS, ZN. 1264-1266/83, P. 6, Bl. 3.

geringer als bei den vorausgegangenen Wahlen. Für den Zeitraum vom 1. bis zum 24. Oktober rief der föderale Innenminister und Vorsitzende der Koordinierungskommission zur Absicherung der Wahlen, Jaromír Obzina, die erste Stufe außerordentlicher Sicherheitsmaßnahmen (MBO) aus. Die Minister der Republiken ersuchten darüber hinaus die Ministerien für Gesundheitswesen der ČSR (cz. Česká socialistická republiky, Tschechische Sozialistische Republik) und der SSR (cz. Slovenská socialistická republika, Slowakische Sozialistische Republik) darum, vom 18. bis 24. Oktober „über die Linie des Gesundheitswesens Maßnahmen zur Hospitalisierung von Personen durchzuführen, die für ihre Umgebung gefährlich sind oder sein könnten und die störend wirken oder zur Störung der Ruhe und öffentlichen Ordnung missbraucht werden könnten".[49] Unter Berufung auf das Gesetz über die Volksfürsorge und -gesundheit vom März 1966 wurde von den Gesundheitsministerien beschlossen, in dem erwähnten Zeitabschnitt obligatorische Untersuchungen bei „geistig gestörten Personen" durchzuführen. Die gewünschte Ruhe bei den Wahlen sollte auch die Staatsanwaltschaft unterstützen. Im Oktober beispielsweise wurde die Bereitschaft für städtische Staatsanwälte in Prag ausgerufen: Diese durften sich vom 20. Oktober bis zum Ende der Wahlen nach ihrer Arbeitszeit nur am Wohnort aufhalten, um unverzüglich über die Strafverfolgung von Störern der Wahl entscheiden zu können.[50]

Die Wahlen in den 1980er-Jahren: Juni 1981 und Mai 1986

Ähnlich wie in den 1970er-Jahren führten die Sicherheitsorgane auch im folgenden Jahrzehnt eine Reihe von Maßnahmen durch, die den ruhigen Verlauf wichtiger politischer Ereignisse gewährleisten sollten. In seinem alljährlichen Bericht über die Erfüllung der Aufgaben der SNB, der Grenztruppen und der Truppen des Innenministeriums informierte Jaromír Obzina Ende Oktober 1981 das Präsidium des Zentralkomitees der KPTsch darüber, dass der Schwerpunkt der Aktivitäten darin bestehe, Versuche einer Aktivierung bzw. Vereinigung der sogenannten Opposition auf der feindlichen politischen Plattform unmöglich zu machen, ihre Bemühungen um eine Verbindung mit konterrevolutionären und antisozialistischen Elementen in anderen sozialistischen Staaten, vor allem der Volksrepublik Polen, zu vereiteln, die Tätigkeit des sogenannten Komitees zur Verteidigung der zu Unrecht Verfolgten (cz. Výbor

49 Anweisung Nr. 1 des stellvertretenden Innenministers der ČSSR und Leiters des Führungsstabes des föderalen Innenministeriums, Prag, 1. Oktober 1976. In: ABS, F. N 1-1, I. E. 197, Bl. 2.

50 Einführung eines Bereitschaftsdienstes in der Zeit vor und im Laufe der Wahlen zu den Vertretungsorganen, Prag, 8. Oktober 1976. In: ABS, ZN. 1264-1266/83, P. 6, Bl. 2.

na obranu nespravedlivě stíhaných, VONS) lahmzulegen, keine Aktivierung der Tätigkeit im Rahmen der „Charta 77“ zuzulassen und ebenso keine Organisation einer sogenannten „parallelen Tätigkeit“ zuzulassen.

Im Rahmen des Kampfes gegen den „inneren Feind“ und „ideologische Diversion“ konzentrierten sich alle Sicherheitsorgane, die wirksam von den Partei- und Staatsorganen unterstützt wurden, auf eventuelle Pläne zur Störung des XVI. Parteitages der KPTsch bzw. der Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Gründung der kommunistischen Partei und nicht zuletzt auch darauf, einen ruhigen Verlauf der allgemeinen Wahlen zu gewährleisten. Im Zusammenhang mit der „Unterbindung“ der Verbreitung gegen das System gerichteter Schriftstücke hob der Minister die Bedeutung der gesamtstaatlichen Aktion „Režim“ (Ordnung) hervor, die darauf ausgerichtet war, den „Missbrauch“ von Vervielfältigungstechnik in Betrieben zu verhindern. In zwei Etappen wurden bei knapp 4.000 Kontrollen fast 600 gravierende Mängel festgestellt. Aufgrund einer weiteren Untersuchung wurden 57 leitende wirtschaftliche Mitarbeiter abberufen, zum Beispiel die stellvertretenden Direktoren der Betriebe Zetor Brno oder Spojprojekt Prag.[51]

Auf Basis der Informationen zur Sicherheitslage in den Bezirken kam es im zweiten Quartal 1981 zu einem deutlichen Anstieg „antistaatlicher Schriftstücke“ gegen den Parteitag und die Wahlen, vorwiegend in Prag und in der Region Mittelböhmen, wo 108 Wandparolen, 62 Flugblätter und sechs anonyme Briefe erfasst wurden. Im Bezirk Ostböhmen tauchte ein in Heimarbeit angefertigtes Flugblatt auf, das in vulgärer Weise Kandidaten für ein Abgeordnetenamt attackierte, und in Westböhmen verhinderte man das Stattfinden der Aktion „Invaze na Kramolín“ (Invasion in Kramolín), die eine Gruppe junger Leute kurz vor den Wahlen in amerikanischen Uniformen durchführen wollte. Dem Forschungsstand zufolge betrachteten Vertreter der Opposition die Wahlen als „politische Posse“, sahen es jedoch als nicht vernünftig an, eine umfangreichere Aktion gegen die Wahlen zu organisieren, da dies nur die Repression intensivieren würde. Somit lehnten es allem Anschein nach nur „einzelne radikal ausgerichtete ‚Oppositionelle‘“ ab zu wählen.[52]

Ähnlich wie die vorherigen verliefen auch die Wahlen im Juni 1981 vor dem Hintergrund einer Reihe von präventiven Sicherheitsmaßnahmen, die auf

51 Alle Zitate: Bericht zur Erfüllung der Hauptaufgaben des SNB, der Hilfswacht und der Truppen des Innenministeriums im Jahr 1981 und Vorschlag bezüglich der grundlegenden Ausrichtung der dienstlichen Tätigkeit des SNB, der Hilfswacht und der Truppen des Innenministeriums für das Jahr 1982, Prag, 30. Oktober 1981. In: ABS, F. Präsidium des ZK der KPTsch, zum Beschluss des Präsidiums 1981, Bl. 2, Bl. 14 a und Bl. 30–31.

52 Quartalsinformation zur Sicherheitslage in den Bezirken der ČSSR, II. Quartal 1981. In: ABS, F. AIPO, I. E. 193, Bl. 6.

„innere Gegner“ und auf potenziell risikobehaftete gesellschaftliche Gruppen ausgerichtet waren. Bereits im März 1981 startete die gesamtstaatliche Aktion „Izolace“ (Isolation), die einen Missbrauch der erwähnten wichtigen innenpolitischen Ereignisse verhindern sollte. In diese aufgenommen wurden mehr als 150 Personen – Jaroslav Šabata, Anna Šabatová, Petruška Šustrová, Jiří Hájek, Zdeněk Jičínský, Alexander Dubček, Václav Malý, Petr Uhl, Ladislav Hejdánek, Ivan Martin Jirous –, also eine deutlich vielfältige Meinungspalette, die sowohl ehemalige Kommunisten und Sozialisten als auch Christen und Vertreter von Untergrundbewegungen umfasst.[53]

Aus der Beurteilung der Aktion, die in drei Phasen unterteilt war – bis zum 31. Mai, vom 1. Juni bis zum 31. Juli und vom 1. August bis zum 30. November 1981 – geht hervor, dass die Wahlen eher eine zweitrangige Rolle gespielt hatten. „Das Hauptziel der vorgeschlagenen Maßnahmen“, so fassten die Autoren zusammen, „ist es, durch das Hervorrufen von Misstrauen, die Kompromittierung der Hauptvertreter, die Vertiefung der Differenzen zwischen Individuen und Gruppen […], eine schrittweise Isolierung der wichtigsten Köpfe der sogenannten Opposition zu erreichen, vor allem der ehemaligen Kommunisten [cz. exkomunisté]“. Umgesetzt werden sollte dieses Ziel vor allem durch „präventiv erzieherisches“ und „prophylaktisch zersetzendes“ Wirken, des Weiteren durch „agentur-operative Mittel“ und „erzwungene Gespräche“, die eine von den Sicherheitsorganen erteilte Verwarnung einschloss. Für Personen, bei denen die Maßnahmen nicht zum gedachten Ziel führten, rechnete man mit einer strafrechtlichen Verfolgung. Neben der Verhinderung jeglicher Störungen des Parteitages und der Wahlen konzentrierte sich die Aktion auf die Aufdeckung von „antistaatlichen Schriftstücken“, die Liquidation von „Parallelstrukturen“ und eine Begrenzung der Herausgabe von Dokumenten der Charta 77. Unter Berücksichtigung der angespannten Situation in Polen überrascht es nicht sonderlich, dass die Aktion auch gegen Bemühungen einer „Internationalisierung des inneren Feindes“ gerichtet war.[54]

Nur zwei Tage vor den Wahlen endete eine Serie von Maßnahmen, durch die die Stimmungslage unter der „freien Jugend“, den Zeugen Jehovas und „kriminell auffälligen Personen“ feststellt wurde. Bis zum 3. Juni wurden mit Hunderten Personen „präventive Gespräche“ geführt und nach Absprache mit

53 Bewertung der Arbeitsergebnisse im Bereich Kampf gegen den inneren Feind und ideologische Diversion für das Jahr 1981 und die Sicherheitslage in der ČSSR, 26. Januar 1982. In: ABS, F. A 36 (X. S SNB), I. E. 344, Scans 5 und 51.

54 Entwurf eines Projekts für die gesamtstaatliche präventive Sicherheitsaktion „IZOLACE“, Prag, 10. März 1981. In: ABS, F. A 36 (X. S SNB), I. E. 559, Scans 7–47, Zitat Scan 13.

den Kreisstaatsanwälten potenzielle Störer der Wahlen isoliert. Erneut wurden auch Menschen mit psychischen Problemen ins Auge gefasst, von denen einige vorbeugend in Gesundheitseinrichtungen untergebracht wurden. Erhöhte Aufmerksamkeit richtete sich auch wieder auf Lager mit Waffen, Chemikalien und Sprengstoffen und in einer Reihe von Betrieben liefen Kontrollen zur Vermeidung jedweder Störungen. Den Betriebsleitungen wurde dabei empfohlen, während der Wahlen keine Arbeitsaktivitäten vorzunehmen, die zum Beispiel das Brandrisiko erhöhen würden. Dazu gehörten Schweißarbeiten, mit denen sich beispielsweise im Gebiet Kutná Hora (dt. Kuttenberg) die StB im Rahmen der Aktion „Svár" (Schweißer) befasste. Die Sicherheitsorgane sprachen hierbei die Empfehlung aus, dass diese Arbeiten in der Zeit des Wahlaktes flächendeckend verboten werden sollten. Unter detaillierter Beobachtung standen auch „Brandstifter", den Kreisbehörden bekannte „Provokateure" und Personen, die von der gewünschten Norm abwichen. Die meisten von ihnen wurden präventiv belehrt, dass man jegliche Straftat, die während der Wahlen begangen würde, viel strenger als üblich ahnden werde.[55]

Zur üblichen Agenda der Sicherheitskräfte gehörten auch Maßnahmen zum „Schutz der Volkswirtschaft", deren Ziel darin bestand, das Auftreten von Industriehavarien in der Zeit der Wahlen zu minimieren. Die StB sprach zwar oft von einem Sabotagerisiko, in Wirklichkeit handelte sich aber meistens um Havarien, die dem Maschinenverschleiß oder dem Nichteinhalten der Arbeitsvorschriften zuzurechnen waren. In ausgewählten Schlüsselbetrieben wurden Kontrollstreifen aus den Reihen der Angestellten, Feuerwehrleuten und Mitgliedern der Volksmilizen gebildet. Die Direktoren sollten die Vorwahlsituation in den Volksbetrieben überwachen und im Bedarfsfall die Sicherheitsorgane über Probleme unbedingt informieren. Anschaulich ist in dieser Hinsicht die Anweisung des Direktors des südböhmischen Betriebes Elitex Soběslav zur Gewährleistung der Sicherheit im Betrieb während der Wahlen vom Juni 1981. Er ordnete unter anderem an, die Kontrolle der Vervielfältigungstechnik, der Fernschreiber und der Telefone gegen einen eventuellen „Missbrauch" sicherzustellen. Zudem wurden Verantwortliche benannt, die darauf achten sollten, dass in ihren Zuständigkeitsbereichen keine gegen das System gerichteten Schriftstücke und „antisozialistische Äußerungen und Tendenzen" auftauchten. Verstärkt wurde auch die Tätigkeit der Betriebswacht und darüber hinaus wurde es als unbedingt notwendig erachtet, das Plansoll zu erfüllen.[56]

55 Amtliche Notiz über ein Gespräch mit der erfassten Person. In: ABS, ZN. 1688-1710, P. 323, 76 Blätter.

56 Anweisung des Direktors des Konzernbetriebes 12/1981. In: ABS, F. Objektbände, Arch. Nr. OB 379 České Budějovice – Hauptband, Scan 0521.

Diese Art des Vorgehens basierte auf den Weisungen des föderalen Innenministers und des Leiters des operativen Stabes, Ján Pješčak, von Ende Mai 1981, denen zufolge man sich beispielsweise auf Umfelder mit der größten Dichte von „mangelbehafteten Personen" zu konzentrieren hatte – „Restaurants, Bahnhöfe, Hütten u. Ä." – und bei politisierten kriminellen Elementen, Organisatoren der freien und „gestörten" Jugend, exponierten Mitgliedern religiöser Sekten und weiteren gefährlichen antigesellschaftlichen Elementen, die sich bereit hielten, wirksame zersetzende und prophylaktische Maßnahmen ergreifen sollte. Bei „besonders gefährlichen Rezidivisten" sah die Weisung stichprobenartige Kontrollen ihres Verhaltens zu jeder Tages- und Nachtzeit vor.[57]

Unter vergleichbaren Voraussetzungen wurden auch die Sicherheitsmaßnahmen vor den letzten Wahlen in der Zeit der sogenannten politischen Normalisierung im Mai 1986 durchgeführt. Die Beurteilungen der Sicherheitslage im Jahr 1986 verzeichneten jedoch keine deutliche Störung der Wahlen.[58] Auch die Autoren eines Berichts zur Lage in Prag und im Bezirk Mittelböhmen von Anfang April 1986 konstatierten, dass bis dahin „noch keine konkreten Erkenntnisse oder Signale aus den Reihen von Resten antisozialistischer Kräfte zur Störung der Wahlen im Bezirk Mittelböhmen verzeichnet worden" seien, sondern lediglich Einzelne die Wahlen als formalen und vor allem undemokratischen Akt gewertet und kein deutlicheres Interesse daran gezeigt hätten. Trotzdem musste eine Reihe von Maßnahmen gegen das Auftauchen „antistaatlicher Schriftstücke" getroffen sowie das „Meinungslevel" bei ausgewählten „Personen von Interesse" ausgelotet werden.[59] Traditionell wurde im Rahmen der Wahlvorbereitungen der Volkswirtschaft und den Betrieben besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Ab dem 20. Mai 1986 wurde in allen Prager Stadtbezirken die Präsenz des Ordnungsdienstes verstärkt und ab dem 22. Mai führten die Sicherheitsorgane rund um die Uhr „operative Sondierungen" durch, die sich vor allem auf Stellen konzentrierten, an denen bereits früher antistaatliche Flugblätter oder Wandparolen aufgetaucht waren.

Die Ruhe in den mehr als 2.000 Wahllokalen des Bezirks Mittelböhmen überwachten im Laufe der Maiwahlen jeden Tag über 6.000 Angehörige von VB, Hilfswacht der VB und Volksmilizen. Hinzu kamen weitere 520 Parteiakti-

57 Anweisung des stellvertretenden Innenministers der ČSSR und Leiters des operativen Stabes des föderalen Innenministeriums, Prag, 29. Mai 1981. In: ABS, F. O 2-1, I. E. 1, Bl. 1–5.

58 Informationen über die Sicherheitslage in der ČSSR und über die aktuellen Probleme der Arbeit der Sicherheitsorgane im II. Quartal 1986. In: ABS, F. AIPO, I. E. 171, Bl. 1.

59 Maßnahmen der Staatssicherheit zur Sicherstellung der Vorbereitung und des Verlaufs der Wahlen zu den Vertretungsorganen im Mai 1986, Prag, 3. April 1986. In: ABS, ZN. 2141-2162/92, P. 4, Bl. 1–2.

visten. Insgesamt waren 6.581 Personen im Einsatz, im Durchschnitt drei Personen pro Wahllokal, in Mladá Boleslav (dt. Jungbunzlau) sogar fünf. Ähnlich wie 1976 war auch zehn Jahre später die Hilfswacht der VB zahlenmäßig am stärksten vertreten. Ihr Anteil stieg sogar noch von 36 auf 37 Prozent. In den Hintergrund traten die Parteiaktivisten, deren personelle Beteiligung von knapp einem Viertel im Jahr 1976 auf acht Prozent im Jahr 1986 sank. In Prag standen rund 2.500 Personen zur Verfügung, unter ihnen 251 Parteiaktivisten, also wiederum etwa drei Personen pro Wahllokal. Im Unterschied zum Bezirk Mittelböhmen wachten in Prag vor allem Angehörige der Volkspolizei (73 Prozent) über die Wahllokale, auf die Hilfswacht der VB entfielen hier knapp 14 Prozent.

Zusammenfassung

Der Umfang von Sicherheitsmaßnahmen vor den Wahlen war hoch. Die Volkspolizei und die politische Polizei „untersuchten" in enger Zusammenarbeit mit den Partei- und Staatsorganen die Stimmungen in der Gesellschaft und widmeten potenziellen Risikogruppen eine erhöhte Aufmerksamkeit. Auch eventuelle Aktivitäten des „inneren und äußeren Feindes" gegen die Wahlen sollten „im Keim erstickt" werden. In dem Bemühen, jedweden „störenden Erscheinungen" in der staatlichen Wirtschaft zuvorzukommen, die ein schlechtes Licht auf den feierlichen Charakter der Wahlen geworfen hätten, wurden zahlreiche gesamtstaatliche Maßnahmen eingeleitet, bei denen wiederholt Fälle von Diebstahl, überdimensionierten Lagervorräten oder einer nicht vorgenommenen Inbetriebnahme einer aus dem Westen importierten Maschinenanlage aufgedeckt wurden. Die Betriebsleitung wurde in die Wahlvorbereitungen eingebunden und musste sich im Wahljahr mit einer deutlich höheren Wahrscheinlichkeit auf stichprobenartige Kontrollen einstellen. Diese bargen immer auch zahlreiche Risiken, denn wie der Ökonom Zdislav Šulc bemerkte, bewegte sich das Betriebsmanagement in der zentralen Planwirtschaft ständig an der Grenze der „sozialistischen Gesetzlichkeit", da es für die Erfüllung der Plankennziffern buchstäblich eine Notwendigkeit war, Reserven und Kundenbindungen zu schaffen und nicht zuletzt klientelistische Kontakte aufzubauen.[60]

Im Verlauf jedes Wahlgangs verzeichneten die Sicherheitsbehörden ein erhöhtes Vorkommen von gegen das System gerichteten Schriftstücken, verbalen Delikten und eine Reihe anderer Aktivitäten, die entweder zum Wahl-

60 Zdislav Šulc: Stát a ekonomika. Příspěvek k teorii hospodářské politiky [Staat und Wirtschaft – Beitrag zur Theorie der Wirtschaftspolitik]. Praha 1985, S. 209.

boykott aufriefen oder die Wahlen in der Tschechoslowakei als undemokratische bezeichneten. Hinzuzufügen ist, dass die erhöhte Aktivität der Sicherheitsorgane vor den Wahlen sicherlich zur Steigerung der Zwischenfälle beitrug. Spontaneität und Reaktivität spielten eine deutliche Rolle bei vielen Vorkommnissen, die gegen die offizielle Wahlpräsentation gerichtet waren. Der Sicherheitsapparat bewachte die Wahllokale und führte mit ausreichend zeitlichem Vorlauf sogenannte „präventive erzieherische und subversive Maßnahmen" durch, die das Ziel verfolgten, kritisch gesinnte oder zumindest nicht anpassungswillige Bürger einzuschüchtern. In der Tschechoslowakei führte die politische Polizei diese Maßnahmen von 1978 bis1986 im Durchschnitt gegen 2.800 Personen pro Jahr durch. Mehr als ein Drittel davon waren Jugendliche, ein knappes Viertel Arbeiter. Vertreter der Intelligenz, die von den Mitarbeitern der X. und XII. Verwaltung des SNB entsprechend „belehrt" wurden, waren mit 27 Prozent vertreten. Waren beispielsweise im Jahr 1981 diesen Maßnahmen 917 junge Leute und 525 Arbeiter ausgesetzt, waren es fünf Jahre später bereits 1.045 bzw. 666.[61]

Die staatssicherheitliche Absicherung der damaligen Wahlen war für das Machtestablishment außerordentlich wichtig. Die Sicherheitsorgane schufen recht erfolgreich den Eindruck, allgegenwärtig zu sein. Viele Personen wurden dadurch davon abgehalten, die Wahlgestaltung offen zu kritisieren. Wenngleich sich bald darauf zeigte, dass in der Tschechoslowakei kein Massenboykott der Wahlen drohte und nach den Aktionen im Jahr 1971 bis zum Jahr 1986 selbst die Opposition kein größeres Interesse daran zeigte, gingen alle Wahlen in der Zeit der politischen Normalisierung mit Plejaden verschiedenster „negativer Erscheinungen" mehr oder weniger gravierenden Charakters einher. Für den Apparat der Staatssicherheit bedeutete jede Wahl ein erhöhtes Arbeitsaufkommen, was sich nicht nur positiv auf den Lohnzetteln der eingesetzten Kräfte bemerkbar machte, sondern auch zu einer Erhöhung der Bedeutung dieser Einheiten in den Augen der obersten Parteiführung beitrug.

Die erhaltenen Quellen staatssicherheitlicher Herkunft zu den Wahlen bieten lehrreiche Zeugenaussagen über den Umfang der gesamtgesellschaft-

61 Es handelt sich um eine Gesamtzusammenfassung der getroffenen Maßnahmen im Laufe des betreffenden Jahres, von denen nur ein Teil unmittelbar mit den Wahlen zusammenhing. Die angeführten Angaben stützen sich auf die einzelnen Jahresübersichten der präventiven und prophylaktischen Maßnahmen (1978–1986), die Teil der Auswertung des Plans der Arbeit der X. Verwaltung des SNB waren. Vgl. ABS, F. A 36 (X. S SNB), I. E. 317, Bl. 341–349. Es ist darauf hinzuweisen, dass hier die Alters- und Berufsgruppen zusammen dargestellt wurden. Aus den Akten geht leider nicht hervor, wie viele Arbeiter zur Gruppe „junge Menschen" (bis 35 Jahre) zählten.

lichen Kontrolle, wiederholte Verletzungen der Menschenrechte und nicht zuletzt auch über eine deutliche Politisierung des Strafrechts. Aus ihnen geht hervor, dass die Sicherheitsorgane im Zusammenhang mit einer Fahndung nach „Tätern" auch nicht davor zurückschreckten, Minderjährige zu verhören. Als „Täter" bei einer Beschädigung von Wahldekorationen in Hradec Králové (dt. Königgrätz) am 5. November 1971 wurden beispielsweise vier Kinder ausfindig gemacht. Unter Berücksichtigung ihres Alters von sechs bis zehn Jahren lässt sich jedoch an einer politischen Motivation zweifeln.[62] Material bieten auch viele bisher unbekannte Lebensläufe, in denen sich sowohl die Absurdität der Zeit als auch die Verflechtung von persönlichem Mut und Versagen, Humor und Tragik, Wut und Verzweiflung widerspiegeln.[63]

Aus dem Tschechischen von Silke Klein

62 Wocheninformation zur Lage zu den Wahlen. In: ABS, F. H 2-1, I. E. 89, Bl. 2.

63 Diese Studie ist im Rahmen des von der tschechischen Forschungsförderungsagentur unterstützten Projekts des Instituts für Zeitgeschichte in Prag – Nr. GAP 410/12/2287 – entstanden.

Von Verbündeten zu Gegnern?

Die Beziehungen zwischen Stasi und Securitate in den Jahren 1950 bis 1989

GEORG HERBSTRITT

Einleitung

Zur Grundausstattung jedes Geheimdienstes zählen Geheimhaltung, Täuschung und Misstrauen. Diese Prinzipien vertragen sich im Grunde genommen nicht mit den Voraussetzungen für kooperative Beziehungen. Dennoch arbeiten Geheimdienste innerhalb der Bündnisgrenzen und Interessenssphären ihrer jeweiligen Staaten zusammen. Das schließt nicht aus, dass sie zur gleichen Zeit auch gegeneinander spionieren. Der britische Zeithistoriker Martin S. Alexander hat in den 1990er-Jahren die Spionage unter verbündeten Staaten im 20. Jahrhundert untersucht und charakterisiert sie als ein selbstverständliches, allgemein übliches Phänomen. Denn es sei für ein Land stets von Bedeutung, seine Verbündeten richtig einschätzen zu können. Zwar müsse man nicht jede fundierte Einschätzung eines Verbündeten schon als klassische Spionage werten, doch seien die Grenzen zwischen diesen fließend. Und zutreffend sagte Alexander voraus, dass Spionage unter Freunden („knowing your friends") die passende Form in einer „neuen Welt-Unordnung" zu Beginn des dritten Jahrtausends sein würde.[1]

Auch die Beziehungen zwischen den Staatssicherheitsdiensten der sozialistischen Staaten Europas von den 1950er- bis in die 1980er-Jahre erweisen sich als mehrschichtig. Die sowjetische Hegemonialmacht baute nach dem Zweiten Weltkrieg in den von ihr beherrschten Ländern Sicherheitsapparate nach eigenem Vorbild auf, die sie anfangs unter strenger Aufsicht selbst anleitete. Dieser gemeinsame Ursprung sowie identische Feindbilder und

1 Martin S. Alexander: Introduction: Knowing Your Friends, Assessing Your Allies – Perspectives on Intra-Alliance Intelligence. In: ders. (Hg.): Knowing Your Friends. Intelligence Inside Alliances and Coalitions from 1914 to the Cold War. London 1998, S. 1–17, hier: S. 8 und S. 14.

die Einbindung in ein gemeinsames politisches, militärisches und wirtschaftliches Bündnissystem begünstigten und erleichterten von Beginn an die Zusammenarbeit der Staatssicherheitsdienste. Im Laufe der Jahre intensivierten diese ihre Zusammenarbeit, die sich jedoch von Land zu Land unterschiedlich gestaltete und keineswegs reibungslos funktionierte. Für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) zielte die grenzüberschreitende Kooperation zu einem wesentlichen Teil darauf ab, auch im sozialistischen Ausland Kontrolle über die DDR-Bürger ausüben zu können. Je mehr Menschen ins Ausland reisten – sei es aus beruflichen oder familiären Gründen, sei es, um sich als Urlauber zu erholen oder um zu studieren –, desto mehr Anlass hatte beispielsweise das MfS, auch im Ausland die Überwachung zu organisieren. Es wollte Kenntnis darüber erlangen, welche DDR-Bürger sich mit Menschen aus westlichen Ländern trafen und es wollte Fluchtversuche über Drittstaaten in den Westen wirksam verhindern. Aber auch der Austausch von Spionageerkenntnissen oder die generelle Abwehr westlichen Einflusses auf die Menschen in den sozialistischen Ländern wurden zunehmend Gegenstand der geheimdienstlichen Kooperation. In den 1970er- und 1980er-Jahren intensivierten die Staatssicherheitsdienste ihre Zusammenarbeit. Lediglich die rumänische Securitate entzog sich dieser Entwicklung und beschritt einen Sonderweg, der ihr teils Autonomie bescherte, sie anderenteils aber auch isolierte.

Dieser Beitrag stellt die verschiedenen Phasen des Verhältnisses zwischen der DDR-Staatssicherheit und der rumänischen Securitate vor und weitet den Blick dann auf multilaterale Zusammenhänge. Daran wird ersichtlich, dass es auch unter den sozialistischen Geheimdiensten Differenzen gab und Ansätze eines Strebens nach „knowing your friends“. Der Beitrag ist kurz gehalten, da er sich lediglich als Themenskizze versteht. Er basiert auf einer kürzlich abgeschlossenen Forschungsstudie des Verfassers.[2] Dort finden sich sämtliche Quellennachweise, auf die hier weitgehend verzichtet wird.

Ein Fallbeispiel: Stasi und Securitate entführen den Exilrumänen Theodor Bucur aus Berlin

Greift man in die „Giftschränke des Kommunismus“, stößt man dabei auch auf Dokumente über den rumänischen Emigranten und Dozenten an der Ostberliner Humboldt-Universität, Dr. Theodor Bucur. Seine Geschichte veranschaulicht unter anderem, wie auch die Mit-Herausgeberin dieses Tagungsban-

2 Georg Herbstritt: Entzweite Freunde. Rumänien, die Securitate und die DDR-Staatssicherheit 1950 bis 1989. Göttingen 2016.

des, die Humboldt-Universität, von der geheimdienstlichen Zusammenarbeit zwischen Stasi und Securitate betroffen war.

Theodor Bucur, am 17. Juni 1915 in Bukarest (rum. București) geboren, kam 1942 als Stipendiat nach Berlin und promovierte im Sommer 1943 an der Friedrich-Wilhelms-Universität – der späteren Humboldt-Universität – im Fach Geschichte. 1944 nutzte er die ihm angebotene Möglichkeit, vertretungsweise als Rumänisch-Dozent an dieser Universität zu unterrichten. Nach dem Krieg blieb er in Berlin, wo er inzwischen eine deutsche Staatsbürgerin geheiratet hatte. Er galt politisch als unbelastet und die nun im Ostteil Berlins gelegene Humboldt-Universität übernahm ihn als Hochschullehrer für Rumänisch, obwohl er im Westberliner Bezirk Charlottenburg lebte. Es kam damals noch häufig vor, dass Menschen im einen Teil der Stadt wohnten, aber im anderen Teil arbeiteten. Im Herbst 1952 verlor Bucur seine Stelle als Universitätsdozent. Politische Gründe waren in seinem Fall vermutlich nicht maßgebend. Die SED-Führung ergriff 1952 zwar zahlreiche Maßnahmen gegen das „Grenzgängerwesen", doch im Falle Bucurs ging es darum, den promovierten Historiker durch einen qualifizierten Rumänisten zu ersetzen. Dies war das erklärte und durchaus plausible Anliegen von Bucurs Vorgesetztem an der Humboldt-Universität, dem heute noch bekannten und angesehenen Sprachwissenschaftler und Romanisten Victor Klemperer. Klemperer setzte sich spätestens seit Sommer 1952 persönlich und schließlich erfolgreich bei Volksbildungsministerin Elisabeth Zaisser dafür ein, den Rumänisten Werner Draeger an die Humboldt-Universität zu bekommen, um Bucurs Stelle zu übernehmen.[3]

Im Archiv der Stasi-Unterlagen-Behörde existiert eine dünne, nur zehn Seiten umfassende Akte über Theodor Bucur. Sie enthält einen Festnahmebericht vom 27. März 1953 und einige damit im Zusammenhang stehende Schriftstücke.[4] Bucur war am 27. März 1953, was er gelegentlich noch zu tun pflegte, zu Bibliotheksstudien nach Ostberlin gefahren. Doch an diesem Tag kehrte er nicht mehr zu seiner Frau zurück. Das MfS verhaftete ihn, hielt ihn eine Woche lang fest und übergab ihn dann den Kollegen der rumänischen Securitate, die ihn nach Rumänien verbrachten. Bucurs Ehefrau sprach am 1. April 1953 beim Polizeipräsidium in Ostberlin vor und verlangte Auskunft über das Schicksal ihres Mannes. Doch sie erhielt die wahrheitswidrige Antwort, ein Herr Bucur sei hier nicht bekannt – so ist es zynisch in der zehnseitigen Akte über Bucur

3 Victor Klemperer: So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher 1945–1959, Bd. II. Hg. von Walter Nowojski. Berlin 1999, S. 307 (Eintrag vom 17.8.1952), S. 334 (Eintrag vom 26.11.1952), S. 335 (Eintrag vom 1.12.1952).

4 BStU, MfS, AS 76/56, D1, Bl. 1–10.

dokumentiert. Viel mehr geben die deutschen Quellen nicht preis. Theodor Bucur blieb verschwunden und tauchte in Berlin nie wieder auf.

Erst die Securitate-Akten, die inzwischen ebenfalls zugänglich sind, geben weiteren Aufschluss.[5] Demnach hatte sich Folgendes zugetragen. Theodor Bucur hatte 1950 beschlossen, seine in Rumänien lebende, hilfsbedürftige Mutter nach Berlin zu holen. Er reichte einen entsprechenden Antrag bei der rumänischen Botschaft in Ostberlin ein. Bei dieser Gelegenheit wurden Mitarbeiter des rumänischen Auslandsgeheimdienstes, die als Diplomaten getarnt von der Botschaft aus operierten, auf ihn aufmerksam. Bucur ließ sich umgehend als inoffizieller Mitarbeiter (IM) anwerben und lieferte fortan zahlreiche Berichte über die rumänische Emigration in Westberlin und Westdeutschland. Er erhielt dafür jährlich mehrere Hundert Deutsche Mark (West). Im September 1952 unterlief den Securitate-Offizieren ein für Bucur verhängnisvoller Fehler. Sie hatten versehentlich zwei Agenten zur gleichen Zeit in ein konspiratives Objekt (eine Wohnung bzw. ein Haus) in Ostberlin bestellt: Theodor Bucur und den Studenten Petre Tonegaru. Beide kannten sich recht gut aus der „Rumänischen Kolonie Berlin", einem damals regen Emigrantenverband im Westteil der Stadt. Als sie sich nun überraschend und ungeplant in einem Ostberliner Treffquartier der Securitate begegneten, wusste jeder sofort, was den anderen an diesen Ort geführt hatte. Diese gegenseitige Dekonspiration barg aus geheimdienstlicher Sicht ein erhebliches Risiko, weil jeder der beiden den jeweils anderen im Westen hätte enttarnen können.

Einige Monate später, im Februar 1953, starb Bucurs Mutter in Rumänien. Die Securitate analysierte die nun entstandene Situation und kam zu folgendem Befund: Theodor Bucur sei nach dem Tod seiner Mutter, die er nach Berlin holen wollte, nicht mehr auf das Wohlwollen der rumänischen Behörden angewiesen. Er könnte sich daher womöglich im Westen offenbaren und dabei auch den Agenten Tonegaru enttarnen. Mit Tonegaru hatte die Securitate jedoch noch große Pläne, während sie Bucur nicht als derart wertvollen Informanten einschätzte. Um Tonegarus Mission nicht zu gefährden, musste Theodor Bucur dieser Geheimdienstlogik zufolge aus dem Weg geräumt werden. Die Securitate umschrieb das mit den Worten, er sei „in das Land zu holen".[6]

Auf die Bitte der Securitate hin ließ das MfS Theodor Bucur am 23. März 1953 im Ostberliner Bezirk Prenzlauer Berg verhaften, nur wenige Meter von

5 Über Bucur existiert eine drei Bände umfassende IM-Akte aus den 1950er-Jahren: ACNSAS, fond S.I.E., dosar nr. 6748; ferner eine 1971 angelegte Überwachungsakte („Dosar de urmărire informativă"): ACNSAS, fond informativ, i 211930.

6 ACNSAS, fond S.I.E., dosar nr. 6748, Bd. 1, Bl. 408–409.

der Sektorengrenze zu Westberlin entfernt. Es führte erpresserische Verhöre mit ihm durch und überstellte ihn nach einer Woche der Securitate. Diese flog ihn nach Rumänien aus, sperrte ihn zweieinhalb Jahre ins Gefängnis und ließ ihn nie wieder zu seiner Frau nach Westberlin zurückkehren.

Aus drei Gründen steht die Erinnerung an das Schicksal Theodor Bucurs am Beginn dieses Aufsatzes: Erstens macht seine Geschichte anschaulich, wie unzulänglich die häufig gebrauchten Kategorien von Tätern und Opfern sind, stellen sich doch die Grenzen oftmals als nicht so eindeutig heraus, wie sie auf den ersten Blick erscheinen.

Zum zweiten ist die Entführung Theodor Bucurs ein konkretes Beispiel dafür, wie damals die Angst vor dem „langen Arm" der östlichen Geheimdienste entstanden ist. Denn aus zahlreichen späteren Unterlagen geht hervor, dass Bucurs Verschwinden unter den rumänischen Emigranten in Westberlin schnell bekannt wurde und noch Jahre später die Angst umging, man selbst könnte der Nächste sein. Nicht nur Theodor Bucur und seine damalige Ehefrau waren also betroffen, sondern ein größeres soziales Umfeld. Auch Victor Klemperer gibt in seinem Tagebuch Zeugnis davon. Er schreibt, wie Bucurs Ehefrau im Mai 1953 zu ihm kam und berichtete, dass ihr Mann spurlos verschwunden sei:

> Grauenhaft war mir in Berlin der Besuch der jungen Frau Bucur. Der Mann, staatenlos gewordener Rumäne, […] ist als rumän. Lektor von uns entlassen worden, als Draeger, der Wissenschaftler kam. Aber nun weinte seine Frau, er sei seit 6 Wochen verschwunden, offenbar verhaftet, u. sie bekomme keine Auskunft, wo er sich befinde. Dieses Verschwindenlassen ist grauenvoll – warum sagt man nicht offen: Untersuchungshaft?[7]

Zum dritten ist die Entführung Theodor Bucurs ein frühes Beispiel für die Art und die Selbstverständlichkeit der Zusammenarbeit zwischen MfS und Securitate.

Dezember 1989: Das MfS bestreitet Kontakte zur Securitate

Am 22. Dezember 1989 wurde das Diktatoren-Ehepaar Elena und Nicolae Ceaușescu gestürzt und drei Tage später hingerichtet. Berichte über viele Tausend Tote schockierten die Öffentlichkeit in Rumänien und in ganz Europa.

---

7 Klemperer: So sitze ich denn zwischen allen Stühlen, Bd. II, S. 380 (Eintrag vom 15. Mai 1953).
Ich danke an dieser Stelle meinem früheren Kollegen Joachim Uhlisch, der mich auf Klemperers Tagebucheintrag hinwies.

Vor allem der rumänische Geheimdienst Securitate wurde in den Medien für die gemeldeten Massaker verantwortlich gemacht. In der DDR kam es wie in anderen Ländern zu Sympathiekundgebungen für die Aufständischen in Rumänien. Gleichzeitig wurde in der DDR das MfS von vielen Menschen immer häufiger in einem Atemzug mit der Securitate genannt. In dieser Situation sah sich das MfS, das sich inzwischen als „Verfassungsschutz der DDR" reorganisierte, veranlasst, sich in einer Pressemitteilung am 23. Dezember 1989 in aller Form von der Securitate zu distanzieren:

> Pressestelle des Verfassungsschutzes
> 23.12.1989
> Im Namen der mit der Bildung des Auslandsnachrichtendienstes und des Verfassungsschutzes der DDR beauftragten Angehörigen gab am Abend ein Sprecher folgende Erklärung ab.
> Die Angehörigen beider im Aufbau befindlicher Dienste distanzieren sich auf das entschiedenste von den Verbrechen der gegen das rumänische Volk vorgehenden Einheiten des dortigen Geheimdienstes. Sie versichern dem rumänischen Volk und den auf seiner Seite kämpfenden bewaffneten Kräften ihre volle Solidarität. Mit einer Spende aus dem Solidaritätsaufkommen von 500 Tausend Mark auf das Konto 444 werden sie sich an der Hilfeleistung für Rumänien beteiligen.
> Weder das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit noch das aufgelöste Amt für Nationale Sicherheit haben jemals Beziehungen zum rumänischen Geheimdienst Securitate unterhalten. Sie haben mit diesem Organ niemals zusammengearbeitet.[8]

Für das MfS, die Geheimpolizei der DDR, stand zu diesem Zeitpunkt die eigene Fortexistenz auf dem Spiel. Es konnte nicht daran interessiert sein, auch noch mit den Schreckensmeldungen über die Securitate in Zusammenhang gebracht zu werden. Die Solidarität mit den Aufständischen in Rumänien war gewiss geheuchelt, denn in der DDR gehörte das MfS nicht zu den Unterstützern der Demokratiebewegung und der friedlichen Revolution. Auch die Aussage, nie mit der Securitate zusammengearbeitet zu haben, entsprach nicht den Tatsachen.

Dennoch hat es eine bestimmte Bewandtnis mit dieser Pressemitteilung, denn die Securitate befand sich seit Mitte der 1960er-Jahre innerhalb der Staatssicherheitsdienste tatsächlich in einer Außenseiterposition. Rumänien

8 BStU, MfS, BdL/Dok Nr. 8407, Bl. 2. Diese Pressemitteilung wurde im *Neuen Deutschland*, der maßgeblichen Zeitung in der DDR, am 28. Dezember 1989 auf Seite 2 fast wörtlich so veröffentlicht.

schlug damals einen politischen Sonderweg ein und scherte immer wieder aus dem Bündnissystem der sozialistischen Länder aus, indem es verstärkt mit westlichen und blockfreien Staaten kooperierte und sich dem sowjetischen Rivalen China annäherte. All das wirkte sich auch auf die Staatssicherheitsdienste aus.

Drei Phasen in den Beziehungen zwischen MfS und Securitate

In den Beziehungen zwischen Securitate und MfS lassen sich drei Phasen feststellen. Ab den frühen 1950er-Jahren entwickelte sich eine breit angelegte Zusammenarbeit, wie sie damals auch zwischen anderen sozialistischen Geheimdiensten aufgebaut wurde. Wie oben bereits erwähnt, nutzte die Securitate seit Beginn der 1950er-Jahre die diplomatische Abdeckung durch die rumänische Botschaft in Ostberlin, um in beiden Teilen Berlins sowie in Westdeutschland – weniger innerhalb der DDR – nachrichtendienstliche und geheimpolizeiliche Aktivitäten zu entfalten. Die sogenannte Residentur bzw. Operativgruppe der Securitate in Ostberlin umfasste fünf Mitarbeiter. Es handelte sich um Securitate-Offiziere, die nach außen als Botschaftsangehörige auftraten. Die Residentur erhielt vom MfS auf entsprechende Anforderung hin jede Art geheimpolizeilicher Unterstützung – etwa bei der Entführung von Emigranten in den Osten, bei Personenkontrollen und der Postüberwachung oder bei der Bereitstellung von Häusern und Wohnungen für geheime Treffs. Die Geschichte Theodor Bucurs steht hier beispielhaft für einige dieser Aspekte. Die Zusammenarbeit zwischen MfS und Securitate umfasste darüber hinaus den Austausch von Spionageinformationen und Spionagetechnik sowie gegenseitige Besuche. Im Visier der gemeinsamen Operationen standen vor allem Emigranten und Flüchtlinge aus Rumänien, die in Westberlin, aber auch in anderen Gegenden Deutschlands lebten. Die Residentur bildete ein Scharnier für die Zusammenarbeit, wenngleich die Führungen beider Staatssicherheitsdienste auch direkt kommunizierten und beispielsweise Daten über Menschen austauschten, die von der einen oder der anderen Seite bearbeitet wurden. Schriftliche Kooperationsvereinbarungen zwischen MfS und Securitate hat es wahrscheinlich nie gegeben, jedoch eine umfassende mündliche Vereinbarung über gegenseitige Unterstützung zwischen den zuständigen Ministern oder Staatssekretären, und zwar am Rande einer offiziellen Reise des rumänischen Innenministers Alexandru Drăghici nach Ostberlin im Oktober 1955. In den Monaten zuvor hatte das MfS ähnliche Abmachungen, allerdings schriftlich, mit den Staatssicherheitsdiensten Polens und der Tschechoslowakei getroffen. Im April 1964 proklamierte die Rumänische Arbeiterpartei (Partidul Muncitoresc Român, RAP) in einer öffentlichen Erklärung ihren

Anspruch auf einen nationalen Sonderweg und grenzte sich damit von ihren Verbündeten ab. Die Securitate vollzog diesen Schritt mit und stellte die Zusammenarbeit mit dem MfS vorläufig ein. Das Jahr 1964 machte das rumänische Autonomiestreben als eine Leitlinie der Außenpolitik öffentlich sichtbar, auch wenn die rumänische Führung diese Politik schon etwas früher in die Wege geleitet hatte. In der heutigen Erinnerung wird der rumänische Sonderweg meistens dem seit 1965 amtierenden Parteichef Nicolae Ceaușescu zugeschrieben. Dabei wird übersehen, dass Ceaușescu lediglich die Linie seines 1965 verstorbenen Amtsvorgängers Gheorghe Gheorghiu-Dej weiterführte.

Die nun folgende zweite Phase zwischen 1964 und 1973 ist geprägt von Abgrenzung und letztlich vergeblichen Versuchen der Wiederannäherung. In dieser Phase veränderten sich die Beziehungen beider Staatssicherheitsdienste grundlegend. Sie kooperierten zwar in der zweiten Hälfte der 1960er- und zu Beginn der 1970er-Jahre wieder, aber auf sehr niedrigem Niveau. Zwischen 1966 und 1968 tauschten MfS und Securitate zum Beispiel wieder Spionageinformationen aus. Das MfS stellte seine Informationslieferungen allerdings 1968 endgültig ein, die Securitate erst Anfang 1973.

Zu Beginn der 1970er-Jahre unternahm die rumänische Seite einige Versuche, den Kontakt zum MfS wieder zu intensivieren. So reiste im März 1971 der Chef der rumänischen Auslandsspionage, Nicolae Doicaru, unangemeldet zu einem Besuch nach Ostberlin, wo er lange mit seinem Amtskollegen, dem DDR-Spionagechef Markus Wolf sprach. Doicaru hatte den fertigen Entwurf eines Kooperationsvertrages im Gepäck, Wolf aber wiegelte ab. Zum einen fühlte sich die MfS-Führung durch diesen plötzlichen Besuch überrumpelt. Wolf erklärte zum anderen, dass zuerst einige grundlegende politische Fragen zwischen den beiden Staatsparteien geklärt werden müssten, bevor man über eine engere Kooperation auf Geheimdienstebene sprechen könne. An rein formalen und sporadischen Kontakten, wie es sie in letzter Zeit gegeben habe, sei man seitens des MfS nicht interessiert.[9] Die MfS-Akten seit dieser Zeit widerspiegeln wiederholt die Haltung, dass eine Zusammenarbeit mit der Securitate nicht möglich sei. Andeutungsweise lagen die Ursachen hierfür in der rumänischen Sonderposition, aus Sicht des MfS war somit die Securitate für diesen Zustand verantwortlich. Die Securitate-Akten der Jahre 1970 bis

9 Notiz über ein Gespräch mit dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates für Staatssicherheit der Sozialistischen Republik Rumänien Genossen Generalleutnant Doicaru am 18. März 1971 von 10.00 bis 13.00 Uhr in Berlin-Pankow, Appartementhaus. In: BStU, MfS, Abt. X, Nr. 247, Bl. 196–213; Notiz über ein Gespräch mit dem stellv. Vorsitzenden des Rates für Staatssicherheit der Sozialistischen Republik Rumänien, Gen. Doicaru, am 19. März 1971 von 14.00 bis 15.30 Uhr im Gebäude der Botschaft der Sozialistischen Republik Rumänien. In: BStU, MfS, Abt. X, Nr. 247, Bl. 214–215.

1973 lassen die eigene Institution hingegen kooperationsbereit und entgegenkommend erscheinen, jedoch wurde angemerkt, dass ihre Offerten in Ostberlin auf Ablehnung stießen.

Die dritte Phase überschneidet sich mit der vorherigen. Nachdem Truppen des Warschauer Pakts im August 1968 die Tschechoslowakei besetzt hatten und Nicolae Ceaușescu offen dagegen Position bezogen hatte, sahen beide Staatssicherheitsdienste im jeweils anderen Land auch einen potenziellen Gegner. Die Securitate gründete noch 1968 eine Abteilung, die sich auf die Abwehr sozialistischer Geheimdienste spezialisierte (in der Literatur gelegentlich vereinfachend als die „Anti-KGB-Abteilung" bezeichnet). Das MfS richtete ungefähr zur gleichen Zeit, etwa zwischen Herbst 1968 und Anfang 1969, eine Spionageresidentur in der DDR-Botschaft in Bukarest ein. Es war die einzige sogenannte „legal abgedeckte Residentur" des MfS in einem *verbündeten* Land. Üblicherweise unterhielt das MfS solche Residenturen in den DDR-Botschaften im westlichen oder blockfreien Ausland. Somit wurde Rumänien zu einem Spionageziel des MfS, das es bis 1989 blieb. Die Securitate sollte von dieser Residentur nichts erfahren, denn sie hatte einen anderen Charakter als jene, die die Securitate in den 1950er-Jahren mit dem Wissen des MfS in Ostberlin etabliert hatte.

Die Konfrontation mündete schließlich in dauerhafte Distanz. Nach 1973 ist in den Akten beider Geheimdienste keine reguläre Zusammenarbeit mehr dokumentiert, vielmehr wird an einigen Stellen eben diese nicht mehr gegebene Zusammenarbeit angesprochen. Gleichwohl senkte sich kein „Eiserner Vorhang" zwischen den Verbündeten herab, denn auch weiterhin gab es punktuell Verbindungen zwischen Securitate und MfS. In den 1970er- und 1980er-Jahren intensivierten die übrigen Staatssicherheitsdienste allerdings ihre Zusammenarbeit, während Rumänien nun zumeist außen vor blieb. Während das MfS mit andere Verbündeten in immer größerem Umfang Spionageerkenntnisse austauschte, DDR-Bürger bei ihren Reisen ins sozialistische Ausland überwachen ließ und gemeinsame Aktionen gegen unbequeme Institutionen im Westen durchführte, fand mit der Securitate nichts dergleichen mehr statt.

Dieser Zustand fügt sich auf den ersten Blick problemlos in das bekannte Bild des rumänischen Sonderwegs ein. Gleichwohl bleiben Fragen offen, die im folgenden Kapitel angesprochen werden.

Offene Fragen und multilaterale Perspektiven

Wenn ein Bündnispartner sich zurückzieht, so entstehen für die übrigen Verbündeten Defizite. Es ist anzunehmen, dass die MfS-Führung die ausbleibende Kooperation mit der Securitate analysierte, entstehende Sicherheitsde-

fizite und verloren gegangene Überwachungsmöglichkeiten identifizierte und eine Strategie für den Umgang mit der Securitate entwickelte. Doch in den MfS-Akten finden sich keine grundsätzlichen Dokumente zu diesen Fragen. Es sind keine Unterlagen darüber überliefert, wie sehr die MfS-Führung den Sonderweg der Securitate als sicherheitspolitisches Problem betrachtete. Zudem liegt kein genereller Beschluss der MfS-Führung vor, wonach die Zusammenarbeit mit der Securitate einzuschränken oder zu beenden sei. Auch umgekehrt ist von Seiten der Securitate-Führung bislang nichts Derartiges aufgefunden worden.

Eines der wenigen Dokumente, in denen eine Äußerung des Ministers für Staatssicherheit Erich Mielke über das Ausscheren der Securitate überliefert ist, wurde im November 1967 angefertigt. Damals richtete das MfS in Ostberlin ein internationales Arbeitstreffen aus: die Tagung der Gruppe für Koordination der Funkabwehr europäischer sozialistischer Länder. Zu Beginn wandte sich Erich Mielke in einer ausführlichen Begrüßungsansprache an die versammelten Funkexperten der verbündeten Geheimdienste. In seinem Redemanuskript heißt es darin unter anderem:

> Um so bedauerlicher ist es, dass auf unserer heutigen Beratung die Sicherheitsorgane der Sozialistischen Republik Rumänien nicht vertreten sind, da sie – wie Ihnen bekannt ist – auf der Tagung der Gruppe für Koordination im Februar 1965 in Prag offiziell ihren Austritt aus unserer Gemeinschaft erklärt haben.

Welche praktischen Folgen der Austritt hatte, erläuterte er unmittelbar im Anschluss:

> Auf diese Tatsache mussten und müssen wir uns einstellen und mit verdoppelten Anstrengungen die dadurch entstandene Lücke in der umfassenden Überwachung des Äthers schließen, um dem Feind keine Möglichkeit zu geben, auf diesem Abschnitt Überraschungen zu starten.[10]

Folgt man diesem Manuskript, so hatte die rumänische Seite den bisherigen Verbündeten den Rücken zugekehrt. Dieser Schritt verursachte Probleme, für die die Verbündeten nun eine Lösung finden mussten. Der rumänische Sonderweg, wie er hier zutage tritt, fand offenkundig nicht die Zustimmung der Verbündeten, sondern wurde vielmehr entgegen ihrer Interessen eingeschlagen.

In den MfS-Akten gibt es darüber hinaus Belege, dass Erich Mielke vor allem in den 1970er-Jahren mit der KGB-Führung in Moskau mehrfach über

10 Erich Mielke: Begrüßung der Teilnehmer der Tagung der Gruppe für Koordination der Funkabwehr europäischer sozialistischer Länder am 20. November 1967 (Redemanuskript). In: BStU, MfS, ZAIG Nr. 5101, Bl. 6–44, hier: Bl. 8.

das rumänische Problem sprach und sich danach erkundigte, wie das MfS mit der Securitate umgehen solle.[11] Leider sind bislang aber keine detaillierten Aufzeichnungen darüber aufgefunden worden, sodass die Ratschläge des KGB oder weitere Inhalte der Gespräche nicht bekannt sind. Erkennbar sind jedoch die konkreten Reaktionen des MfS: Es richtete 1968/69 die schon erwähnte Spionageresidentur in Bukarest ein und schickte IM aus der DDR nach Rumänien, die dort DDR-Urlauber überwachten und Stimmungsberichte lieferten. Darüber hinaus übernahm das DDR-Konsulat in Bukarest in den frühen 1970er-Jahren die Aufgabe, in Zusammenarbeit mit dem rumänischen Passamt Fluchtversuche von DDR-Bürgern von Rumänien nach Jugoslawien zu verhindern und festgenommene Flüchtlinge sicher in die DDR zu überführen. Die Informationsgewinnung des MfS über Rumänien zielte zunächst darauf ab, den außenpolitischen Sonderweg des Landes möglichst genau einzuschätzen, um ihn womöglich einhegen zu können. Ab 1983 interessierte sich das MfS vorrangig für die innere Stabilität des Landes, denn angesichts der verheerenden Versorgungslage in Rumänien mit Lebensmittel- und Energieknappheit kam es immer wieder zu spontanen Streiks und Hungerrevolten. Es schien nicht ausgeschlossen, dass daraus eine breitere Protestbewegung gegen die politische Führung zustande käme, die auch Auswirkungen auf andere Länder haben könnte.

Die Perspektive der MfS-Akten ist selbstverständlich einseitig. Sie zeigen die Securitate als unwillig und ungeeignet, um mit ihr zu kooperieren. Die Securitate-Akten hingegen zeichnen, wie bereits angedeutet, ein anderes Bild. Aus ihrem Blickwinkel sperrte sich das MfS gegen die Kooperationsangebote aus Bukarest. Exemplarisch hierfür steht eine acht Seiten umfassende Chronik der Zusammenarbeit beider Geheimdienste zwischen 1955 bis 1973, die die Securitate im Juli 1973 angefertigt hatte.[12] Von einer Unterbrechung oder einer Eintrübung der Beziehungen ist darin nicht ausdrücklich die Rede. Das Dokument listet einfach in zeitlicher Reihenfolge auf, wann man in welcher Angelegenheit kooperiert und Informationen ausgetauscht hatte. Es beschränkt sich hierbei offenkundig auf die als bedeutsam angesehenen Vorgänge. Doch

11 Thesen für Verhandlungen mit führenden Vertretern der Sicherheitsorgane der UdSSR [Mai 1971]. In: BStU, MfS, ZAIG Nr. 5132, Bl. 28; Hinweise für Beratung mit Vorsitzenden des KfS, Gen. Andropow [Juli 1979]. In: BStU, MfS, ZAIG Nr. 5162, Bl. 25.

12 Republica Socialistă România, Ministerul de Interne, Serviciul Relații și Protocol: Notă privind relațiile cu Ministerul pentru Securitatea Statului din R.D. Germană [Sozialistische Republik Rumänien, Ministerium des Innern, Abteilung Beziehungen und Protokoll: Bericht über die Beziehungen mit dem Ministerium für Staatssicherheit der Deutschen D[emokratischen] R[epublik]], 27. Juli 1973. In: ACNSAS, fond documentar, D 13362, Bd. 7, Bl. 54–61.

selbst in dieser nüchternen Chronik sticht das Jahr 1964 als Zäsur hervor. Denn für die Jahre 1955 bis 1963 dokumentiert sie eine intensive geheimdienstliche Zusammenarbeit, zwischen 1964 und 1973 weiß sie hingegen nur noch über den Austausch einiger nachrangiger Informationen zu berichten. Für das Jahr 1969 hält die Chronik fest, dass das MfS mehrere Anfragen aus Bukarest hinsichtlich des Austauschs von Informationen, Erfahrungen und auch Urlaubsplätzen entweder mit großer Verzögerung, gar nicht oder ablehnend beantwortet hatte. Für die Jahre 1969 bis 1972 nennt sie vor allem Beispiele für die Kooperationsbereitschaft der rumänischen Seite: Sie habe dem MfS immer wieder Informationen übermittelt, Vorschläge zur Zusammenarbeit unterbreitet und Treffen von Mitarbeitern anregt, das MfS habe sich jedoch stets distanziert und ablehnend verhalten. Aus dieser rumänischen Perspektive reduzierte sich die Zusammenarbeit beider Geheimdienste 1964 zwar drastisch, doch riss die Verbindung nie ab. Und es war demnach die Securitate, die seit Ende der 1960er-Jahre immer wieder auf die ostdeutschen Verbündeten zuging.

Insgesamt bestätigt dieses Dokument den Eindruck, dass sich die Securitate seit 1964 von den anderen sozialistischen Staatssicherheitsdiensten abgrenzte, jedoch Ende der 1960er- und Anfang der 1970er-Jahre diesen Schritt zumindest partiell wieder rückgängig zu machen wünschte. Vermutlich scheiterte dieses Ziel nicht nur am Verhalten der Verbündeten, die im Umgang mit dem unzuverlässigen Partner Vorsicht walten ließen, sondern wurde auch bald nicht mehr weiterverfolgt. Vielmehr trug die Securitate die Selbstisolation im Rahmen der nationalistischen Autonomiepolitik Nicolae Ceaușescus mit. Aus den bislang bekannten Unterlagen ist nicht ersichtlich, von welchen Absichten sich die Securitate bei den Versuchen der Wiederannäherung leiten ließ. Die Securitate lavierte, taktierte und versuchte, sich rückzuversichern: Sie signalisierte Kooperationsbereitschaft, um von gewissen Vorteilen der Zusammenarbeit zu profitieren und Zweifel an der Bündnistreue zu zerstreuen, und sie hielt sich damit zugleich den Rücken frei, um ein größeres Maß an Autonomie gegenüber den Verbündeten zu erlangen. Zumindest *zwei* taktische Prinzipien, die die Securitate verfolgte, sind in den Akten belegt.

Als Nicolae Doicaru im März 1971 überraschend nach Ostberlin kam, um mit der MfS-Führung über Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu verhandeln, ließ er gegenüber Markus Wolf ein taktisches Motiv durchscheinen: „Wir haben die Initiative übernommen, um diese Kontakte zu festigen, weil wir nicht wollen, dass mit den Fingern auf uns gezeigt wird, dass wir abseits gestanden haben“, so Doicaru.[13] Mit anderen Worten: Die Securitate wollte

13 Notiz über ein Gespräch (wie Anm. 9), Bl. 210.

sich nicht eine Außenseiterposition nachsagen lassen. Andererseits war der rumänische Geheimdienst aber grundsätzlich nicht bereit, sich an multilateralen Abmachungen und Projekten zu beteiligen. Er bewahrte sich auf diese Weise einen größeren Handlungsspielraum und entzog sich den Einschränkungen der nationalen Souveränität, die die forcierte multilaterale Zusammenarbeit mit sich brachte. Gegenüber den Verbündeten begründete die Securitate-Führung ihre Haltung mit Problemen der Geheimhaltung. In diesem Sinne reagierte die Securitate-Führung beispielsweise im Frühjahr 1970 auf eine Einladung aus Budapest, wohin der ungarische Geheimdienst die Leiter der verbündeten Auslandsspionagedienste zu einer multilateralen Besprechung im Dezember 1970 einlud. Die Securitate-Führung beschloss am 21. Mai 1970, den einladenden Kollegen

> mit den höflichsten Worten mitzuteilen, dass seitens der Sicherheitsorgane der S.R. Rumänien eine Delegation an der Beratung teilnehmen wird, aber wir keinerlei Vereinbarung unterzeichnen werden. Wir sollen aufzeigen, dass wir die Zusammenarbeit zwischen unseren Organen und den Sicherheitsorganen der sozialistischen Länder schätzen, die durch zweiseitige Vereinbarungen gut zu regeln ist, und dass wir im Hinblick auf das Prinzip der Konspiration eine andere Form der Zusammenarbeit nicht nützlich finden.[14]

Aus dieser Notiz wird deutlich, dass sich die Securitate bestimmten Formen der Zusammenarbeit widersetzte. Die Reaktion des MfS wiederum bestand darin, auf Distanz zu gehen und in Kauf zu nehmen, überhaupt keine Kooperationsvereinbarungen mit der Securitate zu treffen. Geht man vom Bild eines von der Sowjetunion straff geführten sozialistischen Bündnissystems aus, so wäre zu erwarten, dass sich die übrigen Staatssicherheitsdienste ebenso verhielten wie das MfS. Doch das war nicht der Fall.

Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang die Forschungen über andere bilaterale Geheimdienstbeziehungen innerhalb des sozialistischen Lagers. So schreiben beispielsweise die bulgarischen Historiker Jordan Baev und Kostadin Grozev darüber, dass die Staatssicherheitsdienste Rumäniens und Bulgariens im Jahr 1968 einen Kooperationsvertrag unterzeichneten. Knapp drei Jahre später, am 22. Februar 1971, sei ein weiteres Protokoll über die Zusammenarbeit zwischen den beiden Staatssicherheitsdiensten unterzeichnet worden. Der damalige bulgarische Innenminister, Angel Solakov, soll

14 Zitiert in Florian Banu: De la colaborare la izolare. Relațiile Securității cu serviciile similare din țările Pactului de la Varșovia, 1955–1989 [Von der Zusammenarbeit zur Isolation. Die Beziehungen der Securitate mit den gleichartigen Diensten der Warschauer Pakt-Staaten, 1955–1989]. In: *Arhivele Totalitarismului* 23 (2015) H. 1/2, S. 125–145, und H. 3/4, S. 73–90.

diese Kooperation sehr gefördert haben. Erst als er im Juli 1971 von Angel Canev abgelöst wurde, habe KGB-Chef Juri Andropow durchgesetzt, die bulgarisch-rumänische Geheimdienstkooperation sofort auf Eis zu legen. Canev habe sich bei Andropow ausdrücklich für den Fehler seines Vorgängers entschuldigt, derart enge Beziehungen zur Securitate zugelassen zu haben.[15]

Betrachtet man das Verhalten der bulgarischen und der ostdeutschen Staatssicherheit in einem Zusammenhang, so scheint die These naheliegend, dass der KGB die Verbündeten an der Wende von den 1960er- zu den 1970er-Jahren drängte, mit der Securitate nicht länger zu kooperieren. Doch eindeutig ist diese Annahme nicht. Der ungarische Historiker Stefano Bottoni hat anhand zahlreicher rumänischer und ungarischer Quellen die Beziehungen der Staatssicherheitsdienste beider Länder untersucht. Wie er feststellt, wurden die bilateralen Kontakte infolge der rumänischen April-Deklaration 1964 eingefroren.[16] Diese Zäsur bildet sich auch in den MfS-Akten ab. Doch nach den Feststellungen Bottonis fand später eine zumindest formale Wiederannäherung statt: 1969 und 1972 unterzeichneten beide Seiten Kooperationsvereinbarungen.[17] Der unterschiedliche Umgang der kommunistischen Staatssicherheitsdienste Ungarns, Bulgariens und der DDR mit der Securitate zu dieser Zeit legt die Schlussfolgerung nahe, dass sie keine Standardantwort auf den rumänischen Sonderweg hatten. Oder aber, so kann vermutet werden, sie verfügten in dieser Frage doch über einen beachtlichen Ermessensspielraum, über eine gewisse nationale Handlungsfreiheit. Womöglich hatten die unmittelbaren Nachbarn Rumäniens andere strategische, sicherheitspolitische und geheimpolizeiliche Interessen als die ferner gelegene DDR.

---

15 Jordan Baev: KGB v Bălgarija. Sătrudničestvoto meždu săvetskite i bălgarskite taijni služби 1944–1991 [Der KGB in Bulgarien. Die Zusammenarbeit zwischen dem sowjetischen und bulgarischen Geheimdienst 1944–1991]. Sofia 2009, S. 275–277. Ich danke Christopher Nehring, der diese Seiten aus dem Buch Baevs für mich übersetzte. Teile davon finden sich in deutscher Sprache in Jordan Baev, Kostadin Grozev: Bulgarien. In: Łukasz Kamiński, Krzysztof Persak, Jens Gieseke (Hgg.): Handbuch der kommunistischen Geheimdienste in Osteuropa 1944–1991. Göttingen 2009, S. 143–197, hier: S. 156–157 und S. 196.

16 In einer öffentlichen Stellungnahme im April 1964 erklärte sich die RAP [Rumänische Arbeiterpartei] im sowjetisch-chinesischen Konflikt für neutral und verweigerte Moskau damit faktisch die Gefolgschaft. Die „Erklärung zum Standpunkt der Rumänischen Arbeiterpartei in den Fragen der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, angenommen auf dem erweiterten Plenum des ZK der RAP vom April 1964" wurde in der Tageszeitung der RAP, *Scînteia*, am 26. April 1964 auf den Seiten 1 bis 3 abgedruckt, ebenso am selben Tag in deutscher Sprache in der Bukarester Tageszeitung *Neuer Weg*. Mitunter wird die April-Deklaration etwas überspitzt als „Unabhängigkeitserklärung" Rumäniens bezeichnet.

17 Stefano Bottoni: „Freundschaftliche Zusammenarbeit": Die Beziehungen der Staatssicherheitsdienste Ungarns und Rumäniens 1945 bis 1982. In: *Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik* 24 (2012) H. 1/2, S. 5–27, hier: S. 17 und S. 20–22.

In den frühen 1970er-Jahren entwickelte sich dann aber doch ein weitgehend einheitlicher Umgang der verbündeten Staatssicherheitsdienste mit der Securitate. Wie Bottoni feststellt, vermochte es das ungarisch-rumänische Kooperationsabkommen von 1972 nicht, die bilaterale Kooperation neu zu beleben. Es blieb daher lediglich bei einer Absichtserklärung.[18] In der Praxis waren die Verbindungen zwischen der Securitate und ihren Verbündeten in den 1970er- und 1980er-Jahren somit äußert begrenzt. Das MfS hatte beispielsweise keine Möglichkeiten mehr, Personen bei der Securitate überprüfen zu lassen, wie es das bei den anderen Verbündeten veranlassen konnte. Der Austausch von Spionageerkenntnissen zwischen MfS und Securitate kam Anfang 1973 zum Erliegen. Mit den Kollegen in der Sowjetunion und Bulgarien führte die Securitate den Informationsaustausch hingegen noch einige Jahre weiter. Innerhalb eines von Moskau gesetzten Rahmens gab es also durchaus eine gewisse Bandbreite an Möglichkeiten, wie die Staatssicherheitsdienste ihre Arbeitsbeziehungen untereinander ausgestalteten. Dass die Beziehungen zwischen den sozialistischen Geheimdiensten sehr verschieden ausgeprägt waren, hat auch der Berliner Historiker Christian Domnitz in seiner Studie über die MfS-Operativgruppen im sozialistischen Ausland gezeigt. Aus Sicht des MfS, so Domnitz, habe es mit dem bulgarischen Staatssicherheitsdienst eine „gute", mit dem ungarischen hingegen eine zwar reguläre, aber auch „schwierige Zusammenarbeit" gegeben. Einige Probleme habe das MfS nach dem „Prager Frühling" gehabt, den tschechoslowakischen Staatssicherheitsdienst „zu einer engen Kooperation zu bewegen". Und mit der polnischen Seite habe lediglich eine „inszenierte Zusammenarbeit" stattgefunden.[19] Aus polnischer Perspektive stellt der Historiker Tytus Jaskułowski fest, dass das MfS für den polnischen Staatssicherheitsdienst ein extrem unbeliebter und allenfalls ein „geduldeter Verbündeter" gewesen sei, mit dem deutlich weniger Austausch stattgefunden habe als mit anderen sozialistischen Geheimdiensten.[20]

Seit 1984 betrieb das MfS eine zweigleisige Politik gegenüber allen seinen Verbündeten in Ostmittel- und Südosteuropa. Angesichts zunehmender Krisensymptome sammelte das MfS Informationen aus diesen Ländern, ohne dass die Verbündeten davon erfahren sollten. Die Analysten der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS schrieben auf dieser Grundlage seit

18 Ebenda, S. 20–22 und S. 25.

19 Christian Domnitz: Kooperation und Kontrolle. Die Arbeit der Stasi-Operativgruppen im sozialistischen Ausland. Göttingen 2016, S. 240f.

20 Tytus Jaskułowski: Das Ministerium für Staatssicherheit und das Innenministerium der Volksrepublik Polen 1974–1990 – Grundriss einer konfliktreichen Beziehung. In: *Totalitarismus und Demokratie* 11 (2014) H. 2, S. 267–278.

Februar 1984 regelmäßig zu jedem dieser Länder eine „Monatsübersicht über aktuelle Probleme der Lageentwicklung".[21] Fortan erhielt das Führungspersonal der DDR-Geheimpolizei bis Oktober 1989 einmal im Monat zusammenfassende Berichte über die innere Situation in der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Berichte über Polen fanden erst Anfang 1987 Aufnahme in diese Reihe, denn bis dahin gab es, und das bereits seit 1981, die separaten „Wocheneinschätzungen" zu Polen.[22] Das selbst gesteckte Ziel der Berichtsreihe bestand darin, innenpolitische Entwicklungen in den genannten Ländern darzustellen, auf Probleme und Krisensymptome hinzuweisen und über oppositionelle Bewegungen zu informieren.[23] Diese Unternehmung lässt sich mit Martin S. Alexander als eine durchaus gängige Form des Umgangs unter Verbündeten charakterisieren, kam es hier doch darauf an, die „Freunde zu kennen, die Verbündeten einzuschätzen".[24] Während im Falle Rumäniens hinzukam, dass auch das MfS nicht mehr mit der Securitate zusammenarbeitete, führte es mit den anderen Verbündeten die Zusammenarbeit wie bisher fort.

Betrachtet man die Beziehungen zwischen MfS und Securitate im Gefüge der gesamtstaatlichen Beziehungen zwischen der DDR und Rumänien, so erscheint die Distanz der beiden Staatssicherheitsdienste als eine Extremposition. Denn sowohl andere staatliche Stellen als auch die beiden herrschenden Parteien sowie etliche Staatsbetriebe und selbst führende Militärs pflegten bis 1989 einen mehr oder weniger regelmäßigen Austausch.

Wenngleich in den Geheimdienstarchiven keine grundlegenden Dokumente über den Umgang mit dem schwierigen Verbündeten Rumänien zu finden sind, so gibt es Derartiges immerhin in den Parteiarchiven. Aus diesen wird die Linie der SED ersichtlich. So erläuterte der Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen des SED-Zentralkomitees, Peter Florin, den Mitgliedern und Kandidaten des ZK knapp drei Wochen nach der rumänischen April-Deklaration von 1964 in einem vertraulichen Schreiben, wie man mit der rumänischen Politik künftig umzugehen habe. Man solle die Meinungsverschiedenheiten nicht öffentlich austragen und vertiefen, sondern Rumänien weiterhin in die Zusammenarbeit einbinden.[25] Diese Taktik ver-

21 Die Berichtsreihe „Monatsübersicht über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten" liegt vor in: BStU, MfS, ZAIG Nr. 5325–5338.

22 Die „Wocheneinschätzungen" zu Polen liegen vor in: BStU, MfS, ZAIG Nr. 5301–5324.

23 Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG), Leiter [Irmler], 22.2.1984: Monatsübersicht über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten. In: BStU, MfS, ZAIG Nr. 5325, Bl. 1–2.

24 Alexander: Introduction: Knowing Your Friends, S. 1.

25 SED, ZK, 12.5.1964, Vertrauliche Verschlusssache ZK 07 115/64: Schreiben Peter Florins an die Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees. In: BStU, MfS, SED-KL Nr. 1179, Bl. 35–41, hier: Bl. 40.

folgte offenbar auch Moskau. Nachdem die Sowjetunion und Rumänien am 7. Juli 1970 einen neuen Freundschafts- und Beistandsvertrag abgeschlossen hatten, informierte der Sekretär des ZK der KPdSU, Konstantin Fjodorowitsch Katuschew, Walter Ulbricht am 17. Juli 1970 in einem Gespräch über die sowjetischen Erwartungen an die Vertragsunterzeichnung. Katuschew führte darin aus:

> Man [muss] die Lage in der RKP [Rumänische Kommunistische Partei] und SRR [Sozialistische Republik Rumänien] nehmen, wie sie ist. Die RKP wird zunächst ihren besonderen Kurs in der Außenpolitik und der kommunistischen Weltbewegung fortsetzen. Wir müssen dafür kämpfen, um auf allen Gebieten die SRR wieder stärker an uns heranzuziehen. Deshalb war die Unterzeichnung des Beistandspaktes eine positive Aktion. Sie ermöglicht es den Bruderstaaten, ihrerseits die Verträge mit der SRR abzuschließen und damit politisch einzuwirken.[26]

Dieses politische Einwirken beinhaltete auch, gewissen Druck auf Rumänien auszuüben. So gab es beispielsweise sowjetische Pläne für eine Invasion des südosteuropäischen Landes.[27] Doch letztlich scheint der rumänische Sonderweg für die Sowjetunion nicht derart bedrohlich gewesen zu sein, dass sie das Risiko und die Verluste einer militärischen Intervention deshalb in Kauf genommen hätte. Es ist anzunehmen, dass im Rahmen dieser Politik des „Einbindens" nach entsprechender Problemanalyse auch die Sonderpositionen der Securitate hingenommen wurden.

Resümee

1964 strebte die rumänische Parteiführung – und mit ihr die Securitate – nach einer gewissen Unabhängigkeit von ihren Verbündeten. Es überrascht deshalb, in den Akten von MfS und Securitate sowie in der Sekundärliteratur zu lesen, dass die Securitate einige Jahre später versuchte, ihre Sonderposition zu verlassen und ihre Isolation aufzubrechen.

Es liegt die These nahe, dass diese Versuche der Wiederannäherung Ende der 1960er- und Anfang der 1970er-Jahre nur taktische Manöver waren und

26 Vermerk über eine Information des Genossen K. F. Katuschew, Sekretär des ZK der KPdSU, über Ergebnisse der Reise der Delegation unter Leitung des Genossen A. N. Kossygin, zur Unterzeichnung des sowjetisch-rumänischen Freundschafts- und Beistandsvertrages In: BArch, DY 30/3656 (Büro Ulbricht), S. 91–95, hier: S. 94.

27 Otto Wenzel: Sowjetischer Verteidigungsminister Gretschko wollte Einmarsch in Rumänien. Ein Dokument aus dem Jahre 1973. In: *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat* 3 (1998) H. 6, S. 93–95.

dass die Securitate sehr wohl ihren Sonderweg weiterzugehen beabsichtigte. Die Kooperationsofferten erscheinen als ein Mittel, um Kooperationsbereitschaft zu signalisieren und die Verbündeten auf diese Weise zu beruhigen. So konnte sich die Securitate den Rücken freihalten, um den „nationalen Sonderweg" weiterzugehen. Das gut dokumentierte Gespräch zwischen den Spionagechefs Markus Wolf und Nicolae Doicaru aus dem Jahr 1971 ist symptomatisch: Doicaru gab sich geschäftig und bot alle möglichen Dinge an, nur nicht das, was für die ostdeutsche Seite akzeptabel gewesen wäre. Wolf lehnte eine bloß formale Zusammenarbeit ab, denn das hätte bedeutet, dass realiter eben doch keine Zusammenarbeit stattfindet – oder nur einseitig zu den rumänischen Konditionen. Mit den Staatssicherheitsdiensten Bulgariens und Ungarns hingegen schloss die Securitate Abkommen, die faktisch aber nach wenigen Jahren ausliefen. Die Securitate blieb also ein Außenseiter – teilweise als ein Resultat des rumänischen Autonomiestrebens, teilweise aber auch, weil die Verbündeten sie isolierten und auf Distanz gingen.

Grenzüberschreitende Forschungen zu dieser Thematik, wie sie heute möglich sind, haben ihren besonderen Wert. Archive wie die von MfS und Securitate ergänzen sich in vielfacher Hinsicht. Die Zusammenarbeit beider Staatssicherheitsdienste in den 1950er-Jahren sowie einige der damaligen Entführungsfälle lassen sich nur durch eine Zusammenschau beider Überlieferungen einigermaßen vollständig beschreiben. Auch die unterschiedlichen Positionen beider Institutionen hinsichtlich ihrer Kooperationsbereitschaft werden erst durch eine solche Zusammenschau deutlich. Denn jede Seite erscheint in ihrer eigenen Überlieferung als kooperativ und konsequent. Ein Erkenntnisdefizit ergibt sich daraus, dass die sowjetischen Akten nicht zugänglich sind. Über das gewiss nicht unmaßgebliche sowjetische Verhalten im Hinblick auf die geheimdienstlichen Konflikte innerhalb des eigenen Bündnisses lassen sich daher keine genauen Aussagen treffen.

Doch der rumänische Sonderweg als zeithistorisches Ereignis kann gleichwohl als Maßstab dafür dienen, wie weit der Handlungsspielraum der einzelnen Partei- und Staatsführungen in den sowjetisch dominierten Staaten Ostmittel- und Südosteuropas reichte. Dass dieser Handlungsspielraum im Falle Rumäniens zwar sehr weit ausgereizt wurde, aber der eigenen Bevölkerung *nicht* zugutekam, sollte dabei nicht vergessen werden.

Banalität der Bürokratie?

Überwachung ungarndeutscher „Verwandtschaftsbesuche". Eine Fallstudie: János Tófalvi[1]

KRISZTINA SLACHTA

Staatssicherheit, Fremdenverkehr, Vertriebene

Der in die Struktur des Innenministeriums (BM III. Hauptverwaltung) eingegliederte ungarische Staatssicherheitsdienst[2] sollte nach der Niederschlagung der Revolution von 1956 als erste und wichtigste Aufgabe auch in den 1960er-Jahren weiterhin die „Bekämpfung der konterrevolutionären Kräfte" vornehmen. Die Spionageabwehr (BM HA III/II.) konzentrierte sich folglich auf die ungarischen Emigranten in Westeuropa, um einer „erneuten Organisation der gegnerischen Kräfte bzw. Konterrevolutionäre vorbeugen zu können". Ihre Tätigkeit richtete sich auf die Beobachtung der Emigrantengruppierungen sowie ihrer politischen Organisationen, Verbände und Publikationen. Anfang der 1960er-Jahre erbrachten die Anstrengungen der ungarischen Staatssicherheit allerdings immer noch keine Ergebnisse, denn sie konnten keine konkrete „Aktivität und Reorganisation der revolutionären Kräfte" nachweisen. Die Leitung der Spionageabwehr und Aufklärung musste feststellen, dass ihre Ermittlungen gegen die Emigranten von 1956 praktisch erfolgslos geblieben waren.[3]

1 Die Fertigstellung der Studie wurde durch das Bolyai János Forschungstipendium [ung. Bolyai János Kutatási Ösztöndíj] der Ungarischen Akademie der Wissenschaften gefördert.

2 Der ungarische Staatssicherheitsdienst war nach 1956 ins Innenministerium (BM) eingegliedert worden, ab 1963 funktionierte er als III. Hauptverwaltung. Vgl. Gergő Bendegúz Cseh: A magyar állambiztonsági szervek intézménytörténeti vázlata, 1945–1990 [Organisationsstruktur der ungarischen Staatssicherheitsdienste 1945–1990]. In: György Gyarmati (Hg.): Trezor 1. A Történeti Hivatal évkönyve 1999 [Tresor 1. Jahrbuch des Historischen Amtes 1999]. Budapest 1999, S. 79.

3 Magdolna Baráth: Támogatni, vagy bomlasztani? Adalékok a magyar hivatalos szervek emigrációs politikájának változásához [Unterstützen oder zersetzen? Beiträge zum Wandel der Emigrantenpolitik ungarischer Behörden]. Betekintő 2011/3, <http://www.betekinto.hu/2011_3_barath>, 17.10.2017.

Die Staatssicherheitsdienste der sozialistischen Länder funktionierten wie ihr Vorbild, der KGB: Grundsatz ihrer Tätigkeit war das sogenannte „Linienprinzip", die eigene Bevölkerung sowie „äußere Feinde" nach Aufgaben- bzw. Tätigkeitsgebieten wie Kirche, Volkswirtschaft und Kultur aufgeteilt zu beobachten.[4] Während der Suche nach potenziellen Anstiftern zur Revolution waren alle Bevölkerungsruppen, von denen vermutet wurde, dass sie „gegnerisch" oder „konterrevolutionär" agieren bzw. das „alte System" der Zwischenkriegszeit vertreten könnten, diesbezüglich systematisch erfasst und beobachtet worden. Dazu wurden auch die Ungarndeutschen[5] gezählt, und zwar jene, die Mitglieder des Volksbundes oder der SS bzw. in Kriegsgefangenschaft und nachher interniert gewesen waren oder bei der Verstaatlichung große Verluste erlitten hatten. Sie wurden 1958 in jedem Komitat, in dem Ungarndeutsche lebten – zum Beispiel in den Komitaten Baranya (dt. Branau), Tolna (dt. Tolnau), Somogy (dt. Schomodei), Fejér (dt. Weißenburg), Pest –, erfasst und ihre Daten der Zentralstelle der Spionagenabwehr übermittelt.[6] Die Ungarndeutschen – sowohl die vertriebenen als auch die in Ungarn verbliebenen – gerieten somit zehn Jahre nach der Vertreibung der Ungarndeutschen (1946–1948) wieder in den Fokus des ungarischen Saatssicherheitsdienstes bzw. der Spionagenabwehr.

Eine Besonderheit bezüglich der Vertreibung von Deutschen aus Ungarn besteht einerseits darin, dass es nach dem Zweiten Weltkrieg nicht zu einer vollständigen Vertreibung gekommen ist. Andererseits sind die Vertriebenen in einer ersten Welle in die amerikanische Besatzungszone, die spätere Bundesrepublik Deutschland, in einer zweiten Welle aber in die sowjetische Besatzungszone zwangsumgesiedelt worden.[7] Dadurch kam es zu einer zweifach gespaltetenen Situation, sodass ungarndeutsche Familien zunächst in verschiedenen Ländern und heute in unterschiedlichen Regionen Deutschlands leben – wenn

4 Roger Engelmann u. a. (Hgg.): Das MfS-Lexikon. Berlin 2011, S. 203.

5 In dem Text benutze ich bewusst für die in Ungarn lebende deutsche Minderheit den Begriff „Ungarndeutsche", um davon die typischen Bezeichnungen der Zeit – auch jene der Staatssicherheit – wie „Schwaben", „schwäbische Gebiete" oder „Volksbundler" zu unterscheiden. Die Formulierung „alte Heimat", meist von der Zeitschrift *Unsere Post* verwendet, wird von mir ebenfalls immer kursiv gekennzeichnet, womit immer Ungarn – nämlich die ehemaligen Wohngebiete und Heimatdörfer der vertriebenen Ungarndeutschen – gemeint ist, was auch dem zeitgenössischen Sprachgebrauch der Vertriebenen entspricht.

6 Állambiztonsági Szolgálatok Történeti Levéltára, [Historisches Archiv der Ungarischen Staatssicherheitsdienste] [ÁBTL] 3.2.5. O-8-121/I. „Az NSzK-ban működő ellenséges sváb szervezetek" [„In der BRD funktionierende feindliche Organisationen der Schwaben"].

7 Mathias Beer: Flucht und Vertreibung der Deutschen. München 2011, S. 86 und S. 94–97; Gerhard Seewann: Geschichte der Deutschen in Ungarn. Bd. 2: 1860 bis 2006. Marburg 2012, S. 348–351.

auch nicht mehr durch den Eisernen Vorhang voneinander getrennt.[8] Während des Kalten Krieges war es allerdings vergleichsweise schwierig, Besuchsreisen von Verwandten und Familienangehörigen zu organisieren.

Bis zur Entstalinisierung in Ungarn, also bis 1954, war es praktisch ausgeschlossen, dass vertriebene Ungarndeutsche ihre in Ungarn verbliebenen Verwandten besuchten, da es hierfür keine Regelung von ungarischer Seite aus gab. Zudem hatten die Vertriebenen Angst, dass sie nach einer Einreise in die Ungarischen Volksrepublik (UVR) nicht wieder in den Westen zurückkehren könnten. Die Revolution von 1956 bedeutete auch für den ungarischen Tourismus eine Zäsur: Die Fremdenverkehrspolitik der Kádár-Zeit[9] bemühte sich um ein positives Landesimage, denn die einreisenden westlichen Touristen sollten – im Gegensatz zu den weltberühmten blutigen Bilder der niedergeschlagenen Revolution – ein positives Bild von Ungarn vermittelt bekommen. Diese neue Offenheit und das Wiederaufleben der alten ungarischen Gastfreundschaft sowie der noch aus den Zeiten der Habsburgermonarchie und den Zwischenkriegsjahren bekannten Topoi des ungarischen Tourismus – etwa Puszta, Csárdás oder Paprika – dienten aber hauptsächlich dem Zweck, die Deviseneinnahmen des Landes zu sichern.[10] Die vertriebenen Ungarndeutschen, die 1958 ihre Verwandten „in der alten Heimat“ besuchen wollten, mussten daher als Reisegruppe und nicht als Einzelpersonen in das Land ein- und nach einem dreiwöchigen Aufenthalt wieder ausreisen.

Der Staatssicherheitsdienst hat in erster Linie die zahlenmäßige Zunahme der westlichen Touristen wahrgenommen. Der Fremdenverkehr galt aus Sicht der sozialistischen Länder als „legale Möglichkeit der gegnerischen Diversion“ und die Kontrolle der legalen Reisewege bedeutete die staatssicherheitsdienstliche Überwachung der „legalen Kanäle des Eindringens“.[11] Auch im Zuge der neuen Fremdenverkehrspolitik, der sogenannten „Öffnung nach Westen“ der Kádár-Regierung, waren die Reisemöglichkeiten für Vertriebene immer noch nicht vollständig frei, gewisse Einschränkungen waren in Einzel-

8 Ágnes Tőth: Rückkehr nach Ungarn 1946–1950. Erlebnisberichte ungarndeutscher Vertriebener. München 2012, S. 66f.

9 Nach der Niederschlagung der ungarischen Revolution im Jahr 1956 wurde János Kádár Generalsekretär der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP/MSZMP) und Vorsitzender des Ministerrates. Als Kádár-Zeit wird die Ära zwischen 1956 und 1989 bezeichnet. Vgl. György Dalos: Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa. München 2009, S. 63.

10 Auf diese war die Politik von János Kádár, die sich die Erhöhung des Lebensstandards der ungarischen Bevölkerung, den sogenannten Gulasch-Kommunismus, eine Art „lebbaren Kommunismus“, zum Ziel gesetzt hatte, immer stärker angewiesen.

11 ÁBTL 3.1.5. O-17243/4. Ny-német vonal, ki- és beutazók móri és sárbogárdi járás területére [West-deutsche Linie der Aus- und Einreisenden auf dem Gebiet des Bezirkes von Mór und Sárbogárd]. Bl. 30.

fällen sogar bis Mitte der 1980er-Jahre in Form von sogenannten „Verbotslisten" erhalten geblieben, zum Beispiel für ehemalige Leiter des Volksbundes.

In der verkehrten Logik der Staatssicherheit stellte aber nicht nur eine – vermutlich – im Auftrag eines feindlichen Nachrichtendienstes einreisende Person eine Gefahr dar, vielmehr galt schon die Einfuhr westlicher Kleidung und Autos als „feindliche gegnerische Tätigkeit", genauso wie Pressematerialien und Druckerzeugnisse aller Art als westliche Propaganda und als „Diversion"[12] bewertet wurden. 1959 wurde vom Innenminister ein Befehl erlassen, in dem geregelt wurde, was genau die staatssicherheitliche Kontrolle des Fremdenverkehrs als Aufgabe und die Bekämpfung dieser Art von „feindlicher Tätigkeit" zum Ziel hatte:

> Es ist durch mehrere Angaben bewiesen worden, dass die imperialistischen Nachrichtendienste und ihre Deckorganisationen die Bestrebungen der Politik der UVR für ein friedliches Zusammenleben und Konsolidation mißbrauchen und in zunehmendem Maß bestrebt sind, die sog. legalen Kanäle des Eindringens auszunutzen.[13]

Der Befehl forderte neben der allgemeinen operativen Kontrolle der Ein- und Ausreisenden die Durchführung gezielter Maßnahmen unter den einreisenden politischen Emigranten bzw. den ehemaligen Vertriebenen und ihren Verwandten, die mit Visa für Verwandtschaftsbesuche[14] ein- und ausreisen konnten. Den zu Verwandtenbesuchen in westliche Länder ausreisenden inoffiziellen Mitarbeitern[15] wurden laut diesem Befehl Anweisungen erteilt und nach ihrer Heimreise wurden sie zur schriftlichen Berichterstattung auf-

12 Im Wortgebrauch der kommunistischen Staatssicherheitsdienste wurde jede Art von ideologischen Einflüssen aus dem Westen oder abweichende Ansichten bezüglich des politischen oder gesellschaftlichen Systems „Diversion" genannt. Vgl. Engelmann u. a. (Hgg.): Das MfS-Lexikon, S. 67.

13 ÁBTL 4.2. 10-21/4/1959. Befehl Nr. 04/1959. Bl. 1: „Számos adat bizonyítja, hogy az imperialista hírszerzőszervek és fedőszerveik, visszaélve a Magyar Népköztársaságnak a békés együttélésre és a konszolidálódásra irányuló politikájával, egyre nagyobb mértékben igyekeznek felhasználni az ún. legális behatolási lehetőségeket." Übersetzung aller Zitate aus Unterlagen der ungarischen Staatssicherheit von der Verfasserin.

14 Im Wortgebrauch der ungarischen Staatssicherheit hieß diese Kategorie von Reisenden „Verwandtenbesucher" (rokonlátogató).

15 Bei der ungarischen Staatssicherheit wurden die Spitzel „Agenten", „geheime Beauftragte", „geheime Mitarbeiter" oder „Personen des Netzes" genannt, was bei der DDR-Staatssicherheit den „inoffiziellen Mitarbeitern" (IM) entspricht. Da die Abkürzung IM allgemein im deutschen Sprachgebrauch verankert ist, benutzte ich diesen Begriff für die „geheimen Mitarbeiter" der ungarischen Staatssicherheit. Vgl. Gergő Bendegúz Cseh: A Történeti Hivatal irataiban leggyakrabban előforduló állambiztonsági rövidítések, kódok feloldása. Függelék [Die häufigsten verwendeten Abkürzungen und Kodierungen in den Unterlagen des Historischen Amtes. Anhang]. In: Gyarmati (Hg.): Trezor 1., S. 299–301, hier: S. 301.

gefordert.[16] Eine der wichtigsten unter den neu angewendeten Methoden war die Ausnutzung des in den einzelnen Komitaten schon vorhandenen IM-Netzes auch für die Überwachung einreisender Emigranten und Vertriebener. Im Sprachgebrauch des ungarischen Staatssicherheitsdienstes ist schon Anfang der 1960er-Jahre festzustellen, dass der Begriff „Verwandtenbesucher“ immer im Zusammenhang mit ungarndeutschen Reisenden auftaucht und damit nur selten politische Emigranten gemeint waren. Eine Erklärung dafür ist, dass jene, die aus politischen Gründen das Land verlassenen hatten, gar nicht an eine Besuchsreise denken konnten, denn die meisten wären im Falle einer Rückkehr tatsächlich von den ungarischen Behörden verhaftet und zur juristischen Verantwortung gezogen worden. Die Durchführungsbestimmung des Befehls Nr. 04/1959 beinhaltete auch einen konkreten Punkt zur Kontrolle der „Verwandtenbesucher“:

> 8.) Verwandtenbesucher. Die Abteilungen für Spionageabwehr sollen […] entsprechend getarnte konspirative operative Kontrollen des einreisenden Ausländers organisieren. […] Die Kontrolle ist in solcher Weise zu organisieren, dass sie über jede Art von Bewegung, Kontaktversuchen und eventuelle gegnerische Tätigkeit des Ausländers informiert. Wenn ein kapitalistischer Staatsbürger häufig in das Land einreist, soll in seiner Umgebung ein ständiges IM-Netz aufgebaut werden.[17]

Die Ungarndeutschen unter Kontrolle

Ab Anfang der 1960er-Jahre begann sich die Spionageabwehr (BM III/II. Verwaltung) im Zuge der Beobachtung der politischen Emigration von 1956 gezielt mit den immer freier und häufiger reisenden Ungarndeutschen bzw. ehemaligen Vertriebenen zu beschäftigen. Die Verwandtschaftsbesucher sowie die Mitglieder der Vertriebenenorganisationen bedeuteten für die Staatssicherheit wegen ihrer Kontakte zu den in der Heimat verbliebenen Angehörigen eine zu kontrollierende Gruppe. Diese Kontrolle kann auch als Ausdruck des neu entdeckten Feindbildes der „Schwaben“ nach der Revolution von 1956 verstanden werden. Die Ungarndeutschen wurden schon allein deshalb als „verdächtige und gefährliche“ Personen angesehen, weil sie bei ihren Besuchsreisen den

16 ÁBTL 4.2. 10-21/4/1959. Befehl Nr. 04/1959. Bl. 1.

17 Ebenda, Bl. 7: „8. Rokonlátogatók. A […] kémelhárító alosztályok […] szervezzék meg, hogy megfelelő konspirált ellenőrzést tudjanak gyakorolni az érkező külföldivel kapcsolatban. […] Az ellenőrzést oly mértékben kell megszervezni, hogy értesüljenek a külföldi mozgásáról, a kapcsolat kiépítéséről és esetleges ellenséges tevékenységéről. Abban az esetben, ha egy kap állampolgár gyakran utazik be az országba, környezetébe állandó céllal hálózatot kell szervezni.“

westlichen Lebensstil mit ins Land brachten und dadurch „das sozialistische Leben in ländlichen Gebieten gefährden könnten". Der ungarische Staatssicherheitsdienst ging auch davon aus, dass Vertriebene als Spione des Bundesnachrichtendienstes angeworben worden waren. Anfang der 1960er-Jahre begann eine systematische Beobachtung und Kontrolle der Verwandtenbesuche von Ungarndeutschen in beiden Richtungen: aus der Bundesrepublik Deutschland nach Ungarn bzw. aus Ungarn in die Bundesrepublik Deutschland. Diese Gruppe von Reisenden wurde als äußerst bedrohlich angesehen und die Reisegenehmigungen wurden entsprechend präzise beurteilt. Die Verwandten und der Bekanntenkreis der Reisenden wurden oft von inoffiziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beobachtet oder sie selbst nach ihrer Rückkehr von den zuständigen Polizeipräsidien zum Verfassen eines Berichts aufgefordert.[18]

Als wichtigster „legaler Kanal der feindlichen Tätigkeit" der Bundesrepublik Deutschland wurden die zwischen den zwei Blöcken Anfang der 1960er-Jahre praktisch schon frei und regelmäßig zum Verwandtschaftsbesuch einreisenden Ungarndeutschen angesehen. Weil sie über eine hohe Sprach- und Ortskenntnis verfügten und an ihrem ehemaligen Wohnsitz anfangs drei Wochen, mit der Zeit aber sogar zwei bis drei Monate bleiben durften, galten sie aus Sicht der ungarischen Staatssicherheit als die gefährlichsten Touristen der 1960er-Jahre. Wie befürchtet brachten sie tatsächlich ein Stück westlichen Lebensstils mit, schon ihre Kleidung und Autos wurden als Teil der sogenannten „gegnerischen Diversion", der ideologischen Beeinflussung durch den Westen, angesehen. Die mitgebrachten Geschenke und natürlich die Erzählungen über die westlichen Lebensbedingungen und Arbeitsmöglichkeiten erschienen als besonders „verdächtige Methoden der Gegner". Das Alltagsleben und die Konsummöglichkeiten waren in den Dörfern des ländlichen Ungarns der 1960er-Jahre weit vom allgemeinen westdeutschen Lebensstandard der Vertriebenen in den Jahren des Wirtschaftswunders entfernt, deren Lage sich nach dem Lastenausgleich weitgehend verbessert hatte. Daher wurde von der Spionageabwehr in einem zusammenfassenden Bericht im April 1962 Folgendes festgestellt:

Eine beliebte Methode der gegnerischen Propaganda ist es, ein übertrieben rosiges Bild der guten Lebensverhältnisse, hohen Löhne und des Lebensniveaus der draußen lebenden Schwaben seitens der einreisenden Personen zu schildern.[19]

18 ÁBTL 3.2.5. O-8-121. Az NSZK-ban működő ellenséges sváb szervezetek [In der BRD funktionierende feindliche Organisationen der Schwaben], Teil I./1.

19 Ebenda, Bl. 78: „Az ellenséges propaganda kedvelt módszere, hogy a beutazókon keresztül a kint élő svábság jó életkörülményeiről, a magas fizetésekről és életszínvonalról gyakran túlzottan rózaszin képet festenek."

Parallell zu dieser „materiellen“ Art von Diversion vermutete die ungarische Staatssicherheit, dass die Vertriebenen wegen ihrer Sprach- und Ortskenntnisse als Spione vom den BND angeworben worden wären. Daher wurde jedes Interesse der Reisenden für Ungarn – auch das Fotografieren im Land – mit aller Selbstverständlichkeit als Spionagetätigkeit betrachtet. Es wurde seitens der ungarischen Spionageabwehr zudem angenommen, dass der BND auch die aus Ungarn in die Bundesrepublik Deutschland reisenden „Schwaben“ anzuwerben versuchte. Die berichteten Erlebnisse der in die UVR zurückgekehrten Besucher dienten dann dazu, solche Vorstellungen der ungarischen Staatssicherheit zu untermauern:

> Die […] Umstände beweisen auch, dass die westdeutsche offizielle Politik durch die bekannten schwäbischen Organisationen danach bestrebt ist, den größten Teil der aus Ungarn ausreisenden Schwaben zu beeinflussen, um dadurch die Tätigkeit der eigenen Nachrichtendienste zu erleichtern. […] Es ist typisch, dass die aus Ungarn in die BRD reisenden Schwaben schon im Zug beobachtet werden. […] Durch in der BRD lebende Verwandte und Bekannte und auf den oben erläuterten Wegen werden Informationen über die ausreisenden Schwaben gesammelt, die dann nach ihrer Ankunft mit verschiedenen Legenden[20] oft bei ihren Verwandten besucht werden.[21]

1961 wurde der Regierungsbeschluss Nr. 3082/1961 über „die Reisepässe und Visa der UVR“ verabschiedet, der nicht nur die Einreise, sondern auch die Ausreise der ungarischen Staatssbürger regelte. Die Verordnung legte fest, dass bei Beurteilung und Bewilligung der Einreiseanträge von Emigranten bzw. von Vertriebenen zu überprüfen war, aus welchen Gründen und unter welchen Umständen sie das Land verlassen hatten, ob der Antragsteller Mitglied von feindlichen Emigrantenorganisationen war oder ob ein positives Verhalten des Antragstellers gegenüber der UVR festzustellen sei.[22]

---

20 Im Wortgebrauch der kommunistischen Staatssicherheitsdienste ist die „Legende“ eine fiktive Geschichte, die zur Tarnung der eigentlichen Spionagetätigkeit oder der „feindlich-gegnerischen Aktivitäten“ diente. Vgl. Engelmann u. a. (Hgg.): Das MfS-Lexikon, S. 203.

21 ÁBTL 3.2.5. O-8-121. Az NSZK-ban működő ellenséges sváb szervezetek [In der BRD bestehende feindliche Organisationen der Schwaben], Teil I./1., Bl. 62: „A […] körülmények is azt bizonyítják, hogy a nyugat-német hivatalos politika, a már ismertetett sváb szervezeteken keresztül igyekszik minél jobban befolyása alá helyezni a Magyarországról kitazó svábok jelentős részét, hogy ilymódon elősegítse a hirszerzőszerveik munkáját. […] Jellemző, hogy a Magyarországról az NSZK-ba utazó svábokat már a vonaton tanulmányozzák. (..) Az NSZK-ban élő rokonok és ismerősök útján, továbbá a már ismertetett formában is gyűjtenek adatokat a kiutazni szándékozó svábokról, majd megérkezésük után sok esetben rokoni környezetben keresik őket fel különböző legendákkal.“

22 Regierungsbeschluss Nr. 3082/1961, <www.complex.hu>, 15.10.2017. Aus dem Text geht eindeutig hervor, dass in der Verordnung unter „Emigranten“ nicht nur Dissidenten, sondern auch Vertriebene verstanden werden.

Parallell zu diesen Maßnahmen wurde eine sogenannte „Verbotsliste" von „unerwünschten Personen" eingeführt, was in den 1960er-Jahren praktisch eine Erweiterung des Datenbestandes des Innenministeriums bedeutete. Der Befehl des Innenministers vom 25. September 1967 besagte, dass eine einheitliche und zentrale Verbotsliste jener westlichen Staatsbürger zusammenzustellen sei, deren Aufenthalt in der UVR „die Interessen des Staates, die Ordnung und die allgemeine Sicherheit verletzt oder gefährdet". Damit waren die (ehemaligen) „Mitglieder faschistischer, revanchistischer militärischer Organisationen" gemeint.[23]

Überwachung der sogenannten „Verwandtenbesucher"

Durch ihre Maßnahmen, die auf die „operative Kontrolle" des Fremdenverkehrs zielten, hatte die Staatssicherheit die Ungarndeutschen bzw. die Vertriebenen, die zum Verwandtenbesuch ins Land reisen durften, als eine der „gefährlichsten Gruppen" unter den einreisenden westlichen Staatsbürgern eingestuft. Neben den allgemeinen Befehlen und Durchführungsbestimmungen der Staatssicherheit zur Kontrolle der westlichen Touristen wurden gezielte Maßnahmen zur Überwachung der Ungarndeutschen in der Bundesrepublik und auch in Ungarn durchgeführt. Die Organisationen der ungarndeutschen Vertriebenen in Deutschland wurden als „Zentren feindlicher und gegnerischer Diversion" angesehen. Jede Bestrebung, Kontakte zu den ehemaligen Wohnsitzen auszubauen, jede Zusendung von Zeitschriften oder jeglicher Art kirchlicher Materialien wurde als direkte „gegnerische Propaganda" und als „faschistische und revanchistische Untergrundtätigkeit" bezeichnet.

Ab Mitte der 1960er-Jahre wurden inoffizielle Mitarbeiter nicht nur unter den ungarndeutschen „Verwandtenbesuchern", sondern auch unter den Dorfbewohnern, zum Beispiel in der sogenannten „schwäbischen Türkei" (in den Komitaten Baranya, Tolna und Somogy in Südungarn) angeworben, um möglichst flächendeckend über die Tätigkeit und die Reisemöglichkeiten der Ungarndeutschen sowie über Arbeits- und Einkaufsmöglichkeiten in Deutschland informiert zu sein. In den entsprechenden Berichten lesen wir über Großeltern, die ihre Enkel besuchten und ihnen Motorräder oder Kühlschränke schenkten, über Kolleginnen und Nachbarn, die mit geschmuggelten Nylonstrumpfhosen handelten, oder über Vertriebene, die die Gegend ihres ehemaligen Heimatdorfes fotografierten – was praktisch automatisch als Erkundung von militärischen Gebieten eingeschätzt wurde.

23 ÁBTL 4.2. Befehl des Innenministers vom 25. September 1967. Bl. 1.

Die Konstruktion oder besser gesagt Neukonstruktion des Bildes der „feindlichen Schwaben“ begann mit der Eröffnung einer sogenannten Objektakte[24] mit dem vielsagenden Titel *Feindliche Organisationen der Schwaben in der BRD* bereits im Jahr 1957.[25] In dem dreibändigen, insgesamt rund 2.000 Seiten umfassenden Aktenbestand wurden zuerst Dokumente aus den Jahren 1944 bis 1949 zusammengetragen, die das ungarndeutsche Bild der Staatssicherheit auch in den 1960er-Jahren prägten. In den Akten sind zum Beispiel die Unterlagen des 1945/46 durchgeführten Volksgerichtsprozesses gegen Franz Basch, den Vorsitzenden des Volksbundes, und lange Listen von Volksbundmitgliedern bzw. Amtsträgern des Volksbundes, ehemaligen Mitgliedern der SS sowie Dokumente zur SS-Rekrutierung zu finden.[26]

Aufgrund dieser Dokumente wurde ein Bild über die Einstellung der Ungarndeutschen dem ungarischen Staat gegenüber gezeichnet, das sie als „feindliche, revanchistische, faschistische und nationalistische Schwaben“ beschrieb. Der Leser – damals vor allem die Offiziere der Staatssicherheit – konnte so leicht den Eindruck gewinnen, dass so gut wie alle Ungarndeutschen Mitglieder des Volksbundes und jeder junge Mann ein freiwilliges Mitglied der SS gewesen war. Unter die alten, meist fotokopierten Dokumente mischten sich zunehmend mehr Berichte über die Organisationen und die Presse der vertriebenen Ungarndeutschen, wobei als selbstverständlich angenommen wurde, dass sich die Einstellung der „Schwaben“ mit der Zeit keineswegs verändert hatte. Die Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn (LDU)[27] sowie ihre Zeitung *Unsere Post*[28] und deren Chefredakteur Dr. Ludwig Leber wurden automatisch aus dieser Perspektive einer feindlichen Einstellung der UVR gegenüber betrachtet.

Auf diesen Stereotypen basierten neben den Informationen über Organisationen und allgemeine Tätigkeiten der vertriebenen Ungarndeutschen auch die zusammenfassenden Berichte in dieser Objektakte und die Maßnahmen

24 In der Praxis der ungarischen Staatssicherheit war eine Objektakte eine Art Sammelakte zu einem Thema oder einer Institution, in der alle relevanten Informationen, Berichte, Nachrichten, Statistiken usw. zusammengeführt und ausgewertet wurden.

25 ÁBTL 3.2.5. O-8-121. Az NSZK-ban működő ellenséges sváb szervezetek [In der BRD bestehende feindliche Organisationen der Schwaben], Teil I., II., III.

26 Ebenda, Teil I.

27 Die Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn (LDU) wurde 1949 in München gegründet, mit Landesverbänden in jenen Bundesländern, wo sich eine größere Anzahl von Ungarndeutschen nach der Vertreibung angesiedelt hatte. Vgl. <http://www.ldu-online.de/index-2.html>, 27.10.2017.

28 *Unsere Post* ist die heute noch bestehende Zeitung der vertriebenen Ungarndeutschen in Deutschland, sie erscheint zweiwöchentlich. Vgl. <http://www.unsere-post.de/>, 27.10.2017.

gegenüber den Ungarndeutschen in den folgenden Jahren. Diese Objektakte wurde bis 1971 weitergeführt. In ihr wurden systematisch Informationen über die Vertriebenenverbände, die LDU in Stuttgart, die sogenannte Heimatortskartei, den Lastenausgleich, die Renten für Kriegswitwen und Waisen, die Redaktion und die veröffentlichten Artikel und Berichte in *Unsere Post*, über Anfragen zur Heimatkunde, leitende Persönlichkeiten, Akademiker unter den Vertriebenen wie Dr. Ludwig Leber[29] und Anton Tafferner[30], Heimattreffen, Schwabenbälle und Patenschaften zwischen den ehemaligen und den neuen Wohnorten zusammengetragen. Neben den konkreten Berichten sind in den Akten auch zahlreiche Zusammenfassungen zu lesen, die zum Teil die allgemeine politische Lage in der Bundesrepublik, die Stimmung unter den Vertriebenen und die Situation der Ungarndeutschen in Ungarn bzw. ihre Einstellung gegenüber dem sozialistischen ungarischen Staates analysieren. Nach dem Sammeln und Auswerten dieser Informationen kam es im April 1962 in einem zusammenfassenden Bericht zu folgender Lagebeurteilung:

> Unserer Meinung nach läuft keine entsprechende Spionageabwehrtätigkeit auf der Linie[31] der Schwaben in Ungarn, womit man der Aktivität des westdeutschen Nachrichtendienstes entgegenwirken könnte. Einige typische Daten dazu: Es leben im Gebiet des Komitats Baranya ca. 40.000 Personen deutscher Nationalität, wo wir aber über kein Agentennetz verfügen, es gibt keine laufenden Fälle und es wurde auch 1961 kein Agent angeworben.[32]

29 Dr. Ludwig Leber (1903–1974), ungarndeutscher Politiker, Chefredakteur der Zeitung *Unsere Post*, Leiter des Landesverbandes der Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn sowie Landtagsabgeordneter in Baden-Württemberg (1950–1968). Vgl. <http://www.ldu-online.de/87.html>, 27.10.2017.

30 Dr. Anton Tafferner (1910–2007), ungarndeutscher Redakteur, Journalist, Autor von mehreren Bänden, Zeitschriften sowie Heimatbüchern zur donauschwäbischen Geschichte und Landeskunde. Vgl. <http://kulturportal-west-ost.eu/biographien/tafferner-anton-2>, 27.10.2017.

31 Das sogenannte „Linienprinzip" ist der Organisationsgrundsatz kommunistischer Geheimdienste, wonach bestimmte Aufgabenbereiche einer bestimmten Diensteinheit mit der entsprechenden fachlichen Zuständigkeit zugeordnet wurden. Vgl. Engelmann u. a. (Hgg.): Das MfS-Lexikon, S. 203.

32 ÁBTL 3.2.5. O-8-121. Az NSZK-ban működő ellenséges sváb szervezetek [In der BRD funktionierende feindliche Organisationen der Schwaben], Teil I./1., Bl. 66: „Véleményünk szerint a Magyarországon élő német nemzetiségek vonalán koránt sem folyik megfelelő kémelhárító munka, amellyel ellensúlyozni tudnánk a nyugat-német hírszerzés svábok vonalán tanúsított aktivitását. Ezzel kapcsolatos jellemző adatok: Baranya megye területén közel 40.000 német nemzetiségű személy él és e nagylétszámú kategória között megfelelő ügynökséggel nem rendelkezünk, ügyeik nincsenek és 1961-ben sem hajtottak végre ügynöki beszervezést."

Zwar wurde kein Befehl des Ministers oder des für die Staatssicherheit verantwortlichen stellvertretenden Minister erlassen, auch keine „operative Kontrolle“, also die Überwachung und Beobachtung der Ungarndeutschen in der Bundesrepublik Deutschland und in Ungarn, gezielt angeordnet, aber in der ersten Hälfte der 1960er-Jahre begann der Ausbau eines weitverzweigten IM-Netzes. Zudem wurde eingeführt, dass diejenigen IM, die zum Verwandtschaftsbesuch nach Westeuropa reisten, Anweisungen zu ihrer Reise erhielten bzw. nach ihrer Heimkehr schriftlich Bericht erstatten sollten.

Das Ziel dieser Maßnahmen war, möglichst drei bis fünf IM pro Komitat in den von Ungarndeutschen bewohnten Gebieten des Landes anzuwerben und sie für eine aktive Tätigkeit auszubilden. Es sind keine zusammenfassenden Berichte oder Listen von und über inoffizielle MitarbeiterInnen in der Linie der „Schwaben“ aufzufinden, die verfügbaren Unterlagen lassen aber auf eine relativ hohe Anzahl schließen.[33] Die meisten IM-Akten sind in den Komitaten Pest, Bács-Kiskun und Békés (dt. Bekesch) erhalten geblieben, wobei die Beobachtung der ungarndeutschen Bewohner eines Dorfes oft von einem nicht ungarndeutschen IM vorgenommen wurde. Berichte über die „schwäbische“ Nachbarschaft oder Bekannte sind hierbei oft in thematisch anders angelegten Akten aufzufinden, zum Beispiel in einer Akte über die LPG der Gemeinde, über das Gymnasium oder über die Geistlichen im Dorf.[34]

In der Zusammenfassung aus dem Jahr 1962 finden sich folgende Angaben über die Kontrolle der Ungarndeutschen im Jahr 1961: Es waren „nur“ 40 IM auf der „Linie der Schwaben“ beschäftigt, von denen allerdings nur die Hälfte tatsächlich aktiv und operativ tätig war. Die andere Hälfte war laut Bericht „in der Spionageabwehr absolut passiv“ gewesen. Es wurden insgesamt fünf neue inoffizielle Mitarbeiter für die Aufgabe angeworben, die Ungarndeutschen an ihrem Wohnort, an der Arbeitsstelle oder im Bekanntenkreis zu beobachten.[35] Die Angaben bezüglich des IM-Netzes wurden den Daten der ausreisenden Besucher gegenübergestellt. Demzufolge waren 1961 5.000 Personen in die

33 In dieser Zeit wurden IM auch in den kulturellen Einrichtungen der Ungarndeutschen angeworben: zwei inoffizielle Mitarbeiterinnen in der Redaktion der *Neuen Zeitung*, ein inoffizieller Mitarbeiter in der Redaktion der sogenannten „Regionalen Sendung der Ungarndeutschen“ in Pécs (dt. Fünfkirchen) und mehrere inoffizielle Mitarbeiter auch unter den Akademikern an Hochschulen und Universitäten, zum Beispiel ÁBTL M-29500 und ÁBTL M-29500/1 „Árvácska“; ÁBTL Mt-739 und ÁBTL Bt-188 „Bérchegyi Albert“; ÁBTL Mt-1433/1 „Bajkai“.

34 Zum Beispiel ÁBTL M-23281 „Csilla“; ÁBTL M-30265 und ÁBTL M-31526 „Kardos“; ÁBTL M-32729 „Rozgonyi“.

35 ÁBTL 3.2.5. O-8-121. Az NSZK-ban működő ellenséges sváb szervezetek [In der BRD bestehende feindliche Organisationen der Schwaben], Teil I./1., Bl. 67.

Bundesrepublik Deutschland zu ihren Familienangehörigen gereist. 217 von ihnen erhielten vor ihrer Abreise Anweisungen, von denen 146 Personen einfache Besucher, 59 sogenannte „gesellschaftliche Kontakte“[36] der Staatssicherheit und „nur“ 12 von ihnen IM waren. Nach ihrer Rückkehr wurden aber 74 von ihnen überprüft sowie 27 befragt und zur Berichterstattung aufgefordert.[37] Die oben genannten Zahlen wurden von der Leitung der ungarischen Spionageabwehr ausdrücklich als mangelhaft und nicht ausreichend beurteilt und es wurde festgestellt, dass man „die operative Möglichkeiten auf dieser Linie besser ausnutzen sollte“. Trotz der wenigen inoffiziellen Quellen, die zur Verfügung standen, wurde die unten zitierte Festellung fast in jedem Bericht wiederholt, auch in jenem vom April 1962, in dem man die Zahlen zur unzureichenden „operativen Tätigkeit“ aufgelistet hatte. Dadurch wurde als erster Schritt die „feindliche Tätigkeit“ festgestellt und dann, um diese nachzuweisen, ein IM-Netz aufgebaut, von dem man die entsprechenden Informationen zu bekommen hoffte:

> Trotz unserer mangelhaften operativen Arbeit unter den Schwaben ist festzustellen, dass die Hauptrichtung ihrer illegalen Tätigkeit die gegnerische Propaganda, die Spionage und in geringerem Maße die illegale Einfuhr von Waren ist.[38]

Die inaktiven IM, die zu ihren Verwandten in die Bundesrepublik gefahren waren, wurden auch über die Fahrt selbst befragt, wie zum Beispiel im Fall von IM „Kerék“, der im Dezember 1963 aus Ungarn mit der Bahn nach München reiste:

> Die schwäbische Frau hat sich aktiv über die Lage in Ungarn erkundigt, ob man als Besucher einreisen dürfe, ob es überhaupt was zum Essen gäbe, und wenn sie wollte, ob sie sie nach Deutschland zurückfahren lassen würden.[39]

---

36 Die sogenannten „gesellschaftlichen Kontakte“ der ungarischen Staatssicherheit waren keine schriftlich verpflichteten inoffiziellen Mitarbeiter, sie haben aber aufgrund ihrer Arbeitsstelle oder Position die Tätigkeit der Staatssicherheit unterstützt sowie Informationen übermittelt. Vgl. István Orgoványi: Az állambiztonsági szervek hálózaton kívüli kapcsolatai [Die Kontakte der Staatssicherheit außerhalb des IM-Netzes]. In: Gergő Bendegúz Cseh, Imre Okváth (Hgg.): A megtorlás szervezete. A politikai rendőrség újjászervezése és működése, 1956–1962 [Die Institution der Vergeltung. Die Neustrukturierung und das Funktionieren der politischen Polizei, 1956–1962]. Budapest 2013, S. 495–500.

37 ÁBTL 3.2.5. O-8-121. Az NSZK-ban működő ellenséges sváb szervezetek [In der BRD bestehende feindliche Organisationen der Schwaben], Teil I./1., Bl. 67.

38 Ebenda, Teil I./1., Bl. 77: „A svábság körében végzett állambiztonsági munkánk hiányosságai ellenére is megállapítható, hogy illegális tevékenységüknek fő iránya az ellenséges propaganda, a hírszerzés, és kisebb mértékben a csempészés.“

39 Ebenda, Teil I./2, Bl. 119: „A sváb asszony nagyon érdeklődött, hogy mi a helyzet Magyarországon és lehet-e látogatóba jönni, van-e ennivaló egyáltalán, meg ha akar, visszaengednik-e Németországba.“

Im dritten Teil der Objektakte *Feindliche Organisationen der Schwaben in der BRD* sind Angaben über wahrscheinlich nicht alle, aber beeindruckend viele IM bzw. Hinweise über ihre Reisen zu ihren Verwandten in der Bundesrepublik Deutschland aufzufinden, wie zum Beispiel Konzepte zur Einweisung von ausreisenden IM oder die Zusammenfassung ihrer Berichte nach der Rückkehr. Anhand dieser Angaben ist es möglich, folgende Daten zu aus- und einreisenden inoffiziellen Mitarbeitern unter den ungarndeutschen „Verwandtenbesuchern“ zusammenzustellen: Im Jahr 1964 wurden 23 Berichte von IM, die zu Verwandtschaftsbesuchen in die Bundesrepublik gefahren waren, an die Zentrale der Hauptabteilung III/II. des Innenministeriums eingesandt. Im Jahr 1967 waren es 75 IM-Berichte und 1968 wurden 67 Pläne von IM-Einweisungen für die Ausreise zur Überprüfung und Genehmigung übermittelt, aber es liegen nur 29 Berichte über die durchgeführten Besuchsfahrten vor.[40]

Anhand dieser Unterlagen haben wir aber nur von jenen inoffiziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Kenntnis, deren Berichte bzw. Einweisungen oder Beurteilungen vor oder nach ihrer Reise in die Bundesrepublik nach Budapest an die Hauptabteilung III/II. für Spionageabwehr des Innenministeriums eingesandt und in dieser Objektakte abgeheftet wurden. Es fällt auf, dass gerade aus solchen Komitaten, in denen eigentlich die größten ungarndeutschen Gemeinden liegen, verhältnissmäßig wenig Unterlagen eingeschickt worden sind, wie zum Beispiel aus den Komitaten Baranya und Tolna. Unabhängig davon können wir aber mit großer Sicherheit feststellen, dass in dieser Zeit weitere inoffizielle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter den Ungarndeutschen tätig waren. Darüber hinaus haben auch Personen, die nicht der Mindernheit zuzuordnen sind, Berichte über Ungarndeutsche verfasst, sodass mehr Einweisungen und Berichterstattungen stattgefunden haben, als anhand der gesammelten Unterlagen aus der dreibändigen Objektakte verifiziert werden können.

Die einzelnen Berichte über die Verwandtschaftsbesuche gleichen sich oft fast wortwörtlich oder sind buchstäblich identisch bzw. folgen einem Schema. Sie beschreiben die Bahnfahrt, die Zollkontrolle, die Lebensverhältnisse der Verwandten und Nachbarn sowie Treffen mit weiteren Ungarndeutschen in der Bundesrepublik. Die Fragestellungen an die Ausreisenden waren auf gezielte Informationen gerichtet, zum Beispiel wie die offizielle Anmeldung nach ihrer Ankunft verlief, ob sie registriert wurden, ob sie ihre Reisekosten zurückerstattet erhielten oder ob sie von den Behörden bzw. von einem der Vertriebenen besonders gründlich zu ihren Lebensbedingungen in Ungarn

40 Ebenda, Teil III.

befragt wurden. Sie sollten auch detailiert über Treffen von Vertriebenen, etwa über Schwabenbälle, Heimattreffen, Wallfahrten, anwesende Personen und dort gehaltene Predigten berichten.

Nur in zwei Komitaten – Békés und Fejér – wurden gezielt Objektakten mit dem Titel *Verwandtenbesucher*[41] bzw. *Westdeutsche Linie der Aus- und Einreisenden auf dem Gebiet des Bezirkes von Mór* (dt. Moor) *und Sárbogárd* (dt. Bochart)[42] angelegt, in denen sowohl allgemeine Daten zur Anzahl der Ein- und Ausreisenden aufgelistet und ausgewertet als auch einzelne Beispiele oder Berichte zusammengestellt sind. Die Akten wurden im Komitat Fejér 1965, im Komitat Békés 1969 angelegt, wobei auch frühere Berichte und Zusammenfassungen mit aufgenommen wurden.

Die „Verwandtenbesucher" wurden aber nicht nur als Reisende, sondern auch vor Ort, in den ungarndeutschen Gemeinden, von dort lebenden ungarndeutschen oder ungarischen inoffiziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern staatssicherheitlich kontrolliert. Diese haben meistens über mehrere Personen oder Personengruppen in ihrer Umgebung berichtet, zum Beispiel die inoffizielle Mitarbeiterin „Csilla", die in den 1960er-Jahren parallell über die Geistlichen und über die Ungarndeutschen in Ceglédbercel (dt. Berzel) im Komitat Pest Berichte geschrieben hat. Sie sind alle sehr ähnlich, typisch sind etwa folgende Formulierungen:

> Bericht über diejenigen Bewohner von Ceglédbercel, die am häufigsten zu ihren Verwandten in die BRD reisen. Frau K. […] hat im vorigen Jahr 3–4 Monate draußen[43] verbracht. Sie hat ein Auto mitgebracht, das sie von ihrer in der BRD lebenden Großmutter bekommen hat, die aber zurzeit schon zurückgesiedelt ist. Sie besitzt eine prachtvoll eingerichtete Wohnung mit vier Zimmern, Ölofen, Fernsehapparat, mehrere Radios, Staubsauger, Kühlschrank, Auto. Arbeitsstelle hatte sie bisher gar keine, jetzt ist sie Chefköchin in einem Ferienort der MÁV.[44]

41 ÁBTL 3.2.5. O-8-121. NSZK Rokonlátogatók [BRD-Verwandtenbesucher].

42 ÁBTL 3.1.5. O-17243/4. Ny-német vonal, ki- és beutazók móri és sárbogárdi járás területére [West-deutsche Linie der Aus- und Einreisenden auf dem Gebiet des Bezirkes von Mór und Sárbogárd].

43 D. h. in der Bundesrepublik Deutschland.

44 ÁBTL 3.1.2. M-30281, „Csilla", Bl. 23: „Jelentés azokról a ceglédberceli lakosokról, akik a legtöbbet járnak az NSZK-ba rokonaikhoz. K. Gyuláné […] Az elmúlt évben két ízben töltött kinn 3-4 hónapot. Autót hozott magával, melyet kint élő, de azóta hazatelepült nagyanyjától kapott. Négy szobás fényűzően berendezett lakása van. Olajkályha, televíziós készülék, rádiók, porszívó, hűtőszekrény, autó. Munkahelye: eddig nem volt, jelenleg konyhafőnök a MÁV egyik üdülőjében." MÁV: Magyar Államvasutak, Ungarische Staatsbahnen.

Aus demselben Bericht können wir weitere Informationen über die Reisegewohnheiten und Lebensverhältnisse der Ungarndeutschen erfahren:

> Frau H. […] hat 1963 sechs Monate in der BRD, in Schorndorf, verbracht. Sie hat Ölofen und Kühlschrank mitgebracht. Daneben noch viele weitere Kleinigkeiten, die sie hier verkaufte.[45]

In einem späteren Bericht wird über die Anreise von in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Verwandten berichtet:

> Vor einigen Tagen ist sein Bruder, S. F., aus der BRD mit seiner Frau und Tochter angekommen. Sie wohnen in Weiblingen [sic!] in der BRD. Sie sind mit einem wunderschönen Wagen angereist.[46]

Aus ihren Berichten ist darauf schließen, dass „Csilla“ in der örtlichen Verwaltung im Gemeinderat gearbeitet hat. So berichtet sie im März 1965 unter anderem interne Informationen aus dem Amt:

> Mit dem Nahen des Frühlings wurde mit der „Volkswanderei“ angefangen. Einer nach dem anderen reichen die Leuten, die sich eine Ausreise in die BRD wünschen, ihre Anträge beim Rat ein. Es sind zurzeit auch mehrere draußen […].[47]

Typisches Thema der Berichte ist der Kauf bzw. die Schenkung eines Pkws, der in den 1960er-Jahren in ungarischen Dörfern tatsächlich als ein außerordentliches Privileg auffiel, da sich auf dem Land meistens nur der Arzt und der Tierarzt ein Automobil leisten konnten und ein Dienstwagen nur für den Ratsvorsitzenden und für den Vorsitzenden der LPG zur Verfügung stand:

> Im Monat September hat auch Frau E. […] einen PKW von ihren in der BRD lebenden Eltern bekommen. Der Wagen wurde persönlich von den Eltern mitgebracht, sie sind drei Tage lang geblieben.[48]

45 Ebenda: „H. Pálné […] 1963-ban hat hónapot töltött Schorndorfban. Olajkályhát, hűtőszekrényt hozott magával. Ezenkívül sok apróságot, melyet idehaza értékesített.“

46 Ebenda, Bl. 52: „Néhány napja érkezett meg az NSZK-ból testvére, S. F. feleségével és kisleányával. Az NSZK-ban Weiblingenben laknak. Egy gyönyörű személygépkocsival érkeztek.“

47 Ebenda, Bl. 92: „A tavasz közeledtével megkezdődött a ‚népvándorlás‘. Egymás után adják be az Nszk-ba utazni kívánkozók kérelmüket a tanácshoz. Jelenleg is többen vannak kinn, […]“.

48 Ebenda, Bl. 116: „Szeptember hónapban személygépkocsit kapott E. Jánosné […] is az NSZK-ban élő szüleitől. A kocsit a szülők személyesen hozták el és három napig tartózkodtak itt.“

Über eine ähnliche Situation berichtet IM „Csilla“ einige Wochen später:

> Eines Tages, als ich nach Hause ging, traf ich die Tochter von Frau K., namens É., und wir unterhielten uns. Sie erzählte, dass ihre Mutter vor Kurzem aus der BRD angekommen sei und einen wunderbar schönen Wagen mitgebracht habe, der 3.000 DM gekostet hätte, aber die Mutter habe ihn geschenkt bekommen.[49]

Militärspionage in der Speisekammer: Der Fall János Tófalvi

Die Unterlagen zum Fall von János Tőfalvi, geborener Johann Teichter,[50] bilden ein Musterbeispiel für einen Spionagefall, in dem ein Ungarndeutscher einen in Deutschland lebenden Verwandten besuchte. Tőfalvi war aber nicht durch gründliche Ermittlungen verdächtig geworden, sondern durch einen eigenen Fehler: Er hatte einen Offizier aus seinem Bekanntenkreis darauf angesprochen, ob er ihm Informationen über die ungarische Streitkäfte gegen Geld, das heißt Westmark, liefern könne, der wiederum diesen Vorfall dann gleich der Polizei meldete. Der Offizier war – den Anweisungen des BM folgend – mit Tőfalvi in Kontakt geblieben, um weitere Beweismittel gegen ihn zu sammeln.[51]

Allerdings kann anhand der überlieferten Unterlagen nicht festgestellt werden, ob es sich bei diesem Fall aus dem Jahr 1964 um eine konstruierte oder um eine wirkliche Spionagetätigkeit handelte.[52] Die Berichte und Zusammenfassungen zur Beobachtung und Kontrolle seiner Umgebung, seiner Familie, seines Bekanntenkreises sowie seiner angeblichen Spionagetätigkeit erscheinen dem heutigen Leser als absurd und übertrieben. Die Fotos von seiner Festnahme lassen darauf schließen, dass der alte Mann kaum Gemeinsamkeiten mit einem wirklichen militätischen Spion haben konnte.[53]

---

49 Ebenda, Bl. 126: „Egyik nap hazafelé menet össze találkoztam K. Gyuláné Éva nevű kisleányával s beszélgetni kezdtünk. Elmondta, hogy nem régen jött haza édesanyja az NSZK-ból és hozott egy gyönyörű szép kocsit. 3000 márka lett volna, de anyuka úgy kapta ajándékba.“

50 János Tőfalvi (Johann Teichter) wurde 1904 in Vecsés geboren, wo er auch bis die 1960er-Jahre wohnhaft war. In den Unterlagen wurden seine Eltern als Kulaken, er selber als Angestellter eingestuft. Er arbeitete als Kraftfahrer bei den örtlichen Wasserwerken, besaß ein Einfamilienhaus mit zwei Zimmern und hatte zwei minderjährige Kinder. Tőfalvi war ungarischer Staatsbürger sowie ungarischer Nationalität, obwohl seine Schwester und ihr Ehemann als „Schwaben“ 1947 in die amerikanische Besatzungszone zwangsumgesiedelt worden waren. Vgl. ÁBTL 4.1. A-1319 Tőfalvi János kémügye [Spionagefall János Tőfalvi] Bl. 8.

51 Ebenda, Bl. 30/2.

52 Vgl. ÁBTL 3.1.5. O-12277 Tőfalvi Teichter János; ÁBTL 3.1.9. V-151007/1. und 2. Tőfalvi János; ÁBTL 4.1. A-1319 Tőfalvi János kémügye [Spionagefall János Tőfalvi]. ÁBTL 4.9. F-21. Havi 200 márkáért [Für monatlich 200 D-Mark].

53 ÁBTL 4.1. A-1319 Tőfalvi János kémügye [Spionagefall János Tőfalvi], Bl. 2–18.

Es ist schwer vorstellbar, dass ein alter Bauer, der Beweise seiner Spionagetätigkeit in der Speisekammer hinter dem Eingemachten versteckt haben soll und dessen Handschrift der eines sechsjährigen Kindes ähnelt, tatsächlich eine ernsthafte Gefahr für die UVR und die Warschauer-Pakt-Staaten dargestellt hat, indem er militätische Geheimnisse ausspähte und an die Bundesrepublik Deutschland bzw. an den BND weiterreichte. Der Fall ähnelt einem klassischen Schauprozess aus den 1950er-Jahren. Tőfalvi wurde in einem für die Öffentlichkeit zugänglichen Prozess von der Obersten Militärischen Staatsanwaltschaft[54] zur Beschlagnahme seines Eigentums und zu elf Jahren Haft verurteilt, wobei er 1971, nach sieben Jahren, wegen guter Führung auf Bewährung entlassen wurde.[55]

Die minutiös angelegten Unterlagen, die gründlich vorbereiteten Maßnahmepläne, die Festnahme und Untersuchung, das Sammeln der Beweise lassen auf ein professionell arbeitendes Staatssicherheitsorgan und auf einen professionell vorbereiteten Fall schließen. Die interessanteste von den Unterlagen ist eine höchstwahrscheinlich nachträglich zusammengestellte und gebundene Akte, praktisch ein Lehrbuch für interne Zwecke. Anhand dieser Form ist zu vermuten, dass der Fall Tőfalvi nicht einfach nur in der Sachablage des Staatssicherheitsdienstes landete, sondern auch als Beispielfall für die interne Schulung hauptamtlicher Offiziere der ungarischen Staatssicherheit diente[56] – genauso wie ein Lehrfilm, der anhand des Materials gedreht wurde[57]. Die Unterlagen deuten darauf hin, dass für die Untersuchungsorgane der Staatssicherheit (BM III/I. Abteilung) die Umstände, wie und wo der alte ungarndeutsche Mann vom BND angeworben wurde, sowie die Gegenstände, die bei seiner Festnahme einige Monate später in seinem Haus gefunden wurden, wesentlich wichtiger waren als die angeblich verratenen militärischen Geheimnisse.

Im Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste Ungarns[58] sind mehrere Akten zu diesem Fall zu finden, wobei zuerst eine chronologische Rekonstruktion des Falles bzw. der Untersuchungen gegen Tőfalvi notwendig ist. Als Erstes wurde im Juli 1964 eine sogenannte Objektakte[59] zu seiner Person angelegt, in der alle Informationen gesammelt wurden. Zusätzlich wurde ein Maßnahmeplan für seine Beobachtung erstellt.[60] Aus der Objektakte geht

54 ÁBTL 3.1.5. O-12277 Tőfalvi Teichter János. Bl. 217–218 und Bl. 222–223.
55 ÁBTL 2.2.1. 1972/I./7. Tőfalvi János 10-es karton [Karteikarte Nr. 10. von János Tőfalvi].
56 ÁBTL 4.1. A-1319. Tőfalvi János kémügye [Spionagefall János Tőfalvi].
57 ÁBTL 4.9. F-21. Havi 200 márkáért [Für monatlich 200 D-Mark].
58 Állambiztonsági Szolgálatok Történeti Levéltára, ÁBTL, Budapest.
59 ÁBTL 3.1.5. O-12277. Tőfalvi Teichter János.
60 Ebenda, Bl. 30.

Abb. 1: Laut Akte hatte János Tőfalvi spezielle Tinte und Papier hinter dem Eingemachten in der Speisekammer seines Hauses in Vecsés (dt. Wetschesch) versteckt (ÁBTL 4.1. A-1319 Tőfalvi János kémügye [Spionagefall János Tőfalvi]. Bl. 5).

Abb. 2: János Tőfalvi, geb. Johann Teichter, bei seiner Festnahme vor seinem Haus in Vecsés (ÁBTL 4.1. A-1319. Tőfalvi János kémügye [Spionagefall János Tőfalvi]. Bl. 9).

Abb. 3: Das wichtigste Beweisstück war eine Postkarte aus Schorndorf, die Tőfalvis Schwester ihm mit geheimen Anweisungen des BND zugesandt hatte (ÁBTL 4.1. A-1319, Tőfalvi János kémügye [Spionagefall János Tőfalvi]. Bl. 18).

hervor, dass der am 24. Juni 1964 festgenommene János Tővalvi am 3. April 1964 zu seiner vertriebenen Schwester reiste, die damals mit ihrem Mann in Schorndorf in der Bundesrepublik Deutschland lebte. Der 60-jährige Ungardeutsche wurde – von der ungarischen Staatssicherheit als „beispielhaft“ bezeichnet – im Zug Richtung München von getarnten Mitarbeitern des BND angesprochen, während seines fast zweimonatigen Aufenthalts bei seiner Schwester von Agenten des BND besucht und zur weiteren Zusammenarbeit angeworben.[61] Angeblich soll er sogar zu einer zwölftägigen Ausbildung in ein Hotel bei München gebracht worden sein, wo er über militärische Grundkenntnisse und über Methoden der geheimen Korrespondenz und Nachrichtenvermittlung aufgeklärt wurde. Nachdem Tőfalvi wieder nach Ungarn zurückgekehrt war, hat er angeblich angefangen, militärische Stützpunkte in der Nähe seines Wohnsitzes aufzusuchen. Die zur Anfertigung der Berichte benötigten chemischen Materialien sowie Papier und Tinte soll er hinter dem Eingemachten in der Speisekammer versteckt haben. In der Akte, die als Schulungsmaterial zusammengestellt wurde, sind ausgewählte Fotos

61 Ebenda, Bl. 8.

von den Ermittlungen und der Festnahme zu finden. In den Untersuchungsberichten des Sachverständigen für Chemikalien und des Waffenspezialisten ist zu lesen, dass die als Beweismittel beigefügten Berichte Tőfalvis mit den vorgefundenen chemischen Materialien, der Tinte und dem Spezialpapier *nicht* angefertigt werden konnten.[62]

Der Spionagefall von Tőfalvi lieferte weitere Gründe, die Ungarndeutschen in Ungarn wie in Deutschland weiterhin im Visier der Staatssicherheit zu behalten. Die Unterlagen zeigen, warum die Ungarndeutschen gemäß der Logik der ungarischen Staatssicherheit circa 20 Jahre nach der Vertreibung von 1945 wieder – oder immer noch – als Feinde der Ungarischen Volksrepublik dargestellt und behandelt wurden:

> Die Erfahrungen der durchgeführten Untersuchungen weisen auch darauf hin, dass […] der westdeutsche Nachrichtendienst die aus Ungarn als Verwandtenbesucher in die BRD reisenden Personen als sein sicherlich bestes Agentenkontingent ansieht und unter ihnen seine Agenten auswählt. […] Es ist auch deshalb einfach für den westdeutschen Nachrichtendienst, die in der BRD lebende Verwandtschaft gegen unsere Heimat auszunutzen, weil die Mehrheit dieser Kategorie während des Horthy-Faschismus Mitglied des Volksbundes war. Die Mehrheit der Vertriebenen dieser Kategorie, sowohl als Einzelne wie auch als Gruppe, hält die Vertreibung für ungerecht und verkündet bei jeder Gelegenheit ihre negative Meinung über unsere Heimat. Wegen des Verlusts ihrer hinterlassenen Güter werden ihre feindlichen Gefühle gegen unsere Heimat durch den militärischen und revanchistischen Geist der BRD noch weiter verstärkt.[63]

In der Auswertung des Falles wird folgende Feststellung gemacht, die auch die Notwendigkeit der Organisation eines IM-Netzes und weiterer Maßnahmen sowie die bisherige Tätigkeit der Staatssicherheit untermauern soll:

> Die Erfahrungen der bisher untersuchten westdeutschen Spionagefälle verpflichten das Innenministerium und unsere Abwehrorgane, in Zukunft die Tätigkeit des westdeutschen Nachrichtendienstes und die nach bzw. aus West-Deutschland in die UVR einreisenden Personen noch aktiver zu überwachen.

62 ÁBTL 4.1. A-1319. Tőfalvi János kémügye [Spionagefall János Tőfalvi]. Bl. 29/3.

63 Ebenda, Bl. 30/10: „Továbbá az ügyben lefolytatott vizsgálat tapasztalatai utalnak arra is, […] hogy a nyugatnémet hírszerzés legbiztosabb ügynöki kontingensének tartja a Magyarországról az NSZK-ba rokonlátogatásra kiutazó személyeket és ezek közül választja ki ügynökeit. […] Az NSZK-ban élő rokonság hazánk elleni felhasználása azért is könnyű a nyugatnémet hírszerző szerveknek, mert e kategória többsége a Horthy-fasizmus alatt tagja volt a Volksbundnak. E kategória kitelepített tagjainak nagy része, egyénileg és közösen is jogtalannak tartja a kitelepítést és hazánkkal szembeni ellenséges érzületeket, ahol lehet ott nyilvánítják ki. Itt maradt javaik elvesztése miatt hazánk elleni ellenséges érzületüket még csak fokozza az NSZK-ban felülkerekedett militarista, revansista szellem."

> Im Interesse der Vorbeugung müssen wir die Aufklärungsarbeit in solchen Gebieten des Landes verstärken, in denen die Minderheit deutscher Nationalität lebt, deren Mitglieder massenhaft in die BRD zu Verwandtenbesuche reisen.[64]

Die Untersuchungsabteilung der Staatssicherheit (BM III/I.) stellte eine Zusammenfassung der bekannt gewordenen Spionagefälle zwischen 1964 und 1968 zusammen.[65] Aus dem Bericht geht es hervor, dass in fünf Jahren 87 Fälle in der Ungarischen Volksrepublik aufgedeckt, aber nur in 74 Fällen auch ein Verfahren gegen die Täter eingeleitet wurde. In 14 Fällen ging es um einen von einem „gegnerischen Nachrichtendienst“ – in drei Fällen vom BND – angeworbenen Spion. Insgesamt waren neun Spione aktiv tätig, 1964 war János Tőfalvi der einzige.[66] Wenn wir diese Zahlen den oben zitierten Feststellungen aus der Untersuchungsakte von Tőfalvi gegenüberstellen, zeigt sich, wie groß bzw. wie klein die tatsächliche Gefahr der Spionagetätigkeit des BND bzw. der von ihm angeworbenen Ungarndeutschen war.

Abschlussbemerkungen

Ein Staatssicherheitsdienst ist immer darauf ausgerichtet, Feinde der bestehenden Staatsmacht aufzuspüren und sie zu bekämpfen. Als bürokratischer Apparat ist er auf Wachstum und dadurch auf immer neu definierte Feindbilder, neue Gegner und Aufgabenstellungen angewiesen – was auch den allgemeinen staatlichen Interessen einer Diktatur, die einem der zwei sich gegenüberstehenden Blöcke des Kalten Krieges angehörte, entspricht. Die Akten der ungarischen Staatssicherheit über die Ungarndeutschen aus den 1960er-Jahren zeigen, wie ein altes Feindbild aus der zweiten Hälfte der 1940er- und Anfang der 1950er-Jahre, nämlich das Bild der „Schwaben“,[67] wieder ins

64 Ebenda, Bl. 30/10–11: „Az eddig vizsgált nyugatnémet kémügyek tapasztalatai a Belügyminisztérium szerveit arra kötelezik, hogy a jövőben elhárító szerveink még fokozottabban kisérjék figyelemmel a nyugatnémet hírszerzőszervek tevékenységét, az NSZK-ba és onnan a Magyar Népköztársaság területére érkező személyeket. A megelőzés érdekében erőteljesebb felvilágosító tevékenységet kell kifejteni hazánk azon terüeltein, ahol német nemzetiségű kisebbségek laknak és tömegével utaznak rokonlátogatásra az NSZK területére.“

65 ÁBTL 4.1. A-1353/2. Jelentés az 1964. január 1-től 1968. december 31-ig terjedő időszakban vizsgált kémkedési ügyek tapasztalatairól [Bericht über die Erfahrungen der untersuchten Spionagefälle im Zeitraum vom 1. Januar 1964 bis zum 31. Dezember 1968].

66 Ebenda, Bl. 5–9.

67 Gerhard Seewann: Politikai tisztogatás Magyarországon a második világháború után. Franz Basch népbírósági pere [Politische Säuberung in Ungarn nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Volksgerichtsprozess von Franz Basch]. In: György Gyarmati u. a. (Hgg.): Bűnbak minden időben. Bűnbakok a magyar és az egyetemes történelemben [Sündenböcke jeder Zeit. Sündenböcke in der ungarischen und in der Weltgeschichte]. Pécs, Budapest 2013, S. 386 und S. 389.

Leben gerufen wurde. Die Ungarndeutschen wurden von der Staatssicherheit als gegnerisch und gefährlich eingestuft, was aber viel mehr für die Konstruktion eines Feindbildes spricht als für eine „gegnerische Tätigkeit" seitens der Vertriebenen sowie seitens der Bundesrepublik. Die Unterlagen berichten über die Konstruktion von Fällen und des Feindbildes, nicht aber über wirkliche Aktivitäten des westdeutschen Nachrichtendienstes und seiner Zuträger.

Die Akten über die Beobachtung der Ungarndeutschen bilden eine wichtige Quellen zur Geschichte der Ungarndeutschen sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in Ungarn nach ihrer Vertreibung, und zwar nicht nur hinsichtlich ihrer Verbände, Organisationen, Presseerzeugnisse usw., sondern auch ihrer Lebensverhältnisse, also ihrer Sozialgeschichte. Darüber hinaus tragen die Staatssicherheitsakten zur Orts- und Familiengeschichte bei und können auch Angaben zur Kirchen-, Kultur- und Wirtschaftsgeschichte sowie zur Volks- und Heimatkunde enthalten. Die in den Akten aufbewahrten privaten Briefe und Fotos bilden einen besonderen Teil dieses Quellenmaterials, da sie nicht unabhängig von den staatssicherheitlichen Dokumenten zu analysieren sind. Als historische Quellen sagen sie generell viel über die Geschichte, die Sozialgeschichte und das Alltagsleben der Ungarndeutschen nach der Vertreibung aus. Aber sehr viel mehr sagen diese Quellen über den Staatssicherheitsdienst selbst aus: über die Konstruktion von Fällen, Linien, Legenden, Gegnern, Diversionen – und von Feindbildern.

Geschichtspolitische Beeinflussung des Auslands durch die Securitate

WILLIAM TOTOK

Im Jahr 2000 veröffentlichte die *Neue Kronstädter Zeitung* ein langes Interview[1] mit Friedrich (Fritz) Sigmund Cloos (geboren am 1. Mai 1909 in Kronstadt, rum. Braşov, gestorben am 3. Mai 2004 in Waakirchen),[2] in dem er als Zeitzeuge befragt wurde. Darin stellt er sich als Kämpfer für die Ideale der Sozialdemokratie und Menschenfreund dar, dem es ausschließlich um das Wohl seiner rumäniendeutschen Landsleute ging, denen er als Mitglied im Flüchtlings- und Vertriebenenbeirat der SPD helfen wollte, in die Bundesrepublik Deutschland auszureisen. Ferner behauptet er, nach seiner Ausreise in die Bundesrepublik 1961 jegliche Ämter innerhalb der Landsmannschaft nur deshalb abgelehnt zu haben, weil er diese Organisation wegen seiner früheren politischen Tätigkeit vor „Anfeindungen" bewahren wollte. Seine Tätigkeit innerhalb der NS-Bewegung und seine Propagandaarbeit in den Reihen der rumäniendeutschen Bevölkerung in den 1930er- und 1940er-Jahren schildert der zum Zeitpunkt des Interviews 91-jährige Cloos als das Ergebnis einer zeitweiligen Verblendung. Die Einreihung junger rumäniendeutscher Männer in die Waffen-SS sei ausschließlich eine Initiative des Berliner NS-Regimes gewesen und deshalb nicht als freiwilliger Akt der Betroffenen einzuschätzen. Im Vergleich zu der von Hitler geführten Schwesterpartei im Deutschen Reich bezeichnet er die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei der Deutschen Volksgruppe in Rumänien (NSDAP der DViR) als tolerant und leugnet deren rassistische und antisemitische Ausrichtung. Er widerspricht dabei kategorisch den in „einigen Darstellungen" geäußerten gegenteiligen „Behauptungen", es habe bei den Siebenbürger Sachsen so etwas wie Antisemitismus gegeben:

1 Ewald Lingner: „Die Stärke der Demokratie ist die starke Persönlichkeit". Der 91-jährige Friedrich Cloos blickt auf das 20. Jahrhundert zurück. In: *Neue Kronstädter Zeitung*, Folge 1, 25. März 2000, S. 3.

2 Vgl. Todesanzeige. In: *Siebenbürgische Zeitung* [im Folgenden abgekürzt: *SbZ*], Folge 8, 20. Mai 2004, S. 31.

> Solche Darstellungen sind *glatter Unfug* und beleidigen die Menschen, denen sie gelten. Es gibt für das genaue Gegenteil eindrucksvolle und unzählige Beweise. Man denke nur an den Plan der Plünderung jüdischer Geschäfte in Mediasch durch rechtsradikale rumänische „Legionäre" im Jahre 1940, an die geplante Verhaftung der Juden in Schässburg – beides wurde von Siebenbürger Sachsen verhindert, die sich demonstrativ und mit Erfolg vor die Juden dieser Städte stellten. Das alles ist dokumentiert. Aber *es entspricht dem heutigen Modetrend*, diese Dinge auf den Kopf zu stellen. Wer sich unter siebenbürgischen Juden umhört, wird ein anderes Bild gewinnen. Die berüchtigten Judendeportationen in Nordsiebenbürgen geschahen nicht auf Anweisung irgendwelcher siebenbürgisch-sächsischer Führungsstellen. […] Es ist *schlechtester Stil und außerdem charakterlos*, um eines *Modeklischees* willen mit historischen Fakten willkürlich umzugehen.[3]

Jenseits biografischer Legenden

Diese Behauptungen stellte also jemand auf, der 1932 – nach der Gründung der Nationalsozialistischen Selbsthilfebewegung der Deutschen in Rumänien (NSDR) von Fritz Fabritius – die Führung der Selbsthilfe Arbeitsmannschaft (S.A.) übernommen hatte. 1934 folgte eine weitere Etappe in seiner Karriere: die Ernennung zum Gaujugendführer und ein Jahr später zum Chef der Deutschen Jugend (DJ) in Rumänien.

Aus taktischen Gründen änderte Fabritius 1933 den Namen seiner Organisation in Nationale Erneuerungsbewegung der Deutschen in Rumänien (NEDR). Im darauffolgenden Jahr wurde die Bewegung zusammen mit allen anderen rechtsextremistischen Parteien in Rumänien verboten. Eine radikale Fraktion hatte sich aus der Fabritius-Bewegung abgespalten und 1935 die Deutsche Volkspartei in Rumänien (DVR) gegründet, in der Fritz Cloos eine Schlüsselrolle einnahm. In dieser Zeit hielt er sich wiederholt in Deutschland auf, wo er sich nicht nur mit allen Eigenheiten der nationalsozialistischen Ideologie vertraut machte, sondern auch als inoffizieller Mitarbeiter des Nazigeheimdienstes angeworben wurde.[4] Im September 1940 wurde schließlich der von Berlin erzwungene Zusammenschluss aller deutschen Organisationen unter der Führung der totalitären NSDAP der DViR vollzogen, deren regionaler Chef Andreas Schmidt (1912–1948) war. Dies war für Fritz Cloos gleichbedeutend mit einem weiteren spektakulären politischen Karrieresprung innerhalb der NSDAP und kulminierte in seiner

3 Lingner: „Die Stärke der Demokratie", S. 3. Hervorhebungen durch den Autor.
4 Ausführlich in: Raport [Bericht] vom 13. März 1956. In: ACNSAS, SIE 2732, vol. 1, Bl. 2–12; Referat vom 20. Juni 1960. Ebenda, Bl. 18–31.

Ernennung zum Führer der Deutschen Arbeiterschaft Rumäniens (D.A.R.), die etwa 20.000 Mitglieder zählte.[5]

Auf einer Versammlung der D.A.R. in Reschitz (rum. Reșița, „Gebiet Bergland") im Jahr 1944 hielt Cloos eine seiner berüchtigten kriegstreiberischen Reden, in die er sämtliche Klischees der nazistischen Hasspropaganda einfließen ließ:

> Eines steht fest. Die Juden wissen seit 2000 Jahren, was sie wollen. In den letzten zwei Jahrhunderten sind sie ihrem politischen Ziel, die Beherrschung der Welt, in Riesenschritten näher gekommen. Nun geht es um die Entscheidung. Die von Juden gelenkten demokratisch-plutokratischen Länder und Völker leisten Vorspanndienste für den internationalen Sowjetstaat, der in dieser Auseinandersetzung die Rolle des aktiven Stoßtrupps übernommen hat und angeblich die Proletarier aller Länder vereinigen will, um sie zu erlösen. […] Am Anfang und am Ende dieser Weltpest steht der Jude. Es gibt und gab keine Revolution auf dieser Welt und in keinem Land der Erde, wo dieses Element der Zersetzung seine schmutzigen Finger nicht im Spiel und seine eigenen Interessen nicht vor Augen gehabt hätte.[6]

In seiner Eigenschaft als Ostfrontkorrespondent der *Südostdeutschen Tageszeitung*[7] veröffentlichte Cloos zahlreiche Artikel, in denen er den gegen die Sowjetunion geführten Eroberungs- und Vernichtungskrieg des Dritten

5 Johann Böhm: Die Gleichschaltung der Deutschen Volksgruppe in Rumänien und das „Dritte Reich". 1941–1944. Frankfurt am Main 2003, S. 66.

6 Die Rede ist abgedruckt in der *Südostdeutschen Tageszeitung* vom 14. April 1944, S. 3, und wird ausführlich zitiert in: Johann Böhm: Hitlers Vasallen der Deutschen Volksgruppe in Rumänien vor und nach 1945. Frankfurt am Main 2006, S. 149–151. In diesem Band veröffentlichte Böhm auch eine biografische Skizze zu Fritz Cloos (S. 142–160). Zum Begriff der „Weltpest": „Die Erkenntnis der Gefahr der jüdischen Weltpest in weiteste Kreise unseres geeinten Volkes zu tragen, ist der Zweck dieses Buches", schrieb Hermann Esser im Vorwort einer seiner antisemitischen Schriften, aus der sich Cloos inspiriert haben könnte (vgl. Hermann Esser: Die jüdische Weltpest. Judendämmerung auf dem Erdball. München 1939). „In jede Dachkammer und bis in den letzten Winkel Großdeutschlands muß deshalb die Erkenntnis dringen, daß der Jude seit Anbeginn eine Weltpest war, sie durch Jahrhunderte geblieben ist und immer sein wird", hetzt Esser in seinem Buch (vgl. das 1. Kapitel: „Grundsätzliches zur Judenfrage"), in dem er die Juden – wie Cloos – bezichtigt, marxistische Agitation zu betreiben, und in ihnen „die Väter des Marxismus und des Bolschewismus" sieht. Übrigens hat Esser sein Buch mit einer Widmung auch dem rumänischen Legionärsführer Corneliu Zelea Codreanu geschickt, der sich in einem überschwänglichen, deutsch verfassten Brief im April 1928 dafür bedankt und ihn ersucht, die Mitglieder der rumänischen Faschistenbewegung „im Krieg" gegen die „jüdischen Schmarotzer" als Kameraden zu betrachten. In: ACNSAS, P 11784, vol. 2, Bl. 26–26v.

7 Das Organ der Deutschen Volksgruppe wurde nach der Gleichschaltung der deutschsprachigen Presse Rumäniens im März 1941 gegründet und entstand aus dem Zwangszusammenschluss des *Siebenbürgisch-Deutschen Tageblatts* aus Hermannstadt (rum. Sibiu) und der

Reiches und seiner Verbündeten rechtfertigte. In seinen Beiträgen benutzte er als Argumente die gesamte Palette der gängigen NS-Kriegspropaganda. Als Beispiel seien hier auszugsweise einige Sätze aus dem Artikel zitiert, den er im Herbst 1942 unter dem Titel „Kämpfer und politischer Soldat" publiziert hatte und mit den Worten von Clausewitz: „Der Krieg ist die Fortführung der Politik mit anderen Mitteln", einleitete:

> Aus dieser Erkenntnis heraus die letzte Konsequenz zu ziehen, gilt bei diesem totalen Krieg noch mehr als vorher, wo nur Teile eines Volkes oder eines Kontinents angespannt waren, während heute *ganze Kontinente* und vor allem der europäische Kontinent mit seinen Völkern unter deutscher Führung aufgebrochen sind, um über den lebensnotwendigen Raum hinaus ihre ehrwürdige Kultur und eigenständiges Volkstum gegen Volkstod, Materialismus und Judenherrschaft zu sichern. Dieses Bewusstsein, letzten Endes um das höchste zu kämpfen od. fallen zu müssen, gibt jedem einzelnen unserer großen Armee hier an der Ostfront *die innere Kraft*, alle Entbehrungen schweigend zu ertragen, mit höchster Tapferkeit sich selbst zu überwinden und den Gegner zu schlagen; diesen Feind, dem unter jüdischer Führung die Idee einer Weltrevolution und eines sozialen Trugbildes eingeimpft wurde. […] Noch nie in der Weltgeschichte sind solche Riesenarmeen in solch krassem Gegensatz ihrer weltanschaulichen und politischen Zielsetzung gegenübergestanden. Noch nie trat aber auch die Einheit von militärischer und politischer Führung so offensichtlich zu Tage. In dem Führer *Adolf Hitler* tritt uns diese Verkörperung politischer und militärischer Einheit in ihrer höchsten Vollendung entgegen.[8]

Der 23. August 1944

Mit dem Sturz der faschistischen Diktatur von Ion Antonescu am 23. August 1944 verschwand auch die NSDAP der DViR als Entscheidungsfaktor von der politischen Bildfläche. Um den nun drohenden Verhaftungen zu entkommen, gingen

Banater Deutschen Zeitung aus Temeswar (rum. Timișoara, von den Nazis Temeschburg genannt). Chefredakteur der Zeitung war Alfred Hönig (1900–1984). Nach dem Sturz des mit Hitler verbündeten Bukarester Regimes am 23. August 1944 wurde Hönig verhaftet und in die Sowjetunion deportiert. Nach seiner Entlassung 1949 kam er nach Westdeutschland, von 1957 bis 1970 war er Chefredakteur der *Siebenbürgischen Zeitung* in München, dem Organ der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen in der Bundesrepublik Deutschland. Weitere Einzelheiten in: Mariana Hausleitner: Südostdeutsche Tageszeitung [Rumänien, 1941–1945]. In: Wolfgang Benz (Hg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 6. Berlin, Boston 2013, S. 681f.

8 Fritz Cloos: Kämpfer und politischer Soldat. In: *Südostdeutsche Tageszeitung*, Folge 243, 18. Oktober 1942, S. 3. Hervorhebungen im Original.

einige hochrangige Volksgruppenpolitiker in den Untergrund. Zusammen mit einigen ebenfalls untergetauchten faschistischen Eisengardisten,[9] die nach der Niederschlagung der Rebellion von 1941 ihre Tätigkeit in der Illegalität fortgesetzt hatten, bereiteten sie nun Widerstandsoperationen vor, die gegen die in Rumänien einmarschierte sowjetische Armee gerichtet waren. Unterstützt vom NS-Regime errichtete der Kommandant der Legion, Horia Sima (1906–1993), in Wien eine Exilregierung, der ein rumänischer Kampfverband unterstellt war, der an der Seite Hitlers für den „Endsieg" weiterkämpfen sollte. Sima und seine Anhänger hofften, nach dem Sieg in Rumänien wieder an die Macht zu kommen. Gleichzeitig wurden mehrere Fallschirmgruppen ausgebildet, um im rumänischen Hinterland Terror- und Sabotageaktionen durchzuführen, die im Land verbliebenen Legionäre zu mobilisieren und zu reorganisieren sowie in Guerillaverbänden zusammenzuschließen, die gegen das sowjetische Militär vorgehen sollten. Zu den mit Fallschirmen abgesprungenen Legionären gehörten auch der rumäniendeutsche Volksgruppenführer Andreas Schmidt und der aus dem Banat stammende rumänische Eisengardist Constantin Stoicănescu.[10] Im Februar 1945 sollten beide von ihrer Geheimmission aus Rumänien zurückkehren.[11] Während ihres heimlichen Aufenthalts trafen sie auch Fritz Cloos, der bei dieser Gelegenheit von Schmidt quasi als dessen Stellvertreter eingesetzt und mit der Aufgabe betraut wurde, auch Rumäniendeutsche für den Widerstand gegen die Sowjets zu aktivieren, was in mehreren Dokumenten der Securitate aus dem Jahr 1956 vermerkt ist.[12] In Bukarest wurde eine Kommandozentrale eingerichtet, der auch der rumäniendeutsche SD-Mitarbeiter Roland Gunne[13] angehörte sowie der Legionärskommandant der Region Siebenbürgen, Nistor Chioreanu (1907–1998),[14] und

9 Rum. Garda de Fier, war ab 1930 die politische Speerspitze der 1927 gegründeten Legion des Erzengels Michael, rum. Legiunea Arhanghelul Mihail.

10 Eine der ersten neolegionaristischen Organisationen, die nach 1989 im postkommunistischen Rumänien im Umkreis der von Ovidiu Gulea gegründeten rechtsextremistischen Temeswarer Zeitschrift *Gazeta de Vest* entstanden war, trug den Namen von Constantin Stoicănescu (1908–?). Vgl. William Totok: Nationalismus und Verschwörungstheorien in rumänischen Medien. In: *Südosteuropa Mitteilungen* 2 (2014), S. 35.

11 Siehe u. a. Florica Dobre: Cazul Miskolc [Der Fall Miskolc]. In: *Document. Buletinul Arhivelor Militare Române* 5 (2002) Nr. 1(17), S. 18–22.

12 Vgl. u. a. die Erklärung von Cloos über die Fallschirmspringer vom 22. Februar 1956. In: ACNSAS, SIE 2732, vol. 1, Bl. 361–365.

13 Roland Gunne (1913–2005), SS-Untersturmführer, Mitglied der Leibstandarte Adolf Hitler, SD-Mitarbeiter, 1945 von den Sowjets verhaftet und verurteilt, 1955 entlassen. Sein Vorgesetzter war Kurt Auner (geboren 1914), SS-Hauptsturmführer, Chef des SD-Informationsnetzes in Rumänien (1941–1944). Nach dem Krieg nachrichtendienstliche Tätigkeit in der Organisation Gehlen, später in Bundesnachrichtendienst (BND) umbenannt.

Nicolae Pătrașcu (mitunter auch Petrașcu geschrieben, 1907–1968), dem in seiner Eigenschaft als Generalsekretär der Garde und Stellvertreter von Horia Sima praktisch die Leitung der Inlandslegion übertragen worden war.[15] Cloos wohnte damals die meiste Zeit in einer konspirativen Wohnung in Bukarest, in der sich auch die Chefin der Untergrundorganisation der Legionärsfrauen, Titi Gâță,[16] sowie weitere untergetauchte Personen aufhielten.[17]

14 Cloos berichtete, er habe Chioreanu mit einem Kurier eine Million Lei geschickt, um damit ein Camp für eine Widerstandsgruppe aufzubauen (vgl. ACNSAS, SIE 2732, vol. 1, Bl. 363). Chioreanu wurde 1948 im Rahmen eines spektakulären Schauprozesses zusammen mit elf Mitangeklagten (Alexandru Popp, Ioan Bujoiu, George Manu, Max Auschnitt, Nicolae Mărgineanu, Dimitrie Gheorghe, Alexandru Balș, Horia Macellariu, Gheorghe Bontilă, Nicolae Petrașcu, Eugen Theodorescu) verurteilt und 1964 – anlässlich der Begnadigung politischer Häftlinge – freigelassen. Während seiner Haft gehörte er dem illegal agierenden Gefängniskommando der verhafteten Legionäre an und entwarf zusammen mit seinen Kameraden u. a. das Zukunftsmodell eines ethnisch gereinigten legionaristischen Staates (vgl. Bericht von „Pricop Valeriu" vom 22. August 1961. In: ACNSAS, I 233979, vol. 9, Bl. 55–56; Bericht von „Ionaș Gheorghe" vom 20. Juni 1961. Ebenda, Bl. 163–164; Fișă personală privind pe Nistor Chioreanu [Personalbogen von Nistor Chioreanu], undatiert, wahrscheinlich 1961. In: ACNSAS, I 233979, vol. 8, Bl. 25–29). Während der Gespräche vertrat er die Naziidee, die „parasitären Juden" nach Madagaskar auszuweisen (vgl. Bericht von „Constantin Păduraru" vom 21. September 1959. Ebenda, vol. 10, Bl. 144). Der Vorschlag einer Zwangsumsiedlung der Juden nach Madagaskar wurde ursprünglich 1885 von Paul Anton de Lagarde (1827–1891) formuliert und später auch von den Nazis (u. a. vom Chefideologen der NSDAP, Alfred Rosenberg) aufgegriffen (vgl. Paul de Lagarde: Deutsche Schriften, ausgewählt und eingeleitet von Wilhelm Rössle. Jena 1944, S. 435. [die erste Auflage der *Deutschen Schriften* ist 1878 erschienen und wurde fortlaufend ergänzt]; Alfred Rosenberg: Tradition und Gegenwart. Reden und Aufsätze 1936–1940. Bd. 4: Blut und Ehre. Herausgegeben von Karlheinz Rüdiger. München ^{3}1941, S. 221). 1993 gründete Chioreanu zusammen mit Altlegionären und ehemaligen politischen Gefangenen die rechtsradikale Partei für das Vaterland (rum. Partidul pentru Patrie, PPP), deren Vorsitzender er bis 1995 war. Ehrenvorsitzender der 2012 in Partei alles für das Land (rum. Partidul Totul pentru Țară, PTȚ) umbenannten neolegionaristischen Organisation war bis zu seinem Tod der ehemalige Anführer einer Freischärlergruppe, Ion Gavrilă Ogoranu (1923–2006). In seinen 1992 veröffentlichten Memoiren verschleiert Chioreanu den antisemitischen und terroristischen Charakter der Legion. Darin behauptet er u. a., nicht Juden seien während der sogenannten Legionärsrebellion 1941 an Fleischerhaken im Bukarester Schlachthaus aufgehängt worden, sondern Mitglieder der Eisernen Garde. Außerdem behauptet er, dass während der Rebellion bloß zwei Juden ums Leben gekommen seien, obwohl allgemein bekannt ist, dass während des Pogroms in Bukarest 120 Juden von den rechtsextremistischen Legionären ermordet wurden. Vgl. Nistor Chioreanu: Morminte vii [Lebende Gräber]. Nachwort und herausgegeben von Marius Cristian. Iași 1992, S. 118 und S. 90.

15 In: ACNSAS, SIE 2732, vol. 1, Bl. 371.

16 Cloos war der Meinung, der Name Titi Gâță sei ein Deckname (ebenda, Bl. 364), was allerdings nicht stimmt. Zur Tätigkeit von Titi Gâță siehe: Ilarion Țiu: Istoria Mișcării Legionare. 1944–1968 [Die Geschichte der Legionärsbewegung. 1944–1968]. Târgoviște 2012, S. 51 und S. 80. In postkommunistischen Glorifizierungsschriften rumänischer Neofaschisten wird Titi Gâță als eine „Gefängnisheilige" bezeichnet. Um ihre letzten, bislang unerforschten Lebensjahre ranken sich wilde Spekulationen. Beispielhaft dafür ist der Beitrag:

Die Route des Flugzeugs, das am 9. Februar 1945 in Oradea startete und an dessen Bord sich unter einer falschen Identität Schmidt und Stoicănescu befanden, wurde den Sowjets von einem aus Temeswar stammenden Legionär, Dr. Alexandru Țăranu, übermittelt. Țăranu war zu jenem Zeitpunkt Agent der Sowjets. Das Flugzeug wurde abgeschossen.[18] Stoicănescu und Schmidt wurden verhaftet, in die Sowjetunion gebracht und verurteilt. Beide starben während der Haft, wahrscheinlich 1948.[19] Fritz Cloos, der in dieser Zeitspanne verantwortlich für die organisatorische Leitung der Deutschen Volksgruppe war, sollte nun unter den Rumäniendeutschen willige Personen ausfindig machen, die sich zusammen mit den Legionären an geheimen Widerstandshandlungen beteiligten. Im März 1945 wurde Cloos jedoch in einer konspirativen Wohnung in Bukarest vom sowjetischen Geheimdienst entdeckt, verhaftet, in die UdSSR gebracht und zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt.[20]

Rückkehr aus dem Gefangenenlager (1955)

Das nach dem Tod von Stalin 1953 vom sowjetischen Parteichef Nikita Sergejewitsch Chruschtschow ausgelöste „Tauwetter" sowie die ersten westdeutsch-sowjetischen Kontakte auf höchster Ebene führten nach Konrad Adenauers Moskau-Besuch im Jahr 1955 zu einer leichten Entspannung der vom Kalten

Cezarina Bârzoi, Ionuț Băiaș: Ecaterina Gâță – Pentru că a scuipat-o pe Ana Pauker i-au smuls sânii cu cleștele, au violat-o și omorât-o [Ecaterina Gâță – Weil sie Ana Pauker anspuckte, hat man ihr mit einer Zange die Brüste ausgerissen, sie vergewaltigt und ermordet]. In: *HotNews*, 3. März 2008. Der Beitrag ist im Rahmen einer Artikelreihe erschienen, in der rechtsradikale und legionäre Persönlichkeiten, die Repressalien ausgesetzt waren, als christliche Märtyrer verherrlicht werden, u. a. Ilie Lăcătușu, Valeriu Gafencu, Nicolae Ciolacu, Mircea Vulcănescu, Dumitru Bordeianu, Costache Oprișan, Gheorghe Jimboiu, Spiru Blănaru, Radu Gyr, Vasile Militaru (eigentlich Radu Barda), Virgil Maxim, Traian Brăileanu.

17 1954 erklärte Nicolae Pătrașcu der Securitate bei einer Befragung im Hause von Titi Gâța, in dem sich mehrere Legionäre versteckt hielten, habe man operative Widerstandspläne besprochen. Die Pläne wurden auch von dem Legionärsführer Nistor Chioreanu, dem SD-Offizier Roland Gunne u. a. unterstützt. Vgl. Gheorghe Onișoru: Pecetea lui Stalin. Cazul Vasile Luca [Das Siegel Stalins. Der Fall Vasile Luca]. Târgoviște 2014, S. 218.

18 Einzelheiten dazu in: Dobre: Cazul Miskolc [Der Fall Miskolc], S. 18–22.

19 Weitere Details über diesen Vorfall in: Țiu: Istoria Mișcării Legionare [Die Geschichte der Legionärsbewegung], S. 51–53. Die Behauptung des Autors, Andreas Schmidt sei nach der sowjetischen Gefangenschaft in die Bundesrepublik ausgereist, stimmt nicht (ebenda, S. 52). Schmidt ist in der UdSSR gestorben. Fritz Cloos berichtete, er habe ihn zum letzten Mal in einem Lager getroffen. Damals habe Schmidt ihm auch vom Abschuss des Flugzeugs erzählt sowie von seiner und Stoicănescus Festnahme. Vgl. Erklärung von Cloos über die Fallschirmspringer vom 22. Februar 1956. In: ACNSAS, SIE 2732, vol. 1, Bl. 364.

20 Siehe u. a. Hans Bergel: Zum Tod von Fritz Cloos. Brechungen eines Jahrhunderts. In: *SbZ*, Folge 8, 20. Mai 2004, S. 7.

Krieg überschatteten bilateralen Beziehungen. Die sowjetische Seite zeigte sich bereit, die deutschen Kriegsgefangenen aus dem Zweiten Weltkrieg freizulassen. Die meisten wurden 1955 in die beiden deutschen Staaten entlassen, viele aus Rumänien stammende Gefangene wurden allerdings den Behörden in ihrer alten Heimat überstellt, wo ein Großteil von ihnen für eine kurze Übergangszeit ins Gefängnis von Gherla kam. Unter diesen befand sich auch der frühere SD-Agent[21] und Volksgruppenfunktionär Friedrich (Fritz) Sigmund Cloos.

Während seiner Haft wurde Cloos zuerst in Gherla und danach auch in Bukarest verhört. Die operativen Ergebnisse und Schlussfolgerungen dieser Verhöre – insbesondere über Politiker, hochrangige Personen aus der Volksgruppe und deren Umkreis sowie über seine Tätigkeit für den SD – wurden in zahlreichen Gesprächsprotokollen und Erklärungen festgehalten. In den Erklärungen, die seine Person betreffen, hat Cloos eine autobiografische Legende entworfen, die er in groben Zügen bis an sein Lebensende beibehielt und verbreitete. Er behauptete u. a., er sei bereits 1943 zum Schluss gelangt, der „Hitlerismus" habe „die Arbeiterschaft betrogen". Dies sei der Anlass gewesen, sich von der NS-Ideologie zu distanzieren.[22]

Da die Securitate-Offiziere sich die langjährigen Erfahrungen von Cloos als SD-Mitarbeiter zunutze machen wollten, waren sie daran interessiert, ihn als Agenten anzuwerben und für inoffizielle nachrichtendienstliche Tätigkeiten einzusetzen. Schließlich überzeugten sie ihn, einer inoffiziellen Mitarbeit zuzustimmen. Die Einbindung in das IM-Netz erfolgte nach der eigenhändigen Unterzeichnung der handgeschriebenen Verpflichtungserklärung am 1. April 1956 in Gherla. Der Text enthält einige typische Securitate-Wendungen, die darauf schließen lassen, dass er dem zukünftigen Mitarbeiter diktiert wurde:

> Vom 23. August 1944 an bis zum Datum meiner Festnahme war ich stellvertretender [Leiter] der „Widerstands"-Gruppen aus Rumänien, die ich aufgrund der Direktiven seitens der hitleristischen Kommandantur organisiert hatte. Ich bin mir der schwerwiegenden Taten bewusst, die ich im Laufe meiner Tätigkeit begangen habe und die ich aufrichtig bereue und bin bereit, mich zu rehabilitieren.

21 Der SD (Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS) wurde zusammen mit der Gestapo (Geheime Staatspolizei) sowie der SS (Schutzstaffel) und der NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) im Laufe des Nürnberger Prozesses als kriminelle Organisationen eingestuft.

22 Vgl. u. a.: Referat de propunere de a se aproba trimiterea definitivă a agentului „Mihăilescu Gheorghe" în R.F.G. cu sarcini contrainformative [Referat mit Vorschlägen, den Agenten „Mihăilescu Gheorghe" mit nachrichtendienstlichen Aufgaben zu betrauen und ihn definitiv in die BRD zu entsenden] vom 20. Juni 1960, unterzeichnet vom Chef der Hauptabteilung II (Direcția a II-a), Oberst Isidor Holinger, und dem Chef des Büros, Major Feodor Maximenco. In: ACNSAS, SIE 2732, vol. 1, Bl. 21. In den Akten gibt es verschiedene Schreibweisen des Namens Hollinger, mitunter mit einem l und dann auch mit zwei l.

> […] In meiner Arbeit für die Securitate-Organe der RVR werde ich mich nicht von irgendwelchen Gefühlen leiten lassen und werde jedwede feindselige Tätigkeit melden, unabhängig von der ausführenden Person, seien es Verwandte, ehemalige Untergebene oder Kollegen, mit denen ich in der hitleristischen Zeit politisch zusammenarbeitete. […] Die gesammelten Informationen werde ich schriftlich an die Securitate-Organe weiterleiten und mit dem Namen Lăzărescu Ion, der mein Deckname bei den Securitate-Organen ist, unterzeichnen.[23]

Kurz nach der Unterzeichnung dieser Vereinbarung mit der Securitate wurde Cloos auf freien Fuß gesetzt. Gleich nach seiner Entlassung in die Freiheit setzte auch seine nachhaltige geheime Tätigkeit ein, die darauf konzentriert war, Personen aufzuspüren, die im Verdacht standen, „konterrevolutionär" zu agieren. Als ehemaliger Häftling eines sowjetischen Straflagers war es Cloos möglich, sich das Vertrauen seiner Opfer zu erschleichen, die er dann systematisch bei der Securitate denunzierte. Auf diese Weise gelang es ihm gezielt, über deren Tätigkeit brauchbare operative Daten zu sammeln, die als Beweismaterial und Rechtfertigungsinstrumente für offene Repressionsmaßnahmen eingesetzt wurden.

Für seine Tätigkeit erhielt Fritz Cloos beträchtliche Geldbeträge[24] und erfreute sich zahlreicher Vergünstigungen.

Die Securitate sprang auch helfend ein, als Cloos sich in einer äußerst misslichen Lage befand, nachdem er wegen einiger dunkler Geschäfte mit Furnierholz ins Visier der Miliz (rum. „miliție", offizielle Bezeichnung der Polizei) geraten war und sich vor Gericht zu verantworten hatte. Die verhängte Gefängnisstrafe musste er dank der diskreten Intervention der Securitate nicht antreten. Das Urteil wurde schließlich revidiert und Cloos kam mit einer Geldstrafe von 2000 Lei davon. Ein Teil der Summe wurde dem Agenten sogar von der Securitate zugesteckt.[25] In den Analysen seiner inoffiziellen

---

23 „După 23 august 1944 pînă la arestarea mea am fost locțiitorul grupurilor de ‚Rezistență' din România organizată de noi conform directivelor ce le-am primit de la comandamentul hitlerist. Sînt conștient de gravitatea faptelor comise în decursul activității mele fapt pentru care în mod sincer sînt hotărît să mă reabilitez. […] În munca mea de colaborare cu organele de Securitate ale R.P.R. nu mă voi lăsa cuprins de anumite sentimente și voi informa despre orice acțiune dușmănoasă, indiferent de cine ar fi dusă, fie ei rude, foștii mei subalterni sau colegi cu care am acționat pe timpul politicii hitleriste. […] Informațiile ce le voi obține le voi preda organelor de securitate în scris și semnate cu numele de Lăzărescu Ion, care este numele meu conspirativ față de organele de Securitate." Vgl. Angajament [Verpflichtungserklärung] vom 1. April 1956, unterzeichnet: Cloos Fritz. Ebenda, Bl. 16–17. (übersetzt vom Verfasser).

24 Der Tabelle mit den Zuwendungen an den Agenten „Lăzărescu Ion" in der Zeitspanne von 1957 bis 1959 ist beispielsweise zu entnehmen, dass die jeweils regelmäßig erhaltenen Beträge zwischen 250 und 500 Lei lagen (ebenda, Bl. 33–34), einmal wurde seine Tätigkeit sogar mit 2000 Lei vergütet (ebenda, Bl. 35–36).

25 Raport privind sentința din 12 ianuarie 1958 [Bericht bezüglich des Urteils vom 12. Januar 1958]. Ebenda, Bl. 110.

Tätigkeit wird Cloos wiederholt als ein „ehrlicher und fähiger Agent" beschrieben, der die erhaltenen „Aufträge" gewissenhaft ausführe und dessen Tätigkeit sich anhand geheimer Überprüfungen als zuverlässig erwiesen habe.[26]

Denunziation des Lyrikers Oskar Pastior

Als ehemaliger SD-Agent wusste Fritz Cloos genau, welche Informationen für die Arbeit einer Geheimpolizei nützlich sind. Seine Berichte enthalten tatsächlich fast ausschließlich hilfreiche Informationen, die den operativen Erwartungen der Securitate entsprachen. So erklären sich auch die lobenden Hinweise der Offiziere in ihren analytischen Zusammenfassungen seiner Tätigkeit, die im Securitate-Jargon als wichtiger Beitrag zur Enttarnung von Feinden des Regimes und erfolgreichen „Lösung einiger Fälle" beschrieben wird.

In einer Mitteilung der Securitate aus Stalinstadt (so der damalige Name von Kronstadt) vom 18. Dezember 1959 an die Hauptabteilung II in Bukarest hebt Major Ernest Deitel, der auch in zahlreichen anderen Akten politisch verdächtiger Menschen aus den 1950er-Jahren auftaucht, den außergewöhnlichen Beitrag von Cloos bei der Identifizierung, Verhaftung und Verurteilung mehrerer Personen hervor. Deitel erstellte eine lange Liste mit den Namen all jener Personen, über die Cloos brauchbare Informationen geliefert hatte, die danach für repressive Maßnahmen eingesetzt werden konnten.

In dem „Referat" vom 20. Juni 1960 mit den Vorschlägen, „Mihăilescu Gheorghe" (so der neue Deckname von Cloos) definitiv in der Bundesrepublik als Auslandsagenten einzusetzen, unterzeichnet vom Chef der Hauptabteilung II, Oberst I[sidor] Hollinger,[27] und dem Chef des Büros, Feodor Maximenco,[28] wird Cloos als besonders tatkräftiger und einsatzbereiter Agent beschrieben, der imstande ist, schwierige nachrichtendienstliche Aufgaben zu erledigen.[29] Im gleichen „Referat" wird zudem die „Aufrichtigkeit" des Mitarbeiters hervorgehoben und betont: „er ist an die Securitate-Organe gebunden und auf sie angewiesen, weil er ihnen Materialien über zahlreiche der deutschen Minderheit angehörende Elemente geliefert hat, aufgrund derer man diese verhaften und

26 So beispielsweise im Referat vom 20. Juni 1960, unterzeichnet vom Chef der Hauptabteilung II (Direcția a II-a), Oberst I[sidor] Hollinger, und vom Chef des Büros, Feodor Maximenco. Ebenda, Bl. 18–24.

27 Mitunter auch Isidor Hollingher geschrieben, geboren am 1. Dezember 1920 in Suceava, verstorben 1985 in Bukarest, in die Reserve versetzt im September 1960. Vgl. <http://www.cnsas.ro /documente/cadrele_securitatii/HOLLINGER_ISIDOR.pdf>, 11.12.2017.

28 Feodor Maximenco, Deckname „Murgu Teodor", geboren am 1. Juni 1922 in Ismail, UdSSR, gestorben 1970 in Bukarest. Vgl. <www.cnsas.ro/documente/cadrele_securitatii/MAXIMENCO%20FEODOR.pdf>, 11.12.2017.

29 Referat vom 20. Juni 1960. In: ACNSAS, SIE 2732, vol. 1, Bl. 18–24.

verurteilen konnte". Unter den in diesem umfangreichen Dokument erwähnten Personen, über die Cloos dem Repressionsapparat Informationen bezüglich ihrer „konterrevolutionären Tätigkeit" geliefert hatte, befindet sich auch der evangelische Stadtpfarrer von Kronstadt, Konrad Möckel (1892–1965), verurteilt 1958 im sogenannten „Schwarze-Kirche-Prozess" – zusammen mit einer Gruppe von Mitangeklagten.[30] In der Liste taucht auch der Name des Schriftstellers Andreas Birkner auf, der in einem spektakulären Prozess zusammen mit weiteren vier rumäniendeutschen Autoren 1959 in Kronstadt verurteilt wurde.[31]

In einem anderen Securitate-Dokument, im Mai 1958 datiert, wird darauf verwiesen, dass sich der Wahrheitsgehalt der von „Mihăilescu Gheorghe" (alias „Lăzărescu Ioan") gelieferten Informationen anhand paralleler Berichte der Agenten „Radu Constantin"[32] und „Petre Valer"[33] vollauf bestätigt

30 Siehe dazu: Corneliu Pintilescu: Procesul Biserica Neagră 1958 [Der Schwarze-Kirche-Prozess 1958]. Heidelberg, Braşov 2008; William Totok: Material didactic pentru Securitate [Lehrmittel für die Securitate]. In: *RFI*, 27. Februar 2012; ders.: Istoria orală şi limitele ei. Relatările unor victime condamnate în 1958, la Braşov (Oraşul Stalin), în aşa numitul Proces Biserica Neagră [Grenzen der Oral History. Berichte verurteilter Opfer aus Kronstadt/Stalinstadt im sogenannten Schwarze-Kirche-Prozess 1958]. In: *RFE*, 21. März 2012; ders.: Der Schwarze-Kirche-Prozess. In: *Halbjahresschrift – hjs-online*, 25. Februar 2012, <http://halbjahresschrift.blogspot.de/2012/02/procesul-biserica-neagra-der-schwarze.html>, 30.12.2017. Dokumente zu dem Prozess in: ACNSAS, P 742 und I 153639, 15 Bde.

31 Über die fünf Schriftsteller (Hans Bergel, Harald Siegmund, Wolf Aichelburg, Georg Scherg, Andreas Birkner) existieren im CNSAS-Archiv u. a. folgende Akten: zu Birkner: ACNSAS, MR Sibiu 737, SIE 24831, I 018554; zu Scherg: ACNSAS, *R* 136040, 2 Bde.; zu Bergel: ACNSAS, MI Bv 6496, *SIE* 15622; zu Aichelburg: ACNSAS, *MR Sb* 6943; zum Prozess: ACNSAS, *P* 000331, 8 Bde.

32 Aus der vom Auslandsgeheimdienst angelegten Akte des Agenten „Radu Constantin", geboren am 6. April 1914 in Caransebeş, geht hervor, dass auch dieser an den von Cloos und anderen Nazis organisierten Widerstandsaktionen mitbeteiligt war und verhaftet, verurteilt und 1955 aus einem sowjetischen Lager entlassen wurde (vgl. Bericht in Bezug auf den Agenten „Radu Constantin" vom 13. April 1965. In: ACNSAS, SIE 4098, vol. 1, Bl. 23–38). Obwohl der Agent Berichte über mehrere politische Persönlichkeiten und Kulturschaffende – wie Hans Bergel, Georg Scherg, Eginald Schlattner und Hans Otto Roth – geliefert hatte, die deren Verfolgung erleichterten (vgl. ebenda), und die Securitate über seine Tätigkeit für den Nazigeheimdienst informiert war, misstraute sie ihm und zögerte auch, ihn als Auslandsagenten einzusetzen (vgl. Referat zu „Radu Constantin" vom 27. September 1956, unterzeichnet von Oberleutnant Aurel Ciclovan. Ebenda, Bl. 68–75). Aus einer Mitteilung des Innenministeriums an das Kreisinspektorat Kronstadt/Braşov vom 16. August 1972 geht hervor, dass der Agent, ein bekannter Künstler, 1971 die Bewilligung erhalten hatte, in die BRD auszureisen. Den eingesehenen Akten konnte nicht eindeutig entnommen werden, ob er nach seiner Übersiedlung weiterhin für die rumänische Geheimpolizei arbeitete. In der Bundesrepublik setzte er seine künstlerische Arbeit fort und beteiligte sich auch an den pseudohistorischen Zusammenkünften, die Fritz Cloos in seinem revisionistischen Kreis, der sogenannten Arbeitsgemeinschaft für südostdeutsche Volks- und Heimatforschung, organisiert hatte. Er starb am 6. Oktober 1990.

33 Referat cu propunere de a se aproba plecarea în R.F.G. a numitului Liebhardt Samuel şi folosirea lui indirectă de către organele noastre prin intermediul agentului „Lăzărescu", mai

habe.[34] In der oben erwähnten Liste mit den Namen öffentlicher Personen, die Cloos denunziert hat, tauchen auch die Namen weniger bekannter Leute auf, darunter der von Grete Loew (häufig auch Löw geschrieben).[35] Den Dokumenten der politischen Polizei ist überdies zu entnehmen, dass „Lăzărescu Ioan" („Mihăilescu Gheorghe") die nötigen operativen Informationen geliefert hatte, die zur Verhaftung von Grete Loew führten.[36]

Loew war eine Arbeitskollegin des bekannten Dichters Oskar Pastior (1927–2006) aus Hermannstadt (rum. Sibiu). Wie zahlreiche andere Rumäniendeutsche (Männer zwischen 17 und 45 sowie Frauen zwischen 18 und 35 Jahren) war auch der junge Pastior von 1945 bis 1949 zur sogenannten Aufbauarbeit in die UdSSR deportiert worden. Eindrücke aus dem Arbeitslager in der sowjetischen Ukraine hatte er in einem Zyklus lyrischer Texte verarbeitet und 1955 Grete Loew (1927–2014) aus Hermannstadt zur Aufbewahrung übergeben. Damals brach er nach Bukarest auf, um an der dortigen Universität Germanistik zu studieren. Loew zeigte die Gedichte „Lăzărescu Ioan", der diesen „Vorgang", ohne zu zögern, der Geheimpolizei meldete.[37] In einem Bericht, den er seinem damaligen Führungsoffizier, dem Securitate-Hauptmann Ion Nardin, am 19. März 1959 übergab, beschreibt „Lăzărescu Ioan" den „Vorgang" und die Konstellation, in der er von der Existenz der Gedichte Pastiors erfahren hat. Gleichzeitig erwähnt er, dass Loew ihm einige Texte vorgelesen habe, die er als feindlich und antisowjetisch einstuft:

1958, aprobat de lt. col. Holinger și șeful serviciului cpt. Bartha Ladislau [Referat bezüglich der Ausreisegenehmigung in die BRD des Genannten Liebhardt Samuel und seine Abschöpfung durch unsere Organe mithilfe des Agenten „Lăzărescu", Mai 1958, genehmigt von Oberstleutnant Holinger und dem Abteilungsleiter Hauptmann Bartha Ladislau]. In: ACNSAS, SIE 2732, vol. 1, Bl. 25–31, hier: Bl. 31.

34 Ebenda, Bl. 21.

35 Mitteilung des Innenministeriums Stalin (M.A.I Stalin) vom 18. Dezember 1958 an das Innenministerium Bukarest (M.A.I. București), Hauptabteilung II (Direcția a II-a), unterzeichnet vom lokalen Securitate-Chef, Oberst Akanier [? schwer entzifferbarer Name] Pavel, und dem Leiter der lokalen Abteilung II, Major Deitel Ernest, in der das von „Lăzărescu" gelieferte informative Material zusammenfassend erwähnt wird, nebst einer Liste mit den Namen derer, die verhaftet und verurteilt wurden (ebenda, Bl. 134–136). Eine ähnliche Liste enthält auch ein im Mai 1959 von Major Neagu Cosma und Hauptmann Ion Nardin (beide tätig in der Hauptabteilung II) verfasster Bericht (ebenda, Bl. 137). Ernest Deitel, geboren am 30. April 1927 in Usgorod, UdSSR, 1953 als Oberleutnant der Securitate in der Region Banat tätig, danach bis 1960 als Major in Kronstadt. 1975 wanderte er in die USA aus, 1977 wurde ihm die rumänische Staatsbürgerschaft entzogen. Vgl. <www.cnsas.ro/documente/cadrele_securitatii/DEITEL%20ERNEST.pdf>, 12.12.2017.

36 Mitteilung des Innenministeriums Stalin (M.A.I Stalin) vom 18. Dezember 1958 (vgl. Anm. 35). In: ACNSAS, SIE 2732, vol. 1, Bl. 134–136.

37 Weitere Einzelheiten in der Studie von Stefan Sienerth: „Angst vor unerfundenen Geschichten". Zur Securitate-Akte Oskar Pastiors. In: *Spiegelungen* 3 (2010) H. 5, S. 236–271.

> Ich habe mich nach diesem Studenten [Oskar Pastior] erkundigt und gefragt, ob sie etwas Geschriebenes von diesem Dichter zur Hand habe. Grete Löw brachte daraufhin einige Blätter und sagte:
> „Diese Gedichte wurden vor langer Zeit geschrieben, nachdem Pastior-Capesius aus der UdSSR von der Aufbauarbeit zurückgekehrt ist."
> Die von Löw vorgelesenen Gedichte hatten einen offenkundig antisowjetischen Charakter.
> Ich fragte sie, ob alle Gedichte, die sie in den Händen hielt, die gleiche Ausrichtung hätten?
> „Nein, nur einige aus der Vergangenheit. Er hat sehr viele Gedichte geschrieben, die lyrisch ausgerichtet sind. Er schreibt ziemlich viel, ist sehr produktiv, aber nicht alle Gedichte von Pastior-Capesius sind gelungen."[38]

Aufgrund des Berichtes von Cloos ordnete der zuständige Offizier ein Überprüfungsverfahren („acțiune de verificare") von Pastior an.[39] Den Anmerkungen des Offiziers ist ferner zu entnehmen, dass Loew sich zu jenem Zeitpunkt bereits im Visier der Securitate befand, weil ihr ein „ausländischer Bürger" eine Verschlüsselungsmethode mitgeteilt hatte, die sie in ihrer Korrespondenz mit ihrem in Österreich lebenden Bruder benutzen sollte. Nach der Denunziation von Cloos geriet Loew zunehmend ins Visier der Securitate. Ein Anwerbungsversuch schlug fehl. Es folgten Schikanen und die Beschlagnahmung der Texte Pastiors. Weil Grete Loew sich einer Anwerbung widersetzt hatte, wurde sie 1959 von der Securitate verhaftet und zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Nach ihrer vorzeitigen Entlassung aus der Haft stellte sie 1961 einen Ausreiseantrag in die Bundesrepublik Deutschland.

Für die Enthüllung des antisowjetischen Charakters der Gedichte von Pastior sowie seinem Beitrag zur Festnahme von Grete Loew erhielt Fritz Cloos 500 Lei und die Fahrtkostenerstattung in Höhe von 180 Lei für die Reise von Kronstadt, wo er wohnte, nach Hermannstadt, wo Loew ihren Wohnsitz hatte.[40]

---

38 Bericht von „Lăzărescu Ioan" vom 19. März 1959, maschinengeschriebene Abschrift von Hauptmann Ion Nardin. In: ACNSAS, R 249556, Bl. 88–89.

39 Zu den Folgen dieser „Überprüfung" für das Schicksal des Dichters siehe: Versuchte Rekonstruktion. Die Securitate und Oskar Pastior. In: *text + kritik*, Nr. 12, 2012. Vgl. auch die Besprechung dieses Sonderheftes: William Totok: Securitatea și Oskar Pastior. Publicația *text + kritik* dedică celebrului poet originar din România un număr special [Die Securitate und Oskar Pastior. Die Zeitschrift *text + kritik* widmet dem berühmten rumäniendeutschen Dichter eine Sondernummer]. In: *Timpul* 171 (2013) H. 5, S. 8.

40 Vgl. die Tabelle mit den finanziellen Zuwendungen an den Agenten „Lăzărescu Ioan", ausgefüllt von seinem Führungsoffizier, Hauptmann Ion Nardin, für die Zeitspanne 9. Januar 1959 bis 21. März 1960. In: ACNSAS, SIE 2732, vol. 1, Bl. 34.

Qualifiziert für den Auslandseinsatz

Ende der 1950er-Jahre befand die Securitate, Cloos habe sich als Agent bewährt und könne nun auch im Ausland eingesetzt werden. Nach mehrmaligen Überprüfungen der Aufrichtigkeit des Agenten wurde ein Plan für den Auslandseinsatz entworfen und mit der Genehmigung des Einsatzplans im Juli 1960 auch die eigentliche Ausbildung als Auslandsagent ins Auge gefasst und vorbereitet. Die geheimdienstliche Ausbildung erfolgte im Rahmen mehrerer Zusammenkünfte. Zuständig für die Unterweisung des Agenten waren zwei Offiziere, Hauptmann Silea Simion (Deckname „Stan") und Szöke Emeric (konspirierte unter dem Namen „Micu").[41] Im Verlauf der Ausbildung erhielt Cloos Anleitungen zur konspirativen Kontaktaufnahme, zur Tarnung konspirativer Treffen im Ausland, zu Kommunikationsverfahren bei der Weiterleitung von Berichten sowie zur inhaltlichen Ausrichtung bei der Informationsbeschaffung.

Da Cloos der Meinung war, Grete Loew könnte ihn beschuldigen, die Securitate über die Pastior-Gedichte informiert zu haben, und ihn deshalb mitverantwortlich an ihrer Verhaftung machen, entwarf er ein Szenario, das der Entkräftung jeglicher Verdächtigungen dienen sollte. Seinen Vorschlägen zufolge sollte Grete Loew erst lange nach der Ausreise des Agenten „Lăzărescu Ioan" einen Pass zur Übersiedlung in die Bundesrepublik erhalten. Dies sollte dann so aussehen, als hätte sich Fritz Cloos erfolgreich für ihre Ausreise bei den westdeutschen Behörden eingesetzt.[42] Die Securitate stimmte dem Plan ihres Agenten zu, da sie daran interessiert war, eine eventuelle Enttarnung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern. Aus diesem Grund durften keinerlei Gerüchte entstehen, die den Agenten irgendwelchen Verdächtigungen ausgesetzt und ihn in Erklärungsnot

41 Genehmigung zur Ausbildung von Major Neagu Cosma vom 29. Juli 1960. Ebenda, vol. 2, Bl. 2–4; Beurteilungen nach den 13 Ausbildungssitzungen, die zwischen dem 12. Januar und 22. Februar 1961 stattfanden. Ebenda, Bl. 57–58; Bericht. Ebenda, Bl. 5–16; Plan zur Verbindungsaufnahme zwischen der Zentrale und dem Agenten „Lăzărescu Ioan" vom 24. Dezember 1960. Ebenda, Bl. 30–36.
Neagu Cosma, geboren am 7. April 1925 in Padina, Kreis Buzău, verstorben 2007 in Bukarest, war von 1950 bis 1989 innerhalb der Securitate tätig, nach 1968 arbeitete er im Rang eines Generalmajors in der Hauptabteilung für Gegenspionage [Direcția Generală de Contraspionaj], nach 1973 unterrichtete er an der Schule des Innenministeriums, an der Securitate-Offiziere für den aktiven Dienst ausgebildet wurden. Vgl. <www.cnsas.ro/documente/cadrele_securitatii/COSMA_NEAGU.pdf>, 14.8.2017.

42 Grete Loew durfte Rumänien schließlich im Dezember 1964 endgültig verlassen. Ihre Einreise in die Bundesrepublik wurde auch in der Vertriebenenpresse vermerkt: „Loew Margarete, geb. 14. 10. 1927, und Loew Michael, geb. 15. 3. 1960, aus Hermannstadt nach Gundelsheim, Schloß Horneck". Vgl. In die Bundesrepublik zugewandert. In: *SbZ*, Folge 2, 15 Februar 1965, S. 4.

gegenüber seinen Kollegen, Freunden, Verwandten und westdeutschen Behörden gebracht hätten, auf die er ja für die Ausführung seiner Spionageaufträge angewiesen war. Ähnliche Vorschläge zur Verzögerung der Ausreise einiger Personen, von denen Cloos meinte, sie könnten durch eventuelle Aussagen zu seiner Enttarnung als Securitate-Agent führen, machte er auch bezüglich des Künstlers Viktor Stürmer. Aus den Akten geht nicht hervor, was Cloos veranlasst hatte, die Securitate zu ersuchen, Stürmer die Ausreisegenehmigung zu verweigern. „Es ist nicht ratsam, Stürmer die Übersiedlung zu gestatten", schrieb „Konrad" (Cloos) in einem Bericht am 27. September 1969.[43]

Im Spätsommer 1969 hatte Julius Stürmer seinen in Kronstadt lebenden Bruder Viktor besucht. Nach seiner Rückkehr aus Rumänien erzählte er Cloos Einzelheiten über den Verlauf seiner Reise sowie Mutmaßungen eines Securitate-Majors, den er bei dieser Gelegenheit kennengelernt hatte, bezüglich der systematischen Ablehnung der Ausreiseanträge seines Bruders. Der Name des Offiziers, von dem Julius Stürmer behauptete, er sei zuständig für die Überwachung der Kulturschaffenden in Kronstadt, wird in dem Bericht nicht genannt. Der Offizier vermutete, die Ablehnung der Ausreiseanträge sei auf die Denunziationen von drei inoffiziellen Mitarbeitern der Securitate zurückzuführen, die Viktor Stürmer in ihren Berichten wiederholt angeschwärzt hatten.[44] Es handelte sich dabei um drei bildende Künstler, deren Namen genannt werden und von denen einer inzwischen tatsächlich als besonders eifriger Securitate-Agent identifiziert wurde: Friedrich Bömches.[45] Auf die umfassende Tätigkeit von Bömches hatte Ernest Wichner 2011 in einer Tageszeitung aufmerksam gemacht:

> Seine Berichte an den rumänischen Geheimdienst sind gemein – skrupelloser Freundesverrat. Wir wissen bisher nur, was er über seinen Freund und Förderer Walter Biemel berichtet hat, der als Bürger der Bundesrepublik Deutschland vor den Nachstellungen des rumänischen Geheimdienstes einigermaßen

43 Bericht von „Konrad" vom 27. September 1969. In: ACNSAS, SIE 2732, vol. 14, Bl. 508–509. In einem Bericht des Securitate-Hauptmanns Oprea Ioan vom 20. Mai 1965 bezüglich Viktor Stürmer wird ausdrücklich auf den Wunsch von Cloos verwiesen, dem Künstler die Ausreise zu verweigern: „Er ist eine potenzielle Gefahr für unser Agentennetz im Ausland. In erster Linie für ‚Konrad'" (ACNSAS, SIE 2731, vol. 9, Bl. 265–266). In einem Schreiben vom 8. Juli 1965 an die Securitate in Kronstadt teilte die Abteilung C aus Bukarest mit, dass man der Ausreise nach wie vor nicht zustimmen würde: „ne menținem avizul negativ" (ebenda, vol. 10, Bl. 7). Die Ausreise Stürmers erfolgte dann schließlich doch noch im Jahr 1971.

44 Bericht des Residenten vom 29. Oktober 1969. In: ACNSAS, SIE 2732, vol. 14, Bl. 441–442.

45 Friedrich Ritter Bömches von Boor (1916–2010), Deckname „Gert Grundich", wanderte 1978 in die Bundesrepublik aus. Hier fertigte er zahlreiche Porträts von Politikern, Industriellen und Künstlern an.

> geschützt war. Bei dem Ansehen und den Privilegien, die IM „Gert Grundich" beim rumänischen Geheimdienst genoss, dürfte eine Recherche bezüglich seiner IM-Tätigkeit in Rumänien selbst zu weiteren bestürzenden Erkenntnissen führen.[46]

Der oben erwähnte, auf lokaler Ebene tätige Securitate-Offizier aus Kronstadt hatte keine Kenntnis über die vom Auslandsgeheimdienst koordinierten Operationen und die Rolle von Cloos, der die negativen Verfügungen hinsichtlich der Ausreise von Viktor Stürmer im Hintergrund entscheidend mitbestimmt hatte. Dieser Sachverhalt ist auf die notorische Geheimniskrämerei innerhalb der Dienste und die relative Autonomie der einzelnen Securitate-Abteilungen zurückzuführen. So wurden beispielsweise von Unterabteilungen Überwachungsoperationen inoffizieller Mitarbeiter angeordnet, die für eine bestimmte Abteilung tätig waren. Erst nach komplizierten internen Rückfragen, großem personellen Aufwand und überreichlichen bürokratischen Anstrengungen ließen sich manche geheimdienstliche Verworrenheiten aufklären.

Aufträge des Agenten

In seiner langjährigen Auslandstätigkeit für die Securitate, die aus „Altersgründen" am 8. Juli 1987 endete[47] und in zwei Dutzend mikroverfilmten Aktenordnern dokumentiert ist, hatte sich Fritz Cloos auf drei Hauptziele zu konzentrieren: a) die Bespitzelung und Beeinflussung der rumäniendeutschen Landsmannschaften in der Bundesrepublik, b) die Durchsetzung eines bestimmten historischen Interpretationsmusters der Begebenheiten bis zum 23. August 1944, entsprechend der Deutung geschichtlicher Ereignisse aus der national-kommunistischen Perspektive der letzten Phase des Gheorghiu-Dej-Regimes sowie des nachfolgenden Regimes von Nicolae Ceaușescu, und c) die informative Überwachung und Beeinflussung von Tätigkeiten der im Exil lebenden Legionäre, also der Anhänger der rumänischen Faschistenbewegung.

In Verbindung mit dem Abschluss seiner Schulung als Auslandsagent notierte Cloos am 6. Juni 1961, in einem Bericht, er habe sich die „Instruktionen" angeeignet und sämtliche Daten zur Verbindungsaufnahme gemerkt. Gleichzeitig versprach er, seine nachrichtendienstliche Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland in völliger Übereinstimmung mit den erhaltenen

46 Ernest Wichner: Das Gleiche ist nicht Dasselbe. Der Dichter Oskar Pastior, die Securitate und die anderen. Versuch, in einen Abgrund zu blicken. In: *Der Tagesspiegel*, 7. März 2011.

47 Raport de propunere de abandonare a informatorului extern „MARTIN" [Bericht bezüglich des Beendens der Tätigkeit des im Ausland eingesetzten Informanten „Martin"] vom 8. Juli 1987. In: ACNSAS, SIE 2732, vol. 21, Bl. 180–180v.

Instruktionen durchzuführen.[48] Kurz nach Abschluss der Schulung verließ Cloos Rumänien und traf 1961 in Westdeutschland ein.[49] Nach seiner Ankunft bemühte er sich, den Kontakt mit seinem Führungsoffizier aufzunehmen. Die Zusammenkunft wurde am 30. September 1961 auf höchster Ebene vom damaligen Innenminister Alexandru Drăghici persönlich genehmigt und der Securitate-Major Iulian Cojocaru erhielt den Befehl, nach Wien zu reisen. Das konspirative Treffen mit dem Securitate-Offizier verlief ohne Zwischenfälle.[50]

Nach dieser ersten gelungenen Kontaktaufnahme bemühte sich Cloos mit aller Kraft, seine Aufträge zuverlässig und gründlich auszuführen, und begann systematisch Informationen zu beschaffen, für die er monatlich im Durchschnitt mit Summen zwischen 250 DM und 800 DM entlohnt wurde. Parallel mit dem steigenden Wert der gelieferten Informationen wuchsen auch die finanziellen Zuwendungen, was beispielsweise aus den in den 1970er-Jahren erstellten Tabellen ersichtlich wird, in denen die Höhe der jeweiligen Vergütung genau protokolliert ist. Diesen Tatbestand veranschaulicht auch die Tabelle mit den Vergütungen für den Zeitabschnitt Februar bis August 1975:[51]

Datum	Ort	Berichte – Seitenanzahl	Höhe der Zuwendung	Bemerkungen
17.2.	Salzburg	20	1800 DM	
21.2.	Salzburg	–	–	
27.3.	Salzburg	20	1200 DM	
28.4.	Wien	21	1000 DM	
29.5.	Kufstein	16	900 DM	
31.8.	Wels	17	1000 DM	

48 Ebenda, vol. 2, Bl. 83.

49 Seine Ankunft wurde in der Landsmannschaftspresse registriert. Vgl. In die Bundesrepublik zugewandert. Nach Baden-Württemberg. In: *SbZ*, Folge 8, 15. August 1961, S. 5.

50 Raport cu propuneri de contactare a agentului „Lăzărescu Ion" la Viena de către ofițerul de Securitate Iulian Cojocaru, semnat de mr. Iulian Cojocaru, aprobat de șeful Direcției I, gen.-mr. Nicolae Doicaru, locțiitorul şefului direcției, col. Aurel Moiș și vicepreședintele Consiliului de Miniștri și Ministrul Afacerilor Interne, Alexandru Drăghici [Bericht bezüglich der Kontaktaufnahme des Securitate-Offiziers Iulian Cojocaru mit dem Agenten „Lăzărescu Ion" in Wien, unterzeichnet von Major Iulian Cojocaru, genehmigt vom Leiter der Hauptabteilung I, Generalmajor Nicolae Doicaru, seinem Stellvertreter, Oberst Aurel Moiş, und dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Innenminister, Alexandru Drăghici] vom 30. September 1961. In: ACNSAS, SIE 2732, vol. 2, Bl. 144–145.

51 Vgl. Analysebericht vom 28. Oktober 1975 bezüglich der Tätigkeit von „Kaiser" im Jahr 1975, aus dem hervorgeht, dass ein nächstes Treffen am 17. Februar 1976 in „Viișoara" (die konspirative Bezeichnung für Wien) mit Oberst Ion Humelnic geplant war. Ebenda, vol. 24, Bl. 544.

Tarnorganisation

Zu den Ausreisevorbereitungen des Agenten „Lăzărescu Ioan" gehörte auch die Schaffung einer glaubwürdigen Legende, die dazu diente, die westdeutschen Behörden in die Irre zu führen und eventuelle Verdächtigungen Cloos gegenüber zu zerstreuen. In den Zeiten des Kalten Krieges und auch in der Phase der von Chruschtschow eingeleiteten Ost-West-Entspannung und -Annäherung standen besonders Übersiedler im Verdacht, als Agenten in den Westen eingeschleust worden zu sein.

Der sowjetische KP-Chef Nikita Chruschtschow hatte auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 die blutige Repressionspolitik Stalins kritisiert und sich für eine „friedliche Koexistenz" des östlichen und westlichen Blocks ausgesprochen. Diese außenpolitische Linie wurde auch in den Satellitenstaaten der Sowjetunion nachgeahmt und führte zu einer vorsichtigen Annäherung und leichten Aufweichung der hermetischen Abschottung des sogenannten Ostblocks. In diesem geopolitisch veränderten Kontext erfolgte die Übersiedlung von Cloos aus Rumänien in die Bundesrepublik. In den Augen der Öffentlichkeit und seiner in Rumänien verbliebenen Bekannten, Freunde und Verwandten musste die Ausreise so aussehen, als sei sie den Bemühungen seiner in der Bundesrepublik lebenden Kollegen zu verdanken beziehungsweise eine Folge erfolgreicher Interventionen seitens humanitärer Organisationen wie beispielsweise des Deutschen Roten Kreuzes (DRK). Diese genau durchdachte Operation der Desinformationsabteilung der Securitate war ein voller Erfolg. Niemand hat Cloos jemals ernsthaft als Securitate-Agent verdächtigt und geahnt, dass er über Geheimkanäle für seine zielbewusste Tätigkeit großzügig entlohnt wurde. Die von der Securitate erhaltenen Geldsummen überschritten zeitweise sein in Westdeutschland durch legale Arbeit verdientes durchschnittliches Einkommen.

In einer ausführlichen Mitteilung vom 24. April 1962, die von der Wiener Residentur der Securitate an die Bukarester Zentrale weitergeleitet wurde, schrieb Cloos:

> Mit meiner Schar und im Allgemeinen mit allen anderen gibt es keine Schwierigkeiten. Vor Feinden schütze ich mich. In diesem Jahr wird eine Begegnung der „alten Kameraden" organisiert, aber nicht direkt von mir. Dieser letzte Programmpunkt lässt sich am leichtesten durchführen.[52]

Dieser „Schar" (rum. „gașca"), die „Lăzărescu Ioan" (der im Laufe seiner Tätigkeit mehrere Decknamen hatte: „Mihăilescu Gheorghe", nach 1964 „Konrad"

52 Ebenda, vol. 4, Bl. 25.

oder „Radovan“, danach „Kaiser“, „H3“, „Marton“ und „Martin“) in seinem Material erwähnt, gehörten mehrere ehemalige rumäniendeutsche Nationalsozialisten – also „alte Kameraden“ („vechi camarazi“) – an, die im Westen bzw. in der Bundesrepublik Deutschland lebten. Insbesondere diese Personen sollte der Agent vorerst auch nachrichtendienstlich abschöpfen, beeinflussen und als Multiplikatoren für die von der Bukarester Desinformationsabteilung entworfenen Gerüchte und falschen Nachrichten benutzen. Um dieses Ziel erfolgreich zu erreichen, sollte von Cloos eine Tarnorganisation („paravan“) gegründet werden. Zur Verschleierung der geheimdienstlichen Tätigkeit von Cloos wurden die „alten Kameraden“ letztendlich in diese „Organisation“ eingebunden, wie es ausdrücklich in einem seiner Berichte heißt. Im gleichen Bericht erinnert er daran, dass er mit der Gründung einer „Organisation“ den 1961 festgelegten Leitlinien für seine Tätigkeit nachgekommen sei und somit „leichter öffentlich agieren“ und seine nachrichtendienstliche Tätigkeit besser verschleiern könne („de a lucra mai în public și ca o metodă de camuflare“).[53] In einem im April 1962 verfassten Material berichtet „Lăzărescu Ioan“ auch über den ihm nahestehenden, im spanischen Exil lebenden Kommandanten der Legionäre, Horia Sima, und über Hans Hartl (1913–1990), der 1941 Redakteur des gleichgeschalteten rumäniendeutschen NS-Blattes *Südostdeutsche Tageszeitung* war, dann ab 1953 in der Bundesrepublik als Redakteur der siebenbürgisch-sächsischen Landsmannschaftspublikation *Siebenbürgische Zeitung* arbeitete und zu den Gründungsmitgliedern der Südosteuropa-Gesellschaft in München gehörte. Im gleichen Bericht äußert „Lăzărescu Ioan“ auch seine Befürchtung, Grete Loew könne durch eine erteilte Ausreisegenehmigung seine Tätigkeit gefährden, und erinnert an die 1961 getroffene Vereinbarung, ihr zunächst noch keinen Reisepass auszustellen.[54]

1965 gründete Cloos schließlich die in seinen Berichten häufig als „meine Organisation“ bezeichnete sogenannte Arbeitsgemeinschaft für südostdeutsche Volks- und Heimatforschung. Es gelang ihm, zahlreiche Freunde, Landsmannschaftsfunktionäre, Politiker, Publizisten, Schriftsteller, Politologen, Historiker und sonstige Interessenten in diese „Organisation“ als Mitglieder oder gelegentliche Mitarbeiter einzubinden und sie an den Veranstaltungen der Arbeitsgemeinschaft aktiv zu beteiligen. Beispielsweise hatte Cloos zu einer 1967 organisierten Veranstaltung seines Kreises 173 Personen beziehungsweise Institutionen eingeladen. Eine Kopie mit sämtlichen Namen, genauen Anschriften und Telefonnummern übergab er auch

53 Bericht vom Januar 1967. Ebenda, vol. 13, Bl. 63–74.
54 Ebenda, vol. 4, Bl. 1–26.

der Securitate.[55] In einem Bericht vom 7. März 1967, in dem er die Reaktionen der Legionäre nach dem Besuch des rumänischen Außenministers Corneliu Mănescu in der Bundesrepublik Deutschland zusammenfasste, bezieht sich Cloos ausführlich auf die organisatorischen Möglichkeiten zur getarnten Ausweitung der Tätigkeit seiner Arbeitsgemeinschaft in der Öffentlichkeit. Seinen Kreis beschreibt er als eine gut verschleierte „Basis für Öffentlichkeitsarbeit": „Sie ist ein unerlässliches Instrument, das ich benötige, wenn ich in Zukunft meine Tätigkeit intensivieren soll" („Este un instrument de care am absolută nevoie, dacă și în viitor activitatea mea să se intensifice"), notierte der Agent.[56]

Kurz darauf berichtete Cloos der Securitate weitere Einzelheiten über seine Arbeitsgemeinschaft und hob dabei hervor, dass es ihm dank seines Kreises gelungen sei, seine Beziehungen zu den Führungsgremien innerhalb der sächsischen und schwäbischen Landsmannschaft auszubauen (wörtlich in einem rudimentären Rumänisch: „prin acesta am reușit să mă leg mai aproape de cercurile și persoane care conduc oficial și neoficial concepțiile sașilor și șvabilor"). Nur die Aufrechterhaltung der Verbindungen zu diesem Personenkreis aus den Landsmannschaften, heißt es weiter, ermögliche es ihm, die nachrichtendienstlichen Aufträge zuverlässig auszuführen.[57] Gleichzeitig informierte er die Securitate auch über einige Personen, die sich seiner „Organisation" gegenüber kritisch geäußert hatten.

Zu den vehementesten Kritikern der Arbeitsgemeinschaft, den Cloos namentlich in seinen Berichten erwähnt, gehörte der aus dem Banat stammende und in Österreich lebende Schriftsteller Hans Wolfram Hockl (1912–1998). 1974 berichtete Cloos, dass Hockl den früheren NS-Funktionär der Deutschen Volksgruppe in Rumänien, Josef (Sepp) Komanschek, aktives Mitglied der Arbeitsgemeinschaft für südostdeutsche Volks- und Heimatforschung, angegriffen habe. Hockl habe Komanschek vorgeworfen, einige „Vorfälle innerhalb der Volksgruppe vor dem 23. August 1944" verzerrt dargestellt zu haben. Aus dem Bericht geht hervor, dass es sich dabei um die Vorfälle im Herbst 1944 im Banater Grenzstädtchen Hatzfeld (rum. Jimbolia) handelte, als sieben deutsche Antifaschisten von rumäniendeutschen Nationalsozialisten ermordet wurden.[58]

55 Liste der geladenen Teilnehmer an der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft in Friedrichsdorf 1967. Ebenda, vol. 13, Bl. 247–252. Vgl. auch den Brief der Residentur (Scrisoarea nr. 97/C.I.) vom 28. Juli 1967 bezüglich der von „Konrad" übergebenen Liste, in dem es wörtlich heißt: „Agentul ne-a predat lista invitaților săi la lucrările organizației pe care a inițiat-o" [„Der Agent hat uns die Liste der geladenen Teilnehmer an den Tätigkeiten der von ihm initiierten Organisation übergeben"]. Ebenda, vol. 10, Bl. 154.

56 Bericht vom 7. März 1967. Ebenda, vol. 13, Bl. 40.

57 Bericht vom 18. Juli 1967. Ebenda, Bl. 180–182.

58 Bericht von „Radovan" vom 6. August 1974. Ebenda, vol. 24, Bl. 238–246.

Ein Jahr später willigte Hockl ein, an einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft teilzunehmen. Bei dieser Gelegenheit zeichnete er die Gespräche der Teilnehmer[59] auf und veröffentlichte sie auszugsweise in zwei Büchern,[60] in denen er die Gründungsmitglieder der Arbeitsgemeinschaft heftig kritisiert und ihnen vorwirft, die jüngste Geschichte umzuschreiben und die Verbrechen des Nationalsozialismus zu verharmlosen:

> Die VG-Führung [Volksgruppenführung] von damals und die AG-Forschung [Arbeitsgemeinschaft von Cloos] von heute, verfilzt miteinander durch Kameradschaft und Verwandtschaft, agierte damals und agiert auch heute unter dem Schein der Offizialität und der Legalität, nur geschah dies damals im NS-Unrechtsstaat, heute passiert es im Rechtsstaat. Damals wie heute werden Andersmeinende und Gegner erledigt, alte Kameraden dagegen geschont und geschönt. So rücken sich Führer und Forscher, in einigen Fällen ohnehin identisch, gegenseitig mitsamt der „Idee" in ein untadeliges Licht.
> Als einer der ärgsten Verstöße gegen ihre totalitäre Meinungsmache gilt ihnen nach wie vor die sogenannte Disziplinlosigkeit. Disziplin, das heißt in ihrem Sinn ihre Ordnung, der man sich zu unterwerfen hat, heißt, daß der Untertan sich fügt, alle Befehle befolgt, sie in allen Belangen als die höchste Autorität anerkennt. Wer gegen diese totalitäre Macht auftritt, ist ein Putschist, ein Rebell, schädigt die Gemeinschaft, Volk und Heimat. Das sind geheiligte Bezirke, die dürfen nur von ihnen, den zu immerwährender Obrigkeit Berufenen,

59 Eine Kopie der Tonbandaufzeichnung befindet sich im Archiv des Verfassers.

60 Hans Wolfram Hockl: Offene Karten. Dokumente zur Geschichte der Deutschen in Rumänien 1930–1980. Linz 1980; ders.: Deutscher als die Deutschen. Dokumente und Studien über NS-Engagement und Widerstand rumäniendeutscher Volkspolitiker. Linz 1987. Zu den ablehnenden Reaktionen siehe: Heinrich Zillich [zu Hans Wolfram Hockls *Offene Karten*] sowie Friedrich Cloos, Dr. Walter Loew, Viktor Stürmer: Stellungnahme zu der Broschüre „Offene Karten" von Hans Wolfram Hockl. In: *Südostdeutsche Vierteljahresblätter* (1980) H. 4, S. 319–322. Etwas zurückhaltender äußerte sich zu Hockls Schrift das Mitteilungsblatt der banatschwäbischen Landsmannschaft. Vgl. Heimattag 1980 – ein voller Erfolg. In: *Banater Post*, Nr. 6, 15. Juni 1980, S. 5. In einem ziemlich wirren Bericht über die Tagung von 1975, bei der es um „Die innervölkische Auseinandersetzung der Deutschen in Rumänien 1935–1944" ging, an der auch Hockl teilgenommen und dabei die Ermordung der sieben deutschen Antifaschisten in Hatzfeld im September 1944 sowie den unaufgeklärten Tod des deutschen Deserteurs Hans Blaßmann (aufgrund eines Berichts in der Temeswarer *Banatia*) angesprochen hatte, beschönigte H[einrich] Z[illich] die Vorgänge und meinte dazu, es habe sich lediglich um „ganz vereinzelte Gewalttaten" gehandelt. Ungerührt vertrat Zillich die Meinung, „dass die im September 1944 in Hatzfeld erschossenen sieben Deutschen keine harmlosen ‚Miesmacher' waren, sondern kommunistische Untergrundkämpfer. Erschossen wurden sie von Unbekannten, die sich in jenen stürmischen Tagen vor dem Einmarsch der Russen wohl aus örtlichen Gegensätzen zu einer aktiven Rolle gedrängt gefühlt hatten." Vgl. H[einrich] Z[illich]: Aussprache. Tagung der Arbeitsgemeinschaft für Südostdeutsche Volks- und Heimatforschung. In: *Südostdeutsche Vierteljahresblätter* (1975) H. 2, S. 141f.

> verwaltet werden. Volks- und Heimatforschung – ihre Kompetenz soll schon im Namen der AG liegen – kann alleinig von ihnen, den Wissensträgern, wie sie sich nennen, unter erschlichener Autorität betrieben werden, heute genau wie 1940–44.
> Wir können von Glück sagen, daß wir 1941, auf dem Gipfel des Nationalsozialismus, einige Rebellen hatten; sie gereichen dem Deutschtum in Rumänien zur Ehre.[61]

Aus einer verschwommenen Aussage von Fritz Cloos, die Hockl aufgezeichnet hatte, ist deutlich der Wunsch herauszuhören, die historischen Ereignisse im Konsens mit der damaligen rumänischen Geschichtsschreibung zu interpretieren. Der Leitgedanke dieses Deutungsmusters war, Rumänien als Opfer des Dritten Reiches darzustellen und das Bündnis mit den Achsenmächten herunterzuspielen. Im Zusammenhang mit dieser Deutung wurde den politischen Akteuren innerhalb der NSDAP der Volksgruppe eine exklusiv dem Willen Berlins untergeordnete Marionettenrolle zugewiesen. Diese bewusste Verzerrung der Tatsachen ermöglichte es, deren Tätigkeit als das Ergebnis eines kollateralen historischen Unfalls darzustellen und die hauptverantwortlichen rumäniendeutschen Nationalsozialisten von jeglicher individuellen Schuld reinzuwaschen. „Alle sind der Meinung", notierte Cloos in einem Bericht über seine Arbeitsgemeinschaft, in dem er auf die kritische Haltung Hockls verweist, „dass die Forschungsergebnisse, vor allem die heiklen, nicht veröffentlicht werden sollen."[62] Die Konsequenzen dieser Veröffentlichungspolitik, die auf die Unterschlagung und Manipulation unangenehmer historischer Fakten hinauslief, lassen sich an einem später von Cloos als Mitautor herausgegebenen Band ablesen.[63]

Cloos tendierte intuitiv und zwangsläufig dazu, seine Haltung und ideologische Perspektive zu verabsolutieren, sie aber trotzdem „securitatekonform" aufzubereiten und dementsprechend zu agieren. Er beanspruchte für sich und seine Arbeitsgemeinschaft die Deutungshoheit und versuchte gleichzeitig, sie im Sinne seiner Auftraggeber akzeptabel zu gestalten. Diese Haltung spiegelt auch sein zusammen mit Karl M. Reinerth veröffentlichter Band wider, dessen Vorwort aus der Feder von H. W. Loew stammt:

> Die in diesem Buch enthaltenen vier Beiträge wurden von Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft verfasst, die die Ereignisse dieser Zeit als Betroffene miterlebten, zum Teil auch als Amtsinhaber mitgestaltend an ihnen teilnahmen.

61 Hockl: Deutscher als die Deutschen, S. 73.
62 In: ACNSAS, SIE 2732, vol. 24, Bl. 238–246.
63 Karl M. Reinerth, Fritz Cloos: Zur Geschichte der Deutschen in Rumänien 1935–1945. Beiträge und Berichte. Bad Tölz 1988.

> Nach unserer Überzeugung ist dies ein unbestreitbarer Vorteil gegenüber einer Reihe von Autoren, die sich mit den gleichen Ereignissen in schon vorliegenden Veröffentlichungen von wissenschaftlich recht unterschiedlichem Wert beschäftigten, dabei aber nur auf die ihnen zur Verfügung stehenden Berichte und Akten angewiesen waren und zum Teil Missdeutungen zum Opfer fielen.[64]

In Übereinstimmung mit Cloos und dem Vorwortverfasser vertritt Co-Autor Karl M. Reinerth die gleiche Meinung und agiert nach dem irreführenden Motto „Wissensträger sind Gewissensträger": „Ich hoffe, es wird mir recht gegeben: wenn sich schon jemand mit unseren Angelegenheiten beschäftigt, dann sollten das in erster Linie doch wir selbst tun."[65]

Und Cloos selbst äußerte sich als begabter Meister hermeneutischer Verschleierungen in diesem Zusammenhang umständlich, aber deutlich zum gleichen Problem und enthüllte die Eckpunkte seiner Geschichtsphilosophie, die nichts anderes war als ein Plädoyer für Auslassungen und selektive Quellenauswahl, ein Abgrenzungsversuch von der kritischen Historiografie, eine systematische Verharmlosung der völkischen Verstrickungen und eine idyllische Darstellung der „Volksgemeinschaft" sowie die gezielte Stilisierung überzeugter Nazis zu moderaten Nationalisten:

> Die „Arbeitsgemeinschaft für südostdeutsche Volks- und Heimatforschung", zu deren Mitinitiatoren und -begründern vor über 20 Jahren der Verfasser dieses Beitrages gehört, ging in ihrer Forschung zunächst von der „Wort-Methode" (Oral-History) aus, Zeugnisse und Aussagen von Überlebenden aus den Reihen ehemaliger aktiver Teilnehmer am Geschehen des Zweiten Weltkrieges zu sammeln und diese anschließend mit den zahlreichen Veröffentlichungen, aber auch mit den Dokumenten zu vergleichen, die in bundesdeutschen Archiven einzusehen sind. Es kann daher davon ausgegangen werden, daß die gegenwärtig zugänglichen und für diesen Fall wichtigen Unterlagen berücksichtigt sind und damit der von den Historikern geforderten Methode, „alles zu dokumentieren", weitgehend Rechnung getragen wird. Darüberhinaus müssen Erinnerungen sowie private Aufzeichnungen der Erlebnisgeneration überprüfbar dargestellt werden, damit nicht der Eindruck einer Selbstdarstellung oder von Rechtfertigungsversuchen erweckt wird. Es gibt jedoch, zumal in zeitgeschichtlichen Darstellungen, keine rein objektive Betrachtung, selbst wenn man den Leitsatz Rankes nach bestem Wissen und Gewissen berücksichtigt: zu berichten, „wie es eigentlich gewesen".[66]

64 Ebenda, S. VI.
65 Ebenda, S. 120.
66 Ebenda, S. 171.

Operation „Geminei"

Fritz Cloos hatte den Auftrag, den vom national-kommunistischen Ceaușescu-Regime vertretenen Standpunkt in Sachen Geschichte dem ausländischen Publikum in einer geschickt aufbereiteten Form vorzusetzen und schmackhaft zu machen. Nach dem Machtantritt Nicolae Ceaușescus im Jahr 1965 wurde die Geschichte zunehmend zu einem gegen die ungarische Minderheit gerichteten politischen Instrument. Die Aufrechterhaltung einer künstlich aufgeladenen konfliktären Stimmung sollte die rumänische Mehrheitsbevölkerung von den zunehmenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen ablenken. Das Anheizen nationalistischer Instinkte diente andererseits der Legitimation des eigenwilligen nationalen Kurses, den das Regime eingeschlagen hatte und sich auf diese Weise von Moskau und den benachbarten Satellitenstaaten außenpolitisch distanzierte. In diesem Kontext setzte allmählich ein Wiederbelebungsprozess alter nationaler Mythen ein. Gleichzeitig erfolgte eine Wiedereingliederung scheinbar disparater ideologischer Elemente in das landläufige national-kommunistische Weltanschauungsgefüge der offiziellen Propaganda und eine schleichende Rehabilitierung umstrittener historischer Persönlichkeiten.

1968 bereitete das Regime groß angelegte Festlichkeiten vor anlässlich des 50. Jahrestages der Vereinigung Siebenbürgens mit dem „Altreich" (rum. „Vechiul Regat", dem 1859 aus dem Zusammenschluss der Donaufürstentümer Moldau und Walachei hervorgegangenen Königreich Rumänien), wobei die am 1. Dezember 1918 in Karlsburg (rum. Alba Iulia) durchgeführte Volksversammlung in den Mittelpunkt der Feierlichkeiten gerückt wurde. Für eine angemessene Würdigung hatten außer dem offiziellen Propagandaapparat auch die diplomatischen Vertretungen im Ausland und die Securitate zu sorgen. Viele im Auslandseinsatz tätige Agenten erhielten den Auftrag, die publizistische Darstellung der Vereinigung in der westlichen Öffentlichkeit zu beeinflussen, wenn möglich zu steuern und im Sinne der Bukarester Historiografie auszulegen. An der unter dem Decknamen „Geminei" (oder „Gemina") vorbereiteten Securitate-Operation zur narrativen Darstellung der Vereinigung war auch Fritz Cloos beteiligt.[67] Er erhielt den Auftrag, den Herausgebern der *Siebenbürgischen Zeitung* im Hinblick auf die Darstellung der Vereinigung eine bestimmte thematische Akzentsetzung zu suggerieren. Dabei sollte insbesondere die Zustimmung der deutschen Minderheit zur Vereinigung von 1918 in den Mittelpunkt gerückt und die nationalistische Magyarisierungspo-

67 Bericht bezüglich des „Geminei"-Jubiläums vom 11. Oktober 1968. In: ACNSAS, SIE 2732, vol. 13, Bl. 480–481.

litik in der ungarischen Reichshälfte der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie kritisiert werden. Ziel dieser Operation war in erster Linie eine subtile Diskreditierung der ungarischen Minderheit in Rumänien und die raffinierte Verbreitung des Verdachts, die Magyaren seien insgesamt irredentistisch eingestellt und verkörperten aus diesem Grund eine potenzielle Gefahr für den „einheitlichen" rumänischen Nationalstaat.[68]

Cloos hatte unter anderem den Auftrag, die Führung der siebenbürgisch-sächsischen Landsmannschaft und die Herausgeber ihrer Zeitung zu überzeugen, die im Januar 1919 bekannt gemachte Mediascher Anschlusserklärung[69] zur Vereinigung Siebenbürgens mit Rumänien zu veröffentlichen, sowie Schriften und Propagandamaterial zu präsentieren, die in erster Linie für die im Exil lebenden ehemaligen rumänischen Staatsbürger bestimmt waren. Solche Materialien verbreiteten auch die diplomatischen Vertretungen – inklusive der rumänischen Botschaft, die 1967 in Bonn eröffnet wurde, als Rumänien und die Bundesrepublik Deutschland diplomatische Beziehungen aufnahmen. Cloos berichtete ausführlich über seine Bemühungen, die Berichterstattung der Zeitung zum Thema Vereinigung zu beeinflussen, wie seine Vorschläge aufgenommen wurden, welche Diskussionen diesbezüglich innerhalb der Redaktionsleitung stattgefunden hatten.[70] In einem an die Bukarester Zentrale geschickten Bericht der Residentur aus Wien sind die „Konrad" erteilten Aufträge gelistet. Gleichzeitig werden darin die Gespräche mit dem damaligen Vorsitzenden der siebenbürgisch-sächsischen Landsmannschaft, Erhard Plesch, dem Vorsitzenden der banatschwäbischen Landsmannschaft, Michael Stocker, und dem bereits erwähnten Publizisten Hans Hartl zusammengefasst, die in der rumänischen Botschaft mit drei Diplomaten geführt wurden. Es wurde erörtert, wie das 50. Vereinigungsjubiläum publizistisch „markiert" werden könne. In den gleichen Unterlagen wird „Konrad" mit dem Hinweis zitiert, es sei ihm gelungen, Plesch hinsichtlich der publizistischen Darstellung der Vereinigung zu beeinflussen, denn dieser sei immer

68 An der anti-ungarischen Kampagne beteiligte sich auch Hans Weresch (1902–1986, Decknamen „Mayer Iosif", „Rudy"), der 1968 Rumänien verlassen durfte und bis Ende 1978 als Agent im Auslandseinsatz tätig war. Auszüge aus seiner 1975 Adam Müller-Guttenbrunn gewidmeten Monografie, in die „Ratschläge" der Securitate eingeflossen sind, wurden 1976 Ceaușescu überreicht. Vgl. Securitate und Partei. In: *Halbjahresschrift – hjs-online*, 15. Oktober 2011.

69 Anschlusserklärung von Mediaș der Siebenbürger Sachsen, 1919. In: Herder-Institut (Hg.): Dokumente und Materialien zur ostmitteleuropäischen Geschichte. Themenmodul „Ungarn in der Zwischenkriegszeit", bearb. von Zsolt Vitári, <https://www.herder-institut.de/resolve/qid/935.html>, 14.7.2017.

70 Bericht von „Konrad" vom 24. September 1968. In: ACNSAS, SIE 2732, vol. 13, Bl. 541–550.

schon von antiungarischen Gefühlen beflügelt gewesen („este o fire care întotdeauna a nutrit sentimente anti-maghiare").[71]

Das letztendlich in der *Siebenbürgischen Zeitung*[72] veröffentlichte Material umfasste lediglich drei Artikel. Einer davon war rumänienfreundlich, nicht unterzeichnet und informierte lediglich über die Jubiläumsfeier, die von der rumänischen Botschaft organisiert worden war, sowie über die Erklärungen des Botschafters Constantin Oancea und des ehemaligen Rektors der Universität Klausenburg (rum. Cluj-Napoca), Prof. Constantin Daicoviciu. Den zweiten Artikel verfasste der in Österreich lebende und Cloos nahestehende Publizist Otto Rudolf Ließ, ein früheres Mitglied der Presse-, Kultur- und Propagandaabteilung der DViR.[73] Darin wird die Ansprache des rumänischen Botschafters in Wien, Gheorghe Pele, zusammengefasst. Der dritte, ungezeichnete Artikel enthält ebenfalls nur eine Zusammenfassung des Vortrags von Daicoviciu über die Entstehung und Entwicklung des rumänischen Nationalstaates.[74]

Zusätzlich zum Auftrag, die historische und kulturelle Berichterstattung in der bundesdeutschen Landsmannschaftspresse der Rumäniendeutschen zu beeinflussen, betätigte sich Cloos als Lieferant einer Vielzahl wichtiger Informationen über die westdeutsche Auswanderungspolitik und die Rolle des Geheimdienstes (Organisation Gehlen, danach Bundesnachrichtendienst, BND), über die Aktivität von Amnesty International[75] sowie die Tätigkeit der im Exil lebenden Legionäre.[76]

Er folgte außerdem dem Ratschlag der Securitate, keinerlei offizielle Ämter innerhalb der Landsmannschaft anzunehmen. Gleichzeitig wurde ihm jedoch

71 Bericht der Residentur vom 27. September 1968. Ebenda, Bl. 567–570.

72 *SbZ*, Folge 23, 15. Dezember 1968, S. 2.

73 Ließ ist der Verfasser eines 1957–58 entstandenen Berichts über die organisatorischen und politischen Aktivitäten der Deutschen Volksgruppe in Rumänien bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs. In seine Schrift lässt er zahlreiche in der Nachkriegszeit in Umlauf gebrachte Legenden einfließen. Sein Text enthält aber auch einige nützliche und nachvollziehbare Informationen – trotz der offensichtlich geschichtsrevisionistischen Absicht des Autors, das Treiben der rumäniendeutschen Nazis zu verharmlosen. Bericht veröffentlicht in: *Zeitschrift für Siebenbürgische Landeskunde* (2011) H. 2, S. 192–228.

74 Bilanz von „Konrad" bezüglich des Vereinigungsjubiläums. In: ACNSAS, SIE 2732, vol. 14, Bl. 65–68.

75 Bericht aus dem Jahr 1974 (ebenda, vol. 24, Bl. 571) und aus dem Jahr 1976 (ebenda, Bl. 738v).

76 Vergleiche z. B. den Bericht über die Botschaft von Horia Sima an Cloos (ebenda, vol. 14, Bl. 661) bzw. die zahlreichen Berichte über die Kontakte des Agenten mit den in Deutschland lebenden Legionären, Vasile Mailat und Dumitru Leonties sowie dem Cuzisten I. V. Emilian („Aron", „Stănculesu"), dem Herausgeber der von der Securitate gesteuerten Exilpublikation *Stindardul* aus München.

empfohlen, der Sozialdemokratischen Partei (SPD) beizutreten und auf deren Haltung bezüglich der Auswanderungspolitik einzuwirken. Am 30. Januar 1976 wurde Cloos Mitglied des SPD-Beirats für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen.[77] Die Steuerung der Auswanderung sowie die für jeden Übersiedler bezahlten Kopfgelder an die rumänischen Behörden ist jedoch ein anderes Kapitel, in dem Cloos seinen von der Securitate vorgesehenen Part spielte.

Abschließende Bemerkungen

In einem 2004 in der *Siebenbürgischen Zeitung* veröffentlichten Nachruf würdigte Hans Bergel den verstorbenen Fritz Cloos als einen „tatkräftigen und durchsetzungsfähigen Mann", der es „mit dem Hinweis auf seine politisch belastete Biografie" ablehnte, „in öffentlichen Ämtern zu erscheinen", um dadurch nicht „dem Ansehen der Siebenbürger Sachsen" zu schaden. Auch in seiner Arbeitsgemeinschaft, schreibt Bergel, „hielt er sich im Hintergrund, betrieb aber mit der ihm eigenen Energie die Sammlung von Dokumenten und Zeitzeugenberichten über die Epoche vor und während des Zweiten Weltkriegs in Siebenbürgen".[78]

Hermeneutische Umdeutungspraktiken sind leider allzu oft auch in zeithistorischen Darstellungen anzutreffen, die darauf ausgerichtet sind, bestimmte Tatsachen auszublenden, gerade im Zusammenhang mit der multiplen Rolle der Securitate.

Die 1948 gegründete rumänische Geheimpolizei Securitate war nicht nur ein klassisches Repressionsorgan, das dazu diente, die potenziellen und tatsächlichen Feinde des Regimes auszuschalten und jegliche oppositionellen Betätigungen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterdrücken. Bereits in der Zeit des Stalinismus (1948–1964)[79] wurden ihr komplexere Aufgaben zugeteilt, die darauf ausgerichtet waren, das Regime im Inland und im Ausland in einem positiven Bild erscheinen zu lassen. In diesen Tätigkeitsbereich einbezogen wurden sowohl interne als auch externe offizielle und inoffizielle Mitarbeiter. Um das Ausland und insbesondere die im Exil lebenden ehemaligen rumänischen Staatsbürger „positiv zu beeinflussen", wurde Ende

77 Vgl. die Kopie der Ernennungsurkunde, die „Radovan" an die Securitate weiterleitete (ACNSAS, *SIE* 2732, vol. 8, Bl. 450).

78 Hans Bergel, „Brechungen eines Jahrhunderts. Zum Tod von Friedrich Cloos", in: *SbZ*, Folge 8, 20. Mai 2004, S. 7.

79 1965 kam Nicolae Ceaușescu an die Macht. Damit begann eine neue Phase des rumänischen Kommunismus, die sich von der vorausgegangenen Epoche distanzierte und zunehmend auf eine nationalistische Politik setzte.

1955 die ausschließlich für die Auslandsrumänen bestimmte, geheimdienstlich gesteuerte Publikation *Glasul Patriei* (dt. *Stimme des Vaterlandes*; 1972 in *Tribuna României*, dt. *Tribüne Rumäniens*, umbenannt) in Bukarest gegründet. Parallel zur politischen Beeinflussung des Exils entwickelte die Securitate auch eine breit angelegte Strategie, durch geheimdienstlich gesteuerte Aktionen ein bestimmtes Geschichtsbild durchzusetzen, das grundsätzlich dem der offiziellen Historiografie entsprechen sollte. In diesem Kontext bediente sich der Geheimdienstapparat zahlreicher inoffizieller Mitarbeiter, die sich vorzugsweise mit dem von Nicolae Ceaușescu nach 1965 eingeschlagenen nationalistischen Kurs – partiell oder ganz – identifizierten. Die freiwilligen Auslandsmitarbeiter gehörten diversen politischen Richtungen an (ehemalige bürgerliche Politiker, Anhänger der faschistischen Legion oder der NSDAP der DViR, Kirchenleute, Landsmannschaftsfunktionäre usw.). Die kritische Analyse der konkreten Tätigkeiten und Aufgabenbereiche dieser Mitarbeiter an der unsichtbaren Front, zu denen auch Fritz Cloos gehörte, kann zum besseren Verständnis der Nachkriegsepoche und zur Vermeidung totalitärer Fehltritte beitragen.

Between Constraint and Community Service

Transylvanian Intellectual Imre Mikó and the Securitate[1]

STEFANO BOTTONI

This article is part of a larger project about state-society relations in communist Romania focusing on conformity, adaptation and coexistence with the system. Its overall aim is to explore the motivations and patterns of collaboration among the Transylvanian Hungarian minority through the life of lawyer, politician and writer Imre Mikó (1911–1977), a leading personality of that community whose strategy of collaboration will be at the center of this analysis. Reconstructing the unconventional symbiosis that existed between the security organs of a national communist system and a conservative-minded minority intellectual may help to reframe our understanding of state-society relationship in Ceaușescu's Romania. Oversimplifying definitions still attached to late communism in Romania such as "sultanism" or "total control" should be critically reshaped. Ceaușescu's dictatorship might be better explained by the point Stephen Kotkin made about Romania being an institutionalized compromise between the populace and the large "uncivil society" comprised of party cadres, executive authorities and collaborators. That peculiar social body filled the vacuum of the missing political opposition, and forced almost any potential opponent to accept the regime or at least parts of it (such as the political police) as a legitimate partner.[2]

1 This research was made possible by a fellowship of Imre Kertész Kolleg in Jena and through the support of the Hungarian Scientific Research Fund (OTKA, project K-104408).

2 Stephen Kotkin: Uncivil Society: 1989 and the Implosion of the Communist Establishment. New York 2009, pp. 11–16.

The context of a biographical study: collaboration as practice

The point of departure of this article is the state security file produced on a Central European intellectual who lived as a minority suspended between two states (Hungary and Romania) and differing political regimes from the 1920s to the 1970s. The most important source for this study is the ten-volume documentation of the relationship between Imre Mikó and the Romanian state security apparatus. Six of them contain operative investigations carried out on him (Ro. fond informativ), while the other four testify to his confidential work for the Securitate as a professional secret police informer both during the 1950s and, more crucially, in the 1970s (fond rețea).[3] The primary analytical framework is provided by the seminal works of Rogers Brubaker, Holly Case, and Gábor Egry on everyday ethnicity practices in Transylvania.[4] Upon encountering Imre Mikó's story, one is fascinated by how he was able to adapt to the changing political situation with each political change. A closer inspection provides a grasp of his strategies of survival or adaptation, and an understanding of how he continuously worked to rewrite his own past. We can trace this creative process through the Soviet-type self-biographies Mikó was often encouraged, and sometimes forced to write about his life after 1948, with a particular focus on the formation of personality and wartime political attitudes.[5] When dealing with Imre Mikó and the practice of collaboration in the age of extremes, the historian faces a moral panic that might be overcome by unveiling and rationalizing the secret by using Mikó's story as a sort of crowbar to pry open the complex mechanisms of accommodation, collaboration, and political lobbying in an authoritarian/totalitarian society.

3 Material on Mikó can be found in the Romanian state security archives: ACNSAS, Fond Informativ, dosar 235727, vols. 1–6 and Fond Rețea, dosar 182274, vols. 1–4. I also investigated some files belonging to members of his family: ACNSAS, Fond Informativ, dosar 361284 and Fond Rețea, dosar 179592 (both referring to Kornélia Kauntz, his wife); Fond Penal, dosar 051247, Fond Informativ, dosar 574526 and Fond Rețea, dosar 389336 (all referring to József Kauntz jr.); Fond Rețea, dosar 174944 (Ágnes Kauntz, József Kauntz's wife).

4 Rogers Brubaker et al.: Nationalist Politics and Everyday Ethnicity in a Transylvanian Town. Princeton, Oxford 2006; Holly Case: Between States: The Transylvanian Question and the European Idea during World War II. Stanford 2009; Gábor Egry: Etnicitás, identitás, politika. Magyar kisebbségek a nacionalizmus és a regionalizmus között Romániában és Csehszlovákiában 1918–1944 [Ethnicity, Identity, Politics. Hungarian minorities between nationalism and regionalism in Romania and Czechoslovakia 1918–1944]. Budapest 2015.

5 On Soviet subjectivity, see the seminal articles of Jochen Hellbeck: "Working, Struggling, Becoming: Stalin-Era Autobiographical Text". In: David L. Hoffman (ed.): Stalinism: The Essential Readings. Hoboken, NJ 2003, pp. 181–206; id.: "Galaxy of Black Stars: The Power of Soviet Biography" in: *The American Historical Review* 114: 3 (2009), pp. 615–624.

The entangled history of Imre Mikó also refers to the dilemma finely elaborated by Cristina Petrescu of "resistance through culture" during the last decades of Romanian communism, a practice theorized *ex post* by philosopher Gabriel Liiceanu and widely criticized as the epitome of merely symbolic disagreement and the lack of concrete political engagement.[6] In the 1970s and 1980s, "resistance through culture" represented a tolerated form of expressing discontent. It did not comply with the concept that Western scholars had in mind when coining the term "dissident", nor did it correspond to the definition which the critical intellectuals of Central Europe and the Soviet Union adopted for themselves.[7] This life practice can be the best detected in the case of philosopher Constantin Noica, whose collaboration with the communist authorities has been at the center of both scholarly investigation and public debate.[8] In his critical analysis of Noica's personal file, political scientist and former dissident Gabriel Andreescu wonders what the elder philosopher who lived isolated and forgotten in a Transylvanian village after serving a long prison sentence could have gained from collaboration with the political police. Noica asked the officers with whom he had regular contacts to help him to defend Romanian culture threatened with extinction. This claim seems absurd to Andreescu: how could Noica consider the Securitate a dispenser of culture? The only thing that the Securitate could do for the philosopher was to facilitate the granting of passports in favor of his disciples, and the publication of their works.

As a number of Securitate files unveiled in recent years show, commonly used expressions such as "collaboration", or "agent" require serious conceptual reshaping. During the last decades of the communist regimes, significant parts of the Romanian elite worked together with the state security organs in order to influence foreign public opinion. For many, collaboration meant not spying on someone, but trying to achieve some political, national or personal

6 Gabriel Liiceanu: Jurnalul de la Păltiniș: Un model paideic în cultura umanistă [The Păltiniș Diary: A Paideic Model In Humanist Culture]. București 1990, pp. 13–14. An informed critique of the idea of "resistance through culture" in Gabriel Andreescu: Existența prin cultură. Represiune, colaboraționism și rezistență intelectuală sub regimul communist [Existence Through Culture. Repression, Collaboration, and Intellectual Resistance under the Communist Regime]. Iași 2015.

7 Cristina Petrescu: From Robin Hood to Don Quixote: Resistance and Dissent in Communist Romania. Bucharest 2013, p. 34.

8 For early criticism of Noica's stance, see Adrian Marino: Politică și cultură. Pentru o nouă cultură română [Politics and Culture. For a New Romanian Culture]. Iași 1995, p. 84. See also the discussion of Noica's case in Gabriel Andreescu: Cărturari, opozanți și documente: Manipularea Arhivei Securității [Writers, opponents, and documents. The Manipulation of the Securitate Archives]. Iași 2013.

goals with the infrastructural help of the security services.[9] Among the most interesting examples of this, one might recall Silviu Brucan's gradual conversion from early Stalinism to a critical stance on Ceaușescu's ethnocentric and narrow-minded ideological mindset. A senior party officer with a high-ranking diplomatic past as Romanian ambassador to Washington prior to his break with Ceaușescu, Brucan became an influential "dissident". He had long been used by Romanian intelligence as a messenger and informal lobbyist to the United States, where he traveled to teach university courses on the internal dynamics of the communist system. Before every mission to the United States, Brucan was informed about his operational tasks, the most important being neutralization of the campaign launched by the Hungarian émigré community to expose the discriminatory policies of the Romanian government against the Hungarians of Transylvania.[10] A similar job was assigned to to the Chief Rabbi Moses Rosen, who took advantage of his frequent trips to the US and other Western countries to offer his interlocuters, especially international Jewish organizations, an idealized image of the conditions of the Romanian Jewish community, which was actually disappearing through the emigration formally agreed to between Romanian and Israeli authorities.[11]

Noica's commitment in favor of the preservation of Romanian culture at every cost more closely resembles Mikó's ambivalent practices towards a system he never identified with but loyally served for decades as a Russian teacher (1948–1958), bookshop keeper (1958–1969) and, after full rehabilitation, as assistant editor at the "Kriterion" publishing house and informal leader of the Hungarian intellectual milieu (1970–1977).[12] What might have prompted an intellectual belonging to the ill-fated Hungarian minority, who considered Communist ideology foreign to himself, and who suffered significant deprivation in the first decades of communism, to turn to the political police for an audience for his criticisms? A possible interpretative key for unconventional collaboration from a minority perspective is provided by the anthropological

9 For a general overview, see Cristian Vasile: Viața artistica și culturală în primul deceniu al regimului Ceaușescu 1965–1974 [Arts and Culture in the first Decade of the Ceaușescu regime]. București 2014.

10 Radu Ioanid: Dosarul Brucan. Documente ale Direcției a III/a Contraspionaj a Departamentului Securității Statului (1987/1989) [The Brucan File. Evidence from the Counterintelligence Department of the State Security 1987/1989]. Iași 2008, pp. 147–151.

11 On Moses Rosen's operative surveillance, see: Anca Ciuciu: Acțiunea "credinciosul": șef rabinul Moses Rosen și comunitatea evreiască în arhivele C.N.S.A.S Securitații [The "Believer" Action: Chief-Rabbi Moses Rosen and the Jewish Community in the CNSAS Archives]. București 2008.

12 This expression is borrowed from József Lőrincz: Ambivalent Discourse in Eastern Europe. In: *REGIO. A Review of Studies on Minorities, Politics, and Society* (2004), pp. 148–171.

paradigm of liminality. This helps explain how a minority community and those individuals who form them behave in times of heavy political pressure, such as the Stalinist period and the national communist offensive.[13]

This attempt to reshape the collective identity also resulted in a more general self-reflection that caused the new generation of Hungarian intellectuals raised in a minority position after the First World War to put at the center of their goals the idea of "serving the people" given the perceived urgency of rebuilding the ethnic foundations of the Hungarian minority community.[14] The new "minority man" was ontologically supposed to be part of a broader, organic community, guided by a stable set of values, traditions and expectations. Members of the new elite were expected to honestly fulfill their professional duties, while sacrificing their personal advantage in the name of a higher collective interest. Therefore, minority life was to become an everyday struggle to preserve a way of life and the minority's irreducible diversity.[15] The ideology of service to the people was born in the wake of the trauma of Trianon and reached its peak in the 1930s and early 1940s under the influence of very different ideological currents such as Italian fascist corporatism and the social doctrine of the Catholic Church shared by Protestant Hungarian denominations, as well as leftist collectivism and agrarian socialism. After the Second World War and the communist takeover, this "collaborative" mindset survived, albeit emptied of its theological content and became the informal justification for collaborating, or at least coming to terms with the national communist regime of Romania.

Public intellectual and rising star of Transylvanian politics: the "first" life of Imre Mikó

Imre Mikó was born in 1911 into a prominent Unitarian family that had belonged to the Transylvanian Hungarian middle class of Kolozsvár (Ro. Cluj-Napoca, Ger. Klausenburg) since the end of the 19th century. The Unitarian Church had been founded in 1568 in Transylvania by Ferenc Dávid

13 Victor Turner: The Forest of Symbols: Aspects of Ndembu Ritual. Ithaca, New York 1967.

14 György Beke, Ferenc László (eds.): Erdélyi Fiatalok – dokumentumok, viták (1930–1940) Securității [The Magazine Erdélyi Fiatalok – documents and debates (1930–1940)]. București 1986–1990.

15 See the evolution of the related empirical research from the seminal PhD thesis by József D. Lőrincz: Letters to the editor: the values guiding an East European minority during transition. Florence 2001 to the collective volume Nándor Bárdi, Tamás Gusztáv Filep, József Lőrincz (eds.): Népszolgálat. A közösségi elkötelezettség alakváltozatai a magyar kisebbségek történetében [Service to the People. The Changing Forms of Community Advocacy in the History of the Hungarian Minorities]. Pozsony 2015.

and was regarded the most radical Protestant denomination for its rejection of the dogmas of the divinity of Christ and the Trinity of God. Due to its historical connection to the Hungarian etnicity in a multinational region, for centuries the small Unitarian church of Transylvania – counting fewer than 70,000 faithful – has played an outstanding role in the preservation of Hungarian culture too. Over the previous two centuries, the Mikó family had contributed to this tradition with a bishop, a minister of finance and foreign affairs, several noted scholars, and a theology professor among its members. After completing secondary school in 1928, Mikó joined the Faculty of Law of the Romanian University of Cluj, where he graduated in 1934. By that time he had been a leader of the school's reading group and had already published articles in a Unitarian newspaper.[16] His early life was defined by family tradition, as the Mikós had been legal advisors to the Unitarian Church for three generations.[17]

While at university, Mikó founded, together with some like-minded students, a youth branch of the Székely Society, an organization which helped Hungarian students from the most densely Hungarian-inhabited area of Transylvania, the Székelyföld (Ro. Secuime; Ger. Szeklerland) located in the eastern corner of the region. This gave them a forum for discussing the most basic questions confronting Transylvanian Hungarians, and also for issuing projects of social reform and even exploring socialism.[18] During the great depression of the early 1930s, Mikó was briefly personally attracted by Marxism, as were many fellow intellectuals at the time. Traces of dialectical materialism can be found in his first, path-breaking book published at the age of 21, a sociographical study on ethnic coexistence in Transylvanian villages.[19] But ideologically speaking, Mikó was much closer to the social progression fostered by the Hungarian populist movement, and was also influenced by the Romanian scholar Dimitrie Gusti's sociological school at the University of Bucharest.[20]

16 See György Gaál: Mikó Imre pályakezdése az Unitárius Kollégiumban [Mikó Imre's Early Career at the Unitarian College of Cluj]. In: *Keresztény Magvető* no. 2 (2011), pp. 175–190.

17 See in detail his self-biography published immediately after his death: Imre Mikó: A csendes Petőfi utca [The Quite Petőfi Street]. Kolozsvár 1978, pp. 5–134.

18 Sándor Balázs: Mikó Imre. Élet-és pályakép. Kéziratok, dokumentumok (1933–1968) [Imre Mikó. An Intellectual Biography. Manuscripts, Documents 1933–1968]. Kolozsvár 2003, pp. 75–82.

19 Imre Mikó: Az erdélyi falu és a nemzetiségi kérdés [The Transylvanian village and the national question]. Kolozsvár 1932.

20 On the Transylvanian reception of the Hungarian populist movement see István Papp: A magyar népi mozgalom története 1920–1990 [History of the Hungarian national movement 1920–1990]. Budapest 2012, pp. 152–153; on the impact of Gusti's school on Mikó see: Balázs: Mikó Imre, pp. 69–70.

Mikó's juvenile radicalism was soon tempered by experience. As he wrote in 1932 to his cousin and intimate friend Béla Jancsó during a ten-month apprenticeship at the central office of the Hungarian Party:

> These are not times for business as usual, but for active organization. Even so, you still have to earn a living. Politics is like wearing a mask; you can never say exactly what you think if you want to achieve your aim. This is what I'm learning in my current job.[21]

Mikó belonged to the first generation of Hungarian intellectuals who had to confront the trauma of the Trianon Peace Treaty, which meant not only Transylvania's forceful separation from Hungary as a "mother country", but also the vanishing of an imperial national identity.[22] Coming to terms with Romanian rule over Transylvania implied an internal tension between *Realpolitik* and a plea for unmaking the unjust peace settlement. After completing his studies in international law in Budapest and later in Paris, he started a political career in the service of the minority community in the mid-1930s. The Hungarian National Party of Romania appointed him head of its Bucharest office in 1937, when he was just 26.

In 1938, after Charles II, King of Romania introduced a corporative dictatorship amid the dissolution of all existing parties, Mikó remained in the capital as general secretary of the newly established Hungarian minority organization, the Hungarian Popular Community (Hu. Magyar Népközösség), acting under the umbrella of the Romanian National Renaissance Front (Ro. Frontul Renașterii Naționale). His job was the same as before: leading an office for minority complaints. Mikó got into the thick of this non-ideological, highly pragmatic political culture of everyday bargains. He also got to know how the various ministries and agencies really worked, and realized the importance of personal ties to certain bureaucrats, even in order to redress the complaint of a fired railway worker or to obtain a state pension for a retired judge.[23] The active collaboration of part

21 Jancsó Béla hagyaték – Kolozsvár, Erdély-Múzeum Egyesület Kézirattára, 67. tétel: Mások levelei Jancsó Bélához. (Béla Jancsó Files, Society for Transylvanian Museum Manuscript Collection, 67. folder. Letters to Béla Jancsó.) Imre Mikó's letter to Béla Jancsó, Bucharest, 23 January 1932. This and all the following translations are the author's.

22 The intellectual debate of the interwar period on the concept of the homeland has been summarized by Nándor Bárdi: Otthon és haza. Tanulmányok a romániai magyar kisebbség történetéről [Homeland and Fatherland. Studies on the History of the Hungarian Minority in Romania]. Csíkszereda 2015, chapters 4, 5, 8 and 9.

23 His activity as one of the leaders of the Hungarian Popular Community is documented in the ANR, Fond 2240, Președinția Consilului de Miniștri 1925–1958, dosar 1464 (Subsecretariatul de Stat al Naționalităților, 1939 – Cereri și reclamații privind naționalității minoritare). Several documents related to that period ended up in his personal file issued by the Communist political police: ACNSAS, Fond Informativ, dosar 235727, vol. 2, ff. 14–25.

of the Transylvanian Hungarian elite with the Romanian nationalist state was largely debated within the minority press, and Mikó himself was the object of criticism. He answered that the Hungarian Popular Community led by former Hungarian foreign minister Miklós Bánffy had to be regarded as a historical necessity to protect the demographic and economic integrity of the local Hungarian population from attacks by the Romanian far right.[24]

In September 1940, after the Second Vienna Award had returned Northern Transylvania to Hungary, Mikó experienced a major turning point. Although he declared later that he would have preferred to pursue an academic career, he accepted appointment as a member of the enlarged Hungarian Parliament in Budapest as a representative from Transylvania. In May 1941, he also became general political secretary of the newly established Transylvanian Party (Hu. Erdélyi Párt), representing the traditional local Hungarian elite, and he headed the party's central office in Budapest. The years 1940–1944 are a key to understanding Mikó's subsequent collaboration with the communist regime. The short Hungarian intermezzo was also the only moment when Mikó held effective power as a member of the Hungarian political elite. The controversial role he and his party played during these years represented the most powerful source of culpability and social stigmatization after 1944, during his "second life". His strong Transylvanian identity made him view the narrow-minded, socially ruthless Hungarian rule over Transylvania with growing skepticism. Nevertheless, he remained politically committed to a party that stood for Hungarian supremacy in Northern Transylvania as an ally of every incumbent Hungarian government between October 1940 and August 1944. Mikó might have been critical of Horthy's Hungary in private, but never contested what he considered to be the legitimate political and social order.[25]

As scholars have recently pointed out, even before the new archival evidence emerged, Mikó occupied a key position in the party's hierarchy. He could best be described as a "centrist" politician who always tried to hold

24 Imre Mikó: Huszonkét év. Az erdélyi magyarság politikai története 1918. december 1-től 1940. augusztus 30-ig [Twentieth Two Years. The Political History of the Transylvanian Hungarian Community from December 1, 1918 to August 30, 1940]. Budapest 1941.

25 See the op-ed articles written in 1943 and 1944 for the Kolozsvár-based newpaper *Ellenzék*: Magyarság és erdélyiség [Hungarianness and Transylvanianness], 13 November 1943; Erdély ügye [The Issue of Transylvania] , 23 August 1944. Also see the diary of a fellow MP and close friend which was only published in 2014 but circulated for a long time as a manuscript, Sándor Vita: A Hiteltől a Tisztelt Házig: Visszaemlékezés, napló (1934–1944), Országgyűlési beszédek (1943–1944) [From the Hitel journal to the Hungarian Parliament: Memoirs, Diary 1934 –1944]. Ed. and intro by Attila Gábor Hunyadi. Kolozsvár 2014.

together different approaches in the name of Hungarian national interests in Transylvania.[26] He was among the advocates of a "moderate", "legally fixed" anti-Semitism, but during a 1942 parliamentary speech he pushed for radical land reform to be carried out by dispossessing Romanians for the benefit of the local Hungarian middle class.[27] His radical stance towards the sizeable North Transylvanian Romanian community might sound surprising after the compromises he had made in the 1930s. It can still be understood by taking into account the notion of post-Romantic "national essentialism" described by Balázs Trencsényi.[28] The ethnocentric ontology of the nation as a physical body to be preserved and nourished at all costs made any further and even tactical reconciliation between the two nationalizing states struggling over Transylvania impossible after 1940. Although he was personally opposed to the routinization of political violence, Mikó came to share the view that a "viable" solution to the nationality issue in his homeland could be only achieved within the framework of Hitler's "New Europe". Moreover, until Romania's change of sides in August 1944 made every illusion about Hungary's alliance with Nazi Germany collapse, Mikó maintained that it was necessary to preserve the political unity of Transylvanian Hungarians in a right-wing coalition of all national forces.[29] During his entire political activity before 1944, and also his later efforts toward full rehabilitation, Mikó always preferred to work *within* the system, respecting the legal framework. Only after the Romanian antifascist turn of August 1944 did Mikó start lobbying for a separate peace agreement and trying to build a bridge between the

26 Gábor Egry: Az erdélyiség "színeváltozása". Kísérlet az Erdélyi Párt ideológiájának és identitáspolitikájának elemzésére 1940–1944 [The Changing Mood of Transylvanianness. Attempt at an analysis of the Ideology and the Identity Making of the Transylvanian Party]. Budapest 2008, pp. 92–93.

27 Holly Case: Between States: The Transylvanian Question and the European Idea During World War II (Stanford, CA: Stanford University Press, 2009, p.128. See also András Tőth-Bartos "Szórványkérdés és birtokpolitika Észak-Erdélyben 1940–1944 között [Diaspora Issues and Property Politics in Northern Transylvania 1940–1944]", in Nándor Bárdi, Ágnes Tőth (eds): Önazonosság és tagoltság. Elemzések a kulturális megosztottságról [Self-Identity and Differentiation. An Analisys of the Cultural Cleveages]. Budapest 2013, pp. 285–314.

28 Balázs Trencsényi: A nép lelke. Nemzetkarakterogógiai viták Kelet-Európában [The Soul of the People. Debates on the National Character in Eastern Europe]. Budapest 2011, p. 11.

29 Confidential circulars to local branches by the Transylvanian Party's leadership: MNL OL, Fond P-2256 (Béla Teleki Papers), ff. 6–10 (24 July 1943), ff. 166–167/1944 (15 February 1944), ff. 230–231/1944 (without date, but May 1944). See also the personal message of Imre Mikó to the party members of his electoral college in the Székelyland, on the eve of his visit to Székelyudvarhely, ibid., ff. 253–254 (17 May 1944).

bourgeois parties and the persecuted communists, who were supposed to play a key role in postwar Transylvania.[30]

An exemplary prisoner: coming to terms with Soviet communism, 1944–1948

Imre Mikó's "second", mostly hidden and silent life started immediately after the Romanian/Soviet joint liberation of Kolozsvár/Cluj, on 13 October 1944. On that day Mikó was arrested along with another 5,000 people, mostly ethnic Hungarians living in the city and its surroundings, and deported to the forced labor camp of Taganrog, on the Sea of Azov in the Soviet Union.[31] The almost four years spent in Soviet captivity have been the least known episode of his life. According to family members, he never told them any details about what happened there, except some innocent anecdotes.[32] Securitate informants reporting on him during the 1950s and 1960s were also unsuccessful in getting him to talk about this period. In the self-biographies written for the Party and Securitate after his return (1948–1956), he touched only briefly on his captive experience.[33] Twenty years later, he gave a more thorough description of this period of his life in his first meeting with a high-ranking Securitate officer.

Available information shows, however, a degree of political involvement that goes far beyond the struggle for survival (according to one historian, more than a third of all deported civilians from Kolozsvár/Cluj died on the road or in the detention camps).[34] Imre Mikó learned Russian quickly, became an interpreter-translator and, as such, a mediator between the military command and the 6,000 prisoners of camp no. 251. More importantly, he managed to be appointed leader of the antifascist collective created among the Romanian and Hungarian inmates. In this capacity, he lectured on Soviet economic and social achievements, and edited the Hungarian-language wall newspaper. Mikó's new political engagement during Soviet captivity might be corroborated by his

30 Vita: A Hiteltől, pp. 275–295. A general overview of the political situation in Northern Transylvania in late 1944, Mihály Zoltán Nagy-Gábor Vincze: Autonómisták és centralisták – Észak-Erdély a két román bevonulás között (1944. szeptember – 1945. március) . [Autonomists and Centralizers – Northern Transylvania between the Two Romanian Takeovers September 1944 – March 1945]. Kolozsvár, Csíkszereda 2004.

31 János Murádin: "Malenkij robot – Kolozsváriak szovjet fogságban". [Malenki Robot – Citizens of Kolozsvár/Cluj in Soviet Captivity]. In: *Történelem és Muzeológia – Internetes Folyóirat Miskolcon* 2 (2014), pp. 81–85.

32 Interview with Lőrincz Mikó and Zsuzsa Mild (Cluj 2014).

33 ACNSAS, Fond Informativ, dosar 235727, vol. 2, f. 3. Self-biography of "Hunyadi Ioan" (Imre Mikó's first conspirative name). Cluj, 26 June 1953.

34 Murádin: "Malenkij robot", p. 83.

personal file conserved in the Russian State Military Archive (Ru. Rossiiskii gosudarstvennyi voenno-istoricheskii arkhiv, henceforth RGVIA).[35] Unfortunately however, personal files of war prisoners belonging to the antifascist groups are still classified. An informal statement released on the basis of the file only accessible to the RGVIA staff claims that his political activities were appreciated by the camp's authorities.[36]

Secondary literature on prisoners of war in Stalin's USSR helps us understand the content of anodyne expressions such as "active antifascist" and raises further research questions about the role Mikó played during captivity.[37] Working on previously closed sources referring to the activity of antifascist groups, Maria Teresa Giusti shows the active involvement of the Soviet state security apparatus, the People's Commissariat for Internal Affairs (Ru. Naródnyi komissariát vnútrennikh dél, henceforth NKVD), in both monitoring and selecting for recruitment those prisoners who might serve the Soviet cause after returning home.[38] More generally, historians working on Russian sources contend that it was precisely among the inmates admitted to the elite unit of "antifascist groups", the so-called "actives", that the Soviet authorities sought a new, loyal political and cultural ruling class. Mikó himself declared that he was, as a "former member of the Hungarian parliament", the "most interesting inmate" of his camp, and underwent several interrogations about his past activities.[39] It is understandable that the Soviet authorities desired to have him on their side, as a "positive" example of political reeducation to be presented to other Romanian and Hungarian prisoners. Among his belongings, there are even pictures of Mikó speaking to a crowd in a Soviet prisoner's uniform. Military historians asked to comment on these photographs declared themselves amazed that Mikó was allowed to take them home.[40] Most probably, his intention was to provide concrete evidence of his successful political conversion. Private documents, such as the extensive correspondence he sustained

35 Rossiiskii gosudarstvennyi voenno-istoricheskii arkhiv (Russian State Military Archive) Moscow, File (delo) no. 01216098, Imre Mikó.

36 Personal communication by Vladimir I. Korotayev, vice-director of RGVA to Attila Seres, head of the Hungarian Archival Office in Moscow, 24 April 2014.

37 Éva Mária Varga: "Magyar hadifoglyok és internáltak a Szovjetunióban az oroszországi levéltári források tükrében (1941–1956)" [Hungarian War Prisoners and Internees in the Soviet Union in the Mirror of the Soviet Archival Sources 1941–1956], PhD thesis, ELTE University. Budapest 2008, in particular pp. 224–232; Maria Teresa Giusti, I prigionieri italiani in Russia [The Italian prisoners in Russia]. Bologna 2014, pp. 157–204.

38 Ibid., 189–196.

39 ACNSAS, Fond Rețea, dosar 182274, vol. 3, f. 233. Imre Mikó first meeting with Gen. Major Constantin Ioana, chief of Cluj county state security apparatus. Cluj, 10 December 1974.

40 The pictures taken during his captivity are part of the family archives located at Imre Mikó's homeplace in Cluj. The material is currently under catalogization; I had access to it thanks to the courtesy of the Mikó family.

with his family between late 1945 and mid-1948, reveal a high degree of creative adaptation to the new situation.[41] The general tone of the few longer, more articulated messages was not of resignation, but of optimism and commitment to family and community life. Although Mikó knew that his political career was over due to his past, he repeatedly manifested his will to join the newly established Hungarian-language university of Cluj as a law professor and encouraged his wife, Kornélia Kauntz, who incidentally was the daughter of the German consul of Cluj and a former graduate of Vienna Consular Academy conversant in six languages, to keep working in the shoe factory where she had been employed after 1945, and adjust to the "new world we have to live in from now on".[42] Survival in the new situation, the Soviet-type communism introduced to Romania, required a mixture of old and new skills. As a trained international lawyer, Mikó was pragmatically interested in the Soviet nationalities policy and the opportunities it opened for Hungarians in Transylvania to integrate into the new communist Romanian state after Hungary's definitive loss of the region.

Painful setback: from Russian teacher to blackmailed second-class citizen

Starting in the summer of 1948, when he was finally allowed to regain personal freedom, Imre Mikó spent more than twenty years working on a single project: his personal rehabilitation. The polyglot lawyer and rising star of the Transylvanian politics, the habilitated young university professor and brilliant publicist, returned home as a teacher of Russian language and literature in his former Unitarian College, where he was also in charge of the school's library and ideological training.[43]

Russian was his fourth tongue, after German, Romanian and French (English came last in the 1960s, when he was appointed as General Curator of the Unitarian Church and intensified his social life by meeting the international Unitarian movement representatives visiting Romania). Through a curious accident, the former bourgeois politician and member of the "Horthyist parliament" was among the very few persons in Cluj to have a good command of Russian. Intellectual skills, dynamism and exceptional adaptability ensured his successful reconversion into a respected "socialist" citizen.

41 About 200 manuscript letters sent by, or sent to Imre Mikó in Hungarian, Romanian, German and French have been preserved in the family archive.

42 Imre Mikó's letter to Kornélia Kauntz. Taganrog, 22 March 1948.

43 Mikó's teaching and political activity between 1948 and 1958 is carefully documented by the correspondence between his school and the local School Inspectorate. ANDJC, Fond "Sámuel Brassai".

For ten years, Imre Mikó was apparently able to escape the grim fate awaiting most of the Transylvanian Hungarian conservative elite and also a number of prominent left-wing personalities caught in the internal purges: imprisonment, deportation to labor camps and/or total economic deprivation. Although the still young Mikó had turned into a private citizen and was not entitled to take part in the public sphere, his expertise was needed. The ethnic Hungarian philosopher Gábor Gáal, founder of the left-wing journal *Korunk* in the late 1920s, as well as Hungarian communist publicists Ernő Gáll and Edgár Balogh, employed him as a translator of Stalin's and Lenin's works.[44] After graduating from Bucharest's Maxim Gorki Institute in 1954, Mikó held methodological seminars and also became the main author of the first Hungarian-language manual of Russian, published in 1958, just a few weeks before he was fired during a nationwide campaign against "politically unreliable" cadres.[45] For several years, Mikó worked as a storekeeper and street book vendor for the regional press trust, and supplemented his meager salary by providing private lessons and translating.[46] Finally, in 1963, he was promoted to manager of the university bookshop, while in 1964 he was elected General Curator of the Unitarian Church with the decisive agreement of the state's cult inspectorate. In 1969 he was allowed to join a key institution of communist cultural policy, the Writers' Union, and in 1970 his rehabilitation was complete when he was given the decisive support of the ethnic Hungarian party nomenclature as a staff member of "Kriterion", the newly established editing house in charge of literature and poetry of the so-called "cohabitating nationalities" of Romania.

What helped a model citizen with no political ambitions avoid repressions in the early 1950s, and what barred him from full professional rehabilitation for such a long time? For almost three decades, the political police spent a huge amount of time, and human and material resources, unmasking Imre Mikó's "secret" past. For about thirty years and without significant interruptions, dozens of informants were put to "work" on him (eighteen of them have been identified so far). However, until 1970 they could not hand over a single piece of negative information on Mikó's attitude towards the regime.[47] Why did they need to gather so much useless information? The ideological drivers

44 ACNSAS, Fond Informativ, dosar 235727, vol. 3, ff. 126–127.

45 Mikó Imre: Orosz nyelv. Tankönyv a magyar tannyelvű iskolák VIII. osztálya számára [Russian Language. Textbook for 8th Year Pupils attending Hungarian-language Schools]. București 1958; id.: Orosz nyelv. Tankönyv a magyar tannyelvű iskolák X. osztálya számára [Russian Language. Textbook for 10th Year Pupils attending Hungarian-language Schools]. București 1958.

46 ACNSAS, Fond Informativ, dosar 235727, vol. 3, f. 103.

47 See the reports collected on Mikó from the 1960s: ibid., vols. 3 and 5.

of this compulsive inquiry changed from the 1950s, when the Securitate aimed to prevent former elites from "restoring capitalism", to the 1970s when security had a new focus. Then, Mikó's collaboration with the "Horthyist" authorities shifted from personal stigmatization into the concept of a virtual collective enemy: Hungarian irredentism.

In the 1950s, Imre Mikó was recruited twice as a secret informant. On 15 January 1952, Lieutenant József/Iosif Kovács, himself an ethnic Hungarian, wrote the first "operative profile" of the candidate, Mikó, after laborious background work. He described Mikó as "ideologically fit" to work as an informer. During preliminary conversations, Kovács wrote, "we could make up our mind that he wants to change and give his contribution to the building of socialism." This was followed by a psychological remark:

> He is a clever, cautious, man of forethought, the kind of person who is able to invent himself in every system because he is talented, precise and trustworthy. He is an extremely active element, who easily wins the confidence of the interlocutor. He also has some experience in gathering confidential information, because under the Horthy regime [between 1940 and 1944 – S. B.] he got in touch with Swedish journalists, then handed over their information to his left-wing contacts.[48]

The truth of the last sentence is doubtful, for no other mention of this can be found outside this file. However, this poorly trained and almost illiterate young officer had a point. Mikó really wanted to cooperate with the communist state because as a disciplined citizen he accepted its norms, whatever they were. Unfortunately for him, the early Securitate preferred blackmailed secret informants to voluntary helpers of the regime. In February 1952, under the psychological constraint of the choice between cooperation and deportation to the forced labor camps by Danube-Black Sea Canal, Mikó signed his first cooperation agreement with the Securitate and he was assigned the pseudonym "Hunyadi Ioan". He also undertook the task of providing information about the interwar and wartime activity of former colleagues and friends belonging to the Transylvanian Hungarian liberal-conservative elite.[49] The pressure put on him to disclose the "hostile activity" of former fellow party members transformed a seemingly appeased citizen and member of the old elite into a psychologically fragile secret helper. Understandably, the Securitate was not satisfied with his work. His handling officer Kovács also became the object of

48 ACNSAS, Fond Rețea, dos. 182274, vol. 1, f. 72.
49 Ibid., ff. 10–14. Mikó's reports from 1953 and 1954, ff. 47–56.

internal criticism for not gathering enough negative evidence on Mikó, whose case was taken away from him and given to the more scrupulous lieutenant Vasile Lupșă. In April 1955, the new handler placed Mikó under arrest as a war criminal and threatened him with court martial unless he agreed to "work intensively" on the "Hungarian nationalist problem".[50]

Mikó's second forced collaboration between May 1955 and November 1956 was as brief as it is problematic to assess. This time, he knew that despite ongoing de-Stalinization, his personal freedom and the future of his large family depended on full cooperation with the regime. His personal operative file under the new pseudonym "Dumitrescu Ioan" contains valuable evidence. While he never reported on conversations he had with acquaintances, he prepared short and penetrating biographical portraits of over one hundred relatives, friends, colleagues, and members of the old local Hungarian elite.[51] Even if they were mostly neutral and focused on facts, some might have been damaging to persons accused of being members of the Horthy-era military counterintelligence, or of collaborating with its police. Other reports could not be found in his personal file, but copies of them were placed into the operative files opened on other targeted personalities of the Hungarian minority such as Ernő Teleki[52] and György Bethlen,[53] but also foreign citizens visiting Romania such as the Cluj-born Magda Orbán, a Calvinist theologian living in Budapest suspected of gathering "compromising information" on Romania.[54]

After the outbreak of the 1956 Hungarian revolution, Mikó's collaboration came to an abrupt end. This happened on his own initiative, under the growing moral pressure felt as a Russian teacher *and* a secret informant of the Romanian political police in the bloody aftermath of the Hungarian uprising. On November 16 he addressed a long hand-written letter to the first party secretary of Cluj. The text summarized his biography, paying special attention to the left-wing political contacts Mikó claimed he had from the pre-1944 era, and to his professional achievements in communist Romania. Mikó also reminded his distinguished reader that he had never been sentenced for his past activities (and so from a *judicial* point of view he did not have anything to regret). He then concluded his heartfelt appeal by asking for full rehabilitation and also for an end to "harassing him once a week for a certain control", which

50 The interrogation carried out by Lupșă on Mikó: ACNSAS, Fond Informativ, dosar 235727, vol. 3, ff. 26–37 f. Mikó's second self-biography and secret engagement in ACNSAS, Fond Rețea, dos. 182274, vol. 1, ff. 59–62.

51 Ibid., ff. 19–46.

52 Mikó's report on him in ACNSAS, Fond Informativ, dosar 263675, ff. 277–279.

53 Mikó's negative characterization in ACNSAS, Fond Informativ, dosar 0185019, f. 16.

54 Mikó's reports in ACNSAS, Fond Informativ, dosar 234084, ff. 112, 140 and 159.

clearly meant ending cooperation with the Securitate. The result of this highly unusual self-denouncement was predictable. The secret police received a copy of his letter from party headquarters, and excluded him from the agents' network in January 1957 and also started investigating him for "Hungarian nationalism".[55] In the convulsive aftermath of the Hungarian revolt, Mikó's individual gesture of human dignity merged with the overall impact of Soviet intervention and the subsequent beginning of harsh reprisals not only in Hungary, but also in Romania. Here, the repression assumed the character of a political and ethnic cleansing that targeted members of the old elites, especially clergymen, intellectuals and aristocrats.[56]

After losing his job as a school teacher, Mikó was placed under general surveillance as the former leader of a "fascist party". He spent the following decade trying to rise again from the bottom of social ladder. Until the mid-1960s, this task proved extremely difficult, even if he managed to cope with the tight state security control on him. He had become so prudent and suspicious that the Securitate's informants were unsuccessful on a number of occasions when they tried to stimulate political discussions with him. He knew the correct answer to uncomfortable questions. When "incidentally" asked in 1963 by a good friend about the disappearance of bilingual signs in central Cluj, Mikó first shocked his friend by claiming it was high time that the local Hungarians improved their Romanian language skills, and then he switched the conversation to less dangerous topics.[57] But it was not always easy to avoid harassment and compromises. After 1956, the Securitate successfully approached at least two other members of his family. His wife Kornélia, a brilliant woman whose only crime was that she was the daughter of the pre-war German Consul of Cluj, was recruited in January 1959 after an 18-hour interrogation. Until 1965, when she was excluded for "insincerity", she had to report on colleagues at the Dermata/Clujana shoe factory, and also on family acquaintances and "old specialists" of bourgeois origin.[58] Mikó's brother-in-law József Kauntz, an accountant with a university and work record in wartime Nazi Germany, was recruited after suffering two years of administrative detention in 1950–52 to become, in the 1960s, a qualified agent in charge of commercial and political contacts with West German personalities at home and abroad.[59]

55 ACNSAS, Fond Rețea, dos. 182274, vol. 1, f. 76.
56 On the post-1956 repression in Romania, Stefano Bottoni: "Nation-building through judiciary repression: the impact of the 1956 revolution on Romanian minority policy". In: Attila Hunyadi (ed.): State and Minority in Transylvania, 1918–1989: Studies on the History of the Hungarian Community. New York 2012, pp. 403–442.
57 ACNSAS, Fond Informativ, dosar 235727, vol. 3, f. 64.
58 ACNSAS, Fond Rețea, dosar dosar 179592.
59 ACNSAS, Fond Rețea, dosar 389336.

This personal history of collaboration and continuous adaptation to a changing reality after the communist takeover cannot be separated from the parallel vicissitudes of his family and his milieu. For the Mikós, collaboration was not only a tool of survival or a political gesture, but also became a peculiarly shared and collectively familiar experience.

Talking with the system: Mikó's collaboration in the 1970s

The most intellectually engaging period of Imre Mikó's collaboration with the Romanian communist regime was definitely the last one, which started after 1970, when he finally became an assistant editor of the "Kriterion" publishing house. The solution to the puzzle of his return to working as an informer is not to be found in individual privilege, but in the multitude of concessions made to marginalized elite groups during the first "liberal" years of Nicolae Ceaușescu's rule.[60] According to Securitate files, Mikó was pleased by what he rightly perceived as the completion of his long-awaited rehabilitation.[61] On the other hand, his literary appointment had been preceded from 1964 by his election to the post of General Curator of the Unitarian Church (1964–1969). The polyglot and elegantly dressed Mikó played a key role in organizing the celebration in Cluj of the 400th anniversary of his religious denomination in August 1968, an event attended by hundreds of foreign guests, many from the United States.[62] An even more relevant act was the declaration of support for Ceaușescu's independent policy signed by Mikó and other influent personalities of Transylvanian cultural life during the Czechoslovak crisis.[63] On the basis of the available evidence, one may presume that his acceptation of the existing regime relied not on mere opportunism, but on the rationale that a gradual reorientation of Romanian communism from Soviet dependence to a quasi-alliance with the West might have been beneficial to Transylvanian Hungarians.[64] In the 1970s, Mikó turned into an informal leader of his ethnic community, second only to Roman Catholic Bishop

60 Vasile: Viața intelectuală, pp. 129–30.

61 ACNSAS, Fond Informativ, dosar 235727, vol. 6, f. 416.

62 Ibid., ff. 463 and 480.

63 Novák Csaba Zoltán: Aranykorszak? A Ceaușescu-rendszer magyarságpolitikája 1965–1974 [Golden Age? The Hungarian Policy of the early Ceaușescu Regime 1965–1974]. Csíkszereda 2011, p. 51.

64 According to what he told his old friend Zsigmond-Gyallay Pap during their confidential meeting in New York in 1973. Gyallay-Pap reported his conversations with Mikó to József Takács, chief of the Hungarian section of the radio station Voice of America. Gyallay-Pap's letter to Takács, undated but early December 1973 (Teleki Béla hagyatékából, számozatlan doboz, New York, Magyar Ház) [Teleki Béla Private Papers. Unrecorded box. New York, Hungarian House].

Áron Márton, whose prestige exceeded that of any other of its members. Following his political instincts, after forty years Mikó was again involved in the role he excelled in, that of behind-the-scene policy maker. He became the informal advisor to János Fazekas, the highest-ranking Hungarian communist official of the time in Romania: Fazekas was a full member of the Political Executive Committee and Romania's Vice Prime-Minister.[65] From Mikó's perspective, he just regained the social status he always felt he deserved. As part of the official socialist cultural network, he could now influence public opinion by editing historical books about prominent Hungarian intellectuals of the past, by giving interviews, by writing popular articles on a wide range of subjects, including minority rights, and by delivering commemorative speeches at popular universities and religious festivities.[66] His semi-public activity also included active and concrete lobbying that was reminiscent of the old role of "troubleshooter" he played in interwar Romanian political life. He gathered and handed over complaints and collected money and support to renovate churches and (Hungarian) historical monuments, while ceaselessly praising Romanian-Hungarian brotherhood.

From 1971 to 1977, when he died, Imre Mikó was under constant, albeit discrete state security surveillance under the codename "Molnár". The investigation file (Ro. Dosar de urmarirea informativă) opened on him in June 1971 was only closed due to "lack of evidence" after he started to collaborate again.[67] As the Romanian historian Dragoș Petrescu has pointed out, it was precisely the short-lived cultural liberalization and the increased opportunity for travel abroad that stimulated a wave of ideological heterodoxy that challenged the monolithic unity of the Romanian party around 1968.[68] The Securitate perceived a higher level of threat at the time due to the increase of personal contacts, especially with Romanian-born U. S. and West German citizens. Following the changing mindset of the top party leadership and probably working towards it, the state security began to have a paranoid fear of Hungarian nationalism/chauvinism/irredentism (terms often used as synonyms).[69] Every form of

65 In a recent interview (Budapest, 2015) the poet Sándor Kányádi took all the credit for recommending Mikó to Fazekas. It seems however that a key role might have been played by the influential director of the Kriterion publishing house Géza Domokos.

66 His role as a public intellectual after 1970 was even quantitatively impressive. The most up-to-date publication record lists no less than 154 pieces in the period 1970–78: <http://mikoimre.adatbank.transindex.ro/>, 05.11.2017.

67 ACNSAS, Fond Informativ, dosar 235727, vol. 4, f. 184.

68 Dragoș Petrescu: Closely Watched Tourism: The Securitate as Warden of Transnational Encounters, 1967–9. In: *Journal of Contemporary History* 50 (2015) 2, pp. 337–353.

69 See the seminal article published in the internal bulletin of the Romanian political police describing the specificity of the hostile activity carried out by citizens of Hungarian ethnic background: Major Ludovic Kiss: Particularități ale activității ostile dusă de persoane din

"Hungarian" complaint could be countered with this standard accusation. When in 1971 János Fazekas asked Mikó and János Demeter, then professor of law at Babeș-Bolyai University of Cluj, to draft a minority code, the Securitate was alarmed, because of the growing ethnic solidarity they perceived between the Hungarian communist apparatus and the traditional bourgeois intelligentsia to which Mikó belonged.[70] The powerful image of an ideological short circuit was conveyed and even fueled by a number of Hungarian informants, the most influential of whom was the historian and political activist Lajos Jordáky, followed by the literary critic István Szőcs.[71] Intellectuals from a working-class background were not happy about the public comeback of a prominent member of the pre-war conservative elite who cast a shadow over genuine worker culture. They repeatedly warned the Securitate that old-school intellectuals were hijacking the whole Transylvanian Hungarian culture under the flag of an inherently reactionary project: the reification or, better put, the "patrimonialisation"/"her itagisation"[72] of an idealized Hungarian past, obtained by turning back the clock to the 1930s nationalist ideology of "serving the people". What was worse was that they were doing so with the consent of leading party officials.

Unlike in earlier times, Mikó's provision of secret information as an informant after 1970 was gradual and seemingly voluntary. His bargain with the Securitate was not about personal freedom and physical survival, nor just a figment of his education, nor merely made out of respect for authority. It was a power game related to service to a collective entity identified as the Hungarian community of Transylvania. Service, here, also meant complying with rules and making moral compromises. When a law was published in 1971 requiring Romanian citizens to report any conversation they might have with foreign citizens,[73] Mikó obediently fulfilled the obligation and started reporting on visitors he

rîndul naționalității maghiare [Specific Features of the Hostile Activity Carried Out by Persons Belonging to the Hungarian Nationality]. In: *Securitatea* no. 3 (1969), pp. 28–33.

70 Draft in ACNSAS, Fond Informativ, dosar 235727, vol. 6, ff. 229–230.

71 Starting from 1968, Jordáky regularly informed both the party leadership and the Securitate about "negative tendencies" affecting Transylvanian Hungarian cultural life. His most relevant reports on Mikó under the codename of "Ion" in: ibid., ff. 202–203 (15 August 1972), ff. 160–172 (22 December 1972), ff. 104–116 (5 March 1973). Szőcs, codenamed in this period "Tatár Péter", reported several times on Mikó's ideological diversion: ibid., ff. 54–59, 154–5, 242–243.

72 On this concept, see François Hartog: Régimes d'historicité, Présentisme et expériences du temps [Regimes of Historicism. Present Age and the Experiences of Time]. Paris 2003.

73 Alina Ilinca, Liviu Marius Bejenaru: Secretomanie și controlul informațiilor în România socialistă (1965–1989) [Secretomania and the Control of Information Flow in Socialist Romania 1965–1989] In: Arhivele Totalitarismului 3–4 (2006), pp. 146–157. <http://www.cnsas.ro/documente/istoria_comunism/studii_articole/activitati_plan_intern/Secretomanie%20si%20controlul%20informatiilor.pdf>, 25.10.2015.

received from Hungary, the United States, and West European countries.[74] In 1973, collaboration became closer and more demanding. Mikó had been invited by an old friend, the Unitarian priest and former Hungarian Member of Parliament in 1945–47 Sándor Szent-Iványi, to undertake a conference tour in the United States. The Securitate was long undecided whether to support Mikó's journey, when its political content was ambiguous, even if the official topic of the planned talks was seemingly innocent: the biographic genre in the Transylvanian literary tradition. The Securitate's Cluj County branch even engaged in a rare disagreement with central authorities in order to prevent Mikó from getting a passport: they reported to Bucharest that "he is known for nationalist-irredentist beliefs and hostile attitude towards our socialist order", but nevertheless Mikó was finally granted an exit visa due to the personal intervention of Fazekas.[75]

The one-month journey to the United States represented a turning point in the relationship between Mikó and the Securitate. In January 1974, he handed over an eight-page typewritten report to Major Florian Oprea,[76] the officer responsible for the "nationalist-irredentist" problem at Cluj County Securitate and the personal handler of dozens of intellectuals. The paper described not only the circumstances of his invitation on the behalf of the American Hungarian Library and Historical Society, but also the discussions held with the members of the audience, mostly members of the old Hungarian elites who considered him a "good Hungarian". According to them, Mikó deserved to be admitted to Hungarian House in New York, as he was on 15 November 1973, when he spoke before almost 200 persons as the first guest to Hungarian House from Romania. Several months before, the same privilege had been denied to the "communist" group of Transylvanian writers (András Sütő, Árpád Farkas, Sándor Kányádi, Győző Hajdu and "Kriterion director Géza Domokos) who were visiting the United States for the first time amid controversies surrounding their committment to the regime. The most interesting part of Mikó's report was the section of biographical portraits of sixteen leading personalities of the Hungarian diaspora whom he had met during his tour of Hungarian-inhabited cities. Mikó provided the Securitate with fresh insights on the internal cleavages between "reactionaries" and "liberals", alleged that some had FBI links, and also explained to the Securitate which of these groups "could be useful to us". Mikó clearly purposedly used the plural as a mark of his grasp of the linguistic code system of Romanian national communism.[77]

74 ACNSAS, Fond Informativ, dos. 235727, vol. 6, ff. 419–420.
75 Ibid., ff. 534–546.
76 Florea's cadre file: ACNSAS, Fond Cadre, dosar O-102.
77 ACNSAS, Fond Informativ, dosar 235727, vol. 6, ff. 42–49.

Until 1974, Mikó's new position as an informal and occasional collaborator did not imply regular meetings with handling officers, or any formal task. Only in January 1975 did the local Securitate report that Mikó had been recruited "in the absence of any formal engagement" (Ro. recrutat fără luare de angajament), a jargon expression referring to highly qualified informers who had been used to promote or defend the external image of Romania in the West.[78] In early 1976, under the guidance of his handling officers Mikó (codenamed either "Micu" or "Marcu") managed to be invited on a tour of conferences by István Szépfalusi, a Protestant priest who had settled in Vienna after 1956 to become a leading figure of the Hungarian diaspora, with excellent connections in the Austrian government and diplomacy.[79] The result of this effort was Mikó's one-month trip to West Germany, Austria and Switzerland, on which he was accompanied by his wife in the spring of 1976. This time, Mikó's operative goals had been jointly set up in advance by the local Securitate and the foreign intelligence unit. A Securitate agent living in Austria, the journalist István Tartler Baróti codenamed "Timár", visited Mikó to give him a copy of a book recently published on the Transylvanian ethnic issues by one of Mikó's old friends, the publicist Elemér Illyés.[80] According to the plan issued by the state security, Mikó undertook the task to "review" the book, which he considered dangerous for its blunt criticism of Romanian nationalities policies, to visit Illyés at his home in West Germany, and to convince Illyés to take advantage of Mikó's assistance in the preparation of a "more objective" new edition.[81] On his return, Mikó produced a report rated of the highest operative interest by the Securitate's foreign intelligence section.[82] The Securitate was aware that the presence of Mikó at meetings of the Western Hungarian diaspora would help dismiss allegations of mistreatment of the Transylvanian minority. Mikó's credibility was enforced by his post-1944 personal story of deprivation. Most people listening to him had not known him personally before, but all had heard that he was a respectable member of the old Transylvanian society, who had been persecuted precisely for not being communist and pro-Romanian.

This meticulous attempt to "positively influence" the Hungarian émigré community reflected the impact of the first major setbacks suffered by Romania's foreign image after the country's opening to the West, between 1976 and

78 ACNSAS, Fond Rețea, dosar 182274, vol. 2, f. 36.
79 Ibid., vol. 3, f. 97.
80 Ibid., f. 159.
81 Ibid., ff. 166–170.
82 Mikó's report in: ibid., ff. 36–48. For the foreign intelligence's evaluation, see ibid., vol. 2, ff. 11–12.

1978. Young educated people belonging to the second generation of Hungarians living in the Western diaspora started unprecedented mass mobilization to protest against Romania's abuses of the Transylvanian Hungarian minority.[83] In 1976 and 1977, several well-attended and widely publicized campaigns were organized in the US, where Congress was discussing the renewal of the Most Favored Nation clause granted to Romania in 1975. These campaigns inflicted a blow on the US policy of support for the Ceaușescu regime, and provoked distress among formerly confident Romanian authorities. Mikó, like many senior members of Transylvania's political elite such as his former party boss Béla Teleki (with whom he talked before his US trip and later in May 1976), was opposed to demonstrations of open dissent.[84] In accordance with the official Romanian line, he continued to argue that any complaints should be discussed and solved within the existing framework. Mikó was then used, with his full consent and approval, as a channel to "temper" the diaspora, for whom the worsening situation of the Hungarian minority in Romania was becoming a pressing issue, and even a potential bridge to Kádár's Hungary. As Mikó argued in his analysis of the Western European Hungarian émigré community, the Romanian state should have started a dialogue with those "democratically minded" groups and individuals who looked at the Transylvanian issue in "realistic terms".[85]

In the last years of his life, Imre Mikó became a qualified, highly appreciated informant for the Securitate although he never officially adhered to communism, nor substantially changed his mind over Transylvanian issues. For its part, the Securitate never stopped regarding him as a potential threat, due to his former ties to the now remote right-wing nationalist past. Nevertheless, Mikó accepted the notion that being a non-communist authority behind the scenes suspended between the external perspective of the outsider and the embeddedness of the insider implied a triple commitment. First, there was his commitment to public community work as editor of the major Hungarian printing house and curator general of the Unitarian church, an honor he resumed in 1973 and held until his death. Second, there was his semi-formal and confidential personal advice to deputy prime minister and Executive Political Committee member János Fazekas. Last but not least, there was his secret dialogue with the political police on a wide range of ideological and political issues.

---

83 The most notable case was the foundation in early 1976 of the New York-based Committee for Human Rights in Romania (CHRR).

84 ACNSAS, Fond Rețea, dosar 182274, vol. 3, f. 27.

85 Ibid.

The pragmatic reasons for Mikó's final cooperation with the Securitate stemmed from a mental mindset that resulted from a life-long experience of an unequal relationship with authoritarian or totalitarian political structures. For Mikó, collaboration with the legitimate authorities, regardless of the ideological system they represented, was part of the business of a political person like himself. He repeatedly expressed in public and private his dislike of the primitive culture of Romanian national communism, even if he appreciated the Romanian pro-Western and anti-Russian foreign policy in comparison to the Kádár regime's servile obedience to Moscow.[86] Most Hungarian intellectuals in Transylvania showed growing admiration for Hungary's economic achievements and the social peace guaranteed by Kádár's internal consolidation. However, Mikó seemed to share the negative perceptions that were stirring and expressed by populist Hungarian intellectuals such as Gyula Illyés, László Németh and János Kodolányi, with whom he felt more akin. After the first visit Mikó paid to Hungary after the war, in 1971, he maintained that Hungary was no better place to live than Transylvania, and that consumerism there was killing national values.[87]

The most intriguing feature of Mikó's effective cooperation with the Romanian Securitate is represented by the long series of meetings with Major General Constantin Ioana, the chief of the Cluj county state security branch.[88] Mikó and Ioana met no less than 16 times, between December 1974 and August 1976, usually in Ioana's office in Cluj's Traian Street. A tape recorder helped Securitate staff to prepare lenghty handwritten minutes of every talk.[89] Why did Mikó agree to talk to the well positioned representative of a system he never felt really part of? And what might have been the Securitate's expectations of a man described as "influential", "extremely clever" but also labeled "deeply nationalist"? The Ioana–Mikó talks of the mid-1970s are a first-rate source for the study of accomodation techniques during late socialism. The senior officer was well aware of the intellectual stature and political experience of the man standing before him, and he did not ask Mikó for information. He accepted the idea that Mikó used these regular meetings to carry on political

86 Ibid., f. 221.

87 ACNSAS, Fond Informativ, dosar 235727, vol. 6, f. 251.

88 Ioana's cadre file: ACNSAS, Fond Cadre, dosar 00037.

89 Transcript of talks in ACNSAS, Fond Rețea, dosar 182274, vol. 3, ff. 216–233 (10 Dec. 1974), ff. 189–202 (26 Dec. 1974), ff. 203–215 (14 Jan. 1975), ff. 176–188 (5 May 1975), ff. 147–157 (18 July 1975), ff. 136–144 (15 Oct. 1975), ff. 124–135 (28 Oct. 1975), ff. 114–122 (26 Dec. 1975), ff. 106–112 (13 Jan. 1976), ff. 97–106 (19 Feb. 1976), ff. 131–135 (24 Feb. 1976), ff. 159–176 (5 March 1976), ff. 66–70 (17 Apr. 1976), ff. 49–65 (24 May 1976), ff. 14–22 (9 Aug. 1976); ibid., vol. 4, ff. 2–8 (16 Aug. 1976).

conversations about current issues. A wide range of sensible topics such as concrete pledges of fealty from the Hungarian minority, worsening bilateral relations with Hungary, or the negative impact of the emigration of more and more Hungarian intellectuals were discussed by the two with a surprising degree of openness. Mikó explained to Ioana why Bucharest was wrong to restrict the Hungarian cultural and educational network. According to him, growing state-sponsored nationalism was uselessly radicalizing the stance of valuable left-wing intellectuals who might have been, or used to be, loyal citizens and close political allies.

Increasingly concerned about the nationalist turn of the Ceaușescu regime after 1974, Mikó used the only instrument of moral suasion available to him as a non party-member: personal contact. He probably hoped that his message would be transmitted to the top political level, and improve the overall condition of the Transylvanian Hungarian community. Unfortunately, there is no evidence of bottom-up internal communication of the political messages Mikó transmitted to the Securitate. The eventual impact of his informal lobbying cannot yet be assessed. Nevertheless, some tentative lessons can be drawn from his case and brought to the historical debate. The first is the difficulty of applying to it definitions and analytical categories in use hitherto. Departing from Lynne Viola's discussion of power techniques of the Soviet-type regimes,[90] one has to conclude that expressions like "perpetrator" or "victim" do not reflect the extreme complexity of this biography. The moralistic insistence inherent in the notion of "opportunism" is also of little help in trying to explain how Imre Mikó was able to work with mutually incompatible political regimes without becoming a "man without face" or a political puppet. One interpretative key might be found in the notions of service and embeddedness. From the 1930s to the late 1970s, Mikó chose to act according to the formal rules required by the political system he was living in. This personal stance necessarily implied a wide range of compromises. The analysis of this story of collaboration and mutual distrust between a déclassé member of the elite and the dogmatic representatives of Romanian national communism may help us grasp the more general evolution of power techniques from open brutality to sophisticated manipulation. At the same time, long-period biographical analyses of former conservative personalities who joined the communist intelligence network might help us follow the trajectory from moral rejection of the regime to a critical accommodation to it.

90 Lynne Viola: "The Question of the Perpetrator in Soviet History". In: *Slavic Review*, 72: 1 (2013), pp. 1–23.

„Mein liebes kleines Ungeheuer!“[1]

Berliner Lesben im Visier der Staatssicherheit. Ein Werkstattbericht[2]

BARBARA WALLBRAUN

Vorbemerkungen

Auch mehr als 25 Jahre nach der deutsch-deutschen Wiedervereinigung erfolgt die Aufarbeitung des Themenkomplexes Lesben in der DDR sporadisch. Demzufolge gibt es kaum Untersuchungen oder Materialien dazu, welche Bedeutung lesbische Frauen für die Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik hatten.

Im Zuge meiner Recherchen für einen Dokumentarfilm über „lesbisches L(i)eben in der DDR“[3] stellte ich im Sommer 2013 in der Leipziger Außenstelle des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) einen Medienantrag auf Einsicht in Akten zu diesem Thema. Ich wollte zum einen herausfinden, ob es Lesben gab, über die Berichte geschrieben wurden, und ob es zum anderen lesbische Frauen gab, die sich in den Dienst des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) stellten und entsprechende Berichte verfassten. Und nicht zuletzt wollte ich der Frage nachgehen, ob neben Informationen zu Treffen von lesbischen Aktivistinnen auch solche über die Privat- und Intimsphäre von Frauen gesammelt wurden. Das Ausmaß des vorgelegten Materials überraschte mich: Auf über 2.000 Aktenseiten habe ich Antworten gefunden auf meine Fragen. Es war ein Puzzle, das sich langsam zusammensetzte, wodurch die Akten der Staatssicherheit zu wertvollen Zeitdokumenten für mich wurden.

---

1 IM-Akte „Maria Jahn“. In: BStU, MfS, BV Frankfurt a. d. Oder, AIM, Nr. 412/70 – Arbeitsakte, Bl. 88.

2 Weitere Ergebnisse zu diesem Thema siehe auch: Barbara Wallbraun: Lesben im Visier der Staatssicherheit. In: Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt, Gunda-Werner-Institut Berlin (Hgg.): Das Übersehenwerden hat Geschichte. Lesben in der DDR und in der friedlichen Revolution. Halle, Berlin 2015, S. 26–49.

3 Barbara Wallbraun: Uferfrauen. Lesbisches L(i)eben in der DDR. Ein Dokumentarfilmprojekt. Vgl. hierzu: <www.uferfrauen.de>, 7.12.2017.

Ursprünglich war ich auf der Suche nach einer Geschichte für meinen geplanten Dokumentarfilm, wurde aber wiederholt für Vorträge zum Thema angefragt. So auch im Rahmen der Fachtagung „Aus den Giftschänken des Kommunismus", deren Beiträge im vorliegenden Band versammelt sind. Da ich anfänglich nicht von einem wissenschaftlichen Standpunkt aus geforscht habe, erhebt dieser Beitrag keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern will einen ersten Einblick in dieses kaum erfasste Forschungsgebiet geben.

Thematische Einführung

Gab es in der DDR überhaupt Lesben? Diese Frage ist bewusst provokativ gewählt, weil ein immer noch bestehendes Vorurteil besagt, dass es in der DDR keine oder wenige Lesben gab, und Homosexualität oftmals nur mit schwulen Männern assoziiert wurde. Lesben waren „unsichtbar" und somit uninteressant – scheinbar.

Trotz fehlender öffentlicher Informationen über Lesbianismus gab es gleichgeschlechtlich liebende Frauen. Vielerorts wurden zarte Kontakte geknüpft. Die Frauen trafen sich oftmals nur in privaten Kreisen, da weder in kleineren noch in größeren Städten offizielle Anlaufstellen existierten. Dies änderte sich ab 1982, als in Leipzig unter dem Dach der evangelischen Kirche der erste Arbeitskreis Homosexualität[4] gegründet wurde, der als Vorläufer für eine überregionale und organisierte homosexuelle Bewegung in der DDR anzusehen ist. Die evangelische Kirche konnte nach einem Abkommen mit der DDR-Regierung Ende der 1970er-Jahre ihre Räumlichkeiten für Gruppen zur Verfügung stellen, ohne dafür belangt zu werden. Das war besonders für homosexuelle Gruppen wichtig, da diese beispielsweise keine Vereine gründen durften und somit auch keinen Zugang zu Orten der öffentlichen Begegnung hatten. In Leipzig wurde der Arbeitskreis maßgeblich von dem schwulen Theologiestudenten Eduard Stapel und weiteren Mitstreiterinnen und Mitstreitern initiiert. Die Variante, sich in evangelischen Studentengemeinden zu treffen, war legal, auch wenn beispielsweise Druckerzeugnisse aus diesen Reihen nur unter der Hand weitergegeben wurden. Im Gegenzug hieß dies bedauerlicherweise, dass nur ein kleiner Kreis von Lesben und Schwulen von diesen Treffen wusste und der Zugang vielen (nicht kirchlichen) Homosexuellen durch Nichtwissen verwehrt blieb. Trotzdem entstan-

4 Der erste Arbeitskreis Homosexualität wurde 1982 in der evangelischen Studentengemeinde in der Leipziger Alfred-Kästner-Straße gegründet und war bis 1989 Vorbild für DDR-weit insgesamt 15 Arbeitskreise, die sich in Räumlichkeiten der evangelischen Kirche zusammenfanden.

den innerhalb weniger Jahre in allen größeren Städten der Republik Arbeitskreise, die themenbezogen tätig waren und Austauschmöglichkeiten für Lesben und Schwule boten. Es gab aber auch Bestrebungen, außerhalb der evangelischen Kirche eine Öffentlichkeit für Lesben und Schwule zu erkämpfen. Der Berliner Sonntags-Club[5] beispielsweise wollte homosexuelle Interessen mit staatlicher Anerkennung durchsetzen und Kommunikations- und Aufklärungszentren schaffen.

Durch eine stetig wachsende Vernetzung ab Anfang der 1980er-Jahre konnten Lesben auch überregional zusammenfinden. Die fehlenden logistischen Voraussetzungen, etwa Kopierer zur Vervielfältigung von Programmen, wurden durch improvisierte Kreativität ausgeglichen. So konnten Frauenfeste und Ausflüge organisiert werden und bei Kirchentagen gab es Stände von lesbischen Gruppen. Alle diese Treffen waren eigenorganisiert und erfuhren keinerlei staatliche Unterstützung. Denn für die Staatssicherheit waren diese Zusammenkünfte suspekt, es wurde befürchtet, dass sich hier „feindlich-negative Kräfte" zusammenschließen und dem Staatsgebilde durch vermeintlich oppositionelle Tendenzen schaden könnten. Da diese Zusammenkünfte vorerst außerhalb des Kontrollgebiets des Staates lagen, war eine Überwachung erforderlich. Doch nicht erst mit Entstehung der Arbeitskreise Homosexualität installierte die Staatssicherheit der DDR Informantinnen und Informanten zur Überwachung von Lesben.

Die Recherche

Während meiner Recherche hatte ich kaum eindeutig zuweisbare Namen zur Verfügung, daher ist diese Abbildung sinnbildlich zu verstehen. Alle Klarnamen[6] sind geschwärzt. Klarnamen, die in den Akten zu diesem Thema auftauchen, erfahren nach dem Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz) eine besondere Handhabung. Dies gilt für alle überwachten Betroffenen. Da Informationen über die sexuelle Veranlagung eines Menschen in die Privat- und Intimsphäre eindringen, sind sie laut Gesetz schützenswert. Akten werden nur mit geschwärzten Realnamen herausgegeben, in diesem Fall also auch die Namen der Täterinnen und Täter.

In den ersten Monaten der Recherche in der BStU habe ich zahlreiche allgemeine Akten zum Thema gelesen, die sich zum Beispiel mit Lesben,

5 Zur Geschichte des Sonntags-Club vgl. dessen Eigendarstellung unter: <http://www.sonntags-club.de/wir/geschichte.html>, 7.12.2017.

6 Hiermit sind – im Unterschied zu Decknamen – die realen Namen von Personen gemeint.

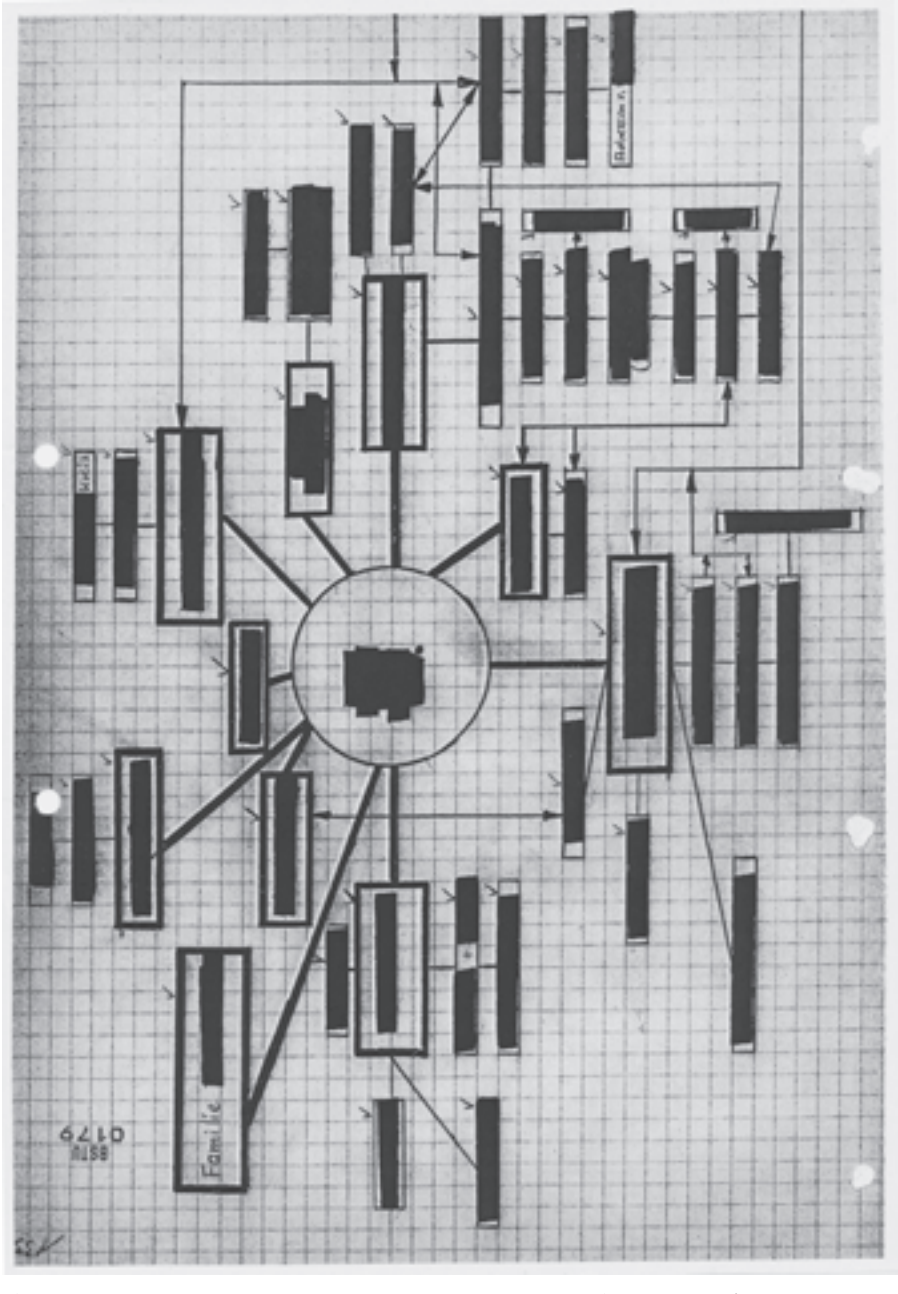


Abb. 1: Verbindungsübersicht überwachter Personen aus der Akte „Maria Jahn“; BStU, MfS, BV Frankfurt a. d. Oder, AIM, Nr. 412/70 – Personalakte, S. 179

Schwulen, den Positionen der evangelischen Kirche und den Arbeitskreisen Homosexualität befassen. Hieraus ergaben sich erste Rechercheansätze, um den Decknamen von lesbischen inoffiziellen Mitarbeiterinnen (IM) auf die Spur zu kommen. Denn es war klar, dass sich hier die wirklich wichtigen und interessanten Berichte finden würden, da diese zum Großteil von den IM persönlich verfasst worden waren. Diese Inhalte wollte ich herausfiltern, um zu erkennen und zu verstehen, wie lesbische IM berichteten, was sie dazu bewegte, für die Staatssicherheit zu arbeiten, und welche Frauen sich für eine solche Tätigkeit bereit erklärten. Durch die Decknamen, auf die ich nachfolgend eingehen werde, und inhaltlichen Zusammenhänge, die ich aus den Akten erschlossen habe, konnte ich mir ein Bild davon machen, wie stark in homosexuellen Kreisen gespitzelt wurde.

Anwerbung durch die Staatssicherheit[7]

Eine Kontaktaufnahme von hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit einer für die inoffizielle Mitarbeit interessanten Person ereignete sich oftmals unaufgeregt. Die in einem IM-Vorlauf [8] auf ihre Tauglichkeit überprüften Personen wurden unter einem Vorwand ins Polizeirevier bestellt, manchmal wurden sie auf dem Weg von der Arbeitsstelle, Schule etc. zu einem Gespräch in ruhiger Atmosphäre gebeten. Hier wurden für Außenstehende vermutlich recht beiläufig und unverbindlich erscheinende Unterhaltungen geführt. Sie dienten dem Zweck, diese Personen auf eine potenzielle Mitarbeit unter den Aspekten der ideologischen Gesinnung und politischen Überzeugung, der Charakterfestigkeit, teilweise auch der intellektuellen Eignung zu prüfen. Über diese Treffen hatten alle Beteiligten absolutes Stillschweigen zu wahren, was auch schriftlich festgehalten wurde. Inwiefern in dieser Instanz die Stasi-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter Druck ausübten, wird aus den mir vorgelegten Akten nicht ersichtlich.

Angeworben wurden Personen aus allen Gesellschafts- und Bildungsschichten. Bei der Kontaktaufnahme und Einschätzung waren die genannten Attribute ausschlaggebend für einen zukünftigen Einsatz als IM. Inoffizielle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, so auch für lesbische Kreise angeworbene, wurden nicht nur auf eine Person, sondern parallel auf mehrere Personen bzw. Gruppen angesetzt, hatten also mehrere Arbeitsaufträge zu erfüllen. Mithilfe dieser angeworbenen Personen war es möglich, operativ interessante Zielper-

7 Ausführlich hierzu vgl. Wallbraun: Lesben im Visier der Staatssicherheit.
8 Hierbei handelt es sich um eine umfangreiche Ermittlungsarbeit seitens des MfS über den potenziellen IM und sein Umfeld.

sonen, deren Verbindungen sowie Vorhaben und Bestrebungen in Erfahrung zu bringen. Üblicherweise wurde die für eine Mitarbeit interessante Person in einem IM-Vorlauf mehrere Wochen und Monate auf ihre Eignung geprüft. Ein IM-Vorlauf des MfS bezeichnet eine „Person, die mit dem Ziel der Gewinnung zur inoffiziellen Zusammenarbeit in einem Vorgang erfasst war".[9] Dieser IM-Vorlauf wurde dann in eine Zusammenarbeit, einen sogenannten IM-Vorgang, umgewandelt und der IM-Kandidat zum „inoffizielle[n] Mitarbeiter à konspirativ und in der Regel unbezahlt tätiger Informant des MfS, vor allem zur Überwachung und Beeinflussung seines Umfeldes: flächendeckend und in allen Bereichen der Gesellschaft […] eingesetzt".[10]

Bei dem von mir gewählten Beispiel verhält es sich ein wenig abweichend, wie im Folgenden dargestellt wird.

„Maria Jahn"

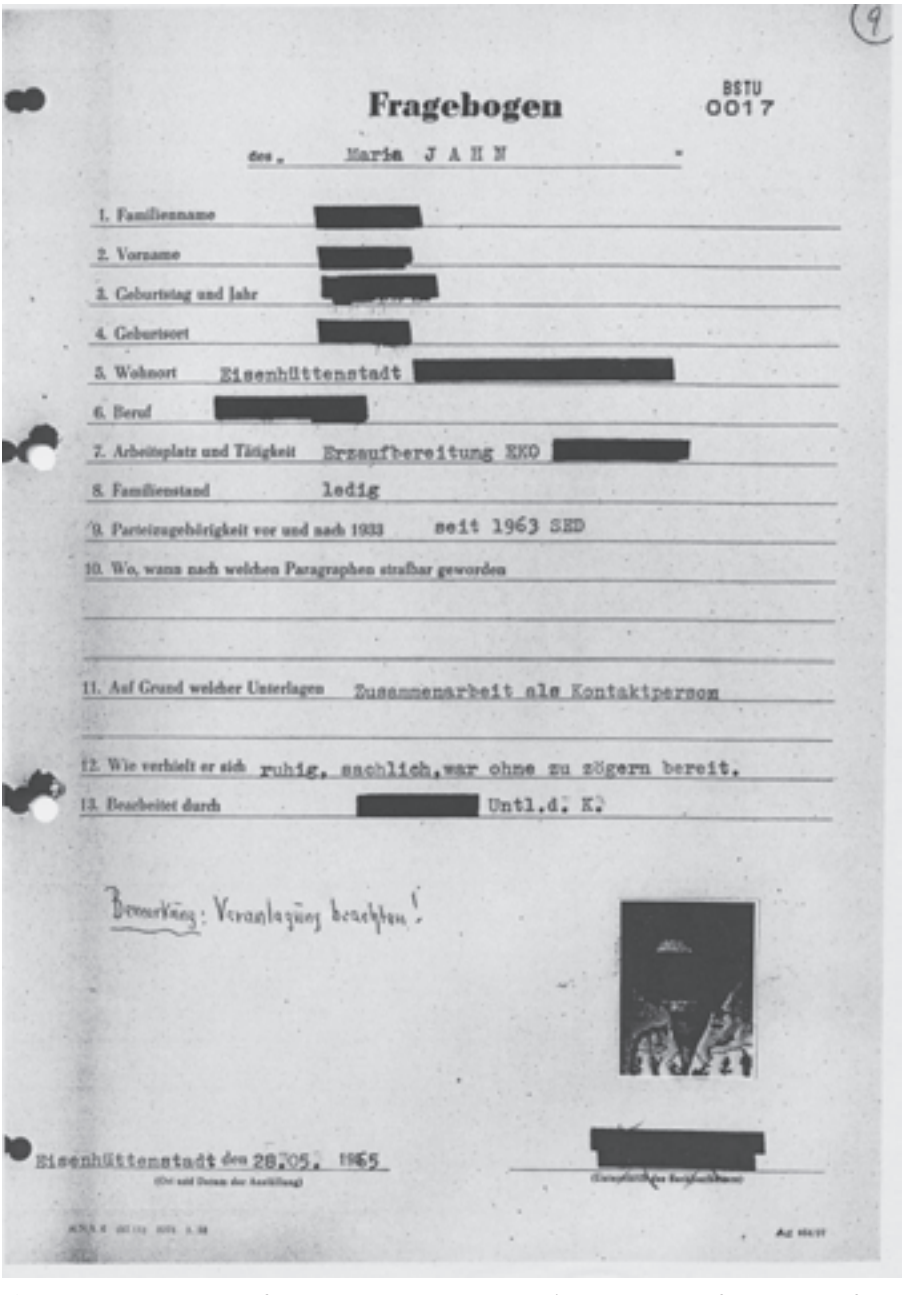
Das Beispiel der lesbischen inoffiziellen Mitarbeiterin „Maria Jahn" stammt aus den 1960er-Jahren und ist eine der seltenen frühen und vor allem verfügbaren Akten zu diesem Thema. Bei „Maria Jahn" handelt es sich um einen konspirativen Decknamen. Die Akte ist – gemessen an anderen mir vorgelegten Akten – recht umfangreich und gibt einen erkenntnisreichen Einblick in die Vorgehensweise einer lesbischen Informantin. In ihrem speziellen Fall ist der Werdegang nicht ganz leicht rekonstruierbar. Sie ist sowohl ab 1965 für die Volkspolizei[11] als auch ab 1966 für die Staatssicherheit eine wichtige Informantin. Obwohl sie über drei Jahre sehr regelmäßig und detailliert berichtet, wird der IM-Vorlauf nie offiziell bürokratisch in einen IM-Vorgang umgewandelt. Da „Maria Jahn" aber laut Aktenlage wie eine autorisierte inoffizielle Mitarbeiterin mit dem MfS zusammenarbeitete, werde ich im Laufe des Textes weiter über sie als IM schreiben.

Gegebenheiten wie ihr großer Freundes- und Bekanntenkreis machten die Person, die später IM „Maria Jahn" wurde, sehr interessant für eine inoffizielle Mitarbeit, zunächst für die Volkspolizei, etwas später auch für die Staatssicherheit. Nach gewissenhafter Überprüfung ihrer Person wurde sie plangemäß von hauptamtlichen Mitarbeitern kontaktiert und überzeugt, einer Mitarbeit zuzustimmen.

9 Vgl. IM-V: <http://www.bstu.bund.de/DE/Service/Abkuerzungsverzeichnis/abkuerzungen_I.html?nn=1705602>, 7.10.2017.

10 Ebenda.

11 Auch die Volkspolizei konnte IM-Kandidaten werben. Vgl. BStU, MfS, BV Frankfurt a. d. Oder, AIM, Nr. 412/70 – Personalakte, Bl. 26.



Fragebogen

BSTU 0017

des. Maria J A H N

1. Familienname [redacted]
2. Vorname [redacted]
3. Geburtstag und Jahr [redacted]
4. Geburtsort [redacted]
5. Wohnort Eisenhüttenstadt [redacted]
6. Beruf [redacted]
7. Arbeitsplatz und Tätigkeit Erzaufbereitung EKO [redacted]
8. Familienstand ledig
9. Parteizugehörigkeit vor und nach 1933 seit 1963 SED
10. Wo, wann nach welchen Paragraphen strafbar geworden
11. Auf Grund welcher Unterlagen Zusammenarbeit als Kontaktperson
12. Wie verhielt er sich ruhig, sachlich, war ohne zu zögern bereit.
13. Bearbeitet durch [redacted] Untl.d. K.

Bemerkung: Veranlagung beachten!

[redacted]

Eisenhüttenstadt den 28.05. 1965

Abb. 2: Fragebogen des MfS der zu werbenden „Maria Jahn"; BStU, MfS, BV Frankfurt a. d. Oder, AIM, Nr. 412/70 – Personalakte, S. 17

Zunächst begann ihr Werdegang mit einer Personalakte, angelegt im Mai 1965 durch die Volkspolizei, Kreisamt Eisenhüttenstadt, Abt. K, Kommissariat 1.[12] Am 6. Mai 1965 notierte der zuständige Staatsangestellte über sie:

> Ich beantrage die [XXX] im Eisenhüttenkombinat Ost [biografische Angaben] in Bearbeitung zu nehmen mit dem Ziel, der Werbung als inoffizielle Mitarbeiterin zur Bearbeitung der Kriminalakte [XXX]. Die Genannte wurde mir bei der Entgegennahme einer Mitteilung über eine strafbare Handlung bekannt. Es handelt sich bei ihr um eine Abiturientin, die aufgrund gleichgeschlechtlicher Beziehungen im Internat […] im Jahre 1962, den Schulbesuch aufgeben mußte. Sie hat sehr gute Verbindungen zu operativ interessanten Personen […]. Aufgrund ihrer Intelligenz und ihrer Verbindungen hat sie die Perspektive, auch nach der Realisierung der Kriminalakte, eine gute inoffizielle Arbeit im Eisenhüttenkombinat Ost zu leisten.[13]

Nichts in der Akte lässt darauf schließen, dass die Staatsorgane ein Problem in ihrer zugegebenen lesbischen Veranlagung gesehen hätten. Über Kontaktgespräche wurde Folgendes bekannt:

> Die Kandidatin verfügt über einen sehr großen Bekanntenkreis in Eisenhüttenstadt, aber auch in anderen Teilen der Republik. Diese Personen, worunter sich auch Künstler befinden, lernte sie aufgrund ihrer geschlechtlichen Veranlagung kennen.[14]

Sie habe beispielsweise „im Frühjahr 1965 an einer Party […] in Leipzig teilgenommen, bei der es zu sexuellen Ausschweifungen kam".[15] Es erfolgte die Einschätzung, dass die Frau hinter „Maria Jahn" über wichtige und relevante überregionale Kontakte verfüge. Deshalb wurde sie auf ihre Tauglichkeit – respektive Überzeugung hinsichtlich staats- und systemrelevanter Grundsätze – hinreichend überprüft, um sie als IM-Kandidatin zu werben. Es kann davon ausgegangen werden, dass „Maria Jahn" 1965 nicht zur Mitarbeit gezwungen wurde, sondern ihr Handeln freiwilliger Natur war. Hierzu heißt es in ihrer Akte:

> Am heutigen Tage wurde mit der Kandidatin, mit der schon seit einiger Zeit auf Kontaktbasis zusammengearbeitet wird, in der Dienststelle eine Zusammenkunft durchgeführt, bei der mit ihr Fragen der Zusammenarbeit besprochen wurden. […] Sie sagte, daß sie ein Verhältnis mit einigen weiblichen

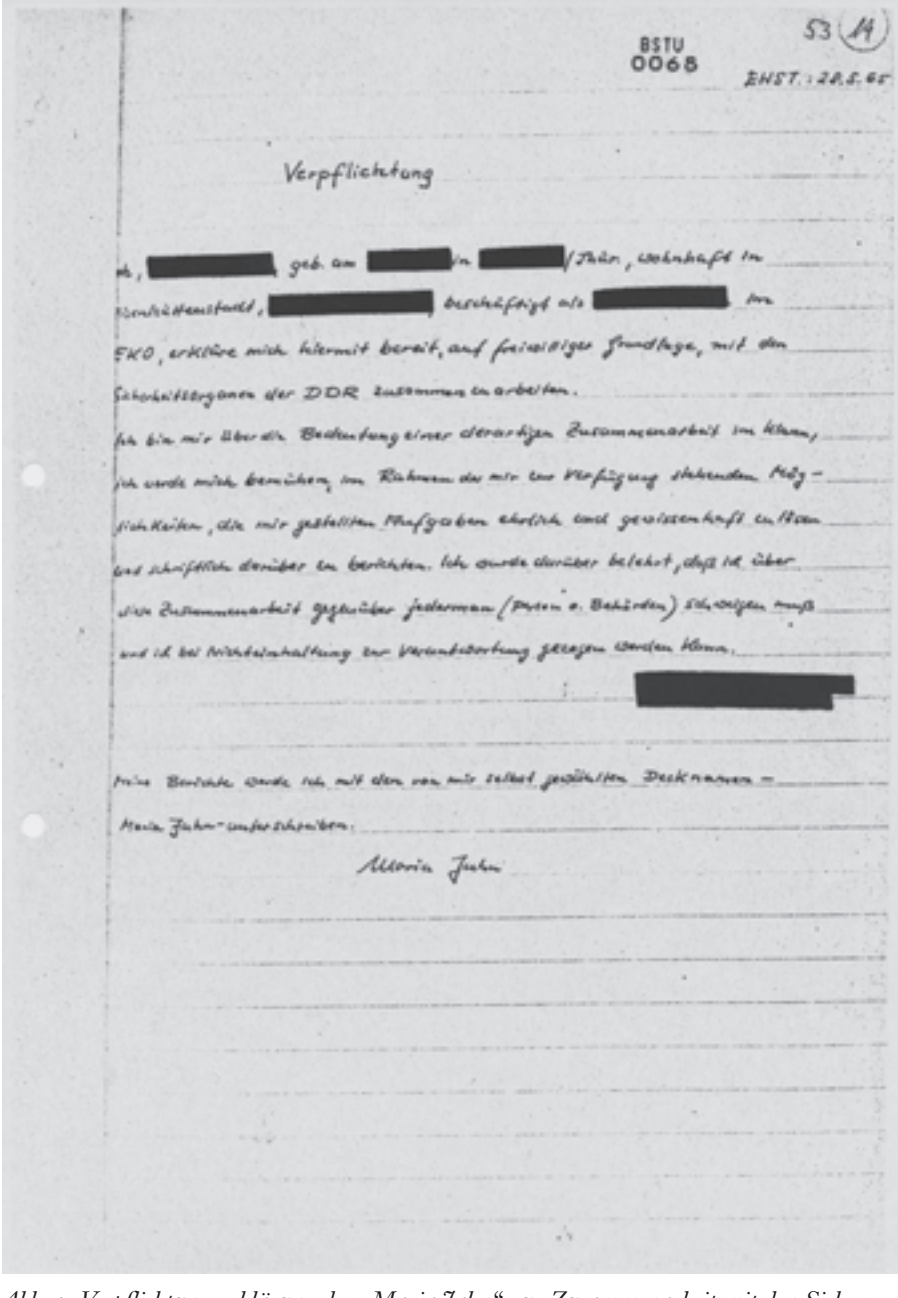
12 Ebenda, Bl. 18.
13 Ebenda, Bl. 18–19.
14 Ebenda, Bl. 24.
15 Ebenda.

> Schülern gehabt hätte, dieses der Internatsleitung bekannt wurde und zum Abbruch des Lehrerverhältnisses führte. […]
> Da aus ihrem ganzen Verhalten ersichtlich war, daß sie der Arbeit der Kriminalpolizei sehr aufgeschlossen gegenüber steht, wurde ihr konkret die Frage einer ständigen Zusammenarbeit gestellt. Sie beantwortete diese Frage sofort ohne zu zögern positiv, wobei sie zum Ausdruck brachte, daß sie sich schon immer für die Arbeit der Kriminalpolizei interessierte und selber den Wunsch hatte, einmal Angehöriger der Kriminalpolizei zu werden.
> Es wurde ihr erklärt, daß diese Zusammenarbeit einen streng vertraulichen Charakter habe und es im Interesse der Sicherheit erforderlich ist, eine schriftliche Verpflichtung einzugehen. Sie erklärte sich dazu bereit und fertigte eine handschriftliche Verpflichtung, wobei sie den Decknamen „Maria JAHN" wählte.[16]

Durch ihre Tätigkeit für die Volkspolizei Eisenhüttenstadt und ihre weitreichenden Kontakte wird sie vermutlich auch interessant für die Bezirksverwaltung des MfS in Frankfurt a. d. Oder: Ihr „Material wurde dem Genossen [XXX] von der Bezirksverwaltung des MfS Frankfurt (Oder) übergeben".[17] Ab dem Frühjahr 1966 informierte sie das MfS regelmäßig und freizügig über ihren (homosexuellen) Freundes- und Bekanntenkreis hauptsächlich in Brandenburg, Berlin und Leipzig.

Viele der Frauen, über die „Maria Jahn" im Laufe der kommenden Jahre berichtete, lernte sie über Annoncen in der *Wochenpost*[18] kennen. In ihrer Akte finden sich Belege, dass sie sowohl selbst eine Anzeige aufgab als auch auf solche reagierte.[19] Diese Anzeigen wurden vermutlich in der Rubrik „Briefwechsel" veröffentlicht und waren nur von wenigen als homosexuelles Partnerschaftsinserat erkennbar.[20] Die Vermutung liegt nahe, dass „Maria Jahn" über diese Kontaktanzeigen ihren lesbischen Bekanntenkreis vortrefflich erweitern konnte. Es entstanden Briefkontakte, die auch zu persönlichen Treffen führten. Gemessen daran, dass Homosexualität – wenn überhaupt – nur im Privaten oder sehr versteckt gelebt werden konnte, stellt sich hier eine für die 1960er-Jahre ungewöhnliche Situation dar. Vermutlich verfügten nur wenige Frauen über einen solch überregionalen Kreis an lesbischen Kontakten.

16 Ebenda, Bl. 27.
17 Ebenda, Bl. 41.
18 Überregionale, auflagenstarke Zeitung in der DDR mit größerem Anzeigenteil.
19 Vgl. BStU, MfS, BV Frankfurt a. d. Oder, AIM, Nr. 412/70 – Personalakte, Bl. 83 und Bl. 126.
20 Im Gespräch mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen wurde deutlich, dass sich oftmals auch Männer auf diese Anzeigen meldeten.


BSTU
0068

53 (14)

EHST.: 28.5.65

Verpflichtung

ich, [redacted], geb. am [redacted] in [redacted] /Thür., wohnhaft in [redacted], [redacted], beschäftigt als [redacted] im [redacted] erkläre mich hiermit bereit, auf freiwilliger Grundlage, mit den Sicherheitsorganen der DDR zusammenzuarbeiten.

Ich bin mir über die Bedeutung einer derartigen Zusammenarbeit im klaren, ich werde mich bemühen, im Rahmen der mir zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, die mir gestellten Aufgaben ehrlich und gewissenhaft zu lösen und schriftlich darüber zu berichten. Ich wurde darüber belehrt, daß ich über die Zusammenarbeit gegenüber jedermann (Personen o. Behörden) Stillschweigen wahren muß und ich bei Nichteinhaltung zur Verantwortung gezogen werden kann.

[redacted]

meine Berichte werde ich mit dem von mir selbst gewählten Decknamen – Maria Jahn – unterschreiben.

Alberia Jahn

Abb. 3: Verpflichtungserklärung der „Maria Jahn" zur Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen der DDR; BStU, MfS, BV Frankfurt a. d. Oder, AIM, Nr. 412/70 – Personalakte, S. 29, sowie BStU, MfS, AIM 10593/81, Teil I, Bd. 1, S. 68

Viele Frauen fühlten sich sehr zu „Maria Jahn“ hingezogen. In der Akte finden sich hierfür zahlreiche Beweise, darunter auch abgetippte Briefe, bei denen es sich oftmals um Reaktionen von Frauen auf oben genannte Annonce handelt, die „Maria Jahn“ an die Stasi weitergegeben hat. Eine Frau beispielsweise wünscht sich schriftlich „absolutes Vertrauen“[21] von „Maria Jahn“. Es löst heute ein starkes subjektives Empfinden aus zu lesen, wie „Maria Jahn“ dieses ihr entgegengebrachte Vertrauen missbrauchte, indem sie in ihren Berichten Namen notierte und Frauen somit unfreiwillig bei der Staatssicherheit outete.

Eine andere Frau ist sehr vorsichtig in Bezug auf Brieffreundschaften und schreibt „Maria Jahn“:

> Sie werden inzwischen schon gemerkt haben, das [!] ich nicht so sehr an einem Federkrieg interessiert bin, sondern vielmehr an eine engere Bindung mit einer sympathischen jungen Dame denke, mit der mich viele Gemeinsamkeiten verbinden. u. die mein Vertrauen nicht mit Füßen tritt. …
> Allerdings müßte meine Partnerin einige Vorzüge besitzen (körperlich u. geistig) die Sie vom Durchschnitt der Masse abhebt u. die von keinen falschen Moralbegriffen geleitet wird u. die Vertrauen mit Vertrauen abgilt.!
> Sicher werden Sie fragen, warum eine [XXX], die doch gewiß nicht [k]ontaktarm ist, auf diesem Wege eine „Freundin“ sucht.? Nun, viele Gründe könnte ich Ihnen dafür aufzählen, aber der wichtigste Grund ist, das [!] ich einen guten Namen zu verlieren habe u. keine lesbische Dirne bin, sondern ich suche die verschwiegene Freundin, bei der das Eine, das Andere nicht ausschließt. […] Auf alle Fälle darf ich mein Gesicht nicht verlieren u. meine erotische Neigung nicht [s]tadtbekannt werden.[22]

Auch diesen Namen gibt „Maria Jahn“ an die Staatssicherheit weiter – inwiefern sie mit ihr in Verbindung trat, kann aufgrund der geschwärzten Namen leider nur schwer rekonstruiert werden und würde viele Mutmaßungen beinhalten.

In ihren Berichten schrieb „Maria Jahn“ mitunter äußerst detailliert über andere. Sie kannte zahlreiche Frauen mit lesbischen Neigungen, denen sie nicht nur freundschaftlich begegnete.[23] In der Akte finden sich zahlreiche Belege, dass sie sich in Berlin mit Frauen traf und teilweise sogar etwas Mühe hatte, ihre Verabredungen zeitlich zu koordinieren. Beispielsweise verbrachte

21 BStU, MfS, BV Frankfurt a. d. Oder, AIM, Nr. 412/70 – Arbeitsakte, Bl. 95.
22 Ebenda, Bl. 305.
23 Ebenda, Bl. 58.

sie einen Nachmittag mit einer Frau, die ihr zugeneigt war. „Maria Jahn“ aber hatte noch anderes im Sinn und schrieb später in einem Bericht darüber:

> Ich besorgte dann noch für das Rendezvous mit [XXX][24] ein paar C[h]rysanthemen und eine Flasche Sekt. Und dann verabschiedete ich mich von [XXX], die sehr perplex war, daß ich gehen wollte. Sie nahm an, daß ich mit ihr den Abend verbringen werde.[25]

In den Aufzeichnungen finden sich vielfach auch detaillierte Angaben über Aussehen, Verhalten sowie Wohn- und Arbeitssituationen ihrer Liebesbekanntschaften. Sie berichtete über eine Vielzahl sexueller Vorlieben, aber auch sexueller Schwierigkeiten von Frauen, wobei sie dazu häufig deren genaue Adresse im Bericht angab.[26] „Maria Jahn“ brachte laut ihren Berichten auch in Erfahrung, ob diese Frauen Westbekanntschaften[27] mit West(geld) bezug hatten.[28]

Auch das Trinkverhalten der einzelnen Frauen nimmt in den Berichten einen breiteren Raum ein. „Maria Jahn“ kokettiert mit ihrer Zurückhaltung, wenn sie merkt, dass eine Frau mehr möchte.

> Wir tranken Bruderschaft und ich verhielt mich recht zurückhaltend, was ihr scheinbar nicht zusagte. So provozierte sie mich mit meiner Zurückhaltung, und da ich Alkohol getrunken hatte, wurde ich mutiger und es kam zu ersten Intimitäten (Kuß, Berührungen usw.) [XXX] ist sehr schnell erregbar, und da ich offenbar ihre Sympathie hatte, wurde sie erregter und erregter. […] Ich verhielt mich so, als ob ich ebenfalls bis aufs Höchste erregt war.[29]

„Maria Jahn“ provozierte also sexuelle Handlungen, um darüber zu berichten. Um eine persönliche Einschätzung ihrer Intimpartnerin war sie nicht verlegen:

> [XXX] ist nicht lesbisch, es ist eine vollkommen normale Frau, aber sie hat einen Hang zur Perversität und zum Abnormalen, so daß sie Frauenbekanntschaften sucht, um ihr Verlangen zu stillen.[30]

---

24 Hiermit wird im nachfolgenden Text eine Person oder eine persönliche Angabe gekennzeichnet, die in den vorliegenden Akten laut den Richtlinien des Stasi-Unterlagen-Gesetzes geschwärzt wurde.
25 BStU, MfS, BV Frankfurt a. d. Oder, AIM, Nr. 412/70 – Personalakte, Bl. 76.
26 Ebenda, Bl. 128.
27 Laut §§ 99 und 100 Strafgesetzbuch DDR konnten Beziehungen in den westlichen Teil Deutschlands unter Strafe gestellt werden.
28 BStU, MfS, BV Frankfurt a. d. Oder, AIM, Nr. 412/70 – Personalakte, Bl. 78.
29 Ebenda, Bl. 77.
30 Ebenda, Bl. 78.

Ein anderes Mal schreibt sie:

> Ich lernte sie bei einer Nachfeier ihrer Verlobung […] kennen. Vom sehen her kannten wir uns schon länger. Bei dieser Feier flirtete [XXX] mit mir und ich ging auf das Spiel ein. Als ich einmal bei ihr eingeladen war, versuchte sie, sich zu nähern, indem sie mich küßte. Sie gestand mir auch, daß sie lesbisch ist. Außerdem wußte sie von meinem festen Verhältnis mit [XXX]. Später besuchte sie mich einmal in Eisenhüttenstadt und sie blieb bei mir über Nacht. Es kam dabei zu einem intimen Verhältnis. Zu einer Wiederholung kam es nicht, da ich mit [XXX] keinen intimen Kontakt haben wollte.[31]

Es ist nicht erkennbar, warum „Maria Jahn" über Frauen so berichtet. Möglicherweise handelte es sich bei den Beobachteten um Personen des öffentlichen Lebens und sie wollte sich durch intimes Wissen über diese und andere Frauen profilieren. Es ist nicht der einzige Bericht dieser Art, der sich in ihren Akten findet. Die Liste der persönlichen Hintergründe von Frauen, über die „Maria Jahn" teilweise sehr Intimes mitteilt, ist lang. Von der verheirateten Ehefrau, die sich von ihr angezogen fühlt, über die Theaterschauspielerin bis zur Lehrerin sind alle Gesellschaftsschichten vertreten.

In einem Bericht vom April 1966 schreibt „Maria Jahn" über eine Frau, die sie über Freunde kennenlernte. Diese Frau hatte 1961 in ihrem Umfeld mehrere republikflüchtige Bekannte und befand sich zudem in einer Beziehung mit einer lesbischen Westberlinerin. Die Zusammenhänge im Bericht lassen vermuten, dass sie ebenfalls als fluchtwillig eingestuft wurde und entsprechende vorbeugende Maßnahmen getroffen werden mussten.[32] „Maria Jahn" äußert sich hierzu:

> Aus diesem Grunde wurde sie inhaftiert und, erzählte sie mir bei einer Zusammenkunft, am 26. Februar 1966 in Berlin – [XXX], daß sie eines Tages abgeholt wurde mit diesem Vorbehalt einer Nichtanzeige eines Staatsverbrechens.[33]

> Sie persönlich ist natürlich rein subjektiv der Ansicht, daß dieses ganze Vergehen, welches ihr viel Komplikationen einbrachte, nicht auf ihrem Standpunkt besteht. Sie ist der Meinung, daß diese ganze Ansicht [unleserlich] politische Hintergründe hat. Sie ist nicht damit einverstanden und würde nie akzeptieren, daß unser Staat sie inhaftiert hat. […] Auf alle Fälle ist eines klar herausgestellt, daß [XXX] zu unserem Staat, zur DDR, eine rein negative Einstellung besitzt. Ich habe das einmal persönlich kennengelernt durch ihre ganze Geschichte

31 Ebenda, Bl. 216.
32 Ebenda, Bl. 61.
33 Worum es sich bei diesem „Staatsverbrechen" handelte, ist aus den vorgelegten Aktenauszügen nicht eindeutig ersichtlich.

> dieser Haft bzw. durch ihre ganze Korrespondenz, die sie mit Westberlin betreibt, kennengelernt. [XXX] ist der Ansicht, daß diese Strafe, die sie auferlegt bekommen hat, durch Nichtanzeige eines Staatsverbrechens vollkommen objektiv ist und ihr überhaupt nicht klar ist, warum sie die Strafe bekommen hat.[34]

Während einer Begegnung der beiden im Jahr 1966 erzählte die Frau „Maria Jahn" anscheinend recht emotional von der Haft, die eineinhalb Jahre gedauert hatte.[35] Die inoffizielle Mitarbeiterin notierte weiterhin denunzierend:

> Ihre gesamte Einstellung zu unserem Staat ist negativ. […] Falls sie evtl. die Gelegenheit haben würde, nach Westberlin zu gehen, ob in illegaler Hinsicht, das sei dahingestellt, würde sie die Gelegenheit wahrnehmen. Sie ist verbittert über die ganze damalige Angelegenheit ihrer Inhaftnahme[.][36]

Und somit schätzt „Maria Jahn" ein:

> [Sie] würde evtl., da sich eine – ich möchte nicht sagen hundertprozentige, aber neunzigprozentige Gelegenheit bieten würde, nach Westberlin zu entkommen, diese Gelegenheit wahrnehmen.[37]

Wie sich das Verhältnis der beiden weiterhin gestaltete und welche Folgen dieser Bericht hatte, ist auch hier aufgrund der Namensschwärzung in den Akten nicht eindeutig rekonstruierbar.

„Maria Jahn" verkehrte nicht nur in lesbischen Kreisen. Wie eingangs erwähnt, war sie für die Staatssicherheit auch interessant, weil sie über einen großen Bekanntenkreis verfügte. Beispielsweise bewegte sie sich in Berliner Theaterkreisen, aus denen sie Adressen und Telefonnummern weitergab: „Diese Anschrift bzw. Telefonnummer habe ich mir heimlich von [XXX] abgeschrieben".[38] Sie hatte Kontakt zu schwulen Männern, vorrangig in Leipzig. Auch von diesen gab sie durchgängig Namen und – wenn ihr bekannt – Berufe und Adressen weiter.

Es finden sich in den Akten auch Hinweise auf ein bis heute oft unbeachtetes Thema homosexuellen Lebens – die Scheinehe:[39] „Inzwischen hatte sie

34 BStU, MfS, BV Frankfurt a. d. Oder, AIM, Nr. 412/70 – Arbeitsakte, Bl. 61f.
35 Ebenda, Bl. 62.
36 Ebenda.
37 Ebenda.
38 Ebenda, Bl. 75.
39 Oftmals heirateten Lesben und Schwule um – meist einvernehmlich – ihren homosexuellen Neigungen nachzugehen. Da viele lesbische Frauen, besonders in ländlichen Gegenden, keine schwulen Männer kannten, gingen sie heterosexuelle Beziehungen oder sogar Ehen ein.

[XXX] geheiratet, es ist eine Scheinehe auf Grund ihrer Ambitionen. Sie selbst erzählte es mir".[40] Ein ihr bekannter Homosexueller heiratete eine Frau und kontaktierte sie nach wenigen Monaten, dass er sie sprechen müsse:

> Ich fuhr nach Leipzig und erfuhr, daß er geschieden war auf Grund seiner Ambitionen. Meine Vermutungen bestätigen sich, [XXX] ist homosexuell veranlagt. Durch unsere gemeinsamen Ambitionen wurden wir gute Freunde. Durch [XXX] lernte ich dann seinen Freund [XXX] kennen.[41]

Auch über „Maria Jahn" selbst finden sich Äußerungen in den Akten. Beispielsweise über ihre erste Beziehung zu einer Frau, die sie zu Beginn ihrer Ausbildung hatte:

> Im April 1962 kam es zwischen uns zu intimen Beziehungen, bei denen sie mich verführte. […] So bekam ich zu ersten Mal Kontakt mit der lesbischen Liebe. Ich lehnte sie nicht ab, sondern fand sogar Gefallen daran, obwohl ich damals noch verlobt war.[42]

In den nachfolgenden Jahren hatte sie keinen Kontakt mehr zu dieser Frau:

> 1967 im August schrieb sie mir eine Karte, anonym, und bat mich, mich zu melden. […] Sie hatte in der Zwischenzeit ein Kind bekommen, jedoch hat sie kein Bündnis mit dem Vater des Kindes. Sie will allein bleiben. Durch Alkoholeinfluß kam es dazu, daß sie ein intimes Verhältnis mit dem Mann einging. Sie wollte nun wieder ein Verhältnis mit mir beginnen, aber ich lehnte es ab […]. Diese Frau ist mir vollkommen gleichgültig.[43]

Es ist schwer zu belegen, wie die kompromittierenden Aussagen über Frauen, die teilweise in der Öffentlichkeit standen, von der Staatssicherheit genutzt wurden. Davon auszugehen ist, dass diese Namen systematisch archiviert wurden. Falls eine der namentlich erfassten Personen sich etwas „zuschulden" kommen ließ, was in irgendeiner Weise als negativ dem Staat gegenüber zu deuten gewesen wäre, wurden diese sehr privaten Informationen für Repressalien genutzt.

Nach vier Jahren der regelmäßigen Berichterstattung findet sich in der Akte von „Maria Jahn" eine durch die hauptamtlich für die Staatssicherheit arbeitende Verbindungsperson handschriftlich protokollierte Anmerkung:

---

40 BStU, MfS, BV Frankfurt a. d. Oder, AIM, Nr. 412/70 – Personalakte, Bl. 216.
41 Ebenda, Bl. 219f.
42 Ebenda, Bl. 218.
43 Ebenda.

> Besonders [unleserlich] im Jahr 1969 und im Jahr 1970 erschien sie zu keinem der vereinbarten Treffs. Bei den Treffs stellte sie ständig ihre privaten Probleme in den Vordergrund, wobei es sich vorwiegend um sich ständig wiederholende Zerwürfnisse mit ihrer Freundin [XXX] handelte […]. Sie gab dazu öfters Gründe an, die erkennen ließen, dass sie nicht gewillt ist[,] die gestellten Aufträge zu realisieren.[44]

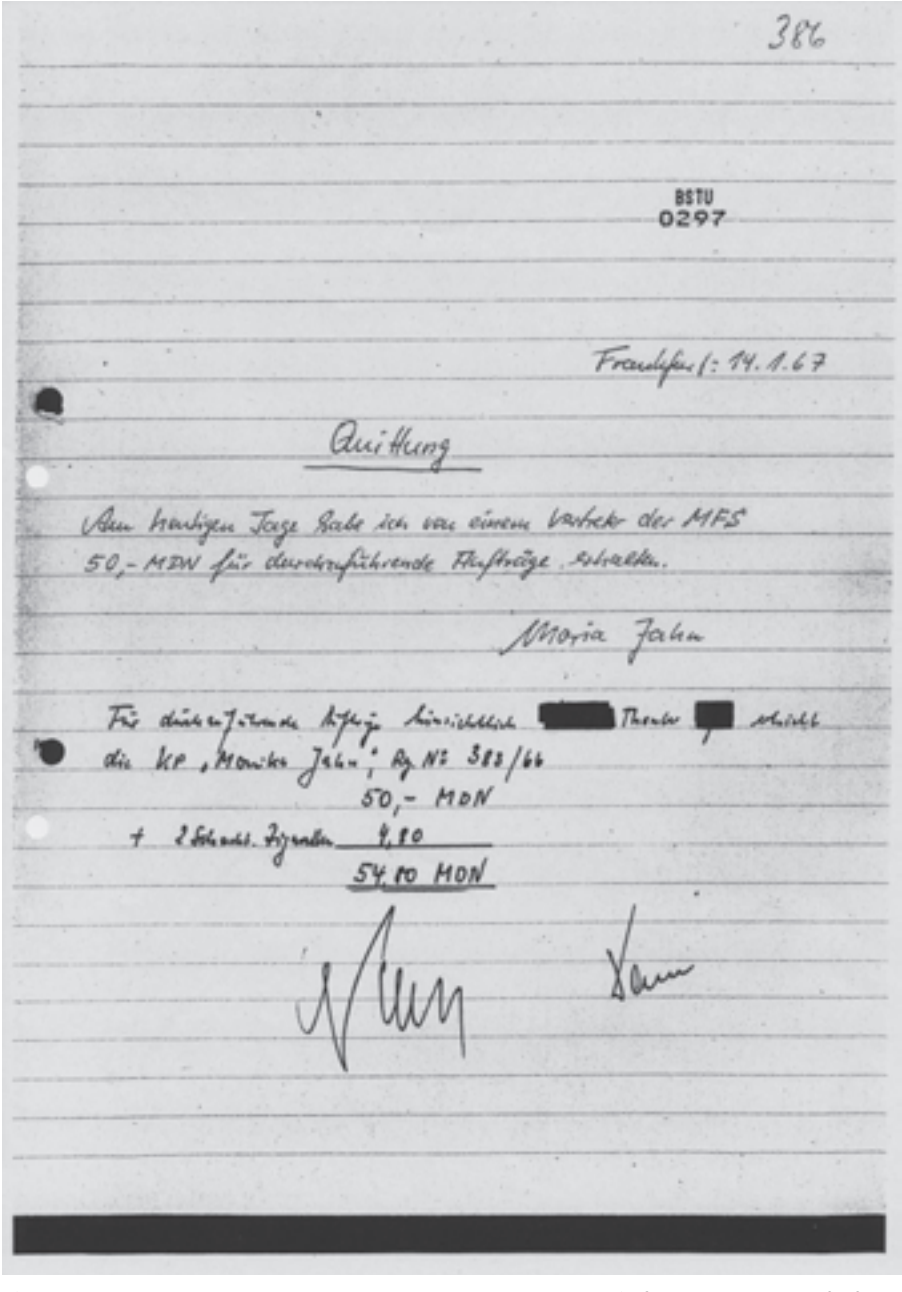
Diese Anmerkung kommt vermutlich daher, dass „Maria Jahn" ab 1969 eine feste Beziehung zu einer Frau hatte, die nicht in Eisenhüttenstadt wohnte – dem festgelegten Einsatzgebiet der inoffiziellen Mitarbeiterin. Für diese Frau unterbindet sie die eigene IM-Tätigkeit. Für die MfS-Kreisdienststelle Eisenhüttenstadt ist die Konsequenz am 28. April 1970:

> „Maria Jahn" hält die vereinbarten Treffs nicht. Unternimmt keine Schritte um die Verbindung aufzunehmen. Sie ist lesbisch veranlagt und fährt sehr oft nach [XXX] zu ihrer Freundin. In Ehst. [gemeint ist Eisenhüttenstadt] unterhält sie keine für uns interessante[n] Verbindungen, und zeigt auch keine Bereitschaft in unserem Auftrag welche herzustellen. Aus den genannten Gründen wird vorgeschlagen die Unterlagen im Archiv des SR XII[45] zur Ablage zu bringen.[46]

Üblicherweise endet mit einer solchen Formulierung und Archivierung eine Tätigkeit als inoffizielle Mitarbeiterin.

Abschließend wird angeführt, dass die inoffizielle Mitarbeiterin „Maria Jahn" im Laufe ihrer Tätigkeit vom Ministerium für Staatssicherheit finanzielle Zuwendungen bekam, etwa für „die Erfüllung eines Auftrages".[47] Es wurden auch Ausgaben für „Rauchwaren und Getränke zur Durchführung eines Treffs mit der Kontaktperson ‚Jahn' am 13.04.66 im Ausbildungsobjekt",[48] also für die konspirativen Treffen mit ihr, mit Quittung abgerechnet. Im Allgemeinen war eine Bezahlung für inoffizielle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht vorgesehen, auch nicht für die Durchführung von Überwachungsmaßnahmen. Somit können die zahlreichen Quittungen als Belege für eine gesonderte, lukrative Art der Aufwandsentschädigung für die diffizile Tätigkeit der „Maria Jahn" gesehen werden.

44 Ebenda, Bl. 257.
45 SR steht hier für „selbstständiges Referat". Ein selbstständiges Referat war eine Diensteinheit, die nicht in andere Struktureinheiten integriert war. Dies trifft auf die Abteilung XII zu, die sowohl in der Zentralstelle als auch in den Außenstellen (Linie XII) für die Registrierung und Archivierung der Unterlagen zuständig war.
46 BStU, MfS, BV Frankfurt a. d. Oder, AIM, Nr. 412/70 – Personalakte, Bl. 259.
47 Ebenda, Bl. 300.
48 Ebenda, Bl. 299.



386

BSTU
0297

Frankfurt: 14.1.67

Quittung

Am heutigen Tage habe ich von einem Vertreter der MFS 50,- MDN für durchzuführende Aufträge erhalten.

Maria Jahn

Für durchzuführende Aufträge hinsichtlich [redacted] Theater [redacted] erhielt die KP „Monika Jahn", Reg. Nr. 383/66

50,- MDN
+ 2 Schachtel. Zigaretten 4,80
54,80 MDN

Abb. 4: Einer der zahlreichen Quittungsbelege über monetäre Aufwendungen des MfS für „Maria Jahn"; BStU, MfS, BV Frankfurt a. d. Oder, AIM, Nr. 412/70 – Personalakte, B1. 297.

„Jutta“

Gegen Ende des Jahres 1977 wurde die Frau, die von 1966 bis 1970 konspirativ als „Maria Jahn“ einer IM-Tätigkeit nachging, nach fast acht Jahren erneut vom MfS kontaktiert. Mittlerweile hatte sich in Ostberlin eine kleine homosexuelle/lesbische Szene gegründet, die aber weiterhin fast ausschließlich im Privaten agierte. Es liegt die Vermutung nahe, dass die Frau hinter „Maria Jahn“ deswegen wieder angeworben wurde, da man sich im Ministerium für Staatssicherheit an ihre zuverlässige Arbeit erinnerte.[49] Mittlerweile war sie in Berlin sesshaft geworden und verfügte über weitreichende Kontakte zu den dortigen lesbischen Kreisen. Im Januar 1978 wurde „Maria Jahn“ von Mitarbeitern des MfS aufgesucht, die sie auf Eignung zur erneuten Mitarbeit prüften:

> Im weiteren Verlauf des Gespräches wurde seitens der MA [Mitarbeiter, Anm. d. Autorin] auch ihr ehemaliger Kontakt zum MfS in Eisenhüttenstadt angesprochen. Dazu äußerte sie, daß sie mit dem MfS keine schlechten Erfahrungen gemacht habe und dieser Kontakt aus einer ihr begreiflichen Notwendigkeit heraus zu stande gekommen sei.
> Zu ihrer Persönlichkeit äußerte die Kandidatin, daß sie Mitglied der SED sei und auch aus ihrer positiven Haltung zu unserem Staat gegenüber politisch ungefestigten Menschen keinen Hehl macht. Die Offenheit und Ehrlichkeit der Kandidatin gegenüber den MA kommt noch dadurch zum Ausdruck, daß sie ohne dazu besonders aufgefordert worden zu sein, auch ihre sexuelle Neigung, die lesbische Liebe, nannte.[50]

Es finden sich also in der Akte „Jutta“ wieder eindeutige Hinweise, dass die Frau, die vormals als „Maria Jahn“ berichtet hatte, aus einer tiefen ideologischen Überzeugung heraus handelte.[51] Das Paradoxe ist: Sie stellte vermutlich ungewöhnliche Bedingungen für eine Zusammenarbeit, während andere Menschen mit Repressalien zu rechnen hatten, wenn sie einer Mitarbeit nicht zustimmten. Offenbar wusste sie, wie wichtig sie als Informantin sein könnte. Ihre feste Beziehung zu einer Frau nahm sie als Anlass für ihre Bedingungen:

> Im weiteren Verlauf des Gespräches wurde dann mit der Kandidatin über ihre weitere Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem MfS gesprochen. Sie führte dazu an, daß ihre Bereitschaft wie bisher auch künftig vorhanden ist. Ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit erklärt sich in erster Linie aus ihrer Überzeugung aber auch der Freiwilligkeit, welche für sie unbedingt gegeben sein müsse.

49 Aufgrund der herausgegebenen Akten kann anhand stichhaltiger Zusammenhänge davon ausgegangen werden, dass es sich bei „Maria Jahn“ und „Jutta“ um dieselbe Person handelt.
50 BStU, MfS, AIM, Nr. 10593/81, Teil I, Bd. 1, Bl. 84f.
51 Ebenda.

> Würden irgendwelche Zwänge in dieser Beziehung eine Rolle spielen, so wäre auf Grund ihrer Mentalität eine Zusammenarbeit ausgeschlossen […], und ihr jedoch auch die Möglichkeit bleiben müsse auf Grund eintretender bisher unbekannter Fakten wieder von der Zusammenarbeit Abstand zu nehmen.[52]

Die Kontaktphase zum IM-Vorlauf begann Anfang 1978 und bereits am 23. Mai 1978 unterschrieb die Frau hinter „Maria Jahn" nun unter dem Decknamen „Jutta" ihre Einverständniserklärung. Schon zwei Monate bevor sie sich durch ihre Einverständniserklärung wieder in den unterschriftlich bestätigten Dienst der Staatssicherheit stellte, lieferte sie maßgebliche Hinweise auf ein geplantes Lesbentreffen in Berlin-Mahlsdorf.

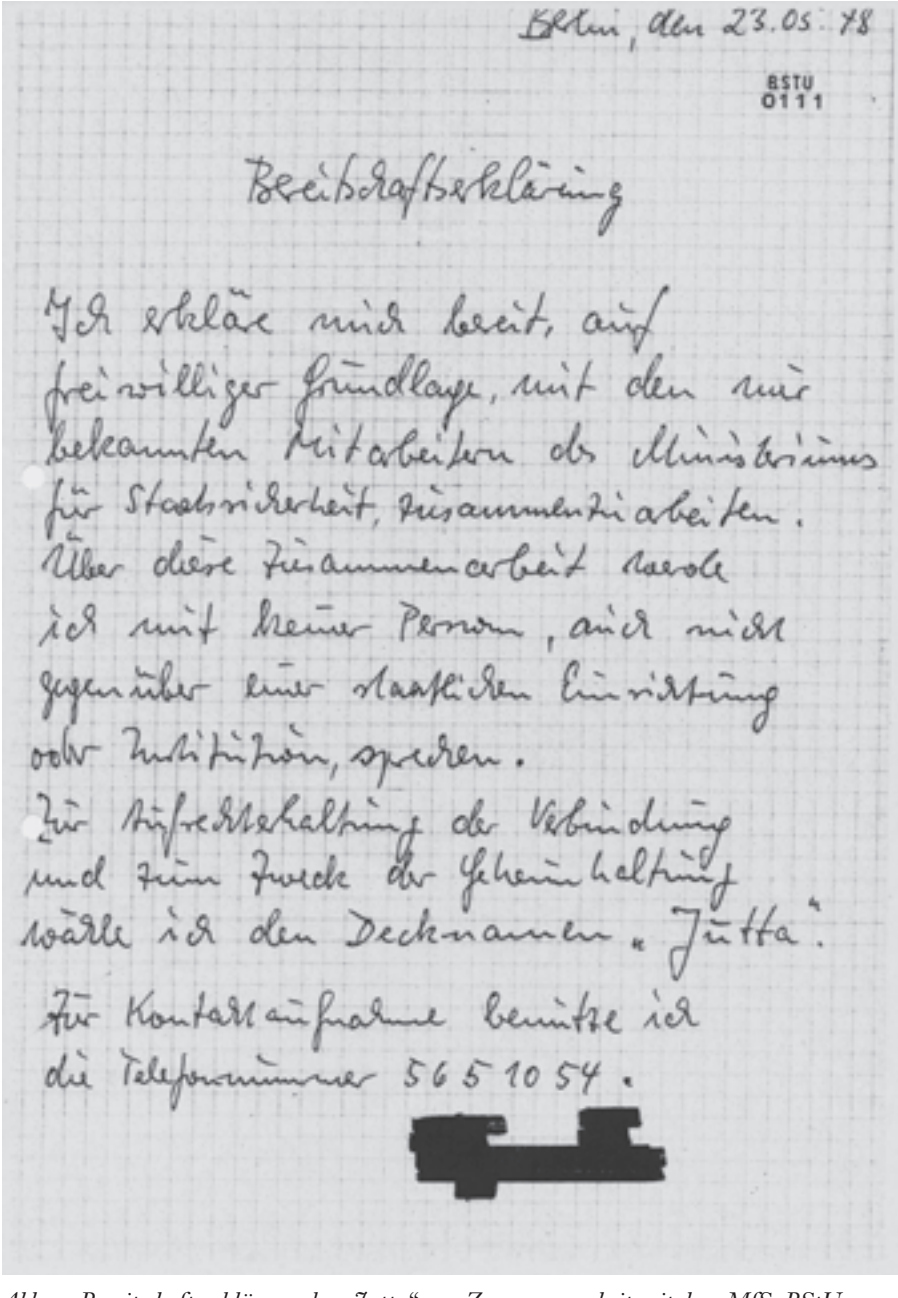
Ab Ende der 1970er-Jahre versuchte die Berliner Aktivistin Ursula Sillge,[53] aus ihrem Bekannten- und Freundinnenkreis heraus lesbische Veranstaltungen zu organisieren, bei denen sich Frauen kennenlernen konnten.[54] Dieses Treffen war damals einer der ersten Versuche, DDR-Lesben überregional zu vernetzen und an einem öffentlichen Ort zusammenzubringen. Bei dem Misslingen dieser groß angelegten Begegnung spielte „Jutta" eine nicht unwesentliche Rolle: Da sie ihre persönliche Einladung an die Staatssicherheit weitergab, wusste das Ministerium schon längere Zeit von dem geplanten Lesbentreffen und konnte entsprechende Maßnahmen ergreifen.

> Mündlicher Bericht vom 2. März 1978
>
> […] Die Kandidatin erhielt im Februar dieses Jahres auf dem Postweg einen Brief, in welchem sie zu einem Treffen lesbisch veranlagter Frauen in Berlin-Mahlsdorf eingeladen wurde. Dieses soll am 8. April 1978 stattfinden.
>
> Der Absender auf dem Briefumschlag, in welchem sich die Einladung befand, lautete
>
> U. Sillge, Berlin […]
>
> Maßnahmen der Staatsicherheit:
>
> 1) Ermittlung der Personalien der Sillge
>
> 2) IM-Kand. wird beauftragt, eine schriftliche Zusage zur Teilnahme zu geben[55]

52 Ebenda, Bl. 112.

53 Ursula Sillge war eine der ersten lesbischen Aktivistinnen der DDR, die ihre Erfahrungen in der lesbischen Szene der DDR als Buch publizierte. Für eine weitergehende Beschäftigung mit dem Thema vgl. Ursula Sillge: Un-Sichtbare Frauen. Lesben und ihre Emanzipation in der DDR. Berlin 1991. Im Folgenden wird Ursula Sillge auf persönlichen Wunsch als Uschi Sillge betitelt. Von ihr habe ich eine Einverständniserklärung erhalten, die es mir erlaubt, ihren Namen in den Akten ungeschwärzt lesen und zitieren zu dürfen.

54 Auch aus diesem Aktivismus heraus entwickelte sich der nicht kirchliche und staatlich nicht genehmigte Berliner Sonntags-Club.



Berlin, den 23.05.78

BSTU
0111

Bereitschaftserklärung

Ich erkläre mich bereit, auf freiwilliger Grundlage, mit den mir bekannten Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit, zusammenzuarbeiten. Über diese Zusammenarbeit werde ich mit keiner Person, auch nicht gegenüber einer staatlichen Einrichtung oder Institution, sprechen.
Zur Aufrechterhaltung der Verbindung und zum Zwecke der Geheimhaltung wähle ich den Decknamen „Jütta".
Für Kontaktaufnahme benutze ich die Telefonnummer 565 10 54.

Abb. 5: Bereitschaftserklärung der „Jutta" zur Zusammenarbeit mit dem MfS; BStU, MfS, AIM 10593/81, Teil I, Bd. 1, S. 111

Diese Maßnahmen sahen auch vor, Uschi Sillge zu überprüfen und ihre Beweggründe zu erfahren. So wurde sie zwei Tage vor der geplanten Veranstaltung von der Kriminalpolizei in das Polizeirevier in der Berliner Keibelstraße geladen und befragt.

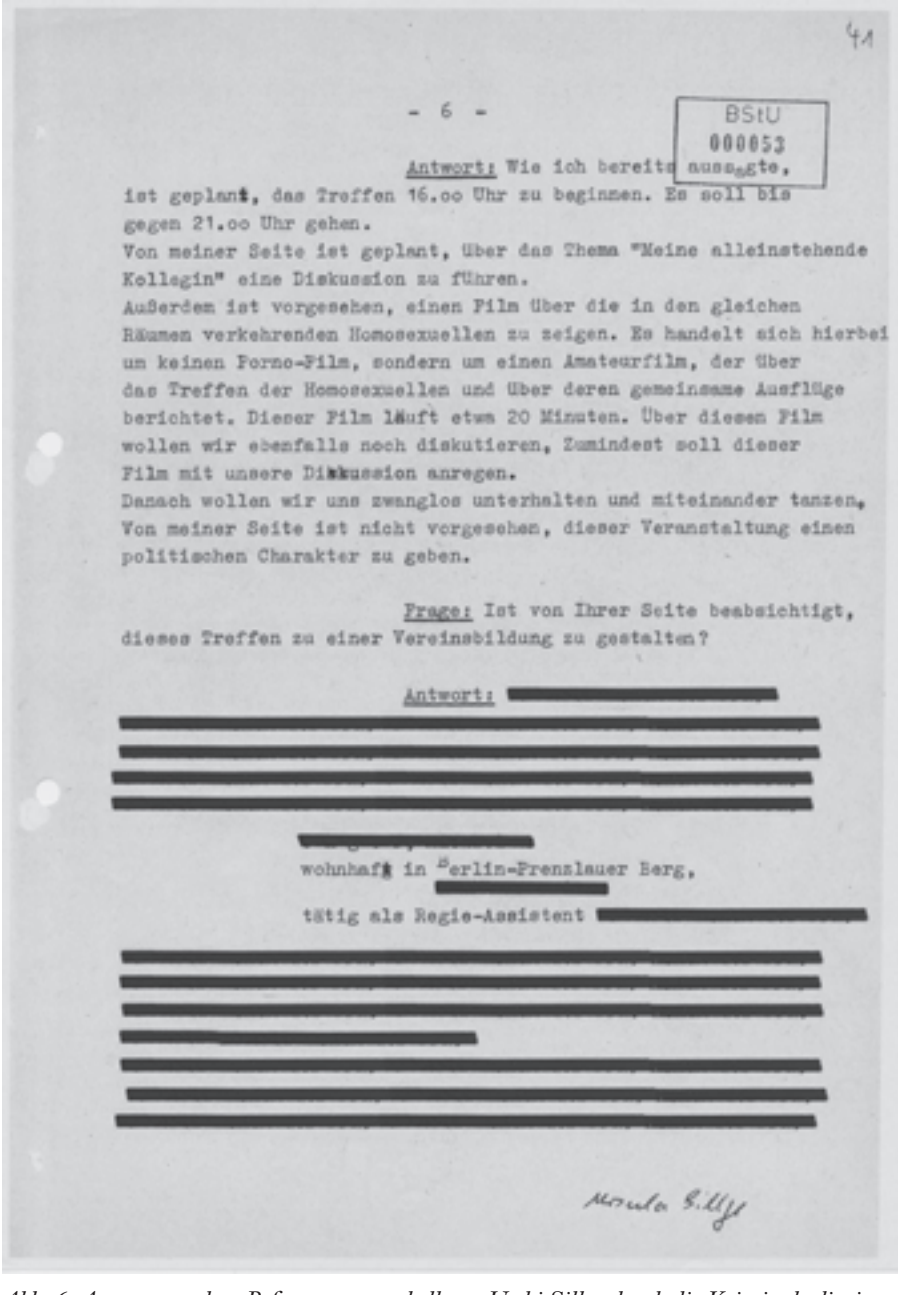
> [Auszug] Befragungsprotokoll vom 6. April 1978
>
> *Dem Untersuchungsorgan ist bekannt, daß Sie für das kommende Wochenende ein Treffen mit weiblichen Personen organisiert haben. Wie kommen Sie dazu, ein derartiges Treffen zu organisieren?*[56]
>
> Ich bin bisexuell veranlagt.[57] Auf Grund meiner Veranlagung habe ich Kontakt zu einem großen Kreis lesbischer Frauen, die daran interessiert sind, Partnerinnen kennen zu lernen, die ihnen sympathisch sind. […]
>
> *Ist von Ihrer Seite beabsichtigt, dieses Treffen zu einer Vereinsbildung zu gestalten?*
> […] Eine derartige Absicht habe ich nicht. Mir kam es nur darauf an[,] den Frauen die Gelegenheit zu geben, sich zu einem zwanglosen Treffen zusammenzufinden[,] um ihnen eine Möglichkeit zu geben, eine Partnerin ihrer Wahl zu finden.[58]

An besagtem Tag erwarteten die Polizei und Mitarbeiter des MfS die Besucherinnen am Bahnhof und später am Gründerzeitmuseum, wo die Veranstaltung stattfinden sollte. Das Treffen wurde aus fadenscheinigen Gründen vor Ort nicht zugelassen, die Anwesenden durften das Gebäude nicht betreten. So wurde das Treffen mit einigen Frauen anschließend spontan in die Wohnung Sillges im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg verlegt.

Spätestens mit dieser Begebenheit stand Uschi Sillge unter Beobachtung des MfS. Auf sie wurden in den kommenden Jahren mehrere IM im direkten Umfeld angesetzt. Trotzdem gelang es ihr sowie Mitstreiterinnen und Mitstreitern in den folgenden Jahren, die homosexuelle Szene in Berlin wie auch außerhalb auszubauen und in ein öffentliches Licht zu rücken. Sie schrieb unzählige Eingaben an Ministerinnen und Minister sowie Einrichtungen, um mehr Rechte für Homosexuelle zu erwirken.[59]

---

55 BStU, MfS, AIM, Nr. 10593/81, Teil I, Bd. 1, Bl. 129f.
56 Hervorhebungen im Original.
57 Uschi Sillge bestritt in einem Gespräch mit mir, diese Aussage gemacht zu haben: „Bisexuell" sei nie eine Selbstbezeichnung von ihr gewesen. Sie erinnerte sich, dass die Atmosphäre bei diesem Gespräch im Jahr 1978 sehr angespannt gewesen sei und sie die Örtlichkeit so schnell wie möglich wieder verlassen wollte. Ihrer Meinung nach sei die Aussage von den Stasi-Mitarbeitern erdacht worden.
58 BStU, MfS, AKK, Nr. 8675/78, Bl. 53.
59 BStU, MfS, AOPK, Nr. 25576/91, Bd. 1, Bl. 4f.



41

- 6 -

BStU
000053

Antwort: Wie ich bereits ausgesagte, ist geplant, das Treffen 16.oo Uhr zu beginnen. Es soll bis gegen 21.oo Uhr gehen.
Von meiner Seite ist geplant, über das Thema "Meine alleinstehende Kollegin" eine Diskussion zu führen.
Außerdem ist vorgesehen, einen Film über die in den gleichen Räumen verkehrenden Homosexuellen zu zeigen. Es handelt sich hierbei um keinen Porno-Film, sondern um einen Amateurfilm, der über das Treffen der Homosexuellen und über deren gemeinsame Ausflüge berichtet. Dieser Film läuft etwa 20 Minuten. Über diesen Film wollen wir ebenfalls noch diskutieren. Zumindest soll dieser Film mit unsere Diskussion anregen.
Danach wollen wir uns zwanglos unterhalten und miteinander tanzen. Von meiner Seite ist nicht vorgesehen, dieser Veranstaltung einen politischen Charakter zu geben.

Frage: Ist von Ihrer Seite beabsichtigt, dieses Treffen zu einer Vereinsbildung zu gestalten?

Antwort: [redacted]

[redacted]
wohnhaft in Berlin-Prenzlauer Berg,
[redacted]
tätig als Regie-Assistent [redacted]

[redacted]

Ursula Sillge

Abb. 6: Auszug aus dem Befragungsprotokoll von Uschi Sillge durch die Kriminalpolizei vom 6. April 1978; BStU, MfS, AKK, Nr. 8675/78, S. 53

Der Staatssicherheit missfiel diese Entwicklung, die hauptsächlich im Berlin der frühen 1980er-Jahre begann. Spätestens mit der Entstehung der Arbeitskreise Homosexualität unter dem Dach der evangelischen Kirche ab 1982 und deren schneller Ausbreitung in größeren und kleineren Städten der DDR wurden homosexuelle Gruppierungen als „feindlich-oppositionell" eingestuft und 1986 schließlich Vorgehensweisen gegen diese homosexuellen Zusammenschlüsse festgelegt. Für solche Handlungsanweisungen seitens des MfS war auch die Vorarbeit von inoffiziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wie „Maria Jahn"/„Jutta", die jahrelang unerkannt in homosexuellen Kreisen spionierten, wichtig. Aufgrund der jahrzehntelang gelieferten Berichte ersann das MfS einen Maßnahmenkatalog, der auch auf der Annahme beruhte, dass Homosexualität besonders durch westliche Propaganda entstanden und beeinflusst worden sei. Somit wurde durch die Handlungsanweisungen von 1986 eine umfassende Überwachung angestrebt und organisiert gewährleistet. Darin wird unter anderem festgestellt, dass

> • die Versuche zum organisatorischen Zusammenschluß homosexueller Personen in der DDR nach dem Vorbild entsprechender BRD-Initiativen zugenommen haben,
> • bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt sich in verschiedenen Orten der DDR 12 solcher Zusammenschlüsse herausgebildet haben, die im unterschiedlichen Maße eine Reihe von Veranstaltungen für Homosexuelle organisieren und im Dialog mit staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen stehen bzw. einen solchen suchen,
> […]
> • zunehmend aktiv in die Tätigkeit bestehender sog. „Arbeitskreise Homosexualität" einbezogene Personen durch Eingaben an Staatsorgane, in denen Forderungen an Staat, Gesellschaft und Kirche gestellt werden, in Erscheinung treten,
> • durch Inspiratoren und Organisatoren von Zusammenschlüssen homosexueller Personen differenziert Veranstaltungen der evangelischen Kirche in der DDR genutzt werden, um auf Probleme und Forderungen öffentlich aufmerksam zu machen.
> Seitens staatlicher und gesellschaftlicher Organe sind in letzter Zeit verstärkt Maßnahmen des Eingehens auf Fragen Homosexueller in der sozialistischen Gesellschaft eingeleitet worden.
> Ein begonnener Dialog mit Organisatoren trägt dazu bei, ihre unberechtigten Vorbehalte und teilweise oppositionelle Einstellung gegenüber den staatlichen und gesellschaftlichen (vermeintlich negierenden und diskriminierenden) Haltungen zu den Homosexuellen abzubauen und das Wirken feindlich-negativer Kräfte zum Mißbrauch dieser Personenkreise einzuschränken.
> In diesem Zusammenhang weise ich auf die in der […] zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit der

> HA XYIII gestellten Aufgaben hin, insbesondere auf die in der […] enthaltene Festlegung, daß alle erarbeiteten operativ bedeutsamen Informationen zu Problemen der politischen Untergrundtätigkeit an die HA XX zu übermitteln sind. Ausgehend von diesen Aufgabenstellungen sind Hinweise zu organisatorischen Zusammenschlüssen homosexueller Personen bei der politisch-operativen Sicherung der Objekte des Verantwortungsbereiches der HA XVIII zu berücksichtigen […]. Dabei sind gewonnene Kenntnisse und Erfahrungen, besonders über den Einsatz und die Wirksamkeit operativer Kräfte, Mittel und Methoden sowie Erfahrungen aus dem Prozeß des politisch-operativen Zusammenwirkens mit staatlichen und gesellschaftlichen Kräften mit einzubeziehen.[60]

Während der Tätigkeit von IM „Jutta" war das MfS aber noch einige Jahre von solchen ausführlichen Handlungsanweisungen entfernt. Dennoch bekam „Jutta" von ihrem Vorgesetzten bei den regelmäßigen konspirativen Treffen Arbeitsaufträge für Observierungen. Sie informierte von 1978 bis 1981 weiterhin aufmerksam über Berliner Lesben, wenngleich weniger über intime Details mit anderen Frauen, da sich „Jutta" in einer festen Partnerschaft befand. Trotzdem erteilte sie – wie schon Jahre zuvor – immer wieder Auskunft über die wohn- und lebenspartnerschaftliche Situation ihrer zahlreichen lesbischen Freundinnen und Bekannten.

In der Akte finden sich Berichte über lesbische Paare, die zurückgezogen und unauffällig leben wollten – vermutlich haben sie nie etwas über ihre Beziehung aus dem Umfeld der eigenen Wohnung nach außen dringen lassen.[61] Trotz dieser Geheimhaltung landeten intime Informationen in den Akten der Staatssicherheit:

> Die beiden leben im Wohnhaus sehr zurückgezogen und haben außer zur Familie [XXX] (Vorderhaus) keinen engeren Kontakt. […] Von einer Quelle wurde weiter bekannt, daß beide lesbisch veranlagt sind, sich jedoch die lesbische Liebe auf diese beiden Frauen entsprechend der bisherigen Beobachtungen beschränkt. Es wurden bisher keine anderen weiblichen Personen in der Wohnung festgestellt.
>
> Ein Mieter des Hauses hat die [XXX] und [XXX] in ihrer gemeinsamen Wohnung bei lesbischen Liebeshandlungen beobachtet, da sie ihre Fenster nicht zugezogen hatten. Die [XXX] ist im Wohnhaus in der Weise gesellschaftlich tätig, daß sie die Beiträge bzw. Sammlungen für die Volkssolidarität kassiert und durchführt.

60 MfS, HA XVIII, Nr. 19353, Bl. 19–21.

61 In zahlreichen Gesprächen mit Zeitzeuginnen wurde mir berichtet, dass an ein öffentliches Auftreten mit einer anderen Frau als Beziehungspartnerin nicht zu denken war. Die Angst, entdeckt zu werden, war zu groß und so spielten sich viele lesbische Beziehungen nur in den eigenen Privaträumen ab.

> Zur politischen Einstellung sowie anderen Verbindungen auch nach WB oder der BRD wurden bisher keine Anhaltspunkte bekannt. Während der Ermittlung zu beiden Personen konnten weitere operative Möglichkeiten der Beschaffung von Informationen zur [XXX] und [XXX] aufgeklärt werden, welche in der nächsten Zeit auch genutzt werden können.[62]

An diesem Beispiel wird auch deutlich, wie die Staatssicherheit Informationen sammelte – vermeintlich vorerst unwillkürlich. Aber wenn inoffizielle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter private wie auch politische Informationen zu Personen besorgten, ging es dem MfS prinzipiell darum, die Betroffenen zu einem eventuell gegebenen Zeitpunkt unter Druck zu setzen, zu diskreditieren oder im schlimmsten Fall ins Gefängnis zu bringen; oftmals aber auch darum, sie für die eigenen Ziele, also für staatssicherheitsdienliche Zwecke zu gewinnen.

„Jutta" lieferte auch Informationen über eine Lesbe, die nach ihrer Übersiedlung nach Westberlin weiterhin Kontakt zu ihr suchte und regelmäßig nach Ostberlin reiste. Danach befragt, wie die Aufenthalte zustande gekommen waren, antwortete sie laut eines Berichts von „Jutta" vom 14. März 1979: „nicht auf legale Weise".[63] Diese Frau besaß bei einer Einreise nach Ostberlin die Zeitschrift *Courage*.[64] Ein Artikel darin befasste sich mit Problemen lesbisch veranlagter Frauen.[65] Aufgrund derartiger Hinweise in IM-Berichten vermutete die Staatssicherheit, dass über Personen aus Westdeutschland viele Kontaktdaten, Publikationen etc. eingeschleust wurden und die als „feindlich-negativ" oder auch oppositionell eingestuften homosexuellen Gruppierungen stärkten und leiteten. Denn auch aus der schwulen Szene war der Staatssicherheit bekannt, dass dort über westliche Kontakte themenspezifische Publikationen aus dem nicht sozialistischen Ausland im Umlauf waren. Aus Sicht der Staatssicherheit resultierte der oppositionelle Charakter von homosexuellen Zusammenschlüssen demnach aus westlicher Propaganda und nicht aus der Notwendigkeit eigener persönlicher Entfaltung. Für die Staatssicherheit schien dies eine einfache, plausible Erklärung, die gut in die eigenen Überzeugungen passte, denen zufolge Homosexualität eine propagierte „Erfindung" des Westens war, und somit auf die Grundbedürfnisse der Homosexuellen in der DDR keine Rücksicht genommen werden musste. Die Folgen der Maßnahmenergreifung sind in den obigen Handlungsanweisungen belegt.

62 BStU, MfS, AIM 10593/81, Teil I, Bd. 1, Bl. 78.
63 BStU, MfS, AIM 10593/81, Teil II, Bd. 1, Bl. 42.
64 *Courage* war eine feministische Zeitschrift, die von 1976 bis 1984 selbst verwaltet in Westberlin erschien und als eine printmediale Basis der autonomen linksfeministischen Szene in der Bundesrepublik Deutschland bezeichnet werden kann.
65 BStU, MfS, AIM 10593/81, Teil II, Bd. 1, Bl. 41–42.

Nach drei Jahren wurde die Zusammenarbeit von „Jutta“ und dem MfS am 20. Mai 1981 mit einem Abschlussbericht beendet und archiviert:

> Abschlußbericht zum IM-Vorgang „Jutta“
>
> Der IM wurde am 23.05.1978 geworben. Die Werbung erfolgte auf der Grundlage der politisch-ideologischen Überzeugung des IM und seines persönlichen Interesses. Die Zusammenarbeit mit dem IM im Rahmen der operativen Personenkontrolle [XXX] ergab wichtige, operativ-interessante und auswertbare Ergebnisse und Verbindungen. Der IM löste die ihm übertragenen Aufgaben zuverlässig. Es konnten keine Anzeichen von Unehrlichkeit festgestellt werden. Die Prinzipien der Wahrung der Geheimhaltung wurden eingehalten. Durch die Einstellung der operativen Personenkontrolle [XXX] wurde die Zusammenarbeit mit dem IM beendet. Andere Einsatzmöglichkeiten seitens unserer Diensteinheit sind nicht gegeben. Es wird vorgeschlagen, den IM-Vorgang in der Abteilung XII zu archivieren.[66]

Abschließende Betrachtung

Dass lesbische Frauen wichtige Informantinnen für das Ministerium für Staatssicherheit waren, lässt sich nicht nur an den Akten „Maria Jahn“/„Jutta“ nachweisen. Die von mir für diesen Artikel gewählte Akte ist ein Fallbeispiel, das Einblick gibt, wie Lesben schon in den Anfangsjahren des Ministeriums für Staatssicherheit über lesbische Frauen und Gruppierungen berichteten, und das oft jahrelang – entgegen der Vermutung, dass homosexuelle Frauen erst ab den 1980er-Jahren mit dem Entstehen vernetzter Kreise interessant für eine Überwachung durch inoffizielle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren. Vermutlich ermöglichte es die Vorarbeit der Frau hinter „Maria Jahn“ und „Jutta“ dem Ministerium für Staatssicherheit erst, im Laufe der Jahre die Anforderungsprofile für kommende IM zu präzisieren und diese somit gezielter einzusetzen. Es hätte theoretisch nie so weit kommen müssen, da ich auch Akten von Frauen gelesen habe, die einer Mitarbeit nicht zustimmten. Diese Vorläufe wurden meist ohne große Anmerkungen archiviert, wenngleich die entsprechenden Frauen vorab nicht wussten, ob und welche Repressalien die Ablehnung nach sich ziehen würde. Für mich zeugt eine solche Haltung von Charakterstärke, da die Ablehnung der Zusammenarbeit mit staatlichen Organen der DDR einschneidende, nicht abschätzbare Konsequenzen für das eigene Leben haben konnte. Die Gründe für die Zustimmung zu einer Mitarbeit konnten mannigfaltig sein, beispielsweise eine erzieherische und gesell-

66 BStU, MfS, AIM 10593/81, Teil I, Bd. 1, Bl. 147.

schaftliche ideologische Prägung, die schon in frühen Lebensjahren begann und somit zu einer staatskonformen Überzeugung führte, sowie die Angst, sich gegen den Staat zu stellen. Und nicht selten erhofften sich die Frauen vermutlich auch Vorteile im eigenen Leben.

Während des Studiums der Akten dachte ich oft daran, wie ich das Thema lesbischer inoffizieller Mitarbeiterinnen im MfS öffentlich machen könne, denn leider ist diesem Thema bisher im öffentlichen Diskurs praktisch keine Beachtung beigemessen worden. Vorträge und Publikationen sind ein guter Anfang. Leider konnte ich bisher keine Frau ausfindig machen, die auch bereit wäre, vor der Kamera über ihre Vergangenheit als IM in lesbischen Kreisen zu berichten. Die mehrjährige Arbeit an und mit den Akten der Staatssicherheit hinterlässt ihre Spuren, auch nach drei Jahren hadere ich immer noch damit, das Gelesene vollends zu begreifen und mich emotional abzugrenzen. Zu viel lese ich, was nicht in eine mehr oder weniger öffentliche Akte, die bisher viele Hände durchlaufen hat, gehört. Dies zu verstehen, fällt mir nach wie vor schwer – besonders unter dem Aspekt, wie nah die Berichtenden am Überwachungssubjekt waren, mit welcher Rücksichtslosigkeit über einzelne Menschen berichtet und teilweise auch geurteilt wurde. Für mich ist es immer noch nicht nachvollziehbar, wie ein Mensch so viele Informationen über andere preisgeben konnte – eventuell sogar ohne sich der Konsequenzen für das Gegenüber bewusst zu sein. Wenn beispielsweise das Umfeld überwacht wurde wie bei Uschi Sillge,[67] blieb ihr wie vielen anderen die Möglichkeit persönlicher und beruflicher Entfaltung aufgrund der Überwachung versperrt.

Die Frau hinter den beiden IM-Namen hatte keine Anweisung, Intimes und Persönliches in derartiger Fülle in ihren Berichten preiszugeben. Dies lag in ihrem Ermessen, sie hätte zurückhaltender berichten können, was sich an anderen Aktenbeispielen lesbischer IM belegen lässt. Schlussfolgerungen aus den Akten sind oftmals subjektiv, da viel zwischen den Zeilen gelesen und hergeleitet werden muss. Die persönlich verfassten Berichte ermöglichen dies, dennoch müssen die Dokumente der Staatssicherheit weiterhin kritisch betrachtet und bewertet werden.

Eine umfassendere persönliche Einschätzung der IM „Maria Jahn"/„Jutta" kann an dieser Stelle nicht gegeben werden. Auch weil ich diese Person nicht kennenlernen kann, um mit ihr über die eigene Geschichte und die Hintergründe zu reden und sie vor allem nach dem Warum zu fragen. Ich gehe davon aus, dass einige der unzähligen überwachten Frauen diskreditiert wurden. Auch das ist eine Einschätzung aufgrund der vielfältigen Erfahrungen, die ich

67 BStU, MfS, AOPK, Nr. 25576/91, Bd. 2, Bl. 8.

während meiner Recherche der letzten Jahre mit dem Aktenstudium in der Leipziger Außenstelle des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Zeitzeuginnen- und Zeitzeugengesprächen und der Arbeit in Archiven[68] gesammelt habe. Das sozialistische Gesellschaftsbild war heteronormativ geprägt, eine Abweichung durch (sich vernetzende) Homosexuelle stellte somit eine Diskrepanz dar, der Einhalt geboten werden musste. Wegen der Paranoia in Bezug auf die eigenen Bürgerinnen und Bürger sowie der angeblichen Macht von feindlich-oppositionellen Aktivistinnen und Aktivisten, Gruppen und sogenannten feindlich-negativen Kräften hat die Staatssicherheit hinter dem eigenen politischen Kalkül die individuellen, grundmenschlichen Bedürfnisse Homosexueller nicht sehen wollen.

68 Z. B. in Berliner Archiven: Grauzone in der Robert-Havemann-Gesellschaft e.V., FFBIZ – das feministische Archiv oder Spinnboden – Lesbenarchiv und Bibliothek.

Jugendliche im Visier der Securitate

Die Dokumentationsakten der kommunistischen Sicherheitsbehörde als historische Quelle

ANDRA-OCTAVIA CIOLTAN-DRĂGHICIU

Einführung

Im Rahmen der Tagung „Aus den Giftschränken des Kommunismus" tauschten sich Forscherinnen und Forscher aus den Ländern des ehemaligen Ostblocks über den Wert von Überwachungsakten als historische bzw. biografische Quellen aus, wobei Minderheiten und Randgruppen kommunistischer Gesellschaften in den Vordergrund rückten. Der Begriff „Giftschrank" erwies sich als besonders zutreffend, da im Verlauf der Konferenz auch die Frage aufgeworfen wurde, ab wann der Aktenbestand seine „heilende Kraft" verliert und die „Medizin" zum „Gift" wird. Dass Informationen aus dem Archiv der ehemaligen rumänischen Geheimpolizei (Direcția Generală a Securității Statului, kurz Securitate) nach 1990 als „Gift" instrumentalisiert wurden, um Politiker und Intellektuelle zu diskreditieren,[1] und immer noch ein hohes Vergiftungspotenzial haben, wurde von Gabriel Andreescu und anderen in seiner 2013 erschienenen Studie *Cărturari, opozanți și documente. Manipularea Arhivei Securității* dargestellt,[2] kann aber auch regelmäßig in den rumänischen Medien verfolgt werden. Die Wirkung der Akten als „Medizin" für die geistig, kulturell und wirtschaftlich vom Kommunismus verseuchte rumänische Gesellschaft ist leider bislang kaum thematisiert worden. Der Hauptgrund hierfür liegt wahrscheinlich in dem möglichen Auftreten der für das postkommunistische politische System unerwünschten Nebenwirkung der Lustration, die es den zahlreichen ehemaligen Parteifunktionären, die nach 1990 in hohen

1 Siehe z. B. den Fall der Politikerin Mona Musca (2006) oder die aktuelle Debatte um den Erziehungsminister Mircea Dumitru.

2 Gabriel Andreescu: Cărturari, opozanți și documente. Manipularea Arhivei Securității [Gelehrte, Gegner und Dokumente. Die Manipulation des Securitate Archivs]. Iași 2013.

Staatsämtern geblieben sind, nicht erlaubt hätte, ihre politische Karriere fortzuführen. Es stellt sich zudem die Frage, ob die gegenwärtige rumänische Gesellschaft (nicht nur die Politik) stabil genug wäre, diesen „Versuch am Menschen" zu überleben.

Die Wirkung einer Aufarbeitung von Überwachungsakten im Spannungsfeld zwischen „Gift" und „Medizin" zu behandeln, wühlt widersprüchliche Gedanken und Gefühle auf, die der intragesellschaftlichen Debatte dienen, sich für die historische Forschung jedoch als eher unproduktiv erweisen. Wie die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Tagung feststellen konnten, sind diese als Quelle eher unzuverlässig und dienen oft dazu, Schuld zu generieren bzw. Biografien umzuschreiben. Unter ihnen gibt es jedoch eine bislang vernachlässigte Aktengattung, jene der Dokumentationsakten (rum. fond documentar), in denen Offiziere auf lokaler und regionaler Ebene über die Stimmungslage (rum. stare de spirit) in verschiedenen Städten und Institutionen, wie zum Beispiel an Universitäten, berichteten.

Im Laufe der Forschung am Dissertationsprojekt *Gut gekämmt ist halb gestutzt. Jugendkulturen in der Sozialistischen Republik Rumänien, 1974–1989*[3] wurden mehrere solche Dossiers, die ab Mitte der 1970er- bis Ende der 1980er-Jahre aus allen Regionen des Landes und vor allem aus Universitätszentren stammen, stichprobenartig ausgewertet. Korrespondierend mit einer Schlussfolgerung der Tagung „Aus den Giftschränken des Kommunismus", dass diese Quellen neue Themenfelder, wie zum Beispiel die Alltagsgeschichte von Minderheiten und Randgruppen, öffnen können, wird im vorliegenden Beitrag der Wert der Dokumentationsdossiers im Hinblick auf die Erforschung von jugendlichen Subkulturen in den letzten fünfzehn Jahren des Ceaușescu-Regimes diskutiert. Diesbezüglich wird von der Hypothese ausgegangen, dass die mehrheitlich unpersönlichen, kollektiven Dokumentationsdossiers für die historische Forschung ertragreicher sind als die Verfolgungsakten, da Letztere auf der Verfolgung einer bestimmten Person oder Gruppe von Personen basieren und somit anfälliger für Interpretationen und Spekulationen sind.

Der Quellenbestand

Die Akten, die von Securitate-Offizieren auf lokaler und regionaler Ebene verfasst wurden und zur Dokumentation der Stimmungslage weiter Teile der Bevölkerung dienen sollten, umfassen Tausende von Seiten in Hunderten von

3 Die Dissertation entstand im Rahmen des Doktoratkollegs für Mitteleuropäische Geschichte an der Andrássy Universität Budapest und wurde vom österreichischen Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft finanziert.

Dossiers. Viele von ihnen, die im Rahmen der Forschung für das genannte Dissertationsprojekt ausgewertet wurden, waren zuvor von keinem anderen Forscher gelesen worden.

In diesem Punkt lohnt sich ein kurzer Exkurs über die Bedingungen, unter denen die Akteneinsicht stattfindet. Nach der Akkreditierung muss der Antragstellende ein Formular ausfüllen, in dem er die Themen oder Personen angibt, über die er Informationen erhalten möchte. Entscheidet sich der Forscher für Beobachtungs- bzw. Verfolgungsakten von Persönlichkeiten wie Sängern, Schriftstellern oder auch Institutionen, etwa internationalen Radiosendern, werden diese in zwei bis drei Arbeitstagen am Hauptsitz des Nationalen Rates zum Studium der Akten der Securitate (rum. Consiliul Național pentru Studierea Actelor Securității, kurz CNSAS) in Bukarest zur Verfügung gestellt. In einem für solche Zwecke kleinen Leseraum, wo im Sommer die Luft – egal ob mit oder ohne aktivierte Klimaanlage – stickig ist, dürfen die Akten – zwischen Handyklingeln und lauten Gesprächen – gelesen werden. Wenn der Forschende hingegen Dokumentationsdossiers zum Thema Studentenmilieu bzw. ausländische Studierende lesen möchte, erfährt er, dass diese noch nicht gänzlich erfasst worden seien und eine Fahrt in das zwölf Kilometer außerhalb Bukarests liegende Archivlager notwendig sei. Für akkreditierte Forscher besteht die Möglichkeit, falls es am jeweiligen Tag noch freie Plätze gibt, mit dem Mitarbeiterbus dorthin zu fahren. Der Bus kommt um circa 9 Uhr an, fährt jedoch um 15 Uhr wieder nach Bukarest zurück. Glücklicherweise ist es im Archivlager meistens still und hier können die Akten in Ruhe analysiert werden.[4]

In den Dokumentationsdossiers wurden viele verschiedene Themen behandelt bzw. Ereignisse aufgezeichnet, die in einem bestimmten Zeitraum in einer Großstadt oder in einem Landeskreis stattfanden. Diskussionen zwischen Mitarbeitern unterschiedlicher Institutionen, Vergehen wie Prostitution, Diebstahl oder Vergewaltigung, aber auch „Auflösung von Entouragen" (rum. destrămare de anturaje) sind hier festgehalten. Damit ist die Auflösung von Gruppen gemeint, die zum Beispiel durch das Hören von und das Diskutieren über die Sendungen internationaler Radiosender „gegen die sozialistische Ordnung verstießen" (rum. acțiuni împotriva ordinii socialiste).

Was den konkreten Gegenstand der Untersuchung betrifft, wurde das Thema Jugendliche entweder separat unter dem Titel „Jugend" (rum. tineret) oder parallel zu anderen lokalen und regionalen Problemen behandelt. Das Hauptziel dieser Berichte war es, Erkenntnisse über die Atmosphäre und den

4 Zur Erfahrung des Politikwissenschaftlers und ehemaligen Dissidenten Gabriel Andreescu vgl. Gabriel Andreescu: Reprimarea mișcării Yoga în anii 80 [Die Unterdrückung der Yoga Bewegung in den 80er-Jahren]. Iași 2008, S. 199–216.

Gemütszustand an Schulen, Universitäten und Fabriken zu gewinnen.[5] Man überwachte sowohl den Lehrprozess, das Heimleben und die Mensen als auch diverse Freizeitaktivitäten, und zwar im kollektiv organisierten Rahmen (Zeitschriften, Zirkel, künstlerische Verbände) wie auch individuell (das Hören von und die Korrespondenz mit ausländischen Radiosendern, Diskussionen mit Freunden). Das durch die Offiziere angegebene Ziel der Überwachung war „die Bekämpfung der negativen Beeinflussung der Jugend durch feindliche Elemente, sowohl aus dem Inneren des Landes als auch von außen".[6]

Wegen der laut Behördenangaben sehr großen Zahl von Jugendlichen, die nicht oder weniger ideologiekonformen Freizeitaktivitäten nachgingen, wie zum Beispiel dem Hören von ausländischen Radiosendern bzw. Rockmusik oder der Verbreitung von religiösen Materialien usw., wurden Mitte der 1970er- und in den 1980er-Jahren selten individuelle Dossiers angelegt.[7] Diese Dokumentationsakten sind demnach die einzige Möglichkeit, durch institutionelle Quellen einerseits über die Tätigkeit von Jugendlichen in ihrer Freizeit und über die Existenz von Subkulturen im kommunistischen Rumänien und andererseits über die Vorgehensweise der Securitate in solchen Fällen zu erfahren. Dennoch handelt es sich dabei um den Nachlass der gesellschaftlich dominanten Gruppe, die durch diese Dokumentation ihre Tätigkeit zu legitimieren suchte und somit auch ihre eigene institutionelle Perspektive auf die Gesellschaft äußerte.[8] Der Forscher sieht sich in diesen Quellen mit einer standardisierten Sprache mit typisierten, sehr generellen Formulierungen konfrontiert, die fortwährend wiederholt werden.[9] „Verweis" (rum. mustrare), „positive Beeinflussung" (rum. influențare pozitivă), „gegeninformative Vorbereitung" (rum. pregătire contrainformativă) oder „Neutralisierung" (rum. neutralizare) sind Begriffe, die nicht erklärt werden und deshalb heute interpretiert werden müssen. Auch konkrete Daten, die in den Akten zu finden sind, müssen überprüft werden, da sich die Informanten und Agenten oft irrten oder bewusst falsche Angaben machten.[10]

5 ACNSAS D006167, Bl. 44.

6 Rum. „Combaterea activității de influențare negativă a tineretului de către elemente dușmănoase din exterior și interior", ebenda, Bl. 39. Übersetzung der Autorin.

7 Zumindest gibt es unter dem Namen derer, die in den Dokumentationsdossiers vorkommen, keine individuellen Beobachtungs- oder Verfolgungsakten.

8 Cristina Anisescu: Hermeneutica documentelor întocmite de Securitate și importanța radicalului uman [Die Hermeneutik der Securitate Dokumente und die Bedeutung der menschlichen Radikale]. In: *Arhivele Securității* (2002), S. 807–819, hier: S. 807.

9 Ebenda, S. 813.

10 Im Dossier zum Thema Radio Free Europe gibt es zahlreiche Unstimmigkeiten hinsichtlich der Mitarbeiter der rumänischen Abteilung von RFE bzw. der Musiksendungen. In machen Dossiers geben die Offiziere selbst zu, eine andere Person mit demselben Namen untersucht zu haben. Vgl. ACNSAS I375727, Bl. 58.

Zusammengenommen ergibt sich hieraus eine innere Dynamik der Dokumente, die vom Forschenden berücksichtigt werden muss.[11]

Die zwiespältige Beziehung zwischen Jugend und Geheimpolizei

Trotz diverser Bemühungen der Propaganda gelang es dem kommunistischen Regime nicht, durch verschiedene Massenorganisationen wie die Falken des Vaterlandes (rum. Șoimii Patriei), die Pioniere (rum. Pionieri) oder den Verband der Kommunistischen Jugend (rum. Uniunea Tineretului Comunist, kurz VKJ) Jugendliche als einheitliche gesellschaftliche Gruppe zu positionieren. Dementsprechend gab es nicht nur Unterschiede in Bezug auf soziale Kategorien, religiöse Konfessionen, die Geschlechter oder Mode-, Musik- und subkulturelle Trends, sondern auch im eigenen Verhältnis zum Staat und dessen Institutionen.[12] Das bedeutet, dass Jugendliche nicht nur „Opfer" bzw. Untersuchungsgegenstand der Geheimpolizei waren, sondern dass sie auch Teil des Apparates wurden, also in die Rolle der „Täter" schlüpften.

In diesem Zusammenhang sind mehrere Stufen der „Kollaboration" mit dem Geheimdienst zu unterscheiden. Während Minderjährige, Schüler und Studierende oft als Unterstützungspersonen rekrutiert wurden, die über Kollegen, über Freunde oder über das Schulpersonal informieren sollten,[13] waren junge Menschen – hauptsächlich Männer – mit Lyzeums- oder sogar Universitätsabschluss und absolviertem Militärdienst ideale Kandidaten für die Ausbildung und Spezialisierung in Bereichen wie interne Informationen, Gegeninformation, Wirtschaft, Passwesen oder Fremdsprachen.[14] Ihre Aufgabe war es, die „nicht konformen" Altersgenossen zu beobachten, um sogenannte „feindliche Aktivitäten" (rum. activități dușmănoase) zu verhindern.

Aus den Akten kann man herauslesen, wie breit gefächert die Spannbreite dieser „feindlichen Tätigkeiten" war. Sie reichte von Vergehen wie Prostitution und Diebstahl über das Hören von Sendungen internationaler Radiosender, Fluchtabsichten und religiöse Aktivitäten bis hin zur Pflege oder Nachahmung der „westlichen Lebensweise" (rum. stil de viață occidental). Die Kommentare der Berichtenden zeigen, wie die Geheimpolizei

11 Cristina Anisescu: Hermeneutica, S. 814.

12 Zu diesem Thema vgl. Andra-Octavia Drăghiciu: Gut gekämmt ist halb gestutzt. Jugendkulturen in der Sozialistischen Republik Rumänien, 1974–1989. Budapest 2016 (unveröffentlichte Dissertation).

13 ACNSAS D018306, Bd. 2, Bl. 20.

14 Oana Ionel: Criterii de încadrare a ofițerilor de Securitate (1974–1976) [Kriterien der Einbindung von Securitate Offizieren (1974–1976)]. In: *Arhivele Securității* (2004), S. 421–441, hier: S. 437.

mit solchen Sachverhalten umging und wie sie ihre eigene Vorgehensweise bzw. die Effizienz ihrer Methoden und Mitarbeiter einschätzte.

Radio Free Europe

Obwohl Rumänien die niedrigste Pro-Kopf-Quote an Radioempfängern in den Ländern des ehemaligen Ostblocks aufwies, hörte man den internationalen Sender Radio Free Europe (RFE) häufiger als in jedem anderen „Bruderstaat".[15] RFE und Radio Liberty (RL) wurden Anfang der 1950er-Jahre von der Regierung Truman ins Leben gerufen, um das amerikanische bzw. „westliche" Gedankengut für die Staaten des Ostblocks zu propagieren. Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges sollte die Finanzierung durch die CIA und die direkte Einmischung des amerikanischen Staates geheim bleiben, sodass in New York das Komitee für ein Freies Europa gegründet wurde, das die beiden Radiosender offiziell verwaltete und finanzierte. Die Funktion der beiden Sender bestand darin, den im Westen exilierten, antikommunistischen Politikern aus Osteuropa eine Plattform zu bieten, von der aus sie mit der Bevölkerung in ihren Heimatländern in der eigenen Sprache kommunizieren konnten.[16]

Die Beliebtheit von RFE in der Sozialistischen Republik Rumänien lässt sich mit dem mangelhaften nationalen Angebot an Radio- und Fernsehsendungen erklären, die vor allem bei der Jugend kein Interesse weckten. Anders als in Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei fühlte sich die Bevölkerung wenig von den staatlichen Sendern angesprochen.[17] Mit der zunehmenden Isolierung des Landes in den 1970er- und 1980er-Jahren stieg die Hörerzahl in Rumänien gewaltig an, sodass im letzten sozialistischen Jahrzehnt 80 bis 90 Prozent des Radiopublikums RFE hörten.[18]

Wie aus den Akten der Securitate und den von der Autorin durchgeführten Oral-History-Interviews zu schlussfolgern ist, war das Hören von und Kommunizieren mit RFE eine bei Jugendlichen sehr beliebte Tätigkeit. Die Musiksendungen von Cornel Chiriac, Andrei Voiculescu und Radu Teodoru sowie

15 Nestor Ratesh: Radio Free Europe's Impact in Romania During the Cold War. In: A. Ross Johnson, Eugene Parta (Hgg.): Cold War Broadcasting: Impact on the Soviet Union and Eastern Europe. Budapest 2010, S. 205–227, hier: S. 208.

16 Richard H. Cummings: The Dangerous History of American Broadcasting in Europe, 1950–1989. Jefferson, North Carolina 2009, S. 8.

17 Zum Vergleich des Fernseh- und Radioangebots in den sozialistischen Ländern Osteuropas bis Anfang der 1970er-Jahre siehe Burton Paulu: Radio and Television Broadcasting in Eastern Europe. Minnesota 1974.

18 Gabriel Andreescu, Mihnea Berindei (Hgg.): Ultimul deceniu comunist. Scrisoare către Radio Europa Liberă 1979–1985 [Das letzte kommunistische Jahrzehnt. Brief an Radio Freies Europa 1979–1985]. Iași 2010, Einführung, S. 9–23.

die Jugendsendung *Tinerama* von Max Bănuș informierten über den Alltag anderer Altersgenossen, über Musik- und Moderichtungen sowie über alternative Lebensweisen. Darüber hinaus vermittelten die Produzenten Brieffreundschaften mit westlichen Jugendlichen und organisierten Wettbewerbe, die die Kommunikation mit dem Sender in Form von Briefen förderte.[19]

Diese Briefe, die auf verschiedenen Wegen an die Redaktion des RFE nach München geschickt wurden, waren von besonderem Interesse für die Sicherheitsbehörden. Den Berichten in den Dokumentationsdossiers wurden oft Briefe von Jugendlichen an RFE angeheftet oder deren Inhalte zusammengefasst wiedergegeben. Aus den abgefangenen Briefen erhält man also nicht nur Informationen über die Kanäle, die Jugendliche benutzten, um mit Radio Free Europe zu kommunizieren, sondern auch über die Inhalte dieser Briefe. In den meisten Briefen wünschten sich Heranwachsende bestimmte Lieder, die sie ihren Freunden widmeten, doch in manchen äußerten Jugendliche auch ihre Kritik an der Elterngeneration und dem kommunistischen System.[20]

Laut Angaben der Offiziere musste man der „feindlichen Propaganda" (rum. propagandă dușmănoasă) von RFE mit „gegeninformativen Maßnahmen" (rum. măsuri contrainformative) in Schulen und an Universitäten entgegentreten.[21] Diese Maßnahmen sollten innerhalb eines bestimmten Zeitrahmens implementiert werden, doch spätere Berichte zeigen, dass die Behörden im Kampf gegen RFE erfolglos blieben. Das Problem wurde akuter, wenn es sich um Jugendgruppen, so genannte „Entouragen" (rum. anturaje) handelte.[22] Als primäre Aufgaben für die Behörden galten die Auflösung solcher Gruppen und die „Umerziehung" der Mitglieder durch individuelle oder öffentliche Verweise in der Schule, an der Universität oder am Arbeitsplatz. Die Offiziere schrieben auch, dass sie nach Gruppenauflösungen unter den betroffenen Jugendlichen Spitzel rekrutieren konnten. Wie den Akten zu entnehmen ist, war die Identifizierung einer solchen Gruppe oft erst durch den Hinweis eines Informanten möglich.[23]

Go West

Durch das Hören und Diskutieren von RFE-Sendungen wurden die Jugendlichen laut Berichten der Offiziere „negativ beeinflusst" (rum. influențare negativă). Die Offiziere meinten, dass Schüler, Studierende und junge Arbeiter

19 Tinerama, 27.4.1987, HU OSA (Open Society Archive) 300-60-1 box 169.
20 Für nähere Informationen zu diesem Thema siehe Drăghiciu: Jugendkulturen, Kapitel 8.
21 ACNSAS D10947, Bd. 1, Bl. 72.
22 ACNSAS D10947, Bd. 14, Bl. 101.
23 ACNSAS D10947, Bd. 1, Bl. 172.

durch internationale Radiosender ermuntert würden, Rumänien illegal zu verlassen. Für sie galt es, Jugendliche mit Fluchtabsichten zu identifizieren bzw. Fluchtversuche zu verhindern.[24] Aus den Dokumentationsakten kann man also nicht nur über von der Securitate verhinderte Fluchtversuche erfahren, sondern auch über die Art und Weise, wie sich Jugendliche ihre Flucht vorstellten.

Für Sportler, Künstler, Musiker oder Schüler, die an Schulaustauschen mit westlichen Ländern teilnahmen, bestand die Möglichkeit, sich während des Auslandsaufenthaltes von der Gruppe zu trennen und im jeweiligen Land zu bleiben. Manchmal meldeten die Offiziere in ihren Berichten, dass es ihnen durch Informationen von Spitzeln gelungen sei, solche Absichten zu vereiteln.[25] Auch die Pläne von Jugendlichen, mit einem Hubschrauber oder mit einer selbst gebauten Tauchausrüstung die Grenze zu überschreiten, konnte die Securitate laut eigenen Angaben verhindern.[26] Zudem wird in den Akten berichtet, dass Jugendliche Lkw-Fahrer zu überzeugen versuchten, sie in ihren Wagen zu verstecken und über die Grenze mitzunehmen.[27] Die berichtenden Offiziere verbanden Fluchtabsichten von Jugendlichen auch mit deren Zugehörigkeit zu verschiedenen neuen religiösen Bewegungen. In den Akten wird behauptet, dass die Zeugen Jehovas, Adventisten und Baptisten Beziehungen zu westlichen Ländern pflegten und religiöses bzw. „propagandistisches" Material aus den USA oder aus Österreich erhielten.[28] Außerdem wurden Zeugen Jehovas und Adventisten an Lyzeen und Universitäten beobachtet, weil Erstere sich weigerten, Militärdienst zu leisten, und Letztere samstags keine Kurse besuchen wollten.[29] Einen weiteren Grund für die Überwachung von Jugendlichen durch die Securitate stellte die Bekanntschaft oder Beziehung zu einem Ausländer dar. Vor allem in den Universitätsstädten gab es eine Vielzahl von ausländischen Studierenden, hauptsächlich aus der Dritten Welt – etwa aus Lateinamerika, Afrika oder dem Nahen Osten –, aber auch manche aus der Bundesrepublik Deutschland, aus Israel oder den USA.[30] Wegen des aus Sicht der rumänischen Sicherheitsbehörden hohen Konfliktpotenzials der Studierenden aus dem Nahen Osten wurden diese intensiv beobachtet. Im Archiv der Securitate befinden sich entsprechend viele Doku-

24 ACNSAS D010947, Bd. 3, Bl. 129.
25 ACNSAS D010947, Bd. 30, Bl. 34.
26 ACNSAS D018306, Bd. 12, Bl. 206.
27 ACNSAS D013419, Bd. 2, Bl. 139.
28 ACNSAS D018306, Bd. 9, Bl. 194.
29 ACNSAS D006167, Bl. 28.
30 Zu den diplomatischen und kulturellen Beziehungen Rumäniens mit Ländern der sogenannten Dritten Welt, den USA und der Bundesrepublik vgl. Adam Burakowski: Dictatura lui Nicolae Ceaușescu 1965–1989. Geniul Carpaților [Die Diktatur Nicolae Ceaușescus 1965–1989. Das Genie der Karpaten]. Iași 2011, S. 174.

mentationsakten, in denen die Tätigkeiten verschiedener Gruppierungen wie der Muslimbrüder und ihre Zusammensetzung festgehalten wurden.[31]

Auch rumänische Staatsbürger, vor allem Studierende, die regelmäßig mit Ausländern in Kontakt traten, wurden von der Securitate überwacht. Aus den Akten kann man herauslesen, welche Arten von Beziehungen es zwischen Einheimischen und Ausländern gab. Einerseits entstanden Freundschaften und Liebesbeziehungen, die auch in eine Ehe mündeten,[32] andererseits entwickelten sich „wirtschaftliche" Beziehungen, da die ausländischen Studierenden im Gegensatz zu rumänischen Staatsbürgern Devisen besaßen und nach Belieben ins Ausland reisen durften. So versorgten sie ihre rumänischen Kollegen oft mit Schallplatten, Kleidung, Jeans, aber auch mit Hygieneartikeln oder Verhütungsmitteln. Ein weiterer Vorwurf, der in den Berichten immer wieder im Zusammenhang mit Ausländern vorkommt, ist die Prostitution junger Frauen. Dabei handelte es sich um Mädchen, die laut Berichten vom Land oder aus kleineren Städten stammten und nach dem Schulabschluss nach Bukarest bzw. in die jeweils benachbarte größere Stadt zogen. In der Regel hatten sie Zuhälter, die für sie Kundschaft suchten. Oft waren die Kunden Ausländer, weil diese Zugang zu Fremdwährung, guten Zigaretten und Gold hatten.[33] Die Frauen wurden wegen „Parasitentums" verklagt und der Schule verwiesen oder gar in einem Umerziehungshaus interniert.[34]

„Wilde Tänze auf Stühlen" („Dansuri excentrice pe scaune")[35]

Die Dokumente der Securitate bestätigen die aus der Analyse der für das oben genannte Dissertationsprojekt durchgeführten Interviews und der im Archiv des RFE gesichteten Unterlagen hervorgegangene These, dass es ab 1974[36] bis zu den Ereignissen im Dezember 1989 trotz des ideologischen Drucks und der schlechten materiellen Lage durchaus dynamische Jugendsubkulturen im sozialistischen Rumänien gab. Einige Jugendliche, die westliche Musik, vor

31 Zu diesem Thema vgl. Andra-Octavia Drăghiciu: Between „totalitarianism" and „terrorism". An introductory study about the „Arab" students in the Romanian Socialist Republic (1974–1989). In: *Caietele CNSAS* 1–2 (2013), H. 11–12, S. 323–332.

32 ACNSAS D018306, Bd. 11, Bl. 260 und Bl. 261.

33 RFE Bericht, 12.11.1982, HU OSA 300-60-1 box 123; Jan Richard: Laster, Luxus und kein bisschen Lenin. Sex und Crime im Ostblock. München 1984, S. 52.

34 ACNSAS D018306, Bd. 1, Bl.31; ACNSAS D018306, Bd. 3, Bl. 53.

35 Zitat aus dem Bericht eines Securitate Offiziers in ACNSAS D010947, Bd. 3, Bl. 206.

36 Burakowski: Dictatura lui Ceaușescu, S. 179. Der rumänische Historiker Cristian Vasile nennt die Periode zwischen 1974 und 1989 die „goldene Epoche" des Nationalstalinismus in Rumänien. Mehr zu diesem Begriff in Vladimir Tismăneanu: Stalinism pentru eternitate. O istorie politică a comunismului românesc [Stalinismus für die Ewigkeit. Eine politische Geschichte des rumänischen Kommunismus]. București 2014.

allem Rock bzw. Heavy Metal hörten sowie Inspiration für Mode und Lebensweise auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs oder in anderen Volksdemokratien wie Ungarn suchten, standen im Visier der Securitate.

In den Berichten der Offiziere kommen Jugendliche vor, die sich angeblich mit der Punkkultur identifizierten und dies in Briefen an RFE äußerten.[37] Auch die aus Ungarn stammende und an den britischen Punk anknüpfende Subkultur „csövés" (dt. Penner, engl. tramp) soll nach Angabe der Sicherheitsbehörden Jugendlichen in Siebenbürgen ein Begriff gewesen sein.[38] Eine Gruppe von Schülern aus dem Kreis Harghita (ung. Hargita), die Heavy Metal hörte, zwei Amateurbands gründete und laut den Berichten mit Handfesseln und Ketten auf der Bühne Lieder der ungarischen Band Edda oder WASP und AC/DC spielte, wurde ebenfalls von der Securitate überwacht. Laut Bericht wurde ihre Gruppe aufgelöst und die Schüler wurden im VKJ „zur Rede gestellt" (rum. puși în discuție). [39]

Fazit

Abschließend kann festgehalten werden, dass im Falle des Archivs der rumänischen Staatssicherheit der „Medizinkasten" wegen seiner öffentlichen Instrumentalisierung längst zu einem „Giftschrank" geworden ist. Aufgrund der heftigen Diskussion über die Spitzel, die Instrumentalisierung der Verfolgungsdossiers nach 1990 und die Interpretierbarkeit der Informationen verlieren die Überwachungsakten der Securitate als historische Quelle oft an Wert. Sie dienen eher als „Gift", als Mittel der Erpressung oder der Verleumdung. Nichtdestotrotz ergibt sich die Möglichkeit, wie eben ausgeführt, diese als historische Quelle in Bezug auf Randgruppen und Minderheiten gewinnbringend auszuwerten, denn in den Dokumentationsdossiers findet der Forscher wertvolle Informationen und Hinweise zum Alltag von Akteuren, die nicht im Zentrum politischer Begebenheiten standen.

Wie Gabriel Andreescu in seinem Buch über die Unterdrückung der Yoga-Bewegung in Rumänien in den 1980er-Jahren schreibt, muss man jedoch den Nachlass der Securitate mit Vorsicht lesen und mit anderen Quellen abgleichen. Für Andreescu gelten die Zeugnisse der Zeitzeugen als besonders wertvoll, weil sie nicht nur der Bestätigung oder Widerlegung von Akten dienen, sondern diese auch ergänzen können.[40]

37 ACNSAS D010947, Bd. 3, Bl. 206.
38 ACNSAS D018306, Bd. 11, Bl. 250.
39 Ebenda, Bl. 251.
40 Andreescu: Reprimarea mișcării Yoga, S. 199.

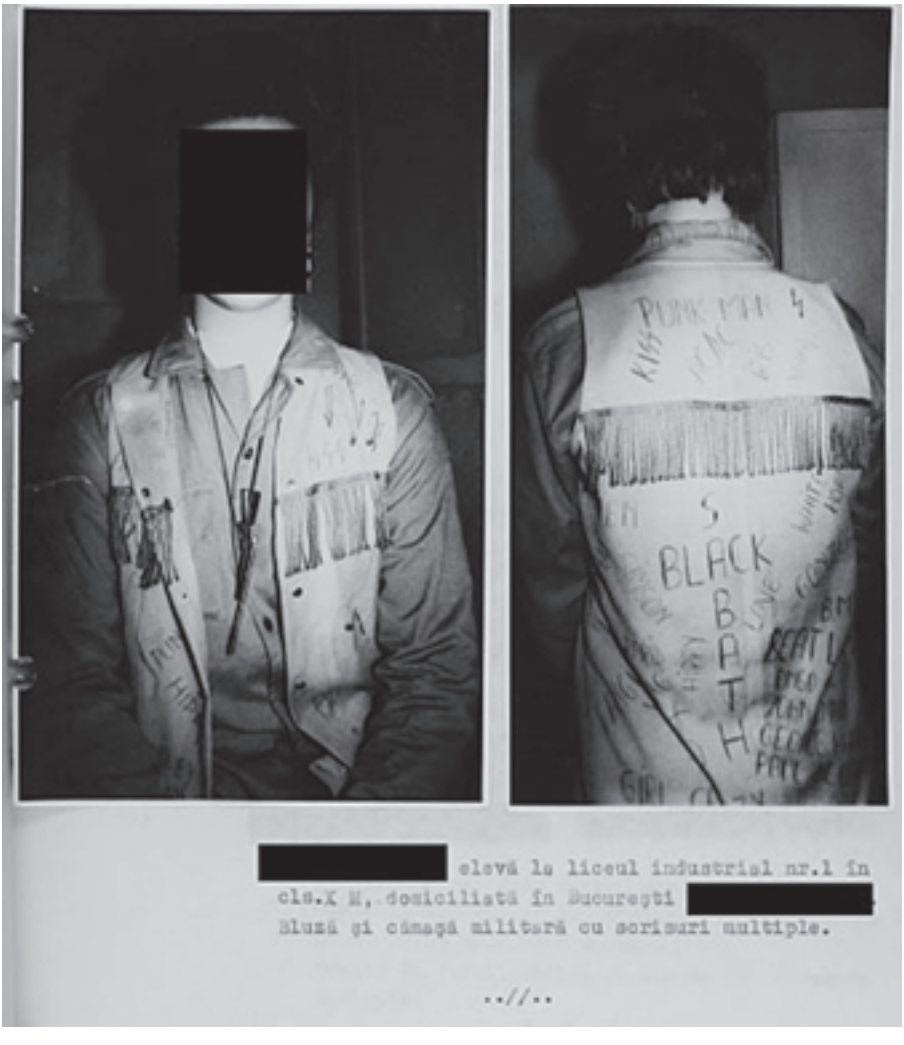


Abb. 1: Anders als im Falle der Metal- oder Rockfans, konnte die Existenz von Punks in Rumänien durch keine andere Quelle bestätigt werden. In den Dokumentationsdossiers wurden jedoch Fotos von einer Show des Cenaclul Flacăra (dt. Künstlerkreis Die Flamme) gefunden, auf denen Jugendliche abgebildet sind, deren Kleidung u. a. mit dem Wort Punk oder dem Namen der britischen Punkband Sex Pistols bemalt war. Bildquelle: ACNSAS D018306, Bd. 11, Bl. 132.

Diese Vorgehensweise erwies sich auch im Falle der Dokumentationsakten als besonders ertragreich. Hierbei handelte es sich jedoch nicht um konkrete Personen und Ereignisse. Wichtig war herauszufinden, ob die in den Berichten beschriebenen Phänomene auch in anderen Fällen, bei anderen Jugendgruppen, an anderen Schulen oder Universitäten ähnlich stattfanden. Durch Oral-History-Interviews, private Videoaufnahmen und das Lesen von Briefen Jugendlicher an den Radiosender RFE konnte das sich aus den Akten abzeichnende Bild ergänzt und in manchen Fällen vervollständigt bzw. korrigiert werden.

Interessant ist gleichzeitig auch das, was in den Akten nicht vorkommt. So gelten zum Beispiel die Zeugnisse der Interviewten und die Videoaufnahme eines Konzerts der siebenbürgisch-sächsischen Band Rocky aus der Stadt Mediasch (rum. Mediaș, ung. Medgyes) im Jahr 1987 als Beweis für die Existenz einer Rocker-Subkultur in Siebenbürgen. Obwohl diese geschminkt, mit langen Haaren, Totenkopf-T-Shirts und Lederarmbändern im Kulturheim der Stadt Lieder von Judas Priest und anderen westlichen Bands spielten, werden sie in den Akten der Securitate nicht erwähnt. Die Suche der Autorin nach Verfolgungsakten unter den Namen der Bandmitglieder oder der Band blieb ergebnislos. Zudem meinte eines der Bandmitglieder, wegen der Gutmütigkeit des lokalen Hauptmanns der Securitate keine Probleme mit dieser Institution gehabt zu haben.[41] Dies zeigt sowohl die starke Verbreitung jugendlicher Subkulturen nach westlichem Vorbild sowie die in den Berichten eingestandene Ineffizienz der Sicherheitsbehörden bei der Bewältigung dieses „Problems" als auch die Willkür, mit der die Securitate auf lokalem Niveau operierte.

Nicht zu vernachlässigen ist letztendlich die Vorstellungswelt der Offiziere, die zum Teil ebenfalls aus den Akten herauszulesen ist. Die Notizen am Rande der Berichte, ausgeführt mit Bleistift oder rotem Stift, die Bemerkungen der Vorgesetzten und die Kritik an den eigenen Methoden und Mitarbeitern legen dem Forscher die Mechanismen der Institution offen und erfordern eine nähere Auseinandersetzung mit der inneren Dynamik der Sicherheitsbehörde. Da in den Berichten über Jugendgruppen verschiedene westliche Bandnamen und die Erklärung subkultureller Phänomene Erwähnung finden, wäre in diesem Zusammenhang interessant zu erforschen, wer bzw. wie alt die über Jugendliche berichtenden Offiziere waren usw. Die Beantwortung dieser Fragen könnte zur Erläuterung der Spannung zwischen konform und nicht konform unter Jugendlichen als identitätssuchender Bevölkerungsgruppe in einem autoritären System führen.

41 Interview mit KL in Merkendorf, Deutschland. Interviewsprache Deutsch, 22.7.2012. Privatbesitz der Autorin.

Akten literarisieren

Erinnere dich, erinnere uns

SUSANNE SCHÄDLICH

Im Januar 1992, ich lebte bereits fünf Jahre in Amerika, hörte ich zum ersten Mal die Bezeichnung „IM".

Ich erfuhr, was dieses Kürzel bedeutet: „Informeller Mitarbeiter" der Stasi, also des MfS, des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR.

Ich hörte andere Wörter und Kürzel: Operativer Vorgang, Konspiration, Fahndungsobjekt, HV A, AOP, HA XX, operative Personenkontrolle, Zielperson, staatsfeindliche Hetze, Zersetzung.

Ich erfuhr, was die Kürzel bedeuteten: HV A – Hauptverwaltung Aufklärung, sprich Auslandsspionage, AOP – archivierter Operativer Vorgang, HA XX – Hauptabteilung XX, sie bildete den Kernbereich des Systems der politischen Repression, war federführend in der Überwachung der Blockparteien, des Kulturbereichs, der Medien und Kirchen und bei der Bekämpfung der politischen Opposition.

Das Wort „Maßnahme" bekam eine vollkommen neue Bedeutung.

In Amerika musste ich mir plötzlich ein neues deutsches Vokabular zulegen.

„Operative Vorgänge" (OV) wurden gegen „feindlich-negative Kräfte" angelegt. Sie waren die Ermittlungsverfahren des MfS, die mit einer aktiven Bekämpfung, sprich „Zersetzung" der Verdächtigen verbunden waren. In der Richtlinie 1/76 des MfS heißt es, OV dienten dazu,

> vorbeugend ein Wirksamwerden feindlich-negativer Kräfte zu unterbinden, das Eintreten möglicher Schäden, Gefahren oder anderer schwerwiegender Folgen feindlich-negativer Handlungen zu verhindern und damit einen wesentlichen Beitrag zur kontinuierlichen Durchsetzung der Politik der Partei- und Staatsführung leisten.[1]

> [Zersetzung] ist eine operative Methode des MfS zur wirksamen Bekämpfung subversiver Tätigkeit, insbesondere in der Vorgangsbearbeitung. Mit der Z. wird durch verschiedene politisch-operative Aktivitäten Einfluß auf feindlich-negative Personen, insbesondere auf ihre feindlich-negativen Einstellungen und

1 BStU, MfS, BdL-Dok. 3234.

> Überzeugungen in der Weise genommen, daß diese erschüttert und allmählich verändert werden bzw. Widersprüche sowie Differenzen zwischen feindlich-negativen Kräften hervorgerufen, ausgenutzt oder verstärkt werden. Ziel der Z. ist die Zersplitterung, Lähmung, Desorganisierung und Isolierung feindlich-negativer Kräfte, um dadurch feindlich-negative Handlungen einschließlich deren Auswirkungen vorbeugend zu verhindern, wesentlich einzuschränken oder gänzlich zu unterbinden […]. Z. sind sowohl unmittelbarer Bestandteil der Bearbeitung Operativer Vorgänge als auch vorbeugender Aktivitäten außerhalb der Vorgangsbearbeitung zur Verhinderung feindlicher Zusammenschlüsse. Hauptkräfte der Durchführung der Z. sind die IM. Die Z. setzt operativ bedeutsame Informationen und Beweise über geplante, vorbereitete und durchgeführte feindliche Aktivitäten sowie entsprechende Anknüpfungspunkte für die wirksame Einleitung von Z.-Maßnahmen voraus. Die Z. hat auf der Grundlage einer gründlichen Analyse des operativen Sachverhaltes sowie der exakten Festlegung der konkreten Zielstellung zu erfolgen. Die Durchführung der Z. ist einheitlich und straff zu leiten, ihre Ergebnisse sind zu dokumentieren.
> Die politische Brisanz der Z. stellt hohe Anforderungen hinsichtlich der Wahrung der Konspiration.[2]

Aber es ist nicht nur das Vokabular, also einzelne Wörter im Text, es ist die gesamte Sprache. Sie folgt ihren eigenen Regeln, den Regeln der Macht, es ist eine Sprache, die Menschen Gewalt antun will.

Eine Sprache, der von Menschen Gewalt angetan wird.

Es ist die Sprache der Diktatur, kalt und brutal.

> „Der Weg zu Einsichten in das Wesen der Staatssicherheit führt nur über die Auseinandersetzung mit ihren Dokumenten, […] und der Leser muß nicht die dem Philologen eigene Sensibilität dem Wort gegenüber aufbringen, um dabei Grauen und Entsetzen zu empfinden.“[3]

Ich erfuhr, dass „IMs“ Decknamen hatten, die sie sich meistens selber aussuchten, dass die „operativen Vorgänge“ vom MfS mit Decknamen versehen wurden.

Der operative Vorgang gegen den Vater und uns hieß „Schädling“.

Der Deckname eines von vielen „IMs“, der gegen den Vater und uns gewonnen und eingesetzt wurde, war „Schäfer“.

IM Schäfer war der Bruder des Vaters.

Auch das erfuhr ich 1992 im Januar. Der Vater hatte seine Akten gelesen und ihn enttarnt.

---

2 Siegfried Suckut (Hg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur „politisch-operativen Arbeit“. Berlin 2010, S. 423.

3 Christan Bergmann: Die Sprache der Stasi. Ein Beitrag zur Sprachkritik. Göttingen 1999, S. 107.

Ich las die Akten erst 15 Jahre später. Weil ich für ein Buchvorhaben recherchieren wollte, beantragte ich Akteneinsicht bei der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU). Vorgelegt wurden mir die AOP „Schädling" (fünf Bände) und die AIM „Schäfer" (sechs Bände). AIM bedeutet Archivierter IM-Vorgang.

Ich legte bei der BStU zig Einwilligungen von Freunden und Bekannten der Familie vor, weil ich schon im Voraus wusste, dass deren Namen in den Akten zu finden waren. Die Einwilligungen dienten dazu, dass die Namen später, wenn mir Kopien ausgehändigt wurden, nicht geschwärzt würden.

Ich dachte, ich sei vorbereitet auf die Lektüre, die mir bevorstand, weil ich zuvor die Kopien durchgeblättert hatte, die der Vater 1992 erhalten hatte.

Ich dachte, obwohl es eine persönliche Recherche ist, es ging schließlich dabei um uns und den Onkel, durfte ich es nicht persönlich nehmen. Doch die Lektüre der Originalakten war doch noch etwas anderes als die der teils geschwärzten Kopien. Das Papier, der Geruch, die Tinte der Schreibmaschinenfarbbänder, die Durchschläge hatten keine Patina.

Das Gelesene entsetzte mich, machte mich traurig. Abgründe taten sich auf. Oft saß ich kopfschüttelnd da. Ich ermahnte mich: Du sitzt nicht als Betroffene hier, als Verwundete durch den Verrat, sondern als Rechercheurin. Durch das Aneignen von Wissen, manchmal ist es Vergewisserung, durch Aufdeckung, sagte ich mir, kann man mit den emotionalen Erschütterungen besser fertig werden. Man muss sie rational untermauern, belegen, erst für einen selber und danach für andere.

Das Studium der Akten der Stasiunterlagenbehörde und anderer Archive war wesentlicher Bestandteil meiner Arbeit zu meinen Büchern *Immer wieder Dezember* und *Herr Hübner und die sibirische Nachtigall*. Ich betrachte mich als Schürfer, der Schicht um Schicht abträgt, der den Dingen auf den Grund gehen, bis auf den Grund kommen will.

Jedes Mal, wenn ich aufgrund meiner Arbeiten in den Akten der BStU recherchiere, muss ich mich wappnen. Denn ich nehme die Recherche stets persönlich. Ich tauche ein in das Material, in die Menschen, ich lasse sie in mein Leben hinein.

> Ich blättere in den Akten, lese, blättere zurück. Im Arbeitszimmer auf dem Fußboden, auf dem Schreibtisch, im Wohnzimmer auf dem Sofatisch, auf dem Sofa, überall graue Ordner. Selbst im Schlafzimmer liegen sie, manche aufgeschlagen, manche geschlossen bis zum nächsten Blick. Gelbe Haftzettel ragen heraus, damit ich mich nicht verzettele.[4]

4 Susanne Schädlich: Immer wieder Dezember. München 2008, S. 128.

Während der Recherche ist emotional sein erlaubt, Hass, Empörung, Ekel. Über Akteneintragungen wie: „Der Strafgef. H. wurde am 3.11.62 wegen reduziertem Ernährungszustand in stationäre Behandlung genommen."[5]

Dieser Euphemismus – reduzierter Ernährungszustand –, dass sie es wagen! Genau diese Details sind es, anhand derer die Perfidie des Systems sichtbar gemacht werden kann. Genau das will es erreichen.

Nachdem die Recherche abgeschlossen ist, beginne ich, sachlich zu werden. Das Material darf mich nicht beherrschen. Ich muss das Material beherrschen. Erst wenn es soweit ist, fange ich an zu schreiben.

Natürlich muss ich dabei ästhetische Überlegungen anstellen. Es geht immer um das *Wie*. Aus den Akten kenne ich Daten, Namen, ich habe Beobachtungsprotokolle gelesen, IM-Berichte, ich habe im Leben von Menschen gestöbert, viel Privates erfahren. Immer muss ich abwägen, genauestens überprüfen, was ich lese. Nicht alles ist wahr, vieles übertrieben, manches verfälscht. Immer zu Ungunsten des Betroffenen, sprich des „OVs". Niemals sind es kleine Verbrechen, die in den Akten dokumentiert sind, „Es sind große Verbrechen, keine kleinen Blockwartspitzeleien. Die gab es natürlich auch. Aber das ist nicht das, was in den Akten der bekämpften Opposition, in den ‚Operativen Vorgängen', hauptsächlich vorkommt."[6]

Ich komme zurück auf den Akteneintrag über Hübner: „Der Strafgef. H. wurde am 3.11.62 wegen reduziertem Ernährungszustand in stationäre Behandlung genommen." Die Wahrheit ist eine andere, sie geht aus den Akten hervor, wenn man genau liest: Nachdem Hübner sich aufgrund der üblen Arbeitsbedingungen im Kesselhaus der Haftanstalt Brandenburg-Görden geweigert hatte, die Arbeit aufzunehmen, wurde er für elf Tage mit Einzelhaft bestraft. Er bekam nichts zu essen, kaum etwas zu trinken. Nach elf Tagen wurde er ins Haftkrankenhaus verlegt. Er war dem Tode nahe.

In meinem Roman *Herr Hübner und die sibirische Nachtigall* liest es sich schließlich so:

> Am 23. Oktober 1962, in aller Früh, nahm er die Arbeit im Kesselhaus aus Protest nicht auf, auch nicht, als er auf die Folgen einer Arbeitsverweigerung hingewiesen wurde. Um 6:00 Uhr wurde er zur Absonderung in den Keller gebracht. „Wer nicht arbeitet, bekommt nichts zu essen", sagte der Leutnant. Die Wasserkanne wurde aus der Zelle genommen. Der Kübel nicht. Die Tür wurde verschlossen. Das Licht blieb an. Das Fenster war offen. Es war naßkalt.

5 BStU, G-SKS 12749, S. 146.
6 Jürgen Fuchs: Der Abschied von der Diktatur. In: Hans Joachim Schädlich (Hg.): Aktenkundig. Reinbek bei Hamburg 1992, S. 13.

> Um 7:30 Uhr öffnete sich die Tür. Hauptmann der VP Legde, Leutnant der VP Fiedle und Leutnant der VP Reihs fragten nach dem Grund seiner Weigerung, die Arbeit aufzunehmen.
> Er nannte seine Gründe. Dann sagte er, „Das Fenster ist offen, es ist eiskalt."
> „Sie werden sich schon nicht erkälten. Und wenn schon."
> Er sollte sich nackt ausziehen. Seine Sachen wurden gefilzt.
> Am zweiten Tag wurde das Fenster geschlossen. Täglich sah ein Posten nach ihm. Essen und Trinken brachte er nicht.
> Er dachte, in Dresden bei den Russen gab es wenigstens das.
> In Dresden konnte er wenigstens klopfen. Nicht immer wurde sein Klopfen erwidert. Wenn sein Klopfen nicht erwidert wurde, war ihm, als sei er lebendig begraben. Wie jetzt.[7]

Hübner verbrachte drei Wochen auf der Krankenstation, so schlecht war sein Zustand. Am 21. November vermerkte der behandelnde Arzt, „Strafgef fühlt sich wohl. Klagt über keine körperlichen Beschwerden. Hat 3 kg Körpergewicht zugenommen. Die Rückverlegung ins Verwahrhaus kann erfolgen."[8]

Fakt und Fiktion werden miteinander verwoben, sind ein konstitutives Element des Ganzen, sind untrennbar miteinander verbunden. Den Fakten bleibe ich treu, dazwischen liegt ein freier Spielraum für die Darstellung von Personen, Orten, Gesprächen, Träumen, etc. und die Interpretation. Wie man die gegebenen Fakten darstellt, das ist die Fiktion. Sie muss jedoch immer den tatsächlichen Bedingungen entsprechen, bei Hübner den Bedingungen der Haft in der SBZ und DDR, bei Mara Jakisch, der sibirischen Nachtigall, den Bedingungen der Lagerhaft.

Doch ich recherchiere nicht nur in Archiven, wälze nicht nur Papier. Eine weitere wichtige Quelle sind Menschen. Wenn ich Glück habe, kann ich sie noch fragen. Ganz im Sinne Hans Sahls, der geschrieben hat: „Greift zu, bedient euch, Fragt uns, wie sind die letzten wir sind zuständig."[9]

Doch Erinnerung ist tückisch. Vieles ist verdrängt. Die Erinnerung muss man zulassen. Nadja Klier schreibt in ihrem Text *Verdrängt*, „Die Erinnerung an diese Zeit muss freigelegt werden, so wie eine historische Fundstätte freigelegt wird, sorgsam und immer auf der Hut".[10]

Auch Erinnerungsarbeit ist Schürfarbeit.

---

7 Susanne Schädlich: Herr Hübner und die sibirische Nachtigall. München 2014, S. 136.
8 Ebenda, S. 236.
9 Hans Sahl: Die Letzten. In: ders.: Die Gedichte. Hrsg. v. Nils Kern und Klaus Siblewski. München 2010, S. 10.
10 Nadja Klier: Verdrängt. In: Anna Schädlich, Susanne Schädlich (Hgg.): Ein Spaziergang war es nicht. Kindheiten zwischen Ost und West. München 2012, S. 28.

Oft gibt es Diskrepanzen zwischen dem, wie es war, und dem, wie das, was war, erinnert wird. In *Immer wieder Dezember* reflektiere ich beispielsweise über die prekäre Verbindung zwischen Gedächtnis und indiskreter Dokumentation durch an die Stasi gelieferte Beobachtungsberichte. Wir alle erinnern uns an die Nacht unserer Ausreise aus der DDR am 10. Dezember 1977 unterschiedlich. Um Klarheit in die Erinnerungen zu bringen, ziehe ich den Beobachtungsbericht vom 10. Dezember 1977 von 7:00 Uhr bis 12:30 Uhr als mögliche Wahrheitsquelle heran. Die Akten der Stasi können also auch manchmal Leerstellen füllen im Sinne von Wolf Biermanns viel zitiertem Ausspruch „Die Stasi ist mein Eckermann".[11]

Das Schreiben über das, was war, wie es war, dient zweierlei: Dem Begehr, aufzuklären, tatsächlich im Sinne der Aufklärung Licht in das Dunkel zu bringen, die perversen Praktiken der SED-Diktatur aufzudecken, deren Instrument das Ministerium für Staatsicherheit war. Details sichtbarzumachen, weil sich in den Details das große Ganze verbirgt und zeigt, ich will, wie Ulrich Schacht schreibt, „Erkenntnisse dauerhaft machen, Anschauungsmaterial herstellen, greifbare Beweise bergen: Der Beginn solcher Rekonstruktion ist das Ende jeder Spekulation".[12]

Beim Bergen der Beweise, während der Rekonstruktion der Geschichten, die immer auch eine Teilrekonstruktion der Geschichte selber ist, wappne ich mich auch gegen die Sprache der bürokratisierten Zerstörung von Menschen, gegen diesen Duktus, der jeder menschlichen Regung entbehrt, der Menschen zu Dingen macht, zu „Objekten".

> Es ist ein Kampf, nicht nur mit den Akten, sondern auch ein Kampf mit der Sprache, dem Duktus, dem ich mich widersetzen muss. Von wegen, Papier kann einem nichts antun. Es ist die Reduzierung der Personen auf die Sache, die mir zu schaffen macht. Als sei es nie um Schicksale gegangen, sondern um Dinge. Zu erledigende Dinge.[13]

Mit meinem Schreiben, dem literarischen Schreiben, will ich auch die Sprache der Diktatur entblößen, sie preisgeben, denn „[s]ie herausholen aus den ekelhaften neudeutschen Papierbergen der Täter ist ein Abschied von der Diktatur. Auch eine Rettung"[14], schreibt Jürgen Fuchs.

---

11 Wolf Biermann: Die Stasi-Ballade. In: ders.: Alle Lieder. Köln 1991.
12 Ulrich Schacht: Versteinerte „Quellen". In: Hans Joachim Schädlich (Hg.): Aktenkundig, S. 199.
13 Schädlich: Immer wieder Dezember, S. 128.
14 Fuchs: Abschied von der Diktatur, S. 15.

Das literarische Erinnern ist eine Möglichkeit, den Vollstreckern einer Diktatur die Sprache wieder wegzunehmen, sie sprachlos zu machen, wenigstens im Nachhinein.

Manchmal wird die Rüstung, die man sich zugelegt hat, löchrig.

> Es gibt Tage, an denen es leichter fällt, sich mit all diesen Dingen zu beschäftigen. Die Verfassung wechselt, je nachdem, inwieweit ich mich als Chronistin fühle oder inwieweit als Beteiligte. Beteiligt war ich, sollte es jetzt nicht sein, wenn ich schreibe, ich sollte abstrahieren, darüber stehen, kühl und sachlich. Das gelingt nicht immer.[15]

Erinnere dich, erinnere uns, dass nicht alles nichts wird und für immer verschwindet, habe ich irgendwo gehört.

Das Schreiben dient der Erinnerung. Das Vergangene soll nicht wegsacken. Die DDR-Diktatur ist keine Erfindung, ebenso wenig wie die Willkürherrschaft und der Terror in der Sowjetischen Besatzungszone nach Kriegsende. Um Vergangenes zu verstehen, muss man erinnern. Das Geschehene muss erzählt werden, es gehört ins kollektive Gedächtnis einer Gesellschaft.

Ich gebe der Erinnerung Namen, die Namen bekommen Gesichter. Deren Geschichte wird erzählt und durch sie die Geschichte von Gewaltherrschaften und Diktatur.

Denn wie schrieb schon der US-amerikanische Dramatiker Eugene O'Neill: „Die Vergangenheit ist die Gegenwart, nicht wahr? Wir versuchen uns da herauszulügen, aber das Leben lässt uns nicht."[16]

15 Schädlich: Immer wieder Dezember, S. 96.
16 Eugene O'Neill: Eines langen Tages Reise in die Nacht. Stuttgart 1986, S. 64.

Autorinnen und Autoren

Gabriel Andreescu ist ein rumänischer Wissenschaftler und Bürgerrechtler. Im kommunistischen Rumänien Dissident, wurde er nach dem Umsturz 1989 Mitglied des Rates der Nationalen Rettungsfront (rum. Consiliul Frontului Salvării Naționale, CFSN). Er ist Mitglied mehrerer rumänischer Zivilrechtsorganisationen in Bukarest (rum. București). Er unterrichtet an der Doktorandenschule der West-Universität, Temeschwar (rum. Universitate de Vest, Timișoara) und ist als Journalist und Herausgeber tätig. Zuletzt erschienen: *MISA. Radiografia unei represiuni* [Die Bewegung „Spirituelle Integration ins Absolute". Durchleuchtung einer Repression] (Iași 2013); *Existența prin cultură. Represiune, colaboraționism şi rezistență intelectuală sub regimul communist* [Bestehen dank Kultur. Repression, Kollaboration und intellektueller Widerstand unter kommunistischer Herrschaft] (Iași 2015).

Roland Berbig ist Professor für Neuere deutsche Literatur an der Humboldt-Universität zu Berlin. Veröffentlichungen zur Theorie des literarischen Lebens und zur Literatur des 19. Jahrhunderts sowie zur bundesdeutschen und DDR-Literatur. Zuletzt erschienen: *Am Rande der Welt. Günter Eich in Geisenhausen 1944–1954* (Göttingen 2013); *Auslaufmodell „DDR-Literatur"* (als Herausgeber, Berlin 2018).

Matthias Braun ist Literaturhistoriker und Theaterwissenschaftler. Geboren 1949 in Berlin, Studium der Theologie, Theater- und Literaturwissenschaft in Ostberlin und Leipzig. 1990 Promotion, 1977–1992 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bertolt-Brecht-Archiv der Akademie der Künste der DDR, 1992–2015 in der Abteilung Bildung und Forschung der Stasi-Unterlagen-Behörde. Er lebt in Berlin. Seine Forschungsschwerpunkte sind Literatur- und Kulturgeschichte der DDR sowie die Transformationsphase seit 1989/90 und Studien u. a. über Monika Maron, Heiner Müller, Stephan Hermlin, Franz Fühmann und Erwin Strittmatter. Zuletzt erschienen: *Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung* (als Herausgeber, Göttingen 2015); *Franz Fühmann. Ein Fremdling in seiner Wahlheimat DDR.* In: Peter Braun, Martin Straub (Hgg.): Ins Innere. Annäherungen an Franz Fühmann (Göttingen 2016).

Stefano Bottoni ist Senior Fellow am Forschungszentrum für Geisteswissenschaften der Ungarischen Akademie der Wissenschaften. Zuvor war er Visiting Fellow am Imre Kertész-Kolleg in Jena und Teammitglied von „Courage", einem Horizon2020-Projekt zur kulturellen Opposition im sozialistischen Osteuropa. Forschungsschwerpunkt: das Zusammenwirken von Staatssicherheit und lokalen Gesellschaften in Siebenbürgen. Zuletzt erschienen: *Long Awaited West. Eastern Europe since 1944* (Bloomington 2017).

Andra-Octavia Cioltan-Drăghiciu studierte Geschichte an der Universität Wien, 2010– 2011 Herder-Stipendiatin

der Alfred-Toepfer-Stiftung, 2016 Promotion zum Dr. phil. mit einer Arbeit zur *Jugendkultur in der Sozialistischen Republik Rumänien, 1974–1989*. Seit Oktober 2016 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Graz und der Andrássy-Universität Budapest.

Björn Deicke ist seit 2014 Direktor beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Zuvor war er als Ministerialrat für den Haushalt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien zuständig.

Georg Herbstritt, 1965 in Schluchsee/Hochschwarzwald geboren, studierte neuere und neueste Geschichte, osteuropäische Geschichte und katholische Theologie an der Universität Freiburg. Anschließend absolvierte er ein Archivpraktikum in Siebenbürgen. Nach mehrjähriger Tätigkeit beim Stasi-Landesbeauftragten in Mecklenburg-Vorpommern arbeitet er seit 1999 als Historiker in der Forschungsabteilung der Stasi-Unterlagen-Behörde in Berlin. 2007 Promotion an der Humboldt-Universität zu Berlin über die DDR-Spionage in der Bundesrepublik Deutschland. Zuletzt erschienen: *Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage* (Göttingen 2007); *Entzweite Freunde. Rumänien, die Securitate und die DDR-Staatssicherheit 1950 bis 1989* (Göttingen 2016).

Peter Jašek, geboren 1983, ist slowakischer Historiker. Studium der Geschichte an der Universität Tyrnau (slowak. Trnava), Promotion im Jahr 2009. Aktuell arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für das nationale Gedächtnis (slowak. Ústav Pamäti Národa) in Pressburg (slowak. Bratislava). Er forscht zu slowakischer Zeitgeschichte, insbesondere des Zweiten Weltkriegs, der 1970er- und 1980er-Jahre sowie der Phase des Umbruchs 1989. Zuletzt erschienen: *Anti-Communist Resistance in Central and Eastern Europe* (als Herausgeber, Bratislava 2012); *Fall of the Communism in Slovakia* (als Mitautor, Bratislava 2013).

Ágnes Kiss ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für die Erforschung nationaler Minderheiten (rum. Institutul pentru Studierea Problemelor Minorităților Naționale) in Klausenburg (rum. Cluj-Napoca). Promotion in Politikwissenschaft an der Central European University Budapest. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen auf der Kulturpolitik in sozialistischen Regimen, auf Zensur und staatlicher Überwachung vor allem von nationalen Minderheiten.

Hubertus Knabe ist seit 2001 wissenschaftlicher Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen im zentralen Untersuchungsgefängnis der Staatssicherheit. Er studierte Germanistik und Geschichte und promovierte über Umweltkonflikte im Sozialismus. Von 1992 bis 2000 war er in der Forschungsabteilung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen tätig. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Westarbeit der DDR-Staatssicherheit, zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit und zur ostdeutschen Nachkriegsgeschichte. Zuletzt erschienen: *Bleibtreustraße – Inselberlin. Berichte und Erzählungen* (Potsdam 2015); *Der rote Gott. Stalin und die Deutschen* (als Mitherausgeber, Berlin 2018).

Laura G. Laza, geboren in Sathmar (rum. Satu Mare), studierte Germanistik und Rumänistik an der Babeș-Bolyai-Universität in Klausenburg (rum. Cluj-Napoca) und promovierte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Sie ist Lektorin am Department für deutsche Sprache und Literatur der Babeș-Bolyai-Universität. In ihrer gegenwärtigen Forschung beschäftigt sie sich mit deutschsprachigen und rumänischen Autoren im Archiv des CNSAS. Zuletzt erschien: *„Baumeister war die Angst". Die politischen Prozesse rumänischer und deutschsprachiger Schriftsteller aus Rumänien nach dem Ungarnaufstand von 1956* (Cluj-Napoca 2017).

Corina L. Petrescu ist Associate Professor for German Studies an der University of Mississippi. Sie wurde in Bukarest geboren, wo sie Germanistik und Amerikanistik studierte, anschließend MA-Studium an der University of Pittsburgh und 2006 Promotion an der University of Wisconsin-Madison. Forschungsschwerpunkte: transkulturelle Literatur, Securitate-Akten als Biografien und jiddisches Theater aus Osteuropa. Zuletzt erschienen: *Against All Odds: Subversive Spaces in National Socialist Germany* (Oxford 2010); *Secret Police Files from the Eastern Bloc* (als Mitherausgeberin, Rochester 2016).

Dragoș Petrescu ist Professor für vergleichende Politikwissenschaft und Zeitgeschichte im Department für Politikwissenschaft an der Universität Bukarest und Vorstandsvorsitzender des Nationalen Rates für das Studium der Archive der Securitate (rum. Consiliul Național pentru Studierea Arhivelor Securității, CNSAS) in Bukarest. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen die vergleichende Analyse kommunistischer Regimes in Mittel- und Osteuropa, die demokratische Transformation nach 1989, Übergangsjustiz und Institutionalisierung des kollektiven Gedächtnisses. Zuletzt erschienen: *Entangled Revolutions. The Breakdown of the Communist Regimes in East-Central Europe* (Bucharest 2014); *Closely Watched Tourism. The Securitate as Warden of Transnational Encounters, 1967–69.* In: Journal of Contemporary History, Vol. 50, No. 2, 2015.

Martin Pražák, geboren 1986, ist tschechischer Archivar. Er studierte Archivwissenschaften an den Universitäten Pardubitz (cz. Pardubice) und Königgrätz (cz. Hradec Králové). Von 2012 bis 2017 war er Archivist am Archiv der Sicherheitsdienste (cz. Archiv bezpečnostních složek) in Prag (cz. Praha), seit 2017 ist er am Prager Stadtarchiv tätig. Forschungsschwerpunkte: Geschichte der kommunistischen Tschechoslowakei, politische Führer der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei und ihre internen Konflikte, Verwaltung und Interpretation der Archive der staatlichen Sicherheitsdienste.

Corneliu Pintilescu ist Senior Researcher am George-Barițiu-Institut für Geschichte an der Rumänischen Akademie der Wissenschaften (rum. Institutul de istorie „George Barițiu" al Academiei Române) in Klausenburg (rum. Cluj-Napoca), wo er auch seinen PhD in Geschichte an der Babeș-Bolyai-Universität erlangte. Er forscht zu Praktiken staatlichen Zwangs, Überwachung im kommunistischen Rumänien, ethnischen und

nationalen Minderheiten im Kommunismus, Urbanisierung und sozialem Wandel im Rumänien der Nachkriegszeit. Zuletzt erschienen: *Justiție militară și represiune politică în România comunistă (1948–1956). Studiu de caz: activitatea Tribunalului Militar Cluj* [Militärjustiz und politische Repression im kommunistischen Rumänien (1948–1956). Fallbeispiel: die Aktivitäten des Klausenburger Militärgerichts] (Cluj-Napoca 2012); *NS-Propaganda in der siebenbürgisch-sächsischen landwirtschaftlichen Presse.* In: Spiegelungen, Jg. 11 (65), H. 1, 2016.

Susanne Schädlich, geboren in Jena, ist Schriftstellerin und Übersetzerin. Sie lebte zwölf Jahre lang in den USA, 1999 kehrte sie nach Berlin zurück, wo sie heute mit ihren beiden Söhnen lebt. 2015 erhielt sie den Johann-Gottfried-Seume-Literaturpreis. Zuletzt erschienen: *Herr Hübner und die sibirische Nachtigall* (Roman, München 2014), *Briefe ohne Unterschrift. Wie eine BBC-Sendung die DDR herausforderte* (München 2017).

Stefan Sienerth war von 1971 bis 1986 als Hochschullehrer in Rumänien im Fachgebiet Neuere deutsche Literatur sowie bis zu seiner Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland (1990) als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Mundartlexikografie tätig. Von 1991 bis 2013 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität München (IKGS), von 2005 bis 2013 dessen Direktor. Verfasser mehrerer Monografien, Aufsätze und Lexikonartikel, Mitautor von Mundartwörterbüchern, literaturgeschichtlichen Überblickswerken sowie Herausgeber und Mitherausgeber zahlreicher Studienbände, Anthologien und Autoreneditionen.

Krisztina Slachta hat an der Universität Fünfkirchen (ung. Pécs) Soziologie sowie Neuere Geschichte und Zeitgeschichte studiert. Promotion zur *Tätigkeit der DDR-Staatssicherheit in Ungarn, 1956–1990*. Sie ist Lehrbeauftragte am Historischen Institut der Universität Pécs und Mitarbeiterin an der Andrássy-Universität Budapest. Sie forscht vor allem zur Zusammenarbeit der kommunistischen Staatssicherheitsdienste und zur Überwachung des Tourismus.

Ágnes Tóth ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungszentrum für Sozialwissenschaften an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften in Budapest und Leiterin des Stiftungslehrstuhls für deutsche Geschichte und Kultur im südöstlichen Mitteleuropa in Fünfkirchen (ung. Pécs). Ihre Forschungsinteressen konzentrieren sich auf Ungarn und Mitteleuropa im 20. Jahrhundert, nationale Politik sowie nationale und ethnische Minderheiten im Ungarn des 21. Jahrhunderts. Zuletzt erschien: *Rückkehr nach Ungarn 1946-1950. Erlebnisberichte ungarndeutscher Vertriebener* (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Band 43; Schriften des Europäischen Netzwerks Erinnerung und Solidarität, Band 4, München 2012).

William Totok, geboren in Groß-Komlosch (rum. Comloșu Mare), Studium der Germanistik und Rumänistik in Temeswar (rum. Timișoara), Gründungsmitglied der „Aktionsgruppe Banat“ (1972–

1975). 1975 und 1976 in politischer Haft wegen „Verbreitung staatsfeindlicher Gedichte". Er lebt seit 1987 als freischaffender Autor in Berlin und ist Mitarbeiter der *Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik*. Zuletzt erschienen: … *an den Fahnenstangen fault die Wut* (Gedichtband, Ludwigsburg 2016); *Despre reconsiderarea critică a trecutului, Ion Gavrilă Ogoranu și rezistența armată anticomunistă din România* [Zwischen Mythos und Verharmlosung. Über die kritische Vergangenheitsbewältigung, Ion Gavrilă Ogoranu und den bewaffneten antikommunistischen Widerstand in Rumänien] (zusammen mit Elena-Irina Macovei, Iași 2016).

Krisztián Ungváry wurde in Budapest geboren. Er studierte Geschichte und Germanistik in Budapest, Jena und Freiburg. Autor zahlreicher, unter anderem auch auf Deutsch publizierter Bücher und Aufsätze über die politische und militärische Geschichte Ungarns im 20. Jahrhundert. Er forscht zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs sowie über Kommunismus, Erinnerungspolitik und Vertreibung.

Tomáš Vilímek, Historiker und Politologe, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik (cz. ústav pro sondobé djiuy Akademie vd České republiky). Zuletzt erschienen: „*Všichni komunisté do uren!" Volby v Československu v letech 1971 až 1989 jako společenský, politický a státněbezpečnostní fenomén*. [„Alle Kommunisten an die Urnen!" Wahlen in der Tschechoslowakei in den Jahren 1971 bis 1989 als Phänomen der Gesellschaft, Politik und staatlichen Sicherheit] (Praha 2016).

Barbara Wallbraun ist Diplom-Kulturpädagogin und Filmemacherin. Neben der medien- und filmpädagogischen Tätigkeit liegt ihr Arbeitsschwerpunkt auf dem Thema „Lesben im Visier der Staatssicherheit". Zurzeit arbeitet sie an einem abendfüllenden Dokumentarfilm über lesbische Frauen in der DDR. Zuletzt erschienen: *Lesben im Visier der Staatssicherheit*. In: Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt, Gunda-Werner-Institut Berlin (Hgg.): Das Übersehenwerden hat Geschichte. Lesben in der DDR und in der friedlichen Revolution (Halle, Berlin 2015).

Matthias Weber wurde 1961 in Ludwigsburg geboren. Er studierte Germanistik und Geschichte in Stuttgart und promovierte 1989 im Fachbereich Geschichte. Seit 1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 1996 Habilitation für Neuere Geschichte und Deutsche Landesgeschichte an der Universität Oldenburg, seit 2001 stellvertretender Direktor und seit 2004 Direktor des Bundesinstituts.

Herausgeberin und Herausgeber

Florian Kührer-Wielach ist Historiker und Direktor des Instituts für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität München (IKGS). 2013 Promotion zum Dr. phil. im Fach Geschichte an der Universität Wien. Seine Forschungsschwerpunkte sind u. a. Transformationsgeschichte seit 1918, Minderheiten im Donau-Karpaten-Raum, rumänische und rumäniendeutsche Zeitgeschichte, Geheimdienstakten und Aufarbeitung des Kommunismus. Zuletzt erschienen: *Siebenbürgen ohne Siebenbürger? Zentralstaatliche Integration und politischer Regionalismus nach dem Ersten Weltkrieg* (München 2014); *Mutter: Land – Vater: Staat. Loyalitätskonflikte, politische Neuorientierung und der Erste Weltkrieg im österreichisch-russländischen Grenzraum* (Mitherausgeber, Regensburg 2017).

Michaela Nowotnick ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für deutsche Literatur an der Humboldt-Universität zu Berlin. Studium der Neueren deutschen Literatur, anschließend Promotion zur zeitgenössischen rumäniendeutschen Literatur. Forschungsprojekte zur Archivsicherung sowie zur Literatur in Diktaturen mit Schwerpunkt rumäniendeutsche Literatur. Zuletzt erschienen: *Die Unentrinnbarkeit der Biographie. Der Roman „Rote Handschuhe" von Eginald Schlattner als Fallstudie zur rumäniendeutschen Literatur* (Köln, Weimar, Wien 2016); *Aufscheinen des Heimatlichen. Georg Maurer im Kontext seiner rumäniendeutschen Herkunft.* In: Roland Berbig (Hg.): Auslaufmodell „DDR-Literatur" (Berlin 2018).

Personenregister

A
Adenauer, Konrad 365
von Aichelburg, Wolf 13, 147, 188, 195, 197f., 202, 205–215, 369
Albala, Radu 150
Albert, József 286f.
Ambrusz, József 286
Anania, Bartolomeu 171
Anderson, Sascha 220
Anisescu, Cristina 127
Antall, József 103–105, 110, 113f.
Antip, Felicia 150
Antohi, Sorin 159, 169
Antonescu, Ion 362
Antonesei, Liviu 159
Apitz, Bruno 221
Apostu, George 153
Aslan, Matty 155

B
Babiš, Andrej 72–74
Bălăceanu-Stolnici, Constantin 167
Bălăiță, George 149
Balogh, Edgár 250, 399
Bălu, Ion 153
Banáš, Jozef 71
Bánffy, Miklós 394
Bănuș, Max 444
Barău, Eugen 154
Barbăneagră, Paul 153
Basch, Franz 345
Băsescu, Traian 167, 170
Bauer, Miklós 113
Baumgarten, Klaus-Dieter 33
Bedners, Ursula 197
Bergel, Hans 147, 188, 195, 198f., 201f., 205, 208, 369, 385
Berindei, Mihnea 160, 166
Bernea, Horia 154
Berwanger, Nikolaus 248
Bethlen, György 401
Biemel, Walter 373
Biermann, Wolf 221, 227, 458
Biľak, Vasil 67
Birkner, Andreas 147, 188, 195, 197f., 202, 205, 208–211, 369
Birkner, Irene 197
Bíró, Zoltán 117
Biszku, Béla 118
Blandiana, Ana 158
Bodó, Rezső 277
Bodor, Pal 250, 255, 262
Boeriu, Valer 132
Bohner, József 287
Bömches, Friedrich 373
Boross, Péter 103
Botez, Mihai 158, 166
Breban, Nicolae 170
Brucan, Silviu 157, 166, 390
de Bruyn, Günter 220
Bucur, Theodor 320–323
Budaj, Jan 64–66
Bujes, Iosif 150
Bunea, Mircea 258

C
Călinescu, Alexandru 159
Câmpeanu, Roger 149f.
Canev, Angel 332
Capesius, Bernard 197
Capesius, Hilda 197
Caraion, Ion 153
Cărtărescu, Mircea 152
Ceaușescu, Nicolae 59, 323, 326f., 330, 385–387, 390, 403
Chifu, Gabriel 149
Chioreanu, Nistor 363–365
Chiriac, Cornel 444
Chruschtschow, Nikita 365, 376
Ciobanu, Mircea 149

Cioroianu, Adrian 54
Ciucă, Eugen 152
Cloos, Friedrich 14, 188, 359–386
Cojocaru, Iulian 375
Connerth-Wiesenmayer, Astrid 189, 197f.
Constantin, Flondor 154
Cosașu, Radu 150
Cosma, Neagu 370, 372
Crăiță-Mândra, Vasile 155
Crișan, Ion 150f.
Cristea, Radu Călin 152
Crohmălniceanu, Ovid 150
Császárné, József 112
Csatáry, László 118
Csehák, Judit 110
Cseke, Gábor 248, 254, 261
Csurka, István 110

D
Deitel, Ernest 368, 370
Demeter, János 405
Demetrescu, Camilian 152
Depner, Horst-Peter 125, 194, 198
Deșliu, Dan 149
Dimisianu, Gabriel 149
Dimisianu, Georgeta 149
Dinescu, Mircea 149, 163–166
Dinu-Gheorghiu, Mihai 159
Doicaru, Nicolae 326, 330, 336, 375
Doinaș, Ștefan Aug[ustin] 163–165, 168
Domokos, Géza 249, 256, 260–266, 404, 406
Dornbach, Alajos 107
Drăghici, Alexandru 325, 375
Draeger, Werner 321, 323
Dubček, Alexander 313
Dudás, József 109
Dumitrescu, Constantin Ticu 48

E
Eliade, Mircea 153
Emeric, Szöke 372
Enache, George 169f.
Erdei, Ferenc 271
Esterházy, Péter 11, 114, 119f.

F
Fabritius, Fritz 360
Farkas, Árpád 406
Fauth, Harry 227
Fazekas, János 255, 404–406, 408
Flămând, Dinu 150
Florin, Peter 334
Földes, László (Politiker) 111
Földes, László (Journalist) 247
Frauendorfer, Helmuth 186
Fries, Fritz Rudolf 220
Fühmann, Franz 221, 227f.
Fürjes, János 293

G
Gafencu, Valeriu 172, 365
Gál, Fedor 66
Gálfalvi, Zsolt 247, 260, 263
Gáll, Ernő 248, 252f., 255–257, 259f., 262f., 265–268, 399
Gâță, Titi 364f.
Gauck, Joachim 30
Gere, Mihály 255, 262
Gerő, Ernő 274
Gheorghiu-Dej, Gheorghe 126, 326, 374
Ghișe, Dumitru 253, 255, 262
Göllner, Carl 187
Golu, Mihail 158
Göncz, Árpád 108, 115
Grass, Günter 11, 221
Gunne, Roland 363, 365
Gysi, Gregor 36

H
Hahn, Heinz 194
Hajdu, Győző 255f., 406
Hájek, Jiří 313
Hartl, Hans 377, 383
Hegedűs, László 259
Hejdánek, Ladislav 313
Henninger, Gerhard 227

Heym, Stefan 229f.
Hilbig, Wolfgang 221, 225–227
Hockl, Hans Wolfram 378–380
Hodjak, Franz 185
Hol[l]inger, Isidor 366, 368, 370
Honecker, Erich 28f., 33
Hönig, Alfred, 362
Höpcke, Klaus 227f.
Hoprich, Georg 187
Horn, Géza 112
Horn, Gyula 103
Horváth, Andor 247, 263
Huber, Erzsébet 293
Huber, István 286f., 293
Huszár, Sándor 247f., 254f., 257f.

I
Ianoși, Ion 150
Iaru, Florin 152
Ierunca, Virgil 153
Iliescu, Ion 45, 59, 157, 162f.
Ilieșu, Mirel 150
Illés, Ferenc 265
Illés, József 262, 265
Illyés, Elemér 407
Illyés, Gyula 409
Imbrescu, Ilie 172
Ioan, Oprea 373
Ioana, Constantin 397, 409f.
Ionescu, Gelu 150
Ionescu, Valentin Th. 153
Ionescu-Quintus, Mircea 163, 167
Iorgulescu, Mircea 149f., 168, 170
Irtl, Ernest 197
Isac Crișan, Mihaela 154

J
Jahn, Roland 35
János, Szász 149, 253, 263
Jekelius, Ernst 197
Jičínský, Zdeněk 313
Jirous, Ivan Martin 313
Johnson, Uwe 221
Jordáky, Lajos 405
Juhász, Előd 101

K
Kádár, János 122, 272f., 289, 339
Kallós, Miklós 255
Kalmus, Peter 67
Kántor, Lajos 265
Kányádi, Sándor 404, 406
Kaska, Radko 298f.
Kast, Trude 197
Katuschew, Konstantin Fjodorowitsch 335
Kauntz, Ágnes 388
Kauntz, József 388, 402
Kauntz, Kornélia 388, 398
Képíró, Sándor 118
Kessler, Klaus 197
Kessler, Martha 197
Kirsch, Sarah 221
Kiss, László, 115f.
Kiss-Rigó, László 115
Kittner, Alfred 186f.
Klemperer, Victor 321,323
Klier, Nadja 457
Kodolányi, János 409
Kolláth, György 115
Komanschek, Josef 378
Kondor, Katalin 101
Koppándi, Sándor 251, 255, 257f., 260, 267f.
Kosáry, Domokos 105
Kotkin, Stephen 387
Kovács, András 247
Kovács, Béla 113
Kovács, József 400
Krasser, Harald 188–190, 193, 196–200, 202, 204
Krenz, Egon 33
Kühn, Waldemar 251
Kundera, Milan 87

L
Lafontaine, Oskar 28
Langoš, Ján 70f.

Lázár, Edit 248
Lăzărescu, Dan Amadeo 163
Leber, Ludwig 345f.
Lefter, Ion Bogdan 149
Ließ, Otto Rudolf 384
Lippet, Johann 185
Loest, Erich 221, 229
Loew, Grete 370–372, 377
Löffler, Anneliese 227
Löffler, Kurt 227
Lorenc, Alojz 62, 67
Lorenz, Luboš 67
Lovinescu, Monica 153

M
Madaras, Lázár 249, 253, 255, 267
Măgureanu, Virgil 162
Malý, Václav 313
Manea, Norman 149
Mănescu, Corneliu 378
Manolescu, Nicolae 149, 152
Mărculescu, Florin 162
Margul-Sperber, Alfred 186
Marin, Mariana 152
Marino, Adrian 164–166,
Maron, Monika 220
Marquardt, Hans 227f.
Márton, Áron 150, 260, 403f.
Marxer, Ferenc 286f.
Mateș, Cornelia 154
Maximenco, Feodor 366, 368
Mečiar, Vladimír 63, 65
Medgyessy, Péter 100, 110, 114
Meleșcanu, Teodor 167
Méliusz, József 253, 259f.
Mezey, Katalin 119
Mielke, Erich 31, 226, 328
Mihăilescu, Dan C. 151
Mikó, Imre 387–410
Milca, Mihai 251
Mitea, Constantin 258, 262f., 265
Mitrokhin, Vasili 135
Mittag, Günter 31
Möckel, Konrad 125f., 195, 202, 369
Molnár, Gusztáv 259f.
Molnár, József 277
Molnár, Tamás 116
Morgner, Irmtraud 221
Mórocz, Tibor 251
Motzan, Peter 181
Mugur, Florin 149, 259
Müller, Heiner 220
Müller, Herta 185
Muncian, Ivo 251
Munteanu, Neculai C. 160
Muscă, Mona 54, 167f., 439

N
Nádas, Péter 119f.
Nagy, Imre 112, 274, 293
Nardin, Ion 370f.
Neamțu, Gheorghe 145f.
Nedelcovici, Bujor 149
Negoițescu, Ion 214, 240
Nemeskürty, István 120
Németh, László 409
Németh, Miklós 103
Neubert, Werner 230
Neustädter, Erwin 175–177, 180
Nicolăescu, Eugen 54
Niculescu, Alexandru 153
Noica, Constantin 164, 214, 389f.

O
Oancea, Viorel 54
Obzina, Jaromír 305, 311
Ondruš, Vladimir 65
Onișoru, Gheorghe 163
Oprea, Florian 406
Oprea, Marius 170
Orbán, Magda 401
Ornea, Zigu 149, 158

P
Paleologu, Alexandru 163, 167
Paler, Octavian 149, 158
Pálfi, Géza 150
Pap, János 111

Pastior, Oskar 183f., 187, 197, 368–371, 372
Patapievici, Horia-Roman 163
Pătrașcu, Nicolae 364f.
Pelin, Mihai 162
Pelsőci, József 277
Péter, Gábor 272, 274
Péter, Pál 283f.
Péterfi, Rozália 251, 265
Petrescu, Dan 159
Petrescu, Dragoș 21
Pilder-Klein, Hermine 187
Pintilie, Gheorghe 135
Pițu, Luca 159
Pješčak, Ján 68, 315
Plesch, Erhard 383
Pleșu, Andrei 163
Poenaru, Florin 127f., 131, 143f.
Pollak, Edmund 153
Popa, Valentin 153
Popescu, Dumitru Radu 149, 165, 248f., 253, 255, 262
Pozsgay, Imre 97f., 117
Preda, Radu 170–172
Priboi, Ristea 163
Pruteanu, George 159
Pusztai, Peter 153

R
Răceanu, Mircea 167
Rácz, Károly 277
Răducanu, Cornel 150
Rădulescu, Constantin 172
Raile, Gábor 293
Rajk, László 272
Rákosi, Mátyás 292
Râpeanu, Valeriu 149
Reich, Konrad 227
Reimann, Brigitte 221
Reinerth, Karl M. 380f.
Ries, István 113
Rogojan, Aurel I. 157
Roman, Valter 255, 262
Romoșan, Petru 149
Roncea, Victor 166
Roșca Stănescu, Sorin 162
Rosenkranz, Moses 187
Roth, Herman 197
Rozmanits, Ferenc 286
Rücker, Günter 227
Rusan, Romulus 149

S
Šabata, Jaroslav 313
Šabatová, Anna 313
Sacher, Richard 80
Samson, Horst 186
Săraru, Dinu 149
Schäuble, Wolfgang 28
Schedlinski, Rainer 220
Scherg, Georg 147, 188f., 195, 197f., 200, 202, 205, 207–210, 212, 214, 369
Schlattner, Eginald 188–190, 191–204, 369
Schmidt, Andreas 360, 363, 365
Schuschnig, Hans 197
Schuster, Paul 187
Seiler, Hellmut 186
Siegmund, Harald 147, 188, 195, 198, 205, 208, 369
Siegmund, Marianne 194
Sienerth, Stefan 191
Sillge, Ursula (Uschi) 429–432, 437
Sima, Horia 363f., 377, 384
Simicska, Lajos 120
Simion, Silea 372
Slansky, Rudolf 96
Šmejkalová, Jiřina 239
Solakov, Angel 331
Solodin, Vladimir 235f., 242
Sólyom, László 272
Stănescu, Heinz 188
Stănescu, Mihai 155
Stapel, Eduard 412
Ștefoi, Elena 152
Sterbling, Anton 186
Stocker, Michael 383
Stoica, Radu 153

Stoicănescu, Constantin 363, 365
Stoiciu, Liviu Ioan 149
Stolojan, Vlad 153
Stolpe, Manfred 35
Stoph, Willi 31
Stürmer, Viktor 373f.
Šulc, Zdislav 316
Šustrová, Petruška 313
Sütő, András 406
Szabó, Attila T. 261
Szabó, István 115
Szász, Béla 259f.
Székely, Gisela 197
Szent-Iványi, Sándor 406
Szépfalusi, István 407
Szilágyi, Dezső 256, 261f.
Szilva, László 277
Szita, Károly 101
Szőcs, István 405

T
Tafferner, Anton 346
Tamási, Áron 257
Țăranu, Alexandru 365
Tartler Baróti, István 407
Târziu, Alexandru 153
Teleki, Béla 408
Teleki, Ernő 401
Teodorov, Victor 153
Teodoru, Radu 444
Tisch, Harry 31
Tőfalvi, János 337–358
Tömpe, András 271f.
Tonegaru, Petre 322
Torgyán, József 110
Tóth, Dezső 277
Totok, William 185f.
Tudor, Corneliu Vadim 166
Tudoran, Dorin 149, 166

U
Uhl, Petr 313
Ulbricht, Walter 335
Ursu, Gheorghe 156
Urzică, Traian 208

V
Văcărescu, Iulian 154
Vajda, Tibor 112f.
Varga, József 261
Vereș, Paul 154
Vinek, József 278
Vlad, Iulian 152, 157
Voican Voiculescu, Gelu 156
Voiculescu, Andrei 444
Volkmer, Günther 125

W
Wagner, Richard 185
Wald, Henry 150
Wałesa, Lech 63
Weresch, Hans 383
Wiens, Paul 220 Wiesenmayer, Hans (Ioan) 197 Wittstock, Erwin 189, 200 Wittstock, Joachim 186 Wolf, Christa 220f., 230f. Wolf, Markus 326, 330, 336

Y
Yurchak, Alexej 76

Z
Zaisser, Elisabeth 321
Zanolini, Livio 153
Zétényi, Zsolt 107f.
Zilber, Bellu 133
Zillich, Heinrich 177, 196, 379
Zority, Miklós 293

Der Zusammenbruch des Ostblocks 1989/1991 stellte auch das Ende der bis dahin arbeitenden Geheimdienste dar. Sie hinterließen, nachdem sie ihre Tätigkeit offiziell eingestellt hatten, ein hochexplosives Erbe, das bis zu diesem Zeitpunkt in »Giftschränken« sorgsam vor den Blicken der Öffentlichkeit verborgen worden war. Heute ist der überwiegende Teil dieser Aktenbestände in Archive überführt worden, wo sie schrittweise zur Einsicht und der Forschung zur Verfügung gestellt werden.

Doch was sagen die Hinterlassenschaften der Geheimdienste tatsächlich über die Epoche, in der sie angefertigt wurden, und ihre Akteure aus?

Der Band zieht eine Zwischenbilanz zum Stand der Aufarbeitung anhand der Beispiele Deutschlands, Rumäniens, der Slowakei, Tschechiens und Ungarns. Darüber hinaus werden interdisziplinäre Lesarten von Geheimdienstakten und ihre Produktivität für die Kultur-, Geistes- und Sozialwissenschaften diskutiert, ihre Aussagekraft hinterfragt und Möglichkeiten vorgestellt, das aus diesen Dokumenten gewonnene Wissen abzusichern. Ein besonderer Fokus wird dabei auf Minderheiten und Randgruppen gelegt.

FLORIAN KÜHRER-WIELACH
Dr. phil., Historiker und Romanist, ist Direktor des Instituts für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

MICHAELA NOWOTNICK
Dr. phil., ist Literaturwissenschaftlerin am Institut für deutsche Literatur an der Humboldt-Universität zu Berlin.

ISBN 978-3-7917-2817-9

9 783791 728179

IKGS | www.verlag-pustet.de